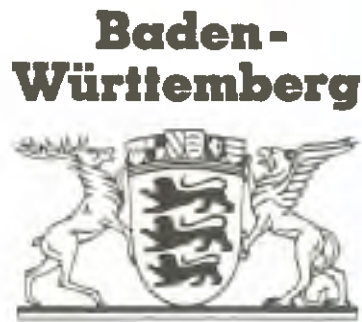


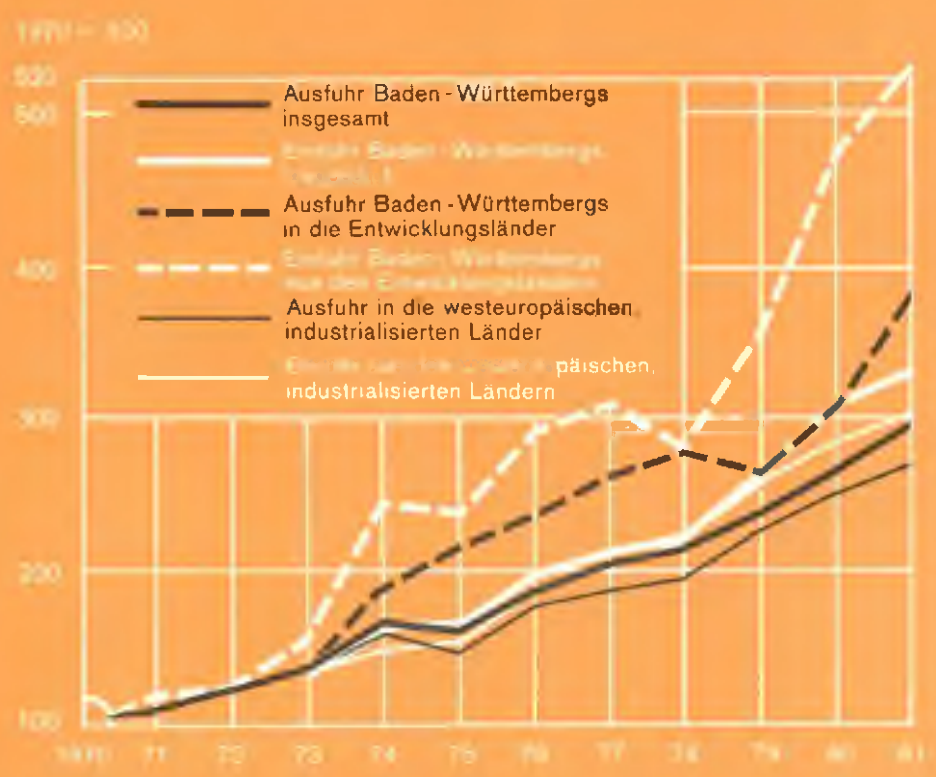
Statistisch-prognostischer Bericht 1981/82

Daten - Analysen - Perspektiven

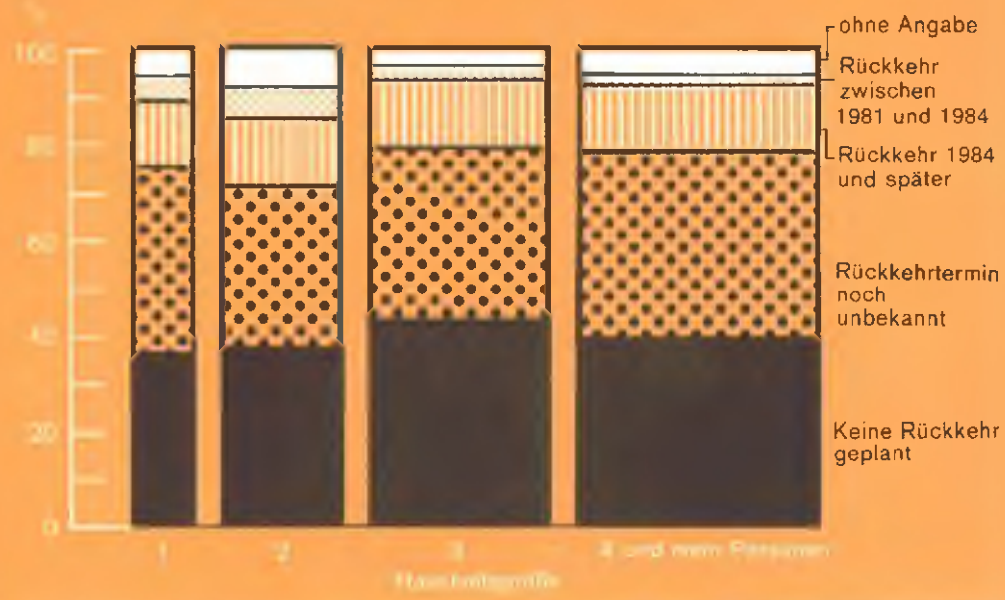
Heft 9



Entwicklung des Außenhandels



Verweilabsicht der ausländischen Haushaltsvorstände



Statistisch-prognostischer Bericht 1981/82

Daten - Analysen - Perspektiven

**Herausgegeben von der Landesregierung
Baden - Württemberg in Zusammenarbeit mit dem
Statistischen Landesamt**

Artikel-Nr. 1114 82001

Vorwort

Mit dem Statistisch-prognostischen Bericht 1981/82 legt die Landesregierung von Baden-Württemberg den 9. Band in dieser Reihe vor.

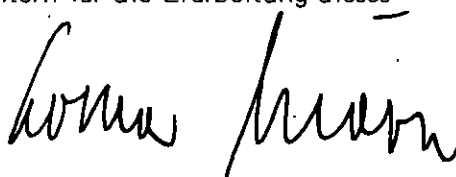
Das Statistische Landesamt Baden-Württemberg hat wiederum mit größter Sorgfalt und hervorragendem Sachverstand Daten und Statistiken zusammengetragen, die einen Rückblick geben und Perspektiven erkennen lassen. Zusammen mit Untersuchungen zu Schwerpunktbereichen der aktuellen Landespolitik werden damit den politisch Verantwortlichen in Landtag und Regierung eine zuverlässige Datensammlung und informative Analysen zur Verfügung gestellt, die Grundlagen für verantwortungsbewußte politische Entscheidungen sind. Auch der diesjährige Bericht erfüllt den Zweck, Situationen und Entwicklungen im Lande darzustellen und auf mögliche Tendenzen hinzuweisen, womit zugleich auch die Bürger über Zukunftsaussichten informiert werden.

Die Einzeluntersuchungen nehmen Bezug auf folgende politische Schwerpunktbereiche: Strukturen des sozialen Leistungssystems und die hier zu erwartenden Auswirkungen der in Zukunft besonders ungleichgewichtigen Altersstruktur der Bevölkerung – Verweildauer und Rückkehrabsichten der Ausländer – Bildungs- und Berufsweg der Hauptschüler – fächerspezifische Entwicklungen im Hochschulbereich – strukturelle Aspekte der Wirtschaft Baden-Württembergs speziell im Dienstleistungsbereich und in der Landwirtschaft – Stellung Baden-Württembergs auf nationalen und internationalen Märkten sowie die besonderen Beziehungen des Landes zu den Entwicklungsländern.

Ich gehe davon aus, daß der Statistisch-prognostische Bericht 1981/82 wiederum durch sein breites Informationsangebot die gewohnte solide Hilfestellung für Entscheidungen geben wird!

Die Landesregierung dankt dem Präsidenten des Statistischen Landesamtes, Herrn Prof. Dr. M. Wingen, und seinen Mitarbeitern für die Erarbeitung dieses Berichts.

Stuttgart, im Juni 1982



Ministerpräsident
Lothar Späth

Inhalt

	Seite
Vorwort	3
Teil I Rückblick 1981 – Ausblick 1982	7
Teil II Einzeluntersuchungen zu politischen Schwerpunktbereichen	25
1. Sozialbudget – Sozialstruktur	25
1.1 Strukturen des sozialen Leistungssystems und seine Finanzierungsbedingungen	25
1.2 Aufwendungen für die nachwachsende und ältere Generation und Auswirkungen der demographischen Entwicklung	44
1.3 Ausländische Haushalte und ihre Verweil- und Rück- kehrabsichten	61
2. Bildungswesen	69
2.1 Zum Bildungs- und Berufsweg der Hauptschüler	69
2.2 Fächerspezifische Entwicklungen an den Hochschulen besonders im technisch-naturwissenschaftlichen Bereich	76
3. Wirtschaftsstrukturen	89
3.1 Stellung Baden-Württembergs auf nationalen und internationalen Märkten	89
3.2 Veränderung der Dienstleistungsstruktur	101
4. Außenwirtschaftliche Beziehungen	122
4.1 Wirtschaftliche Beziehungen zu europäischen Ländern	122
4.2 Zusammenarbeit mit den Ländern der Dritten Welt	133
5. Regionale Beschäftigungsstrukturen und -ent- wicklungen in der Landwirtschaft	147
Anhang	163

Teil I

Rückblick 1981 - Ausblick 1982

Das Jahr 1981 und die ersten Monate von 1982 brachten zahlreiche landespolitisch bedeutsame Ereignisse, von denen hier nur wenige herausgehoben werden können. Eine von der Landesregierung bestellte Expertenkommission legte im Februar 1981 Empfehlungen zur Einführung des Kabelfernsehens und der Tele-Kommunikation vor. Inzwischen hat die Landesregierung der Öffentlichkeit den Entwurf für ein Landesmediengesetz vorge stellt.

Unter sozialpolitischem Aspekt stand das abgelaufene Jahr im Zeichen der Behinderten. Zum internationalen Jahr der Behinderten fand auch in Baden-Württemberg eine große Zahl von Veranstaltungen und Aktivitäten statt. Zu Beginn des Jahres legte die Landesregierung das Rehabilitations-Programm 1981 vor. Es enthält die Aufgabenschwerpunkte zur sozialen und beruflichen Integration der Behinderten. Gegenwärtig zählt bei einer Zahl von gut 600 000 Behinderten jeder fünfzehnte Einwohner des Landes zu diesem Personenkreis.

Zur Sicherung der Integration von Ausländern beschloß die Landesregierung im September 1981 flankierende Maßnahmen insbesondere im Bereich des Familiennachzugs. Darüberhinaus hat die Landesregierung im Frühjahr 1982 im Bundesrat ein Gesetz zur Konsolidierung des Zuzugs und zur Förderung der Rückkehrbereitschaft der Ausländer eingebracht.

In diesem Jahr feiert das Land Baden-Württemberg sein dreißigjähriges Bestehen; 1952 war die für die Bundesrepublik bis heute einzigartig gebliebene Länderneuregelung durch Zusammenschluß der Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern zu einem neuen Bundesland erfolgt. Das Jubiläumsjahr steht unter dem Motto der Solidarität mit der Dritten Welt. Die Landesregierung hat mehrfach betont, daß Entwicklungshilfe ein Gebot der Humanität und der wirtschaftlichen und politischen Vernunft ist. Entsprechend hat das Land in den vergangenen fünf Jahren seine Mittel für Entwicklungshilfe nahezu verdreifacht.

1981 wurden für Projekte in der Dritten Welt 26,8 Mill. DM – das entspricht einem Viertel der Entwicklungshilfeleistungen der Bundesrepublik – zur

Verfügung gestellt, wobei die Mittel in erster Linie für Projekte der beruflichen Bildung verwendet werden. Ein besonderer Akzent hierzu wurde im letzten Jahr durch die Errichtung eines Berufsausbildungszentrums in der VR China gesetzt. Der Entwicklung der wirtschaftlichen Kooperation mit diesem Land diente die Ausstellung „Industrietechnik aus Baden-Württemberg“ in Shenyang vom 25.6. bis 5.7.1981.

Die Bevölkerungsentwicklung verlief 1981 in ruhigeren Bahnen als 1980, bedingt durch das Ausbleiben des Ausländerzustroms sowie eine nur schwache Geburtenentwicklung. Am Jahresende 1981 lebten 9,29 Mill. Personen im Land und damit knapp 30 000 mehr als 1980. In diesem Jahr könnte es der Tendenz nach zu einer Stagnation der Bevölkerungszahl kommen. Der Wanderungssaldo der Ausländer könnte angesichts der schwierigen Arbeitsmarktsituation und der ergriffenen politischen Maßnahmen insbesondere zur Begrenzung des Familiennachzugs sogar in eine geringe Abwanderung umschlagen. Bei der Geburtenentwicklung ist allenfalls ein geringer Anstieg durch die etwas stärkere Besetzung der Müttergeneration zu erwarten.

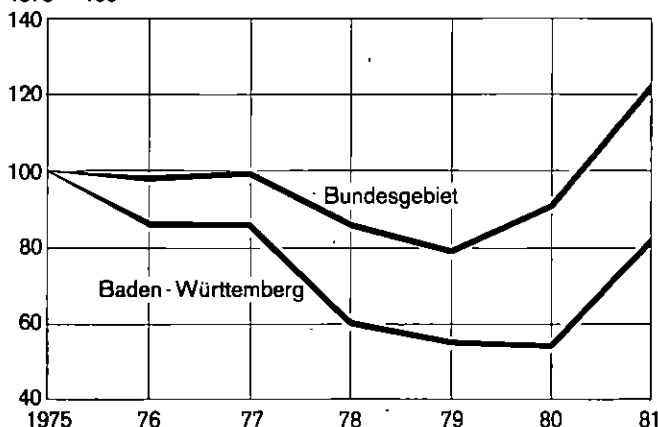
Die wirtschaftliche Lage war 1981 allgemein durch zunächst rezessive, im weiteren Jahresverlauf dann stagnierende Tendenzen gekennzeichnet. Im Jahresdurchschnitt erreichten weder die Produktion noch der reale Auftragseingang des Verarbeitenden Gewerbes das Vorjahresniveau, sie gingen im Land um 2% bzw. 1,5% zurück. Allein die Aufträge aus dem Ausland verhinderten angesichts der nachgebenden Inlandsfrage einen noch stärkeren Rückgang. Die Exportquote, also der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz, stieg durch diese Entwicklung gegenüber 1980 (25,6%) sehr erheblich auf 28%.

Dies verdeutlicht, daß die wirtschaftliche Entwicklung Baden-Württembergs stark durch weltwirtschaftliche Einflußfaktoren bestimmt wird. Aufgrund des 1980 entstandenen hohen Leistungsbilanzdefizits (29,8 Mrd. DM) im bundesdeutschen Außenhandel war der Wechselkurs der D-Mark gegenüber dem Dollar vom Dezember 1980 bis

Schaubild 1

Entwicklung der Insolvenzen¹⁾ von Unternehmen im Bundesgebiet und Baden-Württemberg

1975 = 100



1) Konkurs- und Vergleichsverfahren ohne Anschlußkonkurse, denen ein eröffnetes Vergleichsverfahren vorausgegangen ist.

zum August 1981 um mehr als 20% gesunken. Neben den Export steigernden Effekten war damit ein erheblicher Anstieg der Einfuhrpreise verbunden, der seinerseits die inländische Preisentwicklung beeinflusste (jahresdurchschnittlicher Anstieg der Verbraucherpreise: 5,9%). Im Herbst erfolgte aufgrund der spürbaren Verbesserung der Leistungsbilanz ein Kursanstieg der D-Mark gegenüber dem Dollar, so daß die Einfuhrpreise ab August wieder sanken. Entsprechend ist die monatliche Jahresveränderungsrate des Preisindex für die Lebenshaltung vom Höchstwert Oktober mit 6,8% auf 5,2% im März 1982 gefallen.

Die Wende in der Leistungsbilanzentwicklung war dabei teils durch einen bisher ungebrochenen Anstieg der Ausfuhren verursacht. So waren 1981 die Ausfuhren des Landes um 12% höher als 1980 (Bundesgebiet: 13%), was zu einem erheblichen Teil von der boomartigen Nachfragesteigerung der ölproduzierenden Länder getragen wurde. Zum anderen waren die Einfuhren dem Volumen nach sogar rückläufig, und zwar in Baden-Württemberg um -6%, im Bundesgebiet um -3,5%. Erstmals seit 1974 gingen dabei auch die Importe von Fertigwaren real etwas zurück (bundesweit -1%). Der Exportanstieg hat sich seither auch nach 1982 hin fortgesetzt. Mittelfristig ist jedoch damit zu rechnen, daß das Ausfuhrgeschäft in ruhigeren Bahnen verläuft, was vor allem auch darauf zurückzuführen ist, daß zum einen die Erlöse der OPEC-Länder inzwischen wieder rückläufig sind und daß zum anderen die Neufestsetzung der Währungsparitäten innerhalb des EWS im Oktober 1981 und im Februar 1982 eine spürbare Aufwertung der D-Mark gebracht hat. Gegenüber den EWS-Ländern war der Außenwert der D-Mark Ende März 1982 fast 11% höher als Anfang 1981.

Zum Rückgang des Leistungsbilanzdefizits hat auch die anhaltende Energieeinsparung beigetragen. Die bundesweiten Energieeinfuhren sanken real um 11%, der Primärenergieverbrauch sank um 5%. Im Verarbeitenden Gewerbe Baden-Württembergs fiel der Energieverbrauch um 4,5%, der Energieeinsatz je Beschäftigten um knapp 3%. Zum Rückgang des Energieverbrauchs hat allerdings auch die stagnierende Inlandskonjunktur beigetragen.

Die gestiegene Nachfrage aus dem Ausland konnte den Nachfragerückgang aus dem Inland nicht ausgleichen. Die inländische Ordertätigkeit des Verarbeitenden Gewerbes nahm gegenüber dem Vorjahr um 6,3% ab, die Produktionstätigkeit war rückläufig (-2,0%). Bei zurückgehenden Real-löhnen (Juli 1981 gegen Juli 1980 -2%) war auch der private Verbrauch real rückläufig (-1,1% bundesweit). Durch hohe Zinsen, zurückgehende Erträge und pessimistische Absatzerwartungen war auch die Investitionstätigkeit gedrückt (Anlageinvestitionen bundesweit real -2,9%). Insbesondere auch durch den Rückgang der öffentlichen Aufträge nahmen die Bauinvestitionen überdurchschnittlich ab (bundesweit -3,4%). Die gedrückte inländische Nachfrage, zusammen mit einem demographisch bedingten Anstieg des Erwerbspersonenpotentials, führte im Jahresverlauf 1981 zu einer immer ungünstigeren Situation auf dem Arbeitsmarkt mit im Dezember 167 000 arbeitslosen Personen (+60% gegenüber Dezember 1980). Die Lage ist auch im ersten Drittel des Jahres 1982 nicht wesentlich günstiger geworden. Gegenüber dem entsprechenden Vorjahresdrittel ergab sich im Durchschnitt mit 177 000 Arbeitslosen ein Zuwachs um 58% (Bundesgebiet: +49%). Die Arbeitslosenquote stieg im Jahresdurchschnitt 1981 auf 3,3%, sie war damit die günstigste unter allen Bundesländern (Bundesdurchschnitt 5,8%). Die heimische Wirtschaft war aufgrund einer besseren Ausgangslage zumindest 1981 eher als der Bundesdurchschnitt in der Lage, auf die stagnierende Konjunktur verstärkt mit Kurzarbeit bzw. Überstundenabbau statt mit Freisetzung von Arbeitskräften zu reagieren. Die verschlechterte Wirtschaftslage drückte sich auch in der starken Zunahme der Insolvenzen von Unternehmen aus (1981: +51%, Bundesgebiet +35%). Allerdings war die Insolvenzhäufigkeit – bezogen auf je 10 000 Unternehmen – in Baden-Württemberg mit 37 deutlich geringer als im Bundesgebiet mit 51 und nach wie vor unter allen Bundesländern am geringsten.

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (in Preisen von 1970) als umfassender Indikator der wirtschaftlichen Leistungen eines Jahres lag 1981 bei knapp 142 Mrd. DM und stagnierte damit auf dem

Tabelle 1

Daten zur internationalen Wirtschaftsentwicklung

Land	Anteil an der Ausfuhr Baden-Württembergs 1981	Veränderung des Außenwerts der DM gegenüber Ende 1980 ¹⁾	Saldo der Leistungsbilanz 1981	Veränderung gegenüber Vorjahr ²⁾			
				Brutto-sozialprodukt real	Verbraucherpreise	Brutto-sozialprodukt real	Verbraucherpreise
1981		1982 ³⁾					
%		Mrd. Dollar	%				
Bundesrepublik Deutschland	—	—	— 7,7	— 0,3	+ 5,9	+ 0,5	+ 4,5
Frankreich	13,7	+ 10,4	— 6,5	+ 0,3	+ 13,4	+ 2,0	+ 13,0
Italien	8,3	+ 13,8	— 9,5	— 0,2	+ 17,8	+ 1,0	+ 16,0
Niederlande	5,8	+ 0,9	+ 2,75	— 1,0	+ 6,7	+ 0,5	+ 5,5
Belgien	4,2 ⁴⁾	+ 15,0	— 6,5 ⁴⁾	— 1,3	+ 7,6	+ 0,5	+ 7,0
Luxemburg	—	—	—	—	—	—	—
Großbritannien	5,5	+ 8,3	+ 14,25	— 2,0	+ 11,9	+ 1,0	+ 9,0
Schweiz	8,4	— 12,2	+ 2,5	+ 2,0	+ 6,5	— 0,5	+ 4,0
Österreich	5,9	— 1,1	— 2,75	+ 0,1	+ 6,8	+ 1,5	+ 5,5
USA	10,6	— 16,6	+ 8,75	+ 2,0	+ 10,3	— 1,0	+ 6,5
Japan	1,7	— 3,1	+ 5,5	+ 2,9	+ 4,9	+ 2,5	+ 4,0

1) Stand März 1982. — 2) Gemeinsame Schätzung von DIW Berlin, HWWA Hamburg, IFO München, RWI Essen. Das IfW Kiel vertritt hiervon abweichende Schätzungen. — 3) Prognose. — 4) Angaben für Luxemburg in denen Belgiens enthalten.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Bundesministerium für Wirtschaft, Prognose der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V. (Frühjahrgutachten).

Niveau von 1980. Die mit $-0,2\%$ geringfügig ungünstigere Veränderungsrate gegenüber dem Bundesdurchschnitt ($-0,0\%$) resultierte daraus, daß das Verarbeitende Gewerbe des Landes wegen seines hohen Investitionsgüteranteils von den rezessiven Tendenzen besonders stark betroffen wurde. Außerdem hat Baden-Württemberg im Jahr 1980 noch ein erheblich über dem Bundesdurchschnitt liegendes Ergebnis erzielen können, so daß hier auch ein Basiseffekt zum Tragen kommt. Die Rahmenbedingungen für eine konjunkturelle Belebung sind zur Zeit günstiger als noch vor einem Jahr. Hierzu haben sowohl binnenwirtschaftliche Faktoren als auch – was für die exportintensive baden-württembergische Wirtschaft besonders bedeutsam ist – außenwirtschaftliche Einflüsse beigetragen: Das Leistungsbilanzdefizit wurde stark abgebaut; zusammen mit den rückläufigen Preissteigerungsraten bewirkte dies, daß – unterstützt von einem abbröckelnden Zinsniveau in den USA – die Bundesbank die bisherige restriktive Geld- und Zinspolitik lockern konnte.

Mäßige Tariflohnabschlüsse und die rückläufigen Einfuhrpreissteigerungen haben zu einer günstigeren Ausgangssituation für die Verbesserung der Ertragslage der Unternehmen beigetragen. Die im Jahresverlauf erwartete konjunkturelle Erholung in den westlichen Industrieländern dürfte das Investitionsklima verbessern. Allerdings ist fraglich, inwieweit diese günstigeren Ausgangsbedingungen bereits in diesem Jahr ihre Wirkung

zeigen werden, da der Erholungsprozess nur langsam in Gang kommt. Dies könnte nach der Mehrheitsansicht im Frühjahrgutachten bereits in der zweiten Jahreshälfte eintreten. Da allerdings das konjunkturelle Bild dieses Jahres durch die seitherige weniger günstige Entwicklung bereits geprägt ist, geht man für das Gesamtjahr von einem Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts um nur $0,5\%$ gegenüber 1981 aus. Da die konjunkturelle Erholung vor allem von einem Wiederanstieg der Investitionen erwartet wird, dürfte es sich hierbei um eine Untergrenze für die mögliche Entwicklung des Landes im Jahr 1982 handeln.

Erstmals seit 1974 wieder über 100 000 Lebendgeborene

Im vergangenen Jahr nahm die Bevölkerung Baden-Württembergs um rund 29 000 Personen zu. Davon entfielen 6 700 auf einen Überschuss der Geborenen über die Gestorbenen und 22 300 auf einen Wanderungsgewinn. Somit wies das Land Baden-Württemberg Ende 1981 insgesamt 9,288 Mill. Einwohner auf. Von diesen waren 942 000 oder $10,1\%$ Ausländer.

Die Zahl der Lebendgeborenen hat 1981 mit 100 700 erstmals wieder seit dem Jahr 1974 die Grenze von 100 000 überstiegen. Gegenüber den 99 700 Lebendgeborenen des vorangegangenen Jahres ist diese Zahl um knapp 1% angewachsen.

Tabelle 2

Bevölkerungsbewegung

Merkmal	1980			1981		
	Personen insgesamt	davon		Personen insgesamt	davon	
		Deutsche	Ausländer		Deutsche	Ausländer
	Anzahl					
Geburten	99 721	82 367	17 354	100 673	83 562	17 111
Sterbefälle	92 418	90 907	1 511	93 979	92 469	1 510
Geburtenüberschuß (+) bzw. -verlust (—)	+ 7 303	— 8 540	+ 15 843	+ 6 694	— 8 907	+ 15 601
Zuzüge	277 315	125 959	151 356	232 880	121 277	111 603
Fortzüge	215 723	104 409	111 314	210 600	102 201	108 399
Wanderungssaldo	+ 61 592	+ 21 550	+ 40 042	+ 22 280	+ 19 076	+ 3 204
Ein- (+) bzw. Ausbürgerung (—)	—	+ 2 968	— 2 968	—	+ 2 734	— 2 734
Bevölkerungszunahme(+) bzw. -abnahme(—)	+ 68 895	+ 15 978	+ 52 917	+ 28 974	+ 12 903	+ 16 071
Bevölkerungsstand am Jahresende	9 258 947	8 332 594	926 353	9 287 921	8 345 497	942 424

Der seit 1978 zu beobachtende leichte Wiederanstieg der Geborenenzahlen – bedingt auch durch eine geringfügig steigende Fruchtbarkeit in einigen Altersjahrgängen – hat sich damit im Jahr 1981 allerdings nicht fortgesetzt. Die geringe Zunahme der Zahl der Lebendgeborenen dürfte fast ausschließlich darauf zurückgehen, daß stärker besetzte Geburtsjahrgänge der Frauen in das Alter aufrücken, in dem die meisten Geburten zu erwarten sind.

Die Zahl der Sterbefälle ist von 92 400 im Jahr 1980 auf 94 000 im Jahr 1981 stärker als die Zahl der Lebendgeborenen angewachsen. Daher verringerte sich der Geburtenüberschuß von 7 300 Personen im Jahr 1980 auf 6 700 Personen im Jahr 1981.

Der Wanderungsgewinn des Landes belief sich im Jahr 1981 nur noch auf 22 300 Personen, bedingt durch ein Nachlassen des Zuzugs von Ausländern. Im vorangegangenen Jahr war er mit 61 600 Personen noch fast dreimal so hoch gewesen.

In der Untergliederung der Bevölkerungsentwicklung nach Deutschen und Ausländern ergibt sich ein differenziertes Bild. Wie in allen Jahren seit 1973 wies die *deutsche* Bevölkerung auch im Jahr 1981 einen Sterbefallüberschuß auf, der sich auf 8 900 Personen bezifferte. Er wurde mehr als ausgeglichen durch einen Wanderungsgewinn an Deutschen von 19 100 Personen. Hinzu kamen noch 2 700 Einbürgerungen, so daß insgesamt die deutsche Bevölkerung im Jahr 1981 um 12 900 Personen angewachsen ist.

Die ausländische Bevölkerung wies demgegenüber einen im Verhältnis zur Zahl der Ausländer hohen

Geburtenüberschuß von 15 600 Personen auf. Hinzu kam ein Wanderungsgewinn, der sich allerdings nur noch auf 3 200 Personen belief gegenüber noch 40 000 im Jahr 1980. Rechnet man noch die 2 700 Ausländer ab, die im Wege der Einbürgerung die deutsche Staatsangehörigkeit erwarben, so nahm im Jahr 1981 die ausländische Bevölkerung in Baden-Württemberg um 16 100 Personen zu. Mithin entfallen von der Bevölkerungszunahme im Jahr 1981 rund 45% auf Deutsche und 55% auf Ausländer.

Die Abschwächung der Aufwärtsbewegung im demographischen Bereich dürfte sich auch 1982 fortsetzen. Wesentlich hierfür dürfte sein, daß sich der für 1982 zu erwartende Wanderungsüberschuß weiter verringert. Während die Zuwanderung der Deutschen relativ stabil ist, unterliegt die Wanderung der Ausländer jedoch anderen Kriterien. Bei der erst mittelfristig zu erwartenden wirtschaftlichen Belebung und unter Einkalkulierung eines Verzögerungseffekts ist daher 1982 eventuell eine geringe Netto-Abwanderung der Ausländer zu erwarten.

Bei der Geburtenentwicklung zeigte sich 1981 eine starke Abschwächung der Aufwärtsentwicklung des Vorjahres. Unter der Annahme einer gleichbleibenden Fruchtbarkeit dürfte danach die Geburtenzahl 1982 wegen des zahlenmäßigen Anstiegs der Müttergeneration zwar leicht zunehmen. Darüber hinaus kann jedoch ein Anstieg der Fruchtbarkeit, wie er zuletzt auch für 1980 in einzelnen Altersjahrgängen zu beobachten war, für 1982 nicht unterstellt werden. Insgesamt gesehen wird der Bevölkerungszuwachs daher schwächer ausfallen als 1981.

Weiterhin Schülerrückgang – starker Zugang an den Universitäten

Im öffentlichen und privaten Schulbereich wurden zu Beginn des Schuljahres 1981/82 an den Grundschulen 95 400 Erstkläßler gezählt. Die Abnahme gegenüber dem Vorjahr belief sich auf 2,3% und war somit erwartungsgemäß schwächer als in den beiden vorausgegangenen Schuljahren (–6,0% bzw. –9,2%). Daraus ist ersichtlich, daß sich die stark rückläufige Entwicklung der Jahrgangsstärke bei den Erstkläßlern entsprechend der Abschwächung des Geburtenrückgangs ab Mitte der 70er Jahre verlangsamt hat. Als Folge hat auch der Rückgang an den Grundschulen mit einer Rate von –6,0% (Vorjahr: –6,7%) auf 404 400 Schüler etwas nachgelassen. Wie im Vorjahr verringerte sich die Schülerzahl an den Hauptschulen um 4,8% auf 271 600. Hier hatten verschiedene Faktoren dazu beigetragen, daß die Schüler in den letzten Jahren zum Teil wieder etwas mehr zur Hauptschule tendierten. Während die Quote der Übergänge zur Hauptschule im Herbst 1979 unter die 40%-Marke gesunken war, betrug sie ein Jahr später über 41%, ging dann aber zu Beginn des Schuljahres 1981/82 wieder etwas zurück auf 40,6%.

Erstmals im Schuljahr 1981/82 kam der Geburtenrückgang in sinkenden Schülerzahlen an Realschulen und Gymnasien zum Ausdruck. Bisher waren diese Auswirkungen u.a. durch die Zunahme der Übergänge kompensiert bzw. überkompensiert worden. So ergab sich bei den Realschulen nach einer Stagnationsphase ein Rückgang um 1,5% auf 252 700 Schüler, und dies trotz erhöhter Übergangsquote, bei den Gymnasien schlug die nur noch leichte Zunahme im Vorjahr bei schwach rückläufiger Übergangsquote in eine leichte Abnahme (–1,1% auf 336 000 Schüler) um.

An den allgemeinbildenden und beruflichen Gymnasien haben im Sommer 1981 33 400 Schüler (+17% gegenüber 1980) die Abiturprüfung abgelegt, dies entspricht 20,4% des entsprechenden Altersjahrgangs. Im Jahr 1960 lag die Quote noch bei 6%.

Im Wintersemester 1981/82 kam es an den Hochschulen des Landes zu einer starken Zunahme der Erstimmatrikulierten um fast 20% auf 28 200. Die Gesamtzahl der Studenten ist auf 162 000 angestiegen (+10% gegenüber Wintersemester 1980/81). Besonders beachtlich war die Zunahme der Studentenzahl an den Fachhochschulen (+21%).

An den öffentlichen und privaten beruflichen Schulen (MKS-Bereich) werden im Schuljahr 1981/82 425 800 Schüler unterrichtet, das sind 1,8% mehr als im Vorjahr. Die beruflichen Vollzeitschulen, ins-

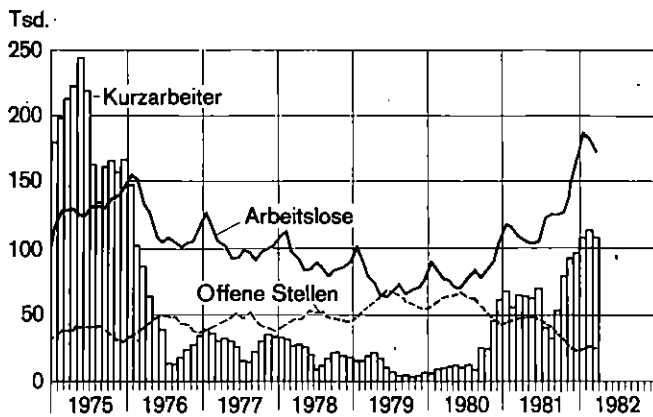
besondere die Berufskollegs (+13,7%) und beruflichen Gymnasien (+9,9%), hatten dabei überdurchschnittliche Zunahmen zu verzeichnen.

Demgegenüber scheint an den Berufsschulen nunmehr der Gipfelpunkt erreicht zu sein: Im laufenden Schuljahr liegt die Schülerzahl mit 285 280 nur 0,4% über der des Vorjahres. Allerdings stieg der Ausländeranteil an dieser Schulart innerhalb eines Jahres von 6,0% auf 6,9% deutlich an. Mehr als die Hälfte dieser ausländischen Berufsschüler besitzt keinen Ausbildungsvertrag. Dies ist vor allem auf den geringen Versorgungsgrad bei den Schülern türkischer Nationalität zurückzuführen. Nur jeder siebte türkische Berufsschüler konnte im Schuljahr 1980/81 einen Ausbildungsvertrag vorweisen.

Im nächsten Schuljahr wird als Auswirkung der Geburtenentwicklung, selbst unter Berücksichtigung der starken Zunahme von ausländischen Schulpflichtigen, die Schülerzahl allgemein zurückgehen. An den Grund- und Hauptschulen wird die Schülerzahl voraussichtlich um knapp 35 000 (–5%) abnehmen, wobei sich die Rückgänge auf beide Schularten annähernd gleichmäßig verteilen werden. Die Rückgänge an den Realschulen werden bei etwa 9 000 Schülern liegen (–3%), und zahlenmäßig etwa gleichhoch sind auch die Abnahmen an der Unter- und Mittelstufe der Gymnasien zu erwarten. Zwar kann für die Oberstufe der Gymnasien nochmals mit leichten Schülerzugängen um etwa 2 000 gerechnet werden, dies wird aber für die Gymnasien insgesamt zur Abnahme der Schülerzahl auf etwa 328 000 bis 330 000 führen.

Eine nochmalige Erhöhung steht bei den Absolventen mit allgemeiner Hochschulreife bevor. Voraussichtlich werden etwa 36 000 Schüler mit dieser Qualifikation aus den Gymnasien entlassen. Infolge dieser und der noch nicht voll an den Hochschulen befindlichen Absolventenjahrgänge aus früheren Schuljahren muß mit einem weiteren erheblichen Anstieg der Studentenzahlen gerechnet werden. Die Zahl der Studienanfänger könnte dabei von derzeit rund 33 500 pro Studienjahr (einschließlich Fachhochschulen des Bundes in Baden-Württemberg) auf fast 38 000 ansteigen. Dadurch wird die Gesamtzahl der Studenten fast schon an 170 000 herankommen.

Für die beruflichen Schulen insgesamt werden ebenfalls leicht sinkende Schülerzahlen prognostiziert, die in der Größenordnung um 2 000 liegen dürften. Die Schülerzahl wird wegen stark besetzter Altersjahrgänge im Vollzeit-Schulbereich gegenüber dem vergangenen Jahr nochmals leicht zunehmen. Zudem könnte die Versorgung der Schulabgänger mit Ausbildungsplätzen in diesem

Entwicklung des Arbeitsmarktes

Jahr schwieriger sein als bisher. Einer anhaltend starken Nachfrage von knapp 100 000 Bewerbern steht wahrscheinlich ein konjunkturbedingt leicht vermindertes Lehrstellenangebot gegenüber. Es bedarf somit großer Anstrengungen, eine mit 1981 vergleichbare Situation zu erreichen, als es einen Angebotsüberhang von 6,3% gab.

Starker Anstieg der Arbeitslosigkeit

Die schon 1980 eingetretene Tendenz zum Abbau der Beschäftigung wirkte sich wegen der stagnierenden Produktionsleistung 1981 von Beginn an verstärkt aus. So fiel im Frühjahr der saisonübliche Rückgang der Arbeitslosigkeit nur gering aus, so daß die Arbeitslosenzahl mit stetig wachsendem Abstand über der Vorjahreszahl lag: Im zweiten Quartal noch um 45%, im vierten Quartal bereits um 61%. Die Arbeitslosenquote, die 1981 bereits im Mai mit 2,8% ihren Tiefstand erreicht hatte, stieg bis zum Jahresende auf 4,6% (Vorjahr: 2,9%). Die Zahl der offenen Stellen wurde nach einer Stagnation in der ersten Jahreshälfte 1981 in den folgenden Monaten stark abgebaut und lag im Dezember mit nur noch 23 600 um 46% unter dem Vorjahresstand.

Im Jahresdurchschnitt 1981 betrug die Zahl der offenen Stellen 41 000 (-30%), diesen standen 121 000 Arbeitslose gegenüber (+48,5%), die Arbeitslosenquote erhöhte sich auf 3,3% (1980: 2,3%). Die Gesamtsituation auf dem Arbeitsmarkt war damit aber in Baden-Württemberg wesentlich günstiger als im Bundesgebiet. Bundesweit betrug bei einer jahresdurchschnittlichen Zahl von 1,272 Mill. Arbeitslosen die Arbeitslosenquote 1981 5,5%; im vierten Quartal 1981 fielen im Bundesgebiet mit 11,2 doppelt so viele Arbeitslose auf eine offene Stelle wie in Baden-Württemberg (5,6). Allerdings hat sich der Prozeß der Arbeitsmarktverschlechterung wegen der im Vorjahr noch relativ

günstigen Situation in Baden-Württemberg 1981 stärker ausgewirkt als im Bund. So lag die Arbeitslosenzahl im vierten Quartal 1981 um 61% (Bundesgebiet 53%) über dem Vorjahresstand.

Die stagnierende Produktionsleistung der Betriebe in Verbindung mit einer abwartenden Haltung gegenüber der weiteren Konjunktorentwicklung zeigt sich bei der Zunahme der Kurzarbeit. Nach einer Art Stagnationsphase auf hohem Niveau im ersten Halbjahr schnellte die Zahl der Kurzarbeiter nach dem sommerlichen Tiefstand zum Jahresende auf 96 000 hoch, womit sie sich im Jahresdurchschnitt mit einer Zahl von 65 000 gegenüber dem Vorjahr mehr als verdreifacht hat. Traditionellerweise reagiert die baden-württembergische Unternehmerschaft auf unsichere Wirtschaftssituationen mit einer stärkeren Zunahme der Kurzarbeit vorsichtiger als der Bundesdurchschnitt. So war auch 1981 dieser Anstieg in Baden-Württemberg (+229%) höher als im Bundesgebiet (+154%). Die Kurzarbeit konzentrierte sich vor allem auf die Elektrotechnik (Jahresdurchschnitt 14 600 Personen), den Maschinenbau (10 400) und den Bereich Textil und Bekleidung (7 200).

Die Arbeitsmarktprobleme haben sich allerdings auf die einzelnen Personengruppen verschieden stark ausgewirkt. Ende Dezember 1981 betrug in Baden-Württemberg die Arbeitslosenquote der Männer 3,9%, die der Frauen 5,7%; rund 28% der arbeitslosen Frauen suchte einen Teilzeitarbeitsplatz. Überaus stark hat die Zahl der Jugendlichen unter 20 Jahren zugenommen, die – oft im Anschluß an eine schulische oder betriebliche Ausbildung – arbeitslos gemeldet waren (+80%), die Arbeitslosenquote betrug hier am Jahresende 5,3%, 16 600 Personen und damit jeder zehnte Arbeitslose war im Dezember in dieser Altersgruppe. Vergleichsweise weniger stark war die Zunahme bei den arbeitslosen Schwerbehinderten (+51%). Überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen waren mit 35 400 Personen weiterhin die Ausländer, deren Arbeitslosenquote am Jahresende 7,2% betrug.

Der Rückgang der Beschäftigung kam auch im Frühjahr 1982 noch nicht zum Stillstand; der im Februar einsetzende saisonübliche Rückgang der Arbeitslosigkeit fiel nur mäßig aus; im ersten Drittel des Jahres hatten sich deutlich mehr Personen *neu* arbeitslos gemeldet als vor einem Jahr (+14%, Bundesgebiet: +10%), gleichzeitig wurden weniger offene Stellen neu gemeldet (-18%, Bundesgebiet: -17%). Damit lag die Arbeitslosenzahl mit 181 000 um 58% (Bundesgebiet: +49%) über dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Auch die Kurzarbeiterzahl ist im gleichen Zeitraum weiter angestiegen. (+69%, Bundesgebiet: +41%, gegenüber 1. Jahresdrittel 1981).

Die vom Sachverständigenrat und auch von der Mehrheit der am Frühjahrsgutachten beteiligten Institute für das zweite Halbjahr 1982 erwartete konjunkturelle Besserung dürfte sich auf den Arbeitsmarkt in diesem Jahr nicht mehr spürbar auswirken, da die Unternehmen mit Neueinstellungen erfahrungsgemäß erst mit Verzögerung reagieren, die Beschäftigtenentwicklung so ein „Spätindikator“ der Konjunktur ist. Bei nur leicht steigender Produktion und einer auch nur mäßigen Produktivitätssteigerung besteht weiterhin die Gefahr, daß die Zahl der Arbeitsplätze 1982 abnimmt.

Die Arbeitslosigkeit wird jedoch nicht nur konjunkturbedingt 1982 höher liegen als 1981. Denn allein in Baden-Württemberg wird in diesem Jahr aufgrund der laufenden Verschiebungen in der Altersstruktur mit einer Zunahme der Erwerbspersonen um ca. 35 000 gerechnet. Überproportional stark könnte daher vor allem die Arbeitslosenzahl bei den unter 20-jährigen zunehmen, die bereits im ersten Jahresdrittel im Vorjahresvergleich deutlich stärker gestiegen ist (+65%) als die Arbeitslosenzahl insgesamt (+58%).

Außerdem ist der Anteil der Kurzarbeiter in Baden-Württemberg überproportional hoch. Auch wenn dies kurzfristig betrachtet ein positives Signal ist, birgt dies doch die latente Gefahr, daß bei länger anhaltendem Auftragsmangel verstärkte Freisetzen von Arbeitskräften induziert werden.

Für das Bundesgebiet hat der Sachverständigenrat eine durchschnittliche Arbeitslosenzahl von 1,65 Mill für 1982 prognostiziert. Bereits dies bedeutet im Jahresdurchschnitt eine Steigerungsrate von 30%. Aus heutiger Sicht erscheint diese Zahl sehr optimistisch, entsprechend geht das Frühjahrsgutachten von 1,8 Mill. arbeitslosen Personen aus.

Die gleiche Arbeitslosenzahl ergibt sich auch nach einer Prognose des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung¹. Hier werden auch Länderzahlen vorgelegt, nach denen für Baden-Württemberg eine jahresdurchschnittliche Zahl von 178 000 Arbeitslosen geschätzt wird. Dies würde eine Zunahme um 47% (Bundesgebiet: 42%) gegenüber den 121 000 arbeitslosen Personen im Durchschnitt des Jahres 1981 bedeuten. Nach dieser Prognose wird allerdings auch 1982 die Lage auf dem heimischen Arbeitsmarkt mit einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote von 4,7% noch erheblich günstiger sein als im Bundesgebiet (7,5%).

Auslandsaufträge stützen das Verarbeitende Gewerbe

Im Verarbeitenden Gewerbe ging 1981 der tiefe Einbruch des ersten Quartals im Jahresverlauf in eine stagnierende Entwicklung über, ohne daß dauerhafte Aufschwungtendenzen erkennbar wurden.

Die erhofften Anzeichen einer Belebung der Produktionstätigkeit, zu denen die September- und Oktoberwerte einen gewissen Anlaß gegeben hatten, blieben auch im vierten Quartal des Jahres aus, so daß die Produktion 1981 nicht das Niveau des Vorjahres erreichte (-2%). Daß der Rückgang nicht stärker ausfiel, ist allein den Aufträgen aus dem Ausland zuzuschreiben. Während der nominale Inlandsumsatz des Verarbeitenden Gewerbes stagnierte (-0,8%), stieg der Auslandsumsatz um 12,4%. Die Exportquote (Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz) stieg damit 1981 sehr erheblich an und zwar von 25,6% (1980) auf 28,0%.

Von den drei großen Wirtschaftsbereichen schnitt das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe mit einer geringfügigen Zunahme der Produktionsleistung (+0,3%) im Jahresvergleich 1981/80 am günstigsten ab. Einer Produktionssteigerung in der Chemischen Industrie (+8,9%) stand hierbei ein Rückgang im Gewerbe der Steine und Erden (-10,3%) gegenüber, der durch die Rezession im Baugewerbe bedingt war. Im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe (-1,5%) blieb das Produktionsniveau im Straßenfahrzeugbau unverändert. Die übrigen größeren Wirtschaftsgruppen dieses Bereichs wiesen dagegen – mit Ausnahme des weiter stark expandierenden ADV-Bereichs – durchweg Einbußen auf, die in der Feinmechanik und Optik (-7,2%) am deutlichsten ausfielen vor der Elektrotechnik (-3,5%), dem Maschinenbau (-3,0%) und der Herstellung von EBM-Waren (-2,7%). Im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe (-6,3%) entwickelte sich die Produktionsausbringung aller größeren Wirtschaftsgruppen überdurchschnittlich stark rückläufig. Während die Abnahme in der Kunststoffwarenherstellung noch vergleichsweise gering war (-0,9%), verzeichneten das Textilgewerbe (-8,8%), die Holzverarbeitung (-10%) und das Bekleidungsgewerbe (-12,1%) nicht unerhebliche Produktionsverluste.

Die Produktion reagierte damit auf die bereits 1980 ungünstiger gewordene Nachfrageentwicklung; die stark negative Tendenz der realen Auftragseingänge des ersten Quartals 1981 besserte sich zwar bis zum 4. Quartal (+1,8% gegenüber Vorjahr), doch im Jahresdurchschnitt blieb ein Minus (-1,5%). Die inländischen Ordereingänge

¹ Quelle: Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1982 (mittlere Variante); in: IAB-Mitteilung Heft 1/1982.

Tabelle 3

Strukturdaten des Verarbeitenden Gewerbes 1981

Wirtschaftsbereich Wirtschaftsgruppe	Beschäftigte		Arbeiterstunden		Produktion		Exportquote		Erzeugerpreise (1976 = 100) ¹⁾
	insgesamt MD	Ver- änderung 1981 gegen 1980	insgesamt	Ver- änderung 1981 gegen 1980	Index MD	Ver- änderung 1981 gegen 1980	1981	1980	Ver- änderung 1981 gegen 1980
	1000	%	Mill.	%	1970=100		%		
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	1 465,5	- 1,8	1 633,8	- 5,9	122,1	- 2,0	28,0	25,6	+ 6,3
Grundstoff- und Produktionsgüter- gewerbe	170,9	- 2,1	197,0	- 5,9	121,7	+ 0,3	18,8	17,0	+ 10,0
Chemische Industrie	63,1	+ 0,7	57,9	- 0,8	148,5	+ 8,9	29,0	26,1	+ 8,7
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	910,0	- 1,0	980,2	- 5,6	129,3	+ 1,5	37,8	34,8	+ 4,2
Maschinenbau	259,0	- 0,7	281,2	- 5,5	108,2	- 3,0	45,8	42,1	+ 5,1
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kfz. usw.	211,3	+ 4,0	251,7	- 4,3	145,9	- 0,1	42,3	39,4	+ 3,5
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	239,4	- 2,3	233,4	- 6,9	138,6	- 3,5	31,0	28,3	+ 3,5
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren	61,6	- 5,0	64,5	- 8,7	107,3	- 7,2	36,3	33,7	+ 3,1
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	324,0	- 4,2	384,6	- 7,3	103,8	- 6,3	16,0	14,6	+ 5,0
Textilgewerbe	93,5	- 6,4	111,4	- 9,3	87,5	- 8,8	20,2	18,0	+ 5,4
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	59,6	+ 0,1	70,6	- 2,7	125,3	+ 1,1	7,5	6,6	+ 4,3

1) Erzeugerpreise gewerblicher Produkte, ohne Mehrwertsteuer.

wiesen dabei einen deutlichen Rückgang auf (-6,3%), der sich insgesamt gesehen von Quartal zu Quartal allerdings leicht abschwächte.

Demgegenüber nahmen 1981 die realen Auftrags-
eingänge aus dem Ausland stark zu (+9,0%),
dabei war die Tendenz im Jahresverlauf weiter
nach oben gerichtet. Allerdings konnten auch die
meisten der exportorientierten Branchen das
gesamte Bestellvolumen des Vorjahres nicht hal-
ten, da gerade hier die inländische Nachfrage
besonders rückläufig war. Dies trifft vor allem auf
das Investitionsgüter produzierende Gewerbe zu
(-0,5%), und hier insbesondere auf den Maschi-
nenbau (-2,2%) und die Elektrotechnik (-2,3%).
Die positive Entwicklung des Straßenfahrzeugbaus
(+9,1%), die ausnahmsweise auch von der inländi-
schen Nachfrage gestützt wurde, konnte allerdings
den starken Nachfrageeinbruch des Vorjahres nicht
ganz ausgleichen. Im Grundstoff- und Produktions-
gütergewerbe (- 1,8%) entwickelte sich die Che-
mische Industrie bemerkenswert günstig (+1,6%),
hier fiel ein mäßiger Rückgang der Inlandsauf-
träge mit einem überdurchschnittlichen Anstieg
der ausländischen Ordereingänge zusammen. Das
mehr inlandsorientierte Verbrauchsgüter produzie-
rende Gewerbe wurde dagegen vom Nachfrage-
rückgang weit stärker getroffen (-4,4%), dies gilt
auch für das Textilgewerbe (-4,2%), wo ein starker

Rückgang der inländischen den besonders kräfti-
gen Anstieg der ausländischen Ordertätigkeit über-
kompensierte.

Entsprechend der vor allem im ersten Halbjahr
ungünstiger gewordenen Entwicklung sank die
Zahl der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe
1981 um 27 000 auf 1,465 Mill. Personen (-1,8%).
Da die Produktion etwa im gleichen Ausmaß
gesunken war, stagnierte die auf die Beschäftigten-
zahl bezogene Arbeitsproduktivität. Allerdings sank
die Zahl der geleisteten Arbeiterstunden, bedingt
durch Zunahme von Kurzarbeit und Abbau von
Überstunden, weit stärker (-5,9%), so daß die aus-
sagekräftigere Stundenproduktivität deutlich an-
stieg (+ 4%).

Insgesamt gesehen mündete 1981 die rückläufige
Nachfrageentwicklung in eine Stagnation. Im vier-
ten Quartal hatten sich die Auftragseingänge auf
dem Vorjahresniveau stabilisiert (+1,8%), wobei
eine weiter leicht rückläufige Inlandsnachfrage
durch eine zunehmend boomartige Auslandsnach-
frage – nicht nur im Investitionsgüterbereich – aus-
geglichen wurde. Diese gesplante Nachfrageent-
wicklung dürfte sich auch 1982 fortsetzen. Wäh-
rend im ersten Quartal 1982 die Nachfrage aus
dem Ausland unverändert lebhaft war (+9,9%), fiel
die Inlandsnachfrage weiter zurück (-5,6%), was zu

Tabelle 4

In- und ausländische Nachfrageentwicklung 1981

Wirtschaftsbereich Wirtschaftsgruppe	Auftragsingang (1980 = 100)		Umsatz	
	Veränderung 1981 gegen 1980		insgesamt	Veränderung 1981 gegen 1980
	Wert- index	Volumen- index		
	%		Mill. DM	%
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	+ 3,0	- 1,5	213 254,6	+ 2,6
Inland	- 2,0	- 6,3	153 512,8	- 0,8
Ausland	+ 14,0	+ 9,0	59 741,8	+ 12,4
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	+ 4,1	- 1,8	39 477,6	+ 3,0
Inland	+ 0,9	- 4,7	32 049,9	+ 0,7
Ausland	+ 15,4	+ 8,6	7 427,7	+ 14,1
Chemische Industrie	+ 8,6	+ 1,6	14 046,0	+ 6,5
Inland	+ 4,2	- 2,5	9 978,0	+ 2,3
Ausland	+ 20,3	+ 12,4	4 068,0	+ 18,3
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	+ 3,7	- 0,5	119 221,8	+ 3,3
Inland	- 2,9	- 6,7	74 111,2	- 1,5
Ausland	+ 14,1	+ 9,2	45 110,6	+ 12,5
Maschinenbau	+ 2,7	- 2,2	32 059,3	+ 1,9
Inland	- 5,8	- 10,4	17 382,2	- 4,6
Ausland	+ 13,4	+ 8,0	14 677,2	+ 10,8
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kfz. usw.	+ 13,8	+ 9,1	34 100,7	+ 6,5
Inland	+ 7,5	+ 4,1	19 676,1	+ 1,3
Ausland	+ 18,6	+ 12,9	14 424,7	+ 14,4
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	+ 1,1	- 2,3	31 298,0	+ 3,1
Inland	- 3,2	- 6,4	21 599,4	- 0,8
Ausland	+ 11,2	+ 7,3	9 698,6	+ 13,0
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren	+ 6,8 ¹⁾	+ 2,4 ¹⁾	6 517,2	- 2,9
Inland	+ 2,6 ¹⁾	- 1,5 ¹⁾	4 152,9	- 6,7
Ausland	+ 13,8 ¹⁾	+ 8,8 ¹⁾	2 364,3	+ 4,7
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	+ 0	- 4,4	36 798,1	- 0,7
Inland	- 2,2	- 6,5	30 915,8	- 2,3
Ausland	+ 12,2	+ 7,4	5 882,3	+ 8,8
Textilgewerbe	+ 0,5	- 4,2	10 195,0	- 1,1
Inland	- 3,5	- 8,2	8 135,6	- 3,8
Ausland	+ 18,0	+ 13,2	2 059,4	+ 11,4
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	-	-	17 553,3	+ 3,3
Inland	-	-	16 235,5	+ 2,3
Ausland	-	-	1 317,8	+ 17,4

1) Ohne Herstellung von Uhren.

einem leichten Rückgang der gesamten Ordereingänge führte (-0,5%). Entsprechend der schleppenden Nachfrageentwicklung verharrte die Produktion im ersten Quartal praktisch auf dem Vorjahresstand (+0,1%).

Während die Entwicklung in den stark exportorientierten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes nicht ungünstig zu beurteilen ist, ist bei den mehr inlandsorientierten Branchen zunächst mit einer

Fortsetzung der Stagnation zu rechnen. Dies gilt insbesondere für das Verbrauchsgüter produzierende Gewerbe und die Ernährungsindustrie. Hier konnte der erhebliche Anstieg der Auslandsnachfrage wegen des geringen Gewichts den Rückgang der Inlandsnachfrage nicht ausgleichen. Da insbesondere von der privaten Nachfrage in diesem Jahr keine Impulse ausstrahlen werden; ist hier mit keiner schnellen Erholung zu rechnen. Generell dürften zumindest von der Lagerhaltung der Handelsstufen keine negativen Effekte ausgehen, da nach den Ergebnissen des Ifo-Instituts der infolge der schleppenden Konsumnachfrageentwicklung und der hohen Zinsbelastung bereits seit längerem bestehende Lagerdruck zu Jahresbeginn erstmals nachgelassen hat.

So erwartet das Frühjahrsgutachten wegen des auslaufenden Lagerabbaus und der Belegung der Nachfrage in den westlichen Industrieländern für das zweite Halbjahr eine leichte Produktionsausweitung.

Von der Rezession wurde inzwischen auch das *Handwerk* erfaßt. Am Jahresende 1981 war die Beschäftigtenzahl um 0,5% niedriger als im Vorjahr. Auch der Umsatz war 1981 real rückläufig; im vierten Quartal lag er nominal nur um 1,7% über dem Vorjahresstand. Besonders betroffen war das Produzierende Handwerk und hier die handwerklichen Unternehmen im Hoch- und Tiefbau, während die Entwicklung im Ausbaugewerbe im ganzen

Tabelle 5

Entwicklung des Auftragsingangs und der Produktion

— Veränderung 1. Quartal 1982 gegen 1. Quartal 1981 —

Wirtschaftsbereich Wirtschaftsgruppe	Auftragseingang ¹⁾			Produktion ²⁾
	Volumenindex insgesamt	davon		
		In-land	Aus-land	insgesamt
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	- 0,5	- 5,6	+ 9,9	+ 0,1
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	- 4,6	- 5,8	- 0,9	- 0,7
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	+ 0,9	- 6,1	+ 11,4	+ 1,2
darunter				
Maschinenbau	- 6,0	- 4,5	- 7,5	- 3,8
Straßenfahrzeugbau-, Reparatur von Kfz usw.	+ 29,9	- 2,4	+ 57,9	+ 11,5
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsggeräten	- 4,3	- 6,6	+ 1,1	+ 0,3
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	- 1,8	- 4,4	+ 12,0	- 1,6
darunter				
Textilgewerbe	- 4,0	- 7,3	+ 8,8	+ 2,1

1) 1980 = 100, — 2) 1970 = 100.

gesehen günstiger verlief. Insbesondere im produzierenden Handwerk muß wegen des hohen Bauanteils für das Jahr 1982 mit weiteren realen Umsatzeinbußen gerechnet werden.

Rückläufige Ausrüstungsinvestitionen

Sinkende Inlandsnachfrage, mangelnde Kapazitätsauslastung, eine verschlechterte Ertragslage und hohe Finanzierungskosten haben 1981 die Investitionstätigkeit beeinträchtigt. Der Auslastungsgrad des Produktionspotentials ging nach den Berechnungen des DIW bundesweit um etwa 3% auf knapp 87% zurück. Nach Angaben der Bundesbank war das nominale Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit (im engeren Sinne) 1981 um 8% gesunken. Der Zinssatz für Kontokorrentkredite war auf dem Gipfelpunkt im Herbst auf etwa 15,5% gestiegen. Entsprechend waren 1981 die realen inländischen Auftragseingänge der baden-württembergischen Investitionsgütererzeugung rückläufig (-6,7%). Von den großen Branchen waren der Maschinenbau (-10,4%) und die LKW-Herstellung (-16,4%) besonders betroffen, die Elektrotechnik mäßiger (-6,4%). Aber auch die bislang außerordentliche Nachfrageentwicklung der Herstellung von ADV-Anlagen war auf dem Inlandsmarkt abgeflaut (-9,8%) bei allerdings hohem Ausgangsniveau.

Bundesweit gingen die Ausrüstungsinvestitionen 1981 real um 3,1% zurück. Ein Rückgang in derselben Größenordnung dürfte auch für Baden-Württemberg zutreffen. Bei den getätigten Investitionen traten bereits 1981 als Investitionsmotiv, wie auch die baden-württembergischen Industrie- und Handelskammern berichten, zunehmend Rationalisierung und Ersatzbeschaffung in den Vordergrund. In diesem Jahr dürften sich nach den Kammerberichten die Investitionen noch mehr in diese Richtung verschieben, Erweiterungsinvestitionen also weiter in ihrem Anteil sinken. Danach dürfte die weitere Investitionsentwicklung auch nach Branchen differenziert ablaufen. Während die von der schwachen Inlandsnachfrage abhängigen Branchen, wie der Bau, der Handel und Unternehmen der Verbrauchsgütererzeugung ihre Investitionen stärker einschränken dürften, ist das Investitionsklima bei den von der gestiegenen Auslandsnachfrage besonders profitierenden Investitionsgüterherstellern günstiger. Hier will nach den Kammerberichten jedes vierte der heimischen Unternehmen die Investitionen erhöhen. In Baden-Württemberg mit seinem hohen Anteil an der Investitionsgüterherstellung könnte daher 1982 die Investitionsentwicklung günstiger ausfallen als im Bundesgebiet. Auch andere Faktoren sprechen dafür, daß 1982 kein ausgeprägter Investitionseinbruch erfolgt.

Neben Hoffnungen auf eine weitere Zinssenkung sind auch die Verbesserung der degressiven Abschreibungsmöglichkeiten für das Anlagevermögen zu nennen.

Weiterhin hat sich die Ertragskraft der Unternehmen – als wichtige Komponente für das Investitionsklima – nach Berechnungen der deutschen Bundesbank jedoch bereits im zweiten Halbjahr 1981 leicht gebessert; so stiegen die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit saisonbereinigt bundesweit um 3,5% gegenüber dem ersten Halbjahr. Weiter abflachende Tendenzen bei den Einfuhrpreisen von Rohstoffen und Vorprodukten, aber auch die bisherigen unter den zu erwartenden inländischen Preissteigerungsraten liegenden Tarifabschlüsse dürften in diesem Jahr die Ausgangslage für eine Stärkung der Ertragskraft der Unternehmen verbessern.

Die bisherigen Daten über die realen inländischen Auftragseingänge beim heimischen Investitionsgüter produzierenden Gewerbe zeigen allerdings noch keine Stabilisierung der Investitionstätigkeit. Sowohl im vierten Quartal 1981 (-4,1%) als auch im ersten Quartal 1982 (-6,1%) waren die inländischen Ordereingänge gegenüber dem jeweiligen Vorjahreszeitraum rückläufig.

Nach der Prognose des Sachverständigenrats werden die realen Ausrüstungsinvestitionen bundesweit in diesem Jahr um 2% zurückgehen, während das Frühjahrsgutachten in seinem Mehrheitsvotum von einem Rückgang um 3% ausgeht. Dabei wird unterstellt, daß die im Beschäftigungsprogramm der Bundesregierung enthaltene Investitionszulage realisiert wird. Allerdings wird hiervon erst gegen Jahresende eine spürbare Auswirkung auf die Investitionstätigkeit erwartet.

Unter der Annahme, daß bereits im zweiten Halbjahr von den von der Auslandsnachfrage profitierenden Branchen eine Stabilisierung der Investitionstätigkeit ausgeht, könnte dieser Rückgang in Baden-Württemberg etwas milder ausfallen.

Talfahrt der Bauinvestitionen

Die Rezession wirkte sich, bedingt auch durch die Zinsentwicklung und Einsparungen im öffentlichen Bereich, bei den Bauinvestitionen stärker aus. So lagen die preisbereinigten Auftragseingänge im Jahresdurchschnitt im Hochbau um knapp 13%, im Tiefbau sogar um rund 27% unter dem Vorjahresstand. Im Hochbau entstand der Rückgang auch durch die sinkenden öffentlichen Aufträge, während der Wohnungsbau (real etwa -2%) eine relativ robuste Tendenz zeigte. Im Jahresverlauf wurde die Situation im Baubereich immer ungünstiger, so

Tabelle 6

Nominale Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe 1981 (1976 = 100)

Veränderung gegen Vorjahr in %

Zeitraum	Bauhaupt- gewerbe insgesamt	Hochbau				Tiefbau			
		zusammen	darunter			zusammen	darunter		
			Wohnungs- bau	gewerblicher und industrieller Bau	Gebiets- körper- schaften ¹⁾		Straßenbau	gewerblicher und industrieller Bau	Gebiets- körper- schaften ¹⁾
1. Vierteljahr	- 15,9	- 3,8	- 2,0	+ 1,9	- 14,1	- 37,1	- 39,5	- 15,5	- 38,5
2. Vierteljahr	- 10,8	- 2,0	+ 1,3	+ 2,5	- 8,0	- 24,2	- 25,6	+ 13,0	- 20,7
1. Halbjahr	- 13,3	- 2,9	- 0,3	+ 2,1	- 10,9	- 30,3	- 31,9	- 1,0	- 31,7
3. Vierteljahr	- 18,1	- 15,5	- 7,3	- 19,5	- 28,6	- 22,6	- 18,5	+ 1,8	- 21,8
4. Vierteljahr	- 20,4	- 24,5	- 13,7	- 16,8	- 24,5	- 26,4	- 24,8	- 11,8	- 24,0
2. Halbjahr	- 19,1	- 16,5	- 10,3	- 17,4	- 26,6	- 24,2	- 21,1	- 5,0	- 22,7
Jahr	- 16,1	- 9,5	- 5,1	- 7,9	- 18,8	- 27,5	- 27,1	- 2,9	- 27,7

1) Einschließlich Organisationen ohne Erwerbscharakter sowie öffentliche Auftraggeber.

daß am Jahresende die realen Auftragsbestände im Hochbau um rund 19%, im Tiefbau sogar um 24% unter dem Vorjahresniveau lagen.

Die verschlechterte Auftragslage wirkte sich auch auf die Beschäftigung aus. Die Betriebe des Bauhauptgewerbes leisteten 1981 bei einer um 2% verringerten Beschäftigtenzahl 6% Baustellenstunden weniger als 1980; dabei nahm die Stundenzahl im Hochbau um knapp 5%, im Tiefbau um 9% ab. Die Marktsituation hatte auch Konsequenzen für die Baupreise; während z.B. der Preisindex für Bauleistungen an Wohngebäuden noch mäßig anstieg (+4,6%), sank das Preisniveau im Tiefbaubereich sogar geringfügig. Die verschlechterte Auftrags- und Erlösentwicklung hatte zur Folge, daß im Bauhauptgewerbe 1981 doppelt so viele Unternehmen Konkurs anmelden mußten als im Vorjahr.

Bundesweit gingen die Bauinvestitionen 1981 real um 3,4% zurück. Nach Berechnungen des DIW für die einzelnen Bundesländer² dürfte der Rückgang in Baden-Württemberg etwas geringer als im Bundesdurchschnitt gewesen sein.

Der Rückgang der Auftragseingänge setzte sich auch nach 1982 hin fort. So verzeichnete das baden-württembergische Bauhauptgewerbe im ersten Quartal eine Abnahme um nominal 14%, gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum, die bei der derzeitigen Preisentwicklung im Baubereich einen realen Rückgang in etwa gleicher Höhe bedeutet. Der strenge Winter hat allerdings dazu beigetragen, daß die bestehenden Auftragspolster

etwas länger als normalerweise die Beschäftigung sichern. Während sich für den Tiefbau weiter negative Tendenzen abzeichnen, könnte sich der Rückgang der Bauinvestitionen im Wohnungsbau abschwächen. Hierzu kann einmal die Zinsentwicklung beitragen, zum andern strahlen vom Wohnungsbauprogramm 1982, das zu zwei Drittel vom Land, zu einem Drittel vom Bund finanziert wird, gewisse Impulse aus. Im Bereich der Eigentumsförderung sollen 10 300, beim Mietwohnungsbau 2 800 Wohneinheiten gefördert werden. Zusätzlich hierzu wurden im Rahmen des ersten Nachtrags Haushalts 1982 ein Sonderwohnungsbauprogramm des Landes und ein kommunales Investitionsprogramm ins Leben gerufen. Mit dem Sonderwohnungsbauprogramm sollen 5 000 Eigentumsmaßnahmen und 1 000 Mietwohnungen gefördert werden.

Der Sachverständigenrat erwartet, daß bundesweit die realen Bauinvestitionen 1982 um 4,5% zurückgehen werden, während das Frühjahrsgutachten von einem Rückgang um 6,5% ausgeht; als maßgeblich hierfür wird der Rückgang der öffentlichen Bauinvestitionen angesehen, der insbesondere durch die Finanzklemme der Kommunen bedingt ist. Diese Größenordnungen können für Baden-Württemberg als eine Untergrenze der Entwicklung angesehen werden, da die Ausgangssituation nicht zuletzt durch die verschiedenen Programme etwas günstiger ist.

Export weiter Hauptstütze der Konjunktur

Trotz der verhaltenen Weltkonjunktur und eines stagnierenden Welthandelsvolumens stiegen die Exporte der deutschen und der baden-württember-

gischen Wirtschaft im Lauf des letzten Jahres deutlich an, insbesondere in diejenigen Länder, die in Dollar fakturieren. Die Ausfuhr reagierte somit auch auf den Wettbewerbsvorteil, den die Dollarkursentwicklung den heimischen Anbietern verschaffte. So wies der baden-württembergische Export im ersten Quartal 1981 zunächst gegenüber dem Vorjahreszeitraum lediglich eine Exportsteigerung um knapp 2% auf. Bereits im zweiten Quartal betrug die entsprechende Zunahme aber 12% und im dritten und vierten Quartal belief sie sich sogar auf 16% bzw. 18%. Im Gesamtzeitraum des Jahres 1981 lag der Wert der ausgeführten Waren bei 66,3 Mrd. DM oder um 12% über dem Ergebnis des Vorjahres. Damit wurde die Steigerungsrate des Vorjahres wieder erreicht, die reale Zunahme lag mit rund 6% jedoch deutlich über der des Vorjahres (+4%). Bei schrumpfender Inlandsnachfrage gingen damit 1981 wiederum starke konjunkturstützende Wirkungen von den Exporten aus.

Das Schwergewicht der Exporte lag auch 1981 wieder bei den europäischen Ländern, obwohl die Exporte in alle wichtigen Partnerländer aus dem europäischen Raum dabei unter der Gesamtzuwachsrate lagen. Die Lieferungen in die Niederlande und nach Belgien-Luxemburg blieben sogar unter dem Vorjahresniveau. Während also das Exportgeschäft unseres Landes mit den europäischen Ländern insgesamt recht verhalten und in die Staatshandelsländer sogar leicht rückläufig verlief, brachte der Handel mit den OPEC-Ländern (+46%), der in den letzten Jahren Beeinträchtigungen ausgesetzt war, weit überdurchschnittliche Absatzerfolge.

Die Exportsteigerung der baden-württembergischen Wirtschaft war mit +12% leicht unter dem Bundesdurchschnitt (+13%). Während die Ausfuhrsteigerung in die industrialisierten Länder im ganzen parallel verlief (jeweils +10%), stiegen die baden-württembergischen Ausfuhren in Entwicklungsländer deutlich langsamer als im Bundesdurchschnitt (+27% gegenüber +37%), das gleiche gilt für die unter diese Ländergruppe fallenden OPEC-Länder (+46% bzw. +53%). Hier ist allerdings nicht auszuschließen, daß die zeitliche Abwicklung von Großaufträgen das Jahresergebnis beeinflusst; 1980 war beispielsweise die Exportzunahme in die Entwicklungsländer in Baden-Württemberg höher als im Bundesdurchschnitt (+20% bzw. +15%).

Unter den exportierten Waren, deren Entwicklung branchenbedingt sehr unterschiedlich verlief, bildeten nach wie vor Maschinen mit rund einem Viertel des baden-württembergischen Gesamtexports die wichtigste Erzeugnisgruppe. Die Ausfuhrsteigerung war hier jedoch mit nominal knapp 10% unterdurchschnittlich und deutlich niedriger als im

Tabelle 7

Ausfuhr nach Handelspartnern 1981

Handelspartner	Mill. DM	%	Veränderung gegen Vorjahr in %
Europa	43 953,1	66,3	+ 6,2
davon			
EG-Länder	26 529,2	40,0	+ 5,1
Frankreich	9 063,2	13,7	+ 8,8
Belgien-Luxemburg	2 773,3	4,2	- 0,6
Niederlande	3 882,3	5,9	- 2,9
Italien	5 531,9	8,3	+ 3,8
Großbritannien	3 671,0	5,5	+ 9,7
Republik Irland	204,2	0,3	+ 22,0
Dänemark	775,5	1,2	+ 0,8
Griechenland	627,8	0,9	+ 21,4
EFTA-Länder ¹⁾	13 011,9	19,6	+ 8,3
Staatshandelsländer ²⁾	1 972,1	3,0	- 1,1
Übriges Europa	2 439,9	3,7	+ 15,1
Afrika	4 690,8	7,1	+ 36,8
Amerika	9 630,6	14,5	+ 16,2
darunter			
Vereinigte Staaten	7 035,7	10,6	+ 19,3
Asien	7 279,1	11,0	+ 29,9
Australien und Ozeanien	745,3	1,1	+ 25,7
Ausfuhr insgesamt	66 299,0	100,0	+ 11,8
davon			
Industrialisierte Länder	52 843,2	79,7	+ 9,7
Entwicklungsländer	11 384,4	17,2	+ 26,6
darunter OPEC-Länder ³⁾	5 490,1	8,3	+ 46,1
Staatshandelsländer insgesamt ⁴⁾	2 071,3	3,1	- 2,5

1) Island, Norwegen, Schweden, Finnland, Schweiz, Österreich, Portugal. — 2) Sowjetunion, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien. — 3) Vereinigte Arabische Emirate, Irak, Iran, Kuwait, Katar, Saudi-Arabien, Algerien, Ecuador, Indonesien, Gabun, Libyen, Nigeria, Venezuela. — 4) Europäischer und asiatischer Ostblock.

Vorjahr (+15%). Bei Kraftfahrzeugen betrug die Exportzunahme fast 18% und bei chemischen Erzeugnissen beinahe 17%. Vergleichsweise schwach verlief das Exportgeschäft dagegen bei elektrotechnischen Erzeugnissen mit einer Ausweitung um 5%. Der Textilexport schließlich verzeichnete eine Steigerung um 9%.

Anders als im Vorjahr lag die Steigerung der Einfuhr 1981 deutlich unter der der Ausfuhr. Der Gesamtwert der importierten Güter betrug 1981 in Baden-Württemberg rund 50,1 Mrd. DM und lag damit um fast 8% über dem Vorjahresergebnis. Diese nominale Entwicklung wurde allerdings durch den starken Anstieg der Einfuhrpreise (+14%) mitbestimmt, real gingen die Importe um rund 6% zurück. Bei den einzelnen Warengruppen sind vor allem die Einfuhren von elektrotechnischen (+13%) und chemischen Erzeugnissen (+8%) mit überdurchschnittlichen Zuwachsraten hervorzuheben, wogegen die Kraftfahrzeugimporte (+3%) und die Textileinfuhren (+2%) das entsprechende Vorjahresniveau nur geringfügig übertrafen.

Während sich die Lieferungen aus den Staatshandelsländern insgesamt nur um 1% leicht erhöhten, verzeichnete die Einfuhr aus den OPEC-Staaten eine Steigerung um fast 12%. Die Importe aus den europäischen Ländern erreichten mit 6% nicht die Steigerungsrate der Gesamteinfuhr. Auch nach einzelnen Ländern verlief die Importentwicklung sehr unterschiedlich. Großbritannien und die Niederlande schnitten bei den Lieferungen nach Baden-Württemberg mit Zuwachsraten von 16% bzw. 13% noch am besten ab. Rückläufig waren dagegen auf dem baden-württembergischen Markt die Importe aus Italien (-1%).

Für die Beurteilung der voraussichtlichen Weiterentwicklung des baden-württembergischen Exportgeschäfts, an der das Verarbeitende Gewerbe maßgeblich beteiligt ist, läßt sich der Index des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe aus dem Ausland heranziehen. Er wies 1981 eine Zunahme um real 9% gegenüber dem Vorjahr auf, wobei das Expansionstempo im Jahresverlauf deutlich zunahm. Im ersten Quartal dieses Jahres setzte sich die günstige Entwicklung fort (+10% gegenüber dem Vorjahreszeitraum). Diese trotz der noch relativ schwachen Konjunktur in den wichtigsten Partnerländern, die oft auch noch unter negativen Leistungsbilanzen zu leiden haben, zu beobachtende Entwicklung begründet die Zuversicht im bundesdeutschen und damit auch im baden-württembergischen Exportgeschäft für das Jahr 1982. Eine nochmalige kräftige reale Exportsteigerung hält sowohl der Sachverständigenrat (+6%) als auch das Frühjahrsgutachten (Mehrheitsvotum: +7%) für wahrscheinlich. Den Prognosen liegt neben einer relativ günstigen Einschätzung des deutschen Exports im Vergleich zur Welthandelsentwicklung auch eine zuversichtliche Beurteilung der Weltkonjunktur zugrunde, die zum Teil durch das Einfrieren der OPEC-Ölpreise bis Ende 1982 und durch die derzeit geringfügig nachgebenden Zinsen begründet wird. Insbesondere in den USA sind bei der Inflationsbekämpfung inzwischen erste Erfolge eingetreten, so daß von daher die Hoffnung auf eine von den USA ausgehende weitere Zinssenkung gewachsen ist. Vorsicht ist allerdings bei der Einschätzung geboten, die deutschen Exporte in die OPEC-Länder könnten weiter so kräftig wie bisher ausgeweitet werden. Es darf nämlich nicht übersehen werden, daß deren Exporterlöse bereits wieder sinken.

Die Nicht-Öl-exportierenden Entwicklungsländer dürften ihre Einfuhren wegen ihrer anhaltenden Zahlungsbilanzprobleme und angesichts sinkender Rohstoffpreise kaum ausweiten können. Ein hoher Verschuldungsgrad und politische Faktoren dürften auch einer Ausweitung der Ausfuhr in die Staatshandelsländer im Wege stehen.

Der Rückgang der Einfuhren wird sich vor allem wegen der erwarteten Aufstockung der Lager mit Vorprodukten nicht weiter fortsetzen. Vom Sachverständigenrat und im Frühjahrsgutachten wird real eine durchschnittliche Zuwachsrate von 3% für 1982 unterstellt.

Preisauftrieb 1981 verstärkt

Die Preissteigerungstendenzen setzten sich 1981 besonders in der zweiten Jahreshälfte verstärkt fort. Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte erreichte im August eine Jahresveränderungsrate von 6%. Eine Jahresveränderungsrate in dieser Größenordnung hatte es seit rund sechs Jahren nicht mehr gegeben. Im Oktober erreichte die Preiswelle ihren Höhepunkt (+ 6,8%), gegen Jahresende wurde der Wert von 6,4% erreicht. Daß die Preissteigerungsrate im Jahresdurchschnitt (+5,9%) noch unter der 6%-Marke lag, war somit allein auf relativ gemäßigte Preisentwicklung im ersten Halbjahr (+5,5%) zurückzuführen.

Für die hohen Teuerungsraten war in entscheidendem Maße die Entwicklung des DM-Wechselkurses – vor allem gegenüber dem US-Dollar – verantwortlich, die zu massiven Preisschüben bei Importgütern geführt hat. Die preistreibenden Effekte der bis August währenden DM-Abwertung führten dazu, daß die auf den Vorjahreswert bezogene Steigerungsrate der Einfuhrpreise im August den Gipfelwert von 20% erreichte. Im Zuge der Höherbewertung der DM, aber auch durch rückläufige Energie- und Rohstoffpreise sank die Jahresveränderungsrate der Einfuhrpreise bis Dezember auf 9,5% (Jahresdurchschnitt: 14.0%).

Für das Jahr 1982 zeichnen sich bei der Entwicklung der Verbraucherpreise günstigere Tendenzen ab. Die weiter rückläufigen Ölpreise und die im ganzen stabile Entwicklung des Wechselkurses, die sogar von Höherbewertungen der DM sowohl im Rahmen des EWS als auch gegenüber dem Dollar verstärkt werden könnte, lassen eine weitere Entlastung der Preisentwicklung von außen her erwarten. Auch von der binnenwirtschaftlichen Seite her ist aufgrund der unterhalb der derzeitigen Inflationsrate liegenden Tarifabschlüsse ein Entlastungseffekt zu erwarten. Preistreibend wirken dagegen zahlreiche administrative Maßnahmen, so auch angekündigte Anhebungen von Verbrauchssteuern, der Postgebühren und die teilweise bereits in Kraft getretene Erhöhung der Stahlpreise innerhalb der Europäischen Gemeinschaft. Im Februar fiel die Steigerungsrate der Verbraucherpreise erstmals seit Juli 1981 mit 5,8% wieder unter die 6%-Marke, bis April sank sie weiter auf 5,1%.

Tabelle 8

Entwicklung ausgewählter Preisindizes 1981 (1976 = 100)

Veränderung gegen Vorjahr in %

Monat	Außenhandel		Landwirtschaft ¹⁾		Industrie	Handel		Wohnungsbau	Lebenshaltung
	Einfuhrpreise	Ausfuhrpreise	Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte	Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel	Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ¹⁾ (Inland)	Großhandelsverkaufspreise ¹⁾	Einzelhandelspreise ²⁾	Preisindex für	
								Bauleistungen an neuen Wohngebäuden ²⁾	die Lebenshaltung ³⁾
Bundesgebiet ⁴⁾								Baden-Württemberg	
Januar	+ 8,5	+ 4,3	+ 1,5	+ 8,8	+ 6,8	+ 5,7	+ 4,9	—	+ 5,8
Februar	+ 13,2	+ 4,6	+ 1,5	+ 6,7	+ 6,7	+ 5,8	+ 4,8	+ 6,7	+ 5,5
März	+ 12,0	+ 4,5	+ 2,6	+ 7,2	+ 7,0	+ 7,1	+ 5,0	—	+ 5,5
April	+ 11,8	+ 4,9	+ 4,5	+ 7,7	+ 6,8	+ 7,4	+ 5,1	—	+ 5,6
Mai	+ 14,2	+ 5,3	+ 4,8	+ 7,5	+ 7,0	+ 6,7	+ 5,2	+ 4,7	+ 5,6
Juni	+ 16,2	+ 5,7	+ 5,5	+ 8,0	+ 7,3	+ 6,6	+ 5,1	—	+ 5,5
Juli	+ 18,2	+ 6,2	+ 6,6	+ 8,4	+ 8,1	+ 7,0	+ 5,1	—	+ 5,8
August	+ 20,0	+ 6,7	+ 8,3	+ 9,5	+ 8,8	+ 9,5	+ 5,0	+ 3,8	+ 6,0
September	+ 17,8	+ 6,3	+ 10,1	+ 10,3	+ 8,9	+ 11,5	+ 5,7	—	+ 6,5
Oktober	+ 13,7	+ 5,7	+ 9,7	+ 9,9	+ 8,7	+ 11,6	+ 5,8	—	+ 6,8
November	+ 10,4	+ 5,4	+ 9,9	+ 8,4	+ 8,4	+ 10,6	+ 5,9	+ 3,3	+ 6,6
Dezember	+ 9,5	+ 5,6	+ 8,5	+ 7,2	+ 8,2	+ 9,1	+ 5,7	—	+ 6,3
Jahresdurchschnitt	+ 14,0	+ 5,4	+ 5,6	+ 8,2	+ 7,8	+ 8,2	+ 5,3	—	+ 5,9

1) Ohne Umsatz- (Mehrwert-) steuer. — 2) Einschließlich Umsatz- (Mehrwert-) steuer. — 3) Aller privaten Haushalte. — 4) Quelle: Statistisches Bundesamt.

Ein jahresdurchschnittlicher Anstieg der Verbraucherpreise um 5% bzw. 4,5% wie er vom Sachverständigenrat bzw. im Frühjahrsgutachten prognostiziert wird, erscheint somit realistisch. Dies würde bedeuten, daß die Jahresveränderungsrate bis zum Jahresende 1982 auf etwa 4% sinkt. Diese Zahlen würden auch für Baden-Württemberg gelten, da sich die heimische Preisentwicklung von der bundesweiten nur geringfügig unterscheidet.

Private Nachfrage gebremst

Die nominalen Gehalts- und Lohnsteigerungen fielen 1981 deutlich niedriger aus als im Vorjahr. So erhöhte sich in Baden-Württemberg der Index der Bruttonomatsverdienste aller Angestellten in der Industrie, im Handel, bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe von Oktober 1980 bis Oktober 1981 um 5,0%. Im Oktober hatten die männlichen Angestellten ein durchschnittliches Bruttogehalt von 3770 DM (+5,3%), ihre Kolleginnen verdienten 2418 DM (+4,9%). Auf männliche und weibliche Angestellte insgesamt entfiel im Durchschnitt ein Bruttoeinkommen von 3291 DM (+5,2%).

Im gleichen Zeitraum erhöhten sich die Bruttostundenverdienste aller in der Industrie beschäftigten Arbeiter – gemessen am Index der durchschnittlichen Bruttostundenverdienste – um 5,3%. Im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres waren es noch 7,2%. Der Index der durchschnittlichen Bruttowochenverdienste ist allerdings nur um 3,8% gestiegen. Diese unterschiedliche Entwicklung ist auf die geringeren Mehrarbeitsstunden zurückzuführen (–10,5%). Den Arbeiterinnen wurde im Durchschnitt ein Bruttowochenverdienst von 449 DM ausbezahlt (+3,5%), ihren männlichen Kollegen 636 DM (+4,3%).

Für den Lebensstandard ist jedoch weniger die nominelle Steigerung der Bruttoverdienste entscheidend als vielmehr der reale, also von Preissteigerungen bereinigte Lohnzuwachs, der mit Hilfe des Reallohnindex ausgedrückt wird. Errechnet wird dieser Index, indem der Index der Bruttowochenverdienste der Arbeiter mit dem Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen deflationiert wird. Aufgrund relativ niedriger Nominallohnleistungen bei gleichzeitig relativ hohem Preisanstieg war im Juli 1981 ein Rückgang der realen Bruttowochenverdienste gegenüber dem Vorjahr um 2% zu verzeichnen.

Die private Nachfrage war nicht nur durch die rückläufigen Reallöhne, sondern auch durch andere Faktoren negativ beeinflusst, vor allem durch den konjunkturbedingten Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen. Auch nominal rückläufig waren die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (bundesweit: -0,9%). Die Betriebseinkommen in der Landwirtschaft waren im Zuge rückläufiger Verkaufserlöse und bei gestiegenem Betriebsaufwand weiter rückläufig. Im Wirtschaftsjahr 1980/81 war das Betriebseinkommen für die Gesamtheit der baden-württembergischen Landwirtschaft um 18,5% kleiner als 1979/80. Je Betrieb errechnete sich aufgrund des fortschreitenden Strukturwandels ein Betriebseinkommen von 16025 DM (-15,5%).

Das Volkseinkommen hat 1981 bundesweit nominal nur noch um 3,4% zugenommen, was real einem Rückgang entspricht. Der private Verbrauch hat erstmals in der Nachkriegszeit real abgenommen (-1,1%), gleichzeitig stieg die Sparquote nochmals leicht an (von 13,5% auf 14%), was für Rezessionszeiten nicht untypisch ist.

Auch für 1982 ist kein Spielraum für eine Zunahme des realen privaten Verbrauchs erkennbar. Durch die bisherigen maßvollen Tarifabschlüsse mit der durch die Metallindustrie vorgeprägten Eckzahl von 4,2% kann davon ausgegangen werden, daß – bei zurückgehender Zahl der Beschäftigten einerseits, einem positiven Abstand zwischen Effektiv- und Tariflohnentwicklung (Lohndrift) andererseits – die

Tabelle 9

Vergleich wirtschaftlicher Vorhersagen wichtiger Institutionen für die Bundesrepublik 1982

Merkmal	Einheit	Sachverständigenrat ¹⁾	Jahreswirtschaftsbericht ²⁾	RWI ³⁾	DIW ⁴⁾	Gemeinschaftsgutachten ⁵⁾
Bezugszahlen zur Entstehung des Sozialprodukts						
Erwerbstätige	Veränderung zum Vorjahr in %	- 1,5	rund - 1	- 1,5	- 1,5	- 1,5
Arbeitslose	Mill.	1,65	-	1,7	1,75	1,8
Arbeitslosenquote ⁶⁾	%	-	(rund 7)	-	7,5	7,5
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	Veränderung zum Vorjahr in %	- 0	- 0,5	- 0,5	- 1,0	- 0,5
Produktivität ⁷⁾	"	+ 2,5	+ 2,5 bis + 3,5	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,5
Verwendung des Sozialprodukts						
Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen (nominal)	Veränderung zum Vorjahr in %	+ 5,0	+ 5,5	+ 5,0	+ 4,5	+ 5,0
Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen (real)	"	+ 0,5	+ 1 bis + 1,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5
Privater Verbrauch (nominal)	"	+ 4,5	+ 4,5 bis + 5,5	-	+ 4,5	+ 4,5
Staatsverbrauch (nominal)	"	+ 4,5	+ 4 bis + 5	-	+ 5,0	+ 5,0
Bruttoanlageinvestitionen (nominal)	"	- 0,5	- 1 bis 0	-	- 2,0	- 2,0
Ausfuhr (nominal)	"	+ 10,5	+ 10,5 bis + 11,5	-	+ 7,5	+ 12,0
Einfuhr (nominal)	"	+ 7,5	+ 7 bis + 8	-	+ 4,0	+ 6,5
Ausfuhr (real)	"	+ 6,0	+ 6 bis + 7	+ 7,0	+ 4,0	+ 6,5
Einfuhr (real)	"	+ 3,0	+ 3 bis + 4	+ 4,0	+ 2,0	+ 3,0
Vorratsveränderung (nominal)	Mrd. DM	x	(+ 6 bis + 10)	+ 4,0	+ 12,5	+ 5,0
Preisentwicklung						
Privater Verbrauch	Veränderung zum Vorjahr in %	+ 5,5	rund + 5	+ 5,0	+ 5,0	+ 4,5
Bruttosozialprodukt	"	+ 4,0	rund + 4	+ 4,5	+ 4,5	+ 4,5
Verteilung des Volkseinkommens						
Volkseinkommen (nominal)	Veränderung zum Vorjahr in %	+ 4,5	rund + 5	+ 4,5	+ 4,0	+ 5,0
Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit (nominal)	"	+ 3,0	rund + 4	+ 3,0	+ 3,5	+ 3,0
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (nominal)	"	+ 8,5	+ 7 bis + 9	+ 9,0	+ 5,5	+ 9,5
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte (nominal)	"	+ 4,0	+ 4 bis + 5	-	+ 4,0	+ 4,0
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (nominal)	"	+ 9,0	-	+ 10	+ 5,5	+ 11,0
Leistungsbilanzsaldo (nominal)	Mrd. DM	- 10	0 bis - 10	+ 3	- 9	+ 5

1) Zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Nov./Dez. 1981). – 2) Der Bundesregierung (Januar 1982). – 3) Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (Februar 1982). – 4) DIW (Januar/Februar 1982). – 5) Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Frühjahr 1982 (Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute). – 6) Bezogen auf abhängige Erwerbspersonen. – 7) Je Erwerbstätigenstunde.

Bruttolohn- und Gehaltssumme um 4% zunimmt. Der Anstieg der Nettolohn- und Gehaltssumme wird durch den 1982 nur teilweise abgeschwächten Progressionseffekt der Lohnsteuer gedrückt werden. Auch die Transferzahlungen dürften im Zuge der Einschränkungmaßnahmen z.B. im Bereich der Sozialhilfe, beim Kindergeld und bei der Arbeitsverwaltung schwächer zunehmen. Dagegen werden die Rentenempfänger, deren Einkommen in den letzten Jahren nur unterproportional wuchsen, diese stärker verbessern (+ 5,8%). Berücksichtigt man alle Komponenten, so dürfte das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte um 4% steigen, real damit um etwa 1% sinken. Unterstellt man, daß bei sinkendem Zinsniveau auch die Sparanreize zurückgehen und bisher zurückgestellte Käufe langlebiger Gebrauchsgüter getätigt werden – im Kfz-Bereich gibt es bereits Anzeichen dafür –, so dürfte die private Nachfrage real auf dem Niveau von 1981 verharren, von dieser Annahme geht auch das Mehrheitsvotum des Frühjahrsgutachtens aus.

Öffentliche Finanzen

Der Doppelhaushalt 1981/82 hatte ursprünglich ein Volumen von 31,23 Mrd. DM für 1981 und von rund 32,71 Mrd. DM für 1982. Die Ausgaben erhöhten sich damit bereinigt um 2,1% in 1981 und 5,6% in 1982. Die Nettokreditaufnahme war für 1981 mit 2,7 Mrd. DM festgestellt. Die Kreditaufnahme lag nach dem Haushaltsplan 1981 um 500 Mill. DM höher als 1980. Das Jahr 1981 brachte einen Nachtragshaushalt. Unter Berücksichtigung dieser Änderung wurde der Staatshaushaltsplan 1981 auf 31,266 Mrd. DM festgestellt. Der Nachtrag des Jahres 1981 mit einem Volumen von 41,2 Mill. DM enthielt neben dem bereits im Urplan angekündigten Vollzug der Streichung von 300 Stellen, insbesondere auch die Ermächtigung zur Vorfinanzierung des Bundesanteils von Hochschulbauten in Höhe von 75 Mill. DM durch die Landeskreditbank.

Das Volumen des Staatshaushaltsplans 1981 einschließlich des Nachtrags (31,266 Mrd. DM) wurde von den Ist-Ergebnissen bei den Einnahmen und Ausgaben um je 721 Mill. DM oder 2,3% übertroffen. Im Gesamtergebnis des Haushaltsjahres 1981 wurden Steuern in Höhe von 21,114 Mrd. DM oder 2,2% mehr als im Vorjahr vereinnahmt. Die Ist-Steuererträge 1981 blieben jedoch brutto um 199 Mill. DM hinter dem Soll-Ansatz von 21,313 Mrd. DM zurück. Netto (also nach Abzug der steuerabhängigen Ausgaben) betrug der Steuerausfall 150 Mill. DM. Geringere Steuereingänge als ursprünglich erwartet ergaben sich bei der veranlagten Einkommensteuer, den nicht veranlagten Steuern

vom Ertrag sowie den reinen Landessteuern. Mehreinnahmen gegenüber dem Haushaltssoll waren bei der Lohnsteuer und Körperschaftsteuer zu verzeichnen. Die Steuereinnahmen allein deckten im Haushaltsjahr 1981 66,0% der Ausgaben. Im Jahr 1980 waren es 65,7%. Die übrigen Einnahmen lagen 1981 bei 6,6 Mrd. DM. Die Bruttokrediteinnahmen betrugen 4 311 Mill. DM (+ 0,8%). Die haushaltsgesetzliche Kreditermächtigung 1981 betrug 4 022 Mill. DM. Die Sollüberschreitung um 289 Mill. DM wurde durch Einnahmereste des Vorjahres abgedeckt. Die Nettokreditaufnahme des Landes 1981 erreichte 2 899 Mill. DM. Das haushaltsgesetzliche Soll von 2 700 Mill. DM wurde damit um 199 Mill. DM überschritten. Die Personalausgaben erhöhten sich im Jahr 1981 um 6,4%³ gegenüber dem Vorjahresniveau.

Für das Haushaltsjahr 1982 wurden bisher zwei Nachtragshaushalte verabschiedet. Kern des Ersten Nachtrags 1982 ist ein Wohnungsbausonderprogramm mit einem Bewilligungsvolumen von 170 Mill. DM zur Förderung von 6 000 Wohnungen. Über das Sonderprogramm hinaus enthält der Erste Nachtrag 1982 zusätzliche Verpflichtungsermächtigungen im kommunalen Investitionsbereich von 100 Mill. DM. Sie sind für Maßnahmen der Stadterneuerung, der Dorfentwicklung und des kommunalen Straßenbaus bestimmt. Dabei wurde davon ausgegangen, daß das Investitionsprogramm des Ersten Nachtrags 1982 in Baden-Württemberg Investitionen von etwa 1,7 Mrd. DM mobilisieren und damit nachhaltig zur Sicherung der Arbeitsplätze beitragen wird.

In einem Zweiten Nachtrag für das Jahr 1982 wurde der Etat um knapp 495 Mill. DM auf 32,248 Mrd. DM nach unten korrigiert. Inhalt dieses Nachtrags sind Kürzungen insbesondere im konsumtiven Bereich der Staatsausgaben, während der investive Sektor weitgehend verschont blieb.

Bei den Gemeindefinanzen waren nach dem außerordentlich günstigen Jahr 1980 (Steuereinnahmen +17,1%) 1981 stagnierende Einnahmen zu verzeichnen. Die kassenmäßigen Steuereinnahmen der Gemeinden Baden-Württembergs betrugen 1981 nach der Steuerverteilung 8,428 Mrd. DM. Sie blieben damit um 0,5% unter dem Ergebnis des Jahres 1980. Diese wenig günstige Entwicklung war durch die konjunkturabhängigen Steuern, vor allem durch die Gewerbesteuer, bedingt. Diese lag durch die geschmälernten Gewinne und Gewinnerwartungen der Unternehmen mit 4,684 Mrd. DM

³ Bereinigt um Zahlen für Universitätskliniken, die ab 1.1.1982 als Landesbetriebe geführt werden.

um 146 Mill. DM (-3,0%) unter dem Vorjahresniveau. Nach Abzug der an Bund und Land abzuführenden Gewerbesteuerumlage mit 1,148 Mrd. DM verblieben den Gemeinden aus dieser Steuerart rund 3,5 Mrd. DM. Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer lag mit 3,768 Mrd. DM knapp über dem Vorjahresergebnis (3,749 Mrd. DM).

Die Ausgaben der Kommunen haben 1981 rund 28,5 Mrd. DM betragen, sie liegen damit um 3,3% über dem Vorjahresergebnis. Zwei Drittel dieses Betrags wurden zur Erfüllung laufender Verpflichtungen benötigt. So waren 5,5 Mrd. DM für Personalausgaben, die gegenüber dem Vorjahr um 10,7% angewachsen sind, zu verzeichnen. Entsprechend der allgemeinen Preissteigerungsrate ist auch der laufende Sachaufwand um 6,9% auf 4,5 Mrd. DM gestiegen. Die Leistungen der Sozialhilfe belasteten die Haushalte der Kommunen mit 2,4 Mrd. DM (+ 1,7%), die Zinsen mit 964 Mill. DM (+ 22,0%).

Der Vermögenshaushalt ist nicht zuletzt wegen der sehr hohen Zuwachsraten bei den konsumtiven Ausgaben (Personalausgaben +10,7%) um 4% auf 9,5 Mrd. DM zurückgegangen. Dabei war vor allem im Bausektor eine zurückhaltendere Haushaltsführung zu erkennen. So wiesen die Bauausgaben (6,3 Mrd. DM), die den überwiegenden Teil des Vermögenshaushalts umfassen, keine Steigerungsrate mehr auf.

In den bisherigen Schwerpunktbereichen drosselten die Gemeinden (Gv) ihre Bautätigkeit. Hier blieben die Ausgaben beim Straßenbau um 4,7%, bei der Abwasserbeseitigung um 14,3% und beim Schulhausbau um 2,4% unter dem Vorjahresniveau. Auch der Vermögenserwerb wies mit 1,5 Mrd. DM rückläufige Tendenz auf (1980: 1,8 Mrd. DM).

Teil II

Einzeluntersuchungen zu politischen Schwerpunktbereichen

1. Sozialbudget – Sozialstruktur

1.1 Strukturen des sozialen Leistungssystems und seine Finanzierungsbedingungen

Problemlage

Schon seit einigen Jahren stehen dem gestiegenen sozialen Anspruchsdenken nicht mehr die entsprechenden Zuwachsraten im ökonomischen Bereich gegenüber. Ausdruck dafür sind die drohenden Defizite der Sozialversicherungsträger aber auch die zunehmende Verschuldung der öffentlichen Haushalte. Somit treten in einer Zeit wirtschaftlicher Stagnation Fragen der Umverteilung der Einkommen noch stärker in den Vordergrund als dies ohnehin der Fall ist. Denn einerseits sind die Belastungen der Erwerbs- und Vermögenseinkommen nicht beliebig ausdehnbar, ohne einen Schaden der Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft der am Wirtschaftsprozeß Beteiligten und damit der Effizienz des Produktionsprozesses zu riskieren, andererseits kann nicht mehr an die unterschiedlichen sozialen Gruppen verteilt werden, als erwirtschaftet wurde.

Die Einkommensentstehung resultiert ausschließlich aus der wirtschaftlichen Produktionstätigkeit. Das wirtschaftliche Ergebnis ist das Volkseinkommen (Nettosozialprodukt zu Faktorkosten), das seinerseits identisch ist mit der Summe aller Löhne, Gehälter, Gewinne, Zinsen, Mieten und Pachten. Die Aufteilung des Volkseinkommens erfolgt zunächst nach rein ökonomischen Gesichtspunkten auf die Bevölkerungsteile, welche die Produktionsfaktoren „Arbeit“ und/oder „Kapital“ für die Gütererzeugung zur Verfügung stellen. Im Rahmen dieser Primärverteilung fließen also nur den wirtschaftlich Aktiven Einkommen zu. Um auch für die nicht im Wirtschaftsprozess stehenden Bevölkerungsteile (Rentner, Arbeitslose, Kinder, Kranke, Hausfrauen) den Lebensunterhalt bzw. besondere notwendige Leistungen zu gewährleisten, führt der Staat Umverteilungsmaßnahmen durch, die zur so-

genannten Sekundärverteilung des Volkseinkommens und zum sogenannten verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte führen. Dieses ergibt sich aus dem Bruttoerwerbs- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte, vermindert um die direkten Steuern und die Sozialabgaben und vermehrt um die empfangenen laufenden Übertragungen, in denen auch die Sozialleistungen enthalten sind. Dieses Einkommen steht letztendlich den privaten Haushalten zur freien Verwendung für Konsum und Ersparnis zur Verfügung.

Seit vor hundert Jahren durch Bismarck die gesetzliche Sozialversicherung gegen die größten Lebensrisiken Alter, Krankheit, Unfall und Invalidität eingeführt wurde, hat sich das Sozialleistungssystem äußerst vielfältig entwickelt. Das Ergebnis dieses historischen Prozesses – für den auch immer wieder wechselnde sozialpolitische Gestaltungsvorstellungen maßgeblich waren – ist eine nicht mehr überschaubare Zersplitterung von Zuständigkeiten und Leistungen auf eine Vielzahl von Trägern für eine Vielzahl von Funktionen und Empfängern. Bis Ende der sechziger Jahre waren kaum Anhaltspunkte dafür vorhanden, wie hoch die Sozialleistungen in ihrer Gesamtheit sind, für welche Zwecke sie geleistet werden und welche Umverteilungswirkung auf bestimmte Bevölkerungsgruppen mit ihnen verbunden sind. Hier setzt die seither im Bund und in Baden-Württemberg als bisher einzigem Bundesland¹ entwickelte Sozial-

1 Die Datenquellen der Budgetberechnungen sind vielfältiger Art und umfassen sowohl die amtliche wie auch die nichtamtliche Statistik. Neben den Statistiken der Sozialleistungsträger gehen auch Nachweise der Bundesanstalt für Arbeit, der Landeshaushaltsrechnungen sowie der Gemeindefinanzstatistik ein. Vgl.: Linder, P.: Sozialbudgetberechnungen, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 6, 1981.

budgetrechnung an. Durch systematische und umfassende Datenanalyse und -zuordnung, – wobei diese Daten aus den verschiedensten Quellen kommen, – ist es erreicht worden, alle überhaupt getätigten Sozialleistungen nach Höhe, leistenden Institutionen, Funktionen, Leistungs- und Finanzierungsarten sowie Finanzierungsquellen und nicht zuletzt nach Empfängergruppen transparent zu machen. Dieses neuartige sozialstatistische Instrumentarium informiert über Größenordnungen, Strukturen und Entwicklungstendenzen im Sozialbereich, die gesamtgesellschaftlich und gesamtwirtschaftlich von höchster Bedeutung sind, wenn man bedenkt, daß die gesamten im Lande verteilten Sozialleistungen mit 72,2 Mrd. DM doppelt so hoch sind wie der Staatshaushalt oder – um den Zusammenhang über eine andere Relation zu verdeutlichen –, daß heute bereits etwa jede dritte Mark des erwirtschafteten Sozialprodukts von der Sozialversicherung und den Gebietskörperschaften für soziale Zwecke beansprucht und umgeschichtet wird.

Die erbrachten Sozialleistungen sind abhängig von der Interpretation dessen, was Sozialpolitik sei. Dies kann enger gesehen werden im Sinne der „sozialen Sicherung“, aber auch weiter im Sinne der „Gestaltung von bzw. Einflußnahme auf Lebensverhältnisse“. Das Sozialbudget des Bundes – auch Sozialbudget I oder institutionelles Budget genannt, da es von den leitenden Institutionen ausgeht – orientiert sich an der engeren Interpretation, erfaßt also im wesentlichen die monetären Umverteilungsmaßnahmen. Eine Ausnahme sind die Ausgaben für die Gesundheit, die im wesentlichen Sachausgaben sind. Das derart abgegrenzte Budget wird auch für das Land nachgewiesen. Es umfaßt somit alle im Land getätigten Sozialausgaben, die auf bundesgesetzlicher Grundlage erfolgen.

Land und Kommunen haben jedoch eine eigene Kompetenz im sozialen Bereich. Diese betrifft dann zusätzlich zu den klassischen Funktionen vor allem Leistungsbereiche wie das Bildungs- und Gesundheitswesen aber auch den Umweltschutz und die innere Sicherheit. Diese Positionen fehlen im Budgetkonzept des Bundes völlig oder werden nur unzureichend nachgewiesen. Um die landesspezifischen Aufgabenbereiche sozial-gesellschaftlicher Prägung zu erfassen, wird ergänzend zum Sozialbudget I ein landesspezifisches Sozialbudget (Sozialbudget II) errechnet. Es enthält weniger Einkommensleistungen als vielmehr Ausgaben für die personelle und materielle Infrastruktur; das heißt, es enthält den sozialen Staatsverbrauch und die soziale Investition. Ein landesspezifisches Sozialbudget umfaßt somit Ausgaben, die außerhalb der Institutionen nach dem Bundeskonzept und in eigener Kompetenz von Land und Gemein-

den erbracht werden und deren Ausgabenschwerpunkte beim sozialen Staatsverbrauch und bei den sozialen staatlichen Investitionen liegen. Dieses landesspezifische Budget macht es somit möglich, den Mitteleinsatz von Land und Gemeinden in bezug auf gesellschaftliche Tatbestände in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Beschäftigung, Familie, Umweltschutz und innerer Sicherheit herauszustellen. Es vermittelt damit eine Informationsbasis für das gesellschaftspolitische Handeln auf Landesebene im weitesten Sinne, das in dieser Form bisher in keinem anderen Bundesland existiert.

Beide Budgets, das institutionelle und das landesspezifische Budget können zu einer Gesamtsicht zusammengefaßt werden, ohne daß sich dabei Doppelerfassungen ergeben. Diese umfassende Darstellung der Sozialausgaben wird durch das *integrierte Sozialbudget* wiedergegeben.

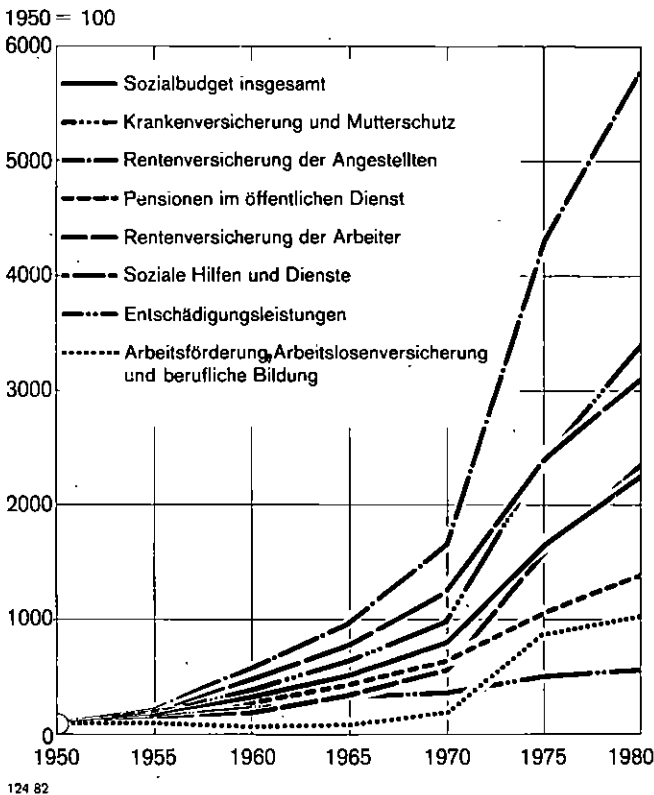
Die langfristige Entwicklung der Sozialleistungen im Bund

Die Transferströme nach dem institutionellen Sozialbudget können für die Bundesrepublik Deutschland bis 1950 zurückverfolgt werden². Danach stiegen die Sozialleistungen des Bundes von 17 Mrd. DM (1950) auf 450 Mrd. DM (1980). Die mit Abstand stärkste Zunahme vollzog sich dabei in den siebziger Jahren. (*Schaubild 1*). Dieser gewaltigen Steigerung des Leistungsvolumens um das 25-fache steht entsprechend das Aufkommen der Finanzierungsmittel gegenüber. Betrachtet man die Entwicklung einzelner ausgewählter Institutionen des Sozialbudget, so zeigt sich besonders bei den vom Umfang her großen Sozialversicherungssystemen ein weit überproportionaler Anstieg. Die monetäre Umverteilung hat sich somit in den letzten Jahrzehnten verstärkt in Richtung der sogenannten intertemporären aber auch der intergenerativen Umverteilung verlagert. Unter *intertemporaler* Umverteilung wird der Ausgleich der Einkommen im Lebenszyklus eines Menschen insbesondere zwischen seinem Erwerbs- und seinem Rentenalter verstanden. Das gesamte Sozialversicherungswerk, wie es unter Bismarck vor hundert Jahren am 17.11.1881 durch die „Kaiserliche Botschaft“ verkündet wurde, basiert auf diesem Umverteilungskonzept. Ein wesentliches Merkmal ist die beitragsgebundene Finanzierungsart. In der Rentenversicherung etwa wird vom Prinzip der Beitragsadäquanz ausgegangen, die die Leistungshöhe der Renten beim Eintritt in den Ruhestand adäquat an

² Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Sozialberichte 1969/70 bis 1980.

Schaubild 1

Entwicklung ausgewählter Institutionen im Bundesgebiet



die einbezahlten Beiträge binden soll. In den siebziger Jahren hat die intertemporäre Umverteilung eine erhebliche Ausweitung durch die Öffnung der Rentenversicherung für Selbständige und Hausfrauen erfahren. Die sogen. *intergenerative* Umverteilung beinhaltet darüber hinaus auch eine Veränderung in den Einkommenslagen verschiedener Generationen, – das heißt, in der Regel eine über die Beitragsadäquanz hinausgehende Besserstellung der älteren Generation. Als ein Indikator hierfür kann das Rentenniveau angesehen werden, welches die Einkommensposition der nicht mehr Erwerbstätigen (Rentner) zu den Erwerbstätigen angibt. Es ist zwischen 1965 und 1980 von 59,3% auf 71,5% (Rentenbetrag gemessen am Nettoarbeitsentgelt bei 45 Versicherungsjahren) und damit um ein Fünftel gestiegen. Hieraus wird deutlich, daß intergenerative Umverteilungsprozesse erheblichen Ausmaßes stattgefunden haben.

Bei der *interpersonellen* Umverteilung der Einkommen kommt es in ihrer vertikalen Ausrichtung zu einer Umverteilung zwischen den verschiedenen sozialen Schichten. Hierunter fallen vor allem Sozialleistungen, die ihren Gewährleistungsanspruch aus Einkommensschwäche oder Bedürftigkeit herleiten, wie die Sozial- und Arbeitslosenhilfe, aber auch das Wohngeld. In langfristiger Sicht haben

diese sozialen Hilfen und Dienste sich in etwa wie die Gesamtleistungen des Sozialbudgets entwickelt. Hiervon ist die horizontale interpersonelle Umverteilung zu unterscheiden, die unabhängig von einer sozialen Schicht aufgrund bestimmter sozialer Tatbestände Einkommensumschichtungen vornimmt. Dies ist bei der Sicherung der Lebenshaltung bei Krankheit der Fall, die sich ebenfalls weit überproportional entwickelt hat, wie auch beim Familienlastenausgleich. Die Leistungen für die Familie sind allerdings im Bundesbudget nur unterdurchschnittlich gestiegen.

Obwohl diese Klassifizierung der Umweltverteilungsprozesse nicht zu eindeutig abgrenzbaren Transferkategorien führen kann, geben sie doch eine Hilfestellung für die Bewertung der unterschiedlichen Entwicklungen einzelner sozialer Institutionen wie auch des Gesamtsystems. So erhebt sich heute angesichts der zunehmenden intertemporären wie auch – im Falle der Gesundheitsleistungen – interpersonellen Umverteilungsmassen, die durch obligatorische staatliche Vorsorge erzwungen werden, immer drängender die Frage, ob eine weitere Ausdehnung nicht zu einer unerwünschten Abkehr von Eigeninitiative und Selbstvorsorge in Verbindung mit einer zunehmenden Abhängigkeit des Einzelnen vom bürokratischen Sozialapparat führen wird.

Die Leistungsseite des institutionellen Sozialbudgets im Land

Institutionen

Das institutionelle Sozialbudget umfaßte 1979 im Land ein Leistungsvolumen von 58,6 Mrd. DM. Kernbereiche sind die großen Sozialversicherungssysteme. Zusammen mit dem Kindergeld ergeben sie die allgemeinen Systeme der sozialen Sicherung, die mit 32,7 Mrd. DM schon 56% des Gesamtbudgets ausmachen. Insbesondere die Rentenversicherung und die Krankenversicherung stellen dabei mit 15,4 Mrd. DM und 11,7 Mrd. DM geradezu monolithische Ausgabenblöcke dar, deren Veränderungen sich in starkem Maße auf die Entwicklung des Gesamtbudgets auswirken (Tabelle 1). Mit Ausnahme des Kindergeldes stellen diese gesetzlichen Einrichtungen beitragsgebundene Systeme dar, die nach dem Solidaritätsprinzip im Rahmen einer Versichertengemeinschaft geleistet werden. Ihre Leistungen gründen sich also auf Ansprüche, die durch frühere Beitragszahlungen erworben wurden und die Lebensrisiken Alter, Gesundheit, Unfall und Arbeitslosigkeit absichern.

Neben die allgemeinen Systeme der sozialen Sicherung treten weitere Zusatzsysteme, deren wichtigstes das beamtenrechtliche System mit

Tabelle 1

Institutionelles Sozialbudget (Budget I) nach Institutionen, Funktionen und Leistungsarten

Institutionen Funktionen Leistungsarten	1970	1975	1979
	Mill. DM		
Sozialbudget insgesamt	23 734	46 381	58 548
Institutionen			
Direkt-Leistungen	19 694	41 529	51 792
Soziale Sicherung	13 853	30 803	39 168
Allgemeine Systeme	10 730	25 583	32 703
Rentenversicherung	5 629	10 842	15 396
Rentenversich. der Arbeiter	3 589	6 663	9 088
Angestelltenversicherung	1 934	4 018	6 100
Knappsch. Rentenversich.	96	161	208
Krankenversicherung	3 657	9 098	11 672
Unfallversicherung	631	1 061	1 354
Arbeitsförderung	339	2 265	1 602
Kindergeld	474	2 317	2 679
Sondersysteme	180	377	529
Altershilfe für Landwirte	147	278	389
Versorgungswerke	33	99	140
Beamtenrechtliches System	2 748	4 385	5 329
Pensionen	1 822	3 068	3 794
Familienzuschläge	665	754	800
Beihilfen	261	563	735
Ergänzungssysteme	195	458	607
Zusatzversich. im öff. Dienst	191	448	594
Zusatzvers. für einzelne Berufe	4	10	13
Arbeitgeberleistungen	2 911	4 168	5 569
Entgeltfortzahlung	1 988	2 914	3 973
Vertragl. u. freiw. Arbeit- geberleistungen	923	1 254	1 596
Entschädigungen	1 378	2 004	2 281
Kriegsopferversorgung	1 021	1 533	1 806
Lastenausgleich	181	235	259
Wiedergutmachung	133	157	141
Sonstige Entschädigung	43	79	75
Soziale Hilfen und Dienste	1 552	4 554	4 774
Sozialhilfe	373	1 036	1 404
Jugendhilfe	208	570	592
Ausbildungsförderung	86	422	464
Wohngeld	61	168	177
Öffentl. Gesundheitsdienst	80	163	197
Vermögensbildung	744	2 195	1 940
Indirekte Leistungen	4 040	4 852	6 756
Steuerermäßigungen	3 377	4 168	5 854
Vergünstigungen im Wohnungswesen	663	684	902
Funktionen			
Familie	4 755,5	7 353,1	9 065,1
Kinder	2 299,9	3 936,3	4 208,1
Ehegatten	2 238,8	3 076,0	4 456,9
Mutterschaft	216,8	340,8	400,1
Gesundheit	7 462,3	15 581,1	20 324,9
Vorbeugung	428,6	1 012,2	1 148,3
Krankheit	5 498,0	11 823,1	15 373,6
Arbeitsunfall u. Berufskrankheit	746,8	1 312,7	1 706,0
Invalidität (allgemein)	788,9	1 433,1	2 097,0
Beschäftigung	459,2	3 055,7	2 516,3
Berufliche Bildung	241,3	1 081,7	1 186,1
Sonstige Mobilität	155,6	299,0	522,2
Arbeitslosigkeit	62,3	1 675,0	808,0
Alter und Hinterbliebene	8 232,1	15 315,1	21 085,2
Alter	7 575,2	14 337,6	19 785,0
Hinterbliebene	656,9	977,5	1 300,2
Folgen politischer Ereignisse	731,6	1 018,2	1 140,5
Wohnen	939,7	1 144,8	1 403,1
Sparförderung	1 006,5	2 678,5	2 718,6
Allgemeine Lebenshilfen	147,1	234,5	294,3
Leistungsarten			
Einkommensleistungen	18 609,0	33 600,2	42 591,0
laufend	18 465,2	33 406,2	42 344,8
einmalig	143,8	194,0	246,2
Sachleistungen	3 985,7	10 340,9	13 072,0
Barkostenerstattung	600,7	1 250,2	1 453,2
Dienstleistungen, Waren	3 385,0	9 090,7	11 618,8
Allg. Dienste und Leistungen	1 139,3	2 439,9	2 885,0
Zuschüsse	77,2	245,9	334,6
Maßnahmen	469,9	1 004,4	1 168,2
Innerer Dienst	592,2	1 189,6	1 382,2

seinen Pensionen, Familienzuschlägen und Beihilfen in Höhe von 5,3 Mrd. DM ist. Sie umfassen noch verschiedene Ergänzungs- und Sondersysteme, deren Leistungen in Höhe von 1,1 Mrd. DM an bestimmte Erwerbstätigen- und Berufsgruppen gehen.

Die Arbeitgeberleistungen stellen einen selbständigen Ausgabenblock dar, der die Entgeltfortzahlung und die vertraglichen und freiwilligen Leistungen enthält. Bestandteile sind insbesondere die betriebliche Altersversorgung, der betriebliche Gesundheitsdienst sowie Aufwendungen für Werks- und Dienstwohnungen, Familienzulagen und Beihilfen bei Krankheit. Mit 5,6 Mrd. DM stellen die Arbeitgeber nahezu 9,5% des Gesamtbudgets zur Verfügung, wobei auf die Leistungen für die Entgeltfortzahlungen allein 4,0 Mrd. DM entfallen.

Ein weiterer wichtiger Bereich sind die beitragsfreien Systeme, die auf öffentlicher Finanzierung außerhalb einer Versichertengemeinschaft beruhen. Hierzu gehören vor allem die Entschädigungen, die aufgrund des Versorgungsprinzips geleistet werden. Diese betrugen 1979 insgesamt 2,3 Mrd. DM, wovon alleine 1,8 Mrd. DM auf die Kriegsopferversorgung entfielen. Demgegenüber stehen die Leistungen für soziale Hilfen und Dienste, bei denen das Fürsorgeprinzip im Vordergrund steht und deren Gewährung an Einkommensgrenzen gebunden ist. Diese Institutionengruppe wies 1979 ein Leistungsvolumen von 4,8 Mrd. DM aus und stellt somit 8,2% des Gesamtbudgets dar. Die Zuordnung von Gewährleistungsprinzipien zu den einzelnen Institutionengruppen ist nicht immer exakt, sondern nur schwerpunktmäßig gegeben. So sind die Leistungen für Vermögensbildung, die unter den sozialen Hilfen und Diensten ausgewiesen sind, weder an das Fürsorge- noch an das Versorgungsprinzip gebunden, sondern verfolgen, ähnlich dem Kindergeld, ein eigenes gesellschaftspolitisches Ziel. Typisch für Leistungen nach dem Fürsorgeprinzip sind dagegen die Sozialhilfe (1,4 Mrd. DM) und das Wohngeld (0,2 Mrd. DM). Daneben erbringen die Gebietskörperschaften zusätzlich indirekte Leistungen, die in einem Verzicht auf ihnen zustehende Einnahmen bestehen. Als solche gelten insbesondere Steuerermäßigungen, wie sie vor allem durch das Ehegattensplitting gewährt werden, sowie Vergünstigungen im Wohnungswesen, die in Form von Zinsermäßigungen und Tilgungsnachlässen im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus und des Lastenausgleichsfonds erbracht werden. Zusammen betrugen die indirekten Leistungen 1979 nach einer Schätzung 6,8 Mrd. DM, wovon alleine 5,9 Mrd. DM auf die Steuerermäßigungen entfielen.

Die Leistungsstruktur der Institutionen, wie sie sich 1979 darstellte, zeigte vor zehn Jahren eine andere Zusammensetzung. Das darin zum Ausdruck kommende unterschiedliche Ausgabenwachstum der einzelnen Institutionen ist dabei die Folge von Verschiebungen, die sich ihrerseits auf sozialstrukturelle Tatbestände, politische Prioritätensetzungen und andere Faktoren zurückführen lassen. Zunächst ist zu erkennen, daß der dominierende Ausgabenblock für die soziale Sicherung, und hier speziell der allgemeinen Systeme, in den siebziger Jahren weiter an Bedeutung gewonnen hat. Der Anteil der sozialen Sicherung am Gesamtbudget stieg von 58,4% (1970) auf 66,9% (1979), der der allgemeinen Systeme von 45,2 auf 55,9%.

Funktionen

Neben der institutionellen Gliederung, die sich aus dem Erfassungskonzept ergibt, ist ein weiterer Nachweis der Sozialleistungen nach Funktionen möglich.³

Ein funktional gegliedertes Sozialbudget gibt insbesondere einen Einblick in die Bedeutung verschiedener sozialer Tatbestände. Diese ziel- und

³ Genaue Abgrenzung von Funktion und Institution siehe Tabelle 1' im Anhang.

zweckorientierte Gliederung sozialpolitischer Maßnahmen wird zu einer Entscheidungshilfe für eine funktional ausgerichtete Sozialpolitik, da sie in hohem Maße auf sozialstrukturelle Merkmale Bezug nimmt.

Den größten Teil des Budgetvolumens nimmt die Funktion *Alter und Hinterbliebene* mit 21,1 Mrd. DM in Anspruch. Davon sind 19,8 Mrd. DM Altersleistungen (vor allem Renten und Pensionen). Die Hinterbliebenenleistungen belaufen sich dagegen nur auf 1,3 Mrd. DM. Von der Leistungsart her gesehen, handelt es sich fast ausschließlich um Einkommensleistungen (*Tabelle 2*). Die Alters- und Hinterbliebenenleistungen haben in den siebziger Jahren überdurchschnittlich zugenommen. Die Einführung der flexiblen Altersgrenze sowie die dynamischen Rentenanpassungen ließen den Anteil der Leistungen am Gesamtbudget von 34,7% (1970) auf 36,0% (1979) anwachsen.

Mit 20,3 Mrd. DM erreicht die Funktionsgruppe *Gesundheit* ungefähr dieselbe Größenordnung. Budget I unterteilt die Gesundheitsleistungen in die Unterfunktionen: Vorbeugung, Krankheit, Arbeitsunfall und allgemeine Invalidität, von denen die Krankheit mit 15,4 Mrd. DM die weitaus bedeutendste ist.

Tabelle 2

Institutionelles Sozialbudget (Budget I) nach Funktionen und Leistungsarten 1979

Leistungsarten Funktionen	Insgesamt	Einkommensleistungen		Sachleistungen		Allgemeine Dienste und Leistungen		
		laufend	einmalig	Barkosten- erstattung	Dienst- leistungen, Waren	Zuschüsse	Maß- nahmen	Innerer Dienst
Mill. DM								
Sozialbudget insgesamt	58 548,0	42 344,8	246,2	1 453,2	11 618,8	334,6	1 108,2	1 382,2
Familie	9 065,1	8 254,3	17,5	51,7	457,6	137,5	58,0	88,5
Kinder	4 208,1	3 627,4	4,2	33,7	307,2	126,2	46,3	63,1
Ehegatten	4 456,9	4 430,0	4,5	—	—	4,5	4,5	13,4
Mutterschaft	400,1	196,9	8,8	18,0	150,4	6,8	7,2	12,0
Gesundheit	20 324,9	6 856,5	43,0	971,6	11 162,6	29,9	676,5	584,8
Vorbeugung	1 148,3	225,1	—	32,2	592,4	29,9	220,5	48,2
Krankheit	15 373,6	4 181,7	15,4	845,5	9 623,9	0,0	322,8	384,3
Arbeitsunfall und Berufskrankheit	1 706,0	986,0	17,1	20,5	510,1	—	95,5	76,8
Invalidität (allgemein)	2 097,0	1 463,7	10,5	73,4	436,2	—	37,7	75,5
Beschäftigung	2 516,3	1 753,7	70,3	145,7	8,3	189,3	222,7	126,3
Berufliche Bildung	1 186,1	864,7	0,0	140,0	8,3	67,6	55,7	49,8
Sonstige Mobilität	522,2	236,1	67,9	5,7	—	121,7	66,8	24,0
Arbeitslosigkeit	808,0	652,9	2,4	—	—	—	100,2	52,5
Alter und Hinterbliebene	21 085,2	20 072,6	82,5	231,7	0,0	—	147,6	550,8
Alter	19 785,0	19 072,7	39,6	19,8	0,0	—	138,5	514,4
Hinterbliebene	1 300,2	999,9	42,9	211,9	0,0	—	9,1	36,4
Folgen politischer Ereignisse	1 140,5	845,0	14,8	83,3	119,8	10,3	21,7	45,6
Wohnen	1 403,1	1 375,1	0,0	—	—	—	8,4	19,6
Sparförderung	2 718,6	2 718,6	—	—	—	—	—	—
Allgemeine Lebenshilfen	294,3	73,6	20,9	35,9	103,0	15,3	31,2	14,4
In den Funktionen nicht aufteilbare Leistungsarten	0	+ 395,4	— 2,8	— 66,7	— 232,5	— 47,7	+ 2,1	— 47,8

Der wichtigste Träger von Gesundheitsleistungen ist die gesetzliche Krankenkasse mit allein 54,5% aller Ausgaben. Den nächst höheren Anteil erbringen mit 21,6% bereits die Arbeitgeber, die allein 78,7% ihres Gesamtaufwandes am Budget für Gesundheitsmaßnahmen, also erheblich mehr als zum Beispiel für Betriebsrenten, erbringen.

Im Gegensatz zur transferorientierten Funktion Alter und Hinterbliebene kommt den Sachleistungen (ärztliche Dienstleistungen im ambulanten und stationären Bereich sowie Versorgung mit Arzneimitteln) mit einem Anteil von 60% der Gesundheitsleistungen eine besondere Bedeutung zu. Neben den Einkommensleistungen (Lohnersatz im Krankheitsfall), die 34% betragen, spielen auch die allgemeinen Dienste und Leistungen mit über 6% eine nicht unbeträchtliche Rolle (insbesondere Zuschüsse als Zuwendungen an Verbände und freie Träger von Sozialleistungen, die zu bestimmten Leistungen führen). Auch der Bereich Gesundheit hat in den siebziger Jahren eine überdurchschnittliche Ausgabenentwicklung aufzuweisen, die seinen Anteil am Gesamtbudget von 31,4% auf 34,7% ansteigen ließ. Die Ursachen für diese Ausgabenexpansion sind vielfältiger Natur. Es spielen dabei die Einbeziehung bestimmter Gruppen in die gesetzliche Krankenversicherung und die durch sie bewirkte Nachfrageerweiterung, sowie ein größeres Leistungsspektrum in Verbindung mit einem höheren Gesundheitsbewußtsein der Bevölkerung aber auch die Preisentwicklung für Gesundheitsgüter eine Rolle.⁴

Die drittgrößte Funktionsgruppe ist der Bereich der *Familie*. Er ist untergliedert in drei Teilbereiche: Kinder (4,2 Mrd. DM), Ehegatten (4,5 Mrd. DM) und Mutterschaft (0,4 Mrd. DM).

Die im Sozialbudget I angewendeten Abgrenzungskriterien führen zu einer relativ engen Sicht familienrelevanter Leistungen. So sind alle Leistungen für den Bereich Wohnen, denen im Sozialbudget I ein eigener Funktionalbereich vorbehalten ist, in gewissem Sinne familienrelevante Aufwendungen. Die beiden größten Einzelinstitutionen, die den Bereich Familie bestimmen, sind die Steuerermäßigungen (4,0 Mrd. DM) und das Kindergeld (2,7 Mrd. DM). Die Funktion Mutterschaft beinhaltet insbesondere das Mutterschaftsgeld (303 Mill. DM). Über 90% der Ausgaben im Familienbereich werden durch Einkommensleistungen erbracht, nahezu 6% machen dagegen die Sachleistungen aus, der Rest sind Zuschüsse, Maßnahmen und Verwaltungsausgaben. Der Ausgabenbereich für die Familie ist im Sozialbudget I in den siebziger

Jahren unterdurchschnittlich gewachsen. Sein Anteil am Gesamtbudget nahm von 20% (1970) auf 15,5% (1979) ab. Dies gilt für die Unterfunktionen Kinder und Ehegatten gleichermaßen. Ursächlich ist vor allem der Geburtenrückgang, da trotz der Kindergeldreform von 1975, nach der auch für das erste Kind Kindergeld bezahlt wurde, und den vorgenommenen Erhöhungen der Kindergeldsätze, die Leistungen relativ zum Gesamtbudget rückläufig sind. Außerdem gilt es zu bedenken, daß die familienorientierten Transferleistungen im Gegensatz zu anderen Leistungsbereichen wie dem Alter nicht »dynamisiert«, d.h. nicht durch einen Automatismus an die allgemeine Einkommensentwicklung angebunden sind. Familiären Transferleistungen kommt in sozialpolitischem Sinne eine hohe Bedeutung zu, da sie die Familie in ihrer Funktionsfähigkeit stärken. So können erhöhte Familienleistungen die Eigenvorsorge und die private Initiative derart fördern, daß sich hieraus eine Tendenz zur Ausgabenminderung bei den anderen sozialen Funktionsbereichen ergibt. Dies würde eine stabilisierende Wirkung für das Sozialsystem als ganzes bedeuten.

Der nächste größere Ausgabenbereich stellt 1979 die *Sparförderung* dar, die mit 2,7 Mrd. DM zum Sozialbudget I beiträgt. Diese Leistungen werden von den beiden Institutionen Vermögensbildung (1,9 Mrd. DM) und den Steuerermäßigungen (0,8 Mrd. DM) getragen und stellen zu 100% Einkommensleistungen dar. Während sich der Anteil dieser Leistungen am Budget zwischen 1970 und 1974 von 4,2% auf 6,2% erhöhte, war in den Folgejahren ein Absinken auf 4,6% (1979) zu beobachten. Dieser Rückgang in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre trat ein, weil einerseits die Zahl der Begünstigten begrenzt wurde (Einkommensgrenzen) und andererseits 1976 die Prämiensätze für Anlagen nach dem Sparprämien- und Wohnungsbauprämienengesetz gesenkt wurden.

Vom Ausgabevolumen gleichgewichtig wie die Sparförderung ist die Funktion *Beschäftigung* mit 2,5 Mrd. DM. Dieses Aufgabenfeld ist in drei Teilbereiche untergliedert: berufliche Bildung (1,2 Mrd. DM), sonstige Mobilität (0,5 Mrd. DM) und Arbeitslosigkeit (0,8 Mrd. DM). Während die beiden ersten Teilbereiche mehr präventiven Charakter haben, die das Arbeitslosenrisiko mindern sollen, sind die Leistungen für Arbeitslosigkeit bei Eintritt der Notlage vorgesehen. Die Entwicklung der Ausgaben für Beschäftigung ist stark konjunkturabhängig. Ihr Leistungsanteil am Gesamtbudget stieg von 1,9% (1970) auf 6,6% (1975) und fiel danach auf 4,3% (1979) zurück. Dabei übersteigen im Konjunkturtief die Ausgaben für Arbeitslosigkeit die für die berufliche Bildung, im konjunkturellen Hoch tritt dagegen der präventive Aspekt stärker in den Vordergrund.

⁴ Linder, P.: Ausgaben für die Gesundheit, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 7, 1981.

In der Funktion *Wohnen* werden alle Leistungen zusammengefaßt, die direkt oder indirekt eine finanzielle Entlastung bei der Wohnungsnutzung darstellen. Zur Verbesserung der Wohnungsver-sorgung wurden 1979 insgesamt 1,4 Mrd. DM ausgegeben. Da der Wohnbereich in besonders engem Zusammenhang mit der Lage der Familien steht, kann hier eine spezielle Ergänzung des Funktionalbereichs Familie gesehen werden. Enge Beziehungen der Funktion Wohnen ergeben sich aber auch zur Sparförderung, soweit diese dem Wohnungsbau dient. Hauptbestandteile der Leistungen sind die Vergünstigungen im Wohnungswesen (902 Mill. DM), die vorwiegend in Form von Zinsermäßigungen oder als Zuschüsse zu Zins- und Tilgungslasten erbracht werden. Neben der objektbezogenen Förderung stehen auch die von den Wohnungsnutzern direkt in Anspruch genommenen Leistungen in Form von Wohngeld (177 Mill. DM). Diese Leistungen sind allerdings an Einkommensgrenzen gebunden. Die Leistungen für Wohnen, die zu nahezu 100% Einkommensleistungen sind, haben in den siebziger Jahren anteilmäßig am Gesamtbudget von 4,0% (1970) auf 2,4% (1979) trotz Anpassungen des Wohngeldes an die allgemeine Einkommensentwicklung abgenommen.

Die selbständige Funktion *Folgen politischer Ereignisse* nimmt mit 1,1 Mrd. DM den zweitletzten Rang unter den Funktionen ein. Hier werden insbesondere die Kriegsfolgelasten zusammengefaßt, deren bedeutendste Position die Kriegsopferversorgung mit allein 825 Mill. DM darstellt. Die Einkommensleistungen betragen hier 75%, die Sachleistungen immerhin 18% und die allgemeinen Dienste und Leistungen 7%. Der Budgetanteil dieser Funktion ist trotz Leistungsverbesserungen von 3,1% (1970) auf 1,9% (1979) gefallen, was mit der zunehmenden zeitlichen Distanz zum Kriege zu erklären ist.

Als letzte Funktion sind die *allgemeinen Lebenshilfen* zu nennen. Diese Funktion enthält ein relativ heterogenes Leistungsspektrum, dessen Schwerpunkte bei der Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Bundessozialhilfegesetz, der Fürsorgeerziehung, den Häftlingshilfen und den Schwangerschaftsabbrüchen liegt. Die Ausgaben für diese Funktion liegen 1979 bei 294 Mill. DM. Eine Besonderheit weist sie hinsichtlich ihrer Leistungsform auf, da hier die Sachleistungen mit 47% im Vordergrund stehen. Auch den allgemeinen Diensten und Leistungen kommt mit 21% eine hohe Bedeutung zu. Die Einkommensleistungen betragen entsprechend nur 32%. Die Leistungen dieser Funktion haben ihren Budgetanteil in den siebziger Jahren bei 0,6% bzw. 0,5% konstant gehalten.

Leistungsarten

Der dritte Gesichtspunkt, nach dem die Leistungen nach dem Sozialbudget I darstellbar sind, sind die Leistungsarten. Sie unterteilen sich in die Einkommensleistungen, welche monetäre Sozialtransfers von öffentlichen Haushalten und Arbeitgebern an die privaten Haushalte sowie auch die Minderbelastungen durch Steuer- und Zinsermäßigungen umfassen, in die Sachleistungen, die in Form von Waren und Diensten vor allem im Gesundheitsbereich geleistet werden, sowie in die allgemeinen Dienste und Leistungen, das sind Zuschüsse, Maßnahmen und der innere Dienst, die nicht unmittelbar einer bestimmten begünstigten Person zugerechnet werden können.

In den siebziger Jahren läßt sich ein Rückgang der Einkommensleistungen beobachten, deren Anteil am Gesamtbudget von 78,4% (1970) auf 72,7% (1979) gefallen ist. Betrachtet man die Zahlen genauer, so erkennt man, daß es sich dabei um Umschichtungen von Mitteln auf die Sachleistungen handelt, deren Anteil sich entsprechend von 16,8% auf 22,3% erhöht hat. Der Budgetanteil der allgemeinen Dienste und Leistungen ist bei 4,9% (1979) relativ konstant geblieben. Man kann daraus schließen, daß die allgemeine Ausgabenexpansion im Gesundheitswesen während der ersten Hälfte der siebziger Jahre eine Strukturveränderung der Leistungsarten herbeigeführt hat.

Die Finanzierungsseite des institutionellen Sozialbudgets

Finanzierungsarten

Der Bereitstellung sozialer Güter und Dienstleistungen geht aus ökonomischer Sicht eine Umverteilung der Primäreinkommen voraus, die die finanzielle Grundlage der sozial-motivierten Aktivitäten darstellt. Die Leistungssteigerungen der siebziger Jahre waren demnach nur in Verbindung mit einer zunehmenden Ausgabenbelastung der Arbeitnehmer und Arbeitgeber im Rahmen sozialstaatlicher Umverteilungsprozesse möglich. Diese Umverteilungsprozesse vollziehen sich aber nicht nur über die Sozialabgaben, sie umfassen auch das Steuer-aufkommen der Gebietskörperschaften und schlagen sich nicht zuletzt nach Kostenüberwälzungen beim Verbraucher über die Preise nieder. Der Leistungsseite des Sozialbudgets steht daher ein entsprechender Finanzierungsblock gegenüber, der nach Mittelaufbringung und Mittelherkunft gegliedert werden kann (*Tabelle 3*).

Die beiden großen Finanzierungskategorien der Mittelaufbringung sind die Beiträge von Arbeitgebern und Versicherten einerseits und die Zuweisungen der Gebietskörperschaften andererseits.

Tabelle 3

Institutionelles Sozialbudget nach Finanzierungsarten und -quellen

Finanzierungsarten	1970	1975	1979
Finanzierungsquellen	Mill. DM		
Finanzierung insgesamt	25 969	49 177	63 978
Finanzierungsarten			
Beiträge	15 833	28 863	39 945
Beiträge der Versicherten	5 578	10 814	15 083
Tatsächliche Beiträge der Arbeitgeber	5 560	10 887	15 562
Unterstellte Beiträge der Arbeitgeber	4 695	7 140	9 272
Beiträge der Rentner	—	22	28
Zuweisungen	9 469	19 011	22 853
aus öffentlichen Mitteln	9 153	17 850	21 673
aus nicht öffentlichen Mitteln	316	1 161	1 180
Sonstige Einnahmen	667	1 303	1 180
Finanzierungssaldo	+ 2 235	+ 2 796	+ 5 430
Finanzierungsquellen			
Unternehmen	8 341	15 690	21 014
Bund	6 249	12 460	15 011
Länder	3 709	5 987	7 467
Gemeinden	1 678	3 367	4 233
Sozialversicherung	80	161	177
Private Organisationen	188	340	457
Private Haushalte	5 716	11 152	15 603
Übrige Welt	8	20	16

Langfristig nehmen die Beiträge gegenüber den Zuweisungen, die ganz überwiegend aus öffentlichen Mitteln stammen, einen größeren Raum ein. Während die Beiträge 1970 noch 61,0% zum Budget beisteuerten, waren es 1979 immerhin 62,4%. Die Zuweisungen fielen entsprechend von 36,5% (1970) auf 35,7% (1979). Die Verschiebung bei der Mittelaufbringung von den Zuweisungen zu den Beiträgen erfolgt jedoch nicht kontinuierlich, sondern wird von konjunkturellen Schwankungen überlagert. Fallen nämlich im konjunkturellen Tief die Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufgrund der Einkommens- und Beschäftigungslage geringer aus, so muß gerade in dieser Zeit der Staat mit erhöhten Zuweisungen einspringen. In der konjunkturellen Hochphase verhält es sich entsprechend umgekehrt (*Schaubild 2*).

Finanzierungsquellen

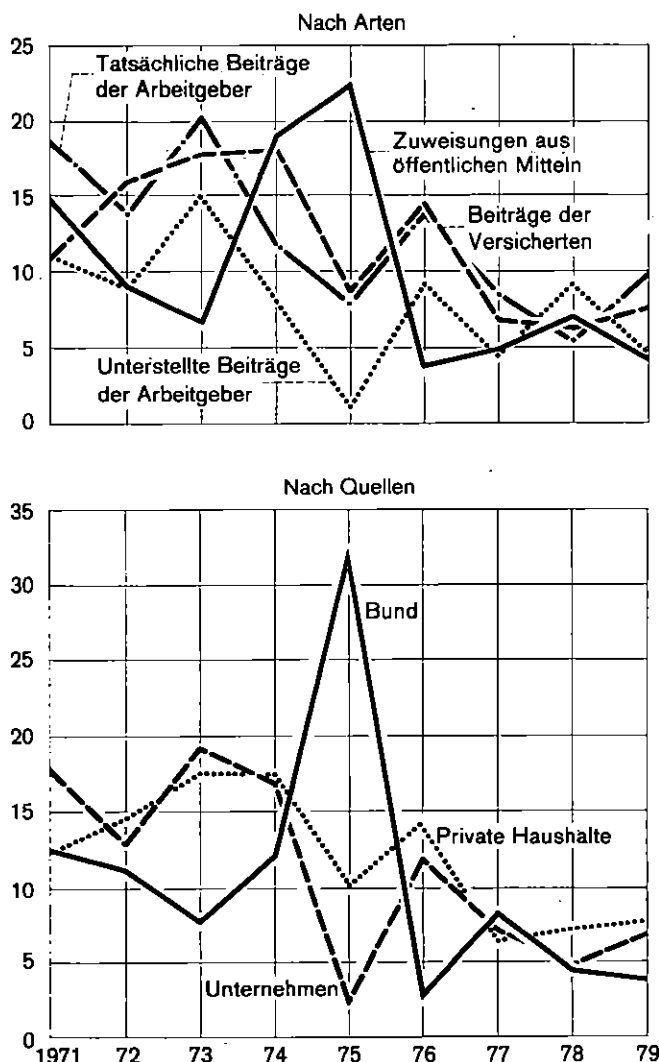
Die zweite Gliederungsmöglichkeit der Finanzierungsseite gibt Auskunft über die Mittelherkunft, wobei die Finanzierungsmittel nach den am Wirtschaftsprozess beteiligten Gruppen unterteilt werden. Im Jahre 1979 haben die Gebietskörperschaften mit zusammen 41,8% den größten Teil zur Finanzierung der Sozialleistungen aufgebracht, davon entfielen 23,5% auf den Bund 11,7% auf das Land und 6,6% auf die Gemeinden. Die Unterneh-

men steuerten 32,8% bei, die privaten Haushalte 24,4%. Analog zur zunehmenden Beitragsfinanzierung läßt sich bei den Finanzierungsquellen eine Verschiebung der Finanzierungsanteile vom öffentlichen zum privaten Bereich beobachten. Dabei überlagern sich auch hier langfristige und kurzfristige Wirkungen, wobei die konjunkturell bestimmte Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung den Trend kurzzeitig beeinflusst. So lassen sich insbesondere im Krisenjahr 1975 abrupt fallende Zuwachsraten bei den Unternehmen und den privaten Haushalten nachweisen, während der Bund in die dadurch entstandene Finanzierungslücke einspringen mußte (*Schaubild 2*).

Ein Bund-Land-Vergleich des institutionellen Sozialbudgets in Leistung und Finanzierung

Das institutionelle Sozialbudget stellt einen Landesausschnitt des Bundesbudgets dar und ermöglicht daher einen Bundesvergleich. Mit einem Leistungs-

Schaubild 2

Finanzierung des institutionellen Sozialbudgets
Veränderung gegen Vorjahr in %

volumen von 58,6 Mrd. DM wies es dabei 1979 am Bundesbudget (in Höhe von 425,1 Mrd. DM) einen Anteil von 13,8% auf, so daß die Sozialleistungsquote niedriger liegt als der Bevölkerungsanteil des Landes an der Bevölkerung des Bundes (14,9%). Abweichungen in der Ausgabengestaltung gegenüber dem Bund sind vor allem im Bereich Beschäftigung festzustellen. Hier liegt ein stark unterdurchschnittlicher Ausgabenanteil zum Bund vor, der sich bei der institutionellen Gliederung insbesondere bei der Arbeitsförderung 10,3%, zugleich aber auch bei der Sozialhilfe (11,2%) und dem Wohngeld (8,7%) bemerkbar macht. Hier zeigt sich die in Baden-Württemberg gegenüber dem Bund bessere Arbeitsmarktlage, die 1979 im Land zu einer Arbeitslosenquote von 2,1%, im Bund aber zu 3,8% führte. Ein ebenfalls – wenn auch geringerer – unterdurchschnittlicher Ausgabenanteil ergibt sich bei der Funktion Alter. Die Ausgaben für die Rentenversicherung liegen mit einem Bundesanteil von 12,8% unter dem Bundesanteil der gesamten Sozialleistungen, was zum einen mit dem geringeren Anteil älterer Menschen in Baden-Württemberg (14,4% über 65 Jahre gegenüber 15,6%) erklärt werden kann, aber auch damit zusammenhängt, daß der Knappschaftlichen Rentenversicherung in Baden-Württemberg keine Bedeutung zukommt (Schaubild 3).

Überdurchschnittliche Leistungen werden dagegen im Land von den Institutionen Arbeitgeber (1979: 15,6%) und der Kranken- und Unfallversicherung (14,5 bzw. 15,1%) erbracht. Diese Abweichungen vom durchschnittlichen Bundesanteil dürften auf eine höhere Erwerbstätigkeit in Baden-Württemberg mit einer Tätigkeitsquote von 45% im Vergleich 42% zurückzuführen sein. Die Entwicklung des Krankenstands in Baden-Württemberg dürfte dagegen keinen nennenswerten Einfluß auf die Leistungsvolumen der obigen Institutionen ausüben, da dieser nicht tendenziell vom Bund abweichend verläuft.

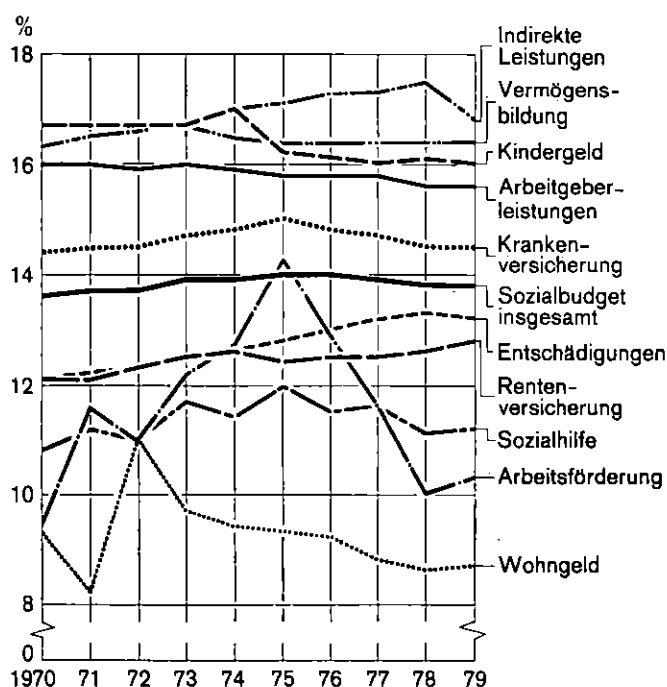
Der hohe Landesanteil der indirekten Leistungen (16,8%) vor allem an Steuerermäßigungen (Ehegattensplitting), dürfte neben der Erwerbstätigenstruktur der verheirateten Frauen, deren Tätigkeitsquote 1979 mit 45% deutlicher über der des Bundes (39%) lag, auch auf eine zum Bund günstigere Einkommenssituation zurückzuführen sein.

Schließlich steht hinter den zum Bund relativ hohen Leistungen für die Vermögensbildung (16,4%) ein tendenziell höherer Anteil der Arbeitnehmer am Bund, die vermögenswirksam sparen (1979: 16,5%).

Der Ausgabenanteil am Bund für die Ausbildungsförderung von 14,8%, der ebenfalls über dem

Schaubild 3

Anteil Baden-Württembergs am Sozialbudget des Bundesgebiets nach ausgewählten Institutionen



Durchschnitt liegt, steht schließlich im Einklang mit den aus BAFÖG-Mitteln geförderten Schülern und Studenten in Baden-Württemberg, deren Anteil am Bund 15,1% beträgt. Dies dürfte vor allem durch die überdurchschnittliche Zahl der Universitäten im Land und die hohen Studentenzuwanderungen bedingt sein.

Wegen der in Baden-Württemberg günstigeren sozio-ökonomischen Bedingungen, die insbesondere in der Arbeitsmarktlage und einem jüngeren Altersaufbau der Bevölkerung zu sehen sind, ist somit das globale Sozialleistungsniveau geringer als im Bund.

Vergleicht man die Finanzierungsstrukturen des Landes mit denen des Bundes, so läßt sich über die Jahre hinweg zudem im Land eine höhere Beitragsfinanzierung beobachten. Während 1979 im Land 62,4% des Budgets durch Beiträge finanziert wurden, waren es im Bund nur 60,9%. Es zeigt sich auch in den zurückliegenden Jahren eine ähnliche Abweichung in dieser Richtung. Dagegen liegen die Zuweisungen aus öffentlichen Mitteln im Land mit 33,9% entsprechend niedriger als im Bund (35,2%). Stellt man die Finanzierungsanteile nach den Quellen für Land und Bund gegenüber, so läßt sich eine Abweichung bei den privaten Haushalten und Gebietskörperschaften erkennen. Während im Land die privaten Haushalte aufgrund ihrer Beschäftigungs- und Einkommenssituation 24,4% des Budgets finanzieren, sind es im Bund nur 22,8%.

Würden die privaten Haushalte im Land denselben Anteil an der Gesamtfinanzierung tragen wie dies im Bundesdurchschnitt der Fall ist, so betrüge ihr Aufkommen statt 15,6 Mrd. DM nur 14,6 Mrd. DM, läge also um 1 Mrd. DM niedriger. Daraus läßt sich schließen, daß infolge der zum Bund günstigen Beschäftigungs- und Einkommenssituation die privaten Haushalte eine überdurchschnittliche Beitragsfinanzierung zum Bundesbudget erbringen und damit eine Entlastung bei den öffentlichen Zuweisungen durch die Gebietskörperschaften bewirken. Es kann in diesem Zusammenhang durchaus von einer Art regionalem Finanztransfer im sozialen Bereich gesprochen werden, der dem übrigen Bundesgebiet zugute kommt.

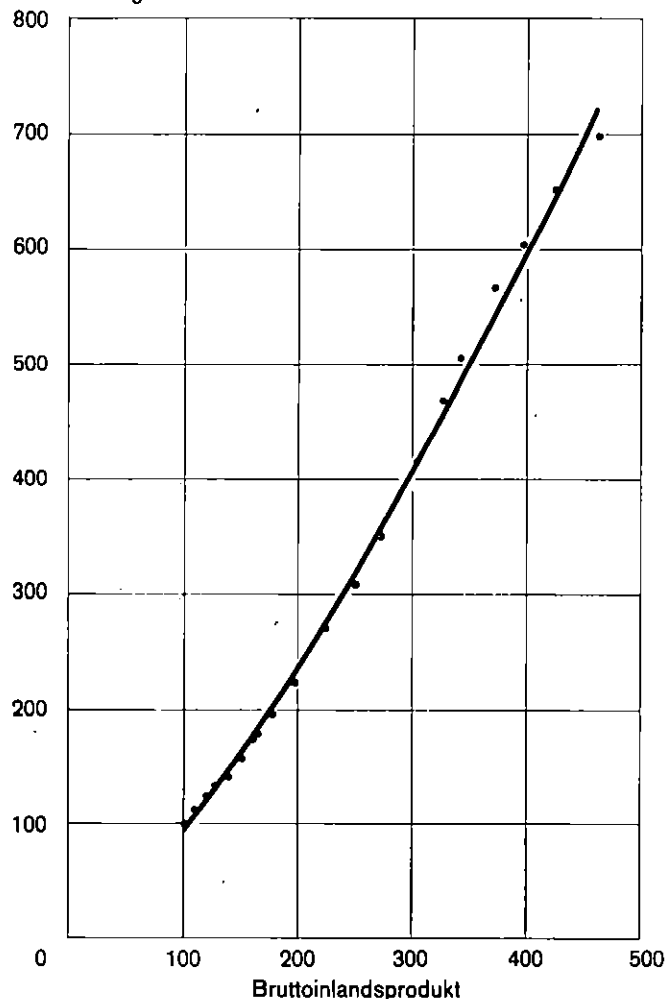
Die Abhängigkeit der Beitragsfinanzierung von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Als eine entscheidende Voraussetzung für den Erhalt des sozialen Netzes und die öffentliche Versorgung der Bevölkerung mit notwendigen sozialen

Schaubild 4

Zusammenhang zwischen Sozialbeiträgen und Bruttoinlandsprodukt im Zeitraum 1960 bis 1979

Sozialbeiträge 1960 = 100



Einrichtungen wird mit Recht immer wieder die wirtschaftliche Entwicklung hervorgehoben. So muß in Zeiten wirtschaftlicher Stagnation mit Beitragsausfällen durch Arbeitslosigkeit aber auch mit Steuermindereinnahmen gerechnet werden, die die möglichen finanziellen Zuweisungen des Staates zur Finanzierung des Sozialbudgets beschränken. Insbesondere die Jahre nach dem wirtschaftlichen Einbruch 1975 haben zur Erkenntnis geführt, daß sich die Rahmenbedingungen des Wohlfahrtsstaates geändert haben und zu einer Neuordnung der Sozialpolitik bei Bund, Ländern und Gemeinden zwingen. Für die Sozialversicherungsträger, die zunehmend unter Finanzierungsdefiziten leiden, tritt immer mehr das Prinzip einer einnahmeorientierten Ausgabenpolitik in den Vordergrund, nach dem das gegenteilige Prinzip der ausgabenorientierten Einnahmepolitik aufgrund der heutigen Abgabenbelastung von Arbeitnehmer und Arbeitgeber an seine Grenzen gestoßen ist.

Um die Interdependenzen zwischen dem ökonomischen und dem sozialen Bereich sichtbar zu machen und diese möglichst auch zu quantifizieren, wurde der Zusammenhang zwischen Bruttoinlandsprodukt und den aufgebrachtten Sozialbeiträgen berechnet (Schaubild 4)⁵.

Die ermittelte Funktion besitzt darüberhinaus eine von der Höhe des Bruttosozialprodukts unabhängige Beitragsaufkommenselastizität mit dem geschätzten Koeffizienten von 1,33⁶. Diesem Elastizitätskoeffizienten kommt eine besondere inhalt-

5 Der Zusammenhang zwischen zwei Größen im Zeitablauf wird in der Statistik mit Hilfe der Regressionsrechnung gemessen. Hierzu wird eine sogenannte Regressionsfunktion geschätzt, die die Art der Abhängigkeit zweier Merkmalsgrößen zum Ausdruck bringen soll. Die Stärke des Zusammenhangs wird durch den Korrelationskoeffizienten r oder das Bestimmtheitsmaß R^2 angegeben. Hinsichtlich der Beziehung zwischen Sozialbeiträgen und Bruttoinlandsprodukt kann ein enger Zusammenhang festgestellt werden, da das Bestimmtheitsmaß $R^2 = 0,99$ besagt, daß immerhin 99% der Gesamtstreuung sich aus der Veränderung des Bruttoinlandsprodukts durch den geschätzten Regressionsansatz erklären lassen.

6 Die Beziehung kann durch eine nichtlineare Funktion der Form

$$Y = A \cdot X^B$$

dargestellt werden, für deren geschätzte Koeffizienten sich:

$$Y = 0,209 X^{1,3278}, R^2 = 0,99$$

ergibt. Diese Funktion geht bei Linearisierung in eine doppellogarithmische Funktion über.

Der Elastizitätskoeffizient berechnet sich aus:

$$E(y, x) = \frac{dy}{dx} \cdot \frac{x}{y}$$

wobei:

$$\frac{dy}{dx} = A \cdot B \cdot X^{B-1}$$

Mit den geschätzten Koeffizienten erhält man:

$$\frac{dy}{dx} = 0,2775 \cdot X^{0,3278}$$

Damit ergibt sich:

$$E(y, x) = \frac{A \cdot B \cdot X^B}{A \cdot X^B} = 1,3278$$

liche Bedeutung zu: Verändert sich nämlich das Bruttoinlandsprodukt um ein Prozent nach oben oder unten, so reagiert das Finanzaufkommen der Sozialbeiträge entsprechend mit 1,33% ebenfalls nach oben oder unten. Dies zeigt deutlich nicht nur die Abhängigkeit sondern auch die hohe Reagibilität des Beitragsaufkommens von der Wirtschaftsentwicklung.

Das landesspezifische Sozialbudget (Sozialbudget II)

Die im Sozialbudget I erfaßten Leistungen stellen keineswegs den Gesamtaufwand an öffentlichen Sozialausgaben im weitesten Sinne dar. Vielmehr werden auf Landes- und Gemeindeebenen zusätzliche Leistungen erbracht, die nicht der institutionellen Gliederung des Bundesbudgets zugeordnet

Tabelle 4

Landesspezifisches Sozialbudget (Budget II) nach Funktionen und Leistungsarten 1979

Leistungsarten Funktionen	Insgesamt	Ein- kommens- leistungen	Sach- leistungen	Allgemeine Dienste und Leistungen			Investitionen		
				Zu- schüsse	Maß- nahmen	Innerer Dienst	Ein- rich- tungen	Baumaß- nahmen	Zuschüsse für Investi- tionen
Mill. DM									
Sozialbudget insgesamt	13 648,1	19,0	560,8	1 755,2	39,4	7 147,3	702,6	2 966,0	457,8
Familie	660,3	2,2	14,5	374,1	—	185,8	7,2	37,0	39,5
Kinder	501,6	—	14,2	249,4	—	176,5	7,2	37,0	17,3
Ehegatten	158,7	2,2	0,3	124,7	—	9,3	—	—	22,2
Mutterschaft	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Sparförderung	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wohnen und Wohnumfeld	347,6	—	7,0	64,1	—	23,9	5,3	218,3	29,0
Wohnraumbeschaffung	6,1	—	—	1,2	—	—	—	—	4,9
Wohnungsbauförderung	81,8	—	0,7	34,3	—	7,4	0,1	32,1	7,2
Städtebauliche Sanierung und Entwicklung	259,7	—	6,3	28,6	—	16,5	5,2	186,2	16,9
Allgemeine Bildung	4 252,1	0,1	181,9	270,3	1,8	3 105,6	86,0	566,1	40,3
Schulen	4 196,3	0,1	178,3	237,2	1,8	3 092,0	85,4	563,6	37,9
Grund- und Hauptschulen	2 008,9	—	70,2	2,1	—	1 689,1	34,1	213,3	0,1
Realschulen	645,4	—	26,3	19,8	—	491,8	12,0	95,4	0,1
Gymnasien	1 151,6	—	51,8	4,7	—	872,0	29,0	193,2	0,9
Schulübergreifende Ausgaben	390,4	0,1	30,0	210,6	1,8	39,1	10,3	61,7	36,8
Erwachsenenbildung	55,8	—	3,6	33,1	—	13,6	0,6	2,5	2,4
Beschäftigung	2 859,5	6,3	66,8	278,7	21,1	1 802,6	137,9	518,0	28,1
Berufliche Ausbildung	163,6	0,2	2,4	81,9	19,4	27,3	2,3	13,3	16,8
Berufsschulen	1 065,1	2,2	41,5	5,1	—	660,3	42,1	313,7	0,2
Fach- und Fachhochschulen	394,5	1,1	6,9	33,9	0,5	279,8	16,5	55,8	0,0
Universitäten	1 159,2	2,8	16,0	94,5	1,2	829,3	77,0	135,2	3,2
Berufliche Bildung	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Arbeitslosigkeit	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Sonstige Mobilität	77,1	—	—	63,3	—	5,9	—	—	7,9
Gesundheit	2 406,8	—	60,5	686,9	13,4	496,3	307,2	557,2	285,3
Vorbeugung	518,9	—	40,1	64,9	6,9	218,7	20,3	160,9	7,1
Krankheit	1 101,6	—	3,6	362,3	—	0,0	280,0	263,0	192,7
Arbeitsunfall und Berufskrankheit	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Invalidität (allgemein)	667,7	—	15,0	208,6	6,5	272,1	6,8	121,1	37,6
Sport	118,6	—	1,8	51,1	—	5,5	0,1	12,2	47,9
Alter und Hinterbliebene	135,8	10,3	11,3	23,2	—	43,6	2,4	22,2	22,8
Alter	130,4	10,3	11,3	17,8	—	43,6	2,4	22,2	22,8
Hinterbliebene	5,4	—	—	5,4	—	—	—	—	—
Sonstige Lebenshilfe	113,0	0,1	13,5	5,6	—	87,7	3,7	—	2,4
Allgemeine Lebenshilfen	89,6	0,1	13,5	1,1	—	71,9	1,7	—	1,3
Folgen politischer Ereignisse	23,4	—	0,0	4,5	—	15,8	2,0	—	1,1
Umwelt	1 347,4	—	105,3	40,4	1,7	283,1	27,9	885,3	3,7
Wasserwirtschaft, Immission	1 053,8	—	43,6	6,1	1,7	146,3	13,1	840,4	2,6
Abfallbeseitigung	35,8	—	8,2	20,6	—	3,5	0,5	2,2	0,8
Sonstige Umweltmaßnahmen	257,8	—	53,5	13,7	—	133,3	14,3	42,7	0,3
Öffentliche Sicherheit	1 525,6	0,0	100,0	11,9	1,4	1 118,7	125,0	161,9	6,7
Öffentliche Ordnung	1 106,6	0,0	13,5	3,7	—	977,2	61,3	50,5	0,4
Schutz- und Rettungswesen	238,8	—	14,5	8,1	1,4	96,6	59,3	53,8	5,1
Sonstige Einrichtungen	180,2	—	72,0	0,1	—	44,9	4,4	57,6	1,2

werden können und definitionsgemäß im landesspezifischen Budget enthalten sind. Sie resultieren zum einen aus der förderativen Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern. Zum anderen sind sie Ausdruck der spezifischen Prioritätensetzung der Landespolitik im sozialen Bereich. Der Schwerpunkt dieser Leistungen liegt dabei auf den Leistungsarten „allgemeine Dienste und Leistungen“ (65,5%) und hier vor allem auf dem inneren Dienst (52,4%) und den Zuschüssen (12,9%), daneben spielen auch die Investitionen in gesellschaftlichen Bereichen (30,2%) eine bedeutende Rolle.

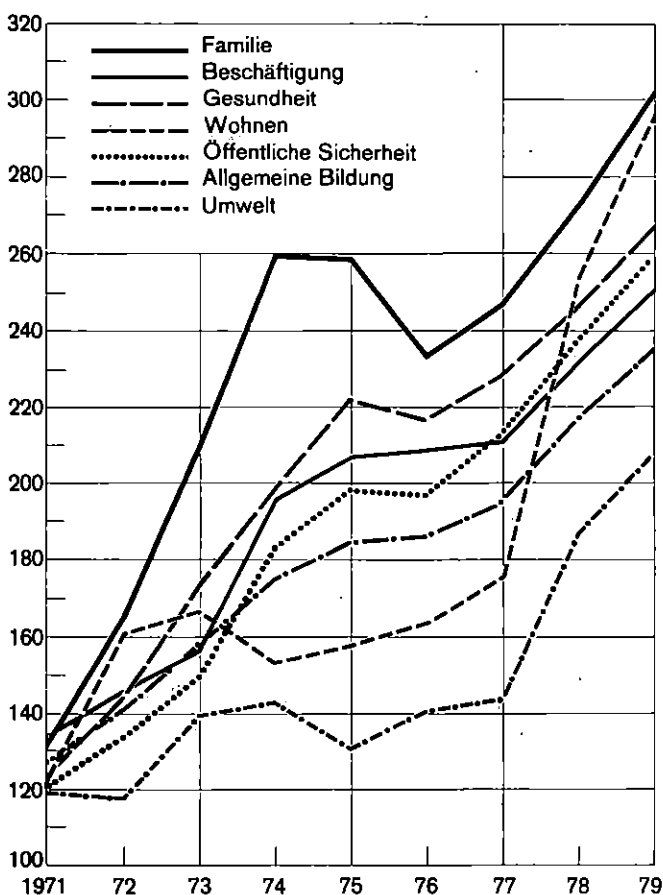
Im Jahre 1979 erreichte das Budget II ein Ausgabevolumen von 13,6 Mrd. DM. Der quantitativ stärkste funktionale Ausgabenbereich, die *Bildung*, nahm davon mit 4,3 Mrd. DM über 30% in Anspruch. In diesem Betrag sind alle Ausgaben für Schulen enthalten, insbesondere Gehälter und Bezüge der Lehrer (3,1 Mrd. DM), die Aufwendungen für Investitionen und Investitionszuschüsse (692 Mill. DM), darunter 566 Mill. DM für Baumaßnahmen (*Tabelle 4*). Ausgewiesen sind auch die Zuschüsse, die private Träger von Bildungseinrichtungen erhalten (270 Mill. DM). Neben der allgemeinen Bildung tritt die Funktion *Beschäftigung* mit 2,9 Mrd. DM (21% des Budgetvolumens), in der ganz überwiegend die beruflichen Schulen und Ausbildungsstätten wie Berufsschulen, Fachhochschulen, sowie Universitäten enthalten sind. Ausgabenschwerpunkt ist auch hier der innere Dienst mit 1,8 Mrd. DM, der die Löhne, Gehälter und Bezüge vor allem des Lehrpersonals enthält. Schließlich fallen auch hier beachtliche Investitionsaufwendungen in Höhe von 684 Mill. DM an, wovon 518 Mill. DM Baumaßnahmen darstellen. Ein weiterer zentraler Bereich von Budget II ist die Funktion *Gesundheit* (2,4 Mrd. DM oder 17,6%), die neben den Investitionen im Krankenhausbereich auch die Aufwendungen für Personal und Sachkosten enthält, sofern sie nicht über die Pflegesätze von der gesetzlichen Krankenversicherung abgedeckt werden. Es sind dies die Aufwendungen, die sich aus dem Krankenhausfinanzierungsgesetz ergeben. Als weitere gesellschaftliche Bereiche im weitesten Sinne sind im Budget II die *Umwelt* (1,3 Mrd. DM) und die *öffentliche Sicherheit* (1,5 Mrd. DM) mit einbezogen, da sie die Lebenslage der Bevölkerung nicht unwesentlich mitprägen. Neben der Funktion *Familie*, für die 660 Mill. DM ausgegeben wird, tritt auf Landesebene noch der familienrelevante Bereich *Wohnen* mit 348 Mill. DM, der im Budget II seine Hauptaufgabe in der städtebaulichen Sanierung und Entwicklung, also beim Wohnumfeld hat. Auch hier dominieren die Investitionsausgaben.

Betrachtet man die Entwicklung der Ausgaben des landesspezifischen Budgets, so läßt sich erkennen, daß die entscheidenden Prioritäten in Landes- und

Schaubild 5

Entwicklung der Funktionen im landesspezifischen Sozialbudget

1970 = 100



Gemeindehaushalten während der siebziger Jahre gesetzt wurden. Einen überdurchschnittlich hohen Ausgabenzuwachs hat diesbezüglich die Funktion „Familie“ aufzuweisen, deren Ausgabenvolumen (660,3 Mill. DM) sich nicht zuletzt durch verschiedene Familienprogramme seit 1970 verdreifacht hat (*Schaubild 5*). Die Leistungen nach dem institutionellen Budget haben im Vergleich dazu nur auf das knapp Zweifache zugenommen. Der Hauptanteil der Ausgaben kommt mit 501,6 Mill. DM speziell Familien mit Kindern zugute. Ein weiterer Schwerpunkt, der sich ab 1977 abzeichnet, wurde durch die für die Familie bedeutsame Funktion „Wohnen und Wohnumfeld“ gesetzt. Auch diese Ausgaben (347,6 Mill. DM) haben sich seit 1970 nahezu verdreifacht. Bei dieser Entwicklung tritt ganz eindeutig die Unterfunktion „Städtebauliche Sanierung und Entwicklung“ in den Vordergrund, für die 1979 allein $\frac{3}{4}$ der Ausgaben für Wohnen aufgewendet wurden. Die Ausgaben für die mehr qualitativ-orientierten Urbanisierungs- und Sanierungsmaßnahmen haben sich während der siebzi-

ger Jahre nahezu verneunfacht. Der Bereich „Gesundheit“, der im landesspezifischen Budget vor allem aus Investitionsaufwendungen und Personalkosten nebst Zuschüssen besteht, hat eine Ausgabensteigerung während der siebziger Jahre auf das 2,7fache erfahren. Diese Entwicklung entspricht in etwa der im institutionellen Budget, in welchem insbesondere die Sachleistungen, die über das Erstattungssystem laufen, eine vorherrschende Rolle spielen. Die nahezu parallele Entwicklung dürfte gerade im Hinblick auf die Unterschiedlichkeit der Leistungsarten des Gesundheitsbereichs beider Budgets von Interesse sein. Die Entwicklung im Ausgabenbereich „Öffentliche Sicherheit“ die vor allem das gesamte Polizei- und Rettungswesen sowie den Katastrophenschutz umfaßt, hat nicht zuletzt aufgrund besonderer Herausforderungen während der siebziger Jahre ebenfalls hohe Zuwachsraten zu verzeichnen. Seine Ausgaben haben sich auf das 2,6fache erhöht. Eine durchschnittliche Entwicklung (Zunahme auf das 2,5fache) nahm die Funktion „Beschäftigung“ ein. Im Bereich des „allgemeinen Bildungswesens“ ist eine Zunahme auf das 2,3fache festzustellen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß es sich hier um den mit Abstand größten Aufgabenbereich der Funktionen des landesspezifischen Budgets handelt. Zudem fällt im Bildungsbereich gegenüber den anderen Funktionen eine relative Stetigkeit der Ausgabenentwicklung auf, die mit dem spezifischen Charakter dieser Funktion und ihrem hohen Ausgabenniveau zusammenhängen dürfte. Schließlich ist noch der Bereich „Umwelt“ zu erwähnen, der besonders seit dem Jahr 1977 eine beachtliche Entwicklung genommen hat. Insgesamt hat sich dieser Ausgabenbereich auf das 2,1fache erhöht.

Tabelle 5

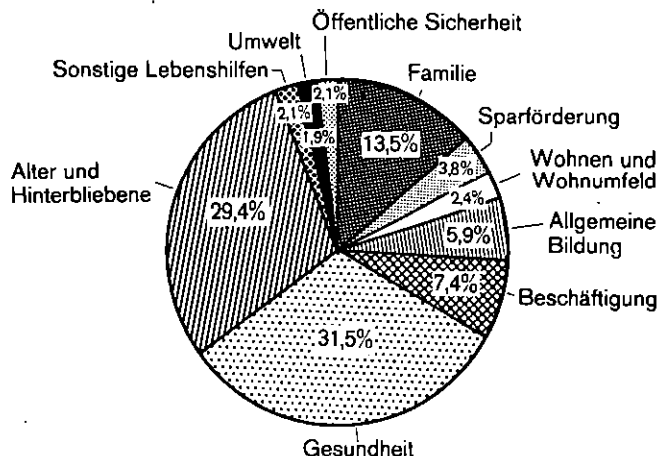
Integriertes Sozialbudget in jeweiligen Preisen nach Funktionen

Funktionen	1970	1975	1979
	Mill. DM		
Sozialbudget insgesamt	29 275,4	57 010,0	72 196,1
Familie	4 974,6	7 919,5	9 725,4
Sparförderung	1 006,5	2 678,5	2 718,6
Wohnen und Wohnumfeld	1 057,5	1 330,4	1 750,7
Allgemeine Bildung	1 815,3	3 344,8	4 252,1
Beschäftigung	1 602,1	5 419,8	5 375,8
Gesundheit	8 364,9	17 580,9	22 731,7
Alter und Hinterbliebene	8 293,8	15 405,1	21 221,0
Sonstige Lebenshilfen	921,9	1 317,8	1 547,8
Allgemeine Lebenshilfen	178,1	288,8	383,9
Folgen politischer Ereignisse	743,8	1 029,0	1 163,9
Umwelt	649,2	847,2	1 347,4
Öffentliche Sicherheit	589,6	1 166,0	1 525,6

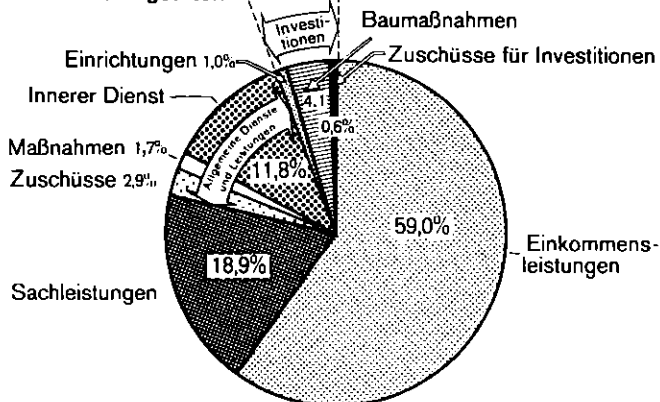
Schaubild 6

Struktur der Sozialleistungen nach dem integrierten Sozialbudget 1979

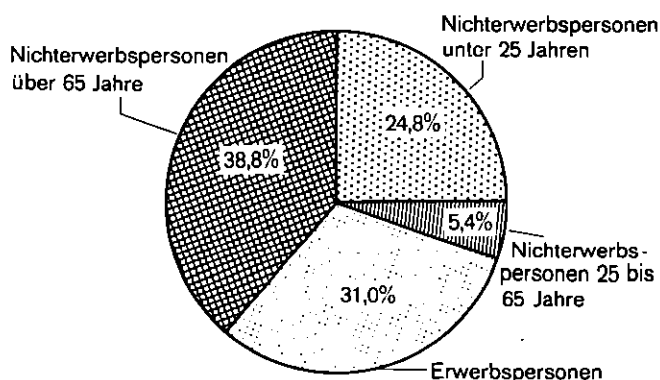
Nach Funktionsgruppen



Nach Leistungsarten



Nach Empfängergruppen



Das integrierte Sozialbudget

Faßt man die beiden Budgets I und II nach Funktionen und/oder Leistungsarten zusammen, so erhält man die statistisch erfaßbaren Ausgaben des Sozialbereichs im weitesten Sinne. Sie decken nicht nur das Ausgabenfeld der sozialen Sicherung ab, sondern geben die Gesamtheit der sozial- und gesellschaftspolitisch relevanten Aufwendungen an (Tabelle 5, Schaubild 6). Als beeindruckend muß

gelten, daß 1979 in Baden-Württemberg 72,2 Mrd. DM an öffentlichen Sozialausgaben in verschiedenster Form von einer Vielzahl von Trägern erbracht wurden. Seit 1970 ergibt dies eine Steigerungsrate von 146%. Insbesondere in den Jahren bis 1975 lagen die jährlichen Zuwachsraten auf einem hohen Niveau, das 10% deutlich überschritt. Ab 1976 hat sich der Zuwachs dann rasch auf eine Rate um 6% eingependelt. Eine zum Gesamtbudget überdurchschnittliche Entwicklung haben die Funktionen Beschäftigung, Sparförderung und Gesundheit aufzuweisen, eine unterdurchschnittliche Entwicklung dagegen war bei der Familie, dem Wohnen und der Umwelt zu konstatieren. Insbesondere im Bereich Familie kann dabei jedoch keinesfalls auf die Einzelleistungen, also auf sinkende Ausgaben pro Familie geschlossen werden, da sich die Struktur der Familie durch den Geburtenrückgang seit Mitte der sechziger Jahre zum Teil erheblich geändert hat, so daß diese Entwicklung auch demographisch bedingt sein dürfte.

Schließlich lassen sich die Gesamtaufwendungen in investive und konsumtive Leistungen im gesellschaftlichen Bereich zerlegen. Beide unterscheiden sich vor allem aus ökonomischer Sicht, da sie unterschiedliche Beschäftigungswirkungen aufweisen, zum anderen in verschiedener Weise Einfluß auf die Kapitalbildung im volkswirtschaftlichen Bereich nehmen. Obwohl der Anteil der investiven Sozialleistungen ohnehin recht gering ist, läßt sich eine Tendenz zum relativen Rückgang der investiven Sozialleistungen erkennen. Betrug 1971 ihr Anteil immerhin noch 8,8%, so fiel dieser bis 1979 auf 5,7%. Zum Teil dürfte diese Entwicklung auch das Ergebnis des inzwischen erreichten hohen Standes infrastruktureller Versorgung insbesondere im Gesundheits- und Bildungsbereich sein.

Weitergehende Informationen liefert das *reale*, also preisbereinigte, *Sozialbudget*, das in Preisen zu 1970 berechnet wird. In ihm wird die mengenmäßige Ausweitung des Budgets abgeschätzt. Hierzu werden die Sozialleistungen in ihrer tiefsten Gliederung nach Funktionen und Leistungsarten mit 24 verschiedenen Preis-, Lohn- und Gehaltsindizes deflationiert. Während das Budget in jeweiligen Preisen von 29,3 Mrd. DM (1970) auf 72,2 Mrd. DM (1979) angestiegen ist, war im preisbereinigten Budget nur eine Zunahme auf 44,3 Mrd. DM zu verzeichnen. Zerlegt man den nominalen Anstieg der Leistungen insgesamt in eine mengen- und eine preibestimmte Größe, so ergibt sich, daß etwa über ein Drittel der Ausgabensteigerungen in den siebziger Jahren auf ein erhöhtes Leistungsvolumen zurückzuführen war. Die Mengenkomponente ist dabei der prozentuale Anteil am gesamten nominalen Ausgabenwachstum, der auf die reale Entwicklung entfällt. Zu knapp zwei Drittel ergab sich

dagegen eine monetäre Aufblähung des Budgets. Diese Relation gestaltet sich allerdings für die einzelnen Funktionsbereiche unterschiedlich.

Eine zum Gesamtbudget überproportionale Mengenkomponente am nominellen Ausgabenwachstum zwischen 1970 und 1979 weisen die Funktionen: Beschäftigung (45%), Alter (42%) und Sparförderung (41%) auf. Stärker inflatorischen Tendenzen unterliegen dagegen die anderen Funktionsbereiche: So hat sich bei der Bildung nur eine effektive Leistungsverbesserung von 21% ergeben, bei der Familie von 27% und bei der öffentlichen Sicherheit von 28%. Einen Spezialfall stellt der Bereich Wohnen dar, bei dem die Ausgabenentwicklung in den siebziger Jahren ganz auf Preisniveausteigerungen zurückzuführen war, so daß sich real in den vergangenen 10 Jahren hier kein Ausgabenzuwachs ergab. Die Bereiche Gesundheit und Umwelt weisen mit 34 bzw. 33% eine Mengenkomponente in der Ausgabenentwicklung auf, die dem Gesamtbudget entspricht.

Nahezu 40% aller öffentlichen Sozialleistungen entfallen auf die älteren Menschen

Ein weiterer Aspekt der Sozialbudgetberechnungen ergibt sich durch die empfängerspezifische Gliederung der Sozialleistungen. Teilt man die gesamte Wohnbevölkerung ein in

- Nichterwerbspersonen unter 25 Jahren
- Nichterwerbspersonen zwischen 25 und 65 Jahren
- Erwerbspersonen

- Nichterwerbspersonen über 65 Jahren

so lassen sich weitere Schlußfolgerungen ziehen.⁷ Betrachtet man die Aufteilung des Leistungsvolumens des integrierten Sozialbudgets 1979 von 72,2 Mrd. DM auf die vier Empfängergruppen (*Tabelle 6*), so nehmen die Nichterwerbspersonen über 65 Jahre (Rentner und Pensionäre) nahezu 40% und die Erwerbspersonen, in denen auch die Arbeitslosen enthalten sind, gut 30% der Gesamtleistungen in Anspruch. Auf die Nichterwerbspersonen unter 25 Jahren (Kinder und Jugendliche in Ausbildung) entfallen 25%, auf die Nichterwerbspersonen zwischen 25 und 65 Jahren (Hausfrauen, Frührentner) gut 5% (*Schaubild 6*). Faßt man die Entwicklung der Ausgaben während der siebziger Jahre ins Auge, so haben sich die Leistungen von 1970 bis 1979 für die alten Menschen mit einer jahresdurchschnittlichen Zuwachsrate von 11,7% überdurchschnittlich zu den Gesamtleistungen (10,5%) entwickelt, während die Leistungen für

⁷ Vgl.: Linder, P.: Das Sozialbudget im Spiegel demographischer und ökonomischer Entwicklungen, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 11, 1981.

Tabelle 6

Integriertes Sozialbudget nach Empfängergruppen

Empfängergruppen	1970	1975	1979
Sozialleistungen in jeweiligen Preisen Mill. DM			
Sozialbudget insgesamt	29 275	57 010	72 196
Nichterwerbspersonen unter 25 Jahren	7 890	15 145	17 881
Nichterwerbspersonen 25-65 Jahre	1 752	3 025	3 899
Erwerbspersonen	9 308	18 653	22 383
Nichterwerbspersonen über 65 Jahre	10 325	20 187	28 033
Sozialleistungsziffern (Pro-Kopf-Leistungen) in jeweiligen Preisen DM			
Sozialbudget insgesamt	3 291	6 191	7 892
Nichterwerbspersonen unter 25 Jahren	3 154	5 776	7 338
Nichterwerbspersonen 25-65 Jahre	1 340	2 397	3 122
Erwerbspersonen	2 222	4 457	5 333
Nichterwerbspersonen über 65 Jahre	11 498	17 723	22 160
Sozialleistungen in Preisen von 1970 Mill. DM			
Sozialbudget insgesamt	29 275	41 145	44 281
Nichterwerbspersonen unter 25 Jahren	7 890	10 783	10 721
Nichterwerbspersonen 25-65 Jahre	1 752	2 132	2 323
Erwerbspersonen	9 308	13 397	13 529
Nichterwerbspersonen über 65 Jahre	10 325	14 833	17 708
Sozialleistungsziffern (Pro-Kopf-Leistungen) in Preisen 1970 DM			
Sozialbudget insgesamt	3 291	4 468	4 841
Nichterwerbspersonen unter 25 Jahren	3 154	4 113	4 399
Nichterwerbspersonen 25-65 Jahre	1 340	1 690	1 859
Erwerbspersonen	2 222	3 201	3 223
Nichterwerbspersonen über 65 Jahre	11 498	13 023	13 999

Kinder und Jugendliche (9,5%) sowie für die Hausfrauen etc. (9,3%) unterdurchschnittlich zunahmen. Die Leistungen für Erwerbspersonen (10,2%) liegen dagegen im Durchschnitt der Gesamtleistungen. Das unterschiedliche Entwicklungstempo der absoluten Beträge der Sozialleistungen für die einzelnen Empfängergruppen kann verschiedene Ursachen haben. So kann es auf demographische Veränderungen zurückgeführt werden, – die zu einer Zu- oder Abnahme bestimmter Bevölkerungsgruppen führen – wie auch auf Änderungen im Leistungsniveau für die einzelnen Gruppen. Je nachdem, wie sich die Gewichte dieser beiden Komponenten gestalten, kommt man im zeitlichen Verlauf hinsichtlich der Absolutausgaben und der Pro-Kopf-Ausgaben zu unterschiedlichen Ergebnissen. So zeigt sich, daß die Pro-Kopf-Leistungen für die älteren Menschen mit einer jahresdurchschnitt-

lichen Rate von 7,6% deutlich unter dem Anwachsen des „Leistungsniveaus“ der anderen Empfängergruppen liegen. Bei den Nichterwerbspersonen unter 25 Jahren sowie denen zwischen 25 und 65 Jahren liegt die entsprechende Rate bei 9,8%, im Falle der Erwerbspersonen gar bei 10,2%. Trotz der laufenden Rentenanpassungen war bei den Älteren im Vergleich zu anderen Empfängergruppen ein geringeres jahresdurchschnittliches Wachstum der Pro-Kopf-Ausgaben zu konstatieren. Doch nahmen die absoluten Beträge eine überdurchschnittliche Entwicklung. Dies wurde entscheidend durch langfristig demographische Einflüsse bewirkt, die in den siebziger Jahren zum vielzitierten „Rentnerberg“ geführt haben. Dabei ist jedoch zu betrachten, daß das Pro-Kopf-Leistungsniveau der alten Menschen immer noch erheblich über dem der anderen Gruppen liegt. Waren allerdings die Leistungen pro Kopf der alten Menschen 1970 noch 3,6 mal höher als die der jungen Menschen, so waren sie es 1979 nur noch 3,0 mal. Bei solchen Vergleichen ist allerdings immer auch die Art und die Funktion der Sozialleistungen zu berücksichtigen. Während Rentner und Pensionäre ihren Lebensunterhalt vorwiegend aus derivativem Einkommen, also aus dem Sozialbudget bestreiten – mit Ausnahme von evtl. zusätzlichem Einkommen aus Vermögen –, ist dies bei den anderen Gruppen mehrheitlich nicht der Fall. Nicht nur die Erwerbstätigen erhalten ja in erster Linie Faktoreinkommen, auch die Nichterwerbspersonen unter 65 Jahren beziehen in der Regel über intrafamiliäre Umverteilungsvorgänge Erwerbs- und Vermögens-einkommen.

Der relativ konstante Anteil der Kinder und Jugendlichen an der Wohnbevölkerung bis 1975 sowie die absolute Abnahme ihrer Zahl ab 1976, hervorgerufen durch den Geburtenrückgang seit 1966, ließ die absoluten Aufwendungen von 27% auf 25% am Gesamtbudget zurückgehen, obwohl gleichzeitig die Pro-Kopf-Leistungen im Vergleich zu den älteren Menschen relativ stark angestiegen sind. Die Leistungsverbesserungen für Kinder und Jugendliche sind vor allem das Ergebnis einer Reihe gesetzlicher Regelungen und reformerischer Bemühungen. Hierunter sind insbesondere die Kindergeldreformen von 1975 und die mehrmaligen Anhebungen der Kindergeldsätze zu zählen, aber auch die besonderen finanziellen Anstrengungen beim Ausbau des Bildungswesens auf allen Ebenen schlagen sich hier nieder.

Bei den Nichterwerbspersonen zwischen 25 und 65 Jahren verlaufen die absoluten Aufwendungen unterdurchschnittlich, während die Pro-Kopf-Ausgaben wie bei den Kindern und auszubildenden Jugendlichen erheblich über der Entwicklung der älteren Menschen liegt.

Schließlich läßt sich bei der Empfängergruppe der Erwerbspersonen, die das zweithöchste Leitungsvolumen aufweisen, eine relativ gleichlaufende Entwicklung von absoluten Leistungsaufwendungen und Pro-Kopf-Ausgaben feststellen. Aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung und deren Auswirkung auf den Arbeitsmarkt während der siebziger Jahre kann davon ausgegangen werden, daß sich nicht unbeträchtliche Umschichtungen von Sozialleistungen innerhalb der Gruppe der Erwerbspersonen vollzogen haben, die aus den vorliegenden Daten nicht erkennbar sind.

Ein Vergleich von nominalen und realen Größen der empfängerspezifischen Leistungen zeigt, daß die Leistungen für die einzelnen Empfängergruppen unterschiedlich starken Inflationswirkungen unterliegen. Während bei den Rentnern und Pensionären auf den nominalen Gesamtwuchs von 1970 bis 1979 eine reale Verbesserung von 42% festzustellen ist, beträgt der Realzuwachs an der nominellen Steigerung bei den Nichterwerbspersonen unter 25 Jahren nur 28%. Einen ebenfalls niedrigeren realen Anteil wiesen die Nichterwerbspersonen zwischen 25 und 65 Jahren mit 27% und die Erwerbspersonen mit 32% aus. Die unterschiedlichen Inflations-tendenzen haben ihre Ursache in der Verschiedenheit der Leistungsform, in der Sozialleistungen erbracht werden.

Unterschiedliche Schwerpunkte in den beiden Budgets

Betrachtet man die empfängerspezifischen Sozialleistungen getrennt für Budget I und II, so läßt sich leicht erkennen, wo – neben den landespolitischen Aktivitäten – die bevölkerungsrelevanten Schwerpunkte der Ausgaben liegen. Während beim Budget I nahezu 46% für die Personen im Rentenalter, immerhin 34% für Erwerbspersonen und lediglich 15% für die Nichterwerbspersonen unter 25 Jahren ausgegeben wird, liegt der Schwerpunkt beim Budget II mit 64% eindeutig bei den Nichterwerbspersonen unter 25 Jahren. Von Bedeutung sind aber auch die Erwerbspersonen mit einem Anteil von 22%; ein geringer Aufwand wird dagegen von der Leistungsstruktur her für die Rentner und Pensionäre (9%) erbracht. Einen gleichen Anteil weisen die Nichterwerbspersonen zwischen 25 und 65 Jahren mit gut 5% an den beiden Budgets aus. Damit wird deutlich, daß die Leistungen des institutionellen Budgets ihren Schwerpunkt vornehmlich bei den älteren Menschen und den Erwerbspersonen haben, das landesspezifische Budget dagegen überwiegend auf die Leistungen für Kinder und Jugendliche in Ausbildung abstellt. Diese Aufgabenverteilung, die hier zwischen den beiden Budgets sichtbar wird, hängt in Abhängigkeit von der förderativen Aufgabenverteilung in erster Linie damit zusammen, daß bei Budget I die Einkom-

mens- und Sachleistungen, in Budget II die personellen und materiellen sozialen Infrastrukturleistungen im Vordergrund stehen.

Die Sozialleistungsquote als Gradmesser sozialer Aktivitäten

Ausgangspunkt der folgenden Überlegungen ist die Sozialleistungsquote und deren Entwicklung. Unter der Sozialleistungsquote versteht man das Verhältnis von Sozialleistungen zum Bruttosozialprodukt. Somit kann aus der Sozialleistungsquote abgelesen werden, welches Gewicht die Sozialleistungen im Rahmen der Gesamtwirtschaft haben.

Die Zahlen des Sozialbudgets zeigen in dem betrachteten relativ kurzen Zeitraum von 1970 an eine Phase der Ausgabenexpansion, die bis 1975 anhält und die danach offenbar an ihre Grenze gestoßen ist. Als Indiz dafür kann der Rückgang der Quote von 35,3% (1975) auf 32,8% (1979) bewertet werden, der in erster Linie auf den Rückgang der Leistungen nach dem institutionellen Budget zurückgeht. Die Quote allein dieses Budgets stieg von 22,1% (1970) auf 28,7% (1975), um danach auf 26,6% (1979) zurückzufallen. Beim Bund liegt 1979 die Quote mit 30,5% allerdings deutlich höher, was seinen Grund in ungünstigeren demographischen Strukturen und einer angespannteren wirtschaftlichen Lage hat. Staatsquoten lassen aus ihrer Entwicklung keine Aussagen über eine gesellschaftlich wünschbare Größenordnung zu, sie lassen insbesondere keine Rückschlüsse auf die Effektivität der erreichten sozialpolitischen Ziele zu. In ihrem Entwicklungsverlauf spiegeln sich die unterschiedlichsten, zum Teil gegenläufigen Tendenzen staatlichen Handelns wider. Die Auswirkungen einzelner Faktoren auf die Entwicklung der Quote lassen sich daher auch nur beschränkt herausarbeiten⁸.

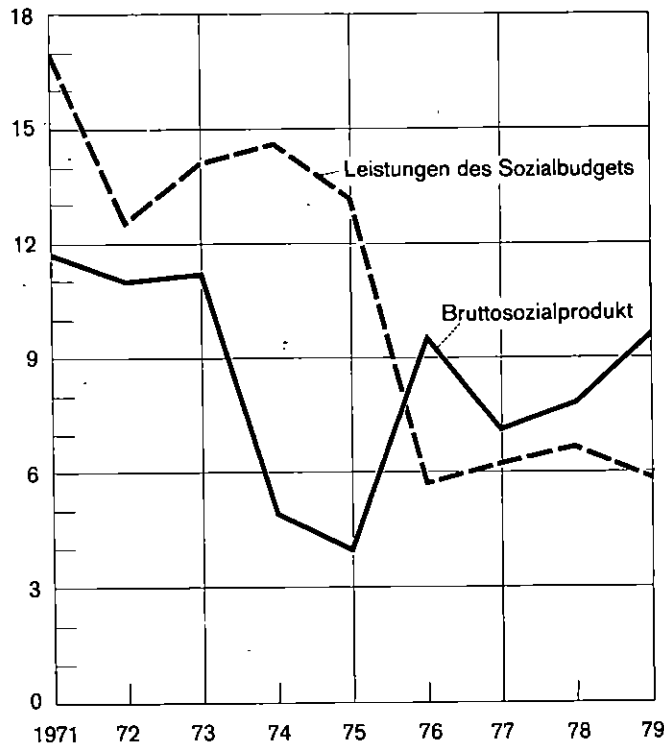
Die Sozial-Enquête-Kommission hat Mitte der sechziger Jahre, was die langfristige Entwicklung der Sozialleistungsquote angeht, bereits von einer „Tendenz zur Ausweitung des Sozialbudgets“ gesprochen, die aufgrund „automatischer Mechanismen“ und „politischer Daten“ vonstatten gehe und zu einem überproportionalen Wachstum im Vergleich zum Bruttosozialprodukt führe. Begründet wird diese These, die sich allerdings nur auf das nominale Sozialbudget bezieht, mit unterschiedlichen Faktoren wie: überproportionale Inflationsentwicklung im Sozialbereich, Dynamisierung einer Reihe von Sozialleistungen, demographische Einflüsse, Öffnung der Sozialversicherung auch für Nicht-Arbeitnehmer, sowie einer weitgehend feh-

⁸ Vgl. auch zur Methode: Linder, P.: Die Entwicklung staatswirtschaftlicher Quoten, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 7, 1980.

Schaubild 7

Bruttosozialprodukt und Leistungen nach dem integrierten Sozialbudget

Veränderung gegen
Vorjahr in %



lenden Elastizität des Ausgabenvolumens nach unten, hinter der das Verhalten der „Besitzstandswahrung“ steht. Eine generelle Begrenzung des Anspruchsdenkens wird jedoch durch die langfristig nicht sehr aussichtsreiche ökonomische Entwicklung unvermeidbar sein. Die Tendenz zur Ausweitung des Sozialbereichs dürfte dabei allerdings heute weniger oder gar nicht von der Dynamisierung von Sozialleistungen ausgehen, da die Anbindung von Leistungsniveaus an die gesamtwirtschaftliche Entwicklung eine überproportionale Ausweitung zum Bruttosozialprodukt verhindert. Außer diesen langfristigen Trends weist die Entwicklung der Sozialleistungsquote auch eine konjunkturelle, und zwar antizyklische Komponente auf. Dies wird in den Daten besonders im Anstieg um die Mitte der siebziger Jahre und dem anschließenden Rückgang der Quote deutlich. Dies ist unmittelbar einsichtig, denn in ausgeprägt rezessiven Wirtschaftsperioden sind mengenmäßig mehr Risiken zu decken und damit Leistungen zu erbringen (Arbeitslose), als in der konjunkturellen Hochphase, in der allerdings die Leistungsausgaben durch Reformen der sozialen Gesetzgebung ausgeweitet werden können. Entscheidend für den antizyklischen Verlauf der allgemeinen Sozialleistungsquote ist jedoch vor allem die Höhe des Bruttosozialprodukts, das im Nenner der Quote

steht. In Zeiten der Rezession (wie etwa 1975) wird ein geringes oder gar rückläufiges Wachstum des ökonomischen Indikators die Sozialleistungsquote tendenziell ansteigen lassen, im konjunkturellen Hoch dagegen wird ein dämpfender Effekt vom Nenner auf die Quote ausgehen (Schaubild 7).

Die Sozialleistungsquote nach unterschiedlichen Gliederungen

Zunächst sollen die Sozialausgaben nach dem Aspekt der *Leistungsarten* zum Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen in Beziehung gesetzt werden (Tabelle 7). Dabei nimmt die Übertragungsquote mit 19,4% (1979) den breitesten Raum im sozialen Leistungssystem ein, die Verbrauchsquote kommt dagegen auf 11,6%, die Investitionsquote lediglich auf 1,9%. Diese Strukturen haben sich im Laufe der siebziger Jahre leicht geändert. Während sich die Verbrauchsquote von 1970 an um 3,8 Prozentpunkte erhöht hat, nahm die Übertragungsquote lediglich um 2,1 Prozentpunkte zu. Die Investitionsquote blieb konstant. Noch höher als die laufenden Rentenanpassungen und sonstige monetäre Transfers schlug offensichtlich im Verbrauchsbereich die Ausgabenexpansion im Gesundheitswesen in Form von Sachleistungen sowie dem personalintensiven öffentlich-sozialen Dienstleistungsbereich zu Buche. Bei einem Vergleich mit den realen Quoten läßt sich ein höherer Inflationsdruck bei den Verbrauchsausgaben gegenüber den Transfers und den Investitionen feststellen. Hierbei dürfte vor allem die Personalintensität sozialer Dienste in Verbindung mit einem relativ geringeren Produktivitätswachstum eine entscheidende Rolle spielen.

Entsprechend dem funktional gegliederten Sozialbudget läßt sich auch ein System *funktional* ausgerichteter Staatsquoten im Sozialbereich ableiten. Damit läßt sich zum Beispiel die Frage untersuchen, wie die einzelnen sozialen Tatbestände an der Entwicklung der gesamten Sozialleistungsquote partizipiert haben, insbesondere zu wessen Gunsten bzw. auf wessen Kosten der Anstieg der Gesamtquote bis 1975 und der Rückgang danach ging. Insgesamt läßt sich feststellen, daß sowohl nominal als auch real die Ausweitung der Sozialleistungsquote zugunsten der Funktionen: Gesundheit, Alter und Hinterbliebene und Beschäftigung ging und zwar nur der Teil der Sozialleistungen, die sich im institutionellen Budget niederschlagen. Damit schälen sich wiederum die Veränderungen in der Altersstruktur der Bevölkerung, die Ausgabenexpansion im Gesundheitswesen und die Arbeitsmarktlage als die entscheidenden Faktoren heraus, die der Budgetstruktur in den siebziger Jahren das Gepräge gaben. Es sind dies, was Gesundheit und Alter betrifft, auch die Bereiche die das höchste Ausgabenvolumen aufweisen.

Tabelle 7

Sozialleistungsquoten des integrierten Sozialbudgets nach Leistungsarten, Funktionen und Empfängergruppen

— In jeweiligen Preisen in % —

Bezeichnung	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979
Leistungsarten ¹⁾										
Allgemeine Sozialquote ²⁾	27,3	28,5	28,9	29,7	32,4	35,3	34,1	33,8	33,4	32,8
Spezielle Sozialquote ³⁾	9,9	11,1	11,3	11,9	13,4	14,5	13,7	13,4	13,4	13,4
Laufende Ausgabenquote im Sozialbereich ⁴⁾	25,1	26,0	26,5	27,3	29,9	33,0	32,2	32,1	31,6	30,9
Übertragungsquote im Sozialbereich ⁵⁾	17,3	17,4	17,6	17,8	19,0	20,8	20,4	20,4	20,0	19,4
Verbrauchsquote im Sozialbereich ⁶⁾	7,8	8,6	8,9	9,5	10,9	12,2	11,8	11,7	11,5	11,6
Investitionsquote im Sozialbereich ⁷⁾	2,1	2,5	2,4	2,4	2,5	2,3	1,9	1,7	1,9	1,9
Funktionen ¹⁾										
Sozialbudget insgesamt	27,3	28,5	28,9	29,7	32,4	35,3	34,1	33,8	33,4	32,8
Familie	4,6	4,5	4,4	4,3	4,4	4,9	4,6	4,5	4,6	4,4
Sparförderung	0,9	1,4	1,5	1,5	1,6	1,7	1,6	1,7	1,4	1,2
Wohnen und Wohnumfeld	1,0	0,9	0,9	0,9	0,9	0,8	0,8	0,7	0,8	0,8
Allgemeine Bildung	1,7	1,9	1,9	1,9	2,0	2,1	1,9	1,9	1,9	1,9
Beschäftigung	1,5	1,9	1,9	1,9	2,4	3,4	2,7	2,5	2,4	2,5
Gesundheit	7,8	8,2	8,5	9,1	10,1	10,9	10,6	10,5	10,4	10,3
Alter und Hinterbliebene	7,8	7,7	7,9	8,1	8,9	9,5	9,9	10,1	9,9	9,7
Sonstige Lebenshilfen	0,9	0,8	0,7	0,7	0,8	0,8	0,8	0,8	0,7	0,7
Umwelt	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,5	0,5	0,5	0,6	0,6
Öffentliche Sicherheit	0,5	0,6	0,6	0,7	0,7	0,7	0,7	0,6	0,7	0,7
Empfängergruppen ¹⁾										
Sozialbudget insgesamt	27,3	28,5	28,9	29,7	32,4	35,3	34,1	33,8	33,4	32,8
Nichterwerbspersonen unter 25 Jahren	7,3	8,0	8,0	8,0	8,5	9,4	8,5	8,1	8,1	8,1
Nichterwerbspersonen 25 — 65 Jahre	1,6	1,6	1,6	1,6	1,8	1,9	1,9	1,9	1,9	1,8
Erwerbspersonen	8,7	9,2	9,3	9,7	10,5	11,5	10,9	10,8	10,5	10,1
Nichterwerbspersonen über 65 Jahre	9,6	9,7	10,0	10,4	11,6	12,5	12,8	13,0	12,9	12,6

1) Anteil am Bruttosozialprodukt. — 2) Leistungen nach dem Sozialbudget. — 3) Sachleistungen, Allgemeine Dienste und Leistungen, Investitionsausgaben und -zuschüsse (Staatsverbrauch und Investitionen im Sozialwesen). — 4) Einkommensleistungen, Sachleistungen, Allgemeine Dienste und Leistungen (monetäre Transferleistungen und Staatsverbrauch im Sozialwesen). — 5) Einkommensleistungen (monetäre Transferleistungen im Sozialwesen). — 6) Sachleistungen, Allgemeine Dienste und Leistungen (Staatsverbrauch im Sozialwesen). — 7) Investitionszuschüsse (staatliche Investitionen im Sozialwesen).

Der dritte Gliederungsnachweis der Sozialleistungsquote erfolgt nach *Empfängergruppen*. Er hat gegenüber der Funktionalgliederung einen eigenen Aussagewert, da die einzelnen Funktionen unterschiedliche Empfänger tangieren. Ein Beispiel ist der Gesundheitsbereich, der Leistungen für die Bevölkerung aller Altersstufen enthält. Ähnlich ist dies auch bei den Funktionen Familie und Beschäftigung der Fall.

Ein empfängerspezifischer Nachweis der Sozialleistungsquote verdeutlicht, welche Bevölkerungsgruppe Einsparungen im Sozialhaushalt nach 1975 vor allem getragen hat. Ein Blick auf *Tabelle 7* zeigt anschaulich, daß von dem Rückgang der Sozialleistungsquote nach 1975 insbesondere die Nichterwerbspersonen unter 25 Jahren und die Erwerbspersonen betroffen waren. Die Nichterwerbspersonen zwischen 25 und 65 Jahren sowie die über 65 Jahren haben demgegenüber ihren „Anspruch“ an das Bruttosozialprodukt aufrechterhalten. Die

„reale“ Quote für Nichterwerbspersonen über 65 Jahren ist sogar nach 1975 noch angewachsen. Erst 1979 kündigten sich die Folgen des 21. Rentenanpassungsgesetzes an, nach dem die Rentenerhöhung 1978 um ein halbes Jahr auf 1. Januar 1979 verschoben und der Anpassungssatz für 1979 mit 4,5% festgesetzt wurde. Über den gesamten Zeitraum von 1970 bis 1979 gesehen, haben nach den realen Quoten die Erwerbspersonen und insbesondere die Nichterwerbspersonen über 65 Jahren — demographisch bedingt — ihren Anteil der Sozialleistungen am Bruttoinlandsprodukt erhöht.

Zusammenfassung

- Die historische Entwicklung des vor hundert Jahren durch die Einführung der gesetzlichen Sozialversicherung ins Leben gerufenen Sozialleistungssystems hat zu einer nicht mehr überschaubaren Zersplitterung von Zuständigkeiten und Leistungen auf eine Vielzahl von Trägern,

Funktionen und Empfängern geführt. Hier setzt die Ende der sechziger Jahre im Bund und dann auch in Baden-Württemberg entwickelte Sozialbudgetrechnung an. Durch systematische und umfassende Datenanalyse und -zuordnung wird die Transparenz hinsichtlich Höhe, Zwecken und Umverteilungswirkungen von Sozialleistungen erreicht.

- Die so ermittelten Größenordnungen und Entwicklungstendenzen sind von größter gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Bedeutung. So sind die gesamten im Lande verteilten Sozialleistungen im Jahr 1979 mit 72,2 Mrd. DM doppelt so hoch wie der Staatshaushalt und etwa jede dritte Mark des erwirtschafteten Sozialprodukts wird von der sozialen Sicherung und den Gebietskörperschaften beansprucht und umgeschichtet.
- Diese Ausgaben setzen sich zusammen aus Sozialleistungen auf bundesgesetzlicher Grundlage – sie werden für Bund und Land vergleichbar im „*institutionellen Sozialbudget*“ ermittelt – sowie aus Leistungen, die Land und Kommunen aus eigener Kompetenz in den klassischen Sozialbereich wie zum Beispiel Familie und Gesundheit erbringen – zusätzlich aber auch in gesellschaftlich relevanten Bereichen wie Schul- und Hochschulbildung, Umwelt und öffentliche Sicherheit. Sie werden (nur) für das Land im „*landesspezifischen Sozialbudget*“ zusammengestellt. Beide Budgets zusammen ergeben das „*integrierte Sozialbudget*“, das die Gesamtheit aller sozialrelevanten Ausgaben im Land erfaßt und 1979 72,2 Mrd. DM ausmachte.
- Das institutionelle Budget umfaßte 1979 im Land ein Leistungsvolumen von 58,6 Mrd. DM, womit es gegenüber 1970 auf das 2 1/2fache gestiegen ist. Die allgemeinen Systeme der sozialen Sicherung, also die Renten-, Kranken-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung sowie das Kindergeld, machen 56% des Budgets aus.
- In der Gliederung nach Funktionen stellen „Alter und Hinterbliebene“ (21,1 Mrd. DM) und „Gesundheit“ (20,3 Mrd. DM) zusammen mit über 70% die zentralen Ausgabenbereiche dar. Beide Bereiche haben in den siebziger Jahren überdurchschnittlich zugenommen (auf das 2,6- bzw. 2,7fache).
- Die Mittelaufbringung erfolgt über die Beiträge von Arbeitgebern und Versicherten einerseits (1979: 62,7%) und über Zuweisungen der Gebietskörperschaften andererseits (35,5%). Tendenziell nimmt der Anteil der Beitragsfinanzierung zu, allerdings überlagert von konjunkturellen Schwankungen. So steigt oder sinkt das Beitragsaufkommen in Abhängigkeit vom steigenden oder sinkenden Bruttoinlandsprodukt mit einer geschätzten Relation von 1,33.
- Das institutionelle Budget hat im Bund 1979 einen Gesamtumfang von 450 Mrd. DM (gegenüber 17 Mrd. DM im Jahr 1950). Der Anteil des Landes von 13,8% ist im Vergleich zum Bevölkerungsanteil von 14,9% etwas geringer, was aus einer günstigeren Arbeitsmarktlage und einem jüngeren Altersaufbau der Bevölkerung resultiert.
- Arbeitnehmer und Arbeitgeber in Baden-Württemberg tragen aufgrund einer günstigeren Einkommens- und Beschäftigungssituation überdurchschnittlich zur Beitragsfinanzierung des Bundesbudgets bei und erbringen somit eine Entlastung bei den öffentlichen Zuweisungen. Während im Land die privaten Haushalte 24,4% des Budgets finanzieren, sind es im Bund 22,8%.
- Das landesspezifische Sozialbudget umfaßte 1979 Leistungen in Höhe von 13,6 Mrd. DM (Zunahme auf das 2,3fache gegenüber 1970). Ein Schwerpunkt liegt beim allgemeinen und beruflichen Bildungsbereich (einschließlich Hochschulen) sowie im Gesundheitssektor. Anders als bei den im institutionellen Budget erfaßten Transferzahlungen und Sachleistungen stehen hier Investitionsausgaben und Personalkosten im Vordergrund.
- Im landesspezifischen Budget weist der Bereich Familie eine starke Ausweitung auf. Er hat sich seit 1970 auf 660,3 Mill. DM verdreifacht (1979), – wie auch die Funktion „Wohnen“ (auf 347,6 Mrd. DM).
- Das zusammengefaßte, also integrierte Budget, erreichte 1979 72,2 Mrd. DM, preisbereinigt aber nur 44 Mrd. DM. Damit ist in den siebziger Jahren nur etwa ein Drittel der Ausgabensteigerungen auf ein erhöhtes Leistungsvolumen zurückzuführen.
- Die Umverteilungswirkungen des (integrierten) Sozialbudgets lassen sich über eine empfänger-spezifische Aufbereitung der Sozialleistungen ermitteln. Den höchsten Anteil an den Gesamtausgaben erhalten mit 40% die älteren Menschen, die Erwerbspersonen, in denen auch die Arbeitslosen enthalten sind, nehmen 30% in Anspruch. Auf die nachwachsende Generation entfallen 25%.

- Die Sozialleistungsquote, also das Verhältnis der Sozialleistungen zum Bruttoinlandsprodukt als dem umfassenden Indikator für die wirtschaftliche Wertschöpfung, hat nach 27,3% im Jahr 1970 Mitte der siebziger Jahre mit 35,3% ihren höchsten Stand erreicht. Danach ging sie auf 32,8% (1979) zurück. Damit zeichnen sich Grenzen im sozialen Anspruchsdenken ab, die zukünftig durch eine nicht sehr aussichtsreiche ökonomische Entwicklung unterstrichen werden.

1.2. Aufwendungen für die nachwachsende und ältere Generation und Auswirkungen der demographischen Entwicklung

Problemlage

Die Analyse der Aufwendungen für die verschiedenen Generationen ist eine wesentliche Voraussetzung für die Abklärung finanz- und sozialpolitischer Fragen der Versorgung der heranwachsenden und der aus Altersgründen nicht mehr erwerbstätigen Bevölkerung aus dem erwirtschafteten Sozialprodukt. Diese Fragen ergeben sich in Verbindung mit dem unregelmäßigen Altersaufbau unserer Bevölkerung sowie speziell mit dem seit Mitte der sechziger Jahre anhaltenden Geburtenrückgang, der in der deutschen Bevölkerung schon seit Anfang der siebziger Jahre zu einem Bevölkerungsrückgang übergeleitet hat.

Die Diskussion über die Auswirkungen ist heute überwiegend dadurch gekennzeichnet, daß die künftig zu erwartenden demographischen Einwirkungen auf einzelne soziale Einrichtungen unabhängig voneinander aufgezeigt werden. Im Mittelpunkt stehen dabei entweder die Alterssicherung oder das Gesundheitswesen oder der Bildungsbe-
reich. Der Zusammenhang zwischen den ausgabe-
relevanten Wirkungen wird dabei allerdings meist außer acht gelassen. Die Untersuchungen führen dann oft zu dem Ergebnis, daß sich das Verhältnis von wirtschaftlich aktiven Personen (Erwerbspersonen bzw. Erwerbstätigen) zu den nicht im Erwerbsprozess stehenden Personen (Nichterwerbspersonen) gegenüber der heutigen Situation zahlenmäßig so sehr verschlechtert, daß erhebliche Schwierigkeiten im Hinblick auf die Finanzierung sozialer Einrichtungen zu erwarten sind und nicht selten die zukünftige Funktionsfähigkeit bedeutender Teilbereiche unseres Sozialsystems in Frage gestellt wird.

Anders als bei einer punktuellen Betrachtung einzelner Altersgruppen und der sie speziell betreffenden Sozialleistungen bieten die folgenden Ausführungen einen umfassenden Ansatz, indem sie die zukünftig zu erwartenden demographischen Entwicklungen über *alle* Altersstufen hinweg mit der heutigen Struktur unseres *Sozialleistungssystems* verbinden. Damit können Wirkungen und Konsequenzen von Bevölkerungsveränderungen auf die Gesamtheit der gesellschaftlich motivierten Finanzierungsströme aufgezeigt werden.

Bei dieser Darstellung wird sowohl von der Datenbasis wie vom methodischen Vorgehen her Neuland beschritten. Als Datenbasis dienen zum einen die Modellrechnungen zur zukünftigen Bevölkerungsentwicklung, zum anderen die nach bestimmten Empfängergruppen aufgegliederten Ausgaben nach dem integrierten Sozialbudget, wie es im vor-

hergehenden Abschnitt (1.1) ausführlich beschrieben wurde.¹ Die Überführung demographischer Eckdaten in letztlich finanzpolitisch relevante Größen erfolgt über eine Anzahl von beide Bereiche verknüpfenden Relationen. Der Modellcharakter dieses Ansatzes resultiert vor allem daraus, daß Aspekte der Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung ausgeklammert bleiben, insbesondere wird die Vollbeschäftigung aller Erwerbspersonen unterstellt. Rückwirkungen der Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung auf das Sozialleistungssystem – seien sie nun negativer oder positiver Art – sind somit nicht enthalten. Ursächlich ist, daß realistische Vorgaben zur zukünftigen Wirtschaftsentwicklung für diesen langen Zeitraum kaum zu treffen sind.

Eine Untersuchung wie die vorliegende ist somit als ein Versuch anzusehen, die sich abzeichnende ungleichgewichtige Bevölkerungsentwicklung umfassend und unabhängig von rechtlichen und administrativen Gegebenheiten hinsichtlich ihrer möglichen zukünftigen Ausgabenrelevanz abzuschätzen. Dies ist ein erster wichtiger Schritt auf dem Weg zur Abklärung der Frage nach der wirtschaftlichen Tragbarkeit oder Nicht-Tragbarkeit solcher Prozesse².

Vorgehensweise

In der folgenden Analyse wird die heutige Ausprägung unseres Sozialleistungssystems mit der zukünftig erwarteten demographischen Entwicklung in Verbindung gebracht, so daß Wirkungen und Konsequenzen von Bevölkerungsveränderungen auf die gesellschaftlich motivierten Finanzierungsströme aufgezeigt werden können.

Hierzu wird in einem *ersten Hauptabschnitt* auf die zugrundegelegte demographische Modellrechnung für die zukünftige Entwicklung der Bevölkerung eingegangen. Speziell wird dabei der Aussagewert sogenannter demographischer Belastungsquoten untersucht. Diese setzen verschiedene Gruppen von Nichterwerbspersonen zu den Erwerbspersonen, von denen sie unterhalten werden müssen, in Beziehung zueinander. Generell bezieht sich die Analyse auf vier verschiedene Bevölkerungsgruppen, die nicht nur altersspezifisch untergliedert

sind, sondern sich auch im Hinblick auf ihre Beteiligung am Erwerbsleben unterscheiden. Als unter diesen Aspekten relativ homogene Gruppen sind im einzelnen zu betrachten:

- Nichterwerbspersonen unter 25 Jahren (Kinder und auszubildende Jugendliche),
- Nichterwerbspersonen zwischen 25 und 65 Jahren (insbesondere Hausfrauen und Kinder erziehende Mütter),
- Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose),
- Nichterwerbspersonen über 65 Jahre (Rentner und Pensionäre).

Die hier vorgeschlagene Bevölkerungsgliederung bietet den Vorteil, daß sie sowohl zur Berechnung der demographischen Belastungsquoten wie der sozialpolitischen Aufwandsquoten geeignet ist, so daß eine Verknüpfung von demographischen und aufwandsbezogenen Größen möglich wird.

In einem *zweiten Hauptabschnitt* wird als Grundlage für diese Analyse eine Übersicht über die gesamten in einem Jahr anfallenden Lebensaufwendungen der Bevölkerung insgesamt und der vier unterschiedenen Bevölkerungsgruppen gegeben. Datenbasis dafür sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Diese Gesamtaufwendungen setzen sich aus drei Komponenten zusammen: Zunächst aus dem Privaten Verbrauch, der die Käufe von Waren und Dienstleistungen durch die Haushalte für den privaten Endverbrauch umfaßt. Sodann aus dem sozialen Staatsverbrauch, der die Aufwendungen des Staates für bestimmte sozialmotivierte Leistungen enthält, die unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden und die im wesentlichen aus Personalkosten (z.B. im Bildungsbereich) und aus Sachkosten (wie im Gesundheitsbereich) bestehen. Als dritte Komponente treten die sozialen Staatsinvestitionen auf, die materielle Infrastrukturleistungen wie Bauten, Ausrüstungen und öffentliche Investitionszuschüsse an private Träger in sozialrelevanten Bereichen (z.B. Bildung, Gesundheit) umfassen.³ Die einzelnen Bevölkerungsgruppen haben hinsichtlich dieser verschiedenen Aufwandskategorien sehr unterschiedliche Nutzungsnotwendigkeiten und Nutzungsansprüche. Entsprechend unterschiedlich sind die Pro-Kopf-Werte, die für die einzelnen Aufwandskategorien abgeleitet werden. Sie lassen sich zum gruppenspezifischen Gesamtaufwand zusammenfassen.

¹ Vgl.: Abschnitt II, 1.1: Strukturen des sozialen Leistungssystems und seine Finanzierungsbedingungen, sowie: Linder, P.: Sozialbudgetberechnungen, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 6, 1981; ders.: Das Sozialbudget im Spiegel demographischer und ökonomischer Entwicklungen, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 11, 1981.

Der Begriff "sozial" wird hier wie in Abschnitt 1.1 im umfassenden Sinn gesellschaftlicher Aktivitäten verwendet.

² Siehe dazu auch: Max Wingen, Bevölkerungsentwicklung – eine politische Herausforderung. (Demographische Tatbestände und Zusammenhänge. Neue Probleme und offene Fragen. Bevölkerungspolitische Perspektiven). München 1980.

³ Die Unterscheidung zwischen sozialem Staatsverbrauch und sozialen Staatsinvestitionen ist dabei formaler Natur und lehnt sich an die Begriffsbildung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen an. An sich stellen auch die Ausgaben des sozialen Staatsverbrauchs in weiten Bereichen „Zukunftsinvestitionen“ dar. Diese weniger an systematisch-formalen Gesichtspunkten ausgerichtete Sicht läßt sich damit begründen, daß sowohl materielle als auch personelle Infrastrukturleistungen zur Verbesserung oder Erhaltung von „human capital“ erbracht werden.

Um aus den abgeleiteten Versorgungsgrößen finanzpolitische Anhaltspunkte ermitteln zu können, müssen die Finanzierungsquellen der drei abgeleiteten Aufwandskomponenten in die Betrachtung einbezogen werden. Die Ausgaben für den sozialen Staatsverbrauch und die staatlichen Sozialinvestitionen werden über die Haushalte der Gebietskörperschaften geleistet. Die Finanzierung des Privaten Verbrauchs erfolgt demgegenüber durch Erwerbs- und Vermögenseinkommen sowie, in nicht geringen Teilen, auch über Transfereinkommen, die überwiegend von der Sozialversicherung geleistet werden. Ein spezieller Abschnitt der Untersuchung (der *dritte Hauptabschnitt*) befaßt sich deshalb mit der besonderen Bedeutung des Transfersystems.

Das integrierte Sozialbudget nun, wie es in Abschnitt 1.1 dargestellt wurde, faßt *alle* sozialen Ausgaben zusammen, wie sie von den Sozialversicherungsträgern und von der öffentlichen Hand geleistet werden. Neben der Gliederung der Sozialleistungen nach ihrem Zweck (Funktionalgliederung) und nach der Form, in welcher sie erbracht werden (Gliederung nach Leistungsarten) ist auch eine Zuordnung auf *Empfängergruppen* durchgeführt worden, wobei diese mit den zuvor unterschiedenen vier Bevölkerungsgruppen identisch sind.

Damit kann das integrierte Sozialbudget als Datengrundlage zur Bestimmung der generationsspezifischen öffentlichen Sozialausgaben herangezogen werden. In einem *vierten Hauptabschnitt* werden entsprechend zunächst gruppenspezifische Pro-Kopf-Werte für das Referenzjahr 1979 ermittelt. Diese Pro-Kopf-Werte werden als *Sozialleistungsniveau* bezeichnet. Ausgehend von der Annahme, daß das für die Generationen unterschiedene Sozialleistungsniveau – also die Sozialausgaben je Empfänger in den vier unterschiedenen Bevölkerungsgruppen – sich nicht verändert – wobei allerdings für Kinder und Jugendliche gewisse Modifikationen zu berücksichtigen sind –, kann es mit der in Zukunft erwarteten Zahl an Empfangsberechtigten in Verbindung gebracht werden. Damit wird es möglich, die Sozialausgaben als Funktion demographischer Entwicklungen in Form von Mehr- und Minderleistungen im Vergleich zum Referenzjahr 1979 aufzuzeigen. Schon hier wird deutlich, daß mögliche Umverteilungsprozesse hohe Anforderungen an Flexibilität und Durchlässigkeit von Trägern und Finanzierern der unterschiedlichen Sozialbereiche im weitesten Sinne stellen.

Neben der Betrachtung der zukünftigen Leistungsseite lassen sich im vorliegenden Modellansatz auch Aussagen über Finanzierungsaspekte anhand der Entwicklung der empfängerspezifischen *Sozial-*

last machen. Unter Soziallast werden dabei die Sozialleistungen je Erwerbsperson verstanden. Damit lassen sich Anhaltspunkte für zukünftige Be- und Entlastungseffekte aufgrund demographischer Entwicklungen ableiten.

Abschließend werden Konsequenzen der demographischen Entwicklung auf das Verhältnis von privaten zu öffentlichen Ausgaben aufgezeigt.

Modellrechnungen zur zukünftigen demographischen Situation

Veränderung von Bevölkerungszahl und -struktur

Will man die zukünftigen Herausforderungen an unser System der sozialen Sicherung und der Sozialausgaben insgesamt abschätzen, so treten dabei demographische Bewegungen in den Vordergrund, die aus einer recht unregelmäßigen Besetzung der Altersklassen resultieren. Die Ursachen hierfür sind in den beiden Weltkriegen sowie dem Geburtenberg Mitte der sechziger Jahre und dem daran anschließenden Geburtenrückgang zu suchen. Der Untersuchung wird eine Modellrechnung über die natürliche Bevölkerungsbewegung zugrundegelegt, die aufgrund eines Beschlusses der Ministerpräsidentenkonferenz 1976 für alle Bundesländer nach einer einheitlichen Methode vorgenommen wurde⁴. Danach wird die Einwohnerzahl Baden-Württembergs im Jahre 2000 noch 8,9 Millionen betragen gegenüber 9,3 Mill. Anfang 1982. Bis zum Jahre 2050 wird sie jedoch auf 5,8 Millionen Personen gesunken sein.

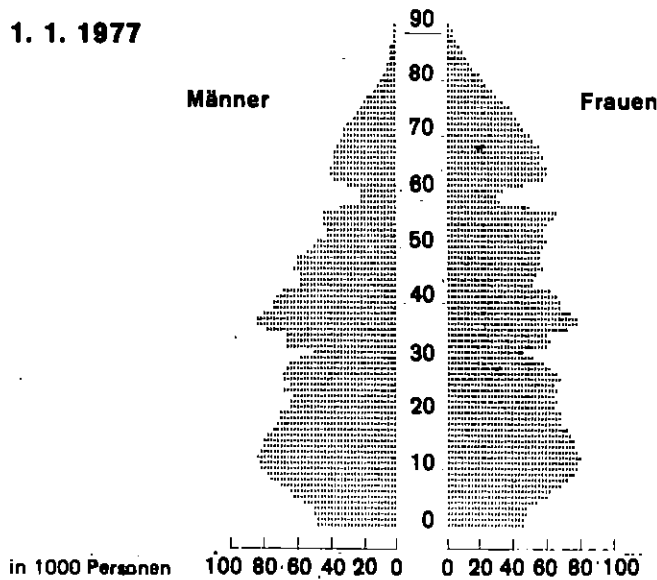
Neben der zukünftigen Bevölkerungszahl gehen insbesondere von der sich verschiebenden Altersstruktur der Bevölkerung erhebliche Einflüsse auf den Sozialbereich aus, besonders von der geänderten Relation von nachwachsender zu älterer Generation (*Schaubild 1*). Während nämlich der Anteil der Kinder und jugendlichen Personen im Alter von 0 bis unter 19 Jahren an der Gesamtbevölkerung 1977 noch 28% betrug, dürfte er voraussichtlich bis 2000 auf 21% und bis 2050 auf 18% zurückgehen. Absolut gesehen fällt damit der Bestand dieser Bevölkerungsgruppe von 2,6 Mill. (1977) auf 1,1 Mill. Personen. Dies läßt erhebliche Auswirkun-

4 Obwohl zwischenzeitlich für Baden-Württemberg eine neuere Modellrechnung vorliegt, die auch Annahmen über Wanderungen enthält, soll auf die Modellrechnung von 1976 Bezug genommen werden, da diese bis zum Jahr 2050 reicht. Es handelt sich darüber hinaus um die einzige amtliche Modellrechnung zur Bevölkerungsentwicklung, die auf Länderebene regionalisiert ist. Die folgenden Zahlen beziehen sich ausschließlich auf die Entwicklung der Modellvariante 1 (Status-quo-Variante). Die Abweichungen zur neueren Modellrechnung für Baden-Württemberg sind im übrigen nur geringfügig. Vgl.: Kaeser, H.: Langfristige Vorausschätzung demographischer Eckdaten, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 6, 1979 sowie: Modellrechnung zur langfristigen Bevölkerungsentwicklung, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 8, 1981.

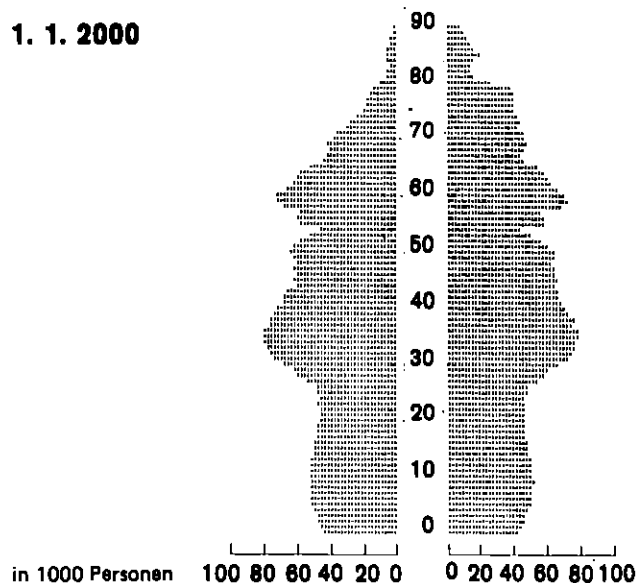
Schaubild 1

Modellrechnung für den Altersaufbau der Gesamtbevölkerung

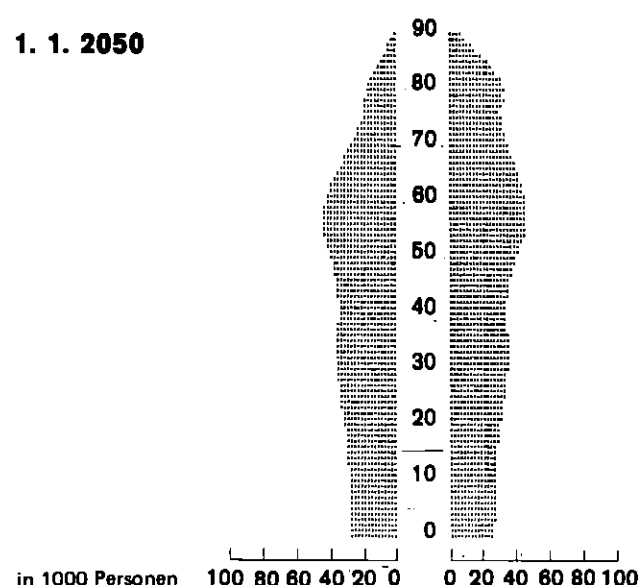
1. 1. 1977



1. 1. 2000



1. 1. 2050



gen hinsichtlich der infrastrukturellen Versorgungsbereiche der jungen Generation vom Kindergarten über den Schulbereich bis zur Berufsausbildung vermuten.

Bei der älteren Generation (Frauen über 60 Jahre, Männer über 65 Jahre) laufen die Entwicklungen in eine andere Richtung. Hier steigt der Anteil dieses Personenkreises von 16% auf 19% bis zum Jahre 2000 und weiter auf voraussichtlich 26% im Jahre 2050. Diese starke Zunahme des Anteils der alten Menschen ist dabei mehr auf die abnehmende Gesamtbevölkerung als auf die absolute Zunahme der alten Menschen zurückzuführen. So nimmt die ältere Generation von 1,5 Mill. Personen bis 2030 zwar auf 2,0 Mill. zu, sie geht aber danach bis 2050 wieder auf 1,5 Mill. zurück.

Als dritte Bevölkerungsgruppe bleibt diejenige im erwerbsfähigen Alter (Frauen von 19 bis unter 60 Jahren, Männer von 19 bis unter 65 Jahren) zu betrachten. Insgesamt wird mit einem erheblichen Rückgang von derzeit 5,1 Mill. auf 3,2 Mill. Personen im Jahr 2050 gerechnet. Der Anteil dieser Gruppe an der Gesamtbevölkerung betrug 1977 56%, er steigt bis 2000 auf 60% und fällt danach wieder auf 55% (2050). Die Relation zwischen den Erwerbsfähigen und den nicht im Erwerbsprozess Stehenden bleibt also relativ konstant.

Aus dem Kreis der erwerbsfähigen Personen ergeben sich unter Berücksichtigung altersspezifischer Erwerbsquoten die Erwerbspersonen, die als Nachfrager nach Arbeitsplätzen auf dem Arbeitsmarkt auftreten und die das Potential des Produktionsfaktors „Arbeit“ darstellen.

Im Jahre 1977 lag die Zahl der Erwerbspersonen mit 4,1 Mill. um nahezu ein Viertel (23%) unter der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (5,1 Mill.). Für den Projektionszeitraum bis 2050 wurden die altersspezifischen Erwerbsquoten konstant gehalten. Geht man von dieser grundsätzlichen Modellannahme aus, so zeichnen sich im weiteren Verlauf zwei Phasen gegensätzlicher Entwicklung ab. Zunächst werden aufgrund der hohen Geburtenzahlen Mitte der sechziger Jahre die Erwerbspersonen von 4,1 Mill. bis 1990 auf 4,5 Mill. zunehmen, um sich danach zu vermindern. Im Jahre 2005 wird mit 4,0 Millionen Erwerbspersonen wieder ungefähr der Stand von 1977 erreicht sein. In den folgenden Jahren wird sich der Geburtenrückgang ab Mitte der sechziger Jahre voll auswirken und die Zahl der Erwerbspersonen auf schließlich 2,6 Mill. absinken lassen. Die Erwerbsquote, also der Anteil der Erwerbspersonen an der Gesamtbevölkerung, wird dabei mit 44% relativ konstant bleiben (Tabelle 1).

Tabelle 1

Modellrechnung der Erwerbspersonen

Jahr	Erwerbspersonen					
	insgesamt	Deutsche	Ausländer	insgesamt	Deutsche	Ausländer
	1000			1977 = 100		
1977	4 132	3 655	476	100	100	100
1980	4 265	3 774	491	103,2	103,3	103,2
1985	4 468	3 953	515	108,1	108,2	108,2
1990	4 517	3 972	545	109,3	108,7	114,5
1995	4 419	3 847	572	106,9	105,3	120,2
2000	4 267	3 692	575	103,3	101,0	120,8
2010	3 998	3 465	533	96,8	94,8	112,0
2020	3 656	3 116	540	88,5	85,3	113,4
2030	3 152	2 576	578	76,3	70,5	121,4
2040	2 841	2 256	585	68,8	61,7	122,9
2050	2 580	1 973	607	62,4	54,0	127,5

Demographische Belastungsquoten und ihr Aussagewert

Um die Auswirkungen der Verschiebung der Altersstruktur der Bevölkerung in ihren Konsequenzen für die sozialpolitischen Rahmenbedingungen hervortreten zu lassen, werden sogenannte Belastungsquoten gebildet, die die „Belastung“ der Erwerbspersonen durch verschiedene Gruppen von Nichterwerbspersonen darstellen sollen. Das Verhältnis zwischen den Nichterwerbspersonen über 65 Jahren (ältere Generation) einerseits und den Nichterwerbspersonen unter 25 Jahren (Kinder und auszubildende Jugendliche) andererseits zu den Erwerbspersonen ist die Grundlage für die Auffassung über einen „Generationenvertrag“, nach dem die nicht mehr erwerbstätigen älteren Menschen von den Erwerbstätigen unterhalten werden, diese aber ihrerseits davon ausgehen, daß sie selbst im Alter von der nachrückenden Erwerbstätigengeneration versorgt werden. Berechnungen der Belastungsquoten über den Voraussrechnungszeitraum zeigen auf den ersten Blick, daß sich die Quoten für Kinder und Auszubildende einerseits und für die alte Generation andererseits gegenläufig entwickeln. Mußten 1977 noch 28 Rentner von 100 Erwerbspersonen sozial abgesichert werden, so wird zwar in naher Zukunft diese Belastung auf 26 Rentner 1985 zurückgehen, um danach jedoch zu einem gewaltigen „Rentnerberg“ anzuschwellen, der im Jahre 2040 mit 53,4 Rentner auf 100 Erwerbspersonen seinen Höhepunkt erreichen wird. Dieser „Alterslast“ stehen bei der nachwachsenden Generation im Projektionszeitraum eine zunehmend sinkende Kinder- und Bildungslastquote gegenüber, die von 61 Kindern und auszubildenden Jugendlichen pro 100 Erwerbspersonen auf 41 Kinder und auszubildende Jugendliche im

Jahre 2050 fällt. Die Belastung durch nichterwerbstätige Frauen entwickelt sich im Gegensatz zu den beiden anderen dargestellten Relationen relativ konstant und weist nur eine bescheidene Zunahme des Belastungsquotienten nach dem Jahre 2000 auf.

Faßt man alle drei Belastungskomponenten zusammen, so fällt der Quotient, der alle Nichterwerbspersonen auf die Erwerbspersonen bezieht, von 121 (1977) auf 101 (1990), um danach kontinuierlich auf 131 (2035) anzusteigen, danach verläuft er wieder in Richtung einer Gesamtentlastung. Damit liegt aber die Gesamtbelastung in ihrem Höhepunkt 2035 um 8% und im Jahre 2050 um 3% höher als heute, was auf den ersten Blick als eine durchaus unproblematische Entwicklung angesehen werden könnte (Tabelle 2). Um jedoch Fehlschlüsse zu vermeiden, sei eine kritische Anmerkung zur Interpretation der Quoten angeführt. So ist insbesondere die Frage von Bedeu-

Tabelle 2

**Demographische Belastungsquoten
Nichterwerbspersonen je 100 Erwerbspersonen**

Jahr	Insgesamt	Davon		
		Kinder und Auszubildende	Nicht-erwerbstätige Frauen	Rentner
1977	120,8	61,3	31,5	27,9
1980	113,8	55,5	29,6	28,7
1985	103,5	46,6	31,1	25,8
1990	100,6	42,5	31,6	26,5
1995	103,9	42,5	33,6	27,9
2000	108,5	43,2	35,4	29,8
2010	111,2	40,4	33,7	37,1
2020	115,3	38,5	36,7	40,2
2030	129,2	41,7	37,9	49,6
2040	128,6	41,3	33,9	53,4
2050	124,7	41,2	35,9	47,6

tung, inwiefern die Be- und Entlastungseffekte der alten und jungen Generation als gleichwertig angesehen werden können, was eine Aufrechterhaltung beider Effekte in Form einer Gesamtbelastungsquote voraussetzen würde. Hierzu muß festgestellt werden, daß es sich zunächst um rein demographische Belastungsquoten handelt, von denen nicht ohne weiteres Rückschlüsse auf die ökonomischen und finanzpolitischen Effekte gezogen werden können. Im weiteren Verlauf der Analyse sollen deshalb die demographischen Belastungsquoten in finanzpolitisch relevante Größen transformiert werden, bei denen unterschiedliche Leistungsniveaus in den einzelnen Bereichen berücksichtigt werden.

Privater Verbrauch und öffentliche Aufwendungen in sozialstruktureller Sicht – Eine Modellrechnung für Baden-Württemberg

Privater Verbrauch

In Anlehnung an eine Untersuchung von H. WANDER⁵ wurde für Baden-Württemberg der private Verbrauch altersspezifisch ermittelt. Hierzu werden für einzelne Positionen des privaten Verbrauchs nach der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung Verteilungsschlüssel erarbeitet, die sich auf bereits erschienene Untersuchungen einerseits und originäre Datenquellen wie Einkommens- und Verbrauchsstichprobe und den Mikrozensus andererseits stützen. Als Ergebnis wurden nach Verwendungsarten gegliederte altersspezifische Verbrauchsparitäten für den privaten Verbrauch abgeleitet. Der Aufwand für ein zweijähriges Kind, der von einer Familie im Durchschnitt erbracht wird, betrug 1979 jährlich 6668 DM oder 556 DM monatlich. Dieser Betrag erhöht sich mit zunehmendem Alter auf 8560 DM jährlich oder 713 DM monatlich für einen 7-jährigen, auf 10 614 DM jährlich, das sind 885 DM monatlich für 12-jährige und schließlich auf 12 603 DM jährlich bzw. 1 050 DM monatlich für einen 17-jährigen⁶, (Schaubild 2).

Bei einem privaten Verbrauch 1979 in Höhe von 115 Mrd. DM errechnet sich ein Pro-Kopf-Verbrauch von durchschnittlich 12 571 DM jährlich.

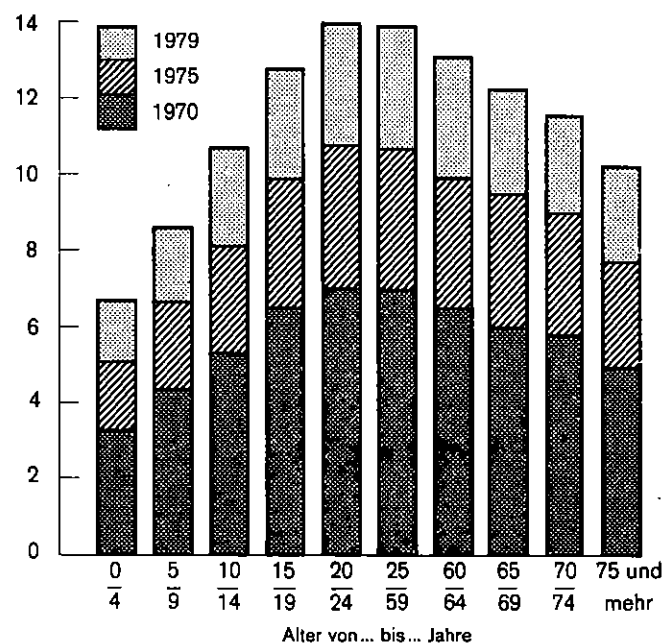
5 WANDER, H.: Der Aufwand für die junge und die alte Generation in der Bundesrepublik Deutschland – Versuch einer vergleichenden Bewertung, 1980, unveröffentlichtes Manuskript.

6 Die Größenordnungen dieser Zahlen weisen eine relativ hohe Übereinstimmung mit den Werten des Beirats für Familienfragen auf, die sich auf Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe stützen. Während der Beirat für 1974 die familienbezogenen Kosten für ein Kind zwischen 0 und 18 Jahren mit durchschnittlich 468 DM berechnet, liegt der private Verbrauch pro Kopf eines 9-jährigen Kindes nach den Annahmen von WANDER nur leicht darüber bei 495 DM.

Schaubild 2

Struktur des altersspezifischen Verbrauchs

Privater Verbrauch
pro Kopf
in Tausend DM



Entsprechend den Verbraucherparitäten variieren diese Pro-Kopf-Größen in den vier Bevölkerungsgruppen. Setzt man den Pro-Kopf-Verbrauch für die Wohnbevölkerung gleich 100, so ergibt sich für die Erwerbspersonen und die Nichterwerbspersonen zwischen 25 und 65 Jahren ein Vergleichswert von 111. Ein unterdurchschnittlicher pro Kopf Wert ergibt sich für Nichterwerbspersonen über 65 Jahren mit 91 und für die Nichterwerbspersonen unter 25 Jahren mit 80. Obwohl die junge Generation einen geringeren pro-Kopf-Anspruch an den privaten Verbrauch stellt als die alte Generation, fließen ihr aufgrund ihres demographischen Anteils 10 Mrd. DM mehr an Verbrauch zu als der älteren Bevölkerung (Tabelle 3).

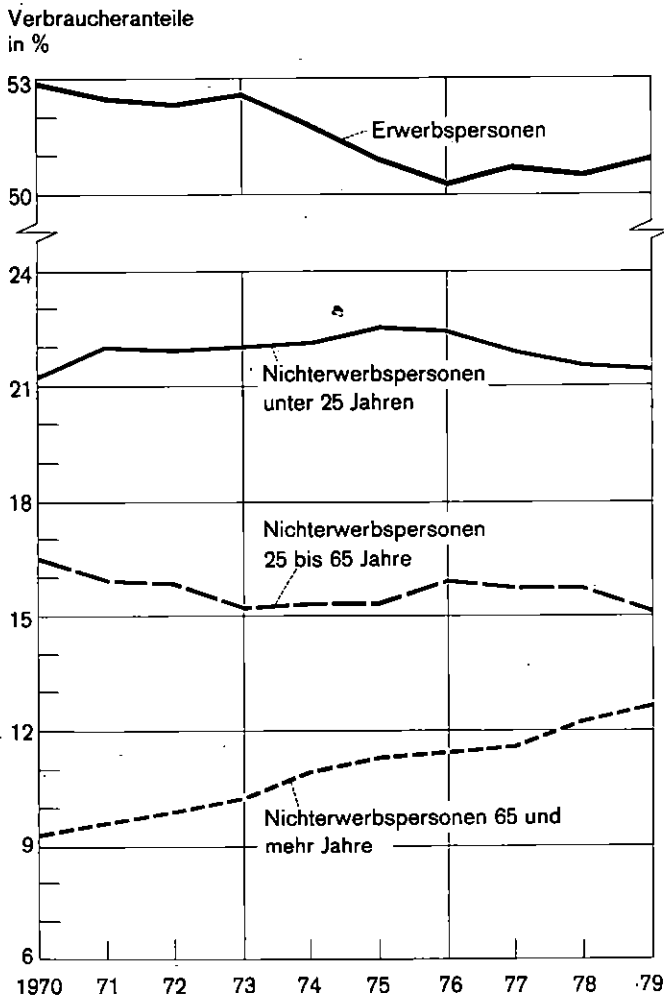
Tabelle 3

Altersspezifische Aufwendungen für den privaten Verbrauch 1979

Empfängergruppen	Bevölkerung	Verbraucher-einheiten ¹⁾	Verbraucher-anteile ²⁾	Privater Verbrauch			
				in jeweiligen Preisen		in Preisen von 1970	
				insgesamt	pro Kopf	insgesamt	pro Kopf
	1000		%	Mrd. DM	DM	Mrd. DM	DM
Nichterwerbspersonen unter 25 Jahren	2 436,8	1 750,5	21,5	24,6	10 095	15,6	6 402
Nichterwerbspersonen zwischen 25 und 65 Jahren	1 249,0	1 233,0	15,1	17,4	13 931	11,0	8 807
Erwerbspersonen	4 197,4	4 151,8	50,9	58,5	13 937	37,1	8 839
Nichterwerbspersonen über 65 Jahre	1 265,2	1 019,6	12,5	14,5	11 461	9,3	7 351
Bevölkerung insgesamt	9 148,4	8 154,9	100	115,0	12 571	73,0	7 980

1) Verbraucherparitäten nach H. Wänder x Bevölkerungszahl, – 2) Gemessen an den Verbrauchereinheiten.

Entwicklung der bevölkerungsspezifischen Anteile des privaten Verbrauchs¹⁾



1) Anteil am privaten Verbrauch nach der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

Betrachtet man die Entwicklung der bevölkerungsspezifischen Anteile des privaten Verbrauchs, so lassen sich größere Veränderungen nur bei den Erwerbspersonen und den alten Menschen feststellen. Danach sinkt der Anteil des privaten Verbrauchs für die Erwerbspersonen von rund 53% (1970) auf rund 51% (1979), während er bei der alten Generation von 9,3% (1970) auf 12,6% (1979) zunimmt (Schaubild 3). Da über den gesamten Zeitraum konstante Verbraucherparitäten angenommen wurden, läßt sich diese Veränderung der Anteilsstrukturen auf rein demographische Einflüsse zurückführen.

Betrachtet man die entsprechenden Werte preisbereinigt mit Basis von 1970, so kommt man gesamtwirtschaftlich auf einen privaten Verbrauch von 72 Mrd. DM, das entspricht einem Pro-Kopf-Wert von 7 980 DM. Die Verbrauchsrelationen zwischen den Empfängergruppen entsprechen den nominalen Werten (Tabelle 3).

Sozialer Staatsverbrauch

Eine weitere wichtige Aufwandskomponente neben dem privaten Verbrauch stellt der soziale Staatsverbrauch in der Abgrenzung des Sozialbudgets dar. Dieser umfaßt die Leistungsarten „Sachleistungen“ und „allgemeine Dienste und Leistungen“. Während die Sachleistungen im Gesundheitswesen die entscheidende Rolle spielen, haben die allgemeinen Dienste und Leistungen, die überwiegend aus Personalausgaben bestehen, ihren Ausgabenschwerpunkt im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung. Desweiteren sind die Sachleistungen für den individuellen Verbrauch bestimmt, wogegen die allgemeinen Dienste und Leistungen Aufwendungen umfassen, die kollektiv genutzt werden. Dabei kann sich diese Kollektivnutzung an bestimmte Bevölkerungsteile richten, wie die allgemeine und berufliche Bildung an Kinder und Jugendliche, oder aber bevölkerungsrelevante Schwerpunkte aufweisen, wie die Gesundheitsleistungen, die von allen, besonders aber von den älteren Menschen in Anspruch genommen werden. Daneben treten aber auch stärker allgemein orientierte Aufgabenbereiche, die für die gesamte Bevölkerung von Bedeutung sind, in dem Sinne, als ein gleiches Anspruchsverhältnis unterstellt werden kann. Hierzu gehören insbesondere die Funktionen Umwelt und öffentliche Sicherheit.

Aufgrund unterschiedlicher Nutzungsansprüche der Generationen hinsichtlich verschiedener sozialer Ausgabenbereiche ergeben sich beim sozialen Staatsverbrauch auch spezifische bevölkerungsrelevante Schwerpunkte. So erhalten die Nichterwerbspersonen über 65 Jahren aufgrund ihrer überdurchschnittlichen Beanspruchung des Gesundheitswesens Pro-Kopf-Sachleistungen in Höhe von 2 775 DM, die Nichterwerbspersonen unter 25 Jahren dagegen nur 1 034 DM. Das Verhältnis kehrt sich bei den allgemeinen Diensten und Leistungen um, so daß die Nichterwerbspersonen unter 25 Jahren 2 857 DM pro Kopf und die Nichterwerbspersonen über 65 Jahren 1 270 DM erhalten.

Insgesamt betrug 1979 der soziale Staatsverbrauch nach dem Sozialbudget 25,46 Mrd. DM. Damit erreicht er nahezu ein Viertel des privaten Verbrauchs. Im Vergleich zum privaten Verbrauch war in den siebziger Jahren ein beschleunigtes Wachstum festzustellen. Während sich nämlich der private Verbrauch verdoppelte, hat sich der soziale Staatsverbrauch verdreifacht. Die Bevölkerungsgruppen partizipierten 1979 sowohl absolut als auch pro Kopf unterschiedlich am Gesamtaufwand. So flossen 9,5 Mrd. DM oder 37% an die Nichterwerbspersonen unter 25 Jahren, die 27% der Bevölkerung stellen. Der sich daraus ergebende

Pro-Kopf-Aufwand in Höhe von 3891 DM setzt sich dabei vorwiegend aus Bildungs- und Gesundheitsleistungen zusammen. In Preisen von 1970 beträgt der Pro-Kopf-Aufwand 2176 DM (*Tabelle 4*). Weitere 8,7 Mrd. DM oder 34% wurden für die *Erwerbspersonen* aufgewendet, die 46% der Gesamtbevölkerung ausmachen. Pro-Kopf ergibt dies einen Betrag von 2069 DM, wobei insbesondere die Ausgabenbereiche Gesundheit, Beschäftigung, Umwelt und Sicherheit tangiert werden. Real wird ein Pro-Kopf-Betrag von 1191 DM erreicht. Schließlich kommt den *Nichterwerbspersonen über 65 Jahren* insgesamt 5,1 Mrd. DM zu, was 20% der Aufwendungen entspricht. Sie führen zu einer Pro-Kopf-Leistung von 4044 DM die überwiegend für Gesundheits- und spezielle Altersleistungen erbracht werden. Preisbereinigt entspricht dies 2252 DM. Der Rest in Höhe von 2,2 Mrd. DM geht an die *Nichterwerbspersonen zwischen 25 und 65 Jahren*, wobei auch hier der Gesundheitsbereich dominiert. Ihre Pro-Kopf-Aufwendungen betragen 1743 DM in jeweiligen Preisen und 965 DM in konstanten Preisen von 1970.

Sozialinvestitionen des Staates

Als dritte Aufwandskomponente werden schließlich die Sozialinvestitionen des Staates hinsichtlich ihrer Empfängerstruktur betrachtet. Auch die gesellschaftlich orientierten Investitionen des Staates tangieren über die Ausgabenbereiche wie Gesundheit, Bildung, Umwelt und Sicherheit die Bevölkerungsgruppen in unterschiedlicher Weise. Vom Ausgabenvolumen her handelt es sich um die kleinste Aufwandsposition, die an Umfang nur knapp ein Sechstel des sozialen Staatsverbrauchs ausmacht.

Von den Sozialinvestitionen des Staates in Höhe von 4,126 Mrd. DM (1979) fließen knapp die Hälfte, das sind 1,969 Mrd. DM, den Kindern und auszubildenden Jugendlichen zu. Ein knappes Drittel geht an die Erwerbspersonen, 524 Mill. DM an die alten Menschen und der Rest mit 321 Mill. DM an die Nichterwerbspersonen zwischen 25 und 65 Jahren. Betrachtet man die Pro-Kopf-Verteilung des sozialen Investitionsaufwands des Staates, so stehen die Kinder und Auszubildenden mit 808 DM an der Spitze vor den älteren Menschen mit 414 DM. Die Erwerbspersonen folgen mit 313 DM und die Nichterwerbspersonen zwischen 25 und 65 Jahren mit 257 DM. Vom sozialen Aufgabenfeld her gesehen stehen die sozialen Tatbestände Bildung bei den Kindern und Jugendlichen und Gesundheit bei den übrigen Bevölkerungsgruppen im Vordergrund. Daneben spielen auch die Ausgaben für Umwelt und Sicherheit für alle Bevölkerungsgruppen eine wichtige Rolle. Für die preisbereinigten Werte ergeben sich Pro-Kopf-Aufwendungen in Höhe von 290 DM. Das Verhältnis der Pro-Kopf-Aufwendungen für Investitionen bleibt

unter den Empfängergruppen jedoch gegenüber der Rechnung in jeweiligen Preisen unverändert (*Tabelle 4*).

Gesamtaufwendungen für die einzelnen Bevölkerungsgruppen

Faßt man alle betrachteten Aufwandskomponenten zusammen, so kommt man für die Bevölkerung zu einem Gesamtbetrag von 144,6 Mrd. DM, der für privaten Verbrauch und Ausgaben für soziale staatliche Güter und Dienste verausgabt wird. In Preisen von 1970 entspricht dies einem Aufwandsbetrag von 90 Mrd. DM. Davon fließen nominal 36 Mrd. DM, oder preisbereinigt 22 Mrd. DM, an die nachwachsende Generation. Die Erwerbspersonen partizipieren mit 68,5 Mrd. DM am stärksten am Gesamtbetrag, was preisbereinigt 43 Mrd. DM entspricht. Einen gleichen Anteil an der zu verteilenden Gesamtmasse bekommen die Nichterwerbspersonen zwischen 25 und 65 Jahren (Hausfrauen) und die ältere Generation (12,4 bzw. 12,5 Mrd. DM). Unter Ausschaltung der Preissteigerungen sind dies 19,9 bzw. 20,1 Mrd. DM.

Somit erhalten die Erwerbspersonen aus allen Aufwandskomponenten nahezu die Hälfte (47%), die nachwachsende Generation ein Viertel (25%) und die Nichterwerbspersonen zwischen 25 und 65 Jahren sowie die ältere Generation jeweils 14%. Betrachtet man die Zusammensetzung der Gesamtaufwendungen je Person nach den drei Aufwandskomponenten, so zeigt sich für die Bevölkerung insgesamt, daß dem privaten Verbrauch mit 80% eine dominierende Rolle beim gesamten Pro-Kopf-Aufwand (15805 DM) zukommt (*Tabelle 4*). Der soziale Staatsverbrauch nach dem Sozialbudget weist einen Anteil von 18% auf und die sozialen Investitionen des Staates kommen auf einen Anteil von 3%. Hinsichtlich der Bevölkerungsgruppen ergeben sich recht unterschiedliche Strukturen.

Bei den Kindern und auszubildenden Jugendlichen fällt der relativ geringe private Verbrauch pro Kopf auf (10095 DM), dem ein relativ hoher sozialer Staatsverbrauch (3891 DM) und relativ hohe Staatsinvestitionen gegenüberstehen (808 DM). Die Erwerbspersonen und die Nichterwerbspersonen zwischen 25 und 65 Jahren zeigen eine weitgehend übereinstimmende Struktur insofern, als der private Pro-Kopf-Verbrauch hier mit 85 bzw. 87%, einen hohen Anteil an den Gesamtaufwendungen pro Kopf aufweist (13937 DM). Im Verhältnis dazu sind die Aufwendungen für den sozialen Staatsverbrauch bei den Erwerbspersonen mit 2069 DM und bei den Nichterwerbspersonen zwischen 25 und 65 Jahren mit 1743 DM sowie die Investitionen mit 313 DM bzw. 257 DM gering. Bei den Nichterwerbspersonen über 65 Jahren zeigt sich demgegenüber wieder ein stärkeres Gewicht

Tabelle 4

Komponenten der Gesamtaufwendungen nach Empfängergruppen und pro Kopf 1979

Empfängergruppen	Aufwendungen insgesamt		Davon					
			Privater Verbrauch		Sozialer Staatsverbrauch		Soziale Staatsinvestitionen	
	DM	%	DM	%	DM	%	DM	%
in jeweiligen Preisen								
Nichterwerbspersonen unter 25 Jahren	14 794	100	10 095	68	3 891	26	808	5
Nichterwerbspersonen zwischen 25 und 65 Jahren	15 931	100	13 931	87	1 743	11	257	2
Erwerbspersonen	16 319	100	13 937	85	2 069	13	313	2
Nichterwerbspersonen über 65 Jahre	15 920	100	11 461	72	4 045	25	414	3
Bevölkerung insgesamt	15 805	100	12 571	80	2 783	18	451	3
in Preisen von 1970								
Nichterwerbspersonen unter 25 Jahren	9 090	100	6 402	70	2 176	24	512	6
Nichterwerbspersonen zwischen 25 und 65 Jahren	9 942	100	8 807	89	965	10	170	2
Erwerbspersonen	10 234	100	8 839	86	1 191	12	204	2
Nichterwerbspersonen über 65 Jahre	9 872	100	7 351	74	2 252	23	269	3
Bevölkerung insgesamt	9 839	100	7 980	81	1 569	16	290	3

des sozialen Staatsverbrauchs mit 25% (4 045 DM pro Kopf). Allerdings dominiert auch hier der private Verbrauch mit 72% (11 461 DM pro Kopf), während die sozialen Staatsinvestitionen ein geringeres Niveau als bei den Kindern und Jugendlichen aufweisen (414 DM pro Kopf). Entscheidend für die hier sichtbaren Strukturen sind neben den altersspezifischen Anspruchsparitäten des privaten Verbrauchs insbesondere die generationsbedingte Nutzungsintensität spezifischer staatlicher Ausgabenfelder im Verbrauchs- und Investitionsbereich. Hierbei stehen das Bildungs- und Gesundheitswesen im Vordergrund.

Die Rolle des Transfersystems

Will man aus den bisher sichtbaren Versorgungsgrößen politische Schlußfolgerungen ziehen, so sind die Finanzierungsquellen der drei abgeleiteten Aufwandskomponenten in die Betrachtung mit einzubeziehen. Grundlegende Unterschiede der Finanzierungsarten ergeben sich einerseits für den privaten Verbrauch und andererseits für den sozialen Staatsverbrauch und die sozialen Investitionen des Staates. Die Finanzierung des privaten Verbrauchs erfolgt sowohl durch Erwerbs- und Vermögenseinkommen als auch durch die von der Sekundärverteilung geschaffenen derivativen Einkommen. Die staatlichen Leistungen für Verbrauch und Investitionen werden demgegenüber von den öffentlichen Haushalten des Bundes, insbesondere aber der

Länder und Gemeinden aufgebracht. Damit werden je nach Aufwandskomponenten unterschiedliche Finanzierungssysteme sichtbar. Der Entwicklung des sozialen Staatsverbrauchs und der sozialen Investitionen des Staates kommt demnach vor allem eine finanzpolitische Bedeutung im Rahmen der Haushalte der Gebietskörperschaften zu, der private Verbrauch ist – soweit er aus Transferleistungen finanziert wird – in erster Linie mit der Leistungsfähigkeit unterschiedlicher Sozialleistungen wie der Renten-, Kranken-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung verknüpft. Es sind dies diejenigen Sozialleistungen, die nach dem Versicherungsprinzip in Form von Renten, Arbeitslosenunterstützung, Entgeltfortzahlung etc. geleistet werden. Als Finanzierungsart stehen dabei die Beiträge im Vordergrund. Daneben springt bei Deckungslücken der Bund mit Steuergeldern ein.

Transferleistungen tangieren aber nicht ausschließlich die Sozialversicherungssysteme, auch die Haushalte der Gebietskörperschaften tätigen monetäre Umverteilungsmaßnahmen, wenn auch in bescheidenerem Maße. Die Leistungsgrundlage ist hier jedoch nicht das Versicherungsprinzip, sondern das Versorgungs- und Fürsorgeprinzip. Als Beispiele mögen hierfür die Kriegsofferleistungen und die Sozialhilfe gelten. Daneben treten aber auch Leistungen wie das Kindergeld oder die Vermögensbildung, die spezifischen gesellschaftlichen Zielvorstellungen entsprechen. Diesen Transfersystemen kommt vom Ausgabenvolumen ein gerin-

geres Gewicht zu als den Leistungen der Sozialversicherungssysteme. Allerdings ergeben sich hier nicht minder große Finanzierungsprobleme, wenn man beispielsweise an die Belastung der kommunalen Haushalte durch die Sozialhilfe denkt, die gerade in den siebziger Jahren erheblich zugenommen hat. Betrachtet man das Gewicht der derivativen Einkommen nach den einzelnen Bevölkerungsgruppen, so zeigen sich recht erhebliche Unterschiede (*Tabelle 5*). So leben die alten Menschen fast ausschließlich – ausgenommen sind Einkommen aus Vermögen – von Sozialleistungen in Form von Renten, Pensionen, Sozialhilfe, Wohngeld etc. Die Höhe der Transferleistungen nach Empfängergruppen gewinnt an Aussagefähigkeit, wenn man sie in Beziehung zum privaten Verbrauch setzt. Hierbei wird deutlich, daß durchschnittlich gut ein Viertel des Aufwands für einen *Jugendlichen unter 25 Jahren* durch Transferleistungen wie Kindergeld, Steuerermäßigungen, Sozialhilfe, Jugendhilfe, Familienzuschläge, Waisenrenten etc. gedeckt werden. Der Rest wird aus intrafamiliären Umverteilungsprozessen, das heißt also aus Einkommen, aufgebracht. Bei den *Rentnern und Pensionären*, die ihre gesamte Lebenshaltung im wesentlichen aus umverteilten Einkommen bestreiten, liegen die gesamten Transferleistungen pro Kopf um 6 241 DM jährlich oder 520 DM monatlich über dem privaten Verbrauch und stellen somit Ersparnis dar. Trotzdem dürften hiervon auch Beträge in den privaten Verbrauch fließen, die aus familiären Zuwendungen der Älteren an die jüngere Generation bestehen. Auch bei den *Erwerbspersonen* kommt den monetären Transfers in bezug auf den privaten Verbrauch eine nicht unbedeutende Rolle zu. Immerhin werden über 20% des privaten Verbrauchs pro Kopf von Transferleistungen gedeckt. Hier machen sich vor allem die Leistungen für die Erwerbslosen bemerkbar, die gänzlich auf Arbeitslosenunterstützung angewiesen sind. Daneben dürfte ein hoher Anteil aber auch die Erwerbstätigen tangieren, eine Gruppe, die die Mittel für „ihre“ Sozialleistungen selbst aufbringt. Auch die Erwerbstätigen unterliegen sozialen Risiken wie Krankheit, Invalidität etc. Zum Teil dürfte sich aber in dem relativ hohen Anteil der Transfers am privaten Verbrauch bei den Erwerbstätigen auch das bekannte Phänomen der „Umverteilung von der rechten in die linke Tasche“ zeigen. Schließlich sind noch die *Nichterwerbspersonen zwischen 25 und 65 Jahren* zu erwähnen, bei denen die Transferleistungen pro Kopf nur 8% des privaten Verbrauchs ausmachen. Dieser relativ niedrige Anteil ist allerdings im Rahmen der Gesamtversorgung im Familienverbund und der Leistungen für die anderen Familienmitglieder zu sehen. Diese Bevölkerungsgruppe, die zu über 90% aus Hausfrauen und Kinder erziehenden Müttern besteht, hat demnach den geringsten Anteil am Transfersystem. Die hier

Tabelle 5

Die Beziehung zwischen privatem Verbrauch und sozialen Transferleistungen nach dem Sozialbudget 1979

Empfängergruppen	Pri- vater Ver- brauch	Transfer- leistungen (derivative Einkommen)	Aufzu- wendende (–) überschüssige (+) Faktorein- kommen (primäre Einkommen)
	DM pro Kopf		

in jeweiligen Preisen

Nichterwerbspersonen unter 25 Jahren	10 095	2 638	– 7 457
Nichterwerbspersonen zwischen 25 und 65 Jahren	13 931	1 122	– 12 809
Erwerbspersonen	13 937	2 951	– 10 986
Nichterwerbspersonen über 65 Jahre	11 461	17 702	+ 6 241
Bevölkerung insgesamt	12 571	4 658	– 7 913

in Preisen von 1970

Nichterwerbspersonen unter 25 Jahren	6 402	1 713	– 4 689
Nichterwerbspersonen zwischen 25 und 65 Jahren	8 807	725	– 8 082
Erwerbspersonen	8 839	1 829	– 7 011
Nichterwerbspersonen über 65 Jahre	7 351	11 477	+ 4 126
Bevölkerung insgesamt	6 402	2 981	– 3 421

abgeleiteten Strukturen lassen sich sowohl für nominale als auch preisbereinigte Werte nachweisen (*Tabelle 5*).

Die Verknüpfung von demographischen Belastungsquoten und Leistungsaufwand

Methode

Als Datengrundlage für die Erfassung der öffentlichen Ausgaben wird im folgenden das integrierte Sozialbudget von Baden-Württemberg herangezogen. Es enthält neben den Leistungen für den sozialen Schutz der Bevölkerung (Budget I) auch den landes- und gemeindespezifischen Sozialaufwand (Budget II)⁷, es umfaßt somit die sozialmotivierten Transferleistungen, Staatsinvestitionen und den Staatsverbrauch. Im folgenden werden die *realen Leistungen* (auf Preisbasis von 1970) betrachtet, die sich 1979 auf 44,3 Mrd. DM belaufen. Für Baden-Württemberg ist eine Zuordnung der real geleisteten Beträge auf vier *Empfängergruppen* vorgenommen worden, wobei diese Empfängergruppen genauso abgegrenzt sind wie die zur Bildung

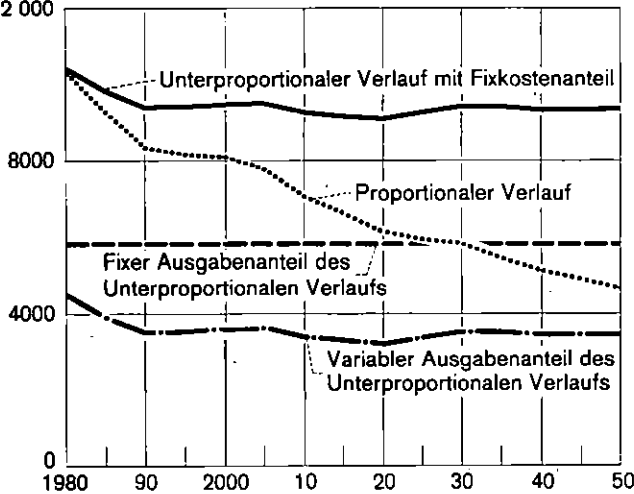
⁷ Vgl. dazu Abschnitt II, 1.1: Strukturen des sozialen Leistungssystems und seine Finanzierungsbedingungen.

Schaubild 4

Modellrechnung der Sozialleistungen für die nachwachsende Generation¹⁾

Mill DM

12 000



1) Berechnet bei proportionalem und unterproportionalem Verlauf zur demographischen Veränderung der Kinder und auszubildenden Jugendlichen.

von demographischen Belastungsquoten unterschiedenen Bevölkerungsgruppen. Damit besteht die Möglichkeit, einen Bezug zwischen den demographischen Belastungsquoten und dem Leistungsaufwand nach dem integrierten Sozialbudget herzustellen und Konsequenzen der demographischen Entwicklung auf dem sozialen Ausgabenfeld aufzuzeigen.

Berechnet man aus den empfängerspezifischen Absolutwerten die zugehörigen Pro-Kopf-Werte, so erhält man Indikatoren für Leistungsniveaus (Sozialleistungsniveau). Diese führen in Verbindung mit den demographischen Belastungsquoten zu finanzpolitisch relevanten Größen. Die folgenden Modellberechnungen gehen dabei von zwei grundlegenden Annahmen aus:

1. Die Sozialleistungsniveaus (Sozialleistungen je Empfänger) der unterschiedenen Empfängergruppen bleiben in Zukunft konstant.

Modifizierte Annahmen werden allerdings, wie nachfolgend ausgeführt, für Kinder und Jugendliche getroffen. Diese Annahme führt dazu, daß sich die Soziallast, also die Sozialleistungen je Erwerbspersonen, ausschließlich in Abhängigkeit von der demographischen Belastungsquote entwickelt. (Vgl. Erläuterung im Anhang, Punkt A.) Treten nun Veränderungen in der Zahl der Erwerbspersonen ein, so bleiben diese annahmegemäß ohne Einfluß auf die absolut geleisteten Aufwendungen. Dies bedingt jedoch, daß Änderungen in der Zahl der Erwerbspersonen durch eine entsprechende Änderung der Soziallast kompensiert werden müssen. Sinkt also die Zahl der Erwerbspersonen, so muß, um die Leistungen davon unbeeinträchtigt zu lassen, die Soziallast entsprechend steigen.

Die Berechnungen lassen sich weiterführen zu der Frage, welche Auswirkungen demographische Veränderungen voraussichtlich auf das Verhältnis von öffentlichen zu privaten Ausgaben haben werden. Hierzu muß die folgende Annahme getroffen werden:

2. Die Sozialleistungskoeffizienten (Sozialleistungen je Empfänger bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbsperson) der unterschiedenen Empfängergruppen bleiben in Zukunft konstant.

Aus dieser Annahme, also der Konstanz des Verhältnisses von Sozialleistungsniveau zur Produktivität unter Vollbeschäftigungsbedingungen, folgt, daß sich die Sozialleistungsquote (Sozialleistungen bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt) ebenfalls ausschließlich in Abhängigkeit von der demographischen Belastungsquote entwickelt. (Vgl. Erläuterung im Anhang, Punkt B).

Spezielles Annahmesystem für die Kinder und Jugendlichen unter 25 Jahren

Die Annahme einer proportionalen Veränderung der Soziallast (Sozialleistung je Erwerbsperson) von der demographischen Belastungsquote kann jedoch in dieser Form speziell für die Bevölkerungsgruppe der Kinder und auszubildenden Jugendlichen nicht als realistisch betrachtet werden. Vielmehr ist davon auszugehen, daß personelle und sächliche Infrastrukturausstattungen nicht in dem Ausmaß zurückgenommen werden können, in dem die Zahl der Kinder und Jugendlichen zurückgeht. Dies bewirken unterschiedliche Faktoren wie regionalpolitische Gesichtspunkte, so vor allem im Bildungsbereich der Erhalt kleiner Schulen im ländlichen Raum, aber auch die Anpassung der Bildungsaufwendungen an volkswirtschaftliche und technologische Erfordernisse.

Die Annahmen über die Abhängigkeit der Sozialleistungen von der Belastungsquote wird deshalb für die Bevölkerungsgruppe der Nichterwerbspersonen unter 25 Jahren dahingehend modifiziert, daß hinsichtlich des Ausgabenvolumens ein Fixkostenanteil unterstellt wird, der unabhängig von Veränderungen der demographischen Situation ausgabenwirksam getätigt wird (*Schaubild 4*). Dieser Fixkostenanteil ist für die Leistungsarten unterschiedlich hoch. Ein relativ hoher fixer Ausgabenanteil bei den Investitionen und dem Staatsverbrauch läßt sich in erster Linie mit regionalpolitischen Zielvorstellungen sowie den in Zukunft nötigen Ersatz- und Erhaltungsinvestitionen begründen. Gleichwohl wird ein Teil der Investitionen und des Personalaufwands aus demographisch bedingten Entwicklungen unterbleiben, da sich bereits heute sichtbare Sättigungsgrenzen der infrastrukturellen Versorgung mit Kindergärten und Schulen abzeichnen. Dieser rückläufige, von demographi-

schen Tendenzen abhängige Teil der Investitionen wird vor allem unterbliebene Erweiterungsinvestitionen darstellen. Die Einkommensleistungen weisen annahmegemäß einen relativ geringen Teil des fixen Ausgabenblocks aus. Hier stellen sich keine Anpassungsprobleme an die demographischen Veränderungen. Einkommensleistungen können dargestellt werden als das Produkt aus einem potentiellen Empfängerkreis und entsprechenden Pro-Kopf-Leistungsniveaus, wodurch über den Empfängerkreis demographische Veränderungen unmittelbar einwirken können. Dennoch sei auch bei den Einkommensleistungen für Kinder und Jugendliche, die eine hohe familienpolitische Relevanz aufweisen, ein gewisser fixer Ausgabenanteil angenommen, der die Priorität staatlicher Maßnahmen auf dem Felde der Familienpolitik zum Ausdruck bringen soll (*Tabelle 6*).

Die Aufspaltung des Ausgabenvolumens in einen fixen und einen variablen Teil erfolgt, indem die Soziallast $\frac{SL^8}{EWP}$ in einen von der demographischen Belastungsquote abhängigen und unabhängigen Teil explizit zerlegt wird. Dabei werden unterschiedliche Annahmen je nach der Leistungsart getroffen. Bei den Investitionen wird mit Blick auf den Ersatzbedarf der fixe Ausgabenanteil mit drei Viertel aller Ausgaben relativ hoch angenommen, beim sozialen Staatsverbrauch (u.a. Personalausgaben für Lehrer) werden auch aufgrund von Modellrechnungen im Bildungsbereich zwei Drittel an fixen Ausgaben unterstellt und bei den Einkommensleistungen schließlich nur noch ein Drittel (Vgl. Erläuterung im Anhang, Punkt C).

Die Aussagefähigkeit der Ergebnisse

Bei der vorgelegten Modellrechnung handelt es sich keineswegs um Projektionen zur zukünftigen Entwicklung unseres Sozialleistungssystems, sondern um das Aufzeigen demographischer Effekte auf die Entwicklung und Struktur der öffentlichen Ausgaben im sozialen Bereich. Dabei wird immer von der Frage ausgegangen, wie sich die zukünftigen demographischen Umstrukturierungen auf unser heutiges Wirtschafts- und Gesellschaftssystem ausgewirkt hätten, wenn sie mit diesem konfrontiert worden wären. Dabei lassen sich durchaus wichtige Rückschlüsse auf zukünftig zu erwartende demographisch bedingte Wirkungen und Tendenzen aufzeigen. Generell wird – wie schon zuvor erwähnt – in den Berechnungen von der „Vollbeschäftigungshypothese“ ausgegangen, es wird also unterstellt, daß alle Erwerbspersonen auch tatsächlich im Erwerbsprozeß stehen. Diese aus heutiger Sicht nicht realistische Annahme wird im Rahmen dieses ersten Ansatzes im Hinblick auf

Tabelle 6

Modellrechnung für die Entwicklung der Sozialleistungen nach Leistungsarten für die nachwachsende Generation

Jahr	Einkommensleistungen	Staatsverbrauch	Investitionen	Insgesamt
Mill. DM				
1970	3 351	3 189	1 350	7 890
1975	4 400	4 791	1 592	10 783
1979	4 173	5 301	1 247	10 721
1980	3 980	5 179	1 226	10 385
1985	3 644	4 966	1 188	9 798
1990	3 404	4 814	1 162	9 380
2000	3 452	4 844	1 167	9 463
2010	3 308	4 753	1 151	9 212
2020	3 212	4 692	1 140	9 044
2030	3 404	4 814	1 162	9 380
2040	3 356	4 783	1 156	9 295
2050	3 356	4 783	1 156	9 295

den bis 2050 reichenden Berechnungszeitraum getroffen. Ebenfalls unberücksichtigt bleiben mögliche zukünftige Prioritätenänderungen in der Sozialpolitik. Es wird also im vorliegenden Modell der hypothetischen Frage nachgegangen, wie sich die heutige Situation der sozialen Staatsausgaben im weitesten Sinne unter zukünftig zu erwartenden demographischen Entwicklungen gestalten würde. Der Wert der abgeleiteten Ergebnisse besteht somit darin, demographische Effekte auf das Sozialsystem aufzuzeigen.

Demographisch bedingte Mehr- und Minderleistungen

Nach dem integrierten Sozialbudget betrugen 1979 die realen *Altersleistungen* 17,7 Mrd. DM. Bei konstanten Pro-Kopf-Ausgaben fallen diese jährlichen Leistungen angesichts der zukünftig zu erwartenden Zahl an älteren Personen bis 1985 zunächst auf 16,3 Mrd. DM, um danach kontinuierlich anzusteigen. Im Jahre 2000 wird mit 17,9 Mrd. DM wieder der gleiche Leistungsaufwand wie 1979 erreicht werden, um dann weiter auf 22,4 Mrd. DM jährlicher Gesamtaufwand im Jahre 2035 anzusteigen (*Tabelle 7*). Im Jahre 2035 müssen also aus heutiger Sicht nahezu 5 Mrd. DM mehr an Aufwendungen erbracht werden, um das Leistungsniveau für die älteren Menschen bei 13 998 DM konstant zu halten.

Stellt man die gleiche *Rechnung für Kinder und Auszubildende* an, für die 1979 reale Pro-Kopf-Ausgaben in Höhe von 4 399 DM oder ein absoluter Aufwand von 10,7 Mrd. DM erbracht wurde, so ergeben sich im gesamten Berechnungszeitraum bis 2050 finanzielle Minderleistungen. So betragen

8 Sozialleistungen je Erwerbsperson.

Tabelle 7

Modellrechnung für die Entwicklung der Sozialleistungen nach Empfängergruppen

Jahr	Sozialleistungen				
	für Nichterwerbs- personen unter 25 Jahren	für Nichterwerbs- personen zwischen 25 und 65 Jahren	für Nichterwerbs- personen über 65 Jahre	für Erwerbspersonen	insgesamt
	Mill. DM				
1970	7 890	1 752	10 325	9 308	29 277
1975	10 783	2 132	14 833	13 397	41 145
1979	10 721	2 323	17 708	13 529	44 281
1980	10 385	2 259	18 223	13 985	44 852
1985	9 798	2 575	16 262	14 400	43 035
1990	9 380	2 687	16 441	14 558	43 066
2000	9 463	2 776	17 920	13 753	43 912
2010	9 212	2 527	20 708	12 886	45 333
2020	9 044	2 515	20 472	11 783	43 814
2030	9 380	2 227	22 062	10 159	43 828
2040	9 295	1 796	21 079	9 157	41 327
2050	9 295	1 727	17 336	8 315	36 673

die Sozialleistungen für die junge Generation im Jahr 2000 noch 9,5 Mrd. DM und schließlich 9,3 Mrd. DM (2050).

Während im folgenden bei allen anderen Empfängergruppen das Leistungsniveau definitionsgemäß konstant gehalten wird, haben die speziellen Annahmen für die Kinder und Jugendlichen einen Anstieg des Leistungsniveaus (Leistungen pro Kopf) zur Folge. Dieser Anstieg ist nicht unbeträchtlich, wenn man bedenkt, daß sich das Leistungsniveau von 4 399 DM (1980) kontinuierlich auf 8 736 DM (2050) erhöht.

Stellt man den Veränderungen in den Ausgaben für das Alter diejenigen der Kinder und Jugendlichen gegenüber, so ergeben sich von der älteren wie von der nachwachsenden Generation her bis zum Jahre 2000 finanzielle Effekte, die auf Minderleistungen hinauslaufen und die in der Zeit zwischen 1985 und 1990 ihre stärkste Wirkung entfalten. Während sich in der Folgezeit bei der nachwachsenden Generation weiterhin relativ konstante Minderleistungen ergeben, führt nach 2000 der steil ansteigende Rentenbergr zu erheblichen zusätzlichen Mehraufwendungen. Die jährlichen Mehrleistungen werden gegenüber dem Referenzjahr 1979 im

Tabelle 8

Modellrechnung für die zukünftigen Mehr- bzw. Minderausgaben¹⁾ an Sozialleistungen nach Empfängergruppen

Jahr	Mehr (+)- bzw. Minderleistungen (-)				
	für Nichterwerbs- personen unter 25 Jahren	für Nichterwerbs- personen zwischen 25 und 65 Jahren	für Nichterwerbs- personen über 65 Jahre	für Erwerbspersonen	insgesamt
	Mill. DM				
1979	—	—	—	—	—
1980	— 336	— 64	+ 515	+ 456	+ 571
1985	— 923	+ 252	— 1 446	+ 871	— 1 246
1990	— 1 341	+ 364	— 1 267	+ 1 029	— 1 215
2000	— 1 258	+ 453	+ 212	+ 224	— 369
2010	— 1 509	+ 204	+ 3 000	— 643	+ 1 052
2020	— 1 677	+ 192	+ 2 764	— 1 746	— 467
2030	— 1 341	— 96	+ 4 354	— 3 370	— 453
2040	— 1 426	— 527	+ 3 371	— 4 372	— 2 954
2050	— 1 426	— 596	— 372	— 5 214	— 7 608

1) Jeweils gegenüber dem Ausgangsjahr 1979.

Jahre 2010 rund 3 Mrd. DM und im Jahre 2035 rund 4,7 Mrd. DM betragen (*Tabelle 8*). Die jährlichen Mehrleistungen können von den Minderleistungen für Kinder und Jugendliche in Höhe von 1,5 Mrd. DM nach 2000 nicht mehr aufgefangen werden. Betrachtet man beide nichtaktiven Gruppen zusammen, so ergeben sich ab 2005 Mehrleistungen als Nettoeffekte, die bereits 2010 einen vorläufigen Höhepunkt mit jährlichen Mehrleistungen von 1,5 Mrd. DM erreichen und sich schließlich im Jahre 2035 auf nahezu 3,4 Mrd. DM erhöhen. Danach fällt die Alterslast rapide ab, da die Jahrgänge des Geburtenbergs Mitte der sechziger Jahre nunmehr ausscheiden, so daß sich bereits im Jahre 2045 Minderleistungen als Nettoeffekte abzeichnen.

Tabelle 9

Modellrechnung für die kumulierten Mehr- bzw. Minderausgaben¹⁾ an Sozialleistungen nach Empfängergruppen

Jahr	Mehr (+) -bzw. Minderleistungen (—)				
	für Nicht-erwerbspersonen unter 25 Jahren	für Nicht-erwerbspersonen zwischen 25 und 65 Jahren	für Nicht-erwerbspersonen über 65 Jahre	für Erwerbspersonen	insgesamt
	Mill. DM				
1979	—	—	—	—	—
1980	— 336	— 64	+ 515	+ 456	+ 571
1985	— 3 774	+ 556	— 2 730	+ 3 980	— 1 968
1990	— 9 644	+ 2 068	— 9 387	+ 8 811	— 8 152
2000	— 22 847	+ 6 461	— 13 960	+ 15 509	— 14 837
2010	— 36 055	+ 9 849	+ 3 270	+ 13 001	— 9 935
2020	— 51 985	+ 11 765	+ 31 650	+ 1 488	— 7 082
2030	— 67 075	+ 12 415	+ 65 771	— 24 078	— 12 967
2040	— 80 698	+ 8 887	+ 108 614	— 63 299	— 26 496
2050	— 94 958	+ 3 309	+ 122 732	— 111 094	— 80 011

1) Jeweils gegenüber dem Ausgangsjahr 1979.

Faßt man die Ergebnisse für den Zeitraum bis 2000 *kumuliert* zusammen, so berechnen sich für das Alter Minderleistungen vom Jahre 1979 an gerechnet von 14 Mrd. DM, für die nachwachsende Generation kumulieren sich die Minderleistungen auf 23 Mrd. DM, so daß bis 2000 ein Gesamteffekt von zusammen 37 Mrd. DM eintritt (*Tabelle 9*). Während nach dem Jahre 2000 sich bei der Jugend die Minderleistungen fortsetzen und im Jahre 2035, im Jahr des Höhepunkts des Rentenbergs, auf nahezu 74 Mrd. DM anwachsen, ergeben sich Mehrleistungen beim Alter, die die kumulierten Minderleistungen überkompensieren und sich schließlich auf 88 Mrd. DM belaufen. Als Nettoeffekt bei der Betrachtung dieser beiden Bevölkerungsgruppen verbleiben demnach *kumu-*

lierte Mehrleistungen von 14 Mrd. DM. Bis zum Jahr 2050 schließlich steigert sich dieser Betrag noch auf das Doppelte.

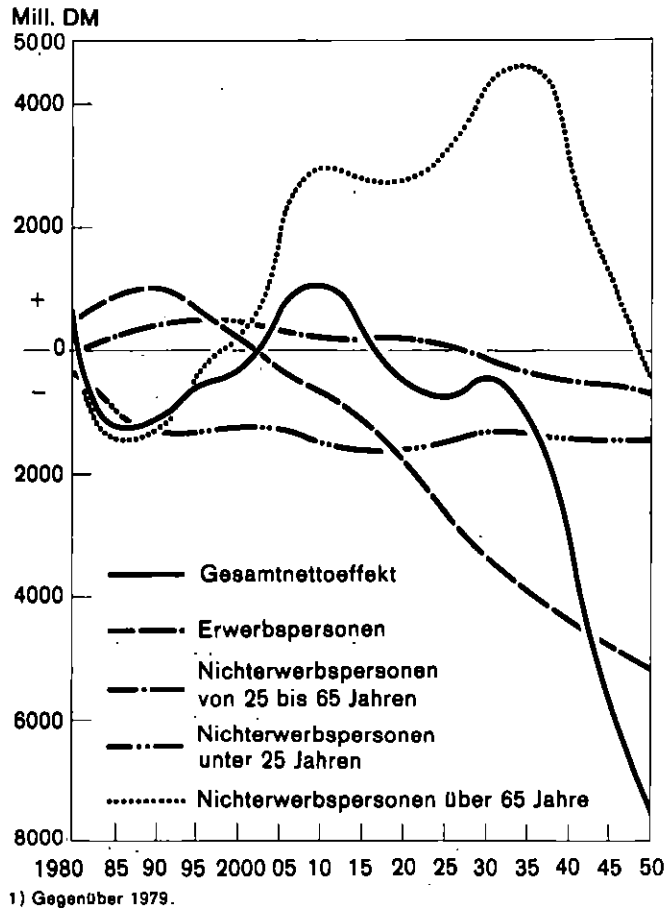
Nach dem integrierten Sozialbudget werden Sozialleistungen nicht nur für die beiden bisher betrachteten Gruppen erbracht. Auch die Nichterwerbspersonen zwischen 25 und 65 Jahren (in der Regel Hausfrauen und Kinder erziehende Mütter) und nicht zuletzt die Erwerbspersonen empfangen unterschiedliche Sozialleistungen. Da die Veränderung der Bevölkerungsstruktur auch diese Gruppen erfaßt, ergibt sich auch hier die Frage nach auftretenden zukünftigen Mehr- oder Minderleistungen. Unter den getroffenen Annahmen gelangt man bei den *Nichterwerbspersonen zwischen 25 und 65 Jahren* bis 2025 zu einem jährlichen Mehraufwand, der allerdings gering ausfallen und den Betrag von 0,5 Mrd. DM nicht übersteigen wird. Im Zeitraum danach treten in gleicher Größe jährliche Minderleistungen auf. Über den Gesamtzeitraum betrachtet, wachsen die *kumulierten* Mehrleistungen bis 2025 auf 12,5 Mrd. DM an, um danach auf 3 Mrd. DM wieder abzusinken.

Bezieht man noch die Sozialausgaben der *Erwerbspersonen* in die Betrachtung mit ein, so lassen sich auch hier zwei unterschiedliche Phasen unterscheiden. Bis zum Jahre 2000 zeichnen sich jährliche Mehrleistungen ab, die im Zeitraum zwischen 1985 und 1990 mit 1 Mrd. DM ihren Höhepunkt erreichen. Danach ergeben sich bis zum Jahre 2050 zunehmende Minderleistungseffekte, die schließlich auf über 5 Mrd. DM jährlicher Minderleistungen (2050) zunehmen.

Dies bleibt nicht ohne Konsequenzen auf die intertemporäre Umverteilung der Leistungsvolumen. Dem Höhepunkt des „Rentnerbergs“, der jährliche Mehraufwendungen 2035 von 4,7 Mrd. DM mit sich bringt, steht nun ein Minderleistungseffekt in Höhe von 4 Mrd. DM gegenüber. Dazu sind noch die Minderausgaben für die nachwachsende Generation von knapp 1,5 Mrd. DM zu berücksichtigen, so daß beide Effekte zusammen die jährliche Mehrausgaben am kritischsten Punkt des Rentenbergs übersteigen (*Schaubild 5*). Faßt man alle Wirkungen zu einem gemeinsamen Nettoeffekt zusammen, die von den vier Bevölkerungsgruppen ausgehen, so ergeben sich im gesamten betrachteten Zeitraum bis 2050 nur im Jahrzehnt von 2005 bis 2015 jährliche Mehrleistungen im Bezug zum Basisjahr 1979. In allen anderen Zeitperioden überwiegen Minderleistungen. Beachtlich ist dabei insbesondere die Entwicklung nach 2035, die durch eine rapide Zunahme der gesamten Minderleistungen nach Überschreiten des Rentenbergs gekennzeichnet ist.

Schaubild 5

Modellrechnung für die jährlichen Mehr- bzw. Minderausgaben¹⁾ an Sozialleistungen nach Empfängergruppen (Gesamtnettoeffekt)



Betrachtet man *kumulierte* Werte, so ergeben sich für das Alter in den kommenden siebzig Jahren 123 Mrd. DM Mehraufwendungen gegenüber dem Basisjahr 1979, die rein von demographischen Veränderungen bedingt sein werden. Zusätzlich entstehen für die Hausfrauen Mehraufwendungen von weiteren 3 Mrd. DM. Diesen Mehrausgaben stehen Minderleistungen gegenüber, die bei den Erwerbspersonen 111 Mrd. DM und bei den Kindern und Jugendlichen 95 Mrd. DM, also zusammen 206 Mrd. DM, betragen. Damit ergibt sich ein *kumulierter* Gesamtnettoeffekt von 80 Mrd. DM Minderleistungen bis zum Jahr 2050.

Gesamtwirtschaftliche Belastung der Erwerbspersonen nimmt zu

Obwohl also in den kommenden Jahrzehnten demographische Effekte die Sozialausgaben von heute insgesamt 44 Mrd. DM nicht über 46 Mrd. DM anwachsen lassen werden und ihr Volumen in der Zeit nach 2020 sogar bis auf 37 Mrd. DM abfallen wird, ist aufgrund der abnehmenden Zahl der Erwerbspersonen eine zunehmende Soziallast zu erwarten. Die Soziallast wird als Indikator der Finanzierungsseite herangezogen und gibt den Quotienten von Sozialleistungen zu den Erwerbspersonen an. Diese Größe setzt also die Sozialleistungen für die einzelnen Empfängergruppen in Beziehung zu den wirtschaftlich Aktiven, die die Leistungen über Steuern und Sozialbudget finanzieren müssen.

Tabelle 10

Modellrechnung für die Entwicklung der Soziallast¹⁾ nach Empfängergruppen

Jahr	Soziallast				
	für Nichterwerbspersonen unter 25 Jahren	für Nichterwerbspersonen zwischen 25 und 65 Jahren	für Nichterwerbspersonen über 65 Jahre	für Erwerbspersonen	insgesamt
	DM				
1970	1 884	418	2 465	2 223	6 990
1975	2 577	509	3 544	3 201	9 831
1979	2 554	553	4 219	3 223	10 549
1980	2 393	521	4 200	3 223	10 337
1985	2 193	576	3 640	3 223	9 632
1990	2 077	595	3 640	3 223	9 535
2000	2 218	651	4 200	3 223	10 292
2010	2 304	632	5 180	3 223	11 339
2020	2 474	688	5 600	3 223	11 985
2030	2 976	706	7 000	3 223	13 905
2040	3 272	632	7 419	3 223	14 546
2050	3 603	669	6 720	3 223	14 215

1) Sozialleistungen je Erwerbsperson.

Ein bedeutender Aspekt der Entwicklung der Soziallast ergibt sich unter anderem daraus, daß aufgrund der Bevölkerungsvorausschätzung die Zahl der Erwerbspersonen bis 1990 zunehmen, danach jedoch kontinuierlich absinken wird. In der Modellrechnung wirkt sich dies so aus, daß sich bis 1990 unter demographischem Gesichtspunkt die Finanzierung der Sozialausgaben auf mehrere Schultern verteilt, nach 1990 wird sich dieser Prozeß umkehren und nach dem Jahre 2000 erheblich verstärken. Auch bei dieser Betrachtung wird von den ökonomischen Bedingungen abstrahiert, indem für den gesamten betrachteten Zeitraum *Vollbeschäftigung* angenommen wird.

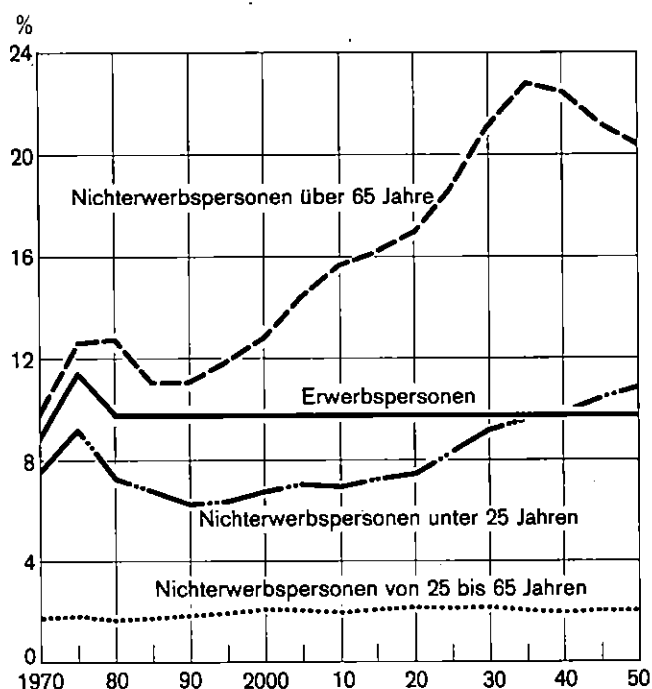
Zwei Entwicklungsphasen zeichnen sich im Betrachtungszeitraum ab. Wieder unter der Voraussetzung der Vollbeschäftigung tritt zuerst eine sinkende Soziallast aufgrund der demographisch bedingten Zunahme der Erwerbspersonen bis 1990 ein. Mußte 1979 noch eine Erwerbsperson unser Sozialleistungssystem mit durchschnittlich 10 535 DM jährlich finanzieren, so sind 1990 nur noch 9 535 DM notwendig. In den Jahren danach tritt dann eine kontinuierliche Zunahme der Soziallast auf, die im Jahre 2035 mit 14 597 DM ihren Höhepunkt erreicht. Somit wird voraussichtlich die Soziallast von 1990 bis 2035 um über 50% aufgrund demographisch bedingter Entwicklungen steigen (*Tabelle 10*).

Die entscheidenden Wirkungen für die Gesamtbelastung der Erwerbspersonen gehen von den Leistungen für das Alter einerseits und für die Kinder und Jugendlichen andererseits aus. Besonders im Altenbereich steigt die Soziallast von 3 640 DM (1990) auf 7 559 DM (2035), also um über 100%. Die aufzubringende Soziallast für die nachwachsende Generation steigt von 2 077 DM je Erwerbsperson (1990) auf 3 603 DM (2050), also um 73%. Die Soziallast für die Nichterwerbspersonen zwischen 25 und 65 Jahren verändert sich nur unwesentlich und trägt zum Gesamteffekt nur unwesentlich bei. Die Soziallast für die Erwerbspersonen selbst verläuft über die Jahre hinweg entsprechend den Annahmen über das Leistungsniveau für diese Personengruppe konstant.

Das aus demographischer Sicht relativ günstige Bild bis zum Jahre 2000 setzt jedoch, wie bereits angedeutet, die entscheidende Annahme voraus, daß auch alle Erwerbspersonen in den Erwerbsprozeß eingegliedert werden können, also Arbeitslosigkeit vermieden wird. Sollte diese Prämisse nicht erfüllt sein, so ergibt sich eine entsprechend ungünstigere Belastungssituation. Dies dürfte vor allem für die achtziger Jahre gelten, in denen die Zahl der Erwerbspersonen demographisch bedingt anwächst und damit geburtenstarke Jahrgänge auf den Arbeitsmarkt drängen.

Schaubild 6

Modellrechnung für die Entwicklung der Sozialleistungsquote¹⁾ nach Empfängergruppen



1) Anteil der Sozialleistungen am Bruttosozialprodukt.

Demographische Entwicklung führt nach 2000 zu einer tendenziell höheren Sozialleistungsquote

Die zukünftige demographische Entwicklung wird auch, ausgehend von den hier getroffenen Annahmen über das Sozialleistungsniveau, Einfluß auf die Sozialleistungsquote nehmen. Die Sozialleistungsquote, also das Verhältnis von Sozialleistungen zum Bruttosozialprodukt, wird unter den zuvor getroffenen Annahmen von 32% im Jahre 1979 zunächst bis 1990 abnehmen, um danach auf 43% (2050) anzusteigen.

Verantwortlich für den zunehmenden „Staatsanteil“ am Bruttosozialprodukt nach dem Jahre 2000 ist die relative Zunahme der nicht im Wirtschaftsprozess stehenden Bevölkerungsteile sowie die abnehmende Zahl der Erwerbspersonen. Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung erfordern also nicht nur eine Umstrukturierung der Finanzströme für die verschiedenen Generationen sondern ebenso ein verändertes Verhältnis zwischen privatem und öffentlichem Ausgabenbereich. Die demographisch bedingte Ausweitung staatlicher Ausgabentätigkeit wird im Kern vor allem die Leistungen im Rahmen des Transfersystems betreffen, da allein die Sozialleistungsquote für die ältere Generation aufgrund veränderter Bevölkerungsstrukturen von 11% (1990) auf 23% (2035) ansteigen wird (*Schaubild 6*).

Bei den Leistungen für Kinder und Jugendliche erhöht sich die Sozialleistungsquote nach einem vorübergehenden Absinken bis 1990 von 6% auf 11% (2050). Die Entwicklung ist hier nicht nur auf die rückläufige Zahl der Erwerbspersonen, sondern auch auf das durch die Modellannahmen bedingte zunehmende Sozialleistungsniveau bei den Kindern und auszubildenden Jugendlichen zurückzuführen.

Schlußbetrachtung

Die vorstehende Analyse zeigt, daß demographisch bedingte Veränderungen, vor allem im Altersaufbau, erhebliche Auswirkungen auf unser Sozialleistungssystem zur Folge haben. Unter der Annahme der Aufrechterhaltung bzw. teilweisen Verbesserung des Leistungsniveaus für Kinder und Jugendliche kommt man dabei zum Ergebnis, daß zwar der Gesamtaufwand absolut für die Sozialleistungen nach dem Jahre 2000 abnimmt, die Soziallast in Form der Sozialleistungen je Erwerbsperson jedoch gerade um die Zeit des Höhepunkts des „Rentnerbergs“ im Jahr 2035 nicht unerheblich zunehmen dürfte. Damit verbunden wäre eine Ausweitung des staatlichen Bereichs auf Kosten des privaten Ausgaben-sektors. Demographisch gesehen geht das Problem dabei von der nach dem Jahre 2000 abnehmenden Zahl der Erwerbspersonen aus. Dies bedeutet, daß das Sozialleistungssystem von immer weniger Erwerbspersonen getragen werden muß. Von der ökonomischen Frage, ob die geringere Erwerbspersonenzahl aufgrund einer bestimmten Wirtschafts- und Produktivitätsentwicklung sowie der damit verbundenen Einkommens- und Vermögensentwicklung in der Lage ist, diese Belastungen zu tragen, wird dabei abstrahiert. Finanzielle Umschichtungen, die sich an ressortübergreifenden Budgetüberlegungen orientieren, können dieses Problem von der Finanzierungsseite her nicht lösen. Träte allerdings in den jetzt vor uns liegenden 10 Jahren eine Zunahme der Geburtenrate ein, die zu einer Netto-reproduktionsziffer von eins oder knapp unter eins führt, so würden die Entlastungseffekte, wie sie vom Alter in etwa bis zum Jahr 2000 ausgehen, zwar kompensiert. Unterstellt man jedoch den Eintritt dieser neuen Geburtsjahrgänge ins Erwerbsleben im Alter von 25 Jahren, so würde sich – wiederum unter der Bedingung der Vollbeschäftigungshypothese – die Zahl der Erwerbspersonen etwa ab 2015 entsprechend erhöhen und den Rentenberg und die damit zusammenhängende Soziallast aus demographischer Sicht mindern. Bei diesen Überlegungen wird deutlich, daß das Funktionieren des Sozialleistungssystems an bestimmte demographische Bedingungen gebunden ist. Diese Voraussetzung gilt besonders für die Alterssicherung, die nicht nur aus der Zahlung von Renten und Pensionen, sondern auch in der Bereitstellung eines

erheblichen Teils von Gesundheitsleistungen besteht. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß der im „Dreigenerationenvertrag“ verankerte Ausgleichsaspekt zwischen den Generationen auf gleichgewichtige generative Entwicklungen angewiesen ist.

Zusammenfassung

- Die zukünftige Entwicklung von Bevölkerungszahl und -struktur wird ganz entscheidende Auswirkungen auf Höhe und Struktur des Sozialleistungssystems haben. Überlegungen hierzu können sich dabei nicht allein an Teilsystemen orientieren, sondern sie müssen unabhängig von rechtlichen und administrativen Gegebenheiten den Gesamtzusammenhang über alle Altersstufen und alle sozialmotivierten öffentlichen Leistungen hinweg einbeziehen.
- Demographische Belastungsquoten, die als Indikatoren für Altersstrukturverschiebungen in vielen Analysen herangezogen werden, können zu Fehlschlüssen führen, da sie die Wirkungen, die von der älteren und der nachwachsenden Generation ausgehen, als gleichwertig ansehen. Weitere Erkenntnisse sind aus in Geldgrößen umgerechnete Belastungsquoten zu ziehen, die unterschiedliche soziale Leistungsniveaus und Leistungsstrukturen der Generationen berücksichtigen.
- Diese Umrechnung von demographischen in aufwandsbezogene Größen erfolgt auf Basis der Sozialbudgetberechnungen für Baden-Württemberg. Das integrierte Sozialbudget umfaßt alle Transfer- und Sachausgaben der Sozialversicherungsträger sowie alle Personal- und Investitionsausgaben der öffentlichen Hand in sozial-gesellschaftlichen Bereichen (z.B. im Bildungs- und Gesundheitsbereich). Im Referenzjahr 1979 wurden auf dieser Basis für die unterschiedenen Bevölkerungsgruppen folgende Aufwandspositionen geschätzt: Auf die ältere Generation kommen pro Kopf und Jahr 13998 DM, die nachwachsende Generation verbraucht 4399 DM, die Erwerbspersonen 5332 DM und auf die Nichterwerbspersonen entfallen 3122 DM.
- Ausgehend von der Annahme einer Konstanz dieser Pro-Kopf-Werte lassen sich in Verbindung mit der im Rahmen einer Modellrechnung vorausgeschätzten Besetzung der einzelnen Bevölkerungsgruppen zukünftig zu erwartende soziale Mehr- bzw. Minderleistungen gegenüber dem Referenzjahr 1979 ermitteln. Die Unterstellung einer proportionalen Veränderung von Sozialleistungen und Personenzahl wird allerdings für die Gruppe der Kinder und Jugendlichen um einen Fixkostenansatz modifiziert.

- Nach diesem Modellansatz zeichnet sich ab, daß sich aufgrund der demographischen Entwicklung für das gesamte Sozialleistungssystem nur in der Zeit von 2005 bis 2015 absolut Mehrleistungen in einer allerdings überschaubaren Größenordnung ergeben. In allen anderen Perioden bis 2050 zeichnen sich absolut Minderleistungen ab. Diese auftretenden Minderleistungen sind dabei weniger auf die nachwachsende Generation als auf die stark rückläufige Zahl der Erwerbspersonen ab 2015 zurückzuführen.
- Die Belastung der Erwerbspersonen, die letztendlich über Steuern und Sozialabgaben die Sozialausgaben finanzieren müssen, wird sich ab 1995 laufend erhöhen und im Jahre 2035 ihren Höhepunkt erreichen. Entscheidend für diese Entwicklung ist das starke Absinken der Zahl der Erwerbspersonen. Die Finanzierung der Sozialleistungen wird sich demnach auf immer weniger Schultern verteilen. Von der Frage nach der wirtschaftlichen Tragbarkeit in Verbindung mit der zukünftigen Wirtschafts-, Einkommens- und Vermögensentwicklung wird bei dieser Modellrechnung abstrahiert.
- Die demographische Entwicklung wird nach dem Jahre 2000 zu einer tendenziell höheren Sozialleistungsquote führen. Diese demographisch bedingte Ausweitung der staatlichen Ausgabentätigkeit, gemessen an der wirtschaftlichen Wertschöpfung, bedeutet somit ein verändertes Verhältnis von privaten und öffentlichen Ausgaben.
- Eine gleichgewichtigere generative Entwicklung würde zu einer Verstetigung von Mehr- und Minderleistungen des Sozialsystems bzw. von Be- und Entlastungen der Erwerbspersonen führen.

1.3 Ausländische Haushalte und ihre Verweil- und Rückkehrabsichten

Ausländeranteil über 10%

Der Anteil der Ausländer an der Wohnbevölkerung war bis Ende der siebziger Jahre stark von der wirtschaftlichen Entwicklung abhängig. Als nach der ersten Nachkriegsrezession 1966/67 wieder verstärkt ausländische Arbeitskräfte angeworben wurden, stieg der Anteil der Nichtdeutschen an der Wohnbevölkerung auf 5%. Die stürmisch verlaufende Aufwärtsentwicklung des Ausländeranteils zeigte dann, nachdem in der zweiten Hälfte 1973 die zweite Rezession der Nachkriegszeit einsetzte und ein Anwerbestop für Ausländer aus Nicht-EG-Ländern erlassen wurde, zunächst eine Wende. Der Ausländeranteil sank von 9,8% schrittweise auf 9% (1978). Seit 1978 sind aber wieder steigende Ausländerzahlen zu beobachten. Familiennachzüge, Zuzug von Asylbewerbern und Geburtenüberschüsse, aber auch die erneute Zuwanderung von Erwerbspersonen als Folge der 1978 einsetzenden Konjunkturbelebung, führten dazu, daß der Ausländeranteil erneut anstieg. Allein 1980 betrug der Wanderungsüberschuß bei den Ausländern 40 000 Personen – mitbedingt auch durch den Zustrom von Asylanten. Zusammen mit dem Geburtenüberschuß von knapp 16 000 Personen führte diese Entwicklung im Frühjahr 1981 zu einem Ausländeranteil von nunmehr 10,1%.

Eine auf Integration ausgerichtete Ausländerpolitik kann nur dann wirkungsvoll sein, wenn der Anteil der Ausländer an der Wohnbevölkerung überschaubar bleibt; ein hoher Ausländeranteil kann gerade in Zeiten bevorstehender wirtschaftlicher Probleme (z.B. Arbeits- und Wohnsituation) leicht zu einer Gefährdung des sozialen Friedens führen. In diesem Zusammenhang ist auch zu erwähnen, daß nach einer Modellrechnung des Statistischen Landesamtes allein aufgrund der natürlichen Bevölkerungsentwicklung, also ohne eine weitere Ausländerzuwanderung, die Anzahl der Ausländer in Baden-Württemberg von heute 942 000 (10,1% der Wohnbevölkerung) auf 1,4 Mill. (oder 17%) im Jahre 2015 ansteigen würde. Jedes vierte Kind von bis zu 10 Jahren wäre dann ausländischer Abstammung.

Eine sinnvolle Integration gerade dieser hier geborenen Kinder ausländischer Eltern hat insbesondere zur Aufgabe, die Ausländer nicht zu einer dauernd abgegrenzt lebenden bzw. sich abkapselnden Bevölkerungsgruppe werden zu lassen. Schwerpunkte einer Integrationspolitik für die hier geborenen bzw. schon länger hier lebenden Ausländer sind vor allem in der Bildungs- und Ausbildungs politik zu sehen, damit diese integrationsfähigen und oft auch integrationswilligen Ausländer nicht zu

Tabelle 1

Nichtdeutsche Wohnbevölkerung, Haushaltsvorstände und Erwerbstätige nach Geschlecht

Jahr	Wohnbevölkerung			Haushaltsvorstände			Erwerbstätige			Wohnbevölkerung			Haushaltsvorstände			Erwerbstätige		
	insg.	männl.	weibl.	insg.	männl.	weibl.	insg.	männl.	weibl.	insg.	männl.	weibl.	insg.	männl.	weibl.	insg.	männl.	weibl.
	1000									% 1)								
1972	777,5	470,8	306,7	365,6	333,4	32,2	528,7	366,0	162,7	9	11	7	11	13	4	13	14	10
1973	863,0	518,8	344,2	385,4	355,1	30,3	575,1	395,8	179,3	9	12	7	11	14	4	13	15	11
1974	909,5	536,2	373,3	395,0	360,8	34,2	585,0	397,4	187,6	10	12	8	11	14	4	14	15	11
1975	885,4	506,2	379,2	345,0	317,0	28,0	491,6	321,6	170,0	10	11	8	10	12	3	12	13	11
1976	830,5	467,4	363,1	332,8	304,5	28,3	470,5	309,1	161,4	9	11	8	10	12	3	12	13	10
1977	817,0	456,8	360,2	333,6	303,8	29,8	471,3	315,0	156,3	9	10	8	9	12	3	12	13	10
1978	819,9	457,0	362,9	320,4	288,8	31,6	464,9	311,8	153,1	9	10	8	9	11	3	11	13	10
1979	840,2	468,4	371,8	317,1	284,1	33,0	460,8	306,0	154,8	9	11	8	9	11	3	11	12	10
1980	902,4	511,4	391,0	334,2	299,7	34,5	492,2	327,4	164,8	10	12	8	9	11	4	12	13	10
1981	933,5	526,1	407,4	354,1	319,4	34,7	494,3	334,7	159,6	10	12	8	10	12	4	12	13	10

1) Anteil an der jeweiligen Gruppe insgesamt (Nichtdeutsche und Deutsche).

den hauptsächlich Benachteiligten einer sich verschärfenden Arbeitsmarktsituation werden. Im Interesse einer Entlastung dieser Arbeitsmarktsituation bedarf es einer Unterstützung von Rückkehrabsichten rückkehrwilliger Ausländer, verbunden mit Wirtschaftshilfen für diese Ausländer und für die Herkunftsländer; die Landesregierung des durch einen hohen Ausländeranteil geprägten Bundeslandes Baden-Württemberg hat hierzu auch schon konkrete Modelle entwickelt und eine Bundesratsinitiative „Ausländerkonsolidierungsgesetz“ vorgelegt. Weiterhin gehört es im Sinne einer Unterstützung der Integration auch zu einer entsprechenden Ausländerpolitik, Maßnahmen gegen einen ungezügelten Zustrom von Ausländern einschließlich eines unkontrollierten Familiennachzugs zu treffen.

Statistische Daten über solche soziologischen Tatbestände wie Integrationsbereitschaft und -willigkeit einerseits bzw. Rückkehrabsicht andererseits lagen bisher nur in beschränktem Maße vor. Das Statistische Landesamt hat deshalb in einer im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung Baden-Württemberg durchgeführten Sondererhebung versucht, diesen brennenden Problemen über gezielte Fragen nachzugehen. Die Fragen bezogen sich vor allem auf die Struktur der Haushalte von Ausländern, die Aufenthaltsdauer, die Rückkehrabsicht und spezifische, integrationsrelevante Indikatoren.

Die Ergebnisse über die Verweil- und Rückkehrabsichten der ausländischen Haushaltsvorstände wurden dabei als Zusatzerhebung zur Mikrozensus-erhebung im Mai 1981 gewonnen. Bei dieser Flächenstichprobe sind ein Prozent aller bei der Volkszählung 1970 und später in Neubaugebieten gebil-

deten Zählbezirke einbezogen. Befragt wurden alle Haushaltsvorstände (auch Einpersonenhaushalte), die keine deutsche Staatsangehörigkeit besaßen. Sie sollten – auf freiwilliger Basis – für den gesamten Haushalt die Angaben über die personellen und wirtschaftlichen Verhältnisse sowie über die Verweil- und Rückkehrabsichten machen. Die Erhebung wurde von Interviewern durchgeführt, die Eckdaten durch Informationen der Mikrozensusgrunderhebung ergänzt, an die Bevölkerungsfortschreibung angepaßt und hochgerechnet.

Größere Haushalte

Obgleich der Ausländeranteil einen bisherigen Höchststand erreicht hat, liegt die Zahl der Haushalte mit nichtdeutschem Haushaltsvorstand heute niedriger als 1973/74. Bei differenzierter Betrachtung zeigt sich, daß dieses zahlenmäßige Absinken ausschließlich von den Kleinhaushalten mit einer oder zwei Personen verursacht wurde. Bei den Haushaltungen mit drei und insbesondere vier sowie fünf und mehr Personen ist weiterhin eine Zunahme festzustellen. Daraus ergibt sich, daß, hervorgerufen durch einen hohen Geburtenüberschuß und das Nachziehen von Familienangehörigen in den Haushalt in Deutschland, die Ausländer zunehmend in einem größeren Familienverband wohnen und wirtschaften. Die Zahl der Personen, die im Durchschnitt in einem Haushalt zusammenleben, erhöhte sich von 2,29 Personen im Jahr 1973 auf 2,81 im Jahr 1981. Während noch 1974 die Ausländerhaushalte im Durchschnitt kleiner waren als die Privathaushalte insgesamt, sind sie inzwischen deutlich größer.

Dieser Strukturumbbruch wurde durch die starke Abnahme der Einpersonenhaushalte begünstigt.

Die Vermutung, daß der Rückgang allein durch das rezessionsbedingte Abwandern dieser relativ mobilen Ausländergruppe verursacht wurde, läßt sich aber nicht bestätigen. Vielmehr zeigt sich, daß der Anteil der Verheirateten bei Einpersonenhaushalten abgenommen hat, also offensichtlich die auf den Nachzug der Ehegatten gerichteten Wünsche realisiert worden sind.

50% der Haushaltsvorstände aus Nicht-EG-Ländern haben eine befristete Arbeitserlaubnis

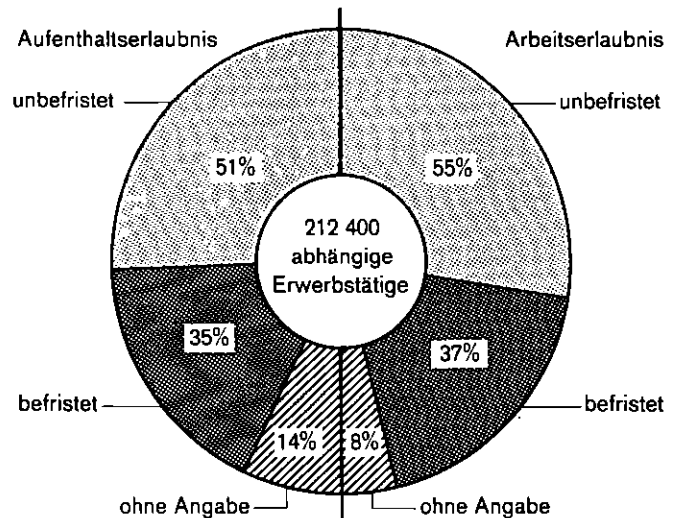
Die Erwerbsquote der Ausländer hat sich in den letzten Jahren derjenigen der Wohnbevölkerung insgesamt etwas angenähert. Während noch 1974 die Erwerbsquote der Ausländer 65% betrug (insgesamt: 46%), ist sie bis zum April 1978 auf 59% zurückgefallen (insgesamt: 46%) und ist bis zum Frühjahr 1981 weiter auf 53% gefallen (insgesamt: 47%). Der Rückgang war bei der Erwerbsquote der Frauen höher als bei derjenigen der Männer. Die Arbeitserlaubnis war bei 55% der abhängig erwerbstätigen Haushaltsvorstände aus Nicht-EG-Ländern befristet, 37% hatten eine unbefristete Arbeitserlaubnis und 8% konnten über die Dauer der Befristung keine Angaben machen. Damit ist der Anteil mit befristeter Arbeitserlaubnis gegenüber 1978 erheblich gesunken (13 Prozentpunkte), derjenige mit unbefristeter Arbeitserlaubnis stark gestiegen (18 Prozentpunkte), worin sich die Zunahme der bisherigen Verweildauer in Deutschland niederschlägt.

66% der Ausländerhaushalte aus Nicht-EG-Ländern

Zwei von drei ausländischen Haushalten kommen aus Nicht-EG-Ländern. 84% davon stammen wiederum aus der Türkei, Jugoslawien, Spanien bzw. Portugal, also den sogenannten Hauptanwerbeländern. Die größten Gruppen der Ausländerhaushalte, die nicht aus den Ländern der Europäischen Gemeinschaft zugezogen sind, stammen aus der Türkei (40%), 37% sind Jugoslawen, 5% Spanier und 2% Portugiesen. Jeder dritte ausländische Haushalt ist aus einem Land der Europäischen Gemeinschaft zugezogen. Der Anteil der italienischen Haushalte (65%) dominiert dabei. Gegenüber den statistischen Feststellungen, die aufgrund der Befragung 1978 getroffen worden waren, haben sich in der Zusammensetzung der Haushalte nach Nationalitäten Veränderungen von struktureller Bedeutung ergeben. Zwar sank der Anteil der Haushaltsvorstände aus Nicht-EG-Ländern um 9 Prozentpunkte, jedoch ist dies ausschließlich dem Beitritt Griechenlands zur EG zuzuschreiben. Rechnet man diesen Faktor heraus, so zeigt sich, daß dann der Anteil der Nicht-EG-Haushalte zugenommen hätte. Die jugoslawischen Haushaltsvorstände, die 1978 in dieser Gruppe am

Schaubild 1

Ausländische Haushaltsvorstände nach der Dauer der Arbeits- und Aufenthaltsdauer aus Nicht-EG-Ländern



stärksten vertreten waren, wurden von den Türken (+ 10 Prozentpunkte) abgelöst, während Spanier und Portugiesen ihren Anteil kaum veränderten.

5% besitzen Wohneigentum in Deutschland

Jeweils rund ein Viertel der Haushalte kann über mittlere bis gehobene Haushaltsnettoeinkünfte verfügen, während ausgesprochene Klein- und Groß-einkommen dagegen recht selten anzutreffen sind. Die höheren Haushaltsnettoeinkommen finden sich verstärkt bei den größeren Haushalten. Dies überrascht aber insofern nicht, als im besonderen bei Ausländern das Einkommen der Mehr-Personen-Haushalte häufig von mehr als einem Verdienereingehalt gespeist wird.

Werden nur die Individualeinkommen betrachtet, fällt die starke Konzentration der Einkommen in der Klasse von DM 1 200 bis unter 1 800 auf. Über die Hälfte (52%) aller nichtdeutschen Haushaltsvorstände verdiente ein entsprechendes Nettoeinkommen. Die Angestellten unter den ausländischen Haushaltsvorständen haben dabei entsprechend der Beschäftigungsstruktur ein höheres Einkommen als die Arbeiter.

Viele Ausländer verwenden Teile des Einkommens, um Vermögen entweder in Deutschland, in der Heimat oder sowohl im In- und Ausland zu bilden. Dabei war die Vermögensbildung in Deutschland – wie die Erhebung aus dem Jahre 1978 zeigte – häufiger zu beobachten als im Ausland. So gaben 67% der Haushalte an, über Vermögenspositionen im Inland und 51% im Heimatland zu verfügen.

Tabelle 2

Ausländische Haushaltsvorstände nach Haushaltsgröße und Nettoeinkommen des Haushaltsvorstands im März 1981

Haushaltsgröße	Haushalts- vorstände insgesamt	Mit Einkommensangabe					
		zusammen	darunter mit Nettoeinkommen von ... bis unter ... DM				
			unter 600	600 - 1200	1 200 - 1 800	1 800 - 2 500	2 500 - 3 500
			1 000				
1 Person	98,6	95,6	(5,0)	18,0	50,5	18,1	(.)
darunter							
Haushaltsvorstand weiblich	22,7	22,0	(.)	(9,4)	(8,2)	(.)	—
2 Personen	65,2	61,4	(.)	(9,0)	35,3	13,2	(.)
3 Personen	68,1	66,6	(.)	(5,1)	38,0	19,2	(.)
4 und mehr Personen	122,2	118,0	(.)	(8,6)	59,8	41,6	(5,8)
Insgesamt	354,1	341,6	(8,4)	40,7	183,6	92,1	13,0

Erwartungsgemäß war 1978 der Anteil der „sonstigen Vermögen“, also insbesondere die Anlage von Geld auf einem Sparbuch, besonders beliebt. Von allen Ausländern, die angaben, in Deutschland über Vermögensbestände zu verfügen, gaben 95% an, daß es sich – zum Teil neben anderen Anlagen – um „sonstiges Vermögen“ handelt. 22% hatten einen Bausparvertrag in Deutschland abgeschlossen. Andere Vermögensanlagen, wie der Besitz einer Eigentumswohnung, eines Wohngebäudes oder eines unbebauten Grundstücks in Deutschland waren vergleichsweise vernachlässigbar klein. Demgegenüber war der Besitz von Immobilien in den Heimatländern relativ häufig zu beobachten. Von den ausländischen Haushaltsvorständen, die Vermögen im Heimatland besaßen, gaben 64% an, daß sie eine bzw. mehrere Wohngebäude hätten, 39% besaßen ein bzw. mehrere Grundstück(e) und 10% verfügten über eine Eigentumswohnung, über „sonstiges Vermögen“ im Ausland verfügten 45% der Haushaltsvorstände.

Zwar wurden bei der Befragung 1981 die „sonstigen Vermögen“ nicht mehr nachgewiesen, aber für den Bereich der Immobilien lassen sich entsprechende Vergleichswerte aufzeigen. So hat insbesondere der Erwerb von Wohneigentum in Deutschland inzwischen durchaus einen beachtlichen Stellenwert erreicht. 5% der Haushalte verfügen über Wohneigentum in Deutschland, weitere 10% beabsichtigen hier Wohneigentum zu erwerben. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß von den rund 51 000 Ausländern, die angaben, die deutsche Staatsbürgerschaft anzustreben, immerhin 17% über Wohneigentum in der Bundesrepublik verfügen.

Bisheriger Zuzug der Haushalte

Über die Hälfte (58%) der 354 000 nichtdeutschen Haushaltsvorstände sind seit mindestens einem Jahrzehnt in Deutschland, 27% seit sechs bis unter zehn Jahren, 10% seit zwei bis vier Jahren und 4% seit einem oder zwei Jahren. Die Annahme, daß sich bei Einbeziehung der Haushaltsgrößen eine signifikante Strukturierung der Zuwanderung in der Art ergeben würde, daß mit wachsender Verweildauer die Haushaltsgröße tendenziell zunimmt, bestätigt sich.

Das Zuwanderungsmuster läßt sich somit wie folgt skizzieren: in einem ersten Schritt strömten ausländische Arbeitskräfte zu und lebten als Einzelpersonenhaushalte, Frauen und Kinder verblieben im Heimatland. Mit zunehmender Anpassung an das soziale Umfeld sinkt die Neigung allein zu leben, so daß dann in der Regel zunächst die Ehefrau, dann die Kinder nachziehen. Dies dürfte die Tendenz fördern, sich hier längerfristig niederzulassen.

Somit kommen Daten, die Aufschlüsse über den Grad der Realisierung der Zuwanderung beinhalten, erhöhte Bedeutung zu. Nach den Ergebnissen einer speziellen Befragung bei den Ausländerhaushalten zu ihren Verweil- und Rückkehrabsichten haben noch 34% der verheirateten ausländischen Haushaltsvorstände Familienangehörige im Heimatland, 66% nicht. Der Anteil der Ausländer, deren Ehefrau bzw. Kinder sich noch im Herkunftsland befinden, hat sich damit seit 1978 nur wenig verringert. Bei der damaligen Befragung hatten 37% der Haushalte erklärt, noch Familienangehörige im Ausland zu haben.

Tabelle 3

Ausländische Haushaltsvorstände nach geplantem Familiennachzug und Haushaltsgröße im Mai 1981

Haushaltsgröße	Haushalts- vorstände insgesamt	Davon Haushaltsvorstände		Darunter (Sp. 3)		
		ohne	mit	verheiratet	und zwar	
		Familienangehörigen im Heimatland			Nachzug der Ehegatten geplant	Nachzug der Kinder geplant
					1000	
1 Person	98,6	53,9	44,7	40,3	(5,8)	(5,0)
darunter						
Haushaltsvorstand weiblich	22,7	18,5	(.)	(.)	(.)	(.)
2 Personen	65,2	45,9	19,3	18,7	(.)	(.)
3 Personen	68,1	52,9	15,2	14,6	(.)	(5,5)
4 und mehr Personen	122,2	98,4	23,8	23,2	(.)	(5,1)
Insgesamt	354,1	251,1	103,0	96,8	(7,2)	20,4

Geht man von den Ergebnissen der 81er Befragung aus, dann zeigt sich, daß mit zunehmender Zahl der Personen im Haushalt der Anteil mit weiteren Familienangehörigen im Ausland zurückgeht, der Nachzug von Familienmitgliedern also zunehmend als abgeschlossen angesehen werden kann. So hat von den Einpersonenhaushalten fast jeder zweite noch Angehörige im Heimatland, bei den Großhaushalten mit vier und mehr Personen dagegen nur etwa jeder fünfte. Von den 96 800 verheirateten ausländischen Haushaltsvorständen mit Familienangehörigen im Heimatland haben fast die Hälfte (47%) den Ehegatten in Deutschland, die Kinder aber im Heimatland. 45% haben sowohl den

Ehegatten als auch die Kinder in der Heimat und bei 8% befindet sich nur der Ehegatte, nicht aber die Kinder im Ausland.

Geplanter Familiennachzug

Angesichts der Tatsache, daß immer noch viele Haushaltsvorstände die Ehegatten und/oder die Kinder im Heimatland haben und der Erkenntnis, daß Familienzusammenführung bisher überwiegend in „Richtung Bundesrepublik Deutschland“ stattfand, kommt den diesbezüglichen Planungen der Ausländer erhöhte Bedeutung zu. Nun hängt aber die Entscheidung für welche Variante der

Tabelle 4

Ausländische Haushaltsvorstände nach geplantem Familiennachzug und Verwandten in der Bundesrepublik Deutschland im Mai 1981

Verwandte in Deutschland	Haushalts- vorstände insgesamt	Davon Haushaltsvorstände		Darunter (Sp. 3)		
		ohne	mit	verheiratet	und zwar	
		Familienangehörigen im Heimatland			Nachzug der Ehegatten geplant	Nachzug der Kinder geplant
	1000					
Ohne Verwandte in Deutschland	168,8	115,3	53,5	50,8	(.)	(9,6)
Mit Verwandten in Deutschland	182,6	133,2	49,4	45,9	(.)	10,8
und zwar						
Schwieger-/ Eltern, Geschwister	164,3	119,5	44,8	41,7	(.)	(9,2)
verheiratete Kinder	35,0	24,7	10,3	(9,4)	(.)	(.)
Ohne Angabe	(.)	(.)	(.)	(.)	—	—
Insgesamt	354,1	251,1	103,0	96,8	(7,2)	20,4

Familienzusammenführung sich ein Ausländer entscheidet – ob er in sein Heimatland zum Ehegatten und den Kindern zurückgeht, bzw. die Familienangehörigen nach Deutschland kommen läßt, von verschiedenen Faktoren ab.

Neben der Gestaltung der Einkommensverhältnisse und dem Besitz von Vermögenspositionen, auf die unten noch näher eingegangen wird, ist hier vor allem die soziale Integration in Deutschland von Bedeutung. Die Integration in das soziale Umfeld außerhalb der Berufswelt kann sowohl unter dem Aspekt des Kontaktes mit deutschen Familien, der Partizipation am hiesigen Vereinsleben usw. als auch im Vorhandensein von Verwandten gesehen werden.

Betrachtet man zunächst den Integrationsindikator „Kontakte zu deutschen Familien“ so ist festzustellen, daß sich gegenüber dem Jahr 1978 eine Tendenzwende vollzogen hat. Während 1978 über die Hälfte (54%) der ausländischen Haushaltsvorstände ohne Kontakt zu deutschen Familien war und nur 46% gesellschaftliche Bindungen pflegten, hat sich dieses Verhältnis in den drei folgenden Jahren genau umgekehrt. Auch die Bereitschaft zur Mitgliedschaft in deutschen Vereinen und Organisationen ist deutlich angestiegen. Die Mitgliedschaft in Sportvereinen hat sich nahezu verdoppelt und beträgt inzwischen 10%. Auch die vereinsinterne Mitarbeit in deutschen kulturellen und kirchlichen Vereinen hat sich auf 4% verdoppelt. In geselligen Vereinen sind 3% Mitglieder und in Gewerkschaften und sonstigen Vereinen bzw. Organisationen jeder dritte Haushaltsvorstand.

Die Entwicklung dieser Anpassungsvorgänge ist also sehr beachtlich. Offensichtlich verläuft aber zu dieser primär als Integration in das deutsche Umfeld zu interpretierenden Entwicklung ein weiterer Vorgang, der dadurch gekennzeichnet wird, daß sich für die Ausländer ein eigenes soziales Umfeld herausbildet. Es ist dadurch gekennzeichnet, daß inzwischen die Mehrheit der nichtdeutschen Haushaltsvorstände Verwandte in Deutschland hat.

Während noch 1978 etwa 42% der befragten Haushaltsvorstände angaben, Eltern, Geschwister oder im eigenen Haushalt lebende Kinder in Deutschland zu haben, haben heute bereits 52% Verwandte in Deutschland. Am häufigsten handelt es sich bei den einen eigenen Haushalt führenden Verwandten um die Eltern, die Schwiegereltern bzw. die Geschwister (46%; 1978: 40%). Jeder zehnte Haushaltsvorstand hat aber bereits in Deutschland verheiratete Kinder (1978: 8%). Folgt man der These, daß der Zwang der Ausländer sich mit der deutschen Umwelt auseinanderzusetzen um so geringer wird, je eher sie hier ihre sozialen Kon-

takte innerhalb in mehreren Haushalten wirtschaftenden Großfamilienverbänden pflegen können, dann ergeben sich Faktoren, die einer raschen Integration entgegenwirken.

Nach den Ergebnissen der Ausländerbefragung planen 14% der Verheirateten, deren Ehegatte noch im Heimatland lebt, diesen nachkommen zu lassen. Einen Nachzug von Kindern beabsichtigen 21% der Befragten; bei einem Teil dieser Ausländer wohnt der Ehegatte bereits schon hier. 1978 betrug die den Kindernachzug betreffende Quote noch 19%.

4% der Ausländer wollen bis 1984 in ihre Heimatländer zurück

Weitaus weniger als die Hälfte der ausländischen Haushaltsvorstände (39%) hatten nicht geplant, in ihre Heimat zurückzukehren, bei 38% bestand zwar grundsätzlich die Absicht einer Rückkehr, jedoch war der Termin zum Zeitpunkt der Befragung noch unbekannt. 14% planten im Jahre 1984 oder später in die Herkunftsländer zurückzukehren und 4% wollten zwischen 1981 und 1984, also innerhalb eines durchaus überschaubaren Planungszeitraums, die Rückkehr in Angriff nehmen. Verglichen mit der Befragung 1978 ergibt sich, daß der Anteil der Haushalte, die in den drei folgenden Jahren die Rückkehr geplant hatten, sehr stark zurückgegangen ist (von 14 auf 4%). Der Teil, der zwar grundsätzlich an eine Rückkehr denkt, diese aber erst nach drei Jahren oder später realisieren möchte, ist in etwa gleich geblieben (1981: 14%, 1978: 11%). Der Anteil der Haushaltsvorstände, bei dem der Rückkehrtermin noch unbekannt ist, hat sich dagegen gegenüber der 78er Befragung deutlich von 29% auf 38% erhöht.

Haushaltsvorstände, die keine Rückkehr geplant haben, sind zu 35% zwischen 1965 und 1970 nach Deutschland gekommen, weitere 24% zwischen 1950 und 1964 und rund 22% im Zeitraum 1971 bis 1975. Unter den Haushaltsvorständen, die sich über den genauen Termin der Rückwanderung ins Heimatland noch keine klaren Vorstellungen machen konnten, ist der Teil, der schon lange in der Bundesrepublik lebt, ebenfalls sehr hoch. Die meisten Ausländer, die 1984 und später wieder zurückwandern wollen, sind zwischen 1965 und 1970 in die Bundesrepublik Deutschland gekommen.

Die Frage nach dem Jahr der geplanten Rückkehr war auch bei den Befragungen 1978 zu den „Verweil- und Rückkehrabsichten“ sowie 1975 über die „Wohnverhältnisse der Ausländer“ gestellt worden. Damals gaben 14 bzw. 6% an, in den auf die Befragung folgenden drei Jahren in die Heimat zurückkehren zu wollen.

Bei der jetzigen Befragung gaben demgegenüber lediglich noch 4% an, in den Jahren 1981, 1982 bzw. 1983 die Bundesrepublik verlassen zu wollen. Ob dies tatsächlich auf eine Abnahme der Rückkehrbereitschaft innerhalb eines überschaubaren Planungszeitraums zurückzuführen ist oder ob andere Einflußgrößen eine bestimmende Rolle spielen, kann aufgrund der vorliegenden Informationen nicht eindeutig entschieden werden. Allerdings dürfte die Wahrscheinlichkeit, daß die bei der Befragung bekundeten Rückkehrabsichten zum jeweils geplanten Zeitpunkt auch ausgeführt werden, um so größer sein, je dichter der geplante Rückkehrtermin am Befragungsstichtag liegt.

Unter den Rückkehrwilligen sind die Ein- und Zwei-Personen-Haushalte relativ stärker vertreten als es ihrem Anteil an der Gesamtzahl der Haushalte entsprechen würde. Außerdem gaben die Haushaltsvorstände mit dem Wunsch nach Rückkehr häufiger als die Haushaltsvorstände insgesamt an, über Wohneigentum in der Heimat zu verfügen. Haushaltsvorstände mit relativ geringem Monatseinkommen sind häufiger vertreten als gutverdienende, unter dreißig und über 50-jährige stärker als die Gruppe im mittleren Lebensalter. Offensichtlich hängt also die Bereitschaft zur Rückkehr sowohl von ganz allgemein die regionale Mobilität beeinflussenden Faktoren als auch von ökonomischen Einflußgrößen ab.

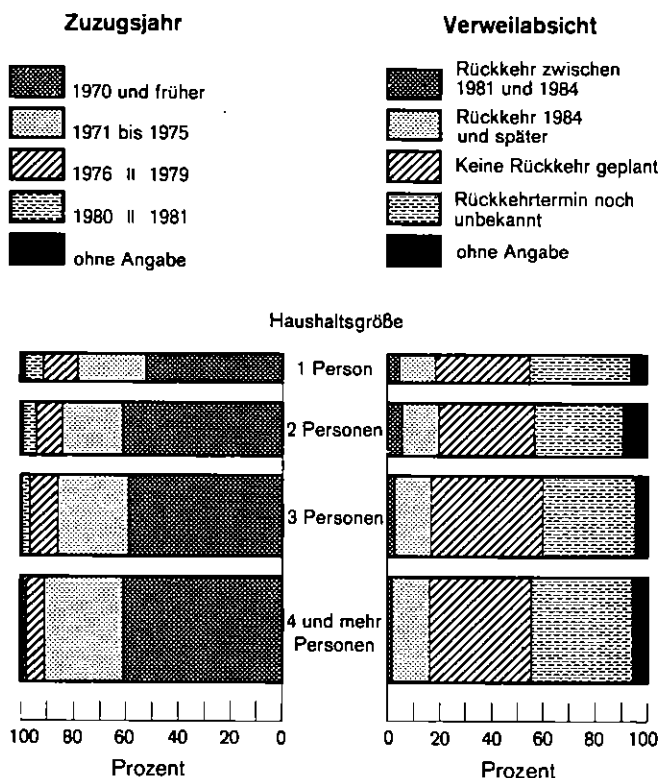
Für den Wunsch in Deutschland bleiben zu wollen, wurden die Gründe direkt erfragt, wobei Mehrfachnennungen zulässig waren. Insoweit dafür die Ursache in Deutschland liegt, nannten 50% die guten Verdienstmöglichkeiten, 21% betonten die gute Eingewöhnung in Deutschland, 20% nannten die Ausbildung der Kinder, 15% erstrebten eine weitere Verbesserung der Altersversorgung und 12% hatten die Rentenanwartschaft (15 Jahre) noch nicht erreicht. Als Gründe, die einer Rückkehr in die Heimat dort entgegenstanden, wurden angegeben, daß kein Arbeitsplatz vorhanden sei (38%), der Verdienst schlecht sei (34%), daß die Möglichkeit, als Selbständiger zu arbeiten fehlt, der Neuaufbau noch nicht abgeschlossen sei bzw. mit Eingewöhnungsschwierigkeiten gerechnet wird (jeweils 5%). Es zeigt sich also, daß überwiegend wirtschaftliche Gründe für ein Verbleiben in Deutschland ausschlaggebend sind.

14% streben die deutsche Staatsangehörigkeit an

In der Befragung des Jahres 1981 gaben 14% der ausländischen Haushaltsvorstände an, sie würden die deutsche Staatsangehörigkeit anstreben; 1978 strebten nach eigenen Angaben noch 17% danach. 10% der Ausländer wollten auch dann Deutscher werden, wenn sie ihre bisherige Staatsangehörig-

Schaubild 2

Ausländische Haushaltsvorstände nach Zuzugsjahr und Verweilabsicht sowie Haushaltsgröße



Quelle: Mikrozensus Mai 1981.

keit nicht behalten können. Nach den Ergebnissen der Erhebung haben gut 2% der Ausländer einen Antrag auf Einbürgerung bereits gestellt.

In diesem Zusammenhang ist interessant, daß seit 1977 in Baden-Württemberg jährlich etwa 9000 bis 10000 Ausländer eingebürgert werden. Die Mehrzahl (momentan etwa zwei Drittel) entfällt hierbei auf Anspruchseinbürgerungen von nicht-deutschen Personen deutscher Volkszugehörigkeit, das sind in den letzten Jahren überwiegend Menschen aus Rumänien und aus der Sowjetunion. Unter den Ermessenseinbürgerungen stehen seit 1979 Menschen mit einer früher jugoslawischen Staatsangehörigkeit (1981: 29%) an der Spitze vor Italienern (9%), Tschechoslowaken, Österreichern und Ungarn (je 8%). Der Prozentsatz der Türken als der stärksten Ausländergruppe liegt bei 3%.

Die Zahl der Ermessenseinbürgerungen wie auch ihre Relation zur Zahl der Ausländer (1981: 3 je 1000) nimmt seit 1978 ab. Dies mag darauf hindeuten, daß die Neigung der Ausländer, eine Einbürgerung und damit den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit zu erstreben, in den letzten Jahren eher abgenommen hat.

Zusammenfassung

- Über 10,1% der heute in Baden-Württemberg lebenden Menschen sind Ausländer. Der Ausländeranteil war in den vergangenen Jahren – unterbrochen von konjunkturbedingten Schwankungen in der Zuwanderung sowie den Wirkungen des Anwerbestops für Ausländer aus Nicht-EG-Ländern – stets angestiegen. Die Zunahme der Ausländerzahlen Ende der siebziger Jahre und Anfang der achtziger Jahre ist im wesentlichen auf Familiennachzüge, den Zuzug von Asylbewerbern und die hohen Geburtenüberschüsse zurückzuführen.
- Ein weiterer Zustrom von Ausländern stellt gerade auch in Zeiten wirtschaftlicher Probleme (unter anderem Arbeitsplatz- und Wohnsituation) eine sinnvolle Integration in Frage, zumal selbst ohne weitere Zuwanderung von Ausländern nach einer Modellrechnung des Statistischen Landesamtes im Jahre 2015 etwa 17% der Einwohner Baden-Württembergs und etwa jedes 4. Kind im Alter von bis zu 10 Jahren ausländischer Abstammung sein dürften.
- Unter den ausländischen Haushaltsvorständen kommen etwa 2/3 aus Nicht-EG-Ländern. 40% davon stammen wiederum aus der Türkei, 1978 waren noch die Jugoslawen die stärkste Gruppe. Aufgrund des Familiennachzugs und der Geburtenentwicklung erhöhte sich die Anzahl der Personen je Ausländerhaushalt von 2,3 (1973) auf 2,8 (1981).
- Die Erwerbsquote der Ausländer, die 1974 mit 65% noch weit über der Erwerbsquote der Gesamtbevölkerung (46%) lag, hat bis zum Frühjahr 1981 auf 53% (insgesamt: 47%) stark abgenommen. Ursächlich für diese Anpassung zwischen deutscher und ausländischer Erwerbsbeteiligung war unter anderem ein starker Rückgang der weiblichen Erwerbsquote bei den Ausländern. Der Anteil der Ausländer aus Nicht-EG-Ländern mit unbefristeter Arbeitserlaubnis ist aufgrund der gestiegenen Verweildauer gegenüber 1978 um 18 Prozentpunkte auf 37% stark angestiegen.
- Die nachfolgenden Angaben über die Verweil- und Rückkehrabsichten von Ausländern, über familiäre Zuzugswünsche sowie über Indikatoren einer bereits erfolgten Ausländerintegration basieren auf einer 1981 durchgeführten Befragung.
- Bezüglich der Verweildauer ergibt sich, daß 1981 fast 3/5 (58%) der ausländischen Haushaltsvorstände mindestens 10 Jahre in der Bundesrepublik leben; bei 27% sind es 6 bis 10 Jahre, bei 10% 2 bis 4 Jahre und bei 4% 1 bis 2 Jahre. Große Haushalte zeichnen sich dabei in der Regel durch eine längere Verweildauer aus.
- Trotz des inzwischen erfolgten Familiennachzugs hat sich der Anteil der Ausländer, deren Ehefrau bzw. Kinder sich noch im Herkunftsland befinden (29%), seit 1978 kaum verändert, so daß nach wie vor mit einem erheblichen Nachzugspotential gerechnet werden muß. 21% der 1981 befragten Verheirateten (1978: 19%) beabsichtigen, Kinder nach Deutschland nachkommen zu lassen.
- Nur 4% der ausländischen Haushaltsvorstände wollen in den Jahren 1981, 1982 oder 1983 Deutschland verlassen, 1978 gaben noch 14% der Befragten an, in den nächsten drei Jahren zurückzukehren. 14% (1978: 11%) der Haushaltsvorstände wollen erst nach drei Jahren zurückkehren und für 38% (1978: 29%) ist ein Rückkehrtermin noch nicht bekannt. Keine Rückkehr in die Heimat beabsichtigten 1981 etwa 38% (1978: 42%) der befragten Ausländer.
- Für diesen Wunsch, hier zu bleiben, sind überwiegend wirtschaftliche Gründe maßgebend. So nannten – bei zulässigen Mehrfachnennungen – 50% die guten Verdienstmöglichkeiten in der Bundesrepublik, 38% gaben an, in der Heimat sei kein Arbeitsplatz vorhanden, und 34% bemängelten die dortigen Verdienstmöglichkeiten. Jeder Fünfte nannte die gute Eingewöhnung in der Bundesrepublik und die Ausbildung der Kinder als Motiv für ein Hierbleiben.
- Im Hinblick auf Fragen des bisher erfolgten Ausmaßes der Integration ist unter anderem folgendes interessant:
1981 gaben 14% der ausländischen Haushaltsvorstände an, sie würden die deutsche Staatsangehörigkeit anstreben (1978: 17%). Von ihnen verfügen etwa 17% über Wohneigentum in Deutschland gegenüber 5% der ausländischen Haushaltsvorstände insgesamt. 54% gaben an, sie würden gesellschaftliche Kontakte zu deutschen Familien pflegen; 1978 waren es nur 46%.

2. Bildungswesen

2.1 Zum Bildungs- und Berufsweg der Hauptschüler

Vorbemerkung

Die von der Landesregierung eingeleiteten Maßnahmen zur Stärkung der Hauptschule wie auch das von der Wirtschaft geäußerte Interesse an der Sicherung der mittel- und längerfristigen Deckung des Facharbeiterbedarfs tragen dazu bei, daß der Hauptschule eine entscheidende Bedeutung zukommt. Insofern erscheint es angebracht, die (nach dem Stand vom Schuljahreswechsel 1981) erkennbaren typischen Verlaufscharakteristika dieser Schulart und der sich anschließenden weiteren Ausbildung darzustellen und zu analysieren.

Bestimmungsgründe für die Wahl der Hauptschule

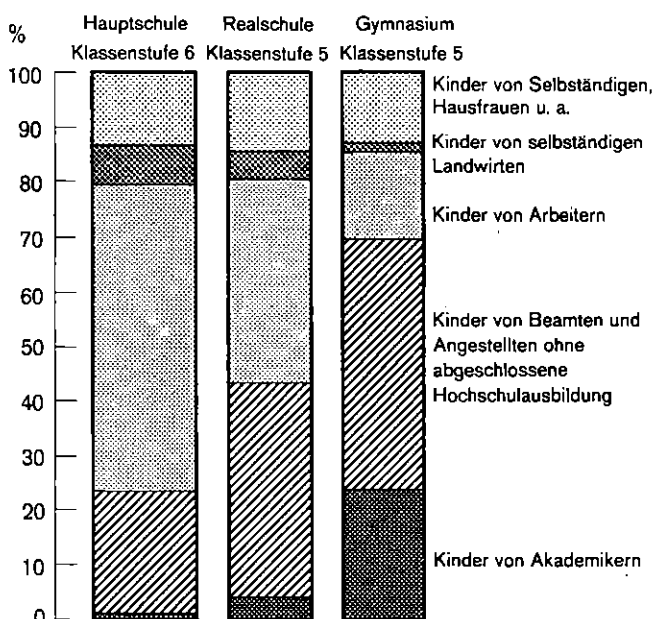
Nach Abschluß der 4. Klassenstufe der Grundschule entscheiden die Eltern im Zusammenwirken mit der Schule, welche Schulart das Kind ab der 5. Klassenstufe besuchen soll. Die auf der Grundschule aufbauenden Schularten sind im dreigliedrigen Schulsystem Hauptschule, Realschule und Gymnasium.

Während das Gymnasium vor allem auf die Studierfähigkeit zielt und die Realschule eine erweiterte Allgemeinbildung vermitteln soll, ist die Hauptschule nach dem Willen des Gesetzgebers am unmittelbarsten auf die Berufswelt bezogen (§ 6 des Schulgesetzes i.d.F. vom 23.3.1976). Die in der Hauptschule vermittelte Allgemeinbildung orientiert sich stärker am Berufsleben; auch bei den auf der Hauptschule aufbauenden Bildungsgängen kommen den unmittelbaren Einstiegsmöglichkeiten in den praktischen Beruf größere Bedeutung zu als der Erzielung weiterer schulischer Abschlüsse.

Eine Entscheidung für die Hauptschule setzt eine einigermaßen klare Vorstellung über den künftigen Berufsweg des Schülers voraus. In der Regel stehen dem Hauptschüler vor allem gewerbliche Ausbildungs- und Arbeitsplätze offen. Schon von dieser Seite her betrachtet wird also die Hauptschule eher praktisch begabte, an manueller Berufstätigkeit interessierte Schüler ansprechen. Auf Grund der sozialen Schichtung der Hauptschüler ist zu vermuten, daß ein solches Interesse von der Berufstätigkeit der Eltern und deren Schulabschluß beeinflusst wird. Wie aus *Schaubild 1* zu ersehen ist, haben an der Hauptschule die Kinder aus Arbeiter- und Landwirtsfamilien einen höheren Anteil, während sie im Gymnasium ein zahlenmäßig geringeres Gewicht haben. Der Anteil der verschiedenen Schichten entspricht in der Realschule am ehesten

Schaubild 1

Zusammensetzung der Schülerschaft nach der beruflichen Stellung bzw. Ausbildung der Eltern an weiterführenden Schularten im Schuljahr 1977/78¹⁾



1) Ermittelt auf der Basis der Statistik der Übergänge aus der Grundschule und aus der Hauptschule im Sommer 1977.

der gesamten Elternschaft. Da die Eltern der Hauptschüler zu etwa zwei Dritteln eine praktische Berufstätigkeit ausüben, scheinen auch deren Berufserfahrungen die Wahl der Schulart mitzubestimmen.

Verschiedene Untersuchungen haben gezeigt, daß Erwachsene mit Hauptschulabschluß sich sehr viel häufiger für einen entsprechenden Schulabschluß ihrer Kinder entscheiden als Eltern mit höherem Bildungsabschluß. Aus der Übergangsstatistik früherer Jahre ist bekannt, daß die Kinder von Personen mit abgeschlossener Hochschulausbildung zu knapp 80% auf das Gymnasium wechseln, während es bei den Kindern von Arbeitern und Landwirten etwa 12% sind¹.

1 Die letzte Erhebung der Übergänge aus den Klassenstufen 4 und 5 in sozialer Gliederung fand im Sommer 1977 statt und unterschied die Eltern nach sozialversicherungsrechtlichen Kategorien (Arbeiter, Angestellte, Beamte, Selbständige mit der Untergruppe Landwirte) und vereinfacht nach dem Ausbildungsniveau der Eltern (mit und ohne Hochschulabschluß). Die dabei gewonnenen schichtenspezifischen Übergangsquoten kommen den Erhebungen der Vorjahre zwar sehr nahe, doch hat sich im vergangenen Jahrzehnt die Berufsgruppen- und Ausbildungsstruktur in der Bevölkerung und damit auch bei den Eltern erheblich verschoben. Damit dürfte die im längerfristigen Vergleich deutlich abgesunkene Übergangsquote auf Hauptschulen zusammenhängen.

Allerdings entspricht das Verhalten am Ende der Grundschule nicht den ursprünglichen Bildungserwartungen vieler Eltern. So hat z.B. eine Untersuchung der Universität Konstanz² ergeben, daß im Vorschulalter nur knapp 4% der Eltern für ihre Kinder den Hauptschulabschluß wünschen; etwa 80% der Eltern haben zu diesem Zeitpunkt mindestens die mittlere Reife oder das Abitur als schulisches Ausbildungsziel. Diese Erwartungen werden dann im Verlauf der Grundschulzeit offensichtlich reduziert. Die täglichen Erfahrungen in der Schule tragen dazu bei, daß vor allem Eltern, die die Hauptschule besucht haben, ihre Ziele ändern, sei es dadurch, daß sie die Empfehlung der Grundschule zum Besuch der Hauptschule eher akzeptierten, oder in der Form, daß sie von der Möglichkeit zum Übergang auf die Realschule oder das Gymnasium keinen Gebrauch machen.

Da die für die Bildungserwartungen vorrangig verantwortliche Berufs- und Ausbildungsstruktur in der Bevölkerung regional betrachtet sehr stark streut, kommt es zu erheblichen Unterschieden in der Besetzung der Hauptschuljahrgänge. Während in manchen Stadtkreisen nur 20% der Viertklässler auf die Hauptschule überwechseln, sind es in ländlichen Gebieten teilweise bis zu 50%. Die regionalen Bildungsunterschiede entstehen zu einem geringeren Teil dadurch, daß in bestimmten städtischen Gebieten – unabhängig vom Sozialstatus der Eltern – ein stärkeres Streben nach Realschul- und Gymnasialabschlüssen zu beobachten ist, daß also beispielsweise die Übergangsquote der Arbeiterkinder auf das Gymnasium in den Stadtkreisen etwas höher ist als in den Landkreisen. Neben der schulischen Versorgung spielt hierbei die Nachahmungswirkung, die von dominierenden Schichten ausgeht, eine wichtige Rolle³.

Die aufgezeigten Bildungsunterschiede führen zu einer stärkeren Problematisierung der Hauptschule in den urban geprägten Gebieten unseres Landes. Während dort mehr von der Schule als leistungsstark eingeschätzte Schüler auf Realschulen und Gymnasien übergehen, konzentrieren sich in diesen Gebieten gleichzeitig die ausländischen Schüler, die nach der Grundschule zu rund 75% die Hauptschule besuchen.

Fünfte Klassenstufe als Übergangsphase

Läßt man die sozialen und regionalen Unterschiede beiseite und konzentriert sich auf die Durchschnittswerte im Land, so ist festzustellen, daß

² Projekt Umwelt, Kind und Elementarbereich von R. Fauser, T. Bargel und J. Mundt: „Kindergarten und Umwelt“ – Erfahrungen, Urteile und Forderungen von Eltern in verschiedenen Gemeinden und Stadtvierteln. Ein Bericht für die befragten Eltern, herausgegeben vom Zentrum I für Bildungsforschung, Konstanz 1979.

³ Im oben genannten Projektbericht (S. 60) wird dieser Einfluß durch den Begriff „Bildungsklima“ verdeutlicht.

Tabelle 1

Entwicklung der Übergangsquoten 1)

Jahr	Übergänge auf		
	Hauptschulen	Realschulen	Gymnasien
	%		
1965	.	11,2	19,1
1970	54,3	17,7	24,0
1971	49,4	20,0	27,7
1972	46,8	20,4	28,9
1973	48,1	20,4	27,8
1974	48,3	19,6	27,0
1975	48,3	19,5	26,7
1976	44,6	21,9	26,7
1977	43,1	22,8	27,9
1978	43,0	23,5	28,2
1979	39,7	24,6	31,1
1980	41,4	25,3	29,4
1981	40,6	26,3	29,2

1) Aus der 4. Klassenstufe der Grundschule, in % der Schüler in dieser Klassenstufe zu Beginn des Schuljahres. Bei Fehlen einer Übergangstatistik ermittelt aus der Zugangsstatistik des nachfolgenden Schuljahres.

gegenwärtig rund 40% der Viertklässler auf die Hauptschule überwechseln. Der längerfristige Trend dieser Übergangsquoten neigt eher nach unten, auch wenn nach dem Tiefstand 1979 (unter 40%) im Sommer 1980 eine Erhöhung zu beobachten war. Nachdem die Übergangsquote 1981 wieder leicht gesunken ist, kann noch nicht beurteilt werden, ob mit dem Jahr 1980 und den Maßnahmen zur Stärkung der Hauptschule eine Trendumkehr eingeleitet wurde.

Bei der Betrachtung der längerfristigen Entwicklung, wie sie in *Tabelle 1* dargestellt ist, muß berücksichtigt werden, daß frühere Übergangsquoten – die sich ausschließlich auf die 4. Klassenstufe beziehen – dadurch zu Gunsten der Hauptschule etwas überhöht werden, daß der Übergang aus der 5. Klassenstufe der Hauptschule vor allem auf Realschulen damals eine wesentlich größere Bedeutung hatte als heute. In früheren Jahren verlor die Hauptschule nach der 5. Klassenstufe bis zu 15% ihrer Schüler, während es gegenwärtig nur noch etwa halb so viel sind.

Wenn sich der Regelübergang auf Realschule und Gymnasien also stärker auf die 4. Klassenstufe vorverlagert, verringert sich an dieser Stelle die Übergangsquote auf die Hauptschule. Aber auch heute spielt der Schultartwechsel nach der 5. Klassenstufe noch eine Rolle. Überwiegend (zu etwa drei Vierteln) erfolgt er in der Form, daß die Klassenstufe 5 nach bestandener Aufnahmeprüfung für die Realschule oder das Gymnasium in der neuen Schultart nochmals durchlaufen wird. Ein kleinerer Teil der

Schulartwechsel erfolgt durch direkten Einstieg in die Klassenstufe 6 der Realschule oder des Gymnasiums. Dieser wird von etwa 2% der Fünftklässler realisiert.

Spätere Laufbahn-Korrektur in der Hauptschule selten

Ab der 6. Klassenstufe ist der Schulartwechsel aus der Hauptschule die Ausnahme, denn die entsprechenden Bewegungen liegen weit unter 1% des Schülerbestands. Selbst die Übergangsmöglichkeit auf Aufbaugymnasien wird nur noch von 0,2% der Siebtklässler wahrgenommen. Auf der anderen Seite kommt aber bei den Hauptschülern die Nichtversetzung oder der Wechsel in eine Schule für Lernbehinderte kaum vor. Gegenwärtig bleiben an den Hauptschulen des Landes jährlich nur durchschnittlich 1,5% der Schüler sitzen, während der entsprechende Prozentsatz bei den Realschulen und Gymnasien 4 bis 5% beträgt. Infolgedessen stoßen rund 95% der Sechstklässler ohne zeitliche Verzögerung bis zur Abschlußklasse vor. In Klassenstufe 9 haben zumindest die deutschen Schüler mit einer Erfolgsquote von fast 99% beste Chancen, den Hauptschulabschluß zu erwerben.

Zuwanderungen von Ausländern beeinflussen Erfolgsquote

Die Chancen der Ausländer, die Hauptschule mit einem Abschlußzeugnis zu verlassen, sind aus statistischer Sicht im Vergleich zu den deutschen Schülern geringer einzuschätzen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß in den vergangenen Jahren eine erhebliche Anzahl von ausländischen Schülern – vor allem türkische Staatsangehörige – in fortgeschrittenem Alter aus dem Heimatland in die Bundesrepublik gekommen ist. Die quantitative Bedeutung des „Seiteneinstiegs“ kann man daran ermes- sen, daß gegenwärtig von den türkischen Fünft- und Sechstklässlern etwa 20% unmittelbar aus dem Ausland kommen. Für solche Schüler, die die türkische Schulpflicht oft schon erfüllt haben, ist der Hauptschulabschluß sicher schwieriger zu erreichen als für in Deutschland eingeschulte Ausländerkinder. Der Schulerfolg in der *Abschluß- klasse*, wie er in *Tabelle 2* nach Nationalitäten differenziert dargestellt ist, weist auf den Zusammen- hang mit der Aufenthaltsdauer hin, denn die Nationalitäten mit der durchschnittlich höchsten Ver- weildauer in der Bundesrepublik stehen auch beim Schulerfolg in der Abschlußklasse an der Spitze.

Bei der Betrachtung des Schulerfolgs in der Haupt- schule müßten streng genommen die vorzeitigen Abgänger aus den Klassenstufen 5 bis 8 einbezo- gen werden. In früheren Berechnungen wurden selbst die fluktuationsbedingten Abgänge ins Aus- land berücksichtigt, so daß nach dieser Berech-

Tabelle 2

Schulerfolg in den Klassenstufen 9 und 10 der Hauptschule nach der Staatsangehörigkeit in den Schuljahren 1979/80 und 1980/81

Staatsangehörigkeit	Anteil der Abgänger mit Abschluß an der Gesamtzahl der Abgänger aus den Klassenstufen 9 und 10	
	1979/80	1980/81
	%	
Griechenland	86	89
Italien	84	87
Jugoslawien	92	92
Portugal	79	89
Spanien	93	94
Türkei	53	51
Sonstige	82	72
Ausländer insgesamt	73	71
Deutsche	98	99

nungsmethode die Mehrzahl aller Ausländerkinder die Hauptschule ohne Abschluß verlassen hat. Beschränkt man sich auf die Abgänger mit erfüllter Vollzeitschulpflicht, so errechnet sich für die gesamte Hauptschule eine Erfolgsquote der Aus- länderkinder von gegenwärtig 55% gegenüber 96% für die deutschen Abgänger (vgl. *Tabelle 3*). Im Unterschied zu den in *Tabelle 2* ausgewiesenen Erfolgsquoten der *Abschlußklassen* sind in *Tabelle 3* auch die Abgänger in den Klassenstufen 5 bis 8 berücksichtigt. Die starke Zuwanderung junger Ausländer in den vergangenen Jahren schlägt sich dort deutlich nieder. Während bis 1978 zuneh- mende Erfolgsquoten zu verzeichnen waren, ist bei den Ausländern nunmehr eine eher gegenläufige Entwicklung zu beobachten, die im wesentlichen von der Zunahme der „Seiteneinsteiger“ bestimmt sein dürfte.

Übergang in das berufliche Schulwesen

Gemessen an der Gesamtzahl der erfolgreichen Hauptschul-Absolventen ist die Zahl der Abgänger ohne Abschluß sicher sehr gering, doch liegt die

Tabelle 3

Anteil der Abgänger ohne Abschluß aus der Haupt- schule¹⁾ nach der Staatsangehörigkeit

Staats- angehörigkeit	Jahr	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981
		%						
Deutsche		8	10	7	7	5	4	4
Ausländer		55	48	47	38	40	45	45

1) Anteil der Abgänger aus den Klassenstufen 5 bis 9 ohne Abschluß an der Gesamtzahl der Abgänger aus den Klassenstufen 5 bis 10: Ab 1979 nach Erfüllung der Vollzeitschulpflicht, bis 1978 bei Ausländern ohne Abgänge ins Ausland.

Problematik in der Konzentration auf ausländische – vor allem türkische – Staatsangehörige und in dem drohenden Anwachsen des Stroms an unzureichend qualifizierten Abgängern infolge mittelfristig stark zunehmender Altersjahrgänge an ausländischen Entlaßschülern. Daß es Abgänger ohne entsprechenden Abschluß schwerer haben, eine Berufsausbildung zu erhalten, ist naheliegend und durch die Statistik auch eindeutig belegbar. Die erfolgreichen Absolventen ihrerseits haben zwar im Prinzip gute Chancen auf dem Lehrstellenmarkt, doch sind hierbei einige Einschränkungen zu machen. So wollen etwa zwei Drittel aller männlichen Hauptschulabgänger ins duale System, und knapp 90% davon hatten in den vergangenen Jahren auch schon im Mai einen Ausbildungsplatz sicher. Dagegen streben die Mädchen nur zu rund 40% eine Lehrstelle an, und dennoch liegt nach der Entlaßschülerstatistik der Anteil der wunschmäßig Versorgten niedriger als bei den Jungen. Die Ursache dieser unterschiedlichen Situation dürfte in den abweichenden Branchenpräferenzen zu suchen sein. Das Interesse der Mädchen gilt in erster Linie kaufmännischen und Gesundheitsberufen. In diesen Bereichen ist die Lehrstellensituation ungünstiger als im Metall- und Baugewerbe, wohin die Mehrzahl der Jungen tendiert. Zur Aussagefähigkeit der Entlaßschülerbefragung ist noch darauf hinzuweisen, daß sie den Zustand ca. 11 Wochen vor Schuljahresende widerspiegelt und insofern auch einen guten Gradmesser für die *relative* Versorgung (z.B. im zeitlichen Vergleich oder im Vergleich der Geschlechter oder Schularten) angibt. Über die tatsächliche Versorgungslage gibt z.B. die Schulstatistik im darauffolgenden Herbst weitergehende Hinweise.

Ausbildungsplätze im Handwerk eher zu erhalten

Während in den kaufmännischen Ausbildungsberufen nur noch knapp 30% der Anfänger von der Hauptschule kommen, ist der Anteil der Haupt-

schüler in den gewerblichen Berufen wesentlich höher⁴. Allerdings ist in einzelnen Industrieberufen eine deutliche Verlagerung zu mittleren Abschlüssen zu erkennen, so etwa im Berufsfeld Elektrotechnik, wo rund zwei Drittel aller Auszubildenden mindestens die mittlere Reife vorweisen können. Im Bereich der IHK Stuttgart waren beispielsweise im Schwerpunkt Nachrichtentechnik 1980 nur 20% der neu eingestellten Lehrlinge Hauptschulabsolventen. Zwar ist im Handwerk von der Struktur der Zugänge her betrachtet ebenfalls eine gewisse Verschiebung zu mittleren Abschlüssen hin zu beobachten, doch beruht diese z.T. auf der mittelfristig unterschiedlichen Entwicklung von Haupt- und Realschulabgängerzahlen. Während die Zahl der Abgänger an der Hauptschule bereits leicht zurückgeht, steigt sie an den Realschulen noch geringfügig an. Trotzdem sind die ehemaligen Hauptschüler unter den Auszubildenden in den handwerklichen Berufen noch deutlich in der Überzahl⁵.

Unter Berücksichtigung der traditionellen Berufswünsche der Mädchen erscheint deren Streben nach weiterer schulischer Ausbildung verständlich und kann als Anpassung an veränderte Einstellungs- und Ausbildungsvoraussetzungen interpretiert werden. Die andere denkbare Reaktion, nämlich eine stärkere Umorientierung auch der Mädchen zu gewerblichen Berufen, scheint sich demgegenüber nur schwer durchzusetzen. In diesem Zusammenhang muß auch auf die Zugangsvoraussetzung des mittleren Abschlusses für viele pflegerische Berufe eingegangen werden. Dieser Aspekt

4 Im Bereich der IHK Stuttgart hatten unter den Auszubildenden, die 1980 eine Lehre begonnen hatten, bei den kaufmännischen Berufen 28,3% den Hauptschulabschluß; bei den übrigen Berufen betrug die entsprechende Quote 45,8%.

5 Im Bereich der Handwerkskammer Stuttgart betrug der Anteil der Hauptschulabsolventen unter den Auszubildenden 1981 64,1% gegenüber 70,0% im Jahre 1980.

Tabelle 4

Ausbildungsabsichten der Entlaßschüler 1981¹⁾ nach Geschlecht und ausgewählten Schularten

Nachweisung	Abgänger aus								
	Hauptschulen			Realschulen			Gymnasien		
	m	w	insgesamt	m	w	insgesamt	m	w	insgesamt
Anzahl									
Entlaßschüler insgesamt (1)	33 905	27 845	61 750	17 835	21 474	39 309	4 703	5 247	9 950
Von den Entlaßschülern streben eine Lehre an (2)	22 275	11 240	33 515	10 887	11 427	22 314	1 307	1 490	2 797
Anzahl der gesicherten Ausbildungsplätze (3)	19 779	9 214	28 993	9 816	9 793	19 609	1 034	1 173	2 207
%									
Versorgungsgrad (3) in % von (2)	88,8	82,0	86,5	90,2	85,7	87,9	79,1	78,7	78,9

1) Stichtag 14.5.1981 der Entlaßschülerbefragung. Einbezogen sind die Entlaßschüler bis einschließlich Klassenstufe 11 (Gymnasium).

spielt, wenn man den Versorgungsgrad der Absolventinnen von Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien 11 Wochen vor Schuljahresende vergleicht, in der Abschlußklasse vermutlich keine große Rolle (*Tabelle 4*). Allerdings wäre es denkbar, daß die Eltern mit frühzeitigen Berufsvorstellungen für ihre Kinder bereits beim Übergang auf weiterführende Schulen solche Voraussetzungen berücksichtigen. Auf diese Weise könnte die Abnahme vor allem der „weiblichen“ Übergangsquote auf die Hauptschule erklärt werden.

Mittlere Abschlüsse über die Berufsfachschule

Ein dem Realschulabschluß gleichwertiger Abschluß, wie er für manche Berufe vorgeschrieben ist, kann aber auch noch nach Absolvierung der Hauptschule in der zweijährigen, zur Fachschulreife führenden Berufsfachschule erworben werden. Voraussetzung für die Aufnahme ist, daß in der Hauptschule die Fächer Deutsch, Mathematik und Englisch nach den Anforderungen des A-Kurses erfolgreich besucht worden sind⁶. Diese Bedingung wird gegenwärtig von rund 63% der Hauptschulabsolventen erfüllt. Die Mädchen nutzen dabei die Möglichkeit sehr viel häufiger als die Jungen. Von den weiblichen Hauptschulabgängern wechseln gegenwärtig 42% auf die zweijährige Berufsfachschule, bei den Jungen (20%) ist der entsprechende Prozentsatz nicht einmal halb so groß. Dies ist sicher nicht allein auf die unterschiedlichen Lehrstellenaussichten zurückzuführen, sondern auch auf die Typen-Schwerpunkte der zweijährigen Berufsfachschulen, unter denen die Wirtschaftsschulen und die hauswirtschaftlich-pflegerischen Typen einen viel größeren Raum einnehmen als die gewerblichen Schulen. Dagegen ist unter den *einjährigen* Berufsfachschulen der gewerbliche Typ vorherrschend. Im Unterschied zur zweijährigen Form vermittelt die einjährige Berufsfachschule keinen weiteren allgemeinen Abschluß, sondern dient vor allem der beruflichen Grundbildung. Sie ist mit dem dualen System dadurch verzahnt, daß ihr Besuch auf die Lehrzeit angerechnet wird.

Unter Berücksichtigung vorzeitiger Abgänge erwerben über die zweijährige Berufsfachschule noch mehr als 20% der Hauptschulabsolventen einen mittleren Bildungsabschluß. Weitere 2 bis 3% kommen nach abgeschlossener Berufsausbildung über die Berufsaufbauschule zur mittleren Reife.

Zehntes Vollzeitschuljahr wird zunehmend realisiert

Unter den vielfältigen Ausprägungen des beruflichen Vollzeit-Schulwesens ist auch das Berufsbildungsjahr zu nennen. Neben der Vollzeit-

form existiert auch die kooperative Art, bei der ein Teil der Ausbildung im Betrieb oder in überbetrieblichen Ausbildungsstätten absolviert wird. Unter Berücksichtigung beider Formen wird das Berufsbildungsjahr von knapp 10% der Abgänger aus der Hauptschule gewählt. Berücksichtigt man weiter das Berufsvorbereitungsjahr und die verschiedenen Formen der Berufsfachschule, so stellt man fest, daß rund zwei Drittel aller Abgänger von der Hauptschule ein zehntes Vollzeit-Schuljahr absolvieren. Wie schon erwähnt, dient ein erheblicher Teil dieses Vollzeitbesuches der beruflichen Grundausbildung mit direktem Bezug zum dualen System. In den handwerklichen Berufen ist eine zunehmende Tendenz zur Verlagerung des ersten Ausbildungsabschnitts auf die Vollzeitschule festzustellen.

Ausbildungserfolgsquote ca. 80%

Unter Berücksichtigung der durchschnittlich 3 Jahre dauernden Berufsausbildung liegt das Schwergewicht des beruflichen Schulbesuchs nach wie vor im Teilzeitbereich der Berufsschulen. Hier treffen die Hauptschüler zunehmend mit Realschülern und Gymnasiasten zusammen. Hatten beispielsweise 1975 unter den neu eingetretenen Berufsschülern mit Ausbildungsvertrag 33% mindestens einen mittleren Bildungsabschluß, so waren es 1980 bereits 43,3%, darunter aber z.T. auch ehemalige Hauptschüler aus der zweijährigen Berufsfachschule. Im weiteren Verlauf des Berufsschulbesuchs können die Hauptschüler statistisch nicht mehr isoliert werden, so daß eine allgemeine Aussage über deren Ausbildungserfolg nicht möglich ist. Allerdings kann zu dieser Frage auf eine Untersuchung des Bundesinstituts für Berufsbildung zurückgegriffen werden, die für das Berichtsjahr 1976 in ausgewählten Industrie- und Handelskammern durchgeführt wurde⁷. Danach waren bei den Abschlußprüfungen für die Ausbildungsberufe unter den Teilnehmern mit Hauptschulvorbildung etwa 15% nicht erfolgreich. Hinzu kommen noch vorzeitige Beendigungen von Ausbildungsverträgen. Die ehemaligen Hauptschüler schnitten nach dieser Untersuchung etwas schlechter als die Realschüler und Gymnasiasten ab. Überraschenderweise wurde aber festgestellt, daß der Prüfungserfolg in den kaufmännischen Berufen geringer war als in den gewerblichen, obwohl dort ein höherer Anteil von Prüflingen mit mittlerem Abschluß anzutreffen ist. Die Prüfungsstatistik der Kammern in Baden-Württemberg läßt erkennen, daß die Erfolgsquote bei den Gesellen- und Abschlußprüfungen – unabhängig von der Vorbildung – sehr hoch ist. Bei den Prüfungen der Handwerkskammern haben 1980 93% der Teilnehmer bestanden,

⁶ Eine Änderung der Zulassungsvoraussetzung erfolgt 1982.

⁷ Materialien und statistische Analysen zur beruflichen Bildung, herausgegeben vom BIBB, Heft 12, Berlin 1979.

bei den Industrie- und Handelskammern gar 96%. Der Prüfungserfolg ist zwar je nach Beruf unterschiedlich, doch schränken die Abweichungen eher in den spezifischen Anforderungen als in der unterschiedlichen Vorbildungsstruktur begründet zu sein.

Von den Ende 1979 im IHK-Bereich vorhandenen 123 200 Ausbildungsverträgen wurden 1980 5 656 oder 4,6% vorzeitig gelöst. Bei einer durchschnittlich dreijährigen Ausbildungsdauer erreichen also rund 86% die Abschlußprüfung. Zieht man die nicht bestandenen Prüfungen noch ab, so errechnet sich eine Gesamterfolgsquote von 82% für den IHK-Bereich.

Nach Abschluß der Lehre und praktischer Tätigkeit ist eine Rückkehr in das berufliche Schulwesen zur weiteren Aus- und Fortbildung nicht selten. Die Meister- und Technikerschulen – sei es in Voll- oder Teilzeitform – werden vor allem von ehemaligen Hauptschülern besucht, denen auf diese Weise Aufstiegsmöglichkeiten im erlernten Beruf eröffnet werden.

Zweiter Bildungsweg

Es wurde bereits dargestellt, daß Hauptschüler über die zweijährige Berufsfachschule zur Fachschulreife gelangen können und dann den Realschulabsolventen gleichgestellt sind. Dieser Aufstieg schließt sich üblicherweise unmittelbar an die Hauptschulzeit an. Ein direkter Einstieg in Klassenstufe 10 der Realschule oder des Gymnasiums ist dagegen äußerst selten (0,2% der Hauptschulabsolventen). Häufiger ist ein neuer Anlauf nach einer beruflichen Tätigkeit im Rahmen des zweiten Bildungswegs. Neben den bereits erwähnten Berufsaufbauschulen in Vollzeitform ermöglichen die Abendrealschulen den nachträglichen Erwerb der mittleren Reife. Dieser Weg ist sicher infolge der Doppelbelastung sehr mühevoll; dies wird auch an der Erfolgsquote von ca. 60% – gemessen an der Zahl der Eintritte – sichtbar. Die einjährige Berufsaufbauschule in Vollzeitform kann demgegenüber eine höhere Erfolgsquote (80%) melden und führt mit etwa 2% eines Hauptschuljahrgangs im Vergleich zur Abendrealschule doppelt so viele Schüler zur mittleren Reife. Rund die Hälfte der Berufsaufbauschul-Absolventen setzt die schulische Ausbildung mit dem Besuch der Technischen Oberschule fort. An dieser Bildungseinrichtung kann bereits nach 2 Jahren die fachgebundene Hochschulreife erworben werden. Trotz der Konkurrenz durch die Technischen Gymnasien hat die Technische Oberschule ihre Stellung behauptet und verzeichnet weiterhin steigende Schülerzahlen. Nur zu einem geringen Teil besuchen die Absolventen der Berufsaufbauschule ein Berufliches Gymnasium, das nach dreijährigem Besuch mit der Abi-

turprüfung abschließt. Diese Schulart – vor allem das Wirtschaftsgymnasium – wird eher von jenen ehemaligen Hauptschülern besucht, die über die zweijährige Berufsfachschule einen mittleren Bildungsabschluß erlangt haben. Die Erfolgsquote der „aufgestiegenen“ Hauptschüler kann zwar statistisch nicht ermittelt werden, doch steht das Berufliche Gymnasium allgemein gesehen – hier in erster Linie das Technische Gymnasium – dem Allgemeinbildenden Gymnasium hinsichtlich des Abiturerfolgs nur wenig nach. Unter Einrechnung der Absolventen der Technischen Oberschule dürften etwa 3 – 4% eines Hauptschuljahrgangs noch nachträglich die (allgemeine oder fachgebundene) Hochschulreife erwerben.

Durch den Ausbau der Berufskollegs besteht auch verstärkt die Möglichkeit, in Verbindung mit einer beruflichen Ausbildung die Fachhochschulreife zu erwerben. Auch hier signalisieren steigende Anfängerzahlen mit Fachschulreife eine ausgeprägte Aufstiegsbereitschaft der Hauptschüler.

Hauptproblem: Ausländische Jugendliche

Zusammenfassend kann man die Berufschancen der Hauptschüler vor allem im gewerblichen Bereich sicherlich als gut einschätzen. Als besonders erstaunlich ist zu werten, daß auch die starken Absolventenjahrgänge in den vergangenen Jahren im großen und ganzen gut in das duale System einbezogen wurden. So nahm in den letzten 4 Jahren die Zahl der Teilzeitschüler um über 25% zu, während die Zahl der Schüler ohne Ausbildungsverhältnis annähernd konstant blieb und im Schuljahr 1981/82 gegenüber dem Vorjahr sogar zurückgegangen ist (vgl. *Tabelle 5*). Von den Berufsschülern sind damit gegenwärtig nur noch 8,2% ohne Ausbildungsverhältnis. Zu dieser positiven Entwicklung dürften nicht zuletzt die Hauptschüler selbst beigetragen haben, die sich infolge der Konkurrenz durch Realschüler und Gymnasiasten in einzelnen Berufen (z.B. elektronischer Art) verstärkt anderen Berufen zugewandt haben.

Tabelle 5

Schüler an Berufsschulen¹⁾ ohne Ausbildungsvertrag

Schuljahr	Schüler insgesamt	Darunter ohne Ausbildungsvertrag	
		Anzahl	%
1975/76	225 026	29 178	13,0
1977/78	226 895	24 151	10,6
1980/81	284 908	24 396	8,6
1981/82	285 989	23 590	8,2

1) Öffentliche Berufsschulen einschließlich kooperatives Berufsbildungsjahr.

Gleichzeitig wird aber der Bestand an Berufsschulpflichtigen, die keinen Ausbildungsvertrag vorweisen können, immer mehr von der Gruppe der ausländischen Jugendlichen bestimmt. Obwohl diese an den beruflichen Teilzeitschulen nur knapp 7% der Gesamtschülerzahl stellen, haben sie bei den Schülern ohne Lehrstelle einen Anteil von fast 50%. Von diesen rund 11 000 ausländischen Jugendlichen ohne Ausbildungsverhältnis sind etwa 9 000 türkischer Nationalität. Unter den türkischen Berufsschülern hat nur jeder siebte eine Lehrstelle. Zwar zeigt sich beispielsweise für Spanier und Jugoslawen ein wesentlich günstigeres Bild, doch liegt der Anteil der Schüler ohne Ausbildungsvertrag bei allen ausländischen Nationalitäten wesentlich höher als bei den Deutschen. Ein Teil dieser Schüler geht allerdings einer Erwerbstätigkeit nach und besucht als sogenannter Jungarbeiter (ohne Ausbildungsvertrag) die Berufsschule.

Der Verzicht auf eine qualifizierte Berufsausbildung wird in hohem Maße von dem (nicht) erreichten allgemeinbildenden Schulabschluß bestimmt. So hatten von 13 400 Jugendlichen, die im Schuljahr 1981/82 ohne Ausbildungsvertrag in die beruflichen Teilzeitschulen eintraten, rund 53% keinen Hauptschulabschluß. Auf die Schwierigkeit, die späten Seiteneinsteiger in das deutsche Regelschulwesen zu integrieren, wurde bereits hingewiesen. Ein großes Problem stellt aber auch der Zuzug von älteren Jugendlichen, die dem Hauptschulalter bereits entwachsen sind, dar. Gerade in dieser Altersgruppe der 15- bis 18-jährigen ist die Zuwanderung ausländischer, meist türkischer Staatsangehöriger absolut und prozentual gesehen am höchsten. Die ohne Hauptschulabschluß sicherlich nur unzureichend auf das Berufsleben vorbereiteten ausländischen Jugendlichen stellen eine besondere Problematik für das Bildungs- und Beschäftigungssystem dar. Zwar gibt es auch unter den deutschen Jugendlichen eine Gruppe von Schülern, die nicht im Ausbildungsverhältnis stehen, doch haben hiervon die meisten eine Arbeitsstelle.

Daß die Bilanz der Hauptschule und der mit ihr verzahnten Berufsschule durch die Gruppe der – in der Regel spät zugezogenen – ausländischen Kinder und Jugendlichen beeinträchtigt wird, ist der Hauptschule selbst wohl kaum zuzuschreiben.

Für die Hauptschule spricht unter anderem, daß ein großer Anteil der Absolventen dieser Schulart im Verlauf der weiteren Ausbildung noch weitergehende Abschlüsse erwirbt. Obwohl die ehemaligen Hauptschüler nicht in allen Schularten statistisch erfaßbar sind, darf man aufgrund der Übergangs- und Erfolgsquoten 1981 im Sekundarbereich II annehmen, daß gegenwärtig etwa ein Drit-

tel aller Hauptschulabsolventen später zu einem weitergehenden allgemeinen Schulabschluß gelangt.

Zusammenfassung

- Die Hauptschule als weiterführende Schulart wird überwiegend von Kindern besucht, deren Eltern eine praktische Berufstätigkeit ausüben und diese Schulart selbst durchlaufen haben. Als weitere Faktoren für die Wahl einer bestimmten Schulart sind das lokale Bildungsklima und die Zugangsvoraussetzungen für bestimmte Berufe (u.a. auch für typische Mädchenberufe) zu nennen.
- Gegenwärtig wechseln rund 40% der Viertklässler auf die Hauptschule über.
- Nimmt man die 5. Klassenstufe, nach der ein Schulartwechsel noch vorkommen kann, wie auch die Wanderungen über die Landesgrenzen, die meistens Ausländer betreffen, aus, so stellt sich die Hauptschule als Schulart mit einer relativ geringen Schülerbewegung (kaum Nichtversetzung und Schulartwechsel) und hoher Erfolgsquote dar.
- Ausländische Kinder, die in Deutschland eingeschult wurden, haben ähnlich wie die deutschen Kinder gute Chancen, zumindest den Hauptschulabschluß zu erreichen. Dagegen sind die in den vergangenen Jahren verstärkt zugewanderten älteren Ausländerkinder weniger erfolgreich und haben Schwierigkeiten, eine qualifizierte Schul- und Berufsausbildung abzuschließen.
- Die männlichen Hauptschulabsolventen haben in den meisten gewerblichen Berufen gute Ausbildungschancen. Nur in einzelnen Bereichen (z.B. in der Elektrotechnik) dominieren Real- und Gymnasiasten.
- Die Absolventinnen versuchen in ihrer Mehrzahl durch eine weitere schulische Ausbildung die Grundlage für einen Einstieg in traditionelle Mädchenberufe zu verbessern.
- Die zweijährige Berufsfachschule führt gegenwärtig etwa ein Fünftel aller Hauptschulabsolventen zu einem mittleren Bildungsabschluß. Weitere schulische Ausbildungsmöglichkeiten ergeben sich nach einer Berufsausbildung durch Berufsaufbau-, Abendreal- und Fachschulen.
- Die Erfolgsquote im dualen System der Berufsausbildung ist insbesondere im gewerblichen Bereich relativ hoch.
- Ausländische (vor allem türkische) Jugendliche stellen sowohl für die Hauptschule als auch für die Berufsschule die größte Problemgruppe dar.

2.2 Fächerspezifische Entwicklungen an den Hochschulen besonders im technisch-naturwissenschaftlichen Bereich

Die Entwicklung des Studentenbestandes unter fächerspezifischen Gesichtspunkten sowie unter den sich im Zeitablauf verändernden Präferenzen hinsichtlich der Fächerwahl zu beobachten, ist für Fragen des Bildungs- und Beschäftigungssystems unerlässlich.

Die vorliegende Untersuchung befaßt sich mit der Entwicklung der Zahl der Studenten nach Studienbereichen an Universitäten und Fachhochschulen seit dem Wintersemester 1973/74 und zeigt, welche Veränderungen in dieser Zeit eingetreten sind. Dabei sind zwecks besserer Vergleichbarkeit verwandte Studienfächer und deren Fachrichtungen zu Studienbereichen zusammengefaßt worden; an den Fachhochschulen wurden die 3240 Studierenden an den 3 Fachhochschulen des Bundes in Baden-Württemberg nur im einleitenden Gesamtüberblick berücksichtigt. Die Auszählung der Studierenden nach ihrem ersten Hauptfach wirft insbesondere an den Universitäten methodische Probleme auf: In einigen Studiengängen (z.B. Lehramt) müssen die Studenten laut Studienordnung zwei Hauptfächer belegen. Deshalb ist es häufig vom Zufall abhängig, welches der beiden Hauptfächer zuerst genannt und damit für die statistische Zuordnung relevant wurde. Wesentlich ist es aber, daß aufgrund des zur Anwendung kommenden Meldeverfahrens gewährleistet ist, daß die Zuordnung des einzelnen Studenten innerhalb des gewählten Studiengangs nicht mehr verändert wird.

Neben den Bestandszahlen jeweils zum Wintersemester werden auch die Studienanfänger im 1. Hochschulse semester und die weiblichen Studierenden in die Betrachtung einbezogen. Da die meisten Studiengänge nach Studienjahren, beginnend im Wintersemester, aufgebaut und die Personal- und Raumkapazitäten entsprechend festgelegt sind, werden auch die Erstimmatrikulierten nach Studienjahren ausgewiesen, wobei die gängige Definition für das Studienjahr Anwendung findet, d.h. es werden die Erstimmatrikulierten eines Wintersemesters mit den Studienanfängern des nachfolgenden Sommersemesters zusammengefaßt. Das bedeutet, daß das laufende Studienjahr bei den Erstimmatrikulierten noch nicht berücksichtigt werden konnte.

Die ausgewiesenen Daten umfassen sowohl Haupt- als auch Nebenhörer. Nebenhörer sind Studierende, die aufgrund der Studienordnung an zwei Hochschulen gleichzeitig eingeschrieben sind. Im Wintersemester 1981/82 gab es an den Universitäten des Landes rund 2000 Nebenhörer.

Zur Gesamtentwicklung der Studentenzahlen an den Universitäten und Fachhochschulen

An allen Hochschulen Baden-Württembergs wurden im Wintersemester 1981/82 rund 164000 Studenten gezählt und damit 38% mehr als acht Jahre zuvor. Rückläufig war die Studentenzahl im betrachteten Zeitraum lediglich an den Pädagogischen Hochschulen, an denen mit 12500 Studenten etwa 8400 weniger (- 40%) eingeschrieben waren als im Wintersemester 1973/74.

Fast 70% der Studierenden waren an einer der 9 Universitäten des Landes eingeschrieben, dies waren im Wintersemester 1973/74 rund 79900 Universitätsstudenten. Diese Zahl hatte sich bis zum Wintersemester 1981/82 um 40% auf mehr als 112000 Studierende erhöht; es ist zu erwarten, daß sie aufgrund der weiterhin ins studierfähige Alter kommenden geburtenstarken Jahrgänge bis etwa 1988 noch ansteigen und erst nach 1992 sinkende Tendenz erhalten wird¹.

Im Beobachtungszeitraum 1973/74 bis 1981/82 errechnet sich für die Universitäten bei durchgehend positiven Werten (aber bis 1980 kleiner gewordenen Zunahmeraten) eine mittlere Zuwachsrate von 4,4%. Diese Tendenz wurde hervorgerufen

- durch einen, gemessen an heutigen Zahlen relativ langsamen Anstieg der Abiturientenzahl zwischen 1974 und 1978 von 20300 auf 25300 (24,4%) sowie einem Einbruch im Jahre 1979 infolge des Kurzschuljahres 1966 auf 22500,
- durch eine nach 1975 vorübergehend zurückgegangene Studierneigung.

Diese Einflüsse hätten sich zahlenmäßig deutlicher abschwächend ausgewirkt, wenn nicht gleichzeitig die Studierneigung der Frauen stark angestiegen wäre; gegenüber rund 13% im Jahr 1973 erwarben 1981 bereits durchschnittlich 21% eines Geburtenjahrgangs der Frauen die allgemeine Hochschulreife. Infolgedessen hat in dieser Zeit die Zahl der Studentinnen an Universitäten um 77% und damit dreimal so stark wie die der Studenten zugenommen. An den Universitäten insgesamt hat der Anteil der Frauen bei den Erstimmatrikulierten 40% gegenüber rund 34% im Jahr 1974 erreicht; an den Universitäten Heidelberg (55%), Freiburg, Tübingen, Hohenheim, Konstanz und Mannheim liegt der Frauenanteil bereits bei 45%, teilweise sogar schon darüber. Dies läßt erwarten, daß die gesamte Studienbeteiligung von Frauen bis zum Jahr 1988, in dem an den Hochschulen der Studentenbergr am größten sein wird, fast der

¹ Siehe Statistisch-Prognostischer Jahresbericht 1980/81, S. 103

Geschlechter-Proportion bei der deutschen Wohnbevölkerung (49%) entsprechen wird. Da außerdem auch

- die Abiturientenzahl im Jahr 1981 bereits auf rund 34 000 angestiegen war und erst 1986 mit rund 38 000 Abiturienten ein Höchststand zu erwarten ist,
- die Studierneigung eines Abiturientenjahrgangs sich inzwischen bei etwa 80% eingependelt hat, wobei festzustellen ist, daß neuerdings in zunehmendem Maße auch solche Abiturienten auf die Hochschulen zukommen, die nach der Schule zunächst eine Berufsausbildung aufgenommen hatten,

ist zu erwarten, daß der Trend bei der Zahl der Studienbewerber jetzt eine steile Aufwärtsentwicklung nehmen wird.

Die relativ stärkste Entwicklung aller Hochschularten hatten die Fachhochschulen zu verzeichnen. Hier stieg die Zahl der Studenten im Vergleichszeitraum von rund 15 000 auf 32 100 um über 100% an. Zwar hat auch an den Fachhochschulen, etwa in der Mitte des Vergleichszeitraums, der Zugang etwas stagniert, insgesamt aber ergibt sich für sie eine mittlere Zunahmerate von 9,7% pro Jahr, was mehr als doppelt so hoch wie an den Universitäten ist. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß

- nach Erlass des Fachhochschulgesetzes der ursprüngliche Kreis der „klassischen“ Ingenieurschulen durch die Umwandlung einiger Höherer Fachschulen insbesondere sozialpädagogischen Charakters und die Einrichtung von zusätzlichen Verwaltungsfachhochschulen seit 1973 von 30 auf 34 angestiegen ist (der sich durch die Einrichtung von 3 Außenstellen der Fachhochschule des Bundes seit 1980 nochmals erhöht hat) und
- daß durch einen 1978 verabschiedeten Stufenplan gezielt Studienplätze an den 22 staatlichen Fachhochschulen (ohne 2 Fachhochschulen für öffentliche Verwaltung) ausgebaut worden sind. Dieser Ausbau sieht eine Anzahl neuer Studiengänge vor, die insbesondere auch das Angebot für weibliche Studierende erweitern sollen.

Dieses vermehrte Studienfachangebot für Frauen drückt sich auch in den Steigerungsraten aus: die Zahl der weiblichen Studierenden an Fachhochschulen hat seit dem Wintersemester 1973/74 um über 200%, die der Studierenden um 86% zugenommen.

Fachliche Entwicklungen und Schwerpunkte an den Universitäten

Traditionelle Ausbildungsstätten des tertiären Bildungsbereichs sind die Universitäten, die in Baden-Württemberg mit wenigen Ausnahmen – wie zum

Beispiel Veterinärmedizin sowie den Ausbildungsgängen für die Seefahrt und das Bergwerksingenieurwesen – ein umfassendes Fächerangebot für alle Ausbildungsgänge zur Verfügung stellen.

Nach der Zahl der Einschreibungen (*siehe Tabelle 1 und Anhang Tabelle 2*) ist im Wintersemester 1981/82 der Studienbereich Allgemeine Medizin mit 11 500 Studenten der größte, vor den Rechtswissenschaften (10 500), den Wirtschaftswissenschaften (8 900), der Germanistik (7 100) und dem Maschinenbau (6 500). Als Fächergruppe sind die Kultur- und Sprachwissenschaften (über 30 000 Studenten) am stärksten besetzt. Dies hängt nicht allein damit zusammen, daß sich in den drei traditionsreichsten Universitäten des Landes – Freiburg, Heidelberg und Tübingen – das Angebot schwerpunktmäßig auf diese Geisteswissenschaften konzentriert, sondern auch damit, daß sie für die Lehrer- und Dolmetscherausbildung wesentlich sind.

Bei einem Vergleich mit der Fächerbelegung an Universitäten im Wintersemester 1973/74 (*siehe Anhang Tabelle 2*) zeigt sich für das Wintersemester 1981/82, daß von den 37 Studienbereichen 23 eine über dem allgemeinen Landesdurchschnitt liegende Studentenentwicklung zu verzeichnen haben. Die stärksten Steigerungsraten weisen solche Studienbereiche aus, die zahlenmäßig klein sind wie außereuropäische Sprach- und Kulturwissenschaften (+ 225%), allgemeine Sprach- und Literaturwissenschaften (+ 205%) und auch Sport. Allerdings ist, abgesehen vom Studienbereich Sport, ihre zahlenmäßige Bedeutung gering. Stärker ins Gewicht fallen da schon die zahlenmäßigen Veränderungen durch Zunahme in den Bereichen Allgemeine Medizin (+ 65%), Maschinenbau (+ 76%) sowie bei Architektur (+ 59%), Rechtswissenschaften (+ 55%), Theologie (+ 125%) und Informatik (+ 115%). Allein in diesen sechs Studienbereichen zusammen erhöhte sich die Studentenzahl im Vergleichszeitraum um über 15 000.

Ungefähr im Rahmen der durchschnittlichen Entwicklung blieben die Studentenzahlen in den Studienbereichen Elektrotechnik (+ 37%) und Chemie (+ 36%). Dagegen trat in vier Studienbereichen eine rückläufige Studenten-Entwicklung ein: Mathematik nahm um 34%, das Wirtschaftsingenieurwesen um 8%, Bauingenieur- und Vermessungswesen um 1% und Anglistik um rund 4% ab.

Der deutlichste Rückgang ist im Studienbereich Mathematik zu verzeichnen. Zwar ist zu vermuten, daß sich das Studieninteresse von hier stärker zur Informatik verlagert hat, das allein erklärt die Abnahme von ursprünglich 4 500 auf rund 3 000 Studenten sicherlich nicht ganz, weil sich auch für beide Studienbereiche zusammen innerhalb der

Tabelle 1

Studierende an Universitäten

Haupt- und Nebenhörer.

Fächergruppe Studienbereich	Wintersemester		Veränderungen 1981/82 gegen 1973/74	Anteil an den Studienbereichen insgesamt	
	1973/74	1981/82		1973/74	1981/82
	Anzahl			%	
Kulturwissenschaften	9 227	15 365	66,5	11,5	13,7
Sprachwissenschaften	13 223	15 920	20,4	16,5	14,2
Wirtschafts- und Gesellschafts- wissenschaften	16 507	22 612	37,0	20,6	20,1
Mathematik und Naturwissenschaften	18 261	23 607	29,3	22,8	21,0
darunter					
Biologie	3 262	4 853	48,8	4,1	4,3
Chemie	3 986	5 407	35,7	5,0	4,8
Informatik	933	2 010	115,4	1,2	1,8
Mathematik	4 529	2 995	- 33,9	5,7	2,7
Physik	3 164	4 118	30,2	3,9	3,7
Agrar-, Forst- und Ernährungs- wissenschaften	1 899	2 824	48,7	2,3	2,5
Ingenieurwissenschaften	12 058	16 492	36,8	15,0	14,7
darunter					
Bauingenieur- und Vermessungs- wesen	2 570	2 544	- 1,0	3,2	2,3
Elektrotechnik	2 300	3 155	37,2	2,9	2,8
Maschinenbau	3 715	6 535	75,9	4,6	5,8
Medizin	7 969	12 948	62,5	9,9	11,5
Sport	533	2 066	287,6	0,7	1,8
Insgesamt ¹⁾	79 924	112 437	40,7	100,0	100,0

1) Einschließlich Studienkolleg, Deutschkurs für Ausländer sowie nicht Studienbereichen zuordenbare Fälle.

acht Vergleichsjahre eine Abnahme um 460 Studenten (- 8%) errechnen läßt. Mitbeigetragen zu dieser Entwicklung haben vermutlich

- das gesunkene Interesse am Studienziel „Lehramt“ (der Anteil der Lehramt-Studenten ist in diesem Bereich von 51% im Wintersemester 1977/78 auf 31% im Wintersemester 1981/82 zurückgegangen),
- die in diesem Studienbereich noch immer unterdurchschnittliche Studienbeteiligung von Frauen,
- teilweise auch erste Auswirkungen der Oberstufenreform², durch die in den Leistungskursen „Mathematik“ der Oberstufe der Gymnasien der Belegungsanteil seit 1978 von 29% auf 25% sank.

Die Bestands-Rückgänge im Bereich Wirtschaftsingenieurwesen lassen sich zumindest teilweise durch einen Austausch mit dem Maschinenbau erklären, während man für die Bereiche Anglistik und Sozialwissenschaften, allerdings aus unter-

schiedlichen Gründen, ebenfalls nachlassendes Studieninteresse unterstellen kann. Bei Anglistik dürfte auch die Entwicklung des Lehramt-Studiums verursachend gewesen sein. Die Gründe, warum Studenten der Sozialwissenschaften im Verlauf ihres Studiums in den letzten Jahren vermehrt zum Studienbereich Theologie überwechselten und somit dort entscheidend zur Erhöhung der Studentenzahl um über 2 300 beigetragen haben, sollten allerdings eingehender analysiert werden, was an dieser Stelle nicht möglich ist.

Infolge dieser zahlenmäßigen Veränderungen haben sich auch die Gewichte der einzelnen Studienbereiche im Gesamtgefüge verschoben. Am auffallendsten ist die Veränderung bei der Allgemeinen Medizin mit einem Anstieg des Anteils von 8,7% im Jahre 1973/74 auf 10,2% im Wintersemester 1981/82. Auch für Rechtswissenschaften (von 8,5 auf 9,3%) und Maschinenbau (von 4,6 auf 5,8%) errechnen sich bedeutsame Erhöhungen der Gewichtsanteile.

Demgegenüber sanken von den zahlenmäßig größeren die Bereiche Germanistik (von 8,0 auf 6,3%), Wirtschaftswissenschaften (von 8,9 auf 7,9%), Chemie (von 5,0 auf 4,8%), Physik (von 3,9 auf 3,7%) und Mathematik (einschließlich Informatik) von 6,9 auf 4,5%.

2 Eine stärkere Verursachung durch die neugestaltete Oberstufe läßt sich statistisch nicht nachweisen. Die Zahl der Mathematik-Studenten hat seit dem Wintersemester 1975/76 laufend abgenommen. Der stärkste Rückgang ist zwischen den Wintersemestern 1977/78 und 1978/79 eingetreten, zu einer Zeit, in der weniger als 20% der Abiturienten aus den neugestalteten Oberstufen kamen. Etwaige größere Auswirkungen der Reform könnten sich daher erst zu einem späteren Zeitpunkt bemerkbar machen.

Betrachtet man, wie sich die Anteile für die einzelnen Fächergruppen zwischen den Wintersemestern 1973/74 und 1981/82 verändert haben, so ist festzustellen, daß der Anteil für die Kultur- und Sprachwissenschaften unverändert geblieben ist; das Gewicht hat sich jedoch stärker zu den Kulturwissenschaften hin verlagert. Während bei den Gruppen Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften geringfügige (+ 0,2%-Punkte), bei Medizin starke (+ 1,6%-Punkte) Zunahmen zu verzeichnen sind, sind die Anteile in den anderen Gruppen gesunken, bei Ingenieurwissenschaften (– 0,3 %-Punkte) geringfügig, stärker bei Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften (– 0,5%-Punkte), am stärksten bei den mathematisch-naturwissenschaftlichen Studienbereichen (– 1,8 %-Punkte).

Anteil der Lehramt-Studenten stark rückläufig

In enger Verbindung mit den Veränderungen innerhalb der einzelnen Studienbereiche an Universitäten steht die Entwicklung des Lehramt-Studiums, da von ihm wesentliche Einflüsse auf die Fächerwahl ausgehen. Im Wintersemester 1973/74 hatten 22% aller eingeschriebenen Haupt- und Nebenhörer der Universitäten ein Lehramt zum Studienziel. 1981/82 war dieser Anteil auf 14% zurückgegangen. Bei den Studentinnen verringerte sich dieser Anteil sogar noch stärker, nämlich von 37 auf 21%.

Im Hinblick auf diese Entwicklung ist es erstaunlich, daß die Studienbereiche der Kultur- und Sprachwissenschaften ihren Strukturanteil von 28% im Vergleichszeitraum unverändert beibehalten haben, denn gerade dies sind die Fächer, in denen der Anteil von Lehramt-Studenten überdurchschnittlich hoch ist (siehe Tabelle 2). Neben dem Studienbereich Sport (92%), in dem in Baden-Württemberg kein Diplom-Studiengang angeboten wird, weisen vor allem die alten Sprachen (82%), Anglistik (54%), Germanistik (47%) und Romanistik (41%) weit über dem Durchschnitt aller Studienbereiche liegende Anteilsquoten für die Lehrämter aus. Hohe Quoten werden auch in einigen naturwissenschaftlichen Studienbereichen wie Geographie (38%) und Mathematik (31%) erreicht. Insgesamt ist jedoch festzustellen, daß in den naturwissenschaftlichen Studienbereichen, vor allem in Physik und Chemie das Studienziel „Lehramt“ nicht besonders ausgeprägt ist. Die Anteilsquote für alle Studienbereiche zusammen von 14% wird durch die naturgemäß extrem niedrigen Anteile an Lehramt-Studenten in den ingenieurwissenschaftlichen Studienbereichen, in denen die Ausbildung für das Lehramt an beruflichen Schulen erfolgt, gedrückt. Hier ist es nicht uninteressant zu sehen, daß sich im Maschinenbau und im Bauingenieur-

Tabelle 2

Lehramtsstudenten in ausgewählten Studienbereichen Wintersemester 1981/82

Lehramt Studienbereich	Studierende		Darunter Lehramtsstudenten	
	insgesamt	weiblich	zusammen	weiblich
	Anzahl		%	
Lehramt an Gymnasien				
Theologie	4 165	1 397	12,7	20,3
Philosophie	1 747	571	13,5	13,3
Geschichte	2 377	1 027	34,7	33,0
Altphilologie	457	238	82,5	84,5
Germanistik	7 131	4 299	47,4	46,1
Anglistik	3 260	2 328	53,9	50,0
Romanistik	3 141	2 614	41,3	39,1
Slawistik	574	454	11,5	11,7
Psychologie	2 639	1 376	0,2	0,3
Erziehungswissenschaften	2 487	1 485	38,1	39,2
Sport	2 066	762	92,3	92,1
Politik- und Sozialwissenschaften	3 055	1 095	7,8	8,3
Mathematik	2 995	749	31,3	42,9
Physik	4 118	315	9,4	14,9
Chemie	5 407	1 450	5,4	8,4
Biologie	4 853	2 322	24,1	26,4
Geowissenschaften	1 596	368	1,1	2,7
Geographie	1 201	503	38,1	41,8
Kunst	1 950	1 163	16,8	12,5
Lehramt an beruflichen Schulen				
Wirtschaftswissenschaften	8 858	2 102	3,0	4,4
Maschinenbau	6 535	194	2,9	5,2
Elektrotechnik	3 155	70	3,5	1,4
Bauingenieurwesen ¹⁾	2 544	219	2,1	2,7
Alle Studienbereiche²⁾	112 437	39 267	14,0	20,6

1) Einschließlich Vermessungswesen. – 2) Einschließlich der nicht aufgeführten Studienbereiche.

wesen anteilmäßig mehr Studentinnen als Studenten für ein Lehramt ausbilden lassen. Dies gilt übrigens auch für alle naturwissenschaftlichen Bereiche. In den sprach- und kulturwissenschaftlichen Ausbildungsgängen strebt jeder vierte Student – von den Studentinnen sogar jede Dritte das Lehramt an.

Die seit dem Wintersemester 1973/74 in den Lehramt-Studiengängen eingetretenen zahlenmäßigen Rückgänge sind durch Zugänge beim Magister-Studium ausgeglichen worden. Allein in diesem Studiengang hat sich die Zahl der Studenten im Vergleichszeitraum um mehr als 8000 erhöht, so daß jetzt statt 3% bereits über 10% aller Studenten diesen Abschluß anstreben. Im Vergleich dazu hat die Gesamtzahl der Lehramt-Studenten an Universitäten seit dem Höchststand im Wintersemester 1975/76 (19200) um etwa 3800 (– 20%) abgenommen.

Fachliche Schwerpunkte und Entwicklungen an den Fachhochschulen

Da die früheren Ingenieurschulen den Kern der heutigen Fachhochschulen bilden, liegt auch der Schwerpunkt ihres fachlichen Angebots im Ingenieurwesen. Rechnet man dazu (entgegen der Systematik des Statistischen Bundesamtes) auch das Wirtschaftsingenieurwesen, so waren im Wintersemester 1981/82 fast die Hälfte (49%) der Fachhochschulstudenten in dieser Fächergruppe eingeschrieben. Weitere zahlenmäßig herausragende Studienbereiche sind die Betriebswirtschaftslehre, das Verwaltungs- und Sozialwesen mit rund 4 100 beziehungsweise 7 700 Studenten.

Innerhalb des Vergleichszeitraums hat sich die Zahl der Einschreibungen an den Fachhochschulen von 15 500 auf 32 100 mehr als verdoppelt. Die Gesamtzunahme um 108% wurde insbesondere durch den Aufbau eines Netzes von Verwaltungsfachhochschulen mit weitgehender Spezialisierung auf einzelne Verwaltungszweige und (seit 1981) die Errichtung von Außenstellen der Fachhochschule des Bundes beeinflusst. Unter diesen Umständen kann es nicht verwundern, daß der Studienbereich Verwaltungswesen mit 185% eine der größten Steigerungsraten aufweist und mit einer Zunahme um mehr als 2 300 Studenten auch zahlenmäßig mit an der Spitze der Veränderungen steht (siehe Tabelle 3 und Anhang Tabelle 3).

Ebenfalls überdurchschnittlich hohe Zuwachsraten weisen die Studienbereiche Informatik (+ 205%), Chemie (+ 174%) und Agrarwirtschaft (+ 219%) auf. Die Steigerungsrate im Bereich Wirtschaftsingenieurwesen von 247% beruht teilweise auf einer zahlmässigen Umschichtung infolge einer neu vorgenommenen Zuordnung des Fachs, teilweise aber auf dem Ausbau gerade dieses Studienbereichs vor allem an den Fachhochschulen Esslingen und Karlsruhe.

Die „klassischen Fächer“ der ehemaligen Ingenieurschulen, wie Maschinenbau und Elektrotechnik haben den durchschnittlichen Zuwachs mit Ausnahme des Bauingenieurwesens (+ 116%) nicht erreicht. Allerdings verzeichnet der Maschinenbau bei einer Veränderungsrate von rund 100% gegenüber dem Wintersemester 1973/74 rund 3 700 Studenten mehr. Im Studienbereich Elektrotechnik hat sich die Studentenzahl in dieser Zeit zwar nur um rund 62% erweitert, berücksichtigt man jedoch die enge Verflechtung zur Informatik und errechnet für beide Studienbereiche eine gemeinsame Veränderung, so ergibt sich ein Zuwachs von rund 2 600 Studenten, was einer Zunahme um gleichfalls 100% entspricht.

Insgesamt gibt es im Vergleichszeitraum in den klassischen Fächern der früheren Ingenieurschulen (einschließlich Informatik) 8 900 (+ 100%) Studenten mehr, so daß sich die Gesamtzahl auf fast 17 800 erhöhte; dies weist darauf hin, daß die Kapazitäten gerade in den traditionellen Ausbildungsrichtungen stark erweitert worden sind.

Tabelle 3

Studierende an Fachhochschulen

Fächergruppe Studienbereich	Wintersemester		Veränderung 1981/82 gegen 1973/74	Anteil an den Studienbereichen insgesamt	
	1973/74	1981/82 ¹⁾		1973/74	1980/81
	Anzahl			%	
Kultur- und Kunstwissenschaft	578	1 112	92,4	3,7	3,5
Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften	5 417	11 266	108,0	35,0	35,1
Mathematik und Naturwissenschaften	1 033	2 969	187,4	6,7	9,2
davon					
Chemie	277	758	173,7	1,8	2,4
Informatik	680	2 074	205,0	4,4	6,5
Mathematik	76	137	80,3	0,5	0,4
Agrarwissenschaften	235	984	318,7	1,5	3,1
Ingenieurwissenschaften	8 193	15 811	93,0	53,0	49,2
darunter					
Bauingenieurwesen ²⁾	1 001	2 160	115,8	6,5	6,7
Elektrotechnik	1 896	3 075	62,2	12,3	9,6
Maschinenbau	3 691	7 536	104,2	23,9	23,4
Insgesamt	15 456	32 142	108,0	100	100

1) Ohne 3 240 Studenten der Fachhochschulen des Bundes in Baden-Württemberg. — 2) Einschließlich Vermessungswesen.

Die großen zahlenmäßigen Veränderungen, insbesondere in den Studienbereichen Verwaltungswesen, Wirtschaftsingenieurwesen und Informatik, bewirkten insgesamt eine Verschiebung der Anteile im gesamten Fächerkanon. Die Anteile dieser Studienbereiche sind stark angestiegen zu Lasten einiger anderer Bereiche, wie Betriebswirtschaftslehre, Elektrotechnik, Maschinenbau und Sozialwesen.

Erwähnenswert scheint die Veränderung im Studienbereich Architektur einerseits, in dem sich im Verlauf von sieben Jahren die Studentenzahl nur um rund 360 erhöhte (+ 31%) und dessen Anteil an allen Studenten der Fachhochschulen dadurch von 7,6 auf 4,8% zurückgegangen ist und andererseits die Entwicklung im Bauingenieurwesen, dessen Anteile in der gleichen Zeit von 6,5 auf 6,7% angestiegen sind. In diesem Zusammenhang muß darauf hingewiesen werden, daß diese beiden Studienbereiche an den Universitäten gerade die entgegengesetzte Entwicklung durchgemacht haben.

Überdurchschnittlich viel Studentinnen bei Allgemeiner Medizin

Die im letzten Jahrzehnt stark angestiegene Studienbeteiligung von Frauen in Verbindung mit dem seit 1975 vorgenommenen Abbau der Kapazitäten an Pädagogischen Hochschulen lenkte den Strom studienwilliger Mädchen zwangsläufig auf Universitäten und Fachhochschulen um. Vom Fächerangebot her ist es gegeben, daß Frauen an Universitäten (WS 1981/82: 39 300 Studentinnen) stärker vertreten sind als an den Fachhochschulen (8 600 Studentinnen). Da an den Fachhochschulen jedoch keine Ausbildung für Lehrämter durchgeführt wird und die Neigung von Frauen für die ingenieurwissenschaftlichen Studiengänge noch immer nicht sehr ausgeprägt ist, wird dort die Anteilsquote der Frauen, die seit 1973 von 18 auf 27% angestiegen ist, auch kaum noch wesentlich erhöht werden.

An den Universitäten ist der Anteil der Studentinnen seit 1973 von 28 auf 35% angestiegen (*siehe Tabelle 4 und Anhang Tabelle 2*), in der gleichen Zeit nahm er an Fachhochschulen um 8 Prozentpunkte zu (*siehe Anhang Tabelle 3*). Die Veränderungsrate liegt mit 204% an Fachhochschulen erheblich höher als an Universitäten (+ 77%), wobei jedoch zu berücksichtigen ist, daß die Zahl der Studentinnen an den Universitäten mit 39 300 etwa viereinhalbmal höher ist.

An den Universitäten fallen bei den zahlenmäßig stärker besetzten Studienbereichen vor allem die Zunahmen bei Allgemeiner Medizin und Rechtswissenschaften auf, die dazu führten, daß die Anteile von Frauen in diesen Bereichen über den allgemeinen Durchschnitt (35%) hinausgewachsen (Allgemeine Medizin) beziehungsweise dicht an ihn her-

angekommen sind (Rechtswissenschaften). In den zahlenmäßig schwächer mit Studentinnen besetzten Bereichen liegen die Zuwachsraten fast überall deutlich über dem Durchschnittswert. Da für die Zulassung zum Studienbereich Medizin und für einige andere bereits seit längerer Zeit Auswahlverfahren bestehen, ergibt sich die Frage, ob Mädchen aufgrund ihrer im allgemeinen etwas besseren Abiturnoten in den einer qualitativen Auswahl unterliegenden Studienbereichen günstigere Zugangsaussichten haben.

Infolge dieser Veränderungen bei den Rechtswissenschaften und durch einen ebenfalls überdurchschnittlich starken Zugang bei den Wirtschaftswissenschaften verzeichnet die Gruppe Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften bei nachlassendem Studieninteresse für die Sozialwissenschaften überdurchschnittliche Zunahmen an Studentinnen.

Zwar ist auch bei den Ingenieurwissenschaften ein deutlich gestiegenes Studieninteresse von Frauen festzustellen, doch sind die Anteile der Studentinnen in diesen Bereichen immer noch stark unterdurchschnittlich; selbst in Architektur, dem von allen Ingenieurwissenschaften am stärksten von Frauen belegten Studienbereich, beträgt die Quote erst 26%. In den anderen ingenieurwissenschaftlichen Bereichen ist sie neben Physik die niedrigste aller Studienbereiche überhaupt. Nicht ganz der allgemeinen Entwicklung gefolgt ist das Studieninteresse der Frauen in den naturwissenschaftlichen Fächern. Zwar errechnen sich bei Informatik und den Geowissenschaften überdurchschnittliche Steigerungsraten, die Frauenanteile liegen aber auch hier nur bei etwa 20%. Überdurchschnittlich vertreten sind Studentinnen dagegen im Studienbereich Biologie (48%), in dem ebenso wie in Chemie bei starker zahlenmäßiger Besetzung an den allgemeinen Durchschnitt heranreichende Zunahmeraten (71 bzw. 75%), zu verzeichnen sind, sowie der frauentypische Studienbereich Pharmazie, mit einem Studentinnen-Anteil von 60%. Zahlenmäßig am stärksten vertreten sind Studentinnen in den geisteswissenschaftlichen und für das Lehramt relevanten Studienbereichen der Universitäten. In ihnen sind rund 45% aller Frauen eingeschrieben, davon allein 27% bei den Sprachwissenschaften. Hier liegen die Frauenanteile – von wenigen Ausnahmen (Philosophie und Theologie) abgesehen – weit über dem Durchschnitt und werden in der Höhe nur von dem schwach besetzten Bereich Ernährungs- und Haushaltswissenschaften übertroffen.

Besonders herausragende Veränderungen weisen die Studienbereiche Theologie und Kunstwissenschaften auf. In ihnen ist die Zahl der Studentinnen seit 1973 auf über 1000 angestiegen. Auch in

Tabelle 4

Weibliche Studierende an Universitäten**Haupt- und Nebenhörer**

Fächergruppe Studienbereich	Zahl der weiblichen Studierenden im Wintersemester ...		Veränderung 1981/82 gegen 1973/74	Anteil an den Studienbereichen insgesamt		Anteil an den Studierenden insgesamt	
	1981/82	1973/74		1981/82	1973/74	1981/82	1973/74
	Anzahl			%			
Kulturwissenschaften	7 019	3 456	103,1	17,9	15,6	45,7	37,5
Sprachwissenschaften	10 675	7 951	34,3	27,2	35,8	67,1	60,1
Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften	6 744	3 196	111,0	17,2	14,4	29,8	19,4
Mathematik und Naturwissenschaften	6 944	4 315	60,9	17,7	19,4	29,4	23,6
darunter							
Biologie	2 322	1 360	70,7	5,9	6,1	47,8	41,7
Chemie	1 450	827	75,3	3,7	3,7	26,8	20,7
Informatik	382	111	244,1	1,0	0,5	19,0	11,9
Mathematik	749	965	— 22,4	1,9	4,3	25,0	21,3
Physik	315	202	55,9	0,8	0,9	7,6	6,4
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	1 083	595	82,0	2,8	2,7	38,4	31,3
Ingenieurwissenschaften	1 281	519	146,8	3,3	2,3	7,8	4,3
darunter							
Bauingenieur- und Vermessungswesen	219	106	106,6	0,6	0,5	8,6	4,1
Elektrotechnik	70	31	125,8	0,2	0,1	2,2	1,3
Maschinenbau	194	73	165,8	0,5	0,3	3,0	2,0
Medizin	4 533	2 011	125,4	11,5	9,1	35,0	25,2
Sport	762	197	286,8	1,9	0,9	36,9	37,0
Insgesamt ¹⁾	39 267	22 220	76,7	100	100	34,9	27,8

1) Einschließlich Studienkolleg, Deutschkurs für Ausländer sowie nicht Studienbereichen zuordenbare Fälle.

Theologie (Zunahme seit 1973: + 374%) ist nun fast schon die durchschnittliche Anteilsquote der Frauen erreicht. Für diese Veränderungen dürfte das bereits angedeutete rückläufige Interesse an den Sozialwissenschaften, das sich vor allem durch Zugänge im Bereich Theologie kompensiert, maßgebend sein.

An Fachhochschulen erst jeder vierte Student weiblich

An den Fachhochschulen ist erst jeder vierte Student weiblich (*Anhang Tabelle 3*). Rund 60% von ihnen sind in der Fächergruppe Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften eingeschrieben. Obwohl der Bestand in den beiden Bereichen Betriebswirtschaftslehre (+ 640%) und Verwaltungswesen (+ 479%) durch ungewöhnlich hohe Zuwachsraten auf jeweils über 1 400 Studentinnen angestiegen ist, hat die Gruppe ihren Anteil an allen Studentinnen der Fachhochschulen gegenüber 1973 nicht ganz aufrechterhalten können, weil der Studienbereich Sozialwesen, obwohl er mit 2 300 Studentinnen (+ 68%) der größte aller Studienbereiche ist, nur eine unter dem allgemeinen Durchschnitt (+ 204%) liegende Zunahme aufzuweisen hat.

Vergrößert haben sich an Fachhochschulen seit 1973 innerhalb der Studienbereichsgruppen nur die Anteile der Naturwissenschaften (von 15 auf 25%), infolge überdurchschnittlich hoher Zugänge

bei Informatik (+ 483%) und Chemie (+ 407%), und die der Ingenieurwissenschaften (von 16 auf 18%). Der Maschinenbau ist mit 531 Studentinnen jetzt nach den Bereichen der Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften bereits der von Frauen zahlenmäßig am stärksten belegte Studienbereich und hat damit die auf Frauen stärker zugeschnittenen Studienbereiche Bibliothekswesen und Produktgestaltung übertroffen.

Dennoch bleiben naturgemäß die Studienbereiche der Ingenieurwissenschaften diejenigen, in denen Studentinnen, gemessen an der Gesamtzahl aller Studierenden, am geringsten vertreten sind (10%). Zwar gibt es auch bei der Architektur vergleichsweise viele Studentinnen (33% gegenüber einem Durchschnitt von 27%), dominierend sind Studentinnen aber nach wie vor in den Bereichen Bibliothekswesen (64%), Sozialwesen (64%) und Produktgestaltung (54%). Während sich die Frauenanteile in den Studienbereichen Betriebswirtschaftslehre (35%) und Verwaltungswesen (40%)³ auf über dem Durchschnitt liegende Quoten entwickelt und somit für das Frauenstudium erheblich an Bedeutung gewonnen haben, hat der Studienbereich Bibliothekswesen (von 84 auf 64%) anteilmäßig etwas von seinem weiblichen Übergewicht verloren.

³ Darin sind alle Ausbildungsgänge zusammengefaßt, also auch die von Frauen fast gar nicht besuchten Fachhochschulen für Forstwirtschaft und für Polizeiwesen. An den Verwaltungsfachhochschulen Kehl und Stuttgart beträgt der Frauenanteil bereits 52%.

Rund 20% mehr Erstimmatrikulierte an Universitäten

Mit 18400 Erstimmatrikulierten liegt die Zahl der Neueinschreibungen an Universitäten im Studienjahr 1981⁴ um rund 20% höher als 1974.⁵ Dies ist eine vergleichsweise geringe Zunahme, denn der Anteil der Erstimmatrikulierten an allen Studierenden der Universitäten⁶ ist im Vergleichszeitraum von 19,3 auf 17,7% zurückgegangen. Dies hat vor allem zwei Ursachen:

1. Der Abiturientenjahrgang 1979 war infolge der geringen Zahl von Einschulungen im Kurzschuljahr 1967 mit 22 500 Absolventen zahlenmäßig erheblich kleiner als ein normaler Jahrgang (1980: 28 600). Da sich der Studienbeginn eines Abiturientenjahrgangs aber über etwa fünf Studienjahre verteilt, ist auch noch 1981 ein geringerer Anteil Studienanfänger als üblich neu an den Universitäten eingeschrieben worden.
2. Der allgemeine Trend zur Verlängerung der Verweilzeiten an den Universitäten, so daß sich der Bestand nicht in üblichem Umfang durch Abgänger verringerte.

4 Wintersemester 1980/81 und Sommersemester 1981 im Vergleich zum WS 1973/74 und SS 1974.

5 Im Studienjahr 1982 wird die Zahl der Erstimmatrikulierten an Universitäten bereits bei 22 000 liegen.

6 Bezogen auf den Bestand im jeweiligen Wintersemester.

Der errechnete mittlere Wert für die Veränderung in der Zahl der Erstimmatrikulierten ergibt sich aus extremen Zunahmeraten einerseits (*Tabelle 5 und Anhang Tabelle 4*), wie zum Beispiel bei außereuropäischen Sprachen (+ 179%), Informatik (+151%), Architektur (+ 121%), Kunstwissenschaften (+ 133%) oder Sport (+ 108%) und Abnahmen in einigen zahlenmäßig stark besetzten Studienbereichen (Germanistik – 9%, Anglistik – 26%, Mathematik – 56%) andererseits. Ein genaues Bild über die für die einzelnen Studienbereiche in künftigen Jahren zu erwartenden Studentenzahlen gibt diese Übersicht aber nicht, da erfahrungsgemäß Quereinsteiger und Studienfachwechsler die Strukturen nachträglich verändern.

Dies gilt für die medizinischen Ausbildungsrichtungen und neuerdings wohl auch für die Rechtswissenschaften. Dies ist zu folgern aus dem Tatbestand, daß die Anteile für die Erstimmatrikulierten bei Rechtswissenschaften an allen Erstimmatrikulierten der Universitäten seit 1973 von 23 auf 19% zurückgegangen, der Anteil an allen Studenten für diesen Bereich jedoch von 8,5 auf 9,1% heraufgegangen ist, während andererseits bei Wirtschaftswissenschaften für die Erstimmatrikulierten eine Erhöhung des Anteils von 17 auf 21% in der Gesamtzahl jedoch ein Rückgang von 8,9 auf 7,5% festzustellen ist. Dies läßt vermuten, daß größere Quereinsteige von den Wirtschaftswissenschaften zu den Rechtswissenschaften nicht auszuschließen sind.

Tabelle 5

Erstimmatrikulierte an Universitäten

Fächergruppe Studienbereich	Erstimmatrikulierte		Veränderung 1981 gegen 1974	Anteil an den Studienbereichen insgesamt		Anteil an den Studierenden insgesamt	
	1981 ¹⁾	1974 ¹⁾		1981	1974	1981 ²⁾	1974 ²⁾
	Anzahl			%			
Naturwissenschaften	2 009	1 416	41,9	10,9	9,2	14,4	15,3
Sprachwissenschaften	3 310	3 322	— 0,4	18,0	21,6	21,6	25,1
Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften	4 021	3 282	22,5	21,9	21,3	19,8	19,9
Mathematik und Naturwissenschaften, darunter	3 899	3 581	8,9	21,2	23,3	17,8	19,6
Biologie	760	538	41,3	4,1	3,5	16,7	16,5
Chemie	902	740	21,9	4,9	4,8	18,3	18,6
Informatik	454	181	150,8	2,5	1,2	26,9	19,4
Mathematik	446	1 021	— 56,3	2,4	6,6	14,5	22,5
Physik	640	600	6,7	3,5	3,9	17,0	19,0
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	521	528	— 1,3	2,8	3,4	18,9	27,8
Ingenieurwissenschaften darunter	2 485	2 180	14,0	13,5	14,2	16,5	18,1
Bauingenieur- und Vermessungswesen	389	507	— 23,3	2,1	3,3	16,2	19,7
Elektrotechnik	472	373	26,5	2,6	2,4	16,2	16,2
Maschinenbau	1 067	817	30,6	5,8	5,3	18,4	22,0
Medizin	1 475	788	87,2	8,0	5,1	12,0	9,9
Sport	404	194	108,2	2,2	1,3	19,8	36,4
Insgesamt	18 387	15 386	19,5	100	100	17,7	19,3

1) Jeweils Studienjahr (WS 1973/74 und SS 74 bzw. WS 1980/81 und SS 81. – 2) Bezogen auf die Studierenden des jeweiligen WS.

Auch die überdurchschnittlich hohe Zunahme an Erstimmatrikulierten bei Architektur um 121% bei fast unveränderten Anteilen an allen Studenten ist durch Quereinsteiger erklärbar; während 1973 und in den Jahren danach in größerem Umfang Studenten der Fachhochschulen das Architektur-Studium an Universitäten fortgesetzt hatten, hat sich neuerdings stärker durchgesetzt, dieses Studium unmittelbar an Universitäten zu beginnen. Darauf weist auch die Tatsache hin, daß der Bereich Architektur (neben Mathematik) an Fachhochschulen (*Anhang Tabelle 5*) der einzige ist, in dem die Zahl der Neueinschreibungen seit 1973 zurückgegangen ist (– 3%). Ansonsten haben die Erstimmatrikulationen an Fachhochschulen im Vergleichszeitraum von 4 700 auf 8 500 und damit um 81% zugenommen, von denen auch die Studienbereichsgruppe Ingenieurwissenschaften stark profitiert hat. Mit im Studienjahr 1981 4 000 Erstimmatrikulierten hat sich ihr Anteil an allen Neueinschreibungen an Fachhochschulen von 42 auf 46% erhöht.

Wenn man berücksichtigt, daß die Zugänge an Erstimmatrikulierten in den Studienbereichen der Kultur-, Kunst-, Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften der Fachhochschulen – abgesehen vom Verwaltungswesen – hinter dem allgemeinen Durchschnitt zurückgeblieben sind, und wenn man außerdem bedenkt, in welchem Ausmaß die Strukturanteile in diesen Bereichen zurückgegangen sind, dann liegt die Vermutung nahe, daß für diese Bereiche künftig stärker noch als bisher schon, das Universitätsstudium einem Fachhochschulstudium vorgezogen wird. Andererseits deutet die Entwicklung der Zahl der Erstimmatrikulierten bei den Ingenieurwissenschaften der Fachhochschulen, die sich fast verdoppelt hat, darauf hin, daß diese Studiengänge wegen der günstigen Berufschancen von jungen Menschen gerne belegt werden.

Fächerspezifische Bestandsveränderungen im Semesterablauf

Für bildungspolitische Zwecke ist es notwendig, auch die aktuellen Verweilzeiten an den Hochschulen zu kennen und die Abgänge festzuhalten. Hierüber hat das Statistische Landesamt anhand von Ergebnissen der Prüfungsstatistik bisher laufend berichtet.⁷ Erwünscht ist darüber hinaus aber auch eine Verknüpfung der Absolventen mit den Studienfächern, um ermitteln zu können, wie groß die Zahl der Studienabbrecher ist. Leider ist dies mit den Bestandsstatistiken weder in summarischer Weise noch in fächerspezifischer eindeutiger Weise möglich. Obwohl der Studentenstatistik verwaltungsbezogene Daten zugrunde liegen und

damit eine hohe statistische Absicherung gegeben ist, gibt es eine Reihe methodischer Gründe, warum dies nicht möglich ist. Das Statistische Landesamt hat auch darüber wiederholt Untersuchungen angestellt und berichtet.⁸

Um eine Vorstellung darüber zu vermitteln, wie sich die Bestände in den einzelnen Semestern verändern, soll zum Abschluß dieser Darstellung deutlich gemacht werden, wie wenig die Bestände in den einzelnen Semestern an die Vorsemester angepaßt sind und wie problematisch daher eine nicht bereinigte Verknüpfung der Zahlen von Studienanfängern und Absolventen ist.

Es muß nicht besonders erwähnt werden, daß es neben den Quereinsteigern, also den Studenten, die aus anderen Studienfächern kommen und möglicherweise einige bereits abgeleistete Studienzeiten in anderen Fächern auf das neue Studium angerechnet bekommen, den Beurlaubten und den zahlreichen Hochschulwechslern in und aus andere(n) Bundesländer(n) noch einige andere hier wirksam werdende Gründe gibt.

Für diese Betrachtung wurde vom Wintersemester 1977/78 ausgegangen. Gegenübergestellt sind die Studierenden im ersten Hochschulse semester und die im ersten Fachsemester. Diese Bestände werden mit denen verglichen, die nach 6 Fachsemestern (also im Sommersemester 1980) und nach 8 Fachsemestern (also im Sommersemester 1981) ermittelt worden sind. Dabei ist zu berücksichtigen, daß eine geringe Zahl von Studierenden bereits vor dem 8. Fachsemester eine Abschlußprüfung ablegt.

Aus der Übersicht geht hervor, daß im Wintersemester 1977/78 rund 17% mehr Studenten ein Fachstudium begonnen haben, als Neueinschreibungen erfolgten. Von den nachträglichen Wechseln des Studienbereichs waren besonders die Studienbereiche Psychologie (+ 50%), Allgemeine Medizin (+ 35%), Architektur (+ 27%) und Zahnmedizin (+ 23%) betroffen, also diejenigen, in denen bereits seit längerer Zeit ein absoluter Numerus clausus besteht.

Vergleicht man die Zahlen in diesen Studienfächern mit dem Bestand nach 6 oder 8 Fachsemestern, so überrascht, in welcher unterschiedlicher Weise sich die Bestände verändert haben. Insgesamt befinden sich nach 6 Semestern nur noch rund 75% der ursprünglichen Studienanfänger im statistischen System. Man kann dabei unterstellen, daß die Zugänge an Universitäten sich mit den Abgängen über die Grenzen Baden-Württembergs ausgleichen. Trotzdem hat sich der Bestand in eini-

⁷ Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 1/1980.

⁸ A.a.O., Heft 3/1981

Tabelle 6

Veränderung des Studentenbestandes an Universitäten im Studienverlauf WS 1977/78 bis SS 1981

Fächergruppe Studienbereich	Studienanfänger im Wintersemester 1977/78			Von den Studienanfängern im WS 1977/78 (1. Fachsemester) befanden sich im			
	1. Hochschul- semester	1. Fachsemester		6. Fachsemester SS 1980		8. Fachsemester SS 1981	
	Anzahl		in % des 1. Hochschul- semesters	Anzahl	in % des 1. Fach- semesters	Anzahl	in % des 1. Fach- semesters
Kulturwissenschaften	1 195	1 743	145,9	1 550	88,9	1 290	74,0
Sprachwissenschaften	2 404	2 629	109,4	1 577	60,0	1 326	50,4
Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften	2 685	3 080	114,7	2 108	68,4	2 021	65,6
Mathematik und Naturwissenschaften	2 966	3 285	110,8	2 443	74,4	2 268	69,0
darunter							
Biologie	643	751	116,8	603	80,3	554	73,8
Chemie	705	740	105,0	515	69,6	477	64,5
Informatik	197	218	110,7	147	67,4	143	65,6
Mathematik	539	589	109,3	371	63,0	334	56,7
Physik	545	595	109,2	432	72,6	415	69,7
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	417	485	116,3	395	81,4	358	73,8
Ingenieurwissenschaften	2 223	2 561	115,2	1 931	75,4	1 786	69,7
darunter							
Bauingenieur- und Vermessungswesen	405	454	114,8	289	63,7	253	55,7
Elektrotechnik	398	434	109,0	341	78,6	320	73,7
Maschinenbau	930	1 085	116,7	762	70,2	696	64,1
Medizin	770	1 031	133,9	1 233	119,6	1 218	118,1
Sport	140	161	115,0	226	140,4	206	128,0
Insgesamt ¹⁾	13 006	15 205	116,9	11 472	75,4	10 478	68,9

1) Einschließlich Studienkolleg, Deutschkurs für Ausländer sowie nicht zuordenbare Fälle.

gen Studienbereichen überraschenderweise sogar noch erhöht: in Theologie um 37%, in Sport um 40%, in Zahnmedizin um 23%, in Allgemeiner Medizin um 19%, in Pharmazie um 8% und in Architektur um 2% (siehe Tabelle 6 und Anhang Tabelle 6).

In anderen Studienbereichen dagegen, insbesondere in Sozialwissenschaften hat die Zahl der Studenten in dieser Zeit um über die Hälfte oder doch um annähernd die Hälfte abgenommen. Dies mag in den sprachwissenschaftlichen Studienbereichen teilweise durch Ausländer, die Teile ihres sprachwissenschaftlichen Studiums oder ein Dolmetscherstudium in Baden-Württemberg durchführen, zu erklären sein. Für die vielen anderen Studienbereiche mit hohen Schwundzahlen wird sich ohne eingehendere Untersuchungen mit Hilfe der Verlaufsstatistik keine befriedigende Erklärung abgeben lassen.

Wenn man berücksichtigt, daß rund 2000 beurlaubte Universitäts-Studenten in diesen Vergleich nicht einbezogen sind, dann würde sich für alle Studienbereiche zusammen eine mittlere Studierenden-Fehlquote von etwa 15 bis 18% ergeben, die in dieser Größenordnung derjenigen angeglichen

ist, die das Statistische-Landesamt in seiner letzten Berechnung⁹ als Studienabbrecher-Quote ermittelt hat.

Auch wenn in der Übersicht die Verflechtungen und die Wechsel zwischen den einzelnen Studienbereichen nicht zum Ausdruck kommen, wird dennoch deutlich, daß es mit Sicherheit eine Reihe von Studienbereichen gibt, in denen der echte Drop-Out diese mittlere Abbrecherquote erheblich überschreitet. Dies muß nach den vorliegenden Zahlen zumindest für die Studienbereiche Wirtschaftswissenschaften, Sozialwissenschaften, Informatik, Mathematik, Physik und möglicherweise auch für einige ingenieurwissenschaftliche Studienbereiche gefolgert werden.

Studienbeteiligung in den naturwissenschaftlich-technischen Studiengängen

Um die Studienbeteiligung dieser Fächergruppen insgesamt zu ermitteln, wurden die typisch technisch-naturwissenschaftlichen Ausbildungsbereiche der Universitäten mit denen der Fachhoch-

Tabelle 7

Das Studium technisch-naturwissenschaftlicher Fächer¹⁾

Studienbereich	Studierende im Wintersemester				Veränderung 1981/82 gegen 1973/74	
	1981/82		1973/74		insgesamt	darunter weiblich
	insgesamt	darunter weiblich	insgesamt	darunter weiblich		
	Anzahl				%	
Architektur	4 061	1 176	2 756	460	47,4	155,7
Bauingenieur- und Vermessungswesen	4 651	449	3 567	152	30,4	195,4
Biologie	3 683	1 709	1 645	632	123,9	170,4
Chemie	5 873	1 617	3 770	696	55,8	132,3
Elektrotechnik	6 119	134	4 161	47	47,1	185,1
Informatik	4 084	802	1 613	183	153,2	338,3
Maschinenbau	13 880	737	7 297	234	90,2	215,0
Mathematik	2 194	472	2 659	361	- 17,5	30,7
Physik	3 729	268	2 720	149	37,1	79,9
Wirtschaftsingenieurwesen	3 236	373	2 322	54	39,4	590,7
Technisch- naturwissenschaftliche Bereiche zusammen 2)	51 510	7 737	32 510	2 968	58,4	160,7
Sonstige Studienbereiche	77 281	32 072	45 136	13 826	71,2	132,0
Studienbereiche insgesamt	128 791	39 809	77 646	16 794	65,9	137,0

1) Universitäten und Fachhochschulen zusammen, ohne Studenten des Lehramts. — 2) Ohne die Studienbereiche Pharmazie, Geographie und Geowissenschaften.

schulen zusammengefasst und den übrigen Studienbereichen, vermindert um die Studenten mit dem Ausbildungsziel „Lehramt“, gegenübergestellt. Die eigentlich ebenfalls den Naturwissenschaften zugehörigen Studienbereiche Geographie, Geowissenschaften und Pharmazie wurden den „sonstigen Studienbereichen“ zugezählt, weil sie ihrem Charakter nach nicht den mehr technisch orientierten Ausbildungsgängen nahestehen.

Im Vergleich mit dem Wintersemester 1973/74 zeigt sich acht Jahre später, daß die Zunahmen der Studentenzahlen in den technisch-naturwissenschaftlichen Studienbereichen (+ 58%) nicht ganz dem allgemeinen Trend (+ 66%) gefolgt, sondern geringfügig darunter geblieben sind. Ausgenommen davon blieb, wegen des gezielten Ausbaus der Kapazitäten vor allem an den Fachhochschulen, die Entwicklung in den Studienbereichen Informatik (+ 153%) in Biologie (+ 124%) und im Maschinenbau (+ 90) (Tabelle 7). In den Studienbereichen Architektur (+ 47%) sowie Bauingenieur- und Vermessungswesen (+ 30%) liegen nur unterdurchschnittliche Veränderungsarten vor, wobei die Neigung, Architektur zu studieren an Universitäten eine Aufwärtstendenz zeigt, an Fachhochschulen jedoch stark rückläufig ist. Im Bereich Bauingenieurwesen sind die Gegebenheiten genau umgekehrt. Aufgrund des Fächerwahlverhaltens der Erstimmatrikulierten werden diese Tendenzen voraussichtlich mittelfristig anhalten.

Günstig hat sich die Studierneigung in den Studienbereichen Maschinenbau und Wirtschaftsingenieurwesen entwickelt. In ersterem nahm die Zahl

der Studierenden im Vergleichszeitraum um 6 600 zu. Bei letzterem deutet sich beim Universitäts-Studiengang in den letzten Semestern zwar eine rückläufige Tendenz an, die infolge leicht zurückgehender Ersteinschreibungen vermutlich auch zunächst noch anhalten wird, aber an den Fachhochschulen zeigt sich ein stark ansteigender Trend, der mit darauf zurückzuführen ist, daß Studentinnen zunehmend mehr Zugang zu diesem Studienbereich finden. Überhaupt ist bei den Frauen ein stark angestiegenes Interesse an technischen, vor allem aber an naturwissenschaftlichen Ausbildungsgängen festzustellen. In diesen Studiengängen liegen die Veränderungsarten mit 161% über dem allgemeinen Durchschnitt (137%), wobei nicht unberücksichtigt bleiben darf, daß die Steigerungsraten aufgrund extrem niedriger Ausgangswerte errechnet werden müssen. Immerhin hat allein in den naturwissenschaftlichen Studiengängen die Zahl der Studentinnen seit 1973 um rund 2 900 zugenommen, selbst die Zahl der Mathematik-Studentinnen hat nicht abgenommen, sondern sich, im Gegensatz zu den Studenten, leicht erhöht. Insgesamt ist der Anteil von Studentinnen in den technisch-naturwissenschaftlichen Bereichen an der Gesamtzahl aller Studentinnen (ohne Lehramt) seit 1973 von 17,7 auf 19,4% angestiegen, während demgegenüber der gleiche Anteil bei allen Studenten von 41,9 auf 40,0% zurückgegangen ist.

Aus den Studentenzahlen ist allerdings zu ersehen, daß die an den Universitäten und Fachhochschulen vorhandenen Kapazitäten stark beansprucht wer-

den. Stärkeren Zunahmen stehen an den Fachhochschulen Kapazitätsprobleme entgegen. An den Universitäten läßt die vergleichsweise längere Studiendauer in den technisch-naturwissenschaftlichen Bereichen, die im Durchschnitt um 1 bis 2 Semester über der in den Geisteswissenschaften liegt, kaum erwarten, daß sich die Studentenzahlen in diesen Studienbereichen adäquat zu denen in anderen Ausbildungsgängen entwickelt haben. Dies liegt aber auch daran, daß gerade im technischen Bereich die Studienbeteiligung von Frauen aus Neigung, Motivation und wegen des Fehlens von ausreichenden frauentypischen Berufsmöglichkeiten auf absehbare Zeit nicht die gleiche Intensität annehmen wird wie zum Beispiel bei den Sprach- und Kulturwissenschaften.

Die Entwicklung der Teilnehmerzahl in den entsprechenden Leistungskursen der reformierten Oberstufe an den Gymnasien, die den potentiellen Kreis der künftigen Neuzugänge für diese Studienbereiche bilden, läßt erwarten, daß das Interesse an den technisch-naturwissenschaftlichen Studienbereichen auch künftig zunehmen wird. So ist die Zahl der Belegungsfälle in diesen Leistungskursen seit 1978 um rund 5400 angestiegen. Der Belegungsanteil ging im Leistungskurs Mathematik zwar von 29 auf 25% zurück, blieb aber in Physik mit 18% konstant und ist in Biologie sogar von 31 auf 35% angestiegen. Berücksichtigt man auch das gesunkene Interesse am Lehramt-Studium, so scheinen diese Zahlen darauf hinzudeuten, daß technisch-naturwissenschaftliche Ausbildungsgänge stärker nachgefragt werden. Dies ergibt sich auch aus der Tatsache, daß die Zahl der Studienanfänger in den ingenieurwissenschaftlichen Disziplinen der Universitäten zum Wintersemester 1981/82 gegenüber dem Vorjahr um etwa 30% angestiegen ist.

Zusammenfassung

- Die Entwicklung des Studentenbestandes unter fächerspezifischen Gesichtspunkten sowie unter den sich im Zeitablauf verändernden Präferenzen hinsichtlich der Fächerwahl zu beobachten, ist für Fragen des Bildungs- und Beschäftigungssystems unerlässlich.
- Im Wintersemester 1981/82 gab es mit 164000 rund 38% mehr Studenten als 8 Jahre zuvor. Dabei nahm die Zahl der Studenten an Universitäten um 40% (auf 112000) und an Fachhochschulen sogar um rund 100% (auf 32000) zu. An den Pädagogischen Hochschulen war sie rückläufig (–40% auf 12500).
- Es ist zu erwarten, daß die Studierendenzahl aufgrund der weiterhin ins studierfähige Alter kommenden geburtenstarken Jahrgänge und der bei etwa 80% pendelnden Studierneigung

eines Abiturjahrgangs noch bis etwa 1988 ansteigen und erst nach 1992 sinkende Tendenz erhalten wird.

- An den Universitäten sind Allgemeine Medizin und Rechtswissenschaften die größten Studienbereiche, die auch überdurchschnittliche Zunahmen verzeichneten. In den ebenfalls großen Wirtschaftswissenschaften nahmen die Studierendenzahlen nur gering zu. Die höchsten Zuwachsraten wiesen einige sehr kleine Studienbereiche aus wie Sport, außereuropäische Sprachen und allgemeine Sprach- und Literaturwissenschaften. Weniger Studenten als 1973/74 gibt es jetzt vor allem in Mathematik (– 34%) und, weniger ausgeprägt, in Anglistik sowie im Wirtschaftsingenieur- und Bauingenieurwesen.
- In enger Verbindung mit den Veränderungen innerhalb der einzelnen Studienbereiche steht die Entwicklung der Zahl der Lehramtsstudenten. Ihr Anteil ging von 22% (1973/74) auf 14% (1981/82) zurück. Die rückläufige Bedeutung früher größerer Studienbereiche wie Mathematik, Germanistik und Anglistik dürfte hierdurch mitbedingt sein.
- Im Bereich Mathematik sank die Lehramtsquote vom WS 1977/78 zum WS 1981/82 von 51% auf 31%. Für die hier rückläufige Studentenentwicklung dürfte weiterhin die Verlagerung zur Informatik ursächlich sein. Auswirkungen der Oberstufenreform, durch die in den Leistungskursen der Belegungsanteil seit 1978 von 29% auf 25% sank, dürften sich erst zukünftig bemerkbar machen.
- Die Verdoppelung der Studentenzahl an den Fachhochschulen ist einerseits auf den Ausbau der Fachhochschulen und Verwaltungshochschulen und andererseits auch auf die hohe Auslastung der Kapazitäten in den „klassischen“, der Ingenieurausbildung dienenden Fächern zurückzuführen. So hat sich die Studentenzahl sowohl bei Maschinenbau wie bei Elektrotechnik und Informatik – diese Bereiche wurden zusammengekommen – verdoppelt.
- Überdurchschnittlich stark ist die Studienbeteiligung von Frauen angestiegen, an den Universitäten liegt sie insgesamt bei 35% (WS 1981/82: 39000 Studentinnen). Unter den Studienanfängern sind aber bereits 40% Studentinnen. An den Fachhochschulen ist erst jeder vierte Studierende weiblich (8600 Studentinnen). Von Frauen bevorzugte Studienbereiche sind neben den Ernährungs- und Haushaltswissenschaften die Geistes- und Sprachwissenschaften, Pharmazie, Biologie und Sozialwissenschaften, wie auch zunehmend Theologie und – von den größeren Bereichen – Allgemeine Medizin und Rechtswissenschaften.
- Zwischen 1974 und 1981 ist die Zahl der Erstimmatrikulierten an den Universitäten um

20% gestiegen – dieser nur geringe Zuwachs ist vor allem auf das Kurzschuljahr 1967 zurückzuführen – und an den Fachhochschulen um 80%. Die fächerspezifische Aufgliederung vermittelt allerdings nicht zuletzt wegen der Zunahme der Quereinsteiger und Studienfachwechsler kein *genaues* Bild über den zukünftig zu erwartenden Studentenbestand. Zugänge dieser Art haben vor allem die Bereiche Psychologie, Allgemeine Medizin, Zahnmedizin, Architektur und Rechtswissenschaften zu verzeichnen.

- Vergleicht man (nach Fachsemestern) die Studienanfänger mit dem Bestand nach 6 Semestern, so zeigt sich im Vergleich WS 1977/78 zu SS 1980, daß nur noch 75% der ursprünglichen Studienanfänger im statistischen System sind (bei Annahme eines Ausgleichs von Zu- und Abgängen über die Grenzen Baden-Württembergs). Besonders stark ist der Schwund bei den Sozial- und Sprachwissenschaften sowie in Germanistik. Erhöht hat sich der Bestand vor allem in Allgemeiner Medizin, Zahnmedizin sowie in Theologie und Sport.
- Die Zunahme der Studentenzahl in den technischen und naturwissenschaftlichen Studienbereichen (Universitäten und Fachhochschulen zusammen ohne Lehramtsbewerber) ist mit + 58% nicht ganz dem allgemeinen Durchschnitt (+ 66%) gefolgt. Überdurchschnittlich allerdings sind die Entwicklungen in den Studienbereichen Informatik (+ 153%), Biologie (+ 124%) und Maschinenbau (+ 90%).
- In den Studienbereichen Architektur und Bauingenieurwesen (einschließlich Vermessung) sind die Entwicklungen insofern gegenläufig, als die Neigung zum Architekturstudium an Universitäten Aufwärtstendenz zeigt, an Fachhochschulen jedoch stark rückläufig ist; beim Bauingenieurwesen sind die Gegebenheiten genau umgekehrt.

3. Wirtschaftsstrukturen

3.1 Stellung Baden-Württembergs auf nationalen und internationalen Märkten

Die Gefährdung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit ist in der Bundesrepublik in den letzten Monaten im Zusammenhang mit dem zeitweise hohen Leistungsbilanzdefizit und dem Vordringen Japans bei verschiedenen Warengruppen auf dem Inlands- und Auslandsmarkt besonders stark diskutiert worden. Diese Fragen sind gerade auch in Baden-Württemberg wegen seines hohen Industrialisierungsgrades und seiner starken Außenhandelsabhängigkeit von großer Bedeutung. Vor diesem Hintergrund soll im folgenden nachvollzogen werden, wie sich im Laufe der siebziger Jahre die Stellung Baden-Württembergs auf dem Weltmarkt und auf dem Binnenmarkt der Bundesrepublik entwickelt hat. Aus Gründen der zur Verfügung stehenden Daten endet die Analyse mit dem Jahr 1980 (bzw. 1979). Die bisherige günstige Entwicklung vor allem auf den Weltexportmärkten muß sich allerdings nicht zwangsläufig auch in Zukunft fortsetzen, da sich die Wettbewerbssituation auf den internationalen Märkten zwischenzeitlich verschärft hat und von einer Vielzahl von Faktoren abhängig ist. Es wird also zusätzlicher Anstrengungen auf verschiedenen Ebenen bedürfen, die heute noch günstige Situation Baden-Württembergs auf den internationalen Märkten zu festigen oder auszubauen. Die Untersuchung bezieht sich vornehmlich auf das Verarbeitende Gewerbe bzw. seine Produkte. Aus Gründen des zur Verfügung stehenden Datenmaterials werden dabei Produktgruppen bzw. Produktionsbereiche in einer relativ hohen Aggregationsstufe betrachtet. Einzelne Produkte innerhalb dieser Warenagglomerationen können allerdings entsprechend ihrer besonderen Marktsituation durchaus eine von der Gesamttendenz abweichende Entwicklung erfahren haben.

Grundtendenzen

Betrachtet man die Entwicklung auf dem Inlandsmarkt der Bundesrepublik (*Tabellen 1 und 2, Anhangtabelle 7*), so zeigt sich, daß in fast allen hier betrachteten Branchen¹ der Anteil der Importe aus dem Ausland in die Bundesrepublik im Laufe der siebziger Jahre kontinuierlich angestiegen ist. Eine Ausnahme hiervon machen lediglich die NE-Metalle (hier liegt der Anteil der Auslandsimporte 1980 ungefähr auf der Höhe des Jahres 1970), was auch mit den starken Preisschwankungen dieser

Produkte auf dem Weltmarkt zusammenhängen dürfte. Alle nachfolgend wiedergegebenen Zahlen sind in jeweiligen Preisen ausgedrückt. So haben zwischen 1970 und 1980 für Produkte des Verarbeitenden Gewerbes die inländischen Erzeugerpreise um 60,9%, die Exportpreise um 61% und die Importpreise um 60,4% zugenommen.

Die Inlandsversorgung mit Produkten des Verarbeitenden Gewerbes – das sind die für den Inlandsabsatz bestimmten Umsätze des Verarbeitenden Gewerbes zuzüglich der Importe – hat sich im vergangenen Jahrzehnt gut verdoppelt (1970: 498,6 Mrd. DM, 1980: 1015,6 Mrd. DM). Gleichzeitig hat das Ausland seine Lieferungen in die Bundesrepublik etwa verdreifacht (1970: 81,0 Mrd. DM, 1980: 244,8 Mrd. DM). Dadurch erhöhte sich die Importquote von 16,3 % auf 24,1%, sie nahm also um 7,9 Prozentpunkte oder um etwa die Hälfte zu (*vgl. Tabellen 1 und 2*)². Diese erhebliche Steigerung der Importe von Erzeugnissen des Verarbeitenden Gewerbes in die Bundesrepublik ist aber nicht automatisch mit einem Verlust internationaler Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gleichzusetzen. Da gleichzeitig die Exporte der Bundesrepublik um 165% (oder jährlich +10,2%) zugenommen haben (1970: 99,7 Mrd. DM, 1980: 264,3 Mrd. DM) bzw. sich die Exportquote von 19,3% auf 25,5% (+6,2 Prozentpunkte) erhöht hat, ist diese Entwicklung auch Ausdruck einer Intensivierung der internationalen Austauschbeziehungen.

Diese Tendenz betraf allerdings die einzelnen Branchen der Bundesrepublik in sehr unterschiedlichem Ausmaß und hat so den Strukturwandel der siebziger Jahre im Verarbeitenden Gewerbe nachhaltig gefördert. Die Differenzierung zeigt sich bereits bei den 4 Wirtschaftsbereichen (*Tabelle 1*). So hat sich zwischen 1970 und 1980 der Inlandsverbrauch bei den Grundstoffen und Produktionsgütern und bei den Investitionsgütern (jeweils +109% oder jahresdurchschnittlich +7,7%) wie auch bei den Verbrauchsgütern (+99%, jahresdurchschnittlich +7,1%) jeweils in etwa verdoppelt; bei den Nahrungs- und Genußmitteln lag der Zuwachs bei 87% (jahresdurchschnittlich +6,4%). Die Zunahme der

¹ Im wesentlichen sind dies Sypro-Zweisteller der Statistik im Verarbeitenden Gewerbe.

² Bei einem Vergleich von Anteilsquoten zweier Zeitpunkte kann sowohl eine Betrachtung der Veränderung (Zuwachs oder Rückgang in %) wie die Differenz (gemessen in Prozentpunkten) von Interesse sein. In *Tabelle 2* ist die Differenz ausgewiesen; die Veränderungsrate läßt sich über die Daten von *Anhangtabelle 7* berechnen.

Tabelle 1

Struktur der Inlandsversorgung des Bundesgebietes mit Produkten des Verarbeitenden Gewerbes nach Herkunftsgebieten

Jahr	Inlands- versorgung des Bundesgebietes	Davon durch Produkte aus					
		Baden-Württemberg		anderen Bundesländern		dem Ausland	
		1000 DM	%	1000 DM	%	1000 DM	%
Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes							
1970	156 619 120	14 493 388	9,25	109 332 549	69,81	32 793 183	20,94
1972	164 387 684	15 782 667	9,60	114 935 711	69,92	33 669 306	20,48
1974	232 196 513	19 435 331	8,37	159 776 246	68,81	52 984 936	22,82
1976	245 247 395	20 888 277	8,52	163 903 610	66,83	60 455 508	24,65
1978	249 440 780	21 793 579	8,74	163 293 553	65,46	64 353 648	25,80
1980	327 162 489	26 756 765	8,18	206 942 480	63,25	93 463 244	28,57
Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes							
1970	169 725 023	31 982 959	18,84	113 090 836	66,63	24 651 228	14,52
1972	193 862 062	36 688 312	18,92	126 976 874	65,50	30 196 876	15,58
1974	214 892 628	41 414 355	19,27	140 363 989	65,32	33 114 284	15,41
1976	253 061 408	46 121 793	18,23	158 164 268	62,50	48 775 347	19,27
1978	302 216 188	55 704 076	18,43	185 825 346	61,49	60 686 766	20,08
1980	354 757 231	67 009 589	18,89	209 579 583	59,08	78 168 059	22,03
Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes							
1970	97 643 933	17 379 443	17,80	65 806 868	67,39	14 457 622	14,81
1972	119 180 102	20 047 543	16,82	77 859 428	65,33	21 273 131	17,85
1974	133 471 694	22 559 890	16,90	85 139 292	63,79	25 772 512	19,31
1976	146 422 543	24 035 598	16,42	89 470 651	61,10	32 916 294	22,48
1978	164 889 469	26 027 337	15,78	98 807 305	59,92	40 054 827	24,29
1980	194 115 808	29 365 738	15,13	112 278 926	57,84	52 471 144	27,03
Nahrungs- und Genußmittel							
1970	74 665 422	7 196 207	9,64	58 354 232	78,15	9 114 983	12,21
1972	86 371 247	8 262 068	9,57	66 520 492	77,02	11 588 687	13,42
1974	99 487 556	9 969 137	10,02	76 183 281	76,57	13 335 138	13,40
1976	115 032 401	10 776 680	9,37	87 887 862	76,40	16 367 859	14,23
1978	127 402 545	13 014 253	10,22	96 417 962	75,68	17 970 330	14,11
1980	139 535 162	14 141 511	10,13	104 634 725	74,99	20 758 926	14,88
Verarbeitendes Gewerbe							
1970	498 653 498	71 051 997	14,25	346 584 485	69,50	81 017 016	16,25
1972	563 801 095	80 780 590	14,33	386 292 505	68,52	96 728 000	17,15
1974	680 048 391	93 378 713	13,73	461 462 808	67,86	125 206 870	18,41
1976	759 763 747	101 822 348	13,40	499 426 391	65,73	158 515 008	20,86
1978	843 948 982	116 539 245	13,81	544 344 166	64,50	183 065 571	21,69
1980	1 015 570 690	137 273 603	13,52	633 435 714	62,37	244 861 373	24,11

Importe auf dem Inlandsmarkt der Bundesrepublik war dabei bei den Verbrauchsgütern und bei den Investitionsgütern überdurchschnittlich hoch; im einzelnen stiegen bei den Verbrauchsgütern die Importe um 263% (jahresdurchschnittlich +13,8%) auf 52,5 Mrd. DM und der Importanteil um 12,2 Prozentpunkte auf 27,0%, bei den Investitionsgütern erhöhten sich die Einfuhren um 217% (jährlich +12,2%) auf 78,2 Mrd. DM und der Importanteil um 7,5 Prozentpunkte auf 22,0%. Die Grundstoffe und Produktionsgüter wiesen Zunahmen der Importe um 185% (jährlich +11,0%) auf 93,5 Mrd. DM bzw. des Importanteils um 7,6 Prozentpunkte auf 28,6% auf, und bei den Nahrungs- und Genußmitteln stiegen die Importe um 128% (jährlich +2,7%) auf 20,8 Mrd. DM bzw. die Importquoten

um 2,7 Prozentpunkte auf 14,9%. Der stärkste Importanstieg ergab sich jeweils in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre.

Während dabei aber das Investitionsgütergewerbe die – sowohl im Verhältnis zum Durchschnitt des gesamten Verarbeitenden Gewerbes wie auch in Relation zur Entwicklung der Inlandsversorgung – überdurchschnittlich hohen Importzuwächse durch starke Exportanstrengungen mehr als ausgleichen konnte, war dies bei den anderen Wirtschaftsbereichen nicht der Fall (vgl. Tabelle 3). So erhöhten sich beim Investitionsgütergewerbe zwischen 1970 und 1980 die Importe um 53,5 Mrd. DM, doch betrugen die Exportsteigerungen 93,0 Mrd. DM, so daß sich der Außenhandelsaldo bei den Investitionsgütern um 39,5 Mrd. DM beträchtlich auswei-

tete. Da alle anderen Wirtschaftsbereiche in diesem Zeitraum höhere Importe als Exporte zu vermelden hatten, ist die noch leichte Erhöhung des Außenhandelsaldos im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt (+0,7 Mrd. DM) allein auf die günstige Entwicklung bei den Investitionsgütern zurückzuführen. Besonders hoch war die Summe der

Importüberschüsse bei den Verbrauchsgütern (22,7 Mrd. DM oder 60% der Importe). Bei den Grundstoffen und Produktionsgütern betrug die Summe der Importüberschüsse 12,1 Mrd. DM und bei den Nahrungs- und Genußmitteln 3,9 Mrd. DM, das sind 20% bzw. 34% der Importe in diesen 11 Jahren.

Tabelle 2

Entwicklung der bundesdeutschen Inlandsversorgung mit Erzeugnissen des Verarbeitenden Gewerbes nach Herkunftsgebieten und der Exportquoten Baden-Württembergs zwischen 1970 und 1980

Produktionsgruppe	Durchschnittliche Veränderung der Inlandsversorgung				Veränderung der Anteile in der Versorgung durch			Ver- änderung der Export- quoten Baden- Württem- bergs	Rangfolge in den Spalten					
	ins- gesamt	davon durch Produkte aus			Baden- Württem- berg	andere Bundes- länder	das Ausland							
		Baden- Württem- berg	anderen Bundes- ländern	dem Ausland										
%				Prozentpunkte				5	8					
1	2	3	4	5	6	7	8			9	10			
Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes	7,6	6,3	6,6	11,0	-	1,1	-	6,6	+	7,6	+	5,5		
Spalt- und Brutstoffe	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
Steine und Erden, Asbestwaren	6,2	5,8	5,8	9,4	-	0,5	-	2,7	+	3,3	+	3,1	14	22
Eisen und Stahl	3,7	5,9	2,7	6,6	+	0,2	-	7,2	+	7,0	+	5,7	10	12
Eisen-, Stahl- und Temperguß	2,8	2,1	2,4	10,7	-	0,7	-	2,6	+	3,3	+	5,5	15	14
Zieherei- und Kaltwalzwerkezeugnisse	2,6	4,3	1,5	8,9	+	1,6	-	8,5	+	6,9	+	10,0	3	4
NE-Metalle und NE-Metallhalbzeug	7,0	7,8	6,9	6,9	+	0,5	-	0,4	-	0,1	+	3,6	8	20
NE-Metallguß	5,1	5,7	4,7	10,4	+	1,7	-	2,6	+	0,9	+	5,2	2	16
Mineralölzeugnisse	13,9	8,2	12,8	21,5	-	4,5	-	7,3	+	11,8	-	1,9	25	31
Chemische Erzeugnisse	8,1	6,8	6,8	12,5	-	1,1	-	8,3	+	9,4	+	7,2	17	7
Schnittholz, Sperrholz und sonstiges	7,8	6,6	7,0	9,8	-	1,5	-	4,1	+	5,6	+	3,8	18	19
Holzschliff, Zellstoff, Papier, Pappe	7,1	5,6	5,6	8,9	-	2,0	-	5,6	+	7,5	+	12,8	19	2
Gummiwaren	4,8	1,6	3,2	11,5	-	3,2	-	10,0	+	13,3	+	10,5	24	3
Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierendes Gewerbes	7,7	7,7	6,4	12,2	±	0	-	7,6	+	7,5	+	6,0		
Stahlbauerzeugnisse und Schienen- fahrzeuge	6,3	6,1	6,0	12,9	-	0,1	-	2,8	+	3,0	+	7,7	13	5
Maschinenbauerzeugnisse	6,4	7,0	5,3	9,6	+	1,1	-	6,4	+	5,3	+	5,8	4	11
Straßenfahrzeuge	10,3	10,7	9,4	12,6	+	0,9	-	4,5	+	3,7	+	4,0	5	18
Wasser-, Luft- und Raumfahrzeuge	10,3	13,5	8,0	13,2	+	0,7	-	11,6	+	10,9	+	34,2	7	1
Elektrotechnische Erzeugnisse	7,5	7,0	6,0	13,7	-	1,0	-	8,7	+	9,7	+	6,7	16	9
Feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	10,9	6,6	10,5	15,5	-	10,9	-	1,2	+	12,1	+	1,4	28	27
Erzeugnisse der Stahlverformung	5,4	7,0	4,4	13,1	+	2,7	-	7,1	+	4,4	+	5,1	1	17
Eisen-, Blech- und Metallwaren	5,2	5,5	3,9	12,1	+	0,5	-	8,4	+	7,9	+	5,3	8	15
Büromaschinen, ADV	9,8	9,0	6,0	11,3	+	0,1	-	11,2	+	11,1	-	1,4	12	30
Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes	7,1	5,4	5,5	13,8	-	2,7	-	9,6	+	12,2	+	4,0		
Feinkeramik	7,2	5,2	4,0	16,5	-	1,0	-	20,1	+	21,0	+	2,0	16	26
Glas und Glaswaren	7,0	7,2	6,1	10,6	+	0,2	-	6,0	+	5,8	+	6,5	10	10
Holzwaren	9,4	8,0	8,7	18,7	-	2,4	-	4,6	+	7,0	+	3,3	21	21
Musikinstrumente, Spielwaren usw.	14,5	8,9	11,1	20,0	-	12,4	-	9,4	+	21,7	+	0,1	29	29
Papier- und Pappwaren	7,0	6,6	6,5	14,4	-	0,7	-	3,5	+	4,2	+	2,5	15	24
Druckerzeugnisse, Lichtpausen	7,2	7,8	6,9	10,6	+	0,9	-	2,3	+	1,4	+	2,9	5	23
Kunststofferzeugnisse	9,9	9,4	9,4	15,3	-	2,3	-	3,4	+	5,7	+	0,7	20	28
Leder	4,9	- 0,4	3,4	9,0	-	12,5	-	4,4	+	16,9	-	4,0	30	32
Lederwaren	6,0	- 0,2	2,5	18,0	-	6,1	-	21,0	+	27,1	+	2,4	27	25
Schuhe	6,5	1,8	2,2	15,8	-	5,4	-	22,5	+	27,9	+	5,7	26	12
Textilien	4,3	2,7	1,1	10,2	-	3,1	-	14,6	+	17,7	+	7,5	22	6
Bekleidung	6,3	3,2	3,1	16,6	-	3,1	-	19,1	+	22,1	+	7,1	22	8
Reparaturen von Gebrauchsgütern ohne Elektrogeräte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
Nahrungs- und Genußmittel	6,4	7,0	6,0	8,6	+	0,5	-	3,2	+	2,7	+	5,0		
Verarbeitendes Gewerbe	7,4	6,8	6,2	11,7	-	0,7	-	7,1	+	7,9	+	6,3		

Tabelle 3

Veränderung der Importe und Exporte des Bundesgebietes zwischen 1970 und 1980

Produktionsgruppe	Veränderung		
	der Importe	der Exporte	des Außenhandels-saldos
	Mill. DM		
Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes	+ 60 670,0	+ 48 594,3	- 12 075,7
Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes	+ 53 516,9	+ 92 998,2	+ 39 481,3
Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes	+ 38 013,6	+ 15 233,6	- 22 780,0
Nahrungs- und Genußmittel	+ 11 643,9	+ 7 735,4	- 3 908,5
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	+ 163 844,4	+ 164 561,5	+ 717,1

Entwicklung auf dem Inlandsmarkt der Bundesrepublik nach Branchen

Entwicklung Baden-Württembergs und der anderen Bundesländer

Im Rahmen dieser Grundtendenzen auf dem Inlandsmarkt der Bundesrepublik bzw. der Exportbeziehungen gibt es in der branchenmäßigen Differenzierung einige bemerkenswerte Entwicklungen (*Anhangtabellen 7 und 8*). Datenbasis dieser Analyse sind – entsprechend der Definition der Inlandsversorgung – die Importe in die Bundesrepublik und die Inlandsumsätze, untergliedert nach Baden-Württemberg und anderen Bundesländern.³

3 Im Zusammenhang mit den Inlandsumsätzen der Bundesländer muß allerdings auf folgendes hingewiesen werden: Zugrundegelegt wurden die Umsätze von sogenannten fachlichen Betriebsteilen, und zwar von Industriebetrieben mit 10 und mehr Beschäftigten (1970) bzw. von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten (ab 1976). Das Fehlen von Umsatzangaben von Kleinbetrieben bzw. des Handwerks (1970) macht sich allenfalls bei einzelnen Produktionsbereichen wie Herstellung von Backwaren und von Fleischereierzeugnissen bemerkbar. Umsätze wurden als Surrogat für abgesetzte Produkte gewählt, da ein entsprechender Nachweis der Produktionsleistungen im In- und Auslandsabsatz nicht möglich ist. Die hieraus erwachsende Problematik – auch im Vergleich zu der rein produktbezogenen Erfassung der Importe – dürfte nicht allzu hoch einzuschätzen sein. Umstellungen in der Systematik im Produzierenden Gewerbe betreffen Kfz-Zubehör (1970: Teil der EBM-Waren; ab 1976: Teil des Fahrzeugbaus) und die Fertigteilbauten (1970: Teil von Steinen und Erden; ab 1976: Teil des Bauhauptgewerbes). In den Umsätzen sind die Produktionssteuern wie Mineralölsteuer und Kaffeesteuer mitenthalten, nicht jedoch die Umsatzsteuer, die Importe umfassen nicht die deutschen Einfuhrabgaben. Die Bezugnahme auf Umsätze führt bei einigen Branchen zu Problemen, da die Umsätze von sogenannten Mehrländerunternehmen nicht immer die Produktionsleistung von Bundesländern adäquat wiedergeben können, beispielsweise erbringen baden-württembergische Betriebsstätten von Unternehmen der Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten oder der Mineralölverarbeitung Produktionsleistungen, die im betreffenden Konzern weiterverarbeitet werden bzw. von Betriebsstätten mit Sitz in anderen Bundesländern verkauft werden und so nicht als Umsätze Baden-Württembergs bzw. als Produktionsleistungen des Landes erscheinen. Auf diese Fälle wird bei der nachfolgenden Kommentierung gesondert hingewiesen.

Bei der Betrachtung der Nachfragetendenzen auf dem Inlandsmarkt nach der regionalen Herkunft der dort angebotenen Produkte fallen zunächst zwei Tendenzen auf, nämlich

- eine nahezu kontinuierliche Vergrößerung des Importanteils bei allen Produkten,
- ein insgesamt günstigeres Abschneiden Baden-Württembergs gegenüber den anderen Bundesländern.

Während auf den Umstand einer Zunahme der Importquoten in allen Teilmärkten bereits eingegangen wurde, sei nun – im Vorgriff auf eine detailliertere Schilderung der Konkurrenzsituation bei den einzelnen Produkten – auf bemerkenswerte Abweichungen Baden-Württembergs von der Bundesentwicklung eingegangen. Insgesamt gesehen haben sich – bei einer Verdreifachung der Importe zwischen 1970 und 1980 (+202%) in diesem Zeitraum – die Beiträge Baden-Württembergs zur Inlandsversorgung mit Produkten des Verarbeitenden Gewerbes insgesamt fast verdoppelt (+93%), wohingegen diejenigen der anderen Bundesländer nur um 83% gestiegen sind. Innerhalb des enger werdenden Raums für den Inlandsabsatz bundesdeutscher Produkte hat sich Baden-Württemberg also überdurchschnittlich gut behauptet.

Dies zeigt sich auch daran, daß der Anteil Baden-Württembergs an der Inlandsversorgung nur um 0,7 Prozentpunkte (oder um 5,1%) auf 13,5% abgenommen hat, während der Rückgang bei den anderen Bundesländern – 7,1 Prozentpunkte oder –10,3% betrug (1970: 69,5%, 1980: 62,4%). Noch deutlicher wird die vergleichsweise günstige Position Baden-Württembergs bei der Betrachtung nach Branchen (*vgl. Tabelle 2, Anhangtabelle 7*). Während die anderen Bundesländer bei *allen* Produktionsbereichen einen Rückgang ihrer Anteile an der Inlandsversorgung hinnehmen mußten, konnte Baden-Württemberg in 13 von 33 Produktionsbereichen die Anteilsquoten trotz meist stark gestiegener Importanteile ausbauen. Hiervon waren nicht nur Produkte solcher Produktionsbereiche betroffen, die in Baden-Württemberg relativ geringe Bedeutung besitzen wie die eisenverarbeitende Industrie, Glasherstellung oder Schiff- und Luftfahrzeugbau; derartige Tendenzen könnten auch als Ausdruck allgemeiner Angleichung der Produktionsstrukturen der einzelnen Bundesländer gedeutet werden. Vielmehr gehören hierzu auch eine ganze Reihe wichtiger Branchen des Investitionsgüter herstellenden Gewerbes wie Maschinenbau, Straßenfahrzeugbau, Stahlverformung sowie EBM-Waren, als Branchen mit durchweg schon traditionell hohen Anteilen Baden-Württembergs innerhalb der Bundesrepublik; bezüglich der Herstellung von ADV-Geräten und Büromaschinen, deren Inlandsversorgung ebenfalls zugenommen hat, ist auf die in

Fußnote 3 gemachten Bemerkungen bezüglich der Umsätze von Mehrländerunternehmen hinzuweisen. Weitere, in Baden-Württemberg keineswegs unbedeutende Branchen mit gestiegenen Anteilen an der Inlandsversorgung der Bundesrepublik sind Ziehereien und Kaltwalzwerke, NE-Metalle und NE-Metallhalbzeug, NE-Metallguß, Druckereien und das gesamte Nahrungs- und Genußmittelgewerbe.

Umgekehrt gibt es allerdings auch Produktionsbereiche, bei denen Baden-Württemberg im Vergleich zu anderen Bundesländern überdurchschnittlich viel an Boden verloren hat. Dies betrifft insbesondere die Herstellung von Leder und die Herstellung von Lederwaren, bei denen sich zwischen 1970 und 1980 sogar ein Rückgang der (nominalen) Umsätze Baden-Württembergs um 3,6 bzw. 2,0% ergeben hat, während in den anderen Bundesländern die Inlandsumsätze nominal um 40,2 bzw. 27,7% angestiegen sind; entsprechend fiel der Rückgang der baden-württembergischen Versorgungsquoten bei Leder um 40,5% (-12,4 Prozentpunkte) auf 18,3% bzw. bei Lederwaren um 45,5% (-6,1 Prozentpunkte) auf 7,3% weit krasser aus als bei den anderen Bundesländern (Leder: -13,4% oder -4,4 Prozentpunkte auf 28,6% bzw. Lederwaren: -29,0% oder -21,0 Prozentpunkte auf 51,4%). Weitere Branchen mit deutlich höheren Anteilsverlusten Baden-Württembergs als anderer Bundesländer auf dem Inlandsmarkt der Bundesrepublik sind Gummiwaren (Rückgang der Anteilsquote Baden-Württembergs: -26,4%, andere Bundesländer: -13,9%)⁴ Feinmechanik, Optik und Uhren (-32,3% gegenüber -2,9%), Holzwaren (-11,8% gegenüber -6,2%), sowie Musikinstrumente, Spiel- und Schmuckwaren, Sportgeräte (-44,4% gegenüber -25,9%); hinsichtlich der Mineralölzeugnisse (-40,3% gegenüber -9,6%) gelten die in Fußnote 3 erwähnten Vorbehalte gegenüber den Umsätzen von Mehrländerunternehmen. Aus dieser Auflistung geht hervor, daß auch bei einigen Branchen, in denen Baden-Württemberg hohes Gewicht zukommt wie Feinmechanik und Optik, Uhren oder Musikinstrumente, Spiel- und Schmuckwaren etc., überdurchschnittlich hohe Anteilsverluste dieses Bundeslandes zu beobachten waren; diese Effekte wurden durch die genannten überdurchschnittlich günstigen Entwicklungen des Landes bei anderen Branchen allerdings überkompensiert. Weiterhin hat zur Überkompensation u. a. auch beigetragen, daß die in Baden-Württemberg bedeutende Elektrotechnik im Lande niedrigere Rückgänge der Anteilsquoten hinnehmen mußte (-4,6%) als in anderen Bundesländern (-13,2%). Ähnliches gilt im übrigen auch für das Textilgewerbe (-14,3% gegenüber -26,9%). Die genannte Entwick-

lung auf dem Inlandsmarkt der Bundesrepublik hat den Strukturwandel Baden-Württembergs in Richtung auf einen Ausbau seiner ohnehin überdurchschnittlich großen Bedeutung im Investitionsgüter herstellenden Gewerbe noch verstärkt.

Entwicklung unter erhöhter Auslandskonkurrenz auf dem Inlandsmarkt

Die nachfolgenden Ausführungen beschäftigen sich mit den Marktanteilen Baden-Württembergs in Konkurrenz zu den Anbietern aus den anderen Bundesländern und dem Ausland; sie befassen sich also nicht nur mit Baden-Württemberg im Verhältnis zu den anderen Bundesländern, sondern beziehen das Ausland mit ein, dessen Produkte in den siebziger Jahren wie ausgeführt besonders stark auf den bundesdeutschen Markt drängten. Dadurch wird zum einen das Bild auf dem Inlandsmarkt vervollständigt, zum anderen kann nachvollzogen werden, wie Baden-Württemberg (und die anderen Bundesländer) sich im *Inland* bei einem erhöhten Konkurrenzdruck behaupteten. Spätere Ausführungen befassen sich mit der Frage, wie das Inland hierauf durch stärkere *Exportanstrengungen* reagierte.

Die Analyse ergibt zunächst folgendes: (vgl. *Tabelle 2 bzw. Anhangtabelle 7*): In der Regel haben bei den Branchen mit überdurchschnittlich (unterdurchschnittlich) steigender Inlandsnachfrage (Inlandsversorgung) die Produkte sowohl aus Baden-Württemberg und den anderen Bundesländern als auch aus dem Ausland – absolut gesehen – überdurchschnittlich (unterdurchschnittlich) stark zugenommen. Bemerkenswerte Ausnahmen hiervon sind nur für die Bereiche Lederwaren und Bekleidung festzustellen, wo die Importsteigerungen – vornehmlich bedingt durch Exportoffensiven außereuropäischer Entwicklungsländer und von Staatshandelsländern – auf einem schon relativ gesättigten Inlandsmarkt (unterdurchschnittliche Steigerungen der Inlandsnachfrage) überdurchschnittlich hoch ausfielen. Ganz grob skizziert erfolgte also die „Dynamik“ der Produktionsausweitung Baden-Württembergs und der anderen Bundesländer wie auch diejenige der Importentwicklung in den meisten Branchen parallel zur Nachfrageausweitung auf dem Inlandsmarkt der Bundesrepublik. Die Verschiebungen auf dem Inlandsmarkt lassen sich deshalb besser anhand von Veränderungen der Versorgungsanteile ersehen (vgl. auch hierzu *Tabelle 2*).

Die entsprechende Entwicklung ergibt kein einheitliches Bild. Ein Ausbau der Anteile Baden-Württembergs an der Inlandsversorgung ergab sich nämlich sowohl bei Produkten mit überdurchschnittlich starker Zunahme der bundesdeutschen

⁴ Zur Veränderung in Prozentpunkten vgl. *Tabelle 2*.

Inlandsnachfrage (z. B. Straßenfahrzeugbau, Wasser und Luftfahrzeugbau) als auch bei solchen mit etwa durchschnittlicher Ausdehnung der Inlandsversorgung (u. a. Maschinenbau, NE-Metalle, Glas und Glaswaren, Nahrungs- und Genußmittel) und bei solchen mit unterdurchschnittlicher Steigerung der Inlandsversorgung u. a. (Eisen und Stahl, Ziehreien und Kaltwalzwerke, NE-Metallgießereien, Stahlverformung, EBM-Waren). Umgekehrt hat Baden-Württemberg überdurchschnittlich stark an Boden verloren sowohl bei einzelnen Produkten mit überdurchschnittlich starker Ausdehnung der Inlandsversorgung (vor allem Feinmechanik und Optik, Uhren, Musikinstrumente, Spiel- und Schmuckwaren, Sportgeräte etc.) als auch bei solchen mit etwa durchschnittlicher Entwicklung der Inlandsversorgung (Holzschliff, Zellstoff, Feinkeramik, Schuhe) und bei solchen mit insgesamt unterdurchschnittlicher Steigerung (Gummiwaren, Leder, Lederwaren, Textil und Bekleidung). Man kann somit nicht sagen, daß die Unterschiede in den Veränderungen der Marktanteile auf die unterschiedlichen Veränderungsraten der Inlandsnachfrage zurückzuführen sind. Sie resultieren vielmehr aus den branchenspezifischen Entwicklungen im Rahmen der Konkurrenzbeziehungen auf dem bundesdeutschen Inlandsmarkt. Innerhalb der wichtigsten Branchen konnte dabei der *Straßenfahrzeugbau* Baden-Württembergs seinen Anteil an der stark gestiegenen Inlandsversorgung vor allem deshalb ausbauen, weil der Importdruck (Zunahme der Importquote von 16,0% im Jahr 1970 auf 19,7% im Jahr 1980) ausschließlich zu Lasten von Umsätzen anderer Bundesländer (1970: 63,9%, 1980: 59,3%) ging. Außerdem führte die Exportoffensive Japans Ende der siebziger Jahre – die Importe aus diesem Land haben sich zwischen 1978 und 1980 nahezu verdoppelt und so den Anteil von 7,4 auf 14,3% erhöht (1970: 0,3%) – auch zu einem starken Rückgang von KFZ-Importen aus den EG-Staaten. Im Vergleich dazu konnte sich der *Maschinenbau* des Landes auf dem in etwa durchschnittlich expandierenden bundesdeutschen Markt außerordentlich gut behaupten, denn der Zuwachs der Importquote von 15,3% (1970) auf 20,6% (1980) – ausgehend im wesentlichen von Importen aus Nicht-EG-Ländern Europas – ging ganz allein zu Lasten der Produktion in anderen Bundesländern, während Baden-Württemberg seinen ohnehin hohen Anteil noch um über einen Prozentpunkt auf 21,5% ausbauen konnte. Ähnlich verhielt es sich bei der Herstellung von *EBM-Waren*, wo sich trotz einer Erhöhung der Importquote um fast 8 Prozentpunkte auf 16,8% der baden-württembergische Anteil um 0,5 Prozentpunkte auf 17,4% steigerte. Besonders beeindruckend ist die Entwicklung bei der *Stahlverformung*, wo der Zuwachs des baden-württembergischen Anteils um 2,8 Prozentpunkte auf 19,7% fast an die Erhöhung der Importquote von 4,3 auf

8,6% heranreicht. Unter den wichtigen Branchen des Investitionsgüter herstellenden Gewerbes muß auch der baden-württembergische *Elektrotechnik* ein gutes Abschneiden auf dem bundesdeutschen Markt bescheinigt werden, denn trotz erheblicher Zunahmen des Importanteils von 13,0 auf 22,7% – ausgehend vor allem von Japan, europäischen Nicht-EG-Staaten und außereuropäischen Entwicklungsländern – nahm die Quote Baden-Württembergs nur um 1 Prozentpunkt auf 19,9% ab (andere Bundesländer: -8,7 Prozentpunkte auf 57,4%). Gleichermäßen konnte sich das baden-württembergische *Textilgewerbe* im Vergleich zu anderen Bundesländern noch gut behaupten, denn die sehr hohe Steigerung der Importquoten um 17,7 Prozentpunkte auf 41,5% durch starke Importzunahmen aus Entwicklungsländern und europäischen Nicht-EG-Staaten bewirkte im Lande einen Rückgang um lediglich 3,1 Prozentpunkte auf 18,6% gegenüber -14,5 Prozentpunkte auf 39,8% bei den anderen Bundesländern.

Während sich diese Branchen also gegenüber einem sich verstärkenden Importdruck in Baden-Württemberg weit besser halten konnten als in anderen Bundesländern – und zwar unabhängig davon, ob die Zunahme der Importe durch Exportsteigerungen Japans, europäischer Staaten oder der Entwicklungsländer getragen wurde – hat Baden-Württemberg bei drei wichtigen Branchen durch die Importe stärker an Boden verloren als andere Bundesländer. Zu nennen ist hierbei vor allem *Feinmechanik, Optik und Uhren*, wo ein starker Importdruck vor allem Japans und der außereuropäischen Entwicklungsländer zu einer Steigerung der Importquote um 12,0 Prozentpunkte auf 35,6% führte, die fast vollständig zu Lasten baden-württembergischer Betriebe ging (Rückgang um 10,9 Prozentpunkte auf 22,8%); inzwischen werden weit mehr ausländische Erzeugnisse des Bereichs Feinmechanik, Optik und Uhren in der Bundesrepublik abgesetzt als solche aus baden-württembergischer Produktion. Nicht ganz so extrem ist der Rückgang bei *Musikinstrumenten, Spiel- und Schmuckwaren, Sportgeräten usw.*; immerhin bewirkte die Erhöhung der Importquote um 21,7 Prozentpunkte auf 57,7% – resultierend vor allem aus sehr starken Zunahmen bei Importen aus den USA und Kanada sowie anderen westlichen Industrieländern außerhalb Europas – bei den Inlandsumsätzen Baden-Württembergs eine stärkere Abnahme (um 12,4 Prozentpunkte auf 15,5%) als bei denjenigen der anderen Bundesländer (um 9,3 Prozentpunkte auf 26,7%). Schließlich hat die durch starke Importbezüge aus den europäischen Nicht-EG-Staaten und den Staatshandelsländern bewirkte Steigerung der Importquote bei *Holzwaren* von 5,5% auf 12,5% die baden-württembergischen

Anbieter relativ stärker betroffen (Abnahme der Quote von 20,1 auf 17,8%) als diejenigen der anderen Bundesländer (von 74,3 auf 69,7%).

Inlands- und Auslandsmärkte

Eingangs wurde für das Verarbeitende Gewerbe insgesamt gezeigt, daß die starke Zunahme der Importe auf dem bundesdeutschen Inlandsmarkt (+ 163,8 Mrd. DM) Ausdruck einer sich intensivierenden internationalen Arbeitsteilung ist, die auch mit einer etwa gleich hohen Erhöhung des Exportvolumens einherging (+164,6 Mrd. DM). Allerdings betrifft diese generelle Tendenz die Produktgruppen (Branchen) unterschiedlich stark, was nicht zuletzt auch Auswirkungen auf den Strukturwandel im Inland während der siebziger Jahre hatte. In diesem Zusammenhang werden nachfolgend zunächst die Entwicklung der Export- und Importquoten bzw. die Veränderungen von Exporten und Importen der einzelnen Branchen (Produktgruppen) für die Bundesrepublik geschildert⁵, um so auch die unterschiedliche Dynamik der Branchen auf Bundesebene zum Ausdruck bringen zu können.

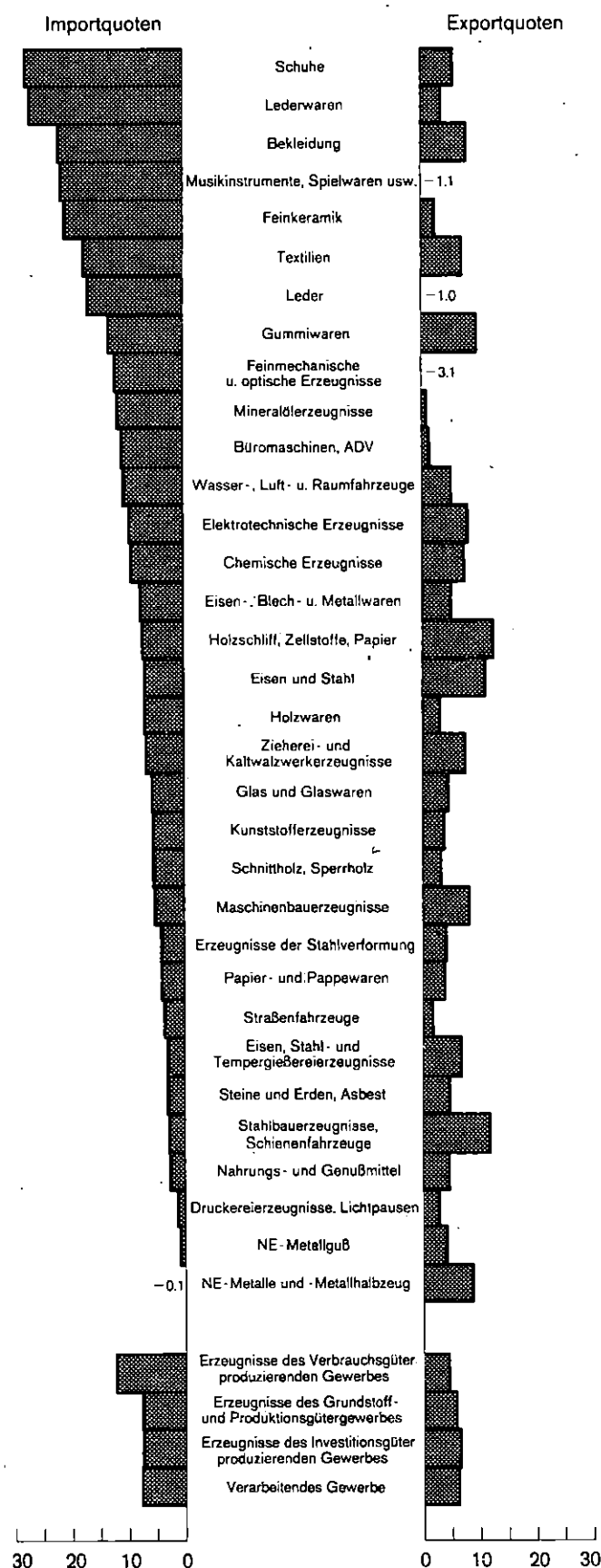
In *Schaubild 1* sind die einzelnen Branchen der Bundesrepublik nach der Veränderung ihrer Importquoten zwischen 1970 und 1980 (ausgedrückt in Prozentpunkten, Durchschnitt für das gesamte Verarbeitende Gewerbe: +7,8 Prozentpunkte) geordnet; weiterhin ist die Veränderung der Exportquoten in diesem Zeitraum dargestellt (Durchschnitt: +6,2 Prozentpunkte). Generell kann man aus dieser Gegenüberstellung weder ablesen, daß Branchen bzw. Produktgruppen mit besonders hohen (niedrigen) Steigerungen der Importquoten auch besonders hohe (niedrige) Zunahmen der Exportquoten aufweisen und so ein Zusammenhang zwischen Importdruck und Exportoffensive besteht, noch daß umgekehrt Branchen mit stark zunehmendem Importdruck generell wenig auf Auslandsmärkten expandierten bzw. die Exportoffensive sich vornehmlich auf Branchen mit gering steigender Zunahme der Auslandskonkurrenz im Inland erstreckte. Gleichwohl lassen sich aus dem Vergleich einige interessante Erkenntnisse gewinnen. So gibt es

⁵ Es ist sinnvoll, diese Fragestellung über Veränderungen von Export- und Importquoten sowie über die Entwicklung der absoluten Aus- und Einfuhren zu betrachten. Bei der Betrachtung der Quoten erhält man Auskunft über den *Ausbau* der Marktstellung ausländischer Anbieter auf dem Inlandsmarkt bzw. über die Intensivierung der Exportanstrengungen der Bundesrepublik. Da hierbei die Bezugsgrößen (bei den Exportquoten: Ausfuhrumsatz je *Gesamtumsatz*; bei den Importquoten: Einfuhren je *Inlandsnachfrage*, das ist wie erwähnt Inlandsumsatz + Importe) in ihrem Umfang stark voneinander abweichen können, sind Veränderungen der Quoten um einen etwa gleich hohen Prozentsatz bzw. um etwa gleich viel Prozentpunkte möglicherweise stark abweichend zu beurteilen. Unabhängig davon ist auch das jeweilige Ausgangsniveau dieser Anteilsziffern zu beachten. Eine umfassende Beurteilung der Situation auf den In- und Auslandsmärkten bedarf deshalb auch einer Beachtung des absoluten Umfangs von Ex- und Importen.

Schaubild 1

Entwicklung der Export- und Importquoten der Bundesrepublik zwischen 1970 und 1980

Veränderung in Prozentpunkten.



(vornehmlich im Verbrauchsgüter herstellenden Gewerbe) einige Branchen in der Bundesrepublik, die eine starke Einengung ihrer Marktposition auf dem bundesdeutschen Inlandsmarkt aufgrund hoher Importzuwächse nur sehr unzureichend durch eigene Exportanstrengungen kompensieren konnten. Besonders markant war dies bei Lederwaren, Schuhen, Feinkeramik und Mineralöl, die weit überdurchschnittlich hohe Zunahmen der Importquoten mit unterdurchschnittlichen Steigerungen der Exportquoten beantworteten, sowie bei Musikinstrumenten, Spiel- und Schmuckwaren etc., bei Leder und bei Feinmechanischen und optischen Erzeugnissen, Uhren, bei denen sich sogar ein Rückgang der Exportquoten einstellte. Bei diesen Produktgruppen ergaben sich – wie *Anhangtabelle 9* zeigt – über die Jahre hinweg Importüberschüsse, deren Umfang auch in Relation zu den Ex- oder Importen dieses Zeitraums beachtlich ist. Immerhin überdurchschnittlich hohe Steigerungen der Exportquoten konnten die Bereiche Bekleidung, Textilien und Gummiwaren verzeichnen, ohne jedoch dadurch die Tatsache stark gestiegener Importanteile auf dem Inlandsmarkt ausgleichen zu können; auch bei diesen Produkten ist der Außenhandelsaldo über die Jahre hinweg negativ. Bei den elektrotechnischen Erzeugnissen und bei den chemischen Produkten ergaben sich überdurchschnittliche Zunahmen der Exportquoten mit der Folge, daß die nicht unerheblichen Importsteigerungen durch verstärktes Engagement auf den Auslandsmärkten ausgeglichen wurden und sich beachtliche Exportüberschüsse ergaben. Auch beim Straßenfahrzeugbau konnte die Zunahme der Importquote um 3,7 Prozentpunkte auf 19,7% zwischen 1970 und 1980 durch eine Erhöhung der Exportquote um 1,5 Punkte auf 41% in etwa kompensiert werden. Andere Investitionsgüterbranchen, allen voran Luft- und Raumfahrzeugbau sowie Stahl- und Leichtmetallbau, aber auch der Maschinenbau konnten ihre Exportquoten überdurchschnittlich steigern (Maschinenbau: +8,3 Prozentpunkte auf 43,7%) und so die Zunahme der Importquoten (sie war beim Maschinenbau mit + 5,3 Prozentpunkten auf 20,6% ohnehin relativ niedrig) mehr als ausgleichen; beim Schiffbau ging sogar eine Zunahme der Exportquote mit einem Rückgang der Importquote einher. Diese Branchen zeichnen sich auch durch jeweils hohe Exportüberschüsse in der Bundesrepublik aus. Bemerkenswert sind weiterhin die aus besonders starken Zunahmen der Exportquoten in Kombination mit nur wenig zunehmenden oder gar abnehmenden Importquoten resultierenden starken Gewinne aus den Auslandsgeschäften bei Nahrungs- und Genußmitteln sowie den (vornehmlich zu den Grundstoffen und Produktionsgütern zählenden) Bereichen Eisen und Stahl, Ziehereien und Kaltwalzwerke, Gießereien, NE-Metallgewerbe, Steine und Erden, Holz-

schliff, Zellstoff, Papier und Pappe; dennoch blieben die Außenhandelsaldi in diesem Zeitraum meist negativ.

Auf diesem Hintergrund der bundesdeutschen Entwicklung sind mehr oder weniger auch die Aktivitäten des *baden-württembergischen* Gewerbes zu sehen. Um die Veränderung der Situation Baden-Württembergs im Rahmen sowohl des Inlands- wie des Auslandsmarktes herauszuarbeiten und mögliche Beziehungen aufzeigen zu können, wurde in *Tabelle 2* für die Branchen Baden-Württembergs auch deren Veränderung der Exportquoten aufgeführt. Bei einem Vergleich zwischen der Entwicklung ihres Anteils an der Inlandsversorgung der Bundesrepublik und ihrer Exportquoten fällt folgendes auf: Zum einen gibt es relativ viele Branchen mit einer Abnahme oder unterdurchschnittlichen Zunahme der Exportquoten (weniger als 3 Prozentpunkte) in Kombination mit einem überdurchschnittlich starken Verlust des Anteils an der Inlandsversorgung (Abnahme 2 Prozentpunkte und mehr), zum anderen gibt es auch relativ viele Branchen, die eine Ausweitung des Anteils an der Inlandsversorgung aufweisen und bezüglich der Steigerung der Exportquoten immerhin eine in etwa durchschnittliche Entwicklung erfuhren.

Zur ersten Gruppe, also den auf dem In- und Auslandsmarkt im Verhältnis zu anderen Anbietern relativ wenig expandierenden Branchen Baden-Württembergs gehören auch Feinmechanik und Optik, Uhren sowie Musikinstrumente, Spiel- und Schmuckwaren etc., Kunststoffserzeugnisse, Leder und Lederwaren. Bei diesen Produktgruppen, deren Erzeugnisse in der Bundesrepublik zum Teil durchaus zu den überdurchschnittlich stark nachgefragten Produkten zählen, hat offensichtlich eine starke Auslandskonkurrenz vornehmlich aus anderen Kontinenten (vor allem Asien und Amerika) und Nicht-EG-Staaten Europas zu einem gewissen Rückzug Baden-Württembergs aus dem deutschen Markt und einer nur relativ schwachen Expansion auf dem Weltmarkt geführt. Demgegenüber reagierten die baden-württembergischen Betriebe bei Textilien, Bekleidung und Gummiwaren, aber auch bei Holzwaren und Schuhen auf den erhöhten Importdruck offensiver und engagierten sich stärker als der Durchschnitt aller Branchen im Auslandsgeschäft (überdurchschnittlicher Ausbau der Exportquoten). Die Verluste auf dem Inlandsmarkt der Bundesrepublik konnten dadurch aber nicht ausgeglichen werden.

Zur zweiten der obengenannten Gruppe, also den auf dem In- und Auslandsmarkt besonders stark aktiven Branchen des Landes, zählen neben einigen wichtigen Wirtschaftszweigen des Investitionsgütergewerbes wie Straßenfahrzeugbau, Wasser-,

Raum- und Luftfahrzeugbau, Maschinenbau, Stahlverformung sowie EBM-Waren auch Produkte typischer Zulieferer wie Eisen und Stahl, NE-Metallwirtschaft, Zieherei und Kaltwalzwerke; außerdem gehören auch noch das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe sowie die Herstellung von Glas und Glaswaren hierzu.

Unter den noch nicht aufgeführten Schwerpunktbereichen des Landes Baden-Württemberg nehmen die Elektrotechnik und die Chemie eine in etwa durchschnittliche Position ein, d. h. der Anteil an der Inlandsversorgung der Bundesrepublik nahm mit -1 Prozentpunkt etwa durchschnittlich ab, wogegen die Ausweitung der Exportquoten zwischen 1970 und 1980 um 6,7 bzw. 7,2% noch über dem Durchschnitt aller Branchen des Landes lag. Diese Branchenübersicht zeigt abermals die wichtige Bedeutung des Exports für die wirtschaftliche Entwicklung Baden-Württembergs. Die Ausweitung der Exporte im Laufe der siebziger Jahre darf jedoch nicht über die inzwischen erfolgte Verschärfung auf den internationalen Märkten hinwegtäuschen, die Anlaß zu verstärkten Anstrengungen auf allen Ebenen geben sollte.

Baden-Württemberg auf dem Weltmarkt

Die zuletzt gemachten Aussagen zeigten unter anderem, daß Baden-Württemberg insgesamt eine beachtliche Erhöhung der Exportquote des Verarbeitenden Gewerbes zwischen 1970 und 1980 um 6,3 Prozentpunkte vorweisen konnte und damit einzelne Branchen besonders hohe Anteilsverluste auf dem Inlandsmarkt durch Exportanstrengungen ausgleichen oder wenigstens in ihren Auswirkungen abschwächen konnten. Nachfolgend soll nun der Frage nachgegangen werden, wie sich diese Exportsteigerungen im Zusammenhang mit der Ausdehnung des gesamten Welthandels entwickelt haben. Hierzu wurden – erstmals für ein Bundesland – die Anteile des Exports einzelner Branchen des Landes am entsprechenden Weltexportvolumen errechnet und untersucht. Im einzelnen mußte dazu auf diverse Unterlagen der deutschen und internationalen Außenhandelsstatistik zurückgegriffen werden. Insbesondere mußten die baden-württembergischen Exporte der einzelnen Branchen nach der internationalen Systematik SITC geordnet und ausgewiesen werden⁶, auf DM-Basis auf den entsprechenden Export des Bundesgebiets bezogen und dann mit den Anteilen der Bundesrepublik am Weltexport auf Dollar-Basis multipliziert werden. Wegen Revision dieser internationalen Systematik im Lauf der siebziger Jahre waren außer-

dem für einzelne Warenarten (auf der Ebene von Dreistellern) Schätzungen erforderlich, um eine vergleichbare Reihe für die einzelnen Jahre zu erhalten. Ebenfalls aus Gründen der vorhandenen Datenbasis konnten nur die Jahre 1975 bis 1979 untersucht werden; die zwischenzeitlich erfolgte Verschärfung der internationalen Konkurrenzsituation und ihre Auswirkung auf Baden-Württemberg konnten also noch nicht berücksichtigt werden.

In *Tabelle 4* sind diejenigen Exportgüter aufgeführt, bei denen im Jahre 1979 der Anteil Baden-Württembergs am Weltexport 4% und mehr betrug. Die hier aufgelisteten Waren gehören zur Kategorie „Maschinenbau- und elektrotechnische Erzeugnisse“ (SITC 7) und zu den „Sonstigen bearbeiteten Waren“ (SITC 8). Im Vergleich zu den vorstehenden Untersuchungen der Exporte Baden-Württembergs können nun auch die Waren u. a. des Maschinenbaus in einer stärkeren Differenzierung betrachtet werden. Im einzelnen gehen aus *Tabelle 4* nicht nur die Anteilsziffern Baden-Württembergs hervor, sondern auch diejenigen der anderen Bundesländer (Bundesrepublik ohne Baden-Württemberg) und der jeweils drei größten Exportländer außerhalb der Bundesrepublik Deutschland. Die vier aufgeführten Staaten decken bei der überwiegenden Mehrzahl der Waren jeweils über 60%, teilweise sogar über 80% des Weltexports ab. Bei 15 der aufgeführten 22 Warenarten ist die Bundesrepublik das wichtigste Exportland der Welt. Die Hauptkonkurrenten auf dem Weltmarkt sind (ungefähr in dieser Reihenfolge) die USA, Japan, Großbritannien, Frankreich, Italien und die Schweiz; in je einem Fall gehören auch Finnland, Niederlande, Österreich und Hongkong dazu.

Betrachtet man Baden-Württemberg als eine eigenständige Volkswirtschaft, die hinsichtlich ihrer Ausfuhren in Konkurrenz zu anderen Anbietern steht, so ergeben sich einige bemerkenswerte Relationen. Bei den Druckerei- und Buchbindemaschinen liegt Baden-Württemberg mit einem Anteil von 16,2% am Weltexport hinter den anderen Bundesländern (23,5%) und den USA (19,0%) an dritter Stelle. Bei Straßenfahrzeugen a. n. g. – das sind im wesentlichen Spezialfahrzeuge – lautet die Reihenfolge „andere Bundesländer“ (16,2%), USA (15,1%) Baden-Württemberg (14,0%), bei den Werkzeugmaschinen zur Bearbeitung von Metallen und Halbmatalen: andere Bundesländer (19,4%), Japan (15,6%), Baden-Württemberg (11,6%) und bei Schmuckwaren, Gold- und Silberschmiedewaren Italien (38,7%), Schweiz (9,2%), Baden-Württemberg (7,0%). Immerhin viertgrößtes „Exportland“ ist Baden-Württemberg bei nichtelektrischen Werk-

⁶ Dieser wichtige Rechenschritt konnte nur dadurch bewältigt werden, daß das Statistische Bundesamt entsprechende Zuordnungsprogramme für die einzelnen Jahre zur Verfügung stellte.

⁷ Es handelt sich um Dreisteller der internationalen Systematik SITC.

Tabelle 4

Internationale Konkurrenzsituation Baden-Württembergs bei wichtigen Exportgütern 1979

SITC (11)	Warenart	Welt- export	Darunter aus		Außerhalb Bundesrepublik, und zwar						Aufge- führte Länder zusammen
			Baden- Württem- berg	anderen Bundes- ländern	Land	%	Land	%	Land	%	
		1000 US-Dollar	%								
713	Kolbenverbrennungs- motoren	12 931 935	6,3	15,2	USA	24,2	Japan	11,1	Großbritannien	10,8	67,6
722	Ackerschlepper	5 612 720	8,3	6,5	USA	27,8	Großbritannien	16,1	Japan	13,8	72,5
724	Masch., App., Geräte f. d. Textil- u. Lederindustrie	4 749 749	6,9	19,2	Schweiz	16,9	Japan	16,8	USA	6,3	66,1
725	Masch., App. f.d. Papier- u. Papierhalbstoffherst.	2 058 267	7,4	22,2	USA	11,2	Finnland	8,2	Schweiz	7,7	56,7
726	Druckerei- u. Buchbinderei- masch., -app., -geräte	2 967 455	16,2	23,5	USA	19,0	Großbritannien	11,0	Schweiz	7,6	77,3
728	Andere Masch., App., Geräte u. Ausrüst. f. bes. Zwecke	2 433 946	5,5	23,8	USA	12,6	Frankreich	10,8	Großbritannien	10,1	62,8
736	Werkzeugmasch. z. Bearb. v. Metallen o. Hartmetallen	7 874 946	11,6	19,4	Japan	15,6	Schweiz	10,1	Italien	8,8	65,5
742	Flüssigkeitspumpen	4 467 932	6,9	18,3	USA	20,1	Frankreich	10,0	Großbritannien	9,8	65,1
745	Andere Masch., App., Geräte, Werkzeuge u. -masch., n. elektr.	1 302 714	8,5	16,2	USA	22,0	Großbritannien	9,8	Frankreich	6,3	62,8
749	Teile u. Zubehör (n. elektr.) f. Masch., App., Geräte	11 028 242	5,0	21,2	Japan	12,9	USA	11,0	Frankreich	9,9	60,0
772	Elektr. Geräte z. Schließen, Öffnen usw.	10 694 515	6,1	18,3	USA	13,7	Japan	11,9	Frankreich	11,5	61,5
775	Elektr. u. nichtelektr. Haushaltsgeräte	1 000 276	6,4	18,7	Italien	42,7	Frankreich	8,4	Japan	6,6	82,8
778	Elektr. Masch., App., Geräte	5 779 400	5,0	12,5	Japan	17,2	USA	15,0	Frankreich	9,9	59,6
781	Personenkraftwagen einschl. Kombi.-Kraftwagen	54 920 343	6,5	19,3	Japan	21,8	Frankreich	13,0	USA	8,9	69,5
783	Straßenkraftfahrzeuge a.n.g.	2 935 667	14,0	16,2	USA	15,1	Niederlande	10,6	Japan	10,1	66,0
786	Anhänger v. and. Fahrz. o. mech. Antrieb	2 200 239	6,7	25,3	Frankreich	11,1	Großbritannien	10,3	USA	9,5	62,9
872	Mediz. Instrumente, App. u. Geräte	2 187 042	8,3	11,6	USA	20,0	Japan	11,0	Großbritannien	9,8	60,7
874	Instr., App. u. Geräte z. Messen, Prüfen, Analysieren u. Kontrollieren	4 752 463	6,7	16,9	USA	16,2	Großbritannien	11,5	Frankreich	9,6	60,9
884	Optische Erzeugnisse	877 175	10,1	16,1	Frankreich	19,2	Italien	14,7	Österreich	7,9	68,0
885	Uhrmacherwaren	6 222 763	6,1	2,3	Schweiz	31,5	Japan	20,7	Hongkong	17,9	78,5
897	Schmuckwaren, Gold- u. Silberschmiedewaren	4 640 862	7,0	3,1	Italien	38,7	Schweiz	9,2	Frankreich	6,3	64,3
898	Musikinstrumente, Teile u. Zubehör davon	2 307 436	5,5	10,0	USA	21,6	Japan	20,6	Großbritannien	8,4	66,1

1) Deutsche Übersetzung der Standard International Trade Classification, Revision 2.

zeugmaschinen mit 8,5% Anteil am Welthandel hinter den USA (22,0%), den anderen Bundesländern (16,2%) und Großbritannien (9,8%), bei optischen Erzeugnissen mit 10,1% hinter Frankreich (19,2%), den anderen Bundesländern (16,1%) und Italien (14,7%).

Entwicklung der Anteile Baden-Württembergs am Weltexport

Diese Zahlen über die Exportstärke Baden-Württembergs auf einigen Teilmärkten des Welthandels vornehmlich bei Investitionsgütern sind um so beeindruckender, wenn man bedenkt, daß in Baden-Württemberg gerade 0,21% der Weltbevölke-

rung leben bzw. dieses Bundesland 0,026% der Erdoberfläche bedeckt. Insofern ist es auch beachtlich, daß Baden-Württemberg 1979 ungefähr 1,8% des Weltexportvolumens bestritten hat; 1980 fiel diese Quote – nicht zuletzt wegen der Wechselkursentwicklung – auf 1,6% zurück. Der Anteil der Bundesrepublik insgesamt am Weltexport lag 1979 bei 10,5% (1980: 9,7%), wodurch sie etwa gleichauf mit den USA (1979: 11,1%), aber noch vor Japan (6,3%), Frankreich (6,0%) und Großbritannien (5,5%) mit an der Spitze aller Staaten lag. Der Anteil Baden-Württembergs war 1979 immerhin etwa gleich groß wie derjenige der Schweiz und bedeutend höher als derjenige beispielsweise Spaniens (1,1%), Brasiliens (0,9%) oder der Volksrepublik China (0,8%).

Tabelle 5

Anteil Baden-Württembergs am Welthandel

Jahr	Welthandel	Baden-Württemberg	Anteil Baden-Württembergs am Welthandel
	Mill. DM		%
1975	2 146 800	35 917	1,67
1976	2 491 900	41 942	1,68
1977	2 608 500	45 575	1,75
1978	2 613 900	47 698	1,82
1979	3 001 000	53 109	1,77
1980	3 610 900	59 287	1,64

Aus *Anhangtabelle 10* lassen sich für alle Warenbereiche (Einsteller der SITC) bzw. für die wichtigsten Warengruppen und Warenarten (Zwei- und Dreisteller SITC) Umfang und Entwicklung der Anteile Baden-Württembergs am Weltexport ablesen. Auf die hieraus ersichtlichen Schwerpunkte Baden-Württembergs in den Bereichen „Maschinenbau, Elektrotechnik, Fahrzeugbau“ und „Sonstige bearbeitete Waren“ wurde bereits hingewiesen. 1979 betrugen die Anteile des Landes am Weltexport bei diesen Produkten 4,38% bzw. 3,39%; der Anteil dieser Waren am Gesamtexport Baden-Württembergs lag 1979 bei 59,76% bzw. 13,91%. Was die Entwicklung der Exporte Baden-Württembergs im Weltmaßstab anbelangt, so konnte das Land bei einer Steigerung des gesamten Weltexportvolumens zwischen 1975 und 1980 um 68,2% (jahresdurchschnittlich +11,0%) seinen Anteil sogar leicht ausbauen, zwischen 1975 und 1978 nahm die Quote von 1,67 auf 1,82% zu, ermäßigte sich danach jedoch auf 1,77% (1979) und 1,64% (1980); vgl. *Tabelle 5*.

Die nach Warenbereichen, -gruppen und Warenarten untergliederte Untersuchung für die Jahre 1975 bis 1979 (*Anhangtabelle 10*) zeigt, daß sich die Zunahme der Anteile Baden-Württembergs (+0,1 Prozentpunkte) auf nahezu alle Warenbereiche (Einsteller) erstreckt. Insbesondere erhöhten sich die Anteile bei Maschinenbau- und elektrotechnischen Erzeugnissen, Fahrzeugen überdurchschnittlich stark von 4,12 auf 4,38%, wogegen die Quote bei den Sonstigen bearbeiteten Waren über die Jahre hinweg stagnierte (bei 3,4%). Bei letzteren konnte ein Rückgang der Weltmarktanteile bei Uhren (-1,4 Prozentpunkte), Schmuck-, Gold- und Silberwaren (-2,9 Prozentpunkte) sowie Musikinstrumenten (-1,0 Prozentpunkte) – bedingt, wie bei entsprechenden Anteilsverlusten auf dem Inlandsmarkt, durch Konkurrenzdruck aus Fernost, Amerika und Südeuropa – durch den Ausbau von Marktpositionen bei einigen anderen Erzeugnissen dieses Warenbereichs nicht ganz ausgeglichen

werden. Demgegenüber konnte bei den meisten Warenarten des Bereichs „Maschinenbau- und elektrotechnische Erzeugnisse, Fahrzeuge“ eine Erhöhung der Weltmarktanteile baden-württembergischer Ausfuhren verzeichnet werden. Erwähnenswerte Ausnahmen stellen lediglich Werkzeugmaschinen dar, bei denen der Anteil am Weltexport von beachtlichen 13,4% auf 11,6% zurückging sowie Haushaltsgeräte (-1,6 Prozentpunkte) und Lastkraftwagen etc. (-1,0 Prozentpunkte). Umgekehrt hat Baden-Württemberg bei den Straßenfahrzeugen a.n.g. (von 7,5 auf 13,1%), bei den Ackerschleppern (von 5,9 auf 8,3%), bei den Druckerei- und Buchbindermaschinen (von 12,0 auf 16,2%) und bei den Anhängern und Fahrzeugen ohne mechanischen Antrieb (von 4,6 auf 6,7%) seine internationale Marktposition noch beträchtlich ausbauen können.

Bemerkenswert ist weiterhin, daß das baden-württembergische Gewerbe auch bei anderen Warenbereichen in der Regel seinen Anteil an den Weltexporten erhöhen konnte, so bei den Nahrungsmitteln (von 0,37 auf 0,50%), bei Getränken und Tabak (von 0,11 auf 0,23%), bei Rohstoffen (von 0,47 auf 0,51%), bei mineralischen Brennstoffen etc. (von 0,08 auf 0,35%) und bei chemischen Erzeugnissen (von 1,38 auf 1,53%); lediglich bei tierischen und pflanzlichen Ölen etc. ergab sich ein Marktanteilsverlust (von 1,17 auf 0,61%).

Eine nähere Betrachtung der Warenstruktur zeigt, daß die Steigerung der Anteile Baden-Württembergs an den Weltausfuhren insgesamt auch auf die günstige Struktur der Exporte Baden-Württembergs zurückzuführen ist. So hat zwischen 1975 und 1979 die Weltausfuhr (bei einer durchschnittlichen Zunahme um 39,8%) bei den „Schwerpunktbereichen“ Baden-Württembergs überdurchschnittlich stark zugenommen, so bei chemischen Erzeugnissen um 108,1%, bei Maschinen, elektrotechnischen Produkten und Fahrzeugbau um 80,6% und bei den „Sonstigen bearbeiteten Waren“ sogar um 115,5%. Wie aus *Anhangtabelle 10* weiter hervorgeht, haben sich die weltweiten Außenhandelsbeziehungen außerdem bei denjenigen Waren überdurchschnittlich stark intensiviert, bei denen Baden-Württemberg seine Stellung auf dem Weltexportmarkt ausbauen konnte; hingewiesen sei beispielsweise auf Druckerei- und Buchbindermaschinen (+112,3%), auf Straßenfahrzeuge a. n. g. (+91,4%) und auf chemische Produkte (+108,1%). Allerdings ist auch eine Zunahme weltweiter Exporte bei einigen Erzeugnissen eingetreten, in denen Baden-Württemberg Weltmarktanteile verlor, so bei Uhren (+117,7%), bei Schmuckwaren etc. (+237,2%) und bei Musikinstrumenten (+149,9%).

Zusammenfassung

- Der hohe Industrialisierungsgrad und die hohe Außenhandelsabhängigkeit der Bundesrepublik und besonders Baden-Württembergs machen es erforderlich, der Gefährdung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und dem Vordringen einzelner Länder, z. B. Japans, bei verschiedenen Warengruppen auf dem Inlands- und Auslandsmarkt ein besonderes Augenmerk zu widmen. Vor diesem Hintergrund wird dargestellt, wie sich im Laufe der siebziger Jahre die Stellung Baden-Württembergs auf dem Binnenmarkt der Bundesrepublik und auf dem Weltmarkt entwickelt hat.
- Auf dem Inlandsmarkt der Bundesrepublik Deutschland hat sich die Gesamtnachfrage nach Produkten des Verarbeitenden Gewerbes zwischen 1970 und 1980 mehr als verdoppelt (1970: 495 Mrd. DM, 1980: 1016 Mrd. DM). Der Raum für Erzeugnisse aus bundesdeutscher Produktion hat sich dabei verengt, denn aufgrund einer Verdreifachung der Importe (1970: 81 Mrd. DM, 1980: 245 Mrd. DM) erhöhte sich der Importanteil an der Inlandsversorgung von 16,3% auf 24,1%. Diese Entwicklung ist auch Ausdruck einer Intensivierung der Außenhandelsbeziehungen, denn im betrachteten Zeitraum haben sich die bundesdeutschen Exporte um etwa denselben Betrag wie die Importe (164 Mrd. DM) erhöht. Ursächlich hierfür war allein eine starke Steigerung der Exportüberschüsse bei den Investitionsgütern.
- Innerhalb der enger gewordenen Absatzmöglichkeiten auf dem Inlandsmarkt hat sich Baden-Württemberg im Vergleich zu den anderen Bundesländern überdurchschnittlich gut behauptet. Während nämlich die Inlandsumsätze der anderen Bundesländer zwischen 1970 und 1980 um 83% gestiegen sind, betrug der Zuwachs bei denjenigen Baden-Württembergs 93%. Bemerkenswerterweise konnte Baden-Württemberg sogar bei 13 von 33 Branchen trotz gestiegener Importanteile seine Marktanteile auf dem bundesdeutschen Markt ausbauen, dies betraf u. a. auch so wichtige Industrien des Landes wie Maschinenbau, Straßenfahrzeugbau und EBM-Waren sowie deren Zulieferer aus der Metallwirtschaft. Demgegenüber mußten die anderen Bundesländer bei allen Branchen einen Rückgang ihrer Anteile hinnehmen. Allerdings ergaben sich bei einigen Branchen höhere Anteilsverluste des Landes als bei anderen Bundesländern, so bei Feinmechanik, Optik und Uhren, bei Musikinstrumenten, Schmuck- und Spielwaren etc. sowie in der Lederwirtschaft.
- Die genannten starken Einbußen Baden-Württembergs bei einigen Branchen auf dem bundesdeutschen Inlandsmarkt resultierten u.a. aus hohen Importzunahmen bei Importen aus Fernost, Amerika und Nicht-EG-Staaten Europas. Das noch gute Abschneiden Baden-Württembergs bei Maschinenbau, Straßenfahrzeugbau und anderen Investitionsgütern war vor allem auf den Umstand zurückzuführen, daß der außereuropäische Importdruck sich auch negativ auf Importe aus EG-Staaten ausgerichtet hat.
- Was die Auslandsabhängigkeit anbelangt, wurde der Strukturwandel des Verarbeitenden Gewerbes Baden-Württembergs nicht nur durch unterschiedlich stark ausgeprägte produktdifferenzierte Importsteigerungen bewirkt, sondern auch durch unterschiedliche starke Exportsteigerungen der einzelnen Branchen. Auffallend ist dabei vor allem, daß die auf dem Binnenmarkt schwachen Branchen Feinmechanik, Optik und Uhren, Musikinstrumente, Schmuck- und Spielwaren etc. sowie das Ledergewerbe auch bei den Exporten nur unterdurchschnittlich expandierten, wogegen beispielsweise Straßenfahrzeugbau, Maschinenbau, Wasser-, Raum- und Luftfahrzeugbau und EBM-Waren auch auf den Exportmärkten sich überdurchschnittlich gut entwickelten.
- Der Anteil Baden-Württembergs am Weltexportvolumen lag 1979 bei 1,8%. Bei einigen Produkten lag er weit über dieser Durchschnittsquote, so bei Spezialkraftwagen (14,0%), bei Druckerei- und Buchbindermaschinen (16,2%), Metallbearbeitungsmaschinen (11,6%); bei diesen Erzeugnissen lag Baden-Württemberg hinter den anderen Bundesländern und den USA (bzw. Japan) an dritter Stelle unter den „Exportländern“. Erwähnenswert ist weiterhin, daß Baden-Württemberg bei wichtigen Exportgütern des Investitionsgütergewerbes im Zuge einer stark gestiegenen Weltnachfrage seine Anteile am Weltexport zwischen 1975 und 1979 noch ausbauen konnte.
- Wie sich die zwischenzeitlich erfolgte Verschärfung der Konkurrenzsituation auf den internationalen Märkten auf den Anteil Baden-Württembergs am Weltexport dieser Produkte ausgewirkt hat, konnte noch nicht untersucht werden. Der Rückgang des Landes am Weltexport auf 1,6% im Jahre 1980 zeigt jedoch auch die Notwendigkeit weiterer Exportanstrengungen und die Förderung des Strukturwandels.

3.2 Veränderung der Dienstleistungsstruktur

Problemlage

Kennzeichnend für die abgeschwächte wirtschaftliche Entwicklung in den siebziger Jahren und zu Beginn der achtziger Jahre sind vor allem die verschärfte außenwirtschaftliche Konkurrenz, die internationale Umschichtung der Standorte, Probleme bei der Umsetzung neuer Technologien und rückläufige Investitionsbereitschaft, die zu Phasen hoher Arbeitslosigkeit und gesunkenen Wachstumsraten führten. Diese grundlegenden Verwerfungen und Änderungen der Rahmenbedingungen haben die Notwendigkeit für den wirtschaftlichen Strukturwandel und die Probleme einer hochindustrialisierten Volkswirtschaft im Rahmen eines längerfristigen Entwicklungsprozesses verdeutlicht.

Wie immer bei Problemen der Wandlung des sektoralen Wachstumsmusters, so hat auch jetzt wieder die Beobachtung und Analyse der seitherigen und möglichen zukünftigen Entwicklung des Dienstleistungssektors eine besondere Rolle gespielt¹. Entscheidender Gesichtspunkt ist dabei, ob eher eine stärkere oder aber eine schwächere Entwicklung dieses Bereichs zur Lösung anstehender Probleme besser geeignet ist. So ist denn die gegenwärtige wirtschaftliche Lage von zwei Problemen gekennzeichnet, die im Zusammenhang mit der Entwicklung des Dienstleistungssektors zu sehen sind. Zum einen wird gefragt, ob der Dienstleistungssektor angesichts der gegenwärtigen und mittelfristig zu erwartenden Arbeitsmarktp Probleme einen Beitrag leisten kann, indem er weiterhin Arbeitskräfte aufnimmt. Zum anderen erhebt sich aufgrund der defizitären Leistungsbilanz der letzten Jahre die Frage, ob nicht der exportorientierte Warenproduzierende Sektor zu langsam gewachsen ist. Beide Problemkreise zielen auf das sektorale Wachstumsmuster der Wirtschaft, d. h. auf Richtung und Intensität des langfristigen intersektoralen Strukturwandels.

Diesen Fragen soll in der vorliegenden Untersuchung nachgegangen werden. Eine kurze Präzisierung des Dienstleistungsbegriffs und der Erläuterung der nur begrenzten statistischen Erfassungsmöglichkeiten dieses Bereichs läßt sich dabei nicht

ganz vermeiden. Der tertiäre Sektor umfaßt eine Fülle heterogener Dienste, Erstellungsprozesse und Organisationsformen, die entsprechend von verschiedenartigen *Bestimmungsfaktoren abhängig* sind. Diese vielschichtige Heterogenität dürfte mit eine der Ursachen dafür sein, daß der Dienstleistungsbereich nur teilweise und unzureichend statistisch erfaßt ist. Bei den Dienstleistungen – dem „non-material-output“ – handelt es sich um Güter immaterieller Natur (z. B. eine Beratung) sowie um Dienstleistungstätigkeiten (z. B. Leistung eines Friseurs). Sie können sehr arbeitsintensiv, aber auch sehr kapitalintensiv (z. B. Verkehrsleistungen) hergestellt werden. Ein Teil der Dienstleistungen wird von Unternehmen angeboten und gegen Entgelt verkauft, ein anderer Teil wird vom Staat und den Organisationen ohne Erwerbscharakter ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellt, wobei diese Dienstleistungen überwiegend kollektiv genützt werden können. Dienstleistungen werden auch in erheblichem Umfang in den privaten Haushalten bzw. in den Familien erbracht. Doch entziehen sich diese für die Gesellschaft existenziellen Dienste, man denke nur an die Erziehung der nachwachsenden Generation, hinsichtlich ihrer quantitativen Bewertung zumindest bislang der statistischen Erfassung und müssen im folgenden außerhalb der Betrachtung bleiben. Eine Ausnahme bilden hier nur die gegen Entgelt geleisteten Dienste von Hausangestellten und die (statistisch den Unternehmen zugerechneten) fiktiven oder tatsächlichen Entgelte für Wohnungsnutzung.

Ein schwieriges Erfassungsproblem entsteht dadurch, daß Dienstleistungen sowohl Haupttätigkeit wie auch Nebentätigkeit eines Unternehmens sein können. So werden Dienstleistungen zwangsläufig als oftmals bedeutungsvolle Neben- oder Hilfsfunktion bei der Warenproduktion erbracht. Zu denken ist hier an Forschung und Entwicklung sowie an marktorientierte Funktionen wie Verkauf, Werkverkehr und Transport aber auch an Werkskantinen. Solche Dienstleistungen sind integraler Bestandteil der wirtschaftlichen Leistung von Unternehmen, deren eigentlicher Zweck die Warenproduktion ist. Zum Dienstleistungssektor werden jedoch – zumindest in der amtlichen Statistik – nur diejenigen institutionellen Einheiten (Unternehmen) gezählt, deren wirtschaftlicher Schwerpunkt in der Erbringung von Dienstleistungen liegt. Dieser pragmatischen Zuordnung wird gelegentlich entgegengehalten, sie erfasse nicht die Gesamtheit der erbrachten Dienstleistungen. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, daß die organisatorische Verselbständigung von Dienstleistungen – z. B. bei der Auslagerung von Forschung und Entwicklung aus dem produzierenden Unternehmen in ein selbständiges Dienstleistungsunternehmen – ein eigenständiges Charakteristikum der Entwicklungsstufe einer

¹ Die Entwicklung des Dienstleistungssektors versuchte die aus den fünfziger Jahren stammende Drei-Sektoren-These von Colin Clark und Jean Fourastié zu erklären. Danach verändert sich im historischen Prozeß und in Abhängigkeit vom erreichten Entwicklungsniveau die Bedeutung der drei unterschiedlichen Wirtschaftssektoren – primärer (Land- und Forstwirtschaft), sekundärer (Warenproduzierendes Gewerbe) und tertiärer Sektor (Dienstleistungen). Das gegenwärtige und zukünftige Wachstumsmuster sei dabei durch eine Verschiebung der Nachfrage-, der Produktions- und damit auch der Beschäftigungsstrukturen vom primären über den sekundären hin zum tertiären Sektor charakterisiert. Schließlich werde der tertiäre Bereich überwiegen.

Volkswirtschaft ist. Geht das Erfassungskonzept demgegenüber in Richtung sämtlicher überhaupt in einer Volkswirtschaft getätigter Dienstleistungen, so sind nicht nur hoch – sondern auch unterentwickelte Volkswirtschaften sehr dienstleistungsintensiv. Ausgehend von solchen Zuordnungsüberlegungen werden folgende Dienstleistungszweige in institutioneller Gliederung unterschieden

- Handel
- Verkehr
- Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe
- Gewerbliche und freiberufliche Dienstleistungen²
- Organisationen ohne Erwerbscharakter und private Haushalte
- Staat (Gebietskörperschaften und Sozialversicherung).

Diese Dienstleistungsbereiche bilden den tertiären Sektor. Die anderen Wirtschaftszweige werden zum primären Sektor (Land- und Forstwirtschaft) bzw. zum sekundären Sektor (Produzierendes Gewerbe) zusammengefaßt.

Das auf dem Markt verselbständigte Dienstleistungsangebot ist zwar im Hinblick auf den Grad der Arbeitsteilung und damit der Komplexität einer Gesellschaft durchaus informativ. Doch dürfen die in Unternehmen des sekundären Sektors erbrachten Dienstleistungen bei einer Gesamtanalyse nicht außer Betracht bleiben, da sie für Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum eminent wichtige Tätigkeiten umfassen, wie die Erforschung und Entwicklung neuer Produkte und Produktionsverfahren und wie die angesichts verschärfter internationaler Konkurrenz zunehmend wichtigere Funktion der Markterschließung. Dieser Bereich wird zwar statistisch kaum durchleuchtet, doch lassen sich über den Tätigkeitsaspekt, also über die Ermittlung der ausgeübten Berufe bzw. über die Art der überwiegend ausgeübten Tätigkeit der Beschäftigten, Anhaltspunkte insbesondere auch für den wichtigen Bereich Forschung und Entwicklung gewinnen.

Nachfolgend werden zunächst die seitherigen längerfristigen Entwicklungslinien der drei Wirtschaftssektoren in Land und Bund anhand der Beschäftigten- und der Produktionsentwicklung aufgezeigt. Anschließend wird die Verschiebung der Strukturen *innerhalb* des Dienstleistungssektors untersucht. Die Darstellung wird ergänzt um eine Abschätzung der Dienstleistungstätigkeiten im Produzierenden Sektor. Abschließend werden die Bestimmungsfaktoren der Entwicklung des Dienstleistungssektors näher analysiert, auch im Hinblick auf mögliche zukünftige Tendenzen.

² In der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wird dieser Bereich „Sonstige Dienstleistungen“ genannt. In größerer Gliederung wird er mit dem Bereich „Kreditinstitute, Versicherungen“ zum Begriff „Dienstleistungsunternehmen“ zusammengefaßt.

Dienstleistungen im intersektoralen Strukturwandel

Während in der Land- und Forstwirtschaft und im Produzierenden Gewerbe die Erwerbstätigen in den siebziger Jahren um 36% bzw. 6% abnahmen, lag die Zahl der Erwerbstätigen insgesamt 1980 mit 4,231 Mill. auf dem gleichen Niveau wie 1970 (*Tabelle 1*). Daß per Saldo 1980 wieder ebenso viele Arbeitsplätze wie zu Beginn des Jahrzehnts vorhanden waren, ist somit dem Dienstleistungssektor zuzuschreiben. Hier waren 1980 1,815 Mill. Erwerbstätige beschäftigt, dies waren knapp 18% mehr als 1970. Dabei war der prozentuale Zuwachs im Zeitraum 1975 bis 1980 mit 9% etwas größer als in der ersten Hälfte der siebziger Jahre (8%).

Anders war die Entwicklung im *Bundesgebiet* insgesamt. So stieg hier die Zahl der Beschäftigten des tertiären Sektors mit 12% (1970 bis 1980) deutlich langsamer als im Land, wogegen die Beschäftigtenzahl im sekundären Sektor mit 11% fast doppelt so schnell sank. Während somit in Baden-Württemberg der relativ mäßige Beschäftigtenrückgang des Produzierenden Gewerbes durch die Entwicklung im tertiären Sektor mehr als ausgeglichen werden konnte, gelang dies bundesweit nicht, so daß hier die Zahl der Beschäftigten insgesamt 1980 mit 25,741 Mill. um 3% unter dem Stand von 1970 lag.

Die gegenläufige sektorale Entwicklung der Beschäftigung war von entsprechenden *Strukturverschiebungen* begleitet (*Tabelle 2*). In Baden-Württemberg ist seit 1960 der Anteil des Dienstleistungssektors an den Beschäftigten stetig gestiegen, von 31% auf 43%. In der gleichen Zeit sank der Beschäftigtenanteil im Produzierenden Gewerbe leicht von 53% auf 52%. Dessen Entwicklung verlief jedoch in zwei unterschiedlichen Phasen. Einem stetig steigenden Strukturanteil in den sechziger Jahren, der 1970 in einem Wert von 55% gipfelte, folgte ein zunächst rascher, dann jedoch abklingender Rückgang auf knapp 52% (1980). Während so der sekundäre und der tertiäre Sektor ihre Anteile bis 1970 ausbauten – dies ging zu Lasten des schrumpfenden Anteilswerts des primären Sektors – erfolgte in den siebziger Jahren der weitere Anteilsgewinn des tertiären Sektors auch zu Lasten des sekundären Sektors.

Durch die historisch gewachsene Wirtschaftsstruktur hat in Baden-Württemberg traditionell der tertiäre Sektor ein geringeres, der sekundäre entsprechend ein größeres Gewicht als im *Bundesgebiet*. Der Strukturanteil des tertiären Sektors betrug 1960 in Baden-Württemberg 31%, im Bundesgebiet 38%, 1970 lagen die entsprechenden Anteile bei 37% bzw. 43%. In den siebziger Jahren stieg im Bundesgebiet der Strukturanteil des tertiären Sek-

Tabelle 1

Erwerbstätige in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet¹⁾

Wirtschaftsbereich	1960	1965	1970	1975	1980
Erwerbstätige in Baden-Württemberg in 1000					
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	630	530	374	289	238
Warenproduzierendes Gewerbe	2 072	2 249	2 308	2 142	2 178
Tertiärer Sektor	1 233	1 416	1 543	1 670	1 815
davon					
Handel und Verkehr	574	612	623	639	653
Dienstleistungsunternehmen	307	372	418	457	526
Staat, private Haushalte usw.	353	433	503	575	636
Insgesamt	3 935	4 195	4 225	4 101	4 231
Erwerbstätige im Bundesgebiet in 1000					
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	3 581	2 876	2 262	1 823	1 518
Warenproduzierendes Gewerbe	12 497	13 153	12 973	11 529	11 528
Tertiärer Sektor	10 002	10 740	11 335	11 914	12 695
davon					
Handel und Verkehr	4 759	4 796	4 769	4 664	4 668
Dienstleistungsunternehmen	2 381	2 666	2 943	3 059	3 423
Staat, private Haushalte usw.	2 862	3 278	3 623	4 191	4 604
Insgesamt	26 080	26 769	26 570	25 266	25 741
Anteil am Bundesgebiet in %					
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	17,6	18,4	16,5	15,9	15,7
Warenproduzierendes Gewerbe	16,6	17,1	17,8	18,6	18,9
Tertiärer Sektor	12,3	13,2	13,6	14,0	14,3
davon					
Handel und Verkehr	12,0	12,8	13,1	13,7	14,0
Dienstleistungsunternehmen	12,9	13,9	14,2	14,9	15,4
Staat, private Haushalte usw.	12,3	13,2	13,9	13,7	13,8
Insgesamt	15,1	15,7	15,9	16,2	16,4

1) Berechnungsstand: 1960, 1965 = Revision 1976, 1970 – 1980 = November 1981.

Quelle: VGR der Länder.

tors weiter an, bis auf 49% (1980). Aber weit mehr als die entsprechende Anteilssteigerung in Baden-Württemberg (auf 43%) ist diese im Bundesgebiet auf das absolute Schrumpfen des sekundären Sektors zurückzuführen. Im Bund war auch der Gipfel des Strukturanteils des sekundären Sektors bereits Mitte der sechziger Jahre mit 49% erreicht. Dieses Niveau konnte, anders als in Baden-Württemberg, auch im auf den konjunkturellen Einbruch 1967/68 folgenden Aufschwung nicht mehr erreicht werden. Bis 1980 war vielmehr der Anteil des sekundären Sektors im Bund auf 45% gesunken. In Baden-Württemberg dagegen war – bei einem nur geringen Beschäftigungsrückgang im sekundären Sektor – das stärkere Wachstum des tertiären Bereichs für dessen Anteilssteigerung maßgeblich. Entsprechend stieg der Anteil Baden-Württembergs an den Beschäftigten des Bundesgebiets sowohl im sekundären Sektor und zwar von 17,8% (1970) auf 18,9% (1980), als auch im tertiären Sektor und hier von 13,6% auf 14,3%. Ursächlich hierfür war allein die Entwicklung im privaten Bereich

des tertiären Sektors. Während der Anteil der Beschäftigten am Bundesgebiet beim Staat leicht zurückging, stieg der Anteil beim Bereich Handel und Verkehr von 13,1% (1970) auf 14,0% (1980) und bei den Dienstleistungsunternehmen sogar von 14,2 auf 15,4%.

Ähnlich wie bei der Beschäftigung vollzog sich die Strukturverlagerung bei der Produktion, gemessen an der nominalen *Bruttowertschöpfung* (Tabelle 3). Auch hier verlor insbesondere der primäre Sektor zugunsten des tertiären Sektors. Der Strukturanteil des primären Sektors ging in Baden-Württemberg stetig von 6% (1960) auf 2% (1980) zurück. Der sekundäre Sektor erreichte seinen höchsten Strukturanteil auch hier 1970 und lag 1980 mit 54% nur knapp über dem von 1952 (53%), er konnte aber seinen Anteil leicht gegenüber den Rezessionsjahren 1975/1977 erhöhen. Auch bei der Produktion vergrößerte sich die Bedeutung des tertiären Sektors stetig, seit 1960 (38%) stieg der Anteil auf 44% (1980).

Tabelle 2

Nominale Bruttowertschöpfung in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet¹⁾

Wirtschaftsbereich	1960	1965	1970	1975	1980
Bruttowertschöpfung Baden-Württemberg in Mill. DM					
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	2 445	2 691	3 440	4 182	4 309
Warenproduzierendes Gewerbe	24 446	41 166	63 041	88 783	129 682
Tertiärer Sektor	16 147	26 221	40 384	70 605	104 510
davon					
Handel und Verkehr	7 026	10 663	14 309	20 489	30 046
Dienstleistungsunternehmen	5 796	9 877	16 575	30 981	47 103
Staat, private Haushalte usw.	3 325	5 681	9 500	19 135	27 361
Insgesamt ²⁾	43 038	70 078	106 863	163 570	238 501
Bruttowertschöpfung Bundesgebiet in Mill. DM					
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	17 390	19 980	23 070	30 780	32 220
Warenproduzierendes Gewerbe	161 260	244 030	360 710	499 210	713 670
Tertiärer Sektor	123 000	194 630	299 560	516 860	761 540
davon					
Handel und Verkehr	55 160	81 530	108 700	158 610	226 800
Dienstleistungsunternehmen	41 400	69 340	118 320	217 130	335 770
Staat, private Haushalte usw.	26 440	43 760	72 540	141 120	198 970
Insgesamt ²⁾	301 650	458 640	683 340	1 046 850	1 507 430
Anteil am Bundesgebiet in %					
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	14,1	13,5	14,9	13,6	13,4
Warenproduzierendes Gewerbe	15,2	16,9	17,5	17,8	18,2
Tertiärer Sektor	13,1	13,5	13,5	13,7	13,7
davon					
Handel und Verkehr	12,7	13,1	13,2	12,9	13,2
Dienstleistungsunternehmen	14,0	14,2	14,0	14,3	14,0
Staat, private Haushalte usw.	12,6	13,0	13,1	13,6	13,8
Insgesamt ²⁾	14,3	15,3	15,6	15,6	15,8

1) Berechnungsstand: 1960 – 1975 = Revision 1976, 1980 = November 1981. – 2) Bruttowertschöpfung unbereinigt.

Quelle: VGR der Länder.

Für die volkswirtschaftliche Bedeutung des tertiären Sektors in der Gesamtwirtschaft ist das geeignete Meßkonzept die *nominale* Bruttowertschöpfung (bzw. die Zahl der Erwerbstätigen). Andere Aspekte lassen sich anhand der sektoralen Anteile an der *realen*, also der preisbereinigten *Bruttowertschöpfung* (gemessen in Preisen von 1970) deutlich machen. Denn während der Anteil des tertiären Sektors an der *nominalen* Bruttowertschöpfung stetig stieg, stagnierte sein Anteil an der *realen* Bruttowertschöpfung bei 41% bzw. war in den frühen siebziger Jahren sogar leicht rückläufig (1970: 38%). Ursächlich für diese gegenläufige Tendenz ist die unterschiedliche sektorale Entwicklung der Arbeitsproduktivität (gemessen als reale Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen), die ihrerseits zu einer Verschiebung der Preisrelationen führt. Die Arbeitsproduktivität ist bisher im sekundären Sektor schneller gestiegen als im tertiären Sektor. Dies hängt damit zusammen, daß im sekundären Sektor

Produktivitätsfortschritte durch zunehmende Kapitalintensität der Produktion, Nutzung des technischen Fortschritts und durch Rationalisierung eher möglich waren als bei der Dienstleistungserstellung, die in weiten Bereichen sehr arbeitsintensiv ist. Etwa ab Mitte der siebziger Jahre haben sich allerdings die Raten der Produktivitätsfortschritte zwischen dem sekundären und tertiären Sektor einander angenähert. Im Dreijahreszeitraum 1977-1980 stieg die Arbeitsproduktivität im sekundären Sektor eher sogar etwas langsamer (+6%) als in den zum Unternehmensbereich zählenden Teil des tertiären Sektors (Handel und Verkehr +8%, Dienstleistungsunternehmen +6%). Hier dürften zwei Faktoren zusammengewirkt haben: Zum einen sind zumindest Teilbereiche des Dienstleistungssektors kapitalintensiver geworden und haben den technischen Fortschritt verstärkt genutzt. Zum anderen sind die Produktivitätsfortschritte des sekundären Sektors abgeflacht, was teilweise auch

Tabelle 3

Entwicklung der Erwerbstätigen und der nominalen Bruttowertschöpfung in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet¹⁾

Wirtschaftsbereich	Veränderungsrate			Strukturanteil		
	1975 gegen 1970	1980 gegen 1975	1980 gegen 1970	1970	1975	1980
	%					
Erwerbstätige in Baden-Württemberg						
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	- 23	- 18	- 36	8,9	7,1	5,6
Warenproduzierendes Gewerbe	- 7	+ 2	- 6	54,6	52,2	51,5
Tertiärer Sektor	+ 8	+ 9	+ 18	36,5	40,7	42,9
davon						
Handel und Verkehr	+ 3	+ 2	+ 5	14,7	15,6	15,4
Dienstleistungsunternehmen	+ 9	+ 15	+ 26	9,9	11,1	12,4
Staat, private Haushalte usw.	+ 14	+ 11	+ 27	11,9	14,0	15,0
Insgesamt	- 3	+ 3	± 0	100,0	100,0	100,0
Erwerbstätige im Bundesgebiet						
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	- 19	- 17	- 33	8,5	7,2	5,9
Warenproduzierendes Gewerbe	- 11	± 0	- 11	48,8	45,6	44,8
Tertiärer Sektor	+ 5	+ 7	+ 12	42,7	47,2	49,3
davon						
Handel und Verkehr	- 2	± 0	- 2	17,9	18,5	18,1
Dienstleistungsunternehmen	+ 4	+ 12	+ 16	11,1	12,1	13,3
Staat, private Haushalte usw.	+ 16	+ 10	+ 27	13,6	16,6	17,9
Insgesamt	- 5	+ 2	- 3	100,0	100,0	100,0
Bruttowertschöpfung Baden-Württemberg						
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	+ 22	+ 3	+ 25	3,2	2,6	1,8
Warenproduzierendes Gewerbe	+ 41	+ 46	+ 106	59,0	54,3	54,4
Tertiärer Sektor	+ 75	+ 48	+ 159	37,8	43,1	43,8
davon						
Handel und Verkehr	+ 43	+ 47	+ 110	13,4	12,5	12,6
Dienstleistungsunternehmen	+ 87	+ 52	+ 184	15,5	18,9	19,7
Staat, private Haushalte usw.	+ 101	+ 43	+ 188	8,9	11,7	11,5
Insgesamt ²⁾	+ 53	+ 46	+ 123	100,0	100,0	100,0
Bruttowertschöpfung Bundesgebiet						
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	+ 33	+ 5	+ 40	3,4	2,9	2,1
Warenproduzierendes Gewerbe	+ 38	+ 43	+ 98	52,8	47,7	47,3
Tertiärer Sektor	+ 73	+ 47	+ 154	43,8	49,4	50,5
davon						
Handel und Verkehr	+ 46	+ 43	+ 109	15,9	15,2	15,0
Dienstleistungsunternehmen	+ 84	+ 55	+ 184	17,3	20,7	22,3
Staat, private Haushalte usw.	+ 95	+ 41	+ 174	10,6	13,5	13,2
Insgesamt ²⁾	+ 53	+ 44	+ 121	100,0	100,0	100,0

1) Berechnungsstand: 1960 – 1975 = Revision 1976, 1980 = November 1981. – 2) Bruttowertschöpfung unbereinigt.

Quelle: VGR der Länder.

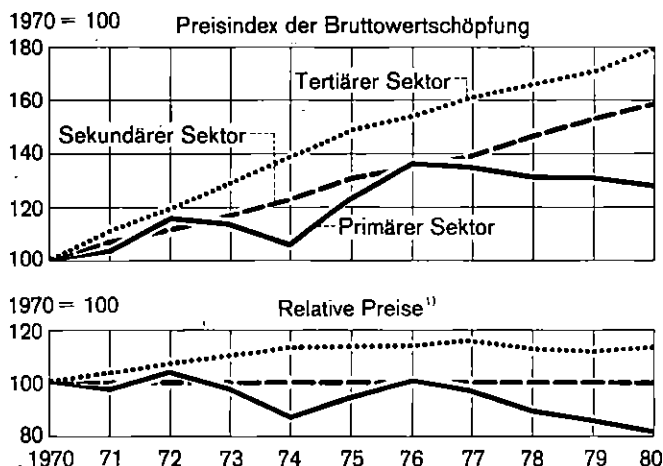
rezessionsbedingt ist, d. h. die nur mäßige oder gar rückläufige Wirtschaftsentwicklung hat nicht zu einer proportionalen sondern zu einer unterproportionalen Arbeitsfreisetzung geführt.

Die unterschiedlichen Produktivitätsfortschritte waren eine wesentliche Ursache dafür, daß die Preise im tertiären Sektor schneller stiegen als im

sekundären Sektor (*Schaubild 1*). Hierauf wiederum ist die gegenläufige Anteilsentwicklung des tertiären Sektors bei den beiden Meßkonzepten der nominalen bzw. realen Bruttowertschöpfung zurückzuführen. Das zumindest bis zur Mitte der siebziger Jahre deutliche Auseinanderklaffen der sektoralen Preissteigerungen dürfte aber auch noch dadurch verstärkt worden sein, daß der Dienstleistungsbe-

Schaubild 1

Preisentwicklung der Bruttowertschöpfung der drei Sektoren



1) Preisindizes der jeweiligen Bruttowertschöpfung eines Wirtschaftssektors in Prozent des Preisindex der Bruttowertschöpfung des sekundären Sektors.

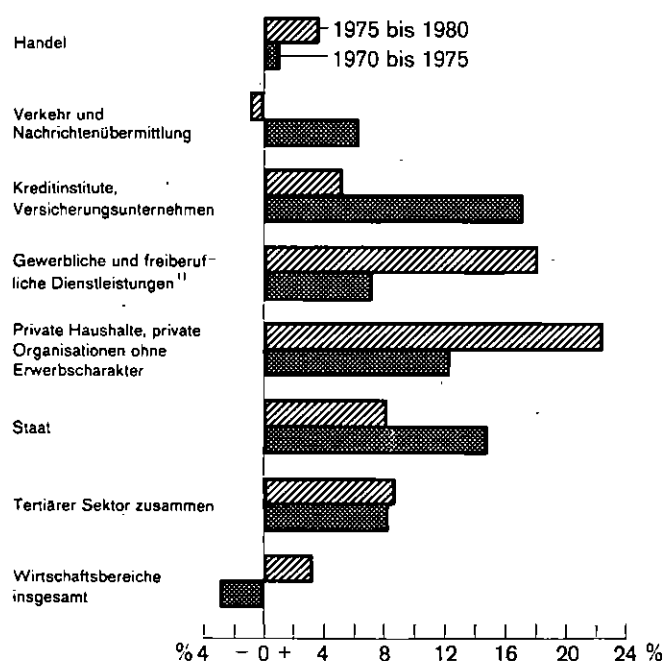
reich dem Konkurrenzdruck aus dem Ausland kaum unterliegt. Generell ist der Wettbewerb über den Preis im Dienstleistungssektor weniger ausgeprägt als in den übrigen Wirtschaftsbereichen. So sind in zahlreichen Dienstleistungsbereichen auch des Unternehmenssektors administrierte oder teil-administrierte Preise keine Seltenheit³, wobei sie

3 Vgl. Strukturberichterstattung 1980, Institut für Weltwirtschaft, Kiel 1980, S. 267 f.

Schaubild 2

Entwicklung der Erwerbstätigenzahl im tertiären Sektor und in der Gesamtwirtschaft

Veränderung in %



1) In der VGR „Sonstige Dienstleistungen“, einschließlich Wohnungsvermittlung.

nicht in jedem Fall günstiger sein müssen als Marktpreise. Vorgegeben sind zum Beispiel Rundfunk- und Fernsehgebühren, Post- und Telefongebühren, Strom-, Gas- und Wassertarife sowie Tarife im Verkehrsbereich (wie Straßengüterverkehr, Luftverkehr, Binnenschifffahrt, Taxiunternehmen). Auch eine Reihe freier Berufe unterliegt bei ihrer Preisgestaltung staatlichem Einfluß. Derartige Honorar- und Gebührenordnungen gibt es beispielsweise für die Leistungen von Ärzten, Zahnärzten, Tierärzten, Rechtsanwälten, Architekten und Ingenieuren.

Strukturwandel innerhalb des Dienstleistungssektors

In den heterogenen Bereichen des tertiären Sektors verlief die Entwicklung sehr differenziert (Schaubild 2). Im einzelnen zeichneten sich in Baden-Württemberg folgende Tendenzen ab:

Organisationen ohne Erwerbscharakter

Am stürmischsten war die Beschäftigtenentwicklung in den siebziger Jahren in den Organisationen ohne Erwerbscharakter. Diese umfassen eine Vielzahl von gemeinnützigen Institutionen mit politischen, kulturellen, religiösen oder sozialen Zielsetzungen. In diesem Bereich waren 1980 knapp 120 000 Personen beschäftigt⁴. Seit 1970 hat sich die Beschäftigtenzahl um mehr als ein Drittel erhöht und ist damit weit stärker gestiegen als im Bundesdurchschnitt (+ 25%). Die Expansion dieses Bereichs war dabei im Zeitraum 1975 bis 1980 bedeutend stärker (+23%) als zwischen 1970 und 1975 (+12%).

Die Struktur dieses Bereichs ist statistisch schwer zu analysieren. Es muß hier daher teilweise auf eigene Schätzungen zurückgegriffen werden. Etwa zwei Drittel der in Organisationen ohne Erwerbscharakter Beschäftigten sind in Anstalten und Einrichtungen im Bereich der Humandienstleistungen wie Krankenhäusern, Heimen oder diesen Organisationen angeschlossenen Schulen beschäftigt. Beim restlichen Drittel entfällt knapp die Hälfte auf die Kirchen und deren Organisationen. So waren auf Gemeindepfarrstellen 1981 zu Jahresbeginn 2070 evangelische Pfarrer und 1770 katholische Priester tätig. Die Zunahme der Beschäftigtenzahl der Organisationen ohne Erwerbscharakter lag eindeutig bei den von diesen unterhaltenen Anstalten und Einrichtungen. Der Schwerpunkt der Expansion hat sich hier jedoch verlagert. In der ersten Hälfte der siebziger Jahre stieg vor allem die Be-

4 Einschließlich Beschäftigte bei privaten Haushalten, deren Anzahl jedoch vergleichsweise geringfügig sein dürfte.

schäftigung im Bereich der gemeinnützigen Krankenhäuser (+56%), während danach die Beschäftigtenzahl der Heime überdurchschnittlich anstieg (1975-1979: +30%).

Bei diesen Angaben über die Zahl der Beschäftigten ist jedoch zu berücksichtigen, daß ehrenamtliche Tätigkeiten, die ein Wesenselement vieler gemeinnütziger Organisationen sind, sich der statistischen Erfassung weitgehend entziehen und deshalb in diesen Angaben nicht enthalten sind⁵.

Gewerbliche und freiberufliche Dienstleistungen⁶

Stark war, insgesamt gesehen, auch die Zunahme der Beschäftigung bei den gewerblichen und freiberuflichen Dienstleistungen. Hierzu zählt eine Vielzahl äußerst heterogener Branchen wie das Gastgewerbe, das Dienstleistungshandwerk und die freiberuflichen Tätigkeiten. In diesem Bereich ist die statistische Datenbasis sehr lückenhaft. Trotzdem soll im folgenden versucht werden, schätzungsweise Anhaltspunkte für die wichtigen Unterbereiche zu geben.

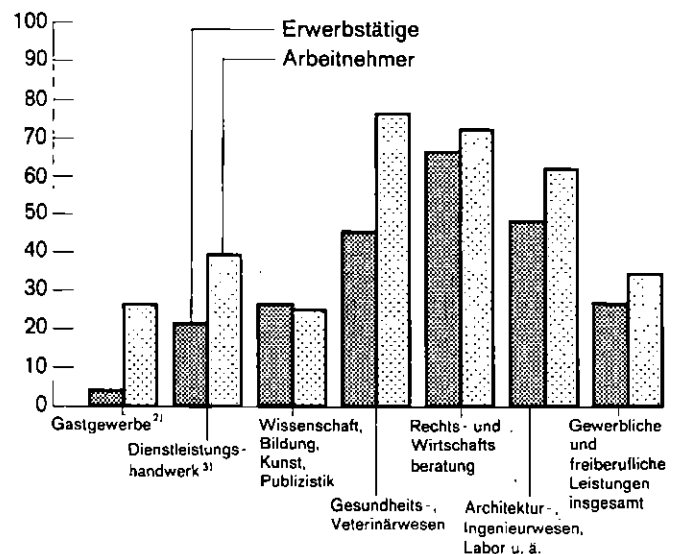
Im Gesamtbereich der gewerblichen und freiberuflichen Dienstleistungen waren 1980 rund 415 000 Erwerbstätige beschäftigt, dies entspricht einem Anteil am Bundesgebiet von etwa 15,5%, der Anteil Baden-Württembergs war damit nicht unbeträchtlich höher als 1970 (14,0%). Die Zahl dieser Erwerbstätigen stieg im Land von 1970 bis 1980 um 27%. Bemerkenswert ist, daß nach einer nur mäßigen Zunahme in der ersten Hälfte der siebziger Jahre (+7%) dann eine starke Expansionsphase einsetzte (1975 bis 1980: +18%). Eine große Rolle spielen hier die Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen. Ihr Anteil an den Erwerbstätigen in diesem Bereich betrug 1980 31%, war damit aber geringer als 1970 (35%). Entsprechend höher war die Zuwachsrate bei den Arbeitnehmern (+34%). Dabei verlief die Entwicklung in den einzelnen Sparten sehr differenziert (*Schaubild 3*).

Die starke Expansion des Gesundheitswesens spiegelt sich auch im Bereich Gesundheits- und Veterinärwesen, wobei in diesem Abschnitt nur ein Ausschnitt dieses Bereichs betrachtet wird, und zwar der gewerbliche und freiberufliche Sektor. Hier nahm von 1970 bis 1980 die Zahl der Erwerbstätigen schätzungsweise um 46% zu, die Zahl der Arbeitnehmer um 76%. Stark expansiv war sowohl das freiberufliche Gesundheitswesen als auch die

Schaubild 3

Entwicklung von Arbeitnehmern und Erwerbstätigen in ausgewählten Wirtschaftszweigen im Bereich der gewerblichen und freiberuflichen Dienstleistungen¹⁾ 1970 bis 1980

Veränderung in %



1) In der VGR „Sonstige Dienstleistungen“.

2) 1968 bis 1979.

3) Handwerk im Bereich der Sonstigen Dienstleistungen, 1967 bis 1976.

Beschäftigtenentwicklung in den privaten Krankenhäusern. So stieg die Zahl der Ärzte in freier Praxis um 29% – besonders groß war hier der Zuwachs an Fachärzten (+51%) –, während die Zahnärzte in freier Praxis nur um 8% zunahmen. Andererseits wuchs der Personalbestand in privaten Krankenhäusern um 65%, darunter die Zahl der dort beschäftigten Ärzte um 48%. Die Expansion im Gesundheitswesen vollzog sich allerdings vor allem zu Beginn der siebziger Jahre; zwischen 1975 und 1980 waren insbesondere im Krankenhausbereich die Zuwachsraten gemäßiger (Personal insgesamt +11%).

Starke Zunahmen an Beschäftigten verzeichneten auch die freiberuflich geprägten Bereiche Rechts- und Wirtschaftsberatung (über 60%) und die Architektur- und Ingenieurbüros (über 45%).

Im Gastgewerbe, das 1979 112,4 Tsd. Erwerbstätige zählte, verlief die Ausweitung der Beschäftigtenzahl dagegen sehr gemäßigt (seit 1968: +4%) und war allein auf die Erhöhung der Zahl der Arbeitnehmer zurückzuführen (+26%), während die Zahl der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen zurückging. Eine große Rolle spielt hier die Teilzeitbeschäftigung, 1979 waren fast 30% der in diesem Bereich Erwerbstätigen nur zeitweise tätig.

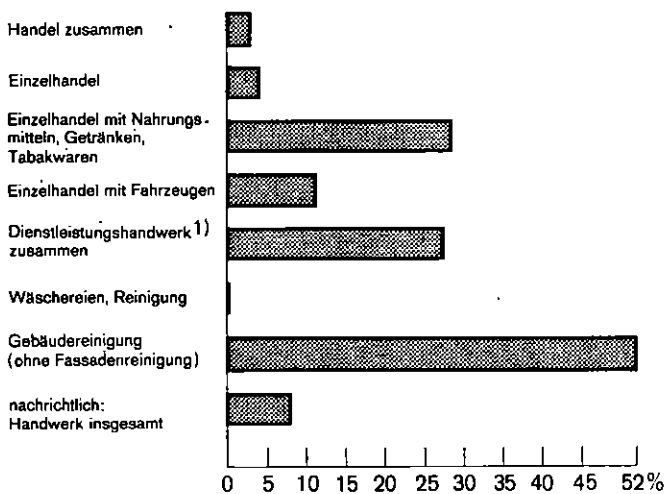
5 Dies dürfte beispielsweise für kirchliche Institutionen, freie Wohlfahrtsverbände und das Rettungswesen gelten. Allein im Rettungswesen waren 1980 rund 22 800 ehrenamtliche Mitarbeiter tätig. Vgl. hierzu Landtagsdrucksache 8/1780.

6 In der Wirtschaftszweigsystematik der VGR „Sonstige Dienstleistungen“.

Schaubild 4

Beschäftigtenentwicklung ausgewählter Bereiche des Handwerks im tertiären Sektor 1976 bis 1981

Veränderung in %



1) Handwerk im Bereich der gewerblichen und freiberuflichen Dienstleistungen.

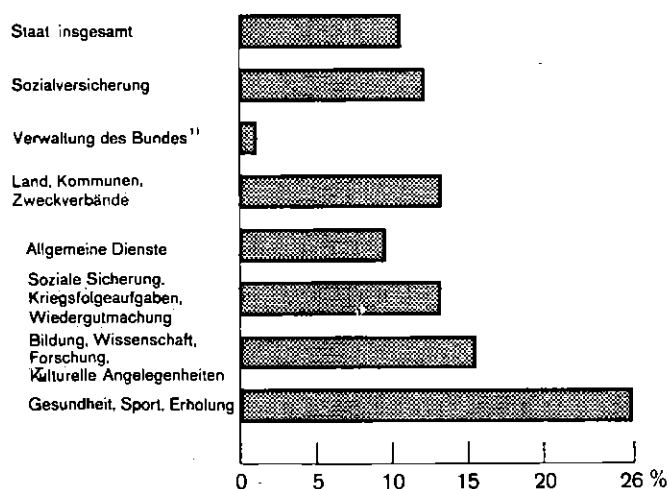
Handwerk in den Dienstleistungsbereichen

Knapp jeder fünfte der im Bereich der gewerblichen und freiberuflichen Dienstleistungen (Sonstige Dienstleistungen) Beschäftigten war 1980 in einem Handwerksunternehmen tätig. Hier stieg die Zahl der Erwerbstätigen zwischen 1967 und 1976 um 21% auf 61700 (Schaubild 3). In diesem typisch mittelständischen Dienstleistungsbereich war 1976 jeder fünfte Erwerbstätige ein Selbständiger oder mithelfender Familienangehöriger. Vor allem von 1976 bis 1981 war dieser Bereich weiter expansiv; die Zahl der Beschäftigten stieg in diesem Jahr-

Schaubild 5

Beschäftigtenentwicklung in ausgewählten staatlichen Aufgabenbereichen 1972 bis 1977

Veränderung in %



1) Ohne Soldaten.

fünft um 27%⁷. Während hier der Teilbereich der Wäschereien und Reinigungen stagnierte, konnten die Gebäudereiniger die Beschäftigtenzahl um die Hälfte steigern (+52%), (Schaubild 4).

Das Tätigkeitsfeld von handwerklichen Unternehmen erstreckt sich aber auch über andere Bereiche des tertiären Sektors hinweg, insbesondere den Handel. Handwerksunternehmen, die schwerpunktmäßig Handel treiben, hatten 1981⁷ seit 1976, dem Jahr der letzten Handwerkszählung, einen Beschäftigtenzuwachs von 3% zu verzeichnen. Daß hier ein Zuwachs entstand, ist überwiegend auf den starken Anstieg im Einzelhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln (+28%) und im Einzelhandel mit Fahrzeugen (+11%) zurückzuführen. Im mit dem letztgenannten Wirtschaftszweig eng verwandten Bereich Reparatur von Fahrzeugen⁸ trat ein Zuwachs von 6% ein.

Öffentlicher Bereich⁹

Auch die Beschäftigtenzahl im öffentlichen Bereich stieg mit einer Rate von +24% (1970 bis 1980) schneller als der tertiäre Sektor insgesamt (+18%). Die Zunahme war jedoch nur im Zeitraum 1970 bis 1975 überdurchschnittlich (+15% bzw. +8%), zwischen 1975 und 1980 war sie mit 8% etwas geringer als im Gesamtsektor (knapp 9%). Im Vergleich zum Bundesgebiet war von 1970 bis 1980 die Beschäftigtenzunahme des öffentlichen Bereichs in Baden-Württemberg leicht unterdurchschnittlich (24% gegenüber 28% im Bundesgebiet). Dies könnte auch damit zusammenhängen, daß andererseits die Beschäftigtenzahl der Organisationen ohne Erwerbscharakter, wie geschildert, schneller gestiegen ist als im Bundesgebiet, so daß sich die Arbeitsteilung im Bereich der Anstalten und Einrichtungen des Humandienstleistungsbereichs etwas stärker zu den gemeinnützigen Trägern hin verlagert hätte als im Bundesgebiet.

Das Wachstum der Beschäftigtenzahl des öffentlichen Bereichs war überwiegend durch einen Anstieg des Personalbestandes in speziellen Dienstleistungen und Einrichtungen, insbesondere im Gesundheitswesen, Bildungswesen und im Bereich der sozialen Dienste bedingt. Am Schaubild 5 ist die Beschäftigtenentwicklung in verschiedenen

7 Die Zuwachsraten beziehen sich jeweils auf das Ende des 3. Quartals 1981 bzw. 1976.

8 Obwohl Reparaturen, nach der in Abschnitt 1 gewählten (üblichen) Definition nicht zu den Dienstleistungen zählen, wird dieser Bereich hier aufgeführt wegen der engen Verflechtung mit Handelstätigkeiten.

9 Gebietskörperschaften, also Kommunen, Land und Bundesbehörden einschließlich militärischer Bereich in Baden-Württemberg sowie Sozialversicherung, ohne deren Unternehmen. (In der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung: Staat).

Aufgabenbereichen zwischen 1972 und 1977 ersichtlich¹⁰. Dabei wurden die entsprechenden Aufgabengebiete von Land und Kommunen erstmals in Form einer Schätzung zusammengefaßt. Bundesbedienstete (ohne Soldaten), die in Baden-Württemberg tätig sind, und Beschäftigte im Bereich Sozialversicherungen sind zudem global aufgeführt.

Während die Beschäftigtenzahl von 1972 bis 1977 im gesamten öffentlichen Bereich um 10,5% stieg, war sie im Gesundheitswesen besonders expansiv (+26%). Überdurchschnittlich war die Entwicklung auch im Sozialbereich (+13%) und im Bereich Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, Kultur (+16%). Da das Land und die Kommunen in der Regel die Träger der stark gewachsenen speziellen Dienstleistungen sind, stieg der Personalstand des Landes und der Kommunen (einschl. Zweckverbänden) mit 13% etwas schneller als im öffentlichen Bereich insgesamt (+10,5%), der außerdem noch Soldaten und Beschäftigte bei Bundesbehörden und bei Sozialversicherungsträgern in Baden-Württemberg enthält. Demgegenüber verzeichneten die vorwiegend aus Verwaltungstätigkeiten bestehenden „Allgemeinen Dienste“ bei Land und Kommunen einen unterdurchschnittlichen Personalzuwachs von gut 9%. Stark expansiv war auch der Bereich der Sozialversicherung (+12%), hier dürfte die angesichts der Arbeitsmarktentwicklung notwendig gewordene Personalaufstockung der Arbeitsämter, die zwischen 1974 und 1980 über 35% betrug, eine Rolle gespielt haben.

Kreditinstitute und Versicherungen

In der ersten Hälfte der siebziger Jahre war dieser Bereich¹¹ mit einer Zuwachsrate der Beschäftigten von fast 18% besonders expansiv. Danach ließ das Expansionsstempo nach, von 1975 bis 1980 stieg die Beschäftigtenzahl nur noch um 5%. Für das abgeflachte Beschäftigtenwachstum dürften auch die weitgehende Automation von Standard- und Routinefunktionen und, im Bankenbereich, die bereits begonnene Einführung von Kassenterminals ursächlich sein. Immerhin war das Beschäftigtenwachstum 1970 bis 1980 im Vergleich zum tertiären Sektor insgesamt leicht überdurchschnittlich (+23%). Bei Kreditinstituten und Versicherungen zählte man 1980 rund 111000 Erwerbstätige, rund drei Viertel davon entfielen auf Kreditinstitute. Viele Großbanken und Versicherungsunternehmen haben ihre Zentralen außerhalb Baden-Württembergs, dies zeigt sich in einem unterdurchschnittli-

chen Anteil Baden-Württembergs an den in diesem Bereich Beschäftigten im Bundesgebiet. Daß dieser Anteil gleichwohl gestiegen ist – von 14% (1960) auf 15% (1980) – deutet darauf hin, daß im Zug der Ausdehnung des Servicenetzes das Gewicht der Zentralen beim Beschäftigtenanteil etwas an Bedeutung verloren hat.

Die Expansionsentwicklung bei den Kreditinstituten läßt sich auch anhand der Zahl der Filialen und Zweigstellen verfolgen, die Ende 1980 um 31% höher lag als 1960. Etwa Mitte der siebziger Jahre war die Expansion des Zweigstellennetzes jedoch bereits im wesentlichen abgeschlossen. Während die anderen Bankgruppen danach das Niederlassungsnetz noch in geringem Ausmaß ausbauten, trat bei den Sparkassen offenbar insbesondere als Folge der Gemeinde- und Kreisreform eine Bereinigung des Zweigstellennetzes ein. Dies wirkte sich auf den Gesamtbereich aus, so daß die Zahl der Hauptniederlassungen und Zweigstellen insgesamt Ende 1980 mit 8800 gegenüber Ende 1975 um 1% abgenommen hatte.

Handel

Der Handel hatte in den siebziger Jahren mit knapp 5% einen vergleichsweise geringen Beschäftigtenzuwachs zu verzeichnen, der prozentuale Zuwachs war dabei im zweiten Jahrfünft mit knapp 4% weit größer als im ersten (1%).

In den einzelnen Handelsbereichen jedoch war die Beschäftigtenentwicklung sehr uneinheitlich. Einen Zuwachs konnte nur der Einzelhandel verbuchen. Hier nahm zwischen 1968 und 1979¹² die Zahl der Beschäftigten noch um 11000 zu. Dies war jedoch allein auf einen überaus starken Anstieg der Teilzeitbeschäftigten zurückzuführen (+24 000 bzw. +44%), während die Zahl der Vollzeitbeschäftigten zurückging (-14 000 bzw. -6%), so daß das in geleisteten Arbeitsstunden gemessene Beschäftigungsvolumen auch im Einzelhandel rückläufig war¹³. 1979 waren hier fast 27% der Beschäftigten nur zeitweise tätig (1968: 19%). Im gleichen Zeitraum nahm die Zahl der Arbeitsstätten im Einzelhandel um fast 9% ab, so daß die Zahl der Beschäftigten pro Betrieb von 5 auf 6 anstieg (*Schaubild 6*). Der damit verbundene Konzentrationsprozeß wird vor allem daran deutlich, daß die Zahl der Arbeitsstätten mit 1-2 Beschäftigten um 12% und die Zahl der Arbeitsstätten mit 3-9 Beschäftigten um 10% sank, während die größeren Betriebe Zuwachsraten um 20% verzeichneten.

¹⁰ Die für eine Aktualisierung auf 1980 erforderlichen Daten der Personalstandsstatistik lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor.

¹¹ Ohne Kredit- und Versicherungsvermittlung, diese zählt zu den sonstigen Dienstleistungen.

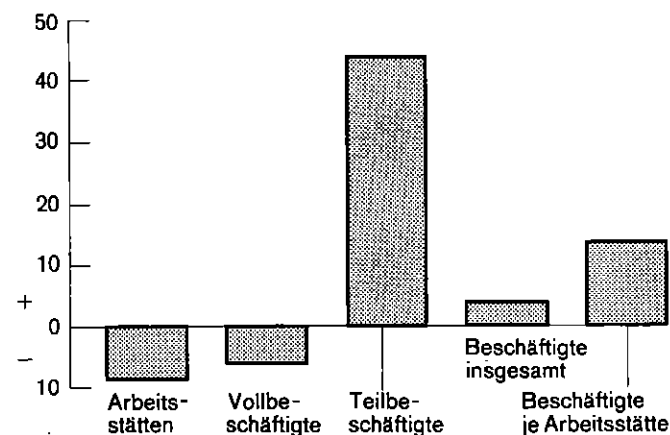
¹² Die folgenden Zahlen beziehen sich auf die Handels- und Gaststättenzählungen 1968 bzw. 1979.

¹³ Vgl. G. Schittenhelm, Wandel in der Betriebsstruktur des Einzelhandels, in Baden-Württemberg in Wort und Zahl Heft 11/1981.

Schaubild 6

Entwicklung der Beschäftigten und der Arbeitsstätten im Einzelhandel 1968 bis 1979

Veränderung in %

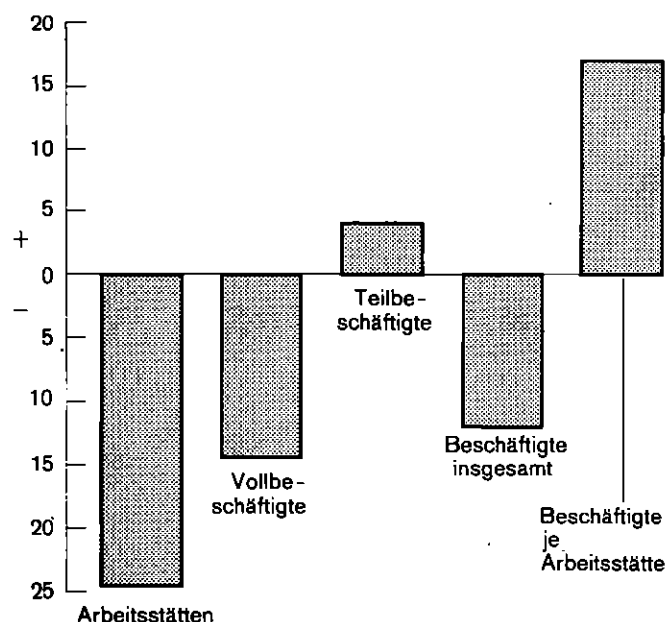


Besonders stark war der Facheinzelhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln von einem Schrumpfungs- und Konzentrationsprozeß betroffen. Hier ging die Zahl der Betriebe um 31% zurück, während die Beschäftigtenzahl um nur 9% sank, so daß die Zahl der Beschäftigten je Arbeitsstätte von 3 auf 4 stieg. Hier spiegeln sich mehrere Faktoren wider:

Schaubild 7

Entwicklung der Beschäftigten und der Arbeitsstätten im Großhandel¹⁾ 1968 bis 1979

Veränderung in %



1) Einschließlich Handelsvermittlung.

zum einen der personalsparende Übergang zur Selbstbedienung – jedes zweite Ladengeschäft dieser Branche ist inzwischen zur Selbstbedienung übergegangen – und zweitens ein Wandel des Käuferverhaltens: das kleinere Lebensmittelgeschäft trat an Bedeutung zurück hinter Supermärkten, Warenhäusern, Verbrauchermärkten und anderen „Einkaufsstätten moderner Prägung“.

Drittens kommt hinzu, daß diese modernen Einkaufsstätten schwerpunktmäßig oft im „Non-Food“-Bereich tätig sind und dann statistisch nicht mehr zum Lebensmittel-Einzelhandel zählen. Über alle Branchen des Einzelhandels hinweg waren in diesen Einkaufsstätten 1979 bereits 13% aller Einzelhandelsbeschäftigten tätig.

Von einem deutlichen Schrumpfungsprozeß waren der Großhandel und die Handelsvermittlung betroffen. Insgesamt sank in diesen Sparten die Zahl der Arbeitsstätten um ein Viertel, die Zahl der Beschäftigten um 12%. Auch hier war ein allerdings geringfügiger Anstieg bei den Teilzeitbeschäftigten zu verzeichnen (+4%), während die Zahl der Vollbeschäftigten um 14% sank, so daß auch hier das Arbeitsvolumen spürbarer sank, als es in der Beschäftigtenentwicklung zum Ausdruck kommt (Schaubild 7).

Die Entwicklung insbesondere beim Großhandel (Beschäftigte: -11%) dürfte auch dadurch verursacht worden sein, daß traditionelle Handelsfunktionen in stärkerem Maße als früher durch eigene Vertriebsorgane der Industrie wahrgenommen werden. Hierbei ist noch zu berücksichtigen, daß herstellereigene Vertriebsseinrichtungen, soweit sie rechtlich selbständig sind, statistisch beim Großhandel erfaßt werden. Nach einer bundesweiten Untersuchung des Ifo-Instituts¹⁴ macht der über diese Vertriebsseinrichtungen getätigte Umsatz inzwischen etwa ein Fünftel des gesamten Großhandelsumsatzes aus. Es zeigte sich weiter, daß auf den herstellereigenen und selbständigen Großhandel etwa die Hälfte des Inlandsumsatzes der Industrie entfällt, die andere Hälfte wird von der Industrie direkt beliefert.

In der Handelsvermittlung ging die Zahl der Unternehmen und der Beschäftigten zwischen 1968 und 1979 stark zurück (-38% bzw. -25%). Besonders gravierende Einbußen erlitt die Zahl der Versandhandelsvertreter, deren Zahl auf ein Sechstel des Bestandes von 1968 zurückging. Vor allem hier zeigte sich, daß verstärkt versucht wurde, die Ware direkt, also ohne Einschaltung einer Vermittlung,

14 Ifo-Strukturberichterstattung, Methodenband, München 1980, S. 331 ff.

weiterzugeben. Zur Handelsvermittlung zählen auch die Agenturtankstellen. Das Tankstellennetz, das 1968/69 seine größte Ausdehnung erfahren hatte, wurde – u. a. auch im Zuge der Einführung der Selbstbedienung – drastisch reduziert (-40%).

Verkehr und Nachrichtenübermittlung

Dieser Wirtschaftsbereich ist von der Größenstruktur der Unternehmen her sehr heterogen, hier sind kleine und kleinste Unternehmen und große Arbeitgeber wie Bundesbahn und Bundespost vertreten. Insgesamt gesehen hatte auch dieser Bereich von 1970 bis 1980 einen leichten Zuwachs an Beschäftigten (+10 000 oder +5%) auf knapp 190 000 zu verzeichnen. Der Zuwachs trat allerdings nur im Zeitraum 1970 bis 1975 ein (+6%), seither ist die Erwerbstätigenzahl leicht rückläufig (-1%). Ursächlich hierfür ist insbesondere die Personalentwicklung bei der Bundesbahn. Hier wurde die Beschäftigtenzahl zunächst noch leicht aufgestockt, aber im Zeitraum 1975 bis 1981 im Zuge von Rationalisierungsmaßnahmen um 10 000 oder 18% zurückgenommen, so daß sie im gesamten Beobachtungszeitraum (1970-1981) rückläufig (-14%) war. Dagegen bewegt sich der Personalbestand der Bundespost seit 1970, insgesamt gesehen, nach oben (+11%), wenn auch 1976/77 und wieder 1980/81 geringfügige Personaleinsparungen erfolgten. Im Gegensatz zur Bundesbahn spielt bei der Bundespost mit einem Anteil von 17% (1981) die Teilzeitbeschäftigung eine erhebliche Rolle. Anders als etwa beim Handel wurde der Beschäftigtenzuwachs hier aber vor allem durch eine Zunahme der Vollzeitbeschäftigten getragen (+13%).

In der Personenbeförderung spielen neben Bahn und Post die privaten Omnibusunternehmen sowie die kommunalen und gemischtwirtschaftlichen Unternehmen eine wichtige Rolle. Hier war ebenfalls eine Zunahme der Beschäftigtenzahl (1970 bis 1980: +10%) zu verzeichnen, die überwiegend in den Jahren nach der ersten Energiekrise 1973/74 eintrat.

Ein erheblicher Strukturwandel vollzog sich auch in den siebziger Jahren im Güterverkehr. Seit 1973 nimmt der Straßengüterfernverkehr hinsichtlich des Transportvolumens (Tonnen) den ersten Rang ein (Anteil 1980: 41%). Dies ging in erster Linie zu Lasten des Güterverkehrs auf der Schiene, dessen Anteil von knapp 30% (1970) auf 22% (1980) schrumpfte – 1950 hatte sein Anteil noch 75% betragen. Auch die Binnenschifffahrt, die 1970 noch an erster Stelle lag, hat an Gewicht verloren (Anteil 1980: 27%).

Arbeitsteilung zwischen Unternehmen, Organisationen ohne Erwerbscharakter und Staat bei ausgewählten Einrichtungen für Humandienstleistungen

Die bisherige Beschreibung der Dienstleistungsbe-
reiche war institutionell ausgerichtet, so daß
gleichartige Funktionen bei privaten Unternehmen,
gemeinnützigen Organisationen und Staat getrennt
abgehandelt wurden. In diesem Abschnitt soll in
Form einer Schätzung versucht werden, für ausge-
wählte Anstalten und Einrichtungen des Human-
dienstleistungsbereichs, in dem die Arbeitsteilung
zwischen diesen drei Trägergruppen besonders
ausgeprägt ist, die *Struktur* dieser Arbeitsteilung,
gemessen an der Zahl der Beschäftigten, aufzuzei-
gen. In den in *Tabelle 4* aufgeführten Anstalten und
Einrichtungen ging der Beschäftigtenanteil des
Staates von 1970 bis 1977 von 71% auf 66% zu-
rück, dies war vor allem auf eine Anteilssteigerung
um 3 Prozentpunkte bei den gemeinnützigen Trä-
gern zurückzuführen. Besonders stark vertreten
sind die Organisationen ohne Erwerbscharakter bei
den Kindergärten, -krippen und Horten (rund 71%).
Bei den Heimen und ähnlichen Anstalten beträgt
ihr Anteil etwa 65%. Groß ist das Engagement der
Wohlfahrtsverbände im Bereich der Einrichtungen
für Behinderte; 89% der Heimplätze dieses Be-
reichs, 95% der Behindertenwerkstätten und sämt-
liche Plätze in Wohnheimen sind in ihrer Träger-

Tabelle 4

Beschäftigtenstruktur nach Trägern in ausgewählten Anstalten und Einrichtungen im Bereich der Humandienstleistungen 1977

Art der Anstalt ¹⁾	Träger		
	Unter- nehmen	Organi- sationen ohne Erwerbs- charakter	Staat, Sozial- ver- sicherung
	%		
Unterbringung, Verpflegung, Heime	15	65	20
Wissenschaftliche Hochschulen, Bibliotheken, Forschung	2	24	74
Allgemeinbildende und berufs- bildende Schulen	3	10	87
Sonstige Unterrichtsanstalten, VHS, Sport, Kunst, Theater, Büchereien	39	10	51
Erziehungsanstalten, Kinder- gärten, Krippen, Horten u.ä.	5	71	24
Krankenhäuser, Kliniken, Sanatorien, sonstige Einrich- tungen des Gesundheitswesens	17	21	62
Insgesamt	11	23	66

1) Gliederung nach dem Verzeichnis der Wirtschaftszweige für die Statistik der Bundesanstalt für Arbeit.

Quellen: Beschäftigtenstatistik, Personalstandstatistik, eigene Schätzung.

schaft. Einen bedeutenden Beitrag leisten die Organisationen ohne Erwerbscharakter auch bei den Krankenhäusern und anderen Einrichtungen des Gesundheitswesens (20% der Beschäftigten) und im Schulbereich (10%). Groß ist das Engagement der gemeinnützigen Organisationen, und hier insbesondere der kirchlichen Organisationen, bei den Sozialstationen, deren Anzahl inzwischen auf über 330 gewachsen ist. Etwa 310 davon haben gemeinnützige Organisationen als Träger.

Eine Domäne des Staates sind naturgemäß die allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen mit einem Anteil von 87% an allen in dieser Funktion beschäftigten Personen sowie die Hochschulen und sonstigen wissenschaftlichen und kulturellen Einrichtungen (74%), aber auch die Anstalten des Gesundheitswesens (63%). Private Unternehmen sind vor allem im Bereich der sonstigen Unterichtsanstalten (z. B. Sprach-, Ballettschulen) aktiv (39% der Beschäftigten), wie auch im Gesundheitsbereich (17%) und bei Heimen u. ä. (15%).

Auch bei diesen Daten ist zu beachten, daß ehren- und nebenamtliche Tätigkeiten, die sicherlich in großem Ausmaß geleistet werden, statistisch nicht ermittelt werden konnten.

Dienstleistungen im sekundären Sektor

Auch im sekundären Sektor, dem Produzierenden Gewerbe, werden in erheblichem Ausmaß Dienstleistungen erbracht. Es ist eine Frage der traditionell gewachsenen Arbeitsteilung zwischen den Sektoren, ob und in welchem Umfang Dienstleistungsfunktionen im sekundären Sektor selbst erbracht werden oder in den tertiären Sektor „ausgelagert“ und institutionell verselbständigt werden. Es kann sich dabei sowohl um unternehmensbezogene Dienstleistungen, wie zum Beispiel Forschung und Entwicklung oder Betriebsabrechnung durch EDV-Service-Unternehmen, als auch um marktbezogene Dienstleistungen wie Handel, Transport und Werbung handeln. Eine genaue Abgrenzung des Umfangs dieser „tertiären“ Funktionen, die im sekundären Sektor erbracht werden, ist mit Schwierigkeiten verbunden, zumal die Abgrenzung im Einzelfall unscharf sein kann. Es lassen sich aber aus den verschiedenen vorhandenen Quellen durchaus Informationen zusammentragen.

Einen ersten Anhaltspunkt hierzu ergibt die Aufgliederung der Erwerbstätigen im sekundären Sektor nach dem ausgeübten Beruf (Tabelle 5). Diejenigen Berufe, die im allgemeinen nicht unmittelbar

Tabelle 5

Tertiäre Berufe im sekundären Sektor

Syst.-Nr. 1)	Berufsgruppen	1970 ²⁾		1980	
		Anzahl in 1000	Strukturanteil in %	Anzahl in 1000	Strukturanteil in %
60 – 61	Ingenieure, Chemiker, Physiker, Mathematiker	43,6	2,3	54,4	2,5
62 – 63	Techniker, technische Sonderfachkräfte	94,2	5,0	119,4	5,4
68	Warenkaufleute	58,6	3,1	70,7	3,2
69 – 70	Dienstleistungskaufleute (z.B. Bank-, Versicherungskaufleute)	5,4	0,3	(8,0)	0,4
71 – 74	Verkehrsberufe, Lager-, Transportarbeiter	84,3	4,5	99,5	4,5
75 – 78	Organisations-, Verwaltungs-, Büroberufe	283,2	15,1	337,0	15,3
75 – 77	Organisations-, administrativ entscheidende Berufe, Datenverarbeitungsfachleute, Rechnungskaufleute	71,9	3,8	87,3	3,9
78	Bürofachkräfte, Bürohilfskräfte	211,3	11,3	249,7	11,3
79 – 81	Ordnungs-, Sicherheitsberufe, Rechtsberater	9,8	0,5	10,9	0,5
82 – 89	Sozial-, Erziehungs-, Gesundheitsberufe, sonstige geistes- und naturwissenschaftliche Berufe	12,8	0,7	21,4	1,0
90 – 93	Allgemeine Dienstleistungsberufe (Reinigungsberufe u.a.)	22,3	1,2	23,2	1,1
60 – 63	Technische Berufe zusammen	137,8	7,4	173,8	7,9
68 – 93	Dienstleistungsberufe zusammen	476,3	25,5	570,7	25,9
60 – 93	Tertiäre Berufe insgesamt	614,1	32,8	744,5	33,8
1 – 99	Alle Berufsgruppen	1 870,1	100	2 203,7	100

1) Klassifizierung der Berufe. – 2) Nur deutsche Erwerbstätige. Insgesamt waren im sekundären Sektor 1970 2 283 000 Erwerbstätige beschäftigt.

Quelle: VZ 1970, MZ.

Tabelle 6

Tätigkeitsschwerpunkte in sekundären und tertiären Wirtschafts- und Berufsbereichen 1980

Sektoren Berufe	Erwerbs- tätige	Davon mit überwiegend					
		sekundärer Tätigkeit		tertiärer Tätigkeit			
		Waren herstellen	Maschinen war- ten, reparieren, kontrollieren	Handel trei- ben; transpor- tieren, prüfen	Büro- tätig- keiten	planen, leiten, kon- struieren	Dienst- leistungen erbringen
		%					
Sektoren							
Sekundärer Sektor	100	49	14	14	9	11	4
Tertiärer Sektor							
davon							
Handel und Verkehr	100	6	6	60	13	8	7
Gewerbliche und staatliche Dienstleistungen	100	5	3	7	17	11	58
Berufe							
Sekundäre Berufe (= Fertigungsberufe)	100	65	20	9	(.)	2	4
Tertiäre Berufe							
davon							
technische Berufe	100	13	8	7	3	61	8
Dienstleistungsberufe	100	3	2	28	23	11	34
Alle Wirtschafts- und Berufsbereiche	100	32	9	18	12	10	20

Quelle: Mikrozensus.

mit der Herstellung und Gewinnung von Waren verbunden sind, wurden als „Tertiäre Berufe“ zusammengefaßt. Im Jahr 1980 waren im sekundären Sektor, also im Produzierenden Gewerbe, 745 000 Erwerbstätige mit tertiären Berufen tätig, dies waren 34% der dort Beschäftigten.

Während die Zahl der im sekundären Sektor Beschäftigten insgesamt von 1970 bis 1980 leicht zurückging, stieg dort die Zahl derjenigen Erwerbstätigen, die einen tertiären Beruf ausüben, stark an. Die Steigerungsrate liegt schätzungsweise bei knapp einem Fünftel¹⁵.

Besonders stark war der Zuwachs bei den technischen Berufen (+26%) und hier wiederum nur leicht geringer bei den Ingenieuren und Naturwissenschaftlern (+25%) als bei den Technikern und technischen Sonderfachkräften (+27%). Um 19% angestiegen sind die Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe. Alle übrigen tertiären Berufe verzeichneten ebenfalls Zunahmen, so daß sich insgesamt ein nicht zu unterschätzender Strukturwandel hin zu tertiären Berufen innerhalb des sekundären Sektors abzeichnet, den die übliche Einteilung der Sektoren nach dem Schwerpunkt der institutionellen Einheiten überdeckt.

¹⁵ Diese Rate – wie auch die im folgenden aufgeführten Veränderungsrate – dürfte etwas überhöht sein, da in den Angaben nach Berufen für 1970 nur die deutschen Erwerbstätigen enthalten sind. Allerdings war innerhalb der tertiären Berufe der Ausländeranteil 1970 i. a. nur gering, so daß die Verzerrung nicht allzu hoch sein dürfte.

Die Gliederung der Erwerbstätigen nach dem ausgeübten Beruf gibt allerdings nur einen groben Überblick über tertiäre Funktionen im sekundären Sektor. Beispielsweise kann sich das Tätigkeitsfeld der Techniker – diesen Beruf übten 1980 innerhalb des sekundären Sektors rund 119 000 Erwerbstätige aus – auf einen weiten Bereich erstrecken: so auf das Bedienen von Maschinen, auf Reparatur- und Instandsetzung, Konstruktion, Verwaltungstätigkeit, Führungsaufgaben, Verkauf und Ausbildung.

Das Tätigkeitsfeld umfaßt also sowohl sekundäre Funktionen, die eng mit der Produktion von Waren verbunden sind, als auch Dienstleistungsfunktionen. Es ist deshalb zweckmäßig¹⁶, neben dem ausgeübten Beruf noch, als zweites Merkmal, die überwiegend ausgeübte Tätigkeit heranzuziehen (Tabelle 6). Es zeigt sich, daß im sekundären Sektor 63% der Erwerbstätigen ihren Tätigkeitsschwerpunkt in sekundären Funktionen (wie Waren herstellen, Maschinen warten, reparieren, kontrollieren) haben, während 37% überwiegend tertiäre Tätigkeiten ausüben. Zu den tertiären Tätigkeiten werden dabei die Funktionen „Handel treiben, transportieren, prüfen“ (14% der Erwerbstätigen im sekundären Sektor), „Bürotätigkeiten“ (9%), „pla-

¹⁶ Vgl. hierzu Troll, Lothar – Unschärfen bei der Erfassung des ausgeübten Berufs und Ansätze zur Verbesserung statistischer Nachweise. In: IAB-Mitteilungen Heft 2/1981.

nen, leiten, konstruieren" (11%) und – im allgemeinen personenbezogene – „Dienstleistungen erbringen" (4%) gezählt.

Umgekehrt sind auch im tertiären Sektor – also den Wirtschaftsbereichen, die Dienstleistungen erbringen – Erwerbstätige mit überwiegend sekundären Tätigkeiten beschäftigt, allerdings in nur geringem Umfang. Bei diesen produktionsnahen Tätigkeiten handelt es sich im allgemeinen um Hilfsfunktionen zur Bereitstellung von Dienstleistungen (z. B. Wartung von Maschinen). Im Wirtschaftsbereich Handel und Verkehr üben 12% der Beschäftigten, in den übrigen Bereichen des tertiären Sektors (gewerbliche und öffentliche Dienstleistungen) 8% der dort Beschäftigten überwiegend sekundäre Tätigkeiten aus.

Als ein Zwischenfazit bleibt zu vermerken, daß die übliche Einteilung der Wirtschaft in drei Sektoren die enorme Zunahme von tertiären Funktionen in der gesamten Volkswirtschaft nur unvollkommen wiedergibt, weil sie die Strukturverschiebungen innerhalb des sekundären Sektors hin zu tertiären Funktionen nicht widerspiegelt. Nimmt man die überwiegend ausgeübte Tätigkeit der Beschäftigten in der Gesamtwirtschaft, losgelöst davon, in welchem Sektor diese stattfindet, als Kriterium, so ergibt sich für 1980, daß nur noch 41% aller Erwerbstätigen in sekundären Funktionen beschäftigt waren (*Tabelle 6*). Nach dieser Definition sind bereits über die Hälfte (59%) aller Erwerbstätigen mit tertiären Funktionen betraut; 18% im Tätigkeitsbereich „Handel treiben, transportieren, prüfen", 12% mit Bürotätigkeiten, 10% im Tätigkeitsfeld „planen, leiten, konstruieren", und 20% mit der Erbringung von personenbezogenen Dienstleistungen.

Forschung und Entwicklung im sekundären Sektor

Der Funktionsbereich Forschung und Entwicklung (FuE) als Bestandteil der tertiären Funktionen innerhalb des sekundären Sektors soll wegen seiner großen Bedeutung gesondert beleuchtet werden. Insbesondere für die exportorientierte baden-württembergische Wirtschaft ist die ständige Bereitstellung eines weitgefächerten Angebots an Gütern mit einem hohen Einsatz an Forschung und Entwicklung eine entscheidende Voraussetzung, um sich auch in Zukunft auf dem Weltmarkt behaupten zu können, da es wegen der wachsenden Konkurrenz z. B. der Schwellenländer zunehmend schwerer wird, Absatzmöglichkeiten für konventionelle Produkte zu schaffen.

Forschung und Entwicklung (FuE) ist dabei definiert¹⁷ als systematische schöpferische Arbeit zur

¹⁷ Allgemeine Richtlinien für statistische Übersichten in Forschung und experimenteller Entwicklung (Frascati-Handbuch II).

Erweiterung wissenschaftlicher und technischer Erkenntnisse einschließlich ihrer Verwendung mit dem Ziel, neue Anwendungsmöglichkeiten zu finden. FuE umfaßt die Grundlagenforschung sowie die angewandte Forschung und experimentelle Entwicklung im naturwissenschaftlichen Bereich. Nicht eingeschlossen sind beispielsweise Qualitätskontrollen, Erprobung und Standardisierung, Versuchsproduktion und Marktforschung. Die Abgrenzung des Funktionsbereiches FuE von anderen Funktionsbereichen ist in der Praxis naturgemäß nicht leicht¹⁸.

Daß die Ausgaben für FuE *innerhalb* der Wirtschaft – und hier wiederum fast ausschließlich im sekundären Sektor – eine zentrale Rolle spielen, verdeutlichen folgende Zahlen: Von den 1978 in der Bundesrepublik¹⁹ insgesamt getätigten Ausgaben in Höhe von 30,4 Mrd. DM wurden 19,3 Mrd. DM (63,4%) im Bereich der Wirtschaft verbraucht (Unternehmen und Einrichtungen der industriellen Gemeinschaftsforschung). Davon wurden 15,1 Mrd. DM (78,2%) auch von der Wirtschaft selbst finanziert. Der Bund brachte weitere 3,6 Mrd. DM (18,7%) auf, die Länder 0,1 Mrd. DM (0,5%)²⁰. Die Bedeutung des Funktionsbereichs Forschung und Entwicklung läßt sich anhand mehrerer Merkmale darstellen: z. B. Aufwendungen, FuE-Investitionen und Personal. Im Rahmen dieser Arbeit sollen die in FuE Beschäftigten im Mittelpunkt stehen. In der Bundesrepublik werden die Erhebungen über FuE in der Wirtschaft auf freiwilliger Grundlage vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft durchgeführt. Für das Jahr 1977 wurden erstmals Zahlen für Bundesländer vorgelegt. Befragt wurden nur Unternehmen mit mindestens 50 Beschäftigten sowie (in der Regel branchenbezogene) Institutionen für industrielle Gemeinschaftsforschung. Die Zahlen für Baden-Württemberg enthalten diejenigen FuE-Beschäftigten, die in Forschungsstätten in Baden-Württemberg arbeiten²¹. Abgesehen von Großunternehmen kommt es häufiger vor, daß z. B. im Verlauf eines Jahres Erwerbstätige nur zeitweise mit Aufgaben im Bereich FuE beschäftigt sind; deshalb werden die in FuE Beschäftigten bereits umgerechnet in Vollzeitäquivalenten ausgewiesen. Da für die Chemische Industrie keine regionalisierten Daten vorhanden sind, muß dieser Wirtschaftszweig im folgenden außer Betracht bleiben²².

¹⁸ Vgl. hierzu Stifterverband für die deutsche Wirtschaft; Arbeitsschrift A 1980.

¹⁹ Vgl. Bundesforschungsbericht VI S. 72 ff.

²⁰ ebenda S. 87.

²¹ Diese Forschungsstätten können also auch zu Unternehmen gehören, die ihren Sitz außerhalb unseres Landes haben, umgekehrt können heimische Unternehmen Forschungsstätten unterhalten, die als außerhalb der Landesgrenzen liegend nicht mitgezählt sind.

²² Der Schwerpunkt des FuE-Personals in der chemischen Industrie dürfte, der Wirtschaftsstruktur entsprechend, in Nordrhein-Westfalen liegen.

Tabelle 7

Forschungs- und Entwicklungspersonal¹⁾ im Verarbeitenden Gewerbe Baden-Württembergs und des Bundesgebietes 1977

Wirtschaftsgliederung	Baden-Württemberg		Bundesgebiet	Anteil Baden-Württembergs am Bundesgebiet
	1000	%	1000	%
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt ²⁾	36,2	100	135,1	26,8
darunter:				
Herstellung von Kunststoff- und Gummiwaren	0,4	1,1	2,4	17,0
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden usw.	(.)	.	1,5	.
Metallerzeugung und -bearbeitung	0,1	0,4	4,7	3,0
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau usw., EDV	14,6	40,4	60,9	24,0
Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik, Herstellung von EBM-Waren usw.	20,1	55,7	60,9	33,1
Holz-, Papier- und Druckgewerbe	0,1	0,3	0,5	17,7
Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe	0,3	1,0	0,8	41,4
Ernährungsgewerbe	0,3	0,9	1,8	18,6

1) Vollzeitäquivalente. – 2) Ohne chemische Industrie.

Quelle: Stifterverband für die deutsche Wissenschaft.

In der Wirtschaft waren 1977 (ohne Chemische Industrie) im Bundesgebiet 143 500 Beschäftigte (in Vollzeitäquivalenten) für FuE tätig; mit 36 300 war davon jeder vierte (25%) in Forschungsstätten in Baden-Württemberg beschäftigt. Diese waren fast ausschließlich (36 200) im Verarbeitenden Gewerbe (ohne Chemische Industrie)²³ tätig, was einem Anteil am Bundesgebiet von 27% entspricht (Tabelle 7). In Baden-Württemberg liegt damit ein Schwerpunkt der FuE-Kapazitäten des Bundesgebiets – die besondere Forschungsintensität des heimischen Verarbeitenden Gewerbes zeigt sich deutlich darin, daß der Anteil Baden-Württembergs am Bundesgebiet bei den entsprechenden Beschäftigten 1977 insgesamt rund 21% betrug.

Die Branchenstruktur der baden-württembergischen FuE-Kapazitäten innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes ist weitgehend von der heimischen Wirtschaftsstruktur bestimmt. Auf die Wirtschaftszweige Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau, Herstellung von Büromaschinen und ADV-Einrichtungen entfielen 40% (im Bundesgebiet: 45%) des FuE-Personals. Noch größer ist das Forschungspotential im Wirtschaftsbereich Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik, Herstellung von EBM-Waren; hier waren knapp 56% (im Bundesgebiet: 45%) der FuE-Beschäftigten des Verarbeitenden Gewerbes tätig. Die Forschungskapazitäten lie-

gen also weitestgehend im Investitionsgüter erzeugenden Gewerbe, während die Branchen insbesondere der Verbrauchsgütererzeugung und des Ernährungsgewerbes vorwiegend technischen Fortschritt und Innovationen bei den Investitionsgüterherstellern über neue Ausrüstungsinvestitionen bzw. über Vorleistungen „einkaufen“ dürften. Dies zeigt z. B. ein Blick auf das in Baden-Württemberg bedeutsame Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe, das nur knapp 1% des FuE-Personals umfaßt. Gleichwohl ist in Baden-Württemberg mit einem Anteil am Bund von 41% ein Schwerpunkt der FuE-Kapazität dieses Wirtschaftsbereichs.

Die bisher genannten Zahlen bezogen sich, wie erwähnt, nur auf Unternehmen mit mindestens 50 Beschäftigten. Anhaltspunkte dafür, daß auch kleine Unternehmen in Baden-Württemberg in erheblichem Ausmaß FuE-Aktivitäten betreiben, lassen sich aus den Erhebungen im Rahmen des FuE-Personalkostenzuschußprogramms der Bundesregierung ablesen²⁴. Danach entfielen im Förderungsjahr 1981 in der Größenklasse bis zu 50 Beschäftigten ein Viertel der Förderungsanträge auf baden-württembergische Unternehmen. Auch beim Gesamtvolumen dieses auf kleine und mittelgroße Unternehmen des Produzierenden Gewerbes begrenzte²⁵ Förderungsprogramm zeigt sich, daß der Anteil der baden-württembergischen Unternehmen beträcht-

23 FuE-Aktivitäten im Bereich Energie- und Wasserversorgung, Bergbau entfallen, der Wirtschaftsstruktur entsprechend, gemessen am eingesetzten FuE-Personal zu knapp 90% allein auf Nordrhein-Westfalen.

24 BMWI-Tagesnachrichten 8156, vorläufige Ergebnisse.

25 Antragsberechtigt waren i. a. Unternehmen mit weniger als 150 Mill. DM Jahresumsatz oder weniger als 1000 Beschäftigten.

lich ist: Auf diese entfiel in den Jahren 1979 und 1980 mit zusammen 190 Mill. DM jeweils ein gutes Viertel (1980: 26,5%) des Zuschußvolumens²⁶.

Die hohe Beteiligung heimischer Unternehmen an diesem Förderprogramm dürfte zumindest teilweise auch darauf zurückzuführen sein, daß in Baden-Württemberg frühzeitig ein vielgestaltiges, flächendeckendes Beratungssystem aufgebaut wurde, so daß das Innovationsbewußtsein geschärft und der gerade bei kleinen und mittleren Firmen bestehende Informations- und Beratungsbedarf über mögliche Hilfestellungen gedeckt werden konnte. Darüber hinaus hat auch das Land Baden-Württemberg, beispielsweise durch das Innovationsförderungsprogramm, eigene Impulse gegeben. So wurden 1977 bis 1980 Entwicklungsvorhaben kleinerer und mittlerer Betriebe mit einem Zuwendungsvolumen von 47 Mill. DM gefördert²⁷.

Auswirkungen von Produktivitäts- und Nachfrageentwicklungen auf den privaten Dienstleistungsbereich

Die bisherige Analyse ergab für die Vergangenheit eine stetige Zunahme des Anteils des tertiären Sektors – bei allerdings starker Differenzierung sowohl nach Bereichen wie nach verursachenden Faktoren. Um Anhaltspunkte dafür zu gewinnen, ob sich diese Entwicklung auch zukünftig fortsetzen wird, sollen im folgenden die Bestimmungsfaktoren für das Wachstum des tertiären Sektors eingehender analysiert werden. Zunächst werden die „klassischen“ Bestimmungsfaktoren der Ausdehnung des tertiären Sektors behandelt, die Produktivitätsentwicklung einerseits, die private Nachfrage nach Dienstleistungen andererseits²⁸.

26 Wirkungsanalyse der Zuschüsse an kleine und mittlere Unternehmen des Produzierenden Gewerbes zu den Aufwendungen für das in Forschung und Entwicklung tätige Personal – Zwischenbericht – des Instituts für Systemtechnik und Informationsforschung (ISI) der Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e. V.

27 Informationen für die Wirtschaft: Innovationsförderung in Baden-Württemberg, Hrsg.: Landesgewerbeamt Baden-Württemberg, 1981.

28 Diese beiden Einflußfaktoren bilden in der Drei-Sektoren-Theorie das „Doppelargument“ zur Begründung der Ausdehnung des tertiären Sektors. Das erste Argument bezieht sich auf die private Nachfrage: Güter des primären Sektors decken den lebensnotwendigen Bedarf, ihr Anteil an den Konsumausgaben sinkt mit wachsendem Realeinkommen. Mit wachsendem Lebensstandard steigt über den Bedarf an materiellen Gütern zunächst der Anteil des sekundären Sektors am Konsumbudget, um sich dann jedoch mit weiter wachsendem Einkommen zu verringern, da Sättigungsgrenzen erreicht werden. So wird ein immer größerer Anteil für Dienstleistungen ausgegeben. Diese nachfrageinduzierte Entwicklung wird unterstützt durch eine produktivitätsinduzierte Wirkung – der zweite Teil des Doppelarguments. Durch die anfängliche Verlagerung des Produktionsschwerpunkts in den sekundären Sektor steigt die Produktivität. Dieser Prozeß beschleunigt einerseits den Realeinkommenszuwachs, andererseits ermöglichen die dortigen hohen Produktivitätsfortschritte die Freisetzung von Arbeitskräften, die im tertiären Sektor eingesetzt werden können. Die Wanderung vom produktivitätsstarken sekundären in den produktivitätsschwächeren tertiären Sektor verhindert schließlich, daß Arbeitslosigkeit entsteht. Vgl. z. B. K. H. Oppenländer, Sind wir auf dem Weg in die Dienstleistungsgesellschaft?, in: Ifo-Studien, Heft 2-3/1981; H.-J. Pohl Kritik der Drei-Sektoren-Theorie, in: IAB-Mitteilungen Heft 2/1970.

Zunächst soll auf das produktivitätsbezogene Argument eingegangen werden. Die Aufnahmefähigkeit des tertiären Sektors für Beschäftigte wurde in der Vergangenheit sicherlich durch die nur unterdurchschnittliche Produktivitätsentwicklung begünstigt. In der Vergangenheit war es im primären und sekundären Produktionsbereich leichter, über den Einsatz kapitalintensiver Produktionstechniken den technischen Fortschritt zu nutzen. Aber bereits hier ist zu differenzieren. Läßt man den öffentlichen Bereich außer acht – hier ist die Messung der Arbeitsproduktivität statistisch-methodisch besonders problematisch – so hat es auch in der Vergangenheit in Teilbereichen des tertiären Sektors beachtliche Produktivitätsfortschritte gegeben. Beispielsweise hatten die Dienstleistungsunternehmen 1970 das gleiche Produktivitätsniveau wie das Warenproduzierende Gewerbe, der Bereich Handel und Verkehr lag nur 15% darunter. Zuvor wurde überdies gezeigt, daß gerade dieser Dienstleistungsbereich in der 2. Hälfte der siebziger Jahre eher überdurchschnittliche Produktivitätsfortschritte gemacht hat. Andererseits hat sich das Produktivitätswachstum des sekundären Sektors in den siebziger Jahren auch konjunkturbedingt verlangsamt, so daß der sekundäre und der tertiäre Sektor eher im Gleichschritt von Produktivitätssteigerungen profitieren.

Eine detaillierte Strukturanalyse, wie sie in dieser Arbeit für die Beschäftigtenentwicklung vorgenommen wurde, ist für die Entwicklung der Produktivität innerhalb des tertiären Sektors bisher nur mit Daten für das ganze Bundesgebiet möglich. Für die Jahre 1960 bis 1978 ergibt sich²⁹, daß innerhalb des *privaten* Dienstleistungssektors gerade diejenigen Branchen expansive Beschäftigtenzahlen erreichten, deren Produktivitätsanstieg sich beschleunigt hat, dies betrifft z. B. Versicherungen und freiberufliche Dienstleistungen, während im Gastgewerbe und Einzelhandel ein abgeflachtes Produktivitätswachstum mit nur bescheidenen Beschäftigtenzunahmen verbunden war. Es zeigt sich somit, daß die Erwartung, daß die Produktivitätsschwäche des tertiären Sektors in Teilen seines privaten Bereichs eine Ursache für dessen Absorptionsfähigkeit von Arbeitskräften sei, zunehmend ihre Gültigkeit verloren haben dürfte.

Die Analyse der privaten Nachfrage, die als zweite strukturbildende Komponente aufgeführt wird, ergibt folgendes: Die Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte umfassen Ausgaben für Güter und Dienstleistungen. *Tabelle 8* zeigt den Anteil der (in- und ausländischen) Dienstleistungen³⁰ am Kon-

29 Institut für Weltwirtschaft, a. a. O. S. 224 f.

30 In den folgenden Angaben – anders als in den übrigen Abschnitten – incl. Reparaturen.

Tabelle 8

Durchschnittliche monatliche Ausgaben für Dienstleistungen

Vierpersonen-Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen

Art der Dienstleistung	1970		1980	
	durchschnittliche monatliche Ausgaben	Anteil	durchschnittliche monatliche Ausgaben	Anteil
	DM	%	DM	%
Verzehr in Gaststätten	36,97	10,7	108,28	13,1
Pauschalreisen, Übernachtungen	25,15	7,3	62,24	7,5
Bildung und Unterhaltung	34,59	10,0	82,14	9,9
Kfz-Haltung	19,04	5,5	55,00	6,6
Fremde Verkehrsleistungen	19,06	5,5	44,12	5,3
Nachrichtenübermittlung	8,25	2,4	46,96	5,7
Gesundheits- und Körperpflege	16,03	4,6	25,95	3,1
Häusliche Handwerkerleistungen, Wäscherei, Reinigung	13,48	3,9	21,25	2,6
Wohnungsmieten und Pachten	171,59	49,5	376,28	45,4
Banken, Versicherungen, Sonstige	2,66	0,8	6,41	0,8
Dienstleistungen insgesamt	346,82	100,0	828,63	100,0
Nachrichtlich: Verbrauchsausgaben insgesamt	1 064,11	—	2 386,53	—
Anteil der Dienstleistungen insgesamt an den Verbrauchsausgaben	—	32,6	—	34,7
Anteil der Dienstleistungen ohne Wohnungsmieten und Pachten an den Verbrauchsausgaben	—	16,5	—	19,0

sumbudget eines bestimmten Haushaltstyps, dem Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen. Im Jahr 1980 gab ein solcher Haushalt im Durchschnitt 829 DM pro Monat für Dienstleistungen aus, dies waren knapp 35% seiner Verbrauchsausgaben. Das größte Gewicht innerhalb der Dienstleistungen hatten die Mietausgaben (45%). Mit weitem Abstand folgen Dienstleistungen der Gaststätten und Kantinen (13%), für Bildung und Unterhaltung (10%), Urlaubsreisen und Übernachtungen (7%). Zwischen 1970 und 1980 hat das Gewicht der Dienstleistungen als Ausgabenposten von 33% auf 35% zugenommen. Etwas stärker, nämlich von 16 auf 19% stieg der Anteil der Dienstleistungen ohne die Mietausgaben. Dieser Strukturwandel in der privaten Nachfrage ist jedoch überwiegend darauf zurückzuführen, daß auch im Rahmen der Lebenshaltungskosten die Preise für Dienstleistungen überproportional stark gestiegen sind. Während 1981 der Preisindex für

die Lebenshaltung insgesamt³¹ 72% über dem Stand von 1970 lag, stiegen im Teilbereich Dienstleistungen und Reparaturen (ohne Mieten) die Preise um 88%. In den siebziger Jahren ist daher real – d. h. zu Preisen von 1970 – betrachtet, der Anteil der Dienstleistungen ohne Mietausgaben an den Konsumausgaben des oben genannten Haushaltstyps nur um einen Prozentpunkt auf 17% gestiegen.

Ursächlich für diese Konstanz der Strukturen dürfte zunächst sein, daß die Sättigungsgrenzen der privaten Nachfrage durch Produktinnovationen bzw. wesentliche Qualitätsverbesserungen von herkömmlichen Produkten immer wieder nach außen verschoben wurden. Die Entwicklungen auf dem Gebiet der Unterhaltungselektronik oder im Freizeitbereich sind ein Beispiel hierfür. Weiterhin hat die relative Verteuerung der Dienstleistungen im Vergleich zu den Gütern des primären und sekundären Sektors, auf die bereits eingegangen wurde, Auswirkungen auf die Nachfragestruktur (nicht nur auf die der privaten Haushalte, sondern auch bei den übrigen nachfragenden Bereichen). Abwehrreaktionen in Form von Substitutionsprozessen werden ausgelöst, insoweit Dienstleistungen mit Gebrauchsgütern in Konkurrenzbeziehung stehen (z. B. Wäschereien, Reinigung und Hauspersonal mit Waschmaschinen und anderen Haushaltsgeräten, Verkehrsleistungen mit dem eigenen PKW, Kinovorstellung mit Fernsehgeräten). Natürlich spielen bei diesen Substitutionsprozessen noch viele andere Ursachen wie z. B. Status-Gesichtspunkte eine Rolle, aber der von der Änderung der Preisstruktur ausgehende Effekt wirkt dabei sicherlich mit.

Auf das Gewicht der Dienstleistungen in der Nachfragestruktur wirken jedoch auch komplementäre Beziehungen zwischen Gütern und Dienstleistungen: durch den Kauf von Gebrauchsgütern wird in gewissem Umfang zugleich wiederum Nachfrage nach Dienstleistungen angeregt. Ein Beispiel hierfür ist wieder die Zunahme des privaten Kfz-Bestandes. Zwar wird hierdurch die Nachfrage nach Dienstleistungen öffentlicher Verkehrsmittel abnehmen, aber zugleich die Nachfrage nach anderen Dienstleistungen ausgeweitet (z.B. Versicherungs- und Serviceleistungen, Garagenmiete).

Beide Effekte sind im Hinblick auf die Bedeutung des tertiären Sektors gegenläufig; aber ihr Gesamteffekt hat dazu beigetragen, daß die privaten Haushalte nicht das auslösende Moment für die Dienstleistungsexpansion waren. Anders verhält es sich dagegen mit solchen Dienstleistungen, die komple-

³¹ Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte, Ausgabenstruktur von 1976.

Tabelle 9

Anteil des tertiären Sektors¹⁾ an den Nachfragebereichen²⁾ im Bundesgebiet

Nachfragebereich	In jeweiligen Preisen			In Preisen von 1970
	1962	1972	1976	1976
	%			
Zwischennachfrage	11	14	14	13
Endnachfrage insgesamt	33	35	37	35
davon				
Privater Verbrauch	42	44	45	44
Öffentlicher Verbrauch	69	77	79	76
Bruttoinvestitionen	9	8	9	8
Ausfuhr	14	13	11	12

1) Inländische Güter und Dienstleistungen. – 2) Zwischen- und Endnachfrage: Verbrauch an inländischen und importierten Gütern und Dienstleistungen.

Quelle: Input-Output-Rechnung des DIW.

mentär zum sekundären Bereich auftreten, was bei einer Analyse der gesamtwirtschaftlichen Nachfrageentwicklung nach Leistungen des tertiären Sektors deutlich wird. Informationen dieser Art ergeben sich aus Input-Output-Tabellen³². Wegen des erforderlichen Zeitvergleichs³³ wird dazu auf Bundesergebnisse aus den Tabellen des DIW³⁴ zurückgegriffen³⁵.

Aus der gesamtwirtschaftlich orientierten Sicht der Input-Output-Rechnung gaben die privaten Haushalte 1976 knapp 45% der Konsumausgaben für inländische Dienstleistungen – einschließlich der Eigenleistung des Handels – aus³⁶ (Tabelle 9). Auch hier läßt sich ablesen, daß, *real* betrachtet, der Anteil der Dienstleistungen am privaten Verbrauch im Zeitverlauf praktisch stagnierte. Auffällig ist

32 Die Beiträge der produzierenden Bereiche werden anhand des Bruttoproduktionswertes angegeben. Die Vorleistungsbezüge des Staates werden als Bestandteil des öffentlichen Verbrauchs bei der Endnachfrage ausgewiesen.

33 Für Baden-Württemberg ist vom Statistischen Landesamt eine Tabelle für 1972 erstellt worden. Vgl. dazu Münzenmaier, W. u. a., Input-Output-Tabellen Baden-Württemberg, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 8/1978. Eine Aktualisierung konnte bisher vor allem aus Gründen unzureichender Personalkapazität nicht in Angriff genommen werden.

34 DIW, Materialband 1 zur Strukturberichterstattung, Berlin 1981.

35 Eine solche Analyse präzisiert auch den eben behandelten Teilbereich der privaten Nachfrage nach Dienstleistungen in zweierlei Hinsicht: – Mit Hilfe der Input-Output-Rechnung wird im folgenden die Nachfragestruktur des *inländischen* tertiären Sektors analysiert; im Rahmen der oben dargestellten Struktur der privaten Nachfrage konnte nicht zwischen inländischen und ausländischen Dienstleistungen (z. B. im Touristik-Bereich) unterschieden werden. – Der Eigenbeitrag des Handels zur privaten Nachfrage mußte zuvor unberücksichtigt bleiben, dieser Produktionswert wird aber in der Input-Output-Rechnung in Form der Handelsspanne ausgewiesen.

36 Reichlich weitere 4% wurden für Dienstleistungen des Auslandes (vor allem für Touristik) Ausgaben.

andererseits der starke Anstieg der Dienstleistungen im öffentlichen Verbrauch. Hier spiegeln sich die überproportional gestiegenen Ausgaben in allen Sparten der öffentlichen Funktionsbereiche (einschließlich der Sozialversicherungen) wider.

Tabelle 10 zeigt, daß der private Verbrauch 1976 (nominal) nur etwa ein Drittel des Produktionswerts des tertiären Sektors absorbierte. Rund 38% jedoch gingen in die Zwischennachfrage der Unternehmen, diese Dienstleistungen wurden also in Form von Vorleistungen zur Produktion anderer Güter weiterverwendet. Knapp 30% entfielen auf die übrigen Bereiche der Endnachfrage (öffentlicher Verbrauch, Bruttoinvestitionen, Ausfuhr).

Seit 1962 ergaben sich deutliche Strukturverschiebungen. Der Anteil der Dienstleistungen, die als Vorleistungen Verwendung finden, hat zu Lasten des Anteils des Privaten Verbrauchs zugenommen. Während 1962 noch 39% der Dienstleistungen in den privaten Verbrauch gingen, waren es 1976 nur noch 33%. Überaus stark von 17 auf 21% stieg auch der Anteil der Dienstleistungen, die der öffentliche Bereich absorbierte. Bemerkenswert stieg auch der Anteil der Zwischennachfrage von 36% auf 38%. Dies zeigt eine wachsende komplementäre Beziehung zwischen der Dienstleistungsproduktion und der Güterproduktion. Diese Entwicklung verlief in den einzelnen Dienstleistungssektoren differenziert. Am stärksten war der Wandel der Verwendungsstruktur hin zu den Vorleistungen bei den „gewerblichen und freiberuflichen Dienstleistungen“. Zu diesem Bereich gehören neben dem Gastgewerbe eine Vielzahl von Beratungs-, Vermittlungs- und Servicefunktionen. Der Anteil des Produktionswertes dieses Wirtschaftsbereichs, der in die Zwi-

Tabelle 10

Wandlung der Absatzstruktur des tertiären Sektors¹⁾ im Bundesgebiet

Verwendung	In jeweiligen Preisen				In Preisen von 1970
	1976	1962	1972	1976	1976
	Mill. DM	%			
Zwischennachfrage	316 361	36	39	38	38
Endnachfrage insgesamt	516 663	64	61	62	62
davon					
Privater Verbrauch	279 412	39	35	33	35
Öffentlicher Verbrauch	178 682	17	20	21	20
Bruttoinvestitionen	22 730	4	3	3	3
Ausfuhr	35 839	4	4	4	5
Gesamtnachfrage	833 024	100	100	100	100

1) Inländische Güter und Dienstleistungen.
Quelle: Input-Output-Rechnung des DIW.

schennachfrage ging, stieg von 34% (1962) auf 48% (1976). Die stürmische technologische Entwicklung dürfte eine der Ursachen für den wachsenden Bedarf an spezialisierten Service-Funktionen – man denke etwa an den EDV-Bereich – sein.

Dienstleistungen sind inlandsorientiert, sie werden aber auch exportiert und importiert. Im Zuge der gegenwärtigen Leistungsbilanzproblematik ist es interessant, auch auf die Außenhandelsposition im Bereich der Dienstleistungen einen Blick zu werfen. Etwa 4% des inländischen Produktionswertes des tertiären Sektors wurde 1976 im Bundesdurchschnitt exportiert, dieser Anteil ist seit 1962 konstant geblieben (*Tabelle 10*). Andererseits ist – wieder bezogen auf die inländische Produktion – die Quote der Einfuhren von 9 auf 12% gestiegen, so daß die sektorale Außenhandelsposition³⁷ weiter negativ wurde. Neben den Verkehrsbereichen ist der Bereich „gewerbliche und freiberufliche Dienstleistungen“ u. a. durch das Gastgewerbe eng mit dem Ausland verknüpft. Hier wurden 1962 22%, 1976 20%, gemessen am Wert der inländischen Produktion, eingeführt³⁸, andererseits sank der Ausfuhranteil ebenfalls leicht von 7% auf 5%. Die Außenhandelsintensität dieses Wirtschaftsbereichs ist also leicht gesunken, wobei die Außenhandelsposition mit -15% unverändert negativ blieb.

Ausblick

Der gestiegenen Bedeutung des Dienstleistungssektors in seiner komplementären Funktion zur Warenproduktion ist für die aktuelle und zukünftige Entwicklung besonderes Augenmerk zu schenken. Dies bedeutet, daß die eigentliche Wachstumsquelle auch für die Zukunft die Warenproduktion bleiben dürfte, das Wachstum des Dienstleistungsbereichs war und ist in zunehmendem Maße daran gekoppelt.

Das beschriebene Wachstum des tertiären Sektors spiegelt andererseits den Wandel der Produktionsstruktur der heimischen Wirtschaft wider. Der Produktionsschwerpunkt verlagert sich hin zu dienstleistungsintensiven Produkten, d. h. zu Produkten, die einen hohen Anteil an tertiären Tätigkeiten zu deren Herstellung, Distribution und Nutzung erfordern. Ein deutliches Beispiel hierfür ist der Bereich der Datenverarbeitung. Er ist bei der Herstellung forschungsintensiv, die Distribution erfordert ein hohes Maß von Beratungs- und Servicefunktionen

und die Nutzung bedingt ein hohes Maß von „labour imbediment“ d. h. die Einführung und Anwendung beim Kunden erfordert ständige Trainings-, Schulungs- und Weiterentwicklungsarbeiten. Ein anderes Beispiel ist der Auslandsbau, bei dem oft (zum sekundären Sektor gehörend) Unternehmen des Bauhauptgewerbes und (zum tertiären Bereich gehörend) Engineering- und Consulting-Firmen zusammenwirken, um die hohen organisatorischen und technologischen Anforderungen dieser stark wachsenden Exportbranche zu bewältigen. Unter diesem Gesichtspunkt schwächt also ein wachsender Dienstleistungssektor die außenwirtschaftliche Position der heimischen Wirtschaft nicht, das Gegenteil ist der Fall. Die Wettbewerbsposition der heimischen Wirtschaft kann am besten dadurch verteidigt werden, daß technologisch fortgeschrittene Produkte mit hohem Innovationsgehalt auf den Weltmärkten angeboten werden, also Produkte mit einem hohen Einsatz an tertiären Tätigkeiten. Dies sollte auch bei der Diskussion um die sogenannte „Reindustrialisierungsthese“ beachtet werden, die angesichts des Leistungsbilanzdefizits der letzten Jahre ein exportorientiertes Wachstum für erforderlich hält.

Eine andere Frage ist, ob der tertiäre Bereich einen Beitrag zur Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit leisten kann. 1980 hatte der tertiäre Sektor 272 000 Arbeitsplätze mehr als 1970. Knapp die Hälfte dieses Zuwachses entfiel allein auf den Staat und die Organisationen ohne Erwerbscharakter. Hier ist nicht zu erwarten, daß sich der Beschäftigtenanstieg fortsetzt, da die Ausweitung und qualitative Verbesserung der Humandienstleistungen – insbesondere im Bereich des Gesundheits- und Bildungswesens als Hauptursachen dieser Entwicklung – nahezu abgeschlossen sein dürften. Die enger gewordenen finanziellen Spielräume der Träger dürften auch dort einer schnelleren Ausdehnung entgegenstehen, wo noch ein ungedeckter Bedarf besteht. Darüber hinaus sind auch im öffentlichen Bereich verstärkt Bemühungen im Gange, durch Rationalisierung und Nutzung der Automation bei Büro- und Verwaltungstätigkeiten den Personalbestand nicht mehr ansteigen zu lassen bzw. in Einzelfällen sogar abzubauen.

Auch bei den Büro-, Verwaltungs- und Dienstleistungstätigkeiten sowohl im tertiären wie auch im sekundären Sektor hat in den letzten Jahren das Potential für Produktivitätssteigerungen durch den Einsatz mikroprozessorgesteuerter elektronischer Organisations- und Kommunikationstechniken in bisher kaum absehbarem Ausmaß zugenommen. Sichtbar wird diese Entwicklung bereits bei Banken durch die Einführung des beleglosen Zahlungsverkehrs und der automatischen Kassen, beim Einzelhandel durch die Einführung der Europäischen Artikel-Nummer (EAN-Code), die durch einen Strich-

37 Ausfuhrquote minus Einfuhrquote.

38 DIW, Abschwächung der Wachstumsimpulse, Strukturberichterstattung 1980, S. 144.

code verschlüsselt wird und durch sogenannte Scanner beim Kassivorgang automatisch gelesen wird, oder bei der Einführung von Textverarbeitungssystemen in Schreibdiensten. Diese Entwicklung der Anwendungsmöglichkeiten der Mikroelektronik in den meisten Teilbereichen des tertiären Sektors und die damit verbundene Kapitalintensivierung und Produktivitätssteigerung, erfordern Umschichtungen und eine hohe Flexibilität der Arbeitskräfte. Angesichts der jetzt schon bestehenden Arbeitslosigkeit und der bis in die späten achtziger Jahre demographisch bedingten Zunahme des Erwerbspersonenpotentials wird der tertiäre Bereich in seiner traditionellen Ausprägung nur begrenzt zu einer Entlastung beitragen können. Die gleichen Tendenzen bestehen bei den tertiären Tätigkeiten innerhalb des sekundären Sektors. Andererseits wird die durch die Mikroelektronik zu erwartende Produktivitätssteigerung auch Auswirkungen auf die Preise haben. Dienstleistungen können relativ kostengünstiger hergestellt werden, die Absatzmöglichkeiten werden sich dadurch erweitern. Weiterhin können neue zusätzliche Märkte für neuartige Dienstleistungen bzw. dienstleistungsinensive Produkte geschaffen werden. Mit diesen Tendenzen werden gleichzeitig neue Arbeitsplätze entstehen.

Zusammenfassung

- Die grundlegenden Änderungen in den Rahmenbedingungen des wirtschaftlichen Wachstums in den siebziger Jahren haben den Blick nicht nur auf das Wachstum als solches, sondern auch auf die damit verbundenen sektoralen Verschiebungen und deren Bestimmungsgründe gelenkt. Strukturänderungen zwischen den großen Wirtschaftsbereichen der Land- und Forstwirtschaft, des Warenproduzierenden Gewerbes und des Dienstleistungssektors werden heute auch aus der Sicht ihrer Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft analysiert. Nachfolgend wird besonders die Bedeutung des Dienstleistungssektors und seiner einzelnen Bereiche sowie der gewerblichen Dienstleistungstätigkeiten für die seitherige wie auch zukünftige Wirtschaftsentwicklung untersucht.
- Während in der Land- und Forstwirtschaft (primärer Sektor) und im Produzierenden Gewerbe (sekundärer Sektor) die Erwerbstätigenzahl zwischen 1970 und 1980 um 36% bzw. 6% abnahm, lag der Beschäftigtenstand insgesamt mit 4,231 Mill. Personen 1980 wieder auf dem Niveau von 1970. Dies ist allein dem Dienstleistungssektor (tertiärer Sektor) zuzuschreiben, der 1980 mit 1,815 Mill. 18% mehr Beschäftigte als 1970 zählte.
- Diese Entwicklung war von entsprechenden Strukturverschiebungen begleitet. Der Beschäftigtenanteil des tertiären Sektors stieg stetig bis 43% (1980); der Strukturanteil des sekundären Sektors, der zu Beginn der siebziger Jahre mit 55% seinen Gipfelpunkt erreicht hatte, sank danach bis auf 52%. Ähnliche Strukturverlagerungen ergaben sich bei der nominalen Bruttowertschöpfung.
- Demgegenüber ist der Anteil des Dienstleistungssektors an der *realen* Bruttowertschöpfung konstant geblieben. Dies ist auf ein schwächeres Produktivitätswachstum (und den damit verbundenen stärkeren Preissteigerungen) als im Warenproduzierenden Sektor zurückzuführen. In jüngster Zeit hat sich diese Tendenz allerdings nicht mehr fortgesetzt.
- Innerhalb des Dienstleistungssektors war 1970 bis 1980 diese Beschäftigtenzunahme am stärksten bei den Organisationen ohne Erwerbscharakter (über 30%), dicht gefolgt von den heterogenen Bereichen der gewerblichen und freiberuflichen Dienstleistungen (+27%). Stark expansiv waren hier die freiberuflich geprägten Bereiche Gesundheitswesen, Rechts- und Wirtschaftsberatung sowie Architekten- und Ingenieurbüros. Kräftig war der Beschäftigtenanstieg beim Dienstleistungshandwerk, allerdings branchenmäßig stark differenziert. Überdurchschnittlich war auch die Beschäftigtenzunahme bei den Kreditinstituten und Versicherungen (+23%), die jedoch in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre abflachte. Schwach war die Beschäftigtenexpansion im Gastgewerbe, wo die Zahl der Selbständigen sogar zurückging. Auch der Handel hatte mit 5% nur einen bescheidenen Zugang an Arbeitsplätzen zu verzeichnen, der sich ausschließlich auf Teilzeitarbeitsplätze erstreckte.
- Beim öffentlichen Bereich (einschließlich Sozialversicherung) war die Beschäftigtenzunahme ebenfalls stark (+24%), allerdings etwas schwächer als im Bundesgebiet (+28%). Der Anstieg der Beschäftigtenzahl erfolgte vor allem in der ersten Hälfte der siebziger Jahre (+15%). Ursächlich war vor allem der Ausbau der Dienstleistungen im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, während die Verwaltungstätigkeiten unterdurchschnittlich wuchsen.
- Tertiäre (d. h. nicht mit der Gewinnung und Herstellung verbundene) Berufe bzw. Tätigkeiten spielen auch im sekundären Sektor, also im Warenproduzierenden Gewerbe, eine wachsende Rolle. Hier übten 1980 bereits 37% der Beschäftigten überwiegend Dienstleistungs- und

- Bürotätigkeiten aus (in der Gesamtwirtschaft 59%). Diese Entwicklung innerhalb des sekundären Sektors bleibt bei der üblichen Sektoren-Betrachtung, die nur organisatorisch verselbständigte Dienstleistungen einbezieht, unsichtbar.
- Ein für die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft wichtiger tertiärer Tätigkeitsbereich ist die Forschung und Entwicklung (FuE). In der Wirtschaft Baden-Württembergs (ohne Chemische Industrie) waren 1977 36 300 Personen in FuE tätig (in Vollzeitäquivalente umgerechnet), was einem Anteil am Bundesgebiet von 25% entspricht. Praktisch alle (36 200) waren im Verarbeitenden Gewerbe (ohne Chemie) beschäftigt (Anteil am Bundesgebiet 27%). In Baden-Württemberg liegt damit ein Schwerpunkt der Forschungskapazität des Verarbeitenden Gewerbes des Bundesgebiets.
 - Als klassische Ursache für die gestiegene Bedeutung des tertiären Sektors – gemessen an der Beschäftigtenzahl und der nominalen Bruttowertschöpfung – werden die nur mäßige Produktivitätsentwicklung sowie die überproportional wachsende Nachfrage der privaten Haushalte nach Dienstleistungen angeführt. Beide Argumente sind jedoch stark zu relativieren. Der private Dienstleistungsbereich hat in den letzten Jahren eher überdurchschnittliche Produktivitätsfortschritte gemacht, gleichzeitig hat sich das Produktivitätswachstum im sekundären Sektor auch konjunkturell bedingt verlangsamt. Andererseits geben die Haushalte real für Dienstleistungen keinen größeren Anteil ihres Haushaltsbudgets aus als früher, nominal ist dieser Anteil nur leicht gestiegen.
 - Das überproportionale Wachstum des Dienstleistungssektors war bisher vielmehr zum einen durch den öffentlichen Bereich bestimmt, speziell durch die Ausweitung der Aufgabenfelder Gesundheit und Bildung. Allerdings war die Zunahme in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre schon deutlich geringer als in der ersten.
 - Zum anderen war die Nachfrage der Unternehmen bestimmend. Dies ist ein Zeichen dafür, daß die Produktion technologisch fortgeschrittener Güter und ihre Durchsetzung auf nationalen und internationalen Märkten in wachsendem Umfang tertiäre Funktionen erfordert, die in erheblichem Ausmaß in darauf spezialisierten institutionellen Einheiten des Dienstleistungssektors erbracht werden. Der tertiäre Sektor wird dadurch teilweise zum Folgesektor, der an das Wachstum des sekundären Sektors gekoppelt ist.
 - Die weitere Entwicklung des tertiären Sektors für neue Arbeitsplätze wird durch das mit der Mikroelektronik ermöglichte Rationalisierungs- und Automatisierungspotential beeinflusst. Ob der tertiäre Sektor über das Entstehen neuer Arbeitsplätze einen Beitrag zur Lösung der auch mittelfristig noch zu erwartenden Arbeitsmarktp Probleme leisten kann, hängt zum einen davon ab, ob es gelingt, mit Hilfe der zu erwartenden Kostensenkungen die Nachfrage nach Dienstleistungen zu steigern, zum anderen, ob es durch den Einsatz der neuen Technologien gelingt, in größerem Umfang durch Produktinnovation im Dienstleistungsbereich neue Märkte zu erschließen.

4. Außenwirtschaftliche Beziehungen

4.1 Wirtschaftliche Beziehungen zu europäischen Ländern

Warenaustausch und Direktinvestitionen

Baden-Württemberg unterhält weltweit Wirtschaftsbeziehungen. 1980 waren es insgesamt 190 Staaten, mit denen unser Land durch Handelsbeziehungen verbunden war. Der Schwerpunkt des Warenaustausches mit dem Ausland liegt infolge des hohen wirtschaftlichen Entwicklungsstandes der meisten europäischen Länder und deren geographischer Lage auf dem europäischen Kontinent. Hier nehmen die osteuropäischen Staatshandelsländer allerdings eine Sonderstellung ein. Ihr Außenhandel ist staatlich gelenkt, ihre Währungen sind in der Regel nicht frei konvertierbar, ihre Guthaben an westlichen Währungen begrenzt, so daß die Transaktionen immer mehr auf Kompensationsbasis abgewickelt werden müssen. In die folgenden Ausführungen sind deshalb die Staatshandelsländer nicht mit einbezogen. Auf den so abgegrenzten Wirtschaftsraum Europa entfallen nur knapp 10% der Weltbevölkerung, er stellt jedoch ein bedeutendes Wirtschaftspotential dar, das etwa 45% des Welthandels repräsentiert. Diese im Außenhandel herausragende Stellung Westeuropas ist in entscheidendem Maße das Ergebnis langjähriger Bemühungen von Europäischer Gemeinschaft (EG) und Europäischer Freihandelszone (EFTA) im Rahmen von Grundsatz-, Freihandels- und Assoziationsabkommen über Zollabbau und Beseitigung von Handelshemmnissen eine möglichst weite Freihandelszone zu schaffen. Besonders interessant erscheint in diesem Zusammenhang ein Strukturvergleich der Ein- und Ausfuhr¹ Baden-Württembergs innerhalb des Jahrzehnts 1970 bis 1980.

1 Zu beachten ist, daß die Ergebnisse nach Bundesländern bei der Einfuhr als Generalhandel, bei der Ausfuhr als Spezialhandel nachgewiesen werden. Der weitergehende Begriff des Generalhandels umschließt zusätzlich zu den unmittelbaren Importen auch alle auf Lager (Zollgut- und Freihafenlager) eingeführten ausländischen Waren. Vor allem aber ist bei der Importstatistik zu berücksichtigen, daß die der Statistik zugrundeliegenden Einfuhrmeldungen nicht in jedem Fall endgültig darüber Auskunft geben, in welchem Land der Bundesrepublik die ausländischen Waren tatsächlich verbraucht werden. Vielmehr stellt die Einfuhrstatistik das erste bekannte Zielland, das in der Regel der Sitz des Importeurs ist, fest. Es ist also möglich und oftmals der Fall (z. B. bei Kaffee und Mineralöl) daß Importe, die letztlich für Baden-Württemberg bestimmt sind, in einem anderen Bundesland als Einfuhren registriert werden, – und umgekehrt. Die Ausfuhr kann demgegenüber nach dem Herkunftsland (Bundesland), das in der Regel auch das Produktionsland ist, ermittelt werden, so daß hier die auch für den Arbeitsmarkt wichtige Relation zwischen Produktion und Ausfuhr für ein Bundesland hergestellt werden kann. Diese methodischen Unterschiede hinsichtlich der Aussagemöglichkeit von Ausfuhr und Einfuhr müssen bei den nachfolgenden Betrachtungen hingenommen werden. Wegen dieser methodischen Einschränkungen kann kein unmittelbarer Vergleich zwischen absoluten Ein- und Ausfuhrzahlen gezogen werden.

Dieses Jahrzehnt war gekennzeichnet durch die 1973 mit der ersten Ölpreiskrise einsetzende Entwicklung einer drastischen und in der Folgezeit permanenten Verteuerung des Erdöls und weiterer Rohstoffe. Es stand weltweit auch im Zeichen starker Preisauftriebendenzen, großer Leistungsbilanzungleichgewichte, verschärfter internationaler Konkurrenz, gedrosselter Wachstumsraten und weitgestreuter, zunehmender Arbeitslosigkeit. Trotz dieser ungünstigen Rahmenbedingungen intensivierten sich die Austauschbeziehungen, womit allerdings teilweise bemerkenswerte Umstrukturierungen bei den sektoralen und regionalen Handelsströmen verbunden waren. Diese gingen vor allem zu Lasten des Warenverkehrs mit den westlichen Industriestaaten, in besonderem Maße mit den europäischen Ländern. Andererseits trat der Handel mit der Gruppe der erdölexportierenden Länder, den sogenannten OPEC-Staaten, stärker in den Vordergrund.

Die wirtschaftlichen Beziehungen beschränken sich allerdings keineswegs auf den Warenaustausch allein, wenngleich dieser die mit Abstand wichtigsten Transaktionen umschließt (*Tabelle 1*). Daneben gewinnen die internationalen Ströme der getätigten Dienstleistungen sowie des Übertragungs- und Kapitalverkehrs ständig an Bedeutung. So enthält z. B. die Dienstleistungsbilanz die auch für Baden-Württemberg bedeutungsvolle Position des Reiseverkehrs oder die Übertragungsbilanz weist die Heimatüberweisungen der Ausländer nach. Derartige Angaben liegen jedoch nicht für die Landesebene vor². Dennoch sind wegen der zentralen Buchung im Zahlungsverkehr regional vereinzelte Positionen nachzuweisen, so im Bereich der Dienstleistungsbilanz die ausgetauschten Patente und Lizenzen und im Bereich der Kapitalbilanz die Direktinvestitionen. Hierbei handelt es sich um Kapitalanlagen im Ausland, die mit einem unmittelbaren Einfluß auf die Geschäftstätigkeit des kapitalnehmenden Unternehmens verbunden sind³.

2 In Verbindung mit der Analyse der Internationalen Wirtschaftsbeziehungen im diesjährigen Statistischen und prognostischen Jahresbericht hat die Landeszentralbank in Verbindung mit der Bundesbank die Regionalisierbarkeit der einzelnen Positionen und der Zahlungsbilanz für die Landesebene überprüft. Die Daten zu den Direktinvestitionen wurden von der Landeszentralbank als Sonderaufbereitung zur Verfügung gestellt.

3 § 56 Außenwirtschaftsverordnung.

Tabelle 1

Ausgewählte Daten der Zahlungsbilanz für das Bundesgebiet 1970 und 1980

Nachweisung	Einnahmen		Ausgaben	
	1970	1980	1970	1980
	Mill. DM		Mill. DM	
Außenhandel	125 276	350 328	109 606	341 380
Dienstleistungen	32 775	91 336	34 159	106 017
darunter				
Reiseverkehr	4 853	12 056	10 230	37 818
Übertragungen	2 749	11 717	12 508	35 754
darunter				
Heimatüberweisungen				
ausländischer Arbeitskräfte	—	—	5 000	6 900
Langfristiger Kapitalverkehr (privat)	10 102 ¹⁾	12 861 ¹⁾	8 648 ²⁾	27 374 ²⁾
darunter				
Direktinvestitionen	2 176	2 069	3 194	8 249

1) Anlagen Gebietsfremder im Bundesgebiet. — 2) Anlagen im Ausland.

Ebenso gibt es Daten über die Kapitalanlagen für Investitionen Gebietsfremder in Baden-Württemberg, wobei allerdings zu beachten ist, daß der Unternehmenssitz für die regionale Zuordnung entscheidend ist. Die im Ausland getätigten Direktinvestitionen haben seit Beginn der siebziger Jahre in der Bundesrepublik erheblich an Bedeutung gewonnen besonders zu Lasten der Wertpapieranlagen. Mit einiger Verzögerung setzte diese Disposition ab 1976 auch in Baden-Württemberg ein. Neben der substitutiven Komponente von Direktinvestitionen — sie ersetzen partiell den Warenaustausch — wird heute zunehmend ihre Bedeutung zur Erschließung und Erhaltung ausländischer Märkte herausgestellt. Sie stehen somit in ergänzender und stützender Beziehung zum Warenaustausch, weshalb ihre Entwicklung für ein stark exportabhängiges Land wie Baden-Württemberg von besonderer Bedeutung ist.

Bundesrepublik Deutschland – zweitstärkste Welt-handelsmacht

Nach den Vereinigten Staaten von Amerika ist heute die Bundesrepublik Deutschland vor Japan die zweitstärkste Welthandelsmacht; ihr Anteil am Weltwarenaustausch lag sowohl 1980 wie auch bereits 1970 bei gut einem Zehntel, wobei der Wert der Ausfuhr den der Einfuhr jeweils übertraf. Zwischen 1970 und 1980 erhöhte sich der Export der Bundesrepublik auf fast das Dreifache von 125,3 Mrd. DM auf 350,3 Mrd. DM. Im Jahr 1981 stieg er weiter auf 396,9 Mrd. DM an.

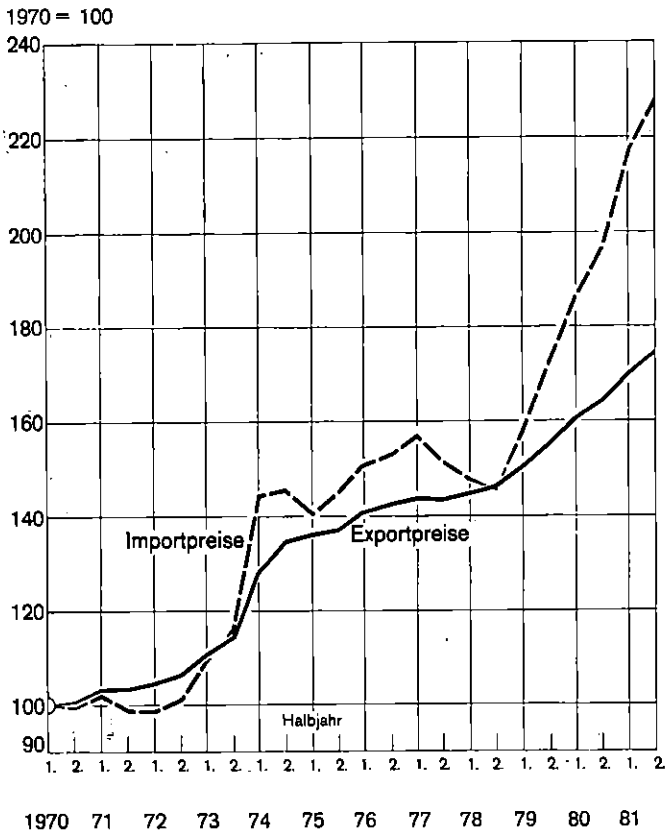
Die Einfuhr verzeichnete im gleichen Zeitraum ein Anwachsen von 109,6 Mrd. DM auf 341,4 Mrd. DM und damit sogar auf über das Dreifache. 1981 belief sie sich auf 369,2 Mrd. DM. Der Saldo der bundes-deutschen Warenausfuhr betrug zwischen 1970 und 1972 jährlich um 20 Mrd. DM; zwischen 1973 und 1978 erreichte er Werte von gut 30 bis etwa 40 Mrd. DM, 1974 waren es sogar 50 Mrd. DM. Ab 1979 reduzierte sich der Außenhandelsaldo wieder — so betrug er 1979 mit 22 Mrd. DM nur gut die Hälfte des vorangegangenen Jahres (41 Mrd. DM). 1980 ging der Außenhandelsüberschuß sogar auf 8,9 Mrd. DM zurück. Durch diese Entwicklung konnten ab 1979 erstmals die traditionell stark defizitären Salden der Dienstleistungs- und Übertragungsbilanz nicht mehr ausgeglichen werden (1979: — 11,0 Mrd. DM, 1980: — 29,5 Mrd. DM). Durch den 1981 wieder deutlich höheren Außenhandels-saldo (+ 27,9 Mrd. DM) betrug das Defizit der Leistungsbilanz in diesem Jahr nur noch — 17,1 Mrd. DM.

Unter Berücksichtigung der zwischenzeitlich eingetretenen Preissteigerungen betrug der Anstieg bei der Ausfuhr real etwa das 2,2fache und bei der Einfuhr das 2,3fache. Diese starke Zunahme im Warenaustausch ist ganz entscheidend auf die allgemeine Liberalisierung des Außenhandels in Verbindung mit der weltweiten Industrialisierung zurückzuführen, die es gestattete, Absatzorganisationen und entsprechende Kundendienste aufzubauen. Zur Ausweitung vornehmlich des Exportgeschäfts haben aber auch das gute Angebots-sortiment, der Qualitätsstandard und nicht zuletzt die Lieferfähigkeit unserer Industrie entscheidend beigetragen. Die Auf- bzw. Höherbewertungen der D-Mark in den siebziger Jahren konnten dabei die Ausdehnung des Exportgeschäftes nicht aufhalten.

Sowohl die Einfuhrpreise wie auch die Ausfuhrpreise zeigten im vergangenen Jahrzehnt stark steigende Tendenz, wobei das durchschnittliche Preisniveau der Einfuhr, ausgenommen zu Beginn der siebziger Jahre, immer über dem der Ausfuhr lag. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, daß sich in dem besonders steilen Anstieg der Einfuhrpreise in den Jahren 1973 und vor allem 1974 die allgemeine Rohstoffpreishausschlag, insbesondere die des Erdöls, niederschlug. So war der Gesamtindex (1970 = 100) von 113 im Jahr 1973 auf 145 im Jahr 1974 angestiegen, der Index für Rohstoffe und Halbwaren aber von 119 auf 195. Lediglich im Jahr 1978 waren die Einfuhrpreise rückläufig (-5%) und die Ausfuhrpreise nahmen mit durchschnittlich 1% gegenüber dem Vorjahr nur ganz geringfügig zu. In der Folgezeit zogen die Einfuhrpreise aufgrund der erneuten Ölpreisexplosion jedoch wieder außerordentlich an. Sie stiegen 1980 um fast 15% gegenüber dem Vorjahr und erreichten im August 1981

Schaubild 1

Entwicklung der durchschnittlichen Import- und Exportpreise



erstmals wieder die 20%-Marke. Auch die Ausfuhrpreise erhöhten sich. Ihre jährliche Steigerungsrate lag im selben Monat bei knapp 7%. Dies hatte zur Folge, daß die Durchschnittspreise der Einfuhr stärker anstiegen als die der Ausfuhr, so daß sich das Austauschverhältnis (terms of trade)⁴ nachhaltig zu Lasten der Bundesrepublik Deutschland verschlechterte (Schaubild 1).

Rund zwei Drittel des baden-württembergischen Außenhandels entfallen auf Europa

Mit einem Ausfuhrwert von 59,3 Mrd. DM im Jahr 1980 und 66,3 Mrd. DM im Jahr 1981 ist Baden-Württemberg nach Nordrhein-Westfalen und vor Bayern das zweitwichtigste Exportland der Bundesrepublik. Sein Anteil am Gesamtexport des Bundes, der 1970 über 18% betrug und Mitte der siebziger Jahre auf 16% zurückgegangen war, betrug 1980 und 1981 knapp 17%. Das Schwerk-
gewicht der baden-württembergischen Ausfuhr lag dabei in Europa, wenngleich der Anteil des Exports in diese Region zurückgegangen ist und mit einem Volumen von 39,4 Mrd. DM 1980 zwei Drittel der Gesamtexporte ausmachte, gegenüber noch 70% im Jahr 1970 (Tabelle 3). Insgesamt expandierten die Lieferungen Baden-Württembergs nach Europa

4 Index der durchschnittlichen Ausfuhrpreise in % des Index der durchschnittlichen Einfuhrpreise.

Tabelle 2

Der Außenhandel Baden-Württembergs und des Bundesgebietes mit Europäischen Ländern

Jahr	Ausfuhr (Spezialhandel)			Einfuhr ¹⁾		
	Bundesgebiet	Baden-Württemberg	Anteil am Bundesgebiet	Bundesgebiet	Baden-Württemberg	Anteil am Bundesgebiet
	Mill. DM		%	Mill. DM		%
Außenhandel mit Europäischen Ländern ²⁾						
1970	86 967,6	15 878,3	18,3	69 492,9	11 050,3	15,9
1972	103 818,2	18 510,5	17,8	86 104,1	13 523,2	15,7
1974	153 408,2	24 853,1	16,2	108 375,3	16 765,4	15,5
1976	172 163,7	27 586,3	16,0	136 202,0	20 866,5	15,3
1978	187 599,0	30 662,7	16,3	156 805,0	24 069,2	15,3
1980	243 131,6	39 381,2	16,2	209 534,6	31 321,9	14,9
1981	262 218,8	41 981,0	16,0	228 483,6	33 308,6	14,6
Dagegen Außenhandel insgesamt						
1970	125 276,2	22 640,6	18,1	109 605,9	15 155,7	13,8
1972	149 022,7	26 535,4	17,8	128 744,2	18 025,0	14,0
1974	230 578,2	37 283,0	16,2	179 732,6	24 772,9	13,8
1976	256 641,8	41 942,1	16,3	222 173,1	30 172,5	13,6
1978	284 907,1	47 698,2	16,7	243 706,6	33 659,1	13,8
1980	350 327,7	59 286,8	16,9	341 380,3	46 540,5	13,6
1981	396 898,3	66 299,0	16,7	369 178,8	50 105,5	13,6

1) Bundesgebiet: Spezialhandel, Baden-Württemberg: Generalhandel. — 2) Ohne Staatshandelsländer.

Tabelle 3

Anteil des Außenhandels mit Europäischen Ländern am gesamten Außenhandel in Baden-Württemberg und dem Bundesgebiet

Jahr	Ausfuhr ¹⁾		Einfuhr ²⁾	
	Bundesgebiet	Baden-Württemberg	Bundesgebiet	Baden-Württemberg
	%			
1970	69,4	70,1	63,4	72,9
1972	69,7	69,8	66,9	75,0
1974	66,5	66,7	60,3	67,7
1976	67,1	65,8	61,3	69,2
1978	65,8	64,3	64,3	71,5
1980	69,4	66,4	61,4	67,3
1981	66,1	63,3	61,9	66,5

1) Spezialhandel, — 2) Bundesgebiet: Spezialhandel, Baden-Württemberg: Generalhandel.

auf das Zweieinhalbfache des Jahres 1970 und damit etwas weniger stark als die entsprechenden Ausfuhren im Bundesdurchschnitt. Daß die Ausfuhr in die europäischen Länder im letzten Jahrzehnt etwas an Gewicht verloren hat, ist die Folge des regionalen Umschichtungsprozesses zugunsten der devisenstarken Öllieferländer. Die regionale Konzentration auf Europa hat dabei seit 1975 im Land etwas stärker abgenommen als im Bund (*Tabelle 3*). Baden-Württemberg hat seither seinen Aktionsradius durch den Handel mit den OPEC-Ländern stärker ausgeweitet.

Die im Zuge einer allgemeinen Intensivierung der Außenhandelsbeziehungen angewachsenen Gesamteinfuhren Baden-Württembergs erreichten 1980 einen Wert von 46,5 Mrd. DM und 1981 von 50,1 Mrd. DM. Damit war auch der Anteil der Einfuhr am Gesamtimport der Bundesrepublik mit jeweils um 14% in den Jahren 1980 und 1981 nahezu konstant. Die Importe Baden-Württembergs aus den europäischen Ländern betrugen 1980 mit 31,3 Mrd. DM nach nahezu kontinuierlichem Anstieg fast das Dreifache des Wertes von 1970 (11,1 Mrd. DM). Das entspricht 1980 einem Anteil von etwas über zwei Dritteln am Gesamtimport des Landes. Noch 1970 belief sich dieser Anteil auf fast 73%. Dieser anteilmäßige Rückgang ist vor allem im Zusammenhang mit dem Vordringen der OPEC-Länder zu sehen, die im gleichen Zeitraum ihren Anteil von 7 auf 13% steigern konnten. Diese zunehmende Bedeutung ist im wesentlichen bestimmt durch die stark überdurchschnittlich gestiegenen Rohölpreise.

Im Vergleich zur Bedeutung Baden-Württembergs im Rahmen der Bundesausfuhr ist der Anteil an der Einfuhr der Bundesrepublik geringer, was damit zusammenhängt, daß der Hauptsitz vieler Importeure

außerhalb Baden-Württembergs liegt. Allerdings nimmt das Land aufgrund seiner regionalen Lage eine bundesweit überdurchschnittlich starke Stellung bei Importen aus der Schweiz, Österreich und Südeuropa ein.

Starke sektorale Konzentration der Ausfuhr

Am Exportgeschäft unseres Landes in die westeuropäischen Länder waren, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß, alle Zweige des Produzierenden Gewerbes beteiligt. Traditionell zählen zu den wichtigsten Ausfuhrsgütern Maschinen, Fahrzeuge und elektrotechnische Erzeugnisse. Auf diese drei Branchen zusammen entfielen 1980 über 53% des Ausfuhrwertes in diese Länder (*Tabelle 4*). Von Bedeutung sind weiterhin die Exporte von chemischen Erzeugnissen und Textilien mit zusammen rund 15% unserer Lieferungen. Die sonstigen Warenarten traten dagegen zurück: ihre jeweiligen Anteile übertrafen die 4%-Grenze nicht (*vgl. Tabelle 4*).

Gegenüber 1970 hat bei nachlassender sektoraler Konzentration gleichzeitig ein gewisser Strukturwandel stattgefunden. 1970 belief sich der Anteil der drei führenden Branchen im Exportgeschäft auf 58% und in der Rangfolge präsentierte sich nach dem Maschinenbau die Elektrotechnik noch vor dem Fahrzeugbau. Letzterer nimmt 1980 die zweite Stelle ein; ebenfalls ihre Plätze getauscht haben die chemische Industrie und die Textilwirtschaft. Im einzelnen erhöhten sich die Anteile der Exporte bei Fahrzeugen und chemischen Erzeugnissen von 14% bzw. 7% im Jahr 1970 auf 16% bzw. 8% im Jahr 1980, während sie bei Maschinen von 28 auf 23%, bei elektrotechnischen Erzeugnissen von 16 auf 14% sowie bei Textilien von 8 auf 7% rückläufig waren. Das heißt aber, daß zwei der in den siebziger Jahren führenden Branchen, der Maschinenbau und die Elektrotechnik, Verschlechterungen hinnehmen mußten, während der Fahrzeugbau eine Verbesserung seiner Position erreichen konnte.

Bemerkenswert ist ferner, daß das branchenmäßige Strukturbild beim Export nach Europa etwas von dem der Gesamtausfuhr abweicht. Maschinen- und Fahrzeugexporte repräsentieren 1980 im Warenverkehr mit den europäischen Ländern einen kleineren Anteil als bei der Gesamtausfuhr. Andererseits sind die Exporte von elektrotechnischen und chemischen Erzeugnissen sowie von Textilien hier von größerem Gewicht. Von erheblicher Bedeutung ist auch die heterogene Sammelposition „Übrige Waren“ mit einem Anteil von einem Fünftel. Die Exporte in die europäischen Länder sind also stärker diversifiziert als die Exporte in die übrige Welt. Bei diesen ist eine noch höhere sektorale Konzentration speziell bei Maschinen und beim

Tabelle 4

Warenstruktur der Ausfuhr in die Europäischen Länder

Waren	1970		1980		Anteil am Bundes- gebiet 1980 in %
	Mill. DM	Anteil in %	Mill. DM	Anteil in %	
Ausfuhr in die Europäischen Länder ¹⁾					
Insgesamt	15 878,3	100	39 381,2	100	16,2
davon					
Maschinen	4 416,4	27,8	9 102,6	23,1	24,8
Kraftfahrzeuge, Luftfahrzeuge	2 207,1	13,9	6 473,4	16,4	17,5
Elektrotechnische Erzeugnisse	2 595,6	16,3	5 445,0	13,8	23,3
Chemische Erzeugnisse	1 063,7	6,7	3 241,1	8,2	10,2
Textilien	1 242,9	7,8	2 739,8	7,0	18,7
Eisenwaren	600,2	3,8	1 553,3	3,9	16,3
Feinmechanische und optische Erzeugnisse	532,5	3,4	1 296,2	3,3	29,6
Waren aus NE-Metallen	473,4	3,0	1 094,0	2,8	29,7
Uhren	256,5	1,6	381,5	1,0	75,3
Übrige Waren	2 490,0	15,7	8 054,3	20,5	9,9
Dagegen Ausfuhr insgesamt					
Insgesamt	22 640,6	100	59 286,8	100	16,9
davon					
Maschinen	6 740,9	29,8	15 201,8	25,6	24,3
Kraftfahrzeuge, Luftfahrzeuge	4 059,9	17,9	13 245,4	22,3	23,3
Elektrotechnische Erzeugnisse	3 233,7	14,3	7 713,0	13,0	22,7
Chemische Erzeugnisse	1 409,3	6,2	4 311,5	7,3	9,2
Textilien	1 532,2	6,8	3 298,9	5,6	18,6
Eisenwaren	734,9	3,3	2 018,3	3,4	14,0
Feinmechanische und optische Erzeugnisse	813,8	3,6	2 016,3	3,4	30,5
Waren aus NE-Metallen	606,5	2,7	1 391,8	2,3	30,2
Uhren	425,3	1,9	579,4	1,0	77,2
Übrige Waren	3 084,1	13,6	9 510,4	16,0	9,0

1) Ohne Staatshandelsländer.

Fahrzeugbau zu verzeichnen. Die Bedeutung der Exportgeschäfte der Branchen des Landes für die jeweilige Bundesausfuhr ist nicht nur bei den großen, sondern auch bei einigen kleinen Sparten sehr erheblich und liegt mit Ausnahme der chemischen Erzeugnisse weit über dem Durchschnitt von gut 16% Anteil am Bund. Dies gilt sowohl für die Ausfuhren nach Europa wie in die übrige Welt. So kommen beispielsweise drei von vier aus der Bundesrepublik in die europäischen Länder exportierten Uhren aus Baden-Württemberg. Bei feinmechanischen und optischen Erzeugnissen sowie bei Waren aus NE-Metallen beläuft sich der Anteil Baden-Württembergs auf jeweils rund 30%, bei Maschinen und elektrotechnischen Erzeugnissen liegt er immerhin noch bei rund einem Viertel.

Seit 1970 nur geringer regionaler Strukturwandel im Export mit den europäischen Ländern

Bei den westeuropäischen Ländern sind im wesentlichen drei Gruppierungen zu unterscheiden: Es sind dies die Länder der EG, der EFTA und die nicht zusammengeschlossenen Länder. Mit rund 42% des Gesamtwertes der Ausfuhr dominierte 1980 die EG⁵

eindeutig vor der EFTA mit 20%. Nur 4% entfielen auf die übrigen europäischen Staaten (*Tabelle 5*). Der stufenweise Zollabbau innerhalb der EG und der EFTA sowie untereinander im Rahmen geschlossener Freihandelsabkommen, die Erweiterung der Gemeinschaft sowie eine Reihe von Assoziierungsabkommen mit anderen Ländern bewirkten eine Ausdehnung des privilegierten Handelsraumes. Während noch die sechziger Jahre gekennzeichnet waren von einer zunehmenden Konzentrationstendenz in Richtung Gemeinschaft, waren die siebziger Jahre geprägt von einer Phase der Konsolidierung im europäischen Raum bei gleichzeitig verstärkter Hinwendung zu neuen Märkten der Dritten Welt, insbesondere der devisenstarken Erdöllieferländer.

Das Schwergewicht der Ausfuhr in die insgesamt 23 europäischen Länder lag bei acht Handelspartnern. Nach der Größe des Exportvolumens geordnet waren dies Frankreich, Italien, die Schweiz, die Niederlande, Österreich, Großbritannien, Belgien-Luxemburg und Schweden. Allein auf sie entfiel fast die Hälfte der Gesamtexporte Baden-Württembergs. Es ist dabei nur folgerichtig, daß die wichtigsten europäischen Kunden baden-württembergischer Erzeugnisse heute alle zur EG oder zur EFTA zählen.

5 Gemeinschaft der Zehn, Stand 1.1.1981.

Tabelle 5

Struktur und Entwicklung der Ausfuhr in die Europäischen Länder

Ländergruppierung Ausgewählte Länder	1970		1980		Anteil am Bundes- gebiet 1980 in %
	Mill. DM	Anteil in %	Mill. DM	Anteil in %	
Ausfuhr insgesamt	22 640,6	100	59 286,8	100	16,9
Nach Ländergruppierungen					
EG-Länder ¹⁾	10 086,2	44,5	25 246,9	42,6	14,7
EFTA-Länder	4 851,5	21,4	12 014,2	20,3	20,4
Übriges Europa ²⁾	940,6	4,2	2 120,1	3,6	17,5
Europa ²⁾ zusammen	15 878,3	70,1	39 381,2	66,4	16,2
Nach ausgewählten Europäischen Ländern					
Frankreich	3 204,3	14,2	8 331,0	14,1	17,9
Italien	2 249,1	9,9	5 330,2	9,0	17,8
Schweiz	2 136,0	9,4	5 073,0	8,6	25,4
Niederlande	1 832,7	8,1	3 996,4	6,7	12,0
Österreich	1 099,8	4,9	3 664,7	6,2	19,0
Großbritannien	843,7	3,7	3 346,9	5,6	14,6
Belgien-Luxemburg	1 220,8	5,4	2 788,7	4,7	10,1
Schweden	882,9	3,9	1 775,5	3,0	17,5
Jugoslawien	474,9	2,1	945,9	1,6	18,2
Spanien	344,7	1,5	860,9	1,5	17,0
Dänemark	463,7	2,0	769,1	1,3	11,5
Norwegen	279,3	1,2	659,0	1,1	16,4
Finnland	250,8	1,1	535,9	0,9	16,2
Griechenland	210,7	0,9	517,3	0,9	13,7
Portugal	189,4	0,8	285,2	0,5	13,6
Türkei	112,5	0,5	263,8	0,4	16,3
Republik Irland	61,2	0,3	167,4	0,3	12,6

1) Einschließlich Griechenland, Beitritt zur EG-Januar 1981. — 2) Ohne Staatshandelsländer.

Gegenüber 1970 hat sich, abgesehen von einigen geringfügigen Verschiebungen in der Rangfolge, keine grundlegende Verlagerung unserer Exportströme im europäischen Raum ergeben. Bereits damals zählten die drei EG-Länder Frankreich, Italien und die Niederlande sowie die EFTA-Staaten Schweiz und Österreich zu den fünf bedeutendsten europäischen Abnehmern baden-württembergischer Produkte. Lediglich Großbritannien hat gegenüber 1970 einen Sprung vom achten auf den sechsten Platz in der Kundenskala gemacht, während Dänemark leicht an Gewicht einbüßte. Im übrigen haben innerhalb des letzten Jahrzehnts fast alle Länder etwas an Gewicht verloren, mit Ausnahme Großbritanniens und Österreichs. Diese Entwicklung führte insgesamt zu einer etwas nachlassenden regionalen Konzentration bei der Ausfuhr des Landes.

Ein Vergleich der regionalen Exportstruktur Baden-Württembergs und der Bundesrepublik zeigt deutlich einen mehr oder weniger überdurchschnittlichen Anteil unseres Landes an den Bundesausfuhren in die Länder Schweiz, Österreich, Frankreich, Italien, Jugoslawien und Schweden. So geht beispielsweise jede vierte D-Mark aus dem Exporterlös der Bundesrepublik mit der Schweiz nach Ba-

den-Württemberg. Von weit unterdurchschnittlicher Bedeutung ist dagegen der Exportanteil Baden-Württembergs im Warenverkehr mit Belgien-Luxemburg (10%), mit den Niederlanden und mit Dänemark (jeweils 12%). Dieses nach Verbrauchsländern unterschiedliche Gewicht Baden-Württembergs an der Bundesausfuhr ist im Zusammenhang mit regionalen Gesichtspunkten (Nachbarland) sowie mit der spezifischen Importstruktur des jeweiligen Verbrauchslandes zu sehen.

Erhebliche branchenmäßige Veränderungen bei Importen

Bei der Einfuhr aus den europäischen Ländern handelt es sich zum überwiegenden Teil um Fertigwaren. Dies bestätigt die allgemeine Tendenz, daß sich der Handel zwischen hochentwickelten Ländern mit ausdifferenzierten Produkten derselben Branche abwickelt. Im Gegensatz zur Gesamteinfuhr, bei der Erdöl 1980 mit rund 14% wichtigstes Importgut ist, führen deshalb in der Rangfolge der Einfuhren aus Europa chemische Erzeugnisse (13%), Textilien (10%), Maschinen (10%), elektrotechnische Erzeugnisse (8%) und Fahrzeuge (8%). Auf diese fünf Branchen, die für die baden-württembergische Erzeugung selbst typisch sind und

auch im Ausfuhrgeschäft dominieren, entfiel 1980 immerhin ein Anteil von fast der Hälfte unserer Importe aus diesem Raum (*Anhang Tabelle 17*). Die Kraftfahrzeuge waren dabei entsprechend dem Firmensitz des Hauptimporteurs überwiegend italienischer Herkunft. Bei Textilien führte Italien vor Frankreich. Maschinen und elektrotechnische Erzeugnisse waren meist französischen oder schweizerischen Ursprungs; auch chemische Produkte wurden vor allem aus der Schweiz und aus Frankreich importiert. Bei den Einfuhren von Gütern der Ernährungswirtschaft spielten die Niederlande die größte Rolle.

Gegenüber 1970 hat sich die Rangfolge der einzelnen Branchen bei den baden-württembergischen Importen aus Europa merklich geändert. Damals führten Erzeugnisse des Maschinenbaus (13%) vor Textilien (12%) und chemischen Erzeugnissen (10%). Zwischenzeitlich verringerte sich der Anteil der Maschineneinfuhren deutlich. Leicht rückläufig war auch das Gewicht der Textilimporte. Dagegen verzeichneten die Einfuhren von chemischen Erzeugnissen starke und von elektrotechnischen Erzeugnissen leichte anteilmäßige Zunahmen. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang schließlich noch die beachtliche anteilmäßige Zunahme bei den Einfuhren von Kraftstoffen, Schmierölen und Erdgas aus den europäischen Ländern. Ihr Gewicht erhöhte sich von 3 auf 7%, wobei allerdings insbesondere hier der Effekt steigender Preise zu berücksichtigen ist.

Bei den Einfuhren Baden-Württembergs spielen – gemessen an den Importen der Bundesrepublik aus Europa – gerade diejenigen Branchen eine überdurchschnittliche Rolle, die auch im Exportgeschäft dominieren. Hier sind vor allem Uhren, feinmechanische und optische Erzeugnisse, Waren aus NE-Metallen und Holzmasse zu nennen. Aber auch bei elektrotechnischen Erzeugnissen und Maschinen sind die Anteile Baden-Württembergs noch überdurchschnittlich. Dagegen kommt den Importen sowohl von Erdöl wie auch von Kraftstoffen, Schmierölen und Erdgas eine weit unter dem Durchschnitt liegende Bedeutung zu. Daß dies lediglich auf regionale Gründe zurückzuführen ist, wird dadurch deutlich, daß bei den Gesamteinfuhren von Erdöl Baden-Württemberg mit 15% sogar etwas überdurchschnittlich an der Bundeseinfuhr partizipiert.

Erwähnt sei schließlich auch, daß bei den im Einfuhrgeschäft dominierenden Branchen der Anteil Baden-Württembergs bei der Einfuhr aus Europa stets höher liegt als bei der Gesamteinfuhr.

Importanteil aus EG-Gründungsländern rückläufig

Von der Gesamteinfuhr Baden-Württembergs entfielen 1980 allein 46% auf die EG und 18% auf die EFTA. Da die EG-Länder in den siebziger Jahren als Bezugsquelle deutlich an Gewicht verloren hatten, ging der Anteil der westeuropäischen Länder an der Gesamteinfuhr unseres Landes von 73% im Jahr 1970 auf 67% im Jahr 1980 zurück (*Tabelle 6*).

Wie bei der Ausfuhr lag auch bei der Einfuhr das Schwergewicht der Importe bei Frankreich, gefolgt von Italien, der Schweiz, den Niederlanden und Belgien-Luxemburg. Auf diese Länder entfiel rund die Hälfte unserer Gesamteinfuhren. 1970 waren es noch 60%. Obwohl der Anteil der „klassischen“ EG-Mitgliedstaaten an den Importen des Landes im vergangenen Jahrzehnt zurückgegangen ist, war die Rangfolge 1980 auf den ersten sieben Plätzen bei der Einfuhr aus europäischen Ländern mit der von 1970 identisch, wobei allerdings die Schweiz, Großbritannien und Österreich im Beobachtungszeitraum spürbar an Gewicht gewonnen haben. Das heißt aber auch, daß der anteilmäßige Rückgang der Einfuhren aus den Gründungsländern der EG nicht nur auf den Strukturwandel bei der Einfuhr – infolge der gestiegenen Bedeutung der Erdöleinfuhren, die hauptsächlich aus dem außer-europäischen Raum kommen – zurückzuführen sind.

Gemessen an der gesamten Bundeseinfuhr hat Baden-Württemberg einen Anteil von 14%, was in etwa auch dem Anteil aus dem europäischen Raum entspricht. Deutlich höher dagegen ist das Gewicht der EFTA-Länder. Ein Fünftel der Importe des Bundes aus diesem Raum gehen nach Baden-Württemberg als erstem Zielland, besonders für Produkte aus der Schweiz konzentrieren sich aufgrund der regionalen Nähe Importeure in unserem Land. Baden-Württembergs Anteil beträgt hier immerhin fast 42% am Bundesimport (Österreich 18%). Mit 21% bzw. 20% sind auch die Einfuhranteile Baden-Württembergs aus einigen EG-Ländern wie Frankreich und Italien überdurchschnittlich hoch, wie auch jeweils mit 17% aus Spanien und Griechenland. Dagegen kommt den baden-württembergischen Einfuhren aus Norwegen, Dänemark, den Niederlanden, Großbritannien, Schweden und Finnland ein weit unterdurchschnittliches Gewicht an der jeweiligen Bundeseinfuhr zu.

Seit 1976 überwiegt der Kapitalexport

Neben dem Austausch von Waren (und Dienstleistungen) ist die Investitionstätigkeit im Ausland gerade in den siebziger Jahren ein zunehmend wichtiger Aktionsparameter der internationalen Wirtschaftsbeziehungen geworden. Hierfür mögen im einzelnen ganz unterschiedliche Gründe maßge-

Tabelle 6

Struktur und Entwicklung der Einfuhr aus den Europäischen Ländern

Ländergruppierung Ausgewählte Länder	1970		1980		Anteil am Bundes- gebiet 1980 in %
	Mill. DM	Anteil in %	Mill. DM	Anteil in %	
Einfuhr insgesamt	15 155,7	100	46 540,5	100	13,6
Nach Ländergruppierungen					
EG-Länder ¹⁾	8 369,7	55,2	21 689,5	46,6	13,5
EFTA-Länder	2 288,2	15,1	8 290,1	17,8	20,1
Übriges Europa ²⁾	392,4	2,6	1 342,3	2,9	16,5
Europa ²⁾ zusammen	11 050,3	72,9	31 321,9	67,3	14,9
Nach ausgewählten Europäischen Ländern					
Frankreich	3 023,1	19,9	7 820,7	16,8	21,4
Italien	2 210,0	14,6	5 471,2	11,8	20,2
Schweiz	1 370,1	9,0	5 123,7	11,0	42,2
Niederlande	1 309,0	8,6	2 986,1	6,4	7,6
Belgien-Luxemburg	1 201,5	7,9	2 550,9	5,5	10,4
Großbritannien	456,7	3,0	1 958,1	4,2	8,6
Österreich	383,9	2,5	1 805,3	3,9	18,4
Spanien	181,8	1,2	764,5	1,6	17,3
Schweden	291,0	1,9	681,7	1,5	9,4
Griechenland	91,7	0,6	479,4	1,0	17,4
Jugoslawien	168,0	1,1	368,1	0,8	15,8
Finnland	75,5	0,5	260,2	0,6	8,8
Norwegen	108,5	0,7	253,8	0,5	3,3
Dänemark	63,0	0,4	241,9	0,5	4,2
Republik Irland	14,6	0,1	181,2	0,4	11,9
Türkei	42,2	0,3	161,1	0,3	15,2
Portugal	38,9	0,3	121,8	0,3	10,2

1) Einschließlich Griechenland, Beitritt zur EG Januar 1981. – 2) Ohne Staatshandelsländer.

bend sein: Die Aufwertung der D-Mark begünstigte den Erwerb ausländischer Anlagen, während sie die Exporte verteuerte; günstigere Produktionsmöglichkeiten ergaben sich durch niedrigere Lohnstückkosten; ein hoher Export erfordert bei zunehmender internationaler Konkurrenz sowohl die marktnähere Produktion wie auch die Absicherung des Marktes durch vielfältige Leistungen; oftmals ist eine Markterschließung im Ausland überhaupt erst durch die vorhergehende Investition möglich. Wie immer auch im einzelnen die Zusammenhänge und die Beziehungen zwischen Außenhandel und Direktinvestitionen gestaltet sein mögen, es läßt sich feststellen, daß Baden-Württemberg in den Ländern am meisten investiert – das sind die USA und Frankreich –, mit denen auch die Austauschbeziehungen am stärksten bzw. sehr stark sind. Daß die USA an erster Stelle rangieren, verdeutlicht allerdings, daß neben der regionalen Nähe und der Intensität der Handelsbeziehungen auch die Attraktivität und Größe eines Marktes von entscheidender Bedeutung für die Anlagendispositionen sind. Ende 1981 erreichten die seit 1952 insgesamt getätigten baden-württembergischen Direktinvestitionen im Ausland einen Betrag von 9,3 Mrd. DM. Davon wur-

den bis 1976⁶, also in einem knappen Vierteljahrhundert, 4,9 Mrd. DM investiert, dagegen in den nur fünf Jahren bis 1981 4,4 Mrd. DM oder 47%. Damit war die Investitionstätigkeit des Landes im Ausland in dieser Zeit erheblich stärker als im Bund. Hier betrug die durchschnittliche jährliche Zuwachsrates 9%, während sie im Land bei 18% lag. Trotz dieser erheblichen Anstrengungen ist der Anteil der baden-württembergischen Direktinvestitionen an denen des Bundesgebiets – die aufaddiert bis 1981 ein Volumen von 74,2 Mrd. DM ergeben – mit etwa 11% nach wie vor im Vergleich zu anderen Indikatoren weit unterdurchschnittlich. Umgekehrt ist Baden-Württemberg für ausländische Investoren ein attraktives Anlageland. Mit 10,7 Mrd. DM (Zeitraum 1961 bis 1981) wurden 18% der von Gebietsfremden im Bund getätigten Kapitalanlagen in Baden-Württemberg investiert, 3/4 hiervon flossen allein schon vor 1976 ins Land.

War noch in der Zeit von 1971 bis 1975 für Baden-Württemberg ein kumulierter Nettokapitalimport

6 Der regelmäßige Ausweis der Direktinvestitionen (Nettokapitalleistungen) nach Ländern und Branchen durch die LZB erfolgt seit 1976. Die Nettokapitalleistungen sind nach dem Sitz des Unternehmens meldepflichtig.

für Investitionen in Höhe von insgesamt 1,9 Mrd. DM zu verzeichnen, so trat danach ein Umbruch im Saldo der Ströme der Nettokapitalleistungen ein, – er war im Bund schon 1974 eingetreten. Für die Jahre 1976 bis 1981 ergab sich ein Nettokapitalexport für Investitionen in Höhe von insgesamt 1,7 Mrd. DM. Dabei hatte das Land im Jahr 1980 mit 818 Mill. DM seinen bislang höchsten entsprechenden Nettokapitalexport zu verzeichnen. Den baden-württembergischen Direktinvestitionen in Höhe von 921 Mill. DM standen ausländische Direktinvestitionen in Baden-Württemberg in Höhe von 103 Mill. DM gegenüber. Die Veränderung der Kapitalströme für Investitionen trat gegenüber den EG-Ländern erst erheblich später, und zwar ab 1979 ein. In den beiden Jahren 1979 und 1980 wurden in diesem Raum Direktinvestitionen in Höhe von 445 Mill. DM geschaffen, das sind immerhin schon 32% des seitherigen Nettokapitalexports für Investitionen. Ein deutlicher Nettokapitalimport in Höhe von 543 Mill. DM (ab 1976) ist nach wie vor für die Schweiz festzustellen. Aber auch die Direktinvestition dieses Landes in Baden-Württemberg gehen im Trend deutlich zurück. Die Veränderungen in den Strömen der Nettokapitalleistungen sind das Ergebnis zweier gegenläufiger Entwicklungen: Den tendenziell steigenden Auslandsinvestitionen stehen dem Trend nach abnehmende ausländische Kapitalanla-

gen in unserem Land gegenüber. Ursächlich hierfür dürften zum einen die Aufwertung der D-Mark sein, wie auch das Kostengefälle gegenüber dem Ausland. Weiterhin dürfte die Sicherung und der Ausbau von Exportmärkten eine wichtige Rolle spielen.

Über die Hälfte der baden-württembergischen Direktinvestitionen gingen nach Europa

Die seit 1952 insgesamt getätigten baden-württembergischen Direktinvestitionen in Europa betrugen 1981 rund 5,0 Mrd. DM. Damit flossen 54% der baden-württembergischen Direktinvestitionen in europäische Länder, das ist etwas mehr als im Bundesdurchschnitt (51%). 46% gingen in die Industrieländer Europas, 8% in die Entwicklungsländer (Tabelle 7). Mit diesen Relationen ist die regionale Konzentration der Anlageinvestitionen deutlich geringer als die der Warenausfuhr. Immerhin gehen über 46% der Direktinvestitionen in die übrige Welt, während es vom Export nur etwa ein Drittel ist.

Etwas mehr als ein Viertel der baden-württembergischen Direktinvestitionen befinden sich in den Ländern der EG. Weit über die Hälfte (52%) hiervon wurde wiederum in Frankreich (1,3 Mrd. DM) angelegt, das sind immerhin 14% der baden-württem-

Tabelle 7

Baden-württembergische Direktinvestitionen im Ausland und Direktinvestitionen Gebietsfremder in Baden-Württemberg 1981

Länder	Baden-württembergische Direktinvestitionen im Ausland ¹⁾			Direktinvestitionen Gebietsfremder in Baden-Württemberg ²⁾		
	Mill. DM	Anteil in %	Veränderung 1981 gegen 1976 in %	Mill. DM	Anteil in %	Veränderung 1981 gegen 1976 in %
Insgesamt	9 270	100	88,8	10 688	100	32,6
Europa	4 984	53,8	61,7	6 439	60,2	40,6
Industrieländer	4 250	45,8	64,9	6 419	60,1	40,4
EG-Länder	2 566	27,7	85,4	2 319	21,7	72,0
darunter						
Belgien, Luxemburg	350	3,8	186,9	61	0,6	74,3
Frankreich	1 336	14,4	78,6	482	4,5	167,8
Großbritannien	185	2,0	46,8	982	9,2	2,9
Italien	298	3,2	41,9	55	0,5	– 6,8
Niederlande	279	3,0	103,6	716	6,7	545,0
Übrige Industrieländer	1 684	18,2	41,2	4 100	38,4	27,1
darunter						
Österreich	373	4,0	60,8	60	0,6	– 21,1
Schweden	–	–	–	276	2,6	961,5
Schweiz	1 186	12,8	31,2	3 755	35,1	20,2
Entwicklungsländer ³⁾	735	7,9	45,3	18	0,2	260,0
darunter						
Griechenland	46	0,5	0,0	–	–	–
Jugoslawien	40	0,4	25,0	–	–	–
Portugal	74	0,8	64,4	–	–	–
Spanien	610	6,6	63,5	8	0,1	166,7
Türkei	–	–	–	7	0,1	–

1) Seit 1952 kumulierte Jahressalden. – 2) Seit 1961 kumulierte Jahressalden. – 3) Vgl. S. 134.

bergischen Direktinvestitionen im gesamten Ausland. Frankreich ist damit hinter den USA das beliebteste Investitionsland baden-württembergischer Anlagen. Die EG-Länder haben in den vergangenen Jahren als Anlageraum an Bedeutung gewonnen. Seit 1976 stiegen die Investitionsanlagen in Europa um 62%, in den EG-Ländern aber um 85%.

Auf die übrigen Industrieländer Europas entfiel etwas weniger als ein Fünftel der baden-württembergischen Kapitalanlagen für Investitionen im Ausland. Hier hat die Schweiz das größte Gewicht, sie weist traditionell besonders starke Kapitalverflechtungen mit Baden-Württemberg auf (1186 Mill. DM aufaddierte Anlagen für Investitionen 1952 bis 1981). Nach Österreich flossen im gleichen Zeitraum 373 Mill. DM. Der Anstieg seit 1976 betrug für Österreich jedoch 61%; für die Schweiz 31%. In den europäischen Entwicklungsländern wurden seit 1952 735 Mill. DM investiert. Davon entfielen 610 Mill. DM auf Spanien.

Mit 60% oder 6,4 Mrd. DM liegt das Schwergewicht auch bei den Direktinvestitionen Gebietsfremder in Baden-Württemberg bei Europa. Allerdings weisen sie eine andere regionale Verteilung auf als die für Investitionen getätigten Kapitaltransaktionen der baden-württembergischen Investoren. So kommen aus dem EG-Raum nur knapp 22%, wobei Großbritannien und die Niederlande die größte Bedeutung haben. Franzosen und Italiener haben demgegenüber bisher kaum in unserem Land investiert. Mit gut 35% bzw. 3,8 Mrd. DM wurden bisher allein aus der Schweiz doppelt so viel investive Kapitalanlagen in unserem Land getätigt wie aus der EG. Allerdings ist die Tendenz hier rückläufig.

In der Aufgliederung der baden-württembergischen Kapitalanlagen für Investitionen im Ausland nach *Branchenzugehörigkeit des Investors* spiegelt sich in etwa die Wirtschaftsstruktur unseres Landes wider. Allerdings zeigt sich bei der sektoralen Betrachtung, daß die Konzentration der Direktinvestitionen erheblich unter der der Warenausfuhr liegt und entsprechend breiter streut (*Anhang Tabelle 18*). Wenngleich die sektorale Abgrenzung methodisch-statistisch nicht voll vergleichbar ist, so zeichnet sich doch ab, daß die Unternehmen der Bereiche Elektrotechnik, Fahrzeug- und Maschinenbau knapp die Hälfte der Direktinvestitionen im Ausland tätigen, während beim Export die entsprechenden Produktgruppen knapp zwei Drittel des Gesamtexports auf sich vereinigen.

Mit über einem Fünftel (21% oder 1897 Mill. DM) der gesamten Direktinvestitionen des Landes tritt der Wirtschaftszweig Elektrotechnik und Elektronik

als größter Investor im Ausland auf. Das sind fast ein Viertel der Direktinvestitionen dieses Industriezweiges des Bundesgebiets. Die Zunahme seit 1976 beträgt hier 68% und liegt deutlich unter dem Durchschnitt von 89%. Es folgt der Straßenfahrzeugbau, auf den mit 1401 Mill. DM etwa 15% der baden-württembergischen Kapitalanlagen im Ausland entfallen (+101%). Der Anteil an den Nettokapitalleistungen des Bundes dieser Branche liegt ebenfalls fast bei einem Viertel (23%). Zwar folgt als weitere wichtige Branche der Maschinenbau mit 1091 Mill. DM (12%), das entspricht einem Anteil am Bundesgebiet von fast 17%. Im Vergleich zum sonstigen Gewicht dieser Branche wird jedoch deutlich, daß der Maschinenbau Baden-Württembergs bisher Auslandsengagements zurückhaltend getätigt hat, was mit seiner spezifischen Produktpalette (Spezialfertigung) wie auch mit der mittelständischen Struktur zusammenhängen dürfte.

Demgegenüber ist der baden-württembergische Maschinenbau für ausländische Investoren durchaus attraktiv. So wurden mit 1,7 Mrd. DM (Zeitraum 1961 bis 1980) 16% aller Anlagen hier getätigt. Mit 12% spielt auch die Chemische Industrie eine große Rolle. An der Spitze liegt allerdings die Elektrotechnik und Elektronik mit 2,1 Mrd. DM oder 19%. Dieser Bereich weist somit die intensivsten internationalen Kapitalverflechtungen für Investitionen aus.

Zusammenfassung

- Mit einem Ausfuhrwert von rund 66,3 Mrd. DM im Jahr 1981 ist Baden-Württemberg das zweitwichtigste Exportland der Bundesrepublik; sein Anteil an der Bundesausfuhr beträgt 17%. Auch bei der Einfuhr belegt Baden-Württemberg den zweiten Platz. 1981 ist es mit rund 50,1 Mrd. DM oder knapp 14% am Gesamtimport der Bundesrepublik beteiligt.
- Das Schwergewicht im Außenhandel liegt in Europa. Zwei Drittel des Außenhandelsvolumens Baden-Württembergs entfallen auf die westeuropäischen Länder (39,4 Mrd. DM). Ihr Anteil ist allerdings zu Gunsten der devisenstarken Öllieferländer im letzten Jahrzehnt leicht zurückgegangen.
- Die Ausfuhr ist branchenmäßig stark auf Maschinen, Fahrzeuge und elektrotechnische Erzeugnisse konzentriert. Sowohl bei der Gesamtausfuhr (61%) als auch beim Export nach Europa (53%) entfällt über die Hälfte des Ausfuhrwertes auf diese drei Branchen. Allerdings ist dieser Anteil gegenüber 1970 zurückgegangen, wobei der Maschinenbau und die Elektrotechnik Verschlechterungen hinnehmen mußten, der Fahrzeugbau dagegen eine Verbesserung seiner Position erreichen konnte.

- Fast alle im Exportgeschäft Baden-Württembergs führenden Branchen haben im Rahmen des jeweiligen Bundesexports nach Europa eine über dem Durchschnitt (16%) liegende Bedeutung. Eine Ausnahme stellen die Ausfuhren von chemischen Erzeugnissen dar, bei denen Baden-Württemberg nur mit einem Anteil von 10% an der Bundesausfuhr vertreten ist.
- Seit 1970 hat sich die Rangfolge der bedeutendsten Kunden aus dem europäischen Raum nur wenig geändert. Nach wie vor sind Frankreich, Italien und die Schweiz Spitzenreiter. Besonders hoch ist der Anteil Baden-Württembergs an den Bundesexporten bei den Ausfuhren in die Nachbarländer Schweiz (25%), Österreich (19%) und Frankreich (18%) sowie nach Jugoslawien, Italien, Schweden (je 18%) und Spanien (17%).
- Gegenüber 1970 hat sich die Rangfolge der wichtigsten Branchen bei den Importen aus Europa merklich geändert. Wichtigste Importerzeugnisse sind heute chemische Erzeugnisse, Textilien und Maschinen gefolgt von elektrotechnischen Erzeugnissen und Fahrzeugen.
- Der Anteil der EG-Gründungsländer am Import war zwar im letzten Jahrzehnt rückläufig, in der Rangfolge innerhalb dieser Gemeinschaft ergab sich allerdings keine Veränderung.
- Ende 1981 erreichten die seit 1952 insgesamt getätigten baden-württembergischen Direktinvestitionen im Ausland einen Betrag von 9,3 Mrd. DM. Davon wurden bis 1976 also in einem knappen Vierteljahrhundert, 4,9 Mrd. DM investiert; dagegen in den Jahren 1976 bis 1981 also in nur 5 Jahren, 4,4 Mrd. DM oder 47%.
- 54% der baden-württembergischen Direktinvestitionen flossen in europäische Länder (5,0 Mrd. DM), das ist etwas mehr als im Bundesdurchschnitt (51%). 46% gingen in die Industrieländer Europas, 8% in die europäischen Entwicklungsländer.
- Etwas mehr als ein Viertel der baden-württembergischen Direktinvestitionen befinden sich in den Ländern der EG. Über die Hälfte (52%) hiervon wurde in Frankreich (1,2 Mrd. DM) angelegt.
- Seit 1976 stiegen die Direktinvestitionen des Landes in Europa um 62%, darunter in den EG-Ländern um 85%. Auf die übrigen Industrieländer Europas entfiel etwas weniger als ein Fünftel der baden-württembergischen Kapitalanlagen für Investitionen im Ausland. Hier hat die Schweiz das größte Gewicht, sie weist traditionell besonders starke Kapitalverflechtungen mit Baden-Württemberg auf (seit 1952 1186 Mill. DM).
- Mit 60% oder 6,4 Mrd. DM liegt das Schwergewicht auch bei den Direktinvestitionen Gebietsfremder in Baden-Württemberg bei den europäischen Ländern. Hier kamen jedoch aus dem EG-Raum nur knapp 22%, wobei Großbritannien und die Niederlande die größte Bedeutung haben. Mit gut 35% bzw. 3,8 Mrd. DM wurden bisher allein aus der Schweiz doppelt so viel Kapitalanlagen in unserem Land getätigt wie aus der EG. Allerdings ist die Tendenz hier rückläufig.

4.2 Zusammenarbeit mit den Ländern der Dritten Welt

Die Situation in den Entwicklungsländern

Die Situation in den Ländern der Dritten Welt hat sich in den letzten 30 Jahren trotz einiger Erfolge nicht so verbessert, daß man jetzt von einem befriedigenden Zustand in den Entwicklungsländern sprechen kann. Beispielsweise hat sich zwar das Pro-Kopf-Einkommen in diesem Zeitraum fast verdoppelt, ist die Lebenserwartung in den ärmeren Entwicklungsländern von 35 auf 50 Jahre gestiegen und hat die Analphabetenquote von 70% auf 50% abgenommen¹, doch gibt dies keineswegs Anlaß zu einer insgesamt positiven Einschätzung des Ist-Zustands in den Ländern der Dritten Welt, zumal diese Durchschnittszahlen große Unterschiede zwischen den Entwicklungsländern und zwischen einzelnen Bevölkerungsgruppen innerhalb dieser Staaten überdecken. So bemerkt die Weltbank bei aller Anerkennung der erreichten Fortschritte in ihrem ersten Weltentwicklungshilfsbericht vom August 1978: „... In der sich entwickelnden Welt (leben) noch immer etwa 800 Mill. Menschen in absoluter Armut – mit Einkommen, die zu niedrig sind, um eine angemessene Ernährung zuzulassen – und ohne Zugang zu unentbehrlichen öffentlichen Dienstleistungen. Der Lebensstandard vieler dieser Menschen hat sich nicht verbessert, und in Ländern mit niedrigem wirtschaftlichen Wachstum mag der Lebensstandard der Armen sogar gesunken sein. Die Zahlen über die Armut sind bereits für sich genommen ein unverblümter Maßstab für den Umfang der Probleme, die noch zu bewältigen sind“².

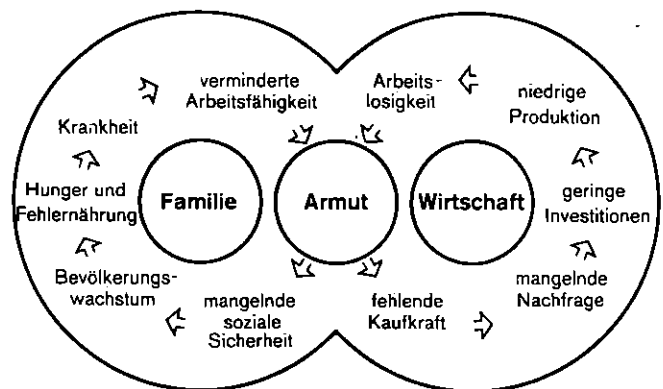
Einige Indikatoren mögen dies verdeutlichen: Während in der Bundesrepublik 1979 im Durchschnitt ein Arzt rund 450 Einwohner betreute, waren es in Äthiopien 1977 rund 73 000 Einwohner und in Afghanistan 28 000 Einwohner. Die Lebenserwartung eines 1977 geborenen Kindes wird für Äthiopien und für Afghanistan auf 39 bzw. 43 Jahre geschätzt (Bundesrepublik 73 Jahre), und der Kalorienverbrauch liegt in den beiden Entwicklungsländern bei 1900 bzw. 2000 Kcal/Kopf der Bevölkerung, das sind im Durchschnitt 82 bzw. 83% des für notwendig erachteten Bedarfs. In manchen, insbesondere afrikanischen Entwicklungsländern südlich der Sahara, ist die Situation noch dramatischer; insgesamt sind nach Schätzungen der FAO 22% aller Menschen in Entwicklungsländern unterernährt.

¹ Vgl. Jahresbericht „Entwicklungspolitik“ des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit, S. 5.

² Zitiert nach dem 4. Entwicklungspolitischen Bericht der Bundesregierung vom 21. Januar 1980, Bundesdrucksache 8/3582, Seite 6.

Schaubild 1

Kreislauf der Armut in den Entwicklungsländern



Quelle: Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg.

Diese Zahlen stehen für einen Ausschnitt aus dem „Teufelskreis der Armut“ (Schaubild 1), in dem sich die Menschen in vielen Entwicklungsländern befinden. Auch wenn hieraus keine exakte Ursachenanalyse hervorgeht, so verdeutlicht das Schaubild doch die Zusammenhänge zwischen familiären und wirtschaftlichen Bedingungen, die sich gegenseitig verstärken und zu einem solchen Dilemma führen. Entwicklungshilfe sollte eigentlich auf allen im Schaubild skizzierten Ebenen ansetzen, um die Entwicklungsländer wenigstens ein Stückchen aus diesem Kreislauf herauszuführen. Wie schwierig ein solches Unterfangen ist, zeigen die Probleme bei der Eindämmung des raschen Bevölkerungswachstums, das nicht zu Unrecht als ein zentraler Punkt im Rahmen dieses Teufelskreises angesehen werden muß. So führt eine mangelnde soziale Absicherung, die ihrerseits wiederum aus der schlechten wirtschaftlichen Situation (Einkommenslage, Auslandsverschuldung) dieser Länder resultiert; dazu, daß alte, kranke und arbeitslose Menschen auf Familienunterstützung angewiesen sind, die für den *einzelnen* naturgemäß bei hoher Anzahl seiner Kinder und Heranwachsenden relativ groß ist. Die *gesamtwirtschaftlichen* Folgen sind aber u. a. ein allenfalls mäßig steigender Wohlstand – so zeigt *Tabelle 1* beispielsweise für die meisten ärmsten Entwicklungsländer ein zwischen 1970 und 1978 zwar schneller steigendes Bruttosozialprodukt (jährlich + 4,0%) als für die Industrieländer (+3,4%), doch ist das Bruttosozialprodukt je Kopf der Bevölkerung in diesem Zeitraum nur um 1,6% jährlich gewachsen gegenüber 2,7% bei den Industrieländern; im übrigen geht aus *Tabelle 1* auch ein beachtliches Gefälle im gesamtwirtschaftlichen Wachstum innerhalb der Entwicklungsländer her-

Tabelle 1

Entwicklung des realen Bruttosozialprodukts 1970 bis 1978

Durchschnittliche jährliche Veränderung in %

Land	BSP	BSP pro Kopf
Industrieländer	3,4	2,7
Entwicklungsländer (EL) insgesamt (ohne ölexportierende Länder mit Kapitalbilanzüberschuß)	5,8	3,4
darunter		
EL mit höherem Pro-Kopf-Einkommen (über 2 500 US-\$)	5,0	3,4
EL mit oberem mittleren Pro-Kopf-Einkommen (1 136 bis 2 500 US-\$)	7,0	4,6
EL mit mittlerem Pro-Kopf-Einkommen (551 bis 1 135 US-\$)	6,3	3,4
EL mit unterem mittleren Pro-Kopf-Einkommen (281 bis 500 US-\$)	5,6	2,8
EL mit niedrigem Pro-Kopf-Einkommen (280 US-\$ und weniger)	4,0	1,6

Berechnet nach: World Bank, World Economic and Social Indicators, Oktober 1979, S. 15 (US-\$ in Preisen von 1976).

Quelle: 4. Entwicklungspolitische Bericht der Bundesregierung.

vor, das tendenziell bei besser gestellten Entwicklungsländern stärker ausfiel als bei den ganz armen und so die Diskrepanz innerhalb der Entwicklungsländer noch verschärfte³.

Maßnahmen zur so wichtigen Eindämmung des stark steigenden Bevölkerungswachstums in den Entwicklungsländern gehören zu denjenigen Kategorien, die aus verschiedenen politischen und kulturellen Gründen nicht von außen, also insbesondere nicht durch Hilfeleistungen von Industrieländern, bewältigt werden können und sollen. Im Sinne der auf der linken Seite des *Schaubildes 1* aufgeführten Ursachenkette besteht deshalb die Aufgabe der entwickelten Länder vor allem darin, neben der direkten Hilfe in Form von Übersendung von Lebensmitteln oder Medikamenten bzw. der Einrichtung von Krankenstationen, Trinkwasseraufbereitungsanlagen oder ähnlichem, Wissen über die Bewältigung von Hunger und Krankheit zu vermitteln sowie eine adäquate Ausbildung von Menschen in der Dritten Welt zu fördern, was grundsätzlich am Ort, also in den Entwicklungsländern, oder in Institutionen der Industrieländer erfolgen kann. Teilweise sind mit diesen Stichworten schon Aspekte einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit angesprochen, die insgesamt gesehen zu den wesentlichsten Beiträgen der Industrieländer für die Entwicklungsländer zählen dürften. Besonders wichtig sind in diesem Zusammenhang Kapitaltransfers und dem Entwicklungsstand angepaßte Direktinvestitionen zur Steigerung des Produktionspotentials der dortigen Wirtschaft sowie eine Intensivierung des Handels mit den Entwicklungsländern.

³ Bei Einschluß der OPEC-Staaten wäre diese Diskrepanz noch größer.

Zum Untersuchungsgegenstand

Die nachfolgenden Ausführungen setzen vor allem an diesen zuletzt genannten Punkten einer Zusammenarbeit an. Im Mittelpunkt stehen dabei Aktivitäten Baden-Württembergs. Was die Abgrenzung der Entwicklungsländer anbelangt, so werden im Rahmen dieser Untersuchung – im Gegensatz zu einer früheren Untersuchung⁴ – auch die europäischen Entwicklungsländer gezählt, das sind Griechenland, Jugoslawien, Malta, Portugal, Spanien und Türkei. Die seit 1980 ebenfalls von der UNO in den Kreis der Entwicklungsländer aufgenommene Volksrepublik China wird hier nicht als Entwicklungsland betrachtet.

Im Zusammenhang mit den Beziehungen zu den Ländern der Dritten Welt sollen hier zwei Bereiche unterschieden werden, nämlich erstens unmittelbare Maßnahmen der Landesregierung in Entwicklungsländern oder für Menschen in Entwicklungsländern, die alleine oder in Zusammenarbeit mit nichtstaatlichen Organisationen (Wirtschaft, Kirche) durchgeführt werden, und zweitens wirtschaftliche Beziehungen wie Außenhandel, Investitionstätigkeit oder Tourismus, die aber teilweise ebenfalls durch die Landesregierung gefördert oder unterstützt werden können.

Unmittelbare Maßnahmen der Landesregierung im Land

Entwicklungshilfe ist zwar als Teil der auswärtigen Beziehungen in der Bundesrepublik Sache des Bundes, doch fällt den Bundesländern dessen ungeachtet auf wichtigen Gebieten der Entwicklungshilfe eine innerstaatliche Zuständigkeit zu. Ohne die Mitwirkung der Länder im Rahmen der Bund-Länder-Zusammenarbeit, zu der sich diese 1962 auf Beschluß einer Ministerpräsidentenkonferenz bereiterklärt haben, wären wichtige Bereiche der Entwicklungspolitik in der bestehenden Form kaum durchführbar. Dies betrifft vor allem die für eine mittel- und langfristig erfolgreiche Entwicklungshilfe wichtige Hebung des Bildungs- und Ausbildungsniveaus in diesen Ländern.

Baden-Württemberg ist unter den Bundesländern im Bereich Entwicklungshilfe besonders stark engagiert. Wie aus *Tabelle 2* hervorgeht, werden von Baden-Württemberg die meisten Entwicklungshilfeleistungen unter den Bundesländern erbracht; 1980 betrug der Anteil 27,1%, 1981 liegt er nach den Haushaltsansätzen sogar bei 38,9%. Anläßlich der Regierungserklärung im Juni 1980 wurde nochmals festgestellt, daß die Entwicklungs-

⁴ Vgl. Statistischer und prognostischer Jahresbericht 1980/81 Seite 118 ff.

Tabelle 2

Entwicklungshilfe-Leistungen der Bundesländer

Jahr	Baden- Württem- berg	Bayern	Berlin	Bremen	Hamburg	Hessen	Nieder- sachsen	Nord- rhein- Westfalen	Rhein- land- Pfalz	Saarland	Schleswig- Holstein	Ins- gesamt
	1000 DM											
1962 — 1978	158,750	44,882	139,707	8,668	75,588	62,916	28,298	117,708	13,180	10,017	6,237	659,714
1979	11,958	4,375	6,236	2,357	7,091	6,622	5,504	4,820	756	1,273	318	51,315
1980	16,450	6,219	6,964	2,518	7,454	5,848	6,181	6,964	774	948	311	60,631
1981 ¹⁾	26,797	5,615	8,053	2,628	7,200	6,740	1,045	8,926	777	1,152	409	68,933

1) Haushaltsansätze. — Quelle: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Bonn.

hilfe in Anbetracht ihrer Bedeutung einen Schwerpunkt der Landespolitik Baden-Württembergs darstellt, und das dreißigjährige Bestehen des Landes Baden-Württemberg im Jahre 1982 wurde von der Landesregierung unter das Motto „Solidarität mit der Dritten Welt“ gestellt.

Ansatzpunkt der Entwicklungshilfe Baden-Württembergs ist der Grundsatz einer „Hilfe zur Selbsthilfe“, mit der ein eigenständiger Entwicklungsprozeß in den Ländern der Dritten Welt gefördert werden soll. Von den für 1981 vorgesehenen Haushaltsmitteln in Höhe von 26,8 Mill. DM (vgl. *Tabelle 2*) entfiel der größte Posten auf das Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr mit 12,1 Mill. DM. Das Schwergewicht der gesamten Aktivitäten des Landes Baden-Württemberg liegt in der Aus- und Fortbildung in Baden-Württemberg, wozu auch die Gebiete Forschung und Wissenschaft gehören. Die Entwicklungsprojekte werden über die Bildungs- und Ausbildungsangebote in Baden-Württemberg hinaus aber oft auch in Projekten abgewickelt, die in den Entwicklungsländern und in Baden-Württemberg gemeinsam durchgeführt werden.

Beispielhaft genannt seien zwei Projekte in Brasilien, die anlässlich eines Besuchs des Ministerpräsidenten im Oktober 1980 in Brasilia völkerrechtlich vereinbart wurden, nämlich die Ausbildung von betrieblichen Meistern und Facharbeitern in den Bereichen Feinmechanik und Werkzeugherstellung in Sao Leopoldo. In Sao Paulo ist die Ausbildung von betrieblichen Meistern vorgesehen. Die in Zusammenarbeit mit der für die berufliche Bildung zuständigen brasilianischen Organisation SENAI durchzuführenden Projekte sind seit Frühjahr 1981 bzw. im Juli 1981 angelaufen; die Durchführungszeit beträgt drei bis vier Jahre, und die von Baden-Württemberg zu tragenden anteiligen Kosten belaufen sich auf 5,5 bis 6 Mill. DM. In Baden-Württemberg werden im einzelnen brasilianische Praktikanten jeweils in viermonatiger Ausbildung als Lehrkräfte theoretisch und praktisch ausgebildet, und die Ausrüstungsgegenstände für die Aus-

bildungsstätte in Sao Leopoldo werden von Baden-Württemberg geliefert. In Sao Paulo halten baden-württembergische Experten vor Ort und in Zusammenarbeit mit SENAI sowie der ortsansässigen Industrie Meisterkurse ab.

Die Aus- und Fortbildung für den Bereich der gewerblichen Wirtschaft erfolgt aber auch unabhängig von speziellen Projekten, nämlich über die Finanzierung von Stipendien für Fach- und Führungskräfte aus Entwicklungsländern. 1981 wurden 146 Praktikanten mit einem Betrag von ca. 1,3 Mill. DM vom Wirtschaftsministerium gefördert, wobei die Schwerpunkte in den Bereichen Metall, Druck, Holz, Kunststoffverarbeitung, Elektrotechnik und Textil lagen; ungefähr die Hälfte der Stipendiaten kommen aus Zentralafrika, der Rest aus fernasiatischen Ländern, aus dem Nahen Osten und aus Südamerika. Weiterhin wurden Stipendien für ungefähr 35 Fachkräfte aus 15 Entwicklungsländern vom Ministerium für Kultus und Sport vergeben, mit denen die Ausbildung in 18 verschiedenen Fachrichtungen an Fachschulen, Meisterschulen und sonstigen Einrichtungen des beruflichen Schulwesens gefördert wird. Das Land ist in diesem und anderen Vorhaben in besonderem Maße auf das Zusammenwirken mit der Wirtschaft, den wissenschaftlichen Einrichtungen und hinsichtlich der allgemeinen und fachbezogenen Betreuung auf Einrichtungen wie die der Carl-Duisberg-Gesellschaft und die akademischen Auslandsämter angewiesen; die Zusammenarbeit hat sich bisher sehr bewährt, da dadurch gewährleistet wurde, daß die Stipendiaten auch mit den kulturellen und wirtschaftlichen Möglichkeiten ihres Gastgeberlandes vertraut wurden. Das Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Umwelt und Forsten betreut und bezuschußt weitere 21 Praktikanten in ihrer Ausbildung auf den Gebieten der Land- und Forstwirtschaft. In Zusammenarbeit mit der Deutschen Stiftung für internationale Entwicklung und der Deutschen Gesellschaft für technische Zusammenarbeit beteiligte sich das Ministerium für Kultus und Sport des weiteren an Fortbildungsmaßnahmen für 60

Saudi-Arabische Werkstattlehrer. Außerdem wurden im Bereich der Sprachausbildung ein Kurs für 22 Teilnehmer am Kollegium Palatinum in Heidelberg gefördert. Als neue Maßnahme wurde in diesem Bereich mit dem Goethe-Institut ein Programm für Sprachkursstipendien für Teilnehmer aus Entwicklungsländern durchgeführt.

In den Bereich des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst gehört insbesondere auch die Aus- und Fortbildung von Studenten aus Entwicklungsländern an einer Hochschule, die wissenschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen partnerschaftlicher Hochschulbeziehungen und die Unterstützung von Entwicklungsländerforschung an verschiedenen Instituten. So waren im Wintersemester 1981/82 über 5 200 Studenten aus Entwicklungsländern an einer der Hochschulen des Landes eingeschrieben (Anhangstabelle 19). Die Mehrzahl kam dabei aus europäischen und asiatischen Entwicklungsländern, wobei Studenten aus Griechenland, der Türkei, Indonesiens und des Iran an der Spitze standen. Die meisten Studenten aus Entwicklungsländern waren im Fachbereich Ingenieurwesen eingeschrieben, gefolgt von Sprach- und Kulturwissenschaft, Mathematik- und Naturwissenschaften sowie Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften. Der Anteil der Studenten aus Entwicklungsländern an der Gesamtzahl der baden-württembergischen Studenten lag im Sommersemester 1981 bei 4,9%. Im Durchschnitt der Bundesrepublik betrug diese Quote 3,2%. Ein Studium von Studenten aus Entwicklungsländern in der Bundesrepublik Deutschland wird im übrigen dadurch unterstützt, daß auch in harten Numerus clausus Fächern 6% der Studienplätze für ausländische Studienbewerber garantiert sind.

Unmittelbare Maßnahmen der Landesregierung im Ausland

Der hohe Mangel an qualifizierten Fachkräften in den Entwicklungsländern erfordert über die Aus- und Fortbildung in Baden-Württemberg hinaus auch eine starke personelle Hilfe durch Entsendung von Landesbediensteten in die Länder der Dritten Welt; zur Zeit sind über 150 Landesbedienstete außerhalb des Hochschulbereichs in Entwicklungsländern tätig. Sie sind als Langzeitexperten vornehmlich mit kulturellen Aufgaben im allgemeinen und berufsbildenden Schulwesen tätig, aber auch in der allgemeinen Verwaltung, in der Land- und Forstwirtschaft sowie im Bereich der Gewerbeförderung. Für Kurzzeitmaßnahmen werden Gutachter, Planer und Berater eingesetzt. Insbesondere in spezifischen Projekten finden die hier sogenannten personellen Hilfen sowie die Aus- und Fortbildung eine sinnvolle Ergänzung, wie dies an den beispielhaft genannten Projekten für Brasilien gezeigt wurde.

Die Wirkung dieser Maßnahmen dürfte aufgrund ihrer langfristig angelegten Wirkungsweise (Investition in human capital) weit über die hier aufgeführten finanziellen Unterstützungen hinausgehen. Darüber hinaus sind die Projekte und Maßnahmen der Landesregierung in und für die Länder der Dritten Welt prinzipiell auf eine Breitenwirkung bei der wirtschaftlichen und strukturellen Entwicklung dieser Staaten angelegt und haben auch wegen ihres modellhaften Charakters Multiplikatoreffekte in den Empfängerländern. Außerdem sind Rückkopplungseffekte auf die heimische Wirtschaft – direkt in Form von hier produzierten Sachmitteln für die Entwicklungsländer, indirekt in Form von spezifischem Wissen der in der Entwicklungshilfe tätigen Personen bzw. über Anschlußaufträge aus den Entwicklungsländern – in Rechnung zu stellen; beachtet man, welche Märkte sich im Zuge einer Entwicklung dieser Staaten für die Industrieländer auf tun können, so ist von einer solchen Entwicklungshilfe auch ein längerfristig angelegter Beitrag für die Wachstumsaussichten der heimischen Wirtschaft zu sehen.

Das Land Baden-Württemberg hat 1981 des weiteren auf dem Weg der Anteilsfinanzierung für insgesamt 15 Vorhaben kirchlicher Einrichtungen fast 2,4 Mill. DM zur Verfügung gestellt. Neben Leistungen für Notstandsgebiete (z. B. Flüchtlingslager), der Bereitstellung von Medikamenten oder der Anschaffung von Spezialfahrzeugen, medizinischen Einrichtungen u. ä. handelt es sich auch hierbei um Maßnahmen der beruflichen Bildung und der landwirtschaftlichen Entwicklung in Afrika, Asien und Lateinamerika.

Außenhandel

Intensive Außenhandelsbeziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern können generell einen guten Beitrag zur Entwicklung armer Länder leisten. Es besteht allerdings die Gefahr, daß einzelne Entwicklungsländer in ein einseitiges Abhängigkeitsverhältnis zu bestimmten Liefer- und Abnehmerländern gelangen oder durch hohe Leistungsbilanzdefizite in eine Schuldnerposition geraten; beispielsweise betrug 1979 der Anteil der Entwicklungsländer ohne die OPEC-Staaten am Welthandel bei den Importen 18,4%, bei den Exporten dagegen nur 14,4%; hieraus lassen sich Probleme für die Finanzierung der Importe der Entwicklungsländer durch eigene Exporte ersehen und damit die genannten Gefahren einer weiteren Verschuldung dieser Länder. Weiterhin ist es für die Entwicklung von Ländern der Dritten Welt nicht unbedingt förderlich, wenn ihre Exporte hauptsächlich aus pflanzlichen und mineralischen Rohstoffen bestehen; zum einen unterliegen diese Rohstoffe – wenn nicht Angebotskartelle bestehen –

Tabelle 3

Ausfuhr Baden-Württembergs und des Bundesgebietes in die Entwicklungsländer 1980

Land	Baden-Württemberg		Bundesgebiet		Anteil Baden-Württembergs am Bundesgebiet in %
	Mill. DM	%	Mill. DM	%	
Europäische Entwicklungsländer	2 912	24,5	17 967	25,8	16,2
davon					
Spanien	861	7,2	5 068	7,3	17,0
Portugal	285	2,4	2 091	3,0	13,6
Griechenland	517	4,3	3 774	5,4	13,7
Türkei	264	2,2	1 614	2,3	16,4
Jugoslawien	946	7,9	5 192	7,4	18,2
Malta	39	0,3	228	0,3	17,1
Afrikanische Entwicklungsländer	2 528	21,2	14 601	20,9	17,3
darunter					
Algerien	610	5,1	2 501	3,6	24,4
Libyen	403	3,4	2 283	3,3	17,7
Ägypten	374	3,1	1 858	2,7	20,1
Nigeria	362	3,0	3 320	4,8	10,9
Tunesien	163	1,4	678	1,0	24,0
Zaire	58	0,5	281	0,4	20,6
Kanarische Inseln	48	0,4	184	0,3	26,1
Kenia	48	0,4	319	0,5	15,0
Marokko	45	0,4	431	0,6	10,4
Sudan	39	0,3	219	0,3	17,8
Amerikanische Entwicklungsländer	1 909	16,0	11 488	16,5	16,6
darunter					
Brasilien	483	4,1	2 799	4,0	17,3
Argentinien	376	3,2	2 285	3,3	16,5
Mexiko	316	2,7	2 222	3,2	14,2
Venezuela	199	1,7	1 094	1,6	18,2
Chile	128	1,1	502	0,7	25,5
Kolumbien	113	0,9	527	0,8	21,4
Peru	46	0,4	350	0,5	13,1
Ecuador	44	0,4	248	0,4	17,7
Uruguay	40	0,3	212	0,3	18,9
Paraguay	23	0,2	115	0,2	20,0
Asiatische Entwicklungsländer	4 542	38,2	25 586	36,7	17,8
darunter					
Saudi-Arabien	653	5,5	4 276	6,1	15,3
Irak	478	4,0	3 276	4,7	14,6
Iran	468	3,9	2 734	3,9	17,1
Israel	399	3,4	1 304	1,9	30,6
Singapur	284	2,4	1 296	1,9	21,9
Hongkong	266	2,2	1 067	1,5	24,9
Südkorea	205	1,7	959	1,4	21,4
Malaysia	200	1,7	835	1,2	24,0
Kuwait	190	1,6	899	1,3	21,1
Taiwan	187	1,6	1 026	1,5	18,2
Sonstige Entwicklungsländer	13	0,1	78	0,1	16,7
Insgesamt	11 904	100	69 720	100	17,1
darunter					
OPEC-Staaten	3 758	6,3	22 814	6,5	16,5

starken Preisschwankungen auf dem Weltmarkt, zum anderen würde eine Bearbeitung bzw. Weiterverarbeitung dieser Rohstoffe in den Entwicklungsländern dort weitere, dringend benötigte Arbeitsplätze schaffen. Für viele Produkte ist die internationale Arbeitsteilung immer noch so, daß auf der Basis dieser Rohstoffe in den entwickelten Ländern Halb- und Fertigwaren produziert werden, die dann

von den Industrieländern auf dem Weltmarkt angeboten werden. Betrachtet man die Stellung der Entwicklungsländer auf dem Weltmarkt im übrigen unter Einschluß der OPEC-Staaten, so kehrt sich das o.g. Verhältnis der Anteile am Import bzw. Export der ganzen Erde auf 22,0% zu 25,4% um und wird damit für die Entwicklungsländer insgesamt günstiger.

Ähnlich sind die Relationen speziell im Handel der Entwicklungsländer mit der Bundesrepublik und mit Baden-Württemberg. Die Bundesrepublik Deutschland bezog 1980 von den Entwicklungsländern insgesamt mehr Waren als sie dorthin lieferte (Importe: 81,6 Mrd. DM, Exporte: 69,7 Mrd. DM), doch ist dies allein auf den Handel mit OPEC-Ländern zurückzuführen, von denen die Bundesrepublik Waren im Werte von 37,4 Mrd. DM importierte im Vergleich zu einem Export in Höhe von 22,8 Mrd. DM. Bei den übrigen Entwicklungsländern lautet dagegen die Relation 44,2 Mrd. DM Importe zu 46,9 Mrd. DM Exporte der Bundesrepublik.

Bei den Außenhandelsbeziehungen Baden-Württembergs mit den Entwicklungsländern ergaben sich – wie *Tabelle 3* und *Anhangtabelle 21* zu entnehmen ist – insgesamt höhere Exporte (11,9 Mrd. DM) als Importe (11,2 Mrd. DM), doch überwogen beim Handel mit den OPEC-Staaten auch hier die Importe (6,2 Mrd. DM) gegenüber den Exporten (3,8 Mrd. DM). Gerade im Zusammenhang mit einer Beurteilung von Einfuhrdaten aus Entwicklungsländern ist allerdings zu beachten, daß Lieferungen des Auslands in die Bundesrepublik bei demjenigen Bundesland gezählt werden, welches das erste Zielland darstellt; Zielland und tatsächliches Verbrauchsland müssen aber nicht übereinstimmen. Aus diesem Grund müssen die nachfolgenden Daten des Landes Baden-Württemberg auch durch solche für die gesamte Bundesrepublik ergänzt werden, um nicht zu falschen Schlußfolgerungen zu gelangen. Unabhängig davon ist zu beachten, daß die Bedeutung Baden-Württembergs als Nachfrager nach Produkten aus Entwicklungsländern nicht allein an diesen direkten Einfuhrdaten gemessen werden kann; in Baden-

Württemberg wird aufgrund des hohen Anteils an Fertigprodukten eine Menge von Halbwerten verarbeitet, die zwar aus anderen Bundesländern bezogen werden (z. B. Kupferbleche), deren Rohstoffe aber von Firmen anderer Bundesländer aus dem Ausland und hier insbesondere auch aus Entwicklungsländern bezogen werden.

Betrachtet man auf diesem Hintergrund zunächst die Entwicklung der (direkten) Außenhandelsbeziehungen mit den Entwicklungsländern, so ergibt sich für Bund und Land folgendes Bild: Zwischen 1970 und 1980 sind die Ausfuhr- und Einfuhrbeziehungen mit den Entwicklungsländern stärker als im Durchschnitt des gesamten Außenhandels gestiegen, und zwar bei den Exporten Baden-Württembergs um jährlich 11,6% (Bund: 12,1%), bei den Importen um 16,8 bzw. 14,4% (*Tabelle 4*). Allerdings ist für diese überdurchschnittlich günstige Entwicklung der Ein- und Ausfuhrbeziehungen vornehmlich der Handel mit den OPEC-Staaten verantwortlich; durch hohe Werte bei den Rohölexporten konnten sich diese Staaten recht gut mit Devisen versorgen, so daß die zum Aufbau bzw. zur Entwicklung ihrer Wirtschaft erforderlichen Investitionen finanziert werden konnten, die ihrerseits wiederum Importleistungen aus den Industrieländern nach sich zogen, und zwar in großem Umfang auch aus Baden-Württemberg. Nicht zuletzt dadurch konnte in einigen Staaten dieser Ländergruppe der Kreislauf der Armut durchbrochen und ihr Lebensstandard erhöht werden. Es läßt sich sogar generell, wie die Auswahl verschiedener Entwicklungsländer in *Übersicht 1* zeigt, durchaus ein Zusammenhang zwischen der Entwicklung des Bruttosozialprodukts je Kopf der Bevölkerung und der Intensivierung von Außenhandelsbeziehungen feststellen. Die genannten Aussagen gelten nämlich nicht nur für die OPEC-Staaten als der Gruppe „reicher“ Entwicklungsländer, sondern auch für die sogenannten Schwellenländer, die aufgrund eines schnellen industriellen Wachstums und einer Diversifizierung ihrer Produktpalette auch eine zunehmende Integration in die Weltwirtschaft erreichen bzw. erreicht haben; dieser Prozeß wird in der Regel unterstützt durch Direktinvestitionen von Firmen aus Industrieländern in diesen Staaten. Bei den armen Entwicklungsländern, die aufgrund eigener Exportschwäche und damit Devisenarmut nur sehr begrenzt aus eigener Kraft aus dem Kreislauf der Armut ausbrechen können, sind deshalb finanzielle Unterstützungen im Rahmen der Entwicklungshilfe von um so größerer Bedeutung für deren wirtschaftliche Entwicklung. Im Zusammenhang mit den Austauschbeziehungen zu den Ländern der Dritten Welt wird nun auf die oft diskutierte Frage eingegangen, in welcher Form sich die Handelsbeziehungen der Bundesrepublik bzw. Baden-Württembergs mit den Entwicklungsländern auf die Entwick-

Tabelle 4

Entwicklung des Außenhandels Baden-Württembergs und des Bundesgebietes zwischen 1970 und 1980 nach Ländergruppen der Entwicklungsländer
Durchschnittliche jährliche Veränderung in %

Ländergruppe	Ausfuhr ¹⁾		Einfuhr ²⁾	
	Baden-Württemberg	Bundesgebiet	Baden-Württemberg	Bundesgebiet
Europäische Entwicklungsländer	+ 8,1	+ 9,2	+ 14,0	+ 12,9
OPEC-Staaten	+ 19,7	+ 20,3	+ 19,0	+ 18,3
Übrige Entwicklungsländer	+ 13,1	+ 13,3	+ 17,5	+ 14,7
Insgesamt	+ 11,6	+ 12,1	+ 16,8	+ 14,4

1) Spezialhandel. — 2) Bundesgebiet: Spezialhandel, Baden-Württemberg: Generalhandel.

Übersicht 1

Zusammenhang zwischen Wirtschafts- und Außenhandelsentwicklung zwischen 1960 und 1977 in ausgewählten Entwicklungsländern

Durchschnittliche jährliche Veränderung in %

Außenhandelsvolumen ¹⁾	Bruttosozialprodukt (real) pro Kopf der Bevölkerung			
	5 und mehr	2 bis unter 5	0 bis unter 2	unter 0
10 und mehr	Griechenland Jugoslawien Spanien Libyen Gabun Saudi Arabien	Elfenbeinküste Nigeria Togo Guatemala Nicaragua Bolivien Brasilien Ecuador Irak Israel Syrien Indonesien Thailand		
6 bis unter 10	Portugal	Türkei Zypern Algerien Marokko Tunesien Angola Kamerun Costa Rica Dominikanische Republik Mexiko Panama Paraguay Venezuela Philippinen	Kongo Liberia El Salvador Haiti Honduras Trinidad	
2 bis unter 6		Ägypten Jamaika Argentinien Kolumbien Peru Pakistan (einschließlich Bangladesh)	Äthiopien Zaire Sudan Zentralafrikanische Republik Chile Guayana Uruguay Indien	Ghana Madagaskar Tschad
0 bis unter 2		Sri Lanka	Mosambik Sierra Leone	

1) Außenhandelsvolumen: Einfuhr plus Ausfuhr.

lung und die Struktur der baden-württembergischen bzw. bundesdeutschen Wirtschaft auswirken. Wie erwähnt ist der Außenhandel der Bundesrepublik und Baden-Württembergs mit den Entwicklungsländern einschließlich OPEC-Staaten defizitär. *Tabelle 5* zeigt, daß dies auch 1979 schon der Fall war, während in den Jahren zuvor die Exporte in die Entwicklungsländer über den Importen lagen. Wenn man aber von den Öl exportierenden Ländern absieht, überwogen im Handel mit den Ländern der Dritten Welt stets die Exporte gegenüber den Importen sowohl in der Bundesrepublik als auch in Baden-Württemberg. Die Größenordnung des Handels mit allen Entwicklungsländern liegt bei einem Viertel bis einem Fünftel der Außenhandelstätigkeit: Der Anteil der Einfuhren aus allen Entwicklungsländern am Gesamtimport betrug 1980 für die Bundesrepublik 23,9%, für Baden-Württemberg 24,0%. Die Ausfuhren in Entwicklungsländer hatten in diesem Jahr einen Anteil an den Gesamtausfuhren von 19,9% für die Bundesrepublik und von 20,1% für Baden-Württemberg.

Strukturell gesehen hat der Handel mit den Entwicklungsländern den Strukturwandel in der Bundesrepublik hin zur Investitionsgüterproduktion eher beschleunigt. So zeigt *Tabelle 6*, daß die Exporte Baden-Württembergs in die Entwicklungsländer stärker auf die drei wichtigsten Ausfuhrgütergruppen des Landes (Maschinen, Fahrzeuge, elektronische

Erzeugnisse) konzentriert sind als bei der Ausfuhr insgesamt, wodurch die günstige Entwicklung des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes in Baden-Württemberg unterstützt wurde. Entsprechende Effekte des Strukturwandels wurden desweiteren dadurch gefördert, daß auf die Ausfuhren von Textilien in die Entwicklungsländer mit etwa 4% nur ein vergleichsweise geringer Anteil entfällt im Vergleich zu 5 bis 7% bei den Exporten in alle Länder. Weiterhin gehören die Textilien zu denjenigen Artikeln, die überproportional stark aus den Entwicklungsländern bezogen werden, d. h. auch von der Einfuhrseite her einen besonders starken Druck auf die heimische Wirtschaft ausüben. Dies hat letztlich auch zum Welttextilabkommen geführt.

Mit diesen Punkten sind Fragen einer potentiellen Gefährdung einzelner Branchen der Bundesrepublik bzw. Baden-Württembergs durch den Außenhandel mit Entwicklungsländern angesprochen. Diesen Fragen soll nun im Zusammenhang mit einer allgemeinen Erörterung der Import- und Exportstrukturen im Austausch mit den Entwicklungsländern etwas detaillierter nachgegangen werden.

Betrachtet man die Strukturen der Ein- und Ausfuhren Baden-Württembergs in Beziehung zu ausgewählten Entwicklungsländern, die jeweils cha-

Tabelle 5

Außenhandel Baden-Württembergs und des Bundesgebietes mit den Entwicklungsländern¹⁾

Jahr	Ausfuhr (Spezialhandel)			Einfuhr ²⁾		
	Baden-Württemberg	Bundesgebiet	Anteil Baden-Württembergs am Bundesgebiet	Baden-Württemberg	Bundesgebiet	Anteil Baden-Württembergs am Bundesgebiet
	Mill. DM		%	Mill. DM		%

Außenhandel mit den Entwicklungsländern

1970	3 963	22 333	17,7	2 356	21 263	11,1
1972	4 534	25 920	17,5	2 938	24 506	12,0
1974	7 407	46 731	15,9	5 816	46 628	12,5
1976	9 215	56 953	16,2	6 893	53 720	12,8
1978	10 881	62 488	17,4	6 601	52 905	12,5
1980	11 903	69 690	17,1	11 151	81 593	13,7

Außenhandel insgesamt

1970	22 641	125 276	18,1	15 156	109 606	13,8
1972	26 535	149 023	17,8	18 025	128 744	14,0
1974	37 283	230 578	16,2	24 773	179 733	13,8
1976	41 942	256 642	16,3	30 173	222 173	13,6
1978	47 698	284 907	16,7	33 659	243 707	13,8
1980	59 287	350 328	16,9	46 540	341 380	13,6

1) Einschließlich europäische Entwicklungsländer (Griechenland, Jugoslawien, Malta, Portugal, Spanien, Türkei). — 2) Bundesgebiet: Spezialhandel, Baden-Württemberg: Generalhandel.

Tabelle 6

Warenstruktur der Ausfuhr Baden-Württembergs in die Entwicklungsländer¹⁾

Waren	1970		1979		1980		Veränderung 1980 gegen 1979 in %
	Mill. DM	Anteil in %	Mill. DM	Anteil in %	Mill. DM	Anteil in %	

Ausfuhr in die Entwicklungsländer							
Insgesamt	3 962,7	100	10 341,0	100	11 902,7	100	+ 15,1
davon							
Maschinen	1 281,6	32,3	3 337,7	32,3	3 838,6	32,2	+ 15,0
Kraftfahrzeuge, Luftfahrzeuge	1 037,2	26,2	2 630,9	25,4	2 945,1	24,7	+ 11,9
Elektrotechnische Erzeugnisse	516,1	13,0	1 477,1	14,3	1 815,5	15,3	+ 22,9
Textilien	182,0	4,6	434,3	4,2	499,1	4,2	+ 14,9
Chemische Erzeugnisse	203,6	5,1	607,6	5,9	663,2	5,6	+ 9,2
Feinmechanische und optische Erzeugnisse	137,5	3,5	361,0	3,5	406,0	3,4	+ 12,5
Eisenwaren	98,9	2,5	325,4	3,1	353,0	3,0	+ 8,5
Übrige Waren	505,8	12,8	1 167,0	11,3	1 382,2	11,6	+ 18,4
Ausfuhr insgesamt							
Insgesamt	22 640,6	100	53 109,2	100	59 286,8	100	+ 11,6
davon							
Maschinen	6 740,9	29,8	13 272,8	25,0	15 201,8	25,6	+ 14,5
Kraftfahrzeuge, Luftfahrzeuge	4 059,9	17,9	12 032,6	22,7	13 245,4	22,3	+ 10,1
Elektrotechnische Erzeugnisse	3 233,7	14,3	6 907,0	13,0	7 713,0	13,0	+ 11,7
Textilien	1 532,2	6,8	3 158,3	5,9	3 298,9	5,6	+ 4,5
Chemische Erzeugnisse	1 409,3	6,2	4 152,3	7,8	4 311,5	7,3	+ 3,8
Feinmechanische und optische Erzeugnisse	813,8	3,6	1 801,8	3,4	2 016,3	3,4	+ 11,9
Eisenwaren	734,9	3,2	1 799,5	3,4	2 018,3	3,4	+ 12,2
Übrige Waren	4 115,9	18,2	9 984,9	18,8	11 481,6	19,4	+ 15,0

1) Einschließlich europäische Entwicklungsländer (Griechenland, Jugoslawien, Malta, Portugal, Spanien, Türkei).

rakteristisch für verschiedene Situationen in der heterogenen Gruppe der Entwicklungsländer sind, so ergeben sich weitere interessante Aufschlüsse. Die Auswahl der Entwicklungsländer erfolgte nach folgenden Kriterien: Es wurden einbezogen zwei europäische Entwicklungsländer, von denen eines inzwischen auch schon in der Europäischen Gemeinschaft ist (Griechenland), während das andere vor einem Eintritt in diese Wirtschaftsorganisation steht (Spanien); drei außereuropäische Schwellenländer, und hier Brasilien als großes, typisches Schwellenland mit traditionell guten Beziehungen zu Baden-Württemberg, Mexiko als ein etwas ärmeres und durch besonders hohes Bevölkerungswachstum gekennzeichnetes Land und Hongkong als kleines, aber recht stark außenhandelsorientiertes Land, dessen Billigangebote manchen heimischen Branchen zu schaffen machen; zwei OPEC-Staaten (Saudi-Arabien und Libyen), ein nicht zur OPEC zählendes nordafrikanisches Land (Marokko) sowie ein sehr armes Entwicklungsland aus Afrika (Äthiopien).

Auffallend in der Differenzierung nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik (vgl. Tabelle 7, Anhangtabelle 20) ist zunächst die hohe Konzentration der Ausfuhren auf Enderzeugnisse der gewerbli-

chen Wirtschaft; insbesondere von den Exporten in die hier aufgeführten OPEC-Staaten (Libyen, Saudi-Arabien) sowie in die beiden südamerikanischen Staaten (Mexiko, Brasilien) gehören unter den Bundesausfuhren über 70%, unter den Ausfuhren Baden-Württembergs sogar über 90% in diese Kategorie. Auch bei den anderen hier ausgewählten Entwicklungsländern liegt der Anteil der Enderzeugnisse bei den Exporten Baden-Württembergs höher als im Bund; er ist bei Ausfuhren nach Marokko und Griechenland mit 83% bzw. 85% (Bund 54% bzw. 56%) am niedrigsten, was unter anderem mit der Veredelung von Textilien und ähnlichem zusammenhängt, die als Vorerzeugnisse von der Bundesrepublik exportiert und dann als veredelte Enderzeugnisse wieder importiert werden. Diese Zahlen sind auch als Indiz dafür anzusehen, daß der Export in die Entwicklungsländer den Strukturwandel in der Bundesrepublik und insbesondere in Baden-Württemberg hin zur Produktion von Investitionsgütern nachhaltig unterstützt hat.

Ganz anders ist es bei den Einfuhren. Unter den hier ausgewählten Entwicklungsländern weist nur Hongkong einen eindeutigen Schwerpunkt in den Enderzeugnissen auf; der entsprechende Anteil an den Gesamteinfuhren liegt für Baden-Württemberg bei

Tabelle 7

Außenhandel Baden-Württembergs und des Bundesgebietes mit ausgewählten Entwicklungsländern nach Warengruppen 1980

Warengruppe	Griechen- land	Spanien	Äthiopien	Libyen	Marokko	Mexiko	Brasilien	Hongkong	Saudi- Arabien
	%								
Ausfuhren Baden-Württemberg ¹⁾									
Ernährungswirtschaft- liche Produkte	0,9	0,8	—	3,1	—	0	0	0,6	2,0
Rohstoffe	0,1	0,5	—	0,1	—	0	0	—	0
Halbwaren	2,1	2,8	0,4	0,3	4,9	1,0	1,7	0,5	0,9
Vorerzeugnisse	12,4	7,0	11,4	1,1	12,1	3,5	5,4	12,0	3,4
Enderzeugnisse	84,5	88,9	88,2	95,5	83,0	95,4	92,9	86,8	93,5
Zusammen	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Einfuhren Baden-Württemberg ²⁾									
Ernährungswirtschaft- liche Produkte	8,9	19,8	29,2	—	28,8	40,7	40,4	0	—
Rohstoffe	1,0	0,9	50,6	95,4	0,2	25,7	2,1	0	99,8
Halbwaren	31,4	8,0	—	4,6	1,2	3,2	20,5	0,1	0,1
Vorerzeugnisse	7,3	15,0	19,7	0	54,3	8,5	13,7	2,4	—
Enderzeugnisse	51,5	56,3	0,5	0	15,5	21,8	23,3	97,4	0,1
Zusammen	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Ausfuhren Bundesgebiet ¹⁾									
Ernährungswirtschaft- liche Produkte	5,7	1,4	8,7	6,4	10,0	0,4	0,9	1,6	5,6
Rohstoffe	2,9	1,7	1,2	0,2	4,0	0,3	0,3	0,4	0,1
Halbwaren	3,0	9,2	9,0	1,1	7,9	2,6	3,9	1,6	1,2
Vorerzeugnisse	32,1	21,5	17,7	4,1	23,7	15,0	22,8	26,2	8,2
Enderzeugnisse	56,0	65,9	63,2	87,1	54,2	81,5	71,7	68,4	84,5
Zusammen ³⁾	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Einfuhren Bundesgebiet ¹⁾									
Ernährungswirtschaft- liche Produkte	17,9	21,1	91,4	—	42,8	29,2	39,6	0,3	—
Rohstoffe	4,1	3,3	4,7	95,7	16,8	26,0	26,1	0,2	98,2
Halbwaren	11,7	11,0	0,6	3,9	4,9	15,2	12,0	3,5	1,2
Vorerzeugnisse	7,7	15,6	1,3	0,2	24,0	1,5	7,2	1,1	0
Enderzeugnisse	57,2	47,5	1,7	0	10,7	26,5	14,6	94,2	0,3
Zusammen ³⁾	100	100	100	100	100	100	100	100	100

1) Spezialhandel. — 2) Generalhandel. — 3) Einschließlich Ersatzlieferungen und Rückwaren.

97%, für das gesamte Bundesgebiet bei 94%. Bei den europäischen Entwicklungsländern Griechenland und Spanien erreichen die Enderzeugnisse bei den Einfuhren nach Baden-Württemberg Anteile von 52% bzw. 56% ins Bundesgebiet von 57% und 48%; Halbwaren und Vorzeugnisse der gewerblichen Wirtschaft, aber auch Südfrüchte und andere Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs erreichen bei den Einfuhren aus diesen Ländern noch beachtliche Quoten. Unter den hier aufgeführten außereuropäischen Entwicklungsländern dominieren natürlich bei den OPEC-Staaten Libyen und Saudi-Arabien die Rohstoffimporte mit Anteilen von 95% bis nahezu 100%; aber auch bei den anderen außereuropäischen Entwicklungsländern entfällt auf Rohstoffe, Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs, Halbwaren oder Vorzeugnisse der

Großteil der Einfuhren nach Baden-Württemberg oder in das Bundesgebiet; interessant ist vor allem, daß bei den Einfuhren aus den lateinamerikanischen Schwellenländern Mexiko und Brasilien nach wie vor die Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs (nach Baden-Württemberg) bzw. die Rohstoffe (ins Bundesgebiet insgesamt) an der Spitze stehen.

Aus dieser Gegenüberstellung der Export- und Importstrukturen im Außenhandel mit Entwicklungsländern läßt sich auch schließen, daß die Einfuhren aus den meisten dieser Staaten nicht unbedingt zu einer starken Gefährdung bundesdeutscher oder baden-württembergischer Arbeitsplätze führt, sieht man einmal von Hongkong ab, das nicht nur mehr nach Baden-Württemberg oder in die Bundesrepublik exportiert als von dort

importiert (Tabelle 7), sondern auch in sehr starkem Maße Enderzeugnisse ausführt, also in Konkurrenz zu deutschen Anbietern steht.

Der Gedanke einer möglichen Beeinträchtigung heimischer Arbeitsplätze soll nun weiter verfolgt werden. Dazu wurden die Einfuhr- und Ausfuhrartikel der hier ausgewählten neun Entwicklungsländer in vier Kategorien untergliedert. Waren der Kategorie I sind solche, bei denen 1980 die Importe der Bundesrepublik aus allen Staaten das Zehnfache der Exporte in alle Staaten ausmachten; für diese Waren – hierzu zählen z. B. Erdöl und Südfrüchte – besteht praktisch keine Konkurrenz für deutsche Produkte, weil diese entweder in der Bundesrepublik nicht gewonnen werden oder aufgrund der gegebenen internationalen Arbeitsteilung seitens der Bundesrepublik nur in geringem Maße auf dem Weltmarkt angeboten werden. Zu den Waren der Kategorie II zählen Produkte, bei denen die Importe 1980 den doppelten bis zehnfachen Betrag der Exporte erreichten; sie stehen unter einer entsprechend geringeren, aber immer noch erheblichen Auslandskonkurrenz. Bei Waren der Kategorie III lagen die Importe 1980 in einer Spanne zwischen der Hälfte und dem Doppelten der Exporte; sie gehören zu denjenigen Waren, bei denen die Bundesrepublik sowohl als Anbieter auf dem Weltmarkt wie auch als Bezieher von anderen Ländern in etwa gleichem Maße in Erscheinung tritt und die deshalb – von bundesdeutscher Sicht aus gesehen – zu den besonders stark umkämpften Waren gehören. Zu den Waren der Kategorie IV werden solche gezählt, in denen die Ausfuhr der Bundesrepublik 1980 die Einfuhr um mehr als das Doppelte übertraf; hierzu zählen diejenigen Güter, in denen die Bundesrepublik auf den internationalen Märkten eine herausragende Rolle spielt.

Tabelle 8 zeigt, daß sich die Ausfuhr Baden-Württembergs in die hier ausgewählten Entwicklungsländer nahezu vollständig auf solche Waren konzentriert, in denen die Bundesrepublik hohe Exportüberschüsse aufweist (Kategorie IV) bzw. in denen die Exporte höchstens das Doppelte der Importe und umgekehrt betragen. Interessanterweise liegt das Schwergewicht der Exporte in die Entwicklungsländer in weit stärkerem Maße als bei den Exporten insgesamt auf denjenigen Waren, bei denen die Bundesrepublik hohe Exportüberschüsse aufweist; die Spanne reicht von 46% (Griechenland) bis 71% (Äthiopien, Mexiko, Brasilien) im Vergleich zu 56% bei den Gesamtausfuhren. Geht man realistischerweise davon aus, daß es sich hierbei um hochentwickelte industrielle Fertigerzeugnisse handelt, so zeigt sich auch hieran, daß der Export in die Entwicklungsländer den Strukturwandel Baden-Württembergs hin zu Investitionsgüterprodukten überproportional stark unterstützt hat.

Tabelle 8

Außenhandel Baden-Württembergs mit ausgewählten Entwicklungsländern nach Warenkategorien 1980

Land	Kategorie ¹⁾			
	I	II	III	IV
	%			

Struktur²⁾ der Ausfuhr

Griechenland	–	4	50	46
Spanien	–	2	36	62
Äthiopien	–	–	29	71
Libyen	–	1	50	49
Marokko	–	2	30	68
Mexiko	–	–	29	71
Brasilien	–	1	28	71
Saudi-Arabien	–	1	33	66
Hongkong	–	1	47	52
Zum Vergleich: Gesamtausfuhr	–	5	39	56

Struktur²⁾ der Einfuhr

Griechenland	4	79	16	1
Spanien	18	15	46	21
Äthiopien	6	50	44	–
Libyen	95	5	–	–
Marokko	21	78	1	–
Mexiko	10	64	22	4
Brasilien	19	52	17	12
Saudi-Arabien	100	–	–	–
Hongkong	–	60	37	3
Zum Vergleich: Gesamteinfuhr	19	22	39	20

1) Zur Definition der Kategorien vgl. Text. – 2) Anteil an der Aus- bzw. Einfuhr insgesamt.

Bei den Einfuhren aus den Entwicklungsländern nach Baden-Württemberg ist die Situation im Handel mit den Entwicklungsländern nicht ganz so übersichtlich, was die Heterogenität dieser Staatengruppe nachhaltig unterstreicht; insbesondere zeigen sich bemerkenswerte Unterschiede zwischen den OPEC-Staaten mit ihrer hohen Rohölausfuhren (Kategorie I) einerseits bzw. den europäischen und außereuropäischen Schwellenländern mit doch schon beachtlichen Fertigwarenausfuhren andererseits. Dennoch läßt sich erkennen, daß sich die Einfuhren aus den Entwicklungsländern überdurchschnittlich stark auf Waren konzentrieren, die nicht oder nur wenig in Konkurrenz zu bundesdeutschen Angeboten auf dem Weltmarkt stehen (Waren der Kategorie I und II), während Güter mit hohen Exportüberschüssen der Bundesrepublik (Kategorie IV) eigentlich nur aus Spanien und Brasilien in nennenswertem Umfang nach Baden-Württemberg gelangen. Auch hieraus läßt sich eine den wirtschaftlichen Strukturwandel unterstützende Wirkung des Außenhandels mit Entwicklungsländern ablesen bzw. – wenn man mit den Gesamteinfuhren vergleicht – eine im Vergleich zu Importen aus anderen Ländern vergleichsweise geringe Gefährdung von Arbeitsplätzen im Inland, zu-

mindest von stark exportabhängigen Arbeitsplätzen. Diese Feststellung einer geringen Gefährdung inländischer Arbeitsplätze durch Importe aus der Dritten Welt steht im Einklang zu Erkenntnissen anderer, methodisch teilweise abweichender Analysen z. B. des DIW und des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel. Unabhängig davon können gerade diese Investitionsgüter einen wichtigen Beitrag zum Aufbau der Wirtschaft in den Entwicklungsländern leisten. Dies gilt in gleichem Maße für die Direktinvestitionen des Landes in der Dritten Welt.

Direktinvestitionen

Die baden-württembergischen Direktinvestitionen in den Entwicklungsländern, definiert als seit 1952 kumulierte Jahressalden von Netto-Kapitalleistun-

gen, erreichten 1980 einen Wert von 2,31 Mrd. DM, das sind 28,2% aller baden-württembergischen Direktinvestitionen. In der Größenordnung entspricht dies ungefähr den Direktinvestitionen in den EG-Staaten (EG der 9) mit 2,21 Mrd. DM (*Tabelle 9*). Über ein Drittel dieser Investitionen wurden in Brasilien getätigt (892 Mill. DM), das damit vor Spanien (558 Mill. DM) und weit vor Argentinien (174 Mill. DM) an der Spitze aller Entwicklungsländer steht; auf diese drei Länder entfallen 70% aller Direktinvestitionen Baden-Württembergs in den Entwicklungsländern. Wie bei der Bundesrepublik insgesamt konzentrieren sich also die Direktinvestitionen vornehmlich auf Schwellenländer, also Volkswirtschaften mit fortgeschrittener gesamtwirtschaftlicher Entwicklung und relativ aussichtsreichem Binnenmarkt. Selbst auf flächen- und bevölkerungsmäßig große, aber arme Entwicklungsländer wie Zaire oder Indien entfielen gerade je 50 Mill. DM.

Tabelle 9

Baden-württembergische Direktinvestitionen in Entwicklungsländern

Land	1976	1978	1980	Veränderung 1980 gegen 1976 in %
	Mill. DM			
Insgesamt	4 909	6 415	8 216	+ 67,4
Industrieländer	3 296	4 455	5 902	+ 79,1
darunter				
Frankreich	748	916	1 211	+ 61,9
Übrige EG-Länder	636	728	1 000	+ 57,2
Schweiz	904	1 053	1 157	+ 28,0
USA	436	1 038	1 606	+ 268,4
Entwicklungsländer	1 613	1 960	2 314	+ 43,5
davon				
Europäische Entwick- lungsländer	506	600	704	+ 39,1
darunter				
Griechenland	46	47	42	- 8,7
Jugoslawien	32	38	38	+ 18,8
Portugal	45	52	56	+ 24,4
Spanien	373	455	558	+ 49,6
Afrikanische Entwick- lungsländer	141	160	170	+ 20,6
darunter				
Kanarische Inseln	59	63	61	+ 3,4
Nigeria	4	17	24	+ 500,0
Zaire	47	47	50	+ 6,4
Amerikanische Ent- wicklungsländer	834	1 036	1 207	+ 44,7
darunter				
Argentinien	139	143	174	+ 25,2
Bermuda	15	14	14	- 6,7
Brasilien	590	772	892	+ 51,2
Mexiko	53	65	73	+ 37,7
Venezuela	11	14	15	+ 36,4
Asiatische Entwick- lungsländer	132	164	233	+ 76,5
darunter				
Hongkong	3	3	13	+ 333,3
Indien	44	40	48	+ 9,1
Iran	40	59	66	+ 65,0
Saudi-Arabien	5	5	42	+ 740,0
Singapur	6	17	22	+ 266,7

An der starken Ausweitung der gesamten Direktinvestitionen in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre (Zunahme zwischen 1976 und 1980: +67,4%) partizipierten fast alle Entwicklungsländer nur unterdurchschnittlich stark (+43,5%). Unter den genannten Staaten erreichten lediglich Brasilien (+51,2%) und Spanien (+49,6%) Zuwachsraten, die wenigstens annähernd der gesamten Erhöhung der Direktinvestitionen entsprachen. Desweiteren ergaben sich bei Saudi-Arabien (+740%), Hongkong (+333%) und Singapur (+267%) stark überdurchschnittliche Steigerungen, ohne jedoch absolut stark ins Gewicht zu fallen.

Die Direktinvestitionen von Entwicklungsländern (seit 1961 kumulierte Jahressalden von Nettokapitalleistungen) in Baden-Württemberg beliefen sich 1980 auf 245 Mill. DM oder 2,4% der gesamten Direktinvestitionen. Hiervon entfielen allein 207 Mill. DM auf Kuwait.

Tourismus

Einen nicht unbeträchtlichen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung von Entwicklungsländern leisten auch Urlaubs- und Erholungsreisen von Touristen aus Industrieländern, da mit den entsprechenden Beträgen Geldmittel für wichtige Entwicklungsprojekte zur Verfügung gestellt werden, die Finanzierung von Krediten – zumindest teilweise – erleichtert wird. Außerdem können über den Auslandstourismus Arbeitsplätze in den Entwicklungsländern geschaffen und erhalten werden. Wie aus *Tabelle 10* hervorgeht, hat zwischen 1976/77 und 1979/80 die Reisetätigkeit von Baden-Württembergern ins Ausland vor allem in die europäischen Entwicklungsländer weiterhin stark zugenommen; 1978/79 gingen fast 30% aller Urlaubs- und Erho-

Tabelle 10

Urlaubs- und Erholungsreisen der Wohnbevölkerung Baden-Württembergs in das Ausland

Ziel	1976/77		1978/79	
	1000	%	1000	%
Auslandsreisen insgesamt	3 337	100	4 421	100
darunter				
Europäische Entwicklungsländer	845	25,3	1 247	28,2
davon				
Jugoslawien	326	9,8	477	10,8
Spanien/Portugal	328	9,8	491	11,1
Griechenland	92	2,8	124	2,8
Türkei	99	3,0	155	3,5
Italien	732	21,9	1 016	23,0
Österreich	868	26,0	981	22,2
Schweiz	240	7,2	243	5,5
Afrika	49	1,5	40	0,9
Asien	11	0,3	31	0,7
Mittel- und Südamerika	(9)	0,3	40	0,9

Anmerkung: () = Eingeschränkte Aussagefähigkeit aufgrund geringer Besetzungszahl in der Stichprobe.

lunsreisen im Ausland in diese europäischen Entwicklungsländer, das sind mehr als in die beiden Nachbarstaaten und traditionellen Reiseländer Schweiz und Österreich zusammen (28%). Bemerkenswerte Zunahmen erfuhren hierbei vor allem Reisen in die Türkei und nach Griechenland. Bezieht man diese Auslandsreisen der baden-württembergischen Wohnbevölkerung auf die entsprechenden Reisen der bundesdeutschen Wohnbevölkerung und berechnet so unter Zuhilfenahme der Zahlungsbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank schätzungsweise die Reiseausgaben der Baden-Württemberger im Reiseverkehr mit den Entwicklungsländern, so ergibt sich ein Betrag für 1979 von ungefähr 880 Mill. DM. Dies entspricht größenordnungsmäßig den Ausfuhrn Baden-Württembergs nach Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate zusammen; dies zeigt, daß Baden-Württemberg über den Reiseverkehr doch zu einer beträchtlichen Entlastung der Zahlungsbilanz vornehmlich europäischer Entwicklungsländer und zu einem Aufbau entsprechender Arbeitsplätze beigetragen hat.

Zusammenfassung

- Die Situation in vielen Ländern der Dritten Welt ist gekennzeichnet dadurch, daß immer noch schätzungsweise 22% der Menschen in Entwicklungsländern unterernährt sind. Starkes Bevölkerungswachstum bedingt geringe Zunahmen des Lebensstandards (Pro-Kopf-Einkommen) und umgekehrt, wodurch ein „Teu-

felskreis der Armut“ entsteht, aus dem die Staaten der Dritten Welt nur schwer herausfinden. Die Hilfe der industrialisierten Staaten setzt u.a. bei einer zweckadäquaten *wirtschaftlichen* Zusammenarbeit an, wozu – neben direkten Hilfen beispielsweise in Form von Medikamentensendungen – geeignete Formen der Wissensvermittlung, der Außenhandelsbeziehungen und der Direktinvestitionen zählen. Zu den Entwicklungsländern zählen in dieser Untersuchung – entsprechend der Definition der Vereinten Nationen – auch europäische Entwicklungsländer.

- Wissensvermittlung (Bildung und Ausbildung) ist ein wesentlicher Eckpfeiler unmittelbarer staatlicher Fördermaßnahmen, die allein oder in Zusammenarbeit mit Wirtschaft und verschiedenen Organisationen (u. a. Kirchen) geleistet werden. Trotz der prinzipiellen Zuständigkeit des Bundes fällt gerade auf diesem Gebiet den Bundesländern eine innerstaatliche Zuständigkeit zu.

Unter ihnen ist Baden-Württemberg auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe überdurchschnittlich stark engagiert; 1981 entfielen von den Entwicklungshilfeleistungen der Länder mit 26,8 Mill. DM knapp 39% auf Baden-Württemberg. Schwerpunkt der Hilfen verschiedener Ministerien, die zum Teil auch in Zusammenarbeit mit den Kirchen erbracht werden, ist die Aus- und Weiterbildung von Experten und Lehrern im gewerblichen sowie land- und forstwirtschaftlichen Bereich. In den Hochschulen des Landes betrug der Anteil der Studenten aus Entwicklungsländern im Sommersemester 1981 4,9% (Bundesdurchschnitt: 3,2%).

- Im Jahre 1980 importierte Baden-Württemberg aus Entwicklungsländern Waren im Werte von 11,1 Mrd. DM und exportierte Waren im Werte von 11,9 Mrd. DM. Wie für die Bundesrepublik insgesamt überwog beim Außenhandel mit den OPEC-Staaten der Import (6,2 Mrd. DM gegenüber 3,8 Mrd. DM Exporte), während in die übrigen Entwicklungsländer mehr Waren exportiert wurden (8,1 Mrd. DM) als von dort importiert wurden (5,0 Mrd. DM). Vor allem wegen der starken Intensivierung des Handels mit OPEC-Staaten erhöhten sich die Einfuhren Baden-Württembergs zwischen 1970 und 1980 um jährlich 16,8% und die Ausfuhrn um jährlich 11,6%; für die Bundesrepublik insgesamt lauten die Veränderungsraten + 14,4% und + 12,1%. Die Intensivierung der Außenhandelsbeziehungen ist für die Entwicklungsländer ein wichtiges Mittel zur Wohlstandssteigerung und damit zum Ausbrechen aus dem „Kreislauf der Armut“; Län-

der mit hohen Steigerungen der Außenhandels-tätigkeit haben seit 1960 in der Regel auch eine starke Zunahme des Bruttosozialprodukts je Einwohner erfahren.

- Die Handelsbeziehungen mit den Entwicklungs-ländern haben den sektoralen Strukturwandel Baden-Württembergs mit gefördert. Die Aus-fuhren in Entwicklungsländer sind – stärker als bei den Gesamtausfuhren – auf Maschinen, Fahrzeuge und elektrotechnische Erzeugnisse konzentriert, während der Anteil der Textil-exporte bei den Ausfuhren in die Dritte Welt relativ gering ist. Bei den Einfuhren aus Entwick-lungsländern zeigt sich nur in wenigen Fällen (Beispiel: Hongkong) eine Konzentration auf Enderzeugnisse; selbst bei vielen typischen Schwellenländern (auch aus Europa) haben Nahrungs- und Genußmittel sowie Rohstoffe ein nach wie vor großes Gewicht. Eine detaillierte Untersuchung der Warenstruktur der Einfuhren zeigt weiterhin, daß die Einfuhren aus Ländern der Dritten Welt sich vornehmlich auf Waren konzentrieren, wie vor allem Rohstoffe und ein-fache Konsumwaren, die in der Bundesrepublik in relativ bescheidenem Umfang erzeugt und ex-portiert werden und so Arbeitsplätze in Baden-Württemberg (im Vergleich zu Importen aus anderen Ländern) relativ wenig gefährden.
- Die Direktinvestitionen Baden-Württembergs in den Entwicklungsländern erreichten 1980 einen Wert von 2,31 Mrd. DM; dies sind 28,2% aller baden-württembergischen Direktinvestitionen im Ausland und entspricht größenordnungs-mäßig den Direktinvestitionen in den 9 EG-Staa-ten. Schwerpunkte sind Brasilien, Spanien und Argentinien.
- 1979 verbrachten etwa 30% der baden-württembergischen Bevölkerung ihren Aus-landsurlaub in europäischen Entwicklungslän-dern. Das Volumen der entsprechenden Reise-ausgaben entspricht ungefähr den Warenexpor-ten des Landes nach Saudi-Arabien und die Ver-einigten Arabischen Emirate und hat so zu einer beachtlichen Entlastung der Zahlungsbilanz vor-nehmlich europäischer Entwicklungsländer bei-getragen.

5. Regionale Beschäftigungsstrukturen und Entwicklungen in der Landwirtschaft

Der landwirtschaftliche Strukturwandel, der auch im vergangenen Jahrzehnt trotz teilweise erheblich veränderter Rahmenbedingungen nicht zum Stillstand kam, wird vor allem an zwei Erscheinungen deutlich: Er manifestiert sich zum einen in einer ständig abnehmenden Zahl von landwirtschaftlichen Betrieben bei gleichzeitiger Vergrößerung der Einheiten und äußert sich zum anderen in einem erheblichen Rückgang der Zahl der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte.

Nachdem die Veränderungen der Betriebsstruktur bereits im Statistischen und prognostischen Jahresbericht 1980/81 ausführlich dargestellt wurden, wird nunmehr die regionale Entwicklung der Arbeitskräftestruktur aufgrund der Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 1979 eingehender beleuchtet.

Anlässlich dieser Zählung wurden 1979 in den 152 279 landwirtschaftlichen Betrieben mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) von 1 ha und mehr bzw. einer entsprechenden Mindestmarkterzeugung insgesamt 359 162 Personen mit landwirtschaftlicher Beschäftigung ermittelt, von denen mehr als 95% der Familie des jeweiligen Betriebsleiters angehörten. Diese Tatsache unterstreicht die große Bedeutung, die dem agrarpolitischen Leitbild der „familienbäuerlichen Landwirtschaft“ in unserem Bundesland zukommt. Dabei haben kleinere und größere Betriebe unabhängig von ihrem sozialökonomischen Status (Voll-, Zu-, Nebenerwerbsbetrieb) gleichermaßen ihre Existenzberechtigung. So sind 39% aller im Agrarsektor Beschäftigten in Betrieben tätig, die über weniger als 5 ha LF verfügen, 19% allein in den Kleinbetrieben mit weniger als 2 ha LF. Zu dieser Kategorie zählen vielfach auch Betriebe mit einer sehr spezialisierten Betriebsorganisation, die einen hohen Arbeitsaufwand erfordert. Das gilt insbesondere für Gartenbaubetriebe mit Unterglasanlagen, aber auch für Betriebe mit Anbau von Spezial- oder Dauerkulturen.

22,5% der Beschäftigten sind in den landwirtschaftlichen Unternehmen mit 10–20 ha LF tätig und damit in einem Größenbereich, auf den eine beachtliche Zahl von Voll- und Zu-, aber auch Nebenerwerbsbetrieben entfällt. Weitere 66 340 Personen (18,5%) arbeiten in den größeren Agrarbetrieben des Landes (20 ha LF und mehr), 70% davon sind in Betrieben eingesetzt, deren Inhaber und/oder Ehegatte neben betrieblichen Einkommen keine zusätzlichen Einkünfte beziehen (= Vollerwerbsbetriebe).

Gliedert man die Gesamtheit der in der Landwirtschaft Tätigen nicht nach der Größe, sondern der sozialökonomischen Ausrichtung des Betriebes, in dem sie tätig sind, so verteilen sie sich 1979 zu 56% (201 077 Personen) auf die zahlreichen Nebenerwerbsbetriebe des Landes (94 384) und zu 31% (110 801 Personen) auf die verbliebenen 40 453 landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetriebe¹. Lediglich 13% der Beschäftigten (47 284) entfallen landesweit auf die Gruppe der Zuerwerbsbetriebe, die damit insgesamt nur relativ geringe Bedeutung besitzt. Die hohe Zahl der Nebenerwerbsbetriebe beleuchtet die große Bedeutung der Gewerbeförderungspolitik des Landes, die anstrebt, eine möglichst große Zahl von Arbeitsplätzen auch in den ländlichen Räumen zu schaffen und zu sichern. Dabei gewinnt auch der Fremdenverkehr in einigen dieser Gebiete eine wachsende Bedeutung.

Regionale Verteilung nach landwirtschaftlichen Vergleichsgebieten²

Das Erscheinungsbild der Landwirtschaft in Baden-Württemberg präsentiert sich nicht einheitlich, sondern ist durch mannigfache, naturbedingte Gegensätze gekennzeichnet: Von Natur aus begünstigte Gebiete wechseln mit benachteiligten Regionen; industriellen Verdichtungsgebieten stehen ländliche Räume gegenüber, die vielfach mit Abwanderungsproblemen zu kämpfen haben. Die verwaltungsmäßige Gliederung nach Stadt- und Landkreisen wird diesen naturbedingten Unterschieden nicht gerecht; deshalb hat sich seit einiger Zeit die Gliederung nach sogenannten „landwirtschaftlichen Vergleichsgebieten“ durchgesetzt. Darunter versteht man Gebiete mit gleichen oder ähnlichen natürlichen Produktionsbedingungen, wobei als kleinste Zuordnungseinheit die Gemeinde gilt. Einen Überblick über Lage und Bezeichnung der 21 landwirtschaftlichen Vergleichsgebiete vermittelt *Schaubild 1*.

Unter den Vergleichsgebieten zeichnet sich *Vergleichsgebiet 3 „Rheinebene“* durch die größte Zahl von in der Landwirtschaft tätigen Personen (knapp 55 000) und die größte Anzahl von Betrieben (23 700) aus. Die landwirtschaftliche Produktion wird im Süden dieser Region bestimmt durch Wein- und Obstbau (Kaiserstuhl, Breisgau, Mark-

¹ Einschließlich 1 340 Betriebe in der Hand juristischer Personen mit zusammen 4256 Beschäftigten, die nachfolgend aus methodischen Gründen unberücksichtigt bleiben.

² Vergleiche Tabellen 1 und 2 sowie Anhangtabellen 11 und 12.

Tabelle 1

Beschäftigte in landwirtschaftlichen Betrieben 1979

Vergleichsgebiet	Landwirtschaftliche Betriebe insgesamt					
	Betriebe insgesamt	Beschäftigte insgesamt	davon			
			Vollbeschäftigte insgesamt	darunter familien- fremde	Teilbeschäftigte insgesamt	darunter familien- angehörige
Anzahl			%	Anzahl	%	
001 LVG Unterland/Bergstraße	9 017	22 337	7 725	22,4	14 612	94,7
002 LVG Bessere und Geringere Gäulandschaft	19 937	45 396	9 787	12,5	35 609	97,2
003 LVG Bessere und Geringere Rheinebene	23 674	54 665	10 077	20,1	44 588	98,2
004 LVG Westlicher Bodensee	3 324	7 858	2 438	14,7	5 420	97,3
005 LVG West-Schwarzwald	6 010	15 425	3 012	7,6	12 413	98,8
006 LVG Hochschwarzwald	5 031	11 679	1 588	6,8	10 091	99,0
007 LVG Ost-Schwarzwald	4 825	11 130	1 699	8,2	9 431	98,6
008 LVG Baar	3 460	8 438	1 678	8,3	6 760	98,6
009 LVG Östlicher Bodensee	1 722	4 222	1 704	9,8	2 518	96,8
010 LVG Allgäu	3 699	8 990	3 815	6,1	5 175	97,3
011 LVG Oberland	12 724	31 422	8 944	8,2	22 478	98,1
012 LVG Donau-Iller	2 468	6 012	1 699	4,3	4 313	98,7
013 LVG Bessere Alb	3 430	8 788	2 636	8,6	6 152	97,1
014 LVG Geringere Alb	10 977	26 123	5 360	7,9	20 763	98,0
015 LVG Hauberg	1 985	3 836	294	16,3	3 542	96,5
016 LVG Westliches Albvorland	2 443	5 026	509	14,3	4 517	98,1
017 LVG Neckar-Nagold-Gebiet	8 674	18 807	2 344	15,4	16 463	97,5
018 LVG Östliches Albvorland	5 553	13 239	3 356	22,6	9 883	95,1
019 LVG Schwäbischer Wald/Odenwald	9 438	22 357	4 532	5,1	17 825	98,5
020 LVG Hohenlohe	5 826	14 908	4 762	5,8	10 146	98,0
21A LVG Besseres Bauland	6 470	15 019	3 115	8,5	11 904	98,5
21B LVG Geringeres Bauland	1 592	3 485	504	4,2	2 981	99,3
Insgesamt	152 279	359 162	81 578	12,1	277 584	97,7

gräfler Land), während weiter nördlich auf sandigen Böden der Anbau von Tabak und Spargel stark vertreten ist. Entlang des Rheins waren aber auch schon immer günstige Voraussetzungen für die Ansiedlung von Gewerbebetrieben gegeben. So hatten die Leiter der infolge der Realteilung oftmals kleinen Betriebe schon relativ bald die Möglichkeit, in nicht allzu großer Entfernung von ihrem Wohnort einem außerlandwirtschaftlichen Zu- oder Haupterwerb nachzugehen. Daß viele der Betriebsinhaber aber zumindest einen Teil ihrer Flächen weiterhin in Bewirtschaftung behielten, manifestiert sich in einer Vielzahl von kleinen landwirtschaftlichen Betrieben, die nicht selten Spezialkulturen anbauen.

An zweiter Stelle sowohl hinsichtlich der Zahl der Beschäftigten (45 396) als auch hinsichtlich der Zahl der Betriebe (19 937) steht *Vergleichsgebiet 2 „Gäulandschaften“*. Von den ganz oder teilweise in der Landwirtschaft Tätigen sind 22 800 Personen

oder 50% in Betrieben beschäftigt, die über weniger als 5 ha LF verfügen und lediglich 17% in Betrieben mit 20 ha LF und mehr. Damit erreichen hier die Kleinbetriebe zwar nicht ganz die Bedeutung, die ihnen zumindest zahlenmäßig im Vergleichsgebiet 3 zukommt, doch wirkt sich auch hier der Einfluß der industriellen Verdichtungsräume (Pforzheim, Karlsruhe, Rhein-Neckar, Mittlerer Neckar) aus. Betrachtet man statt der absoluten Zahl der arbeitenden Personen die innerbetrieblich verwendete Arbeitszeit, gemessen in Arbeitskräfte-Einheiten³, so wird deutlich, daß hier das Schwergewicht nicht wie in der Rheinebene bei den kleineren Sonderkulturbetrieben, sondern im eigentlich landwirtschaftlichen Bereich liegt; denn 48% der Gesamtarbeitszeit wird in den Betrieben mit 10 ha LF und mehr (27% aller Betriebe) eingesetzt.

³ Arbeitskraft-Einheit: (theoretische) Maßeinheit für die Arbeitsleistung einer im Berichtszeitraum der Landwirtschaftszählung 1979 (4 Wochen im April 1979) mit betrieblichen Arbeiten vollbeschäftigten und nach ihrem Alter voll leistungsfähigen Person.

Darunter			
Betriebe ohne außerbetriebliches Einkommen		Betriebe in denen das betriebliche Einkommen kleiner ist als das außerbetriebliche Einkommen	
Betriebe insgesamt	Beschäftigte insgesamt	Betriebe insgesamt	Beschäftigte insgesamt
Anzahl			
3 272	9 143	4 240	8 590
4 535	12 599	13 416	27 452
5 381	14 675	16 191	34 022
1 157	3 066	1 698	3 504
1 586	4 681	3 832	9 098
740	2 106	3 905	8 548
607	1 621	3 721	8 200
725	1 942	2 127	4 879
851	2 253	524	1 066
2 045	5 141	824	1 696
4 739	12 495	5 704	12 791
942	2 439	1 073	2 422
1 335	3 765	1 499	3 457
2 086	5 669	7 114	15 499
101	265	1 780	3 291
168	453	2 139	4 210
837	2 302	7 242	14 884
1 273	3 692	3 651	7 642
2 140	5 661	6 219	13 828
2 542	7 071	2 338	5 236
1 729	4 721	4 028	8 429
322	785	1 119	2 333
39 113	106 545	94 384	201 077

Im *Vergleichsgebiet 1 „Unterland/Bergstraße“*, das sich über die fruchtbarsten Gegenden Baden-Württembergs erstreckt, waren im Berichtszeitraum 22 337 Personen in 9 017 landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt. Neben dem Ackerbau sind Sonderkulturen (Wein, Obst, Feldgemüse), die auch hier vielfach in kleinen landwirtschaftlichen Betrieben angebaut werden, von großer Bedeutung. Von daher wird verständlich, daß 49% (10 870) der Beschäftigten in Betrieben mit max. 5 ha LF tätig sind, die allerdings nur selten die alleinige Existenzgrundlage für das Betriebsinhaberehepaar bilden. Mit 4 670 AK-Einheiten vereinigen sie immerhin 39% der gesamten betrieblichen Arbeitsleistung im Agrarsektor des Vergleichsgebietes auf sich. Steht in diesem Größenbereich die Nebenerwerbslandwirtschaft eindeutig im Vordergrund, so sind insgesamt doch 41% der Arbeitskräfte in Vollerwerbsbetrieben tätig. Ein weiteres Sonderkulturgebiet erstreckt sich entlang des *Bodensees (Vergleichsgebiete 4 und 9)*, wo

der Marktoftbau dominiert. Hier sind 12 080 Personen mit landwirtschaftlichen Arbeiten befaßt und erbringen dabei eine Arbeitsleistung von knapp 6 400 AK-Einheiten. 29% der Beschäftigten (3 460) sind in Betrieben tätig, die dem Betriebsinhaberehepaar als alleinige Einkommensquelle dienen und mindestens 10 ha LF umfassen. Da Nebenerwerbsbetriebe mit weniger als 10 ha LF nur 32% aller arbeitenden Personen stellen, erreicht dieser sozialökonomische Betriebstyp nicht die überragende Stellung wie in den Vergleichsgebieten 1 bis 3. Vielmehr überwiegen hier die Haupteinwerbsbetriebe (Voll- und Zuerwerbsbetriebe zusammen) mit 60% der betrieblichen Beschäftigten, die 74% der gesamten Arbeitsleistung beider Vergleichsgebiete auf sich vereinigen.

Problembereiche benachteiligter Regionen

Während die bisher angesprochenen Vergleichsgebiete zu den besonders begünstigten Teilen des Landes gehören, zählen die *Vergleichsgebiete 5 bis 7 („West-schwarzwald“, „Hoch-schwarzwald“, „Ost-schwarzwald“)* und 17 (*„Neckar-Nagold-Gebiet und Nördliche Schwarzwaldrandplatte“*) zu den benachteiligten Regionen. Infolge der topographischen und klimatischen Gegebenheiten hat die Landwirtschaft hier mit erheblich erschwerten Produktionsbedingungen und geringeren Flächenerträgen zu kämpfen, doch hat die Funktion der Landschaftspflege hier ein besonders starkes Gewicht. Allerdings läßt sich der volkswirtschaftliche Nutzen, der aus dieser Dienstleistung an der Allgemeinheit resultiert, nur schwer quantitativ erfassen und muß daher an dieser Stelle unberücksichtigt bleiben.

Insgesamt verteilen sich in diesen vier Vergleichsgebieten 57 041 Beschäftigte auf 24 540 landwirtschaftliche Betriebe, von denen allerdings nur noch ein vergleichsweise geringer Teil im Vollerwerbsbetriebe bewirtschaftet wird. Dabei lassen sich im interregionalen Vergleich deutliche Abstufungen konstatieren: Der Anteil dieser Betriebe sinkt von 26% im West-schwarzwald über 15% im Hoch- und 13% im Ost-schwarzwald auf 10% im Neckar-Nagold-Gebiet. Sie verfügen vorwiegend über landwirtschaftlich genutzte Flächen von 10 ha und mehr, die oft nur als Grünland genutzt werden können. Die große Mehrzahl der landwirtschaftlichen Beschäftigten (71%) ist daher in den zahlreichen Nebenerwerbsbetrieben tätig. Offenbar sind die betrieblichen Einkommensmöglichkeiten im Schwarzwald so gering, daß viele Bauernfamilien trotz der damit verbundenen Beschwerden (Fahrwege, berufliche Doppelbelastung) nicht auf einen außerlandwirtschaftlichen Hauptverdienst verzichten können oder wollen.

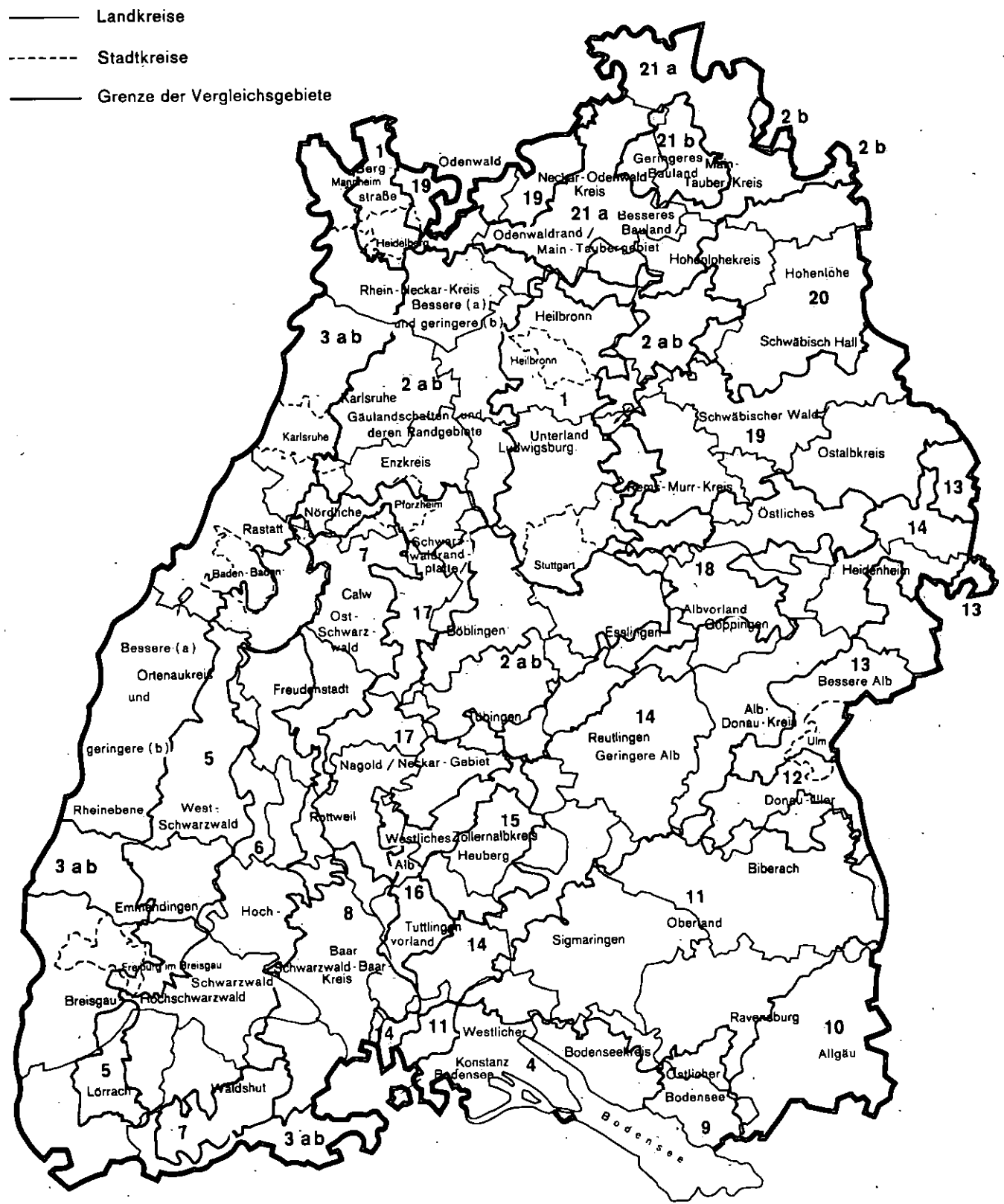


Tabelle 2

Beschäftigte und Arbeitsleistung in landwirtschaftlichen Betrieben 1979

Vergleichsgebiet	Personen insgesamt	Davon		AK-Einheiten insgesamt	Davon	
		Familien- kräfte	ständige familien- fremde Kräfte		Familien-AK	ständige familien- fremde AK
		%			%	
001 LVG Unterland/Bergstraße	22 337	88,8	11,2	12 051	82,8	17,2
002 LVG Bessere und Geringere Gäulandschaft	45 396	95,1	4,9	19 065	91,7	8,3
003 LVG Bessere und Geringere Rheinebene	54 665	94,8	5,2	21 276	89,0	11,0
004 LVG Westlicher Bodensee	7 858	93,6	6,4	3 911	89,2	10,8
005 LVG West-Schwarzwald	15 425	97,6	2,4	6 309	95,6	4,4
006 LVG Hochschwarzwald	11 679	98,2	1,8	4 176	96,6	3,4
007 LVG Ost-Schwarzwald	11 130	97,6	2,5	4 365	95,8	4,2
008 LVG Baar	8 438	97,3	2,8	3 678	95,3	4,7
009 LVG Östlicher Bodensee	4 222	94,2	5,9	2 483	91,8	8,2
010 LVG Allgäu	8 990	95,9	4,2	5 492	94,6	5,4
011 LVG Oberland	31 422	96,3	3,7	15 791	94,3	5,7
012 LVG Donau-Iller	6 012	97,9	2,1	3 008	96,9	3,1
013 LVG Bessere Alb	8 788	95,4	4,6	4 548	93,4	6,6
014 LVG Geringere Alb	26 123	96,8	3,2	11 522	95,2	4,8
015 LVG Heuberg	3 836	95,5	4,5	1 042	92,2	7,8
016 LVG Westliches Albvorland	5 026	96,9	3,1	1 587	93,7	6,3
017 LVG Neckar-Nagold-Gebiet	18 807	95,9	4,1	6 277	92,5	7,5
018 LVG Östliches Albvorland	13 239	90,6	9,4	6 118	84,9	15,1
019 LVG Schwäbischer Wald/Odenwald	22 357	97,8	2,2	9 801	96,6	3,4
020 LVG Hohenlohe	14 908	96,8	3,2	7 780	95,3	4,7
21A LVG Besseres Bauland	15 019	97,0	3,0	6 148	94,7	5,3
21B LVG Geringeres Bauland	3 485	98,8	1,2	1 268	97,9	2,1
insgesamt	359 162	95,5	4,5	157 696	92,2	7,7

Die Nebenerwerbsbetriebe vereinigen aber nicht nur das Gros der arbeitenden Personen auf sich, sondern auch mehr als die Hälfte (55%) der Gesamtarbeitsleistung in allen 4 Vergleichsgebieten (insgesamt 21 127 AK-Einheiten). Demzufolge wird ein beachtlicher Teil der neben der außerlandwirtschaftlichen Tätigkeit verbleibenden „Freizeit“ wieder in die Landwirtschaft investiert. Diese Tatsache zeigt die spezielle Problematik der von Natur aus benachteiligten Gebiete auf: Die landwirtschaftlichen Betriebe sind aus ökonomischer Sicht vielfach zu klein und die Ertragsverhältnisse zu schlecht, als daß eine Familie von dem erwirtschafteten Einkommen leben könnte; andererseits fehlen meist Beschäftigungsalternativen in angemessener Entfernung, die eine völlige Ablösung aus der Landwirtschaft attraktiv genug erscheinen ließe.

Etwas günstiger gelagert als in der direkt angrenzenden Region „Hochschwarzwald“ sind die Verhältnisse im Vergleichsgebiet 8 „Baar“. Auf dieser Hochfläche zwischen Schwarzwald und Schwäbischer Alb wurden bei der Landwirtschaftszählung

8438 Beschäftigte in 3460 landwirtschaftlichen Betrieben ermittelt. 58% davon sind in den 2127 Betrieben tätig, deren Inhaber den größeren Teil ihres Einkommens aus außerbetrieblichen Quellen beziehen, während die Vollerwerbsbetriebe knapp 2000 Beschäftigte auf sich vereinigen. Eine solche Verteilung der Arbeitskräfte resultiert daraus, daß vor allem im Raum Villingen-Schwenningen schon seit längerer Zeit die Möglichkeit zum außerlandwirtschaftlichen Zu- oder Haupterwerb bestand und auch genutzt wurde. Dadurch wurde der Übergang in den Nebenerwerb und infolgedessen die Freisetzung von Flächen erleichtert, die den verbleibenden Vollerwerbsbetrieben zur Aufstockung ihrer Produktionskapazitäten verhalfen, so daß diese heute zu 68% mehr als 20 ha LF bewirtschaften.

Auf der Schwäbischen Alb dominiert die Beschäftigung im Nebenerwerb

Die Schwäbische Alb als gleichfalls weithin benachteiligte Region erstreckt sich von West nach

Ost über die *Vergleichsgebiete 15 „Heuberg“, 14 „Geringere Alb“ und 13 „Bessere Alb“*. In letztgenannter Region sind 8 788 Personen in 3 430 landwirtschaftlichen Betrieben eingesetzt, die zu 44% dem Betriebstyp „Nebenerwerb“ (39% der Beschäftigten) und zu 39% dem „Vollerwerb“ mit 43% der Beschäftigten zuzurechnen sind. Während man hier also eine vergleichsweise günstige Situation hinsichtlich der sozialökonomischen Gliederung der Betriebe antrifft, verschlechtert sich die Lage der Landwirtschaft im Vergleichsgebiet 14 „Geringere Alb“ und verschärft sich weiter im Vergleichsgebiet 15 „Heuberg“ und 16 „Westliches Albvorland“. Ein nach heutigen Verhältnissen angemessenes Einkommen kann in diesen Gebieten nur in größeren landwirtschaftlichen Betrieben erzielt werden, jedoch sind in der Region „Geringere Alb“ lediglich 28% von insgesamt 26 123 Personen in Betrieben beschäftigt, die die 20 ha-Schwelle überschreiten (22% aller Betriebe). Berücksichtigt man außerdem, daß der Anbau von Sonderkulturen nicht möglich ist und Kleinbetriebe recht zahlreich vertreten sind, so wird verständlich, daß auf der Alb der Nebenerwerb das Erscheinungsbild der Landwirtschaft prägt (65% der Betriebe). In diesen „Feierabendbetrieben“, deren zahlenmäßiger Schwerpunkt im Größenbereich unter 10 ha LF liegt, arbeiten allein 15 500 Personen und erbringen dabei die Leistung von 5 086 ganzjährig vollbeschäftigten Arbeitskräften (44% der Gesamtarbeitsleistung des Vergleichsgebietes).

Die relativ geringste Bedeutung je Vergleichsgebiet besitzen die Vollerwerbsbetriebe am Heuberg, wo sie nur noch 5% der Betriebe stellen und 265 (7%) von insgesamt 3 836 landwirtschaftlichen Beschäftigten binden. Ebenfalls sehr niedrig liegen die entsprechenden Anteile dieser Betriebsform im „Westlichen Albvorland“ mit 9% der im Agrarbereich Tätigen (insgesamt 5 026 Personen) und 7% der landwirtschaftlichen Unternehmen. Stärker als in sämtlichen anderen Landesteilen dominiert in diesen beiden Gebieten die Nebenerwerbslandwirtschaft mit 86% (Heuberg) bzw. 84% (Westliches Albvorland) der Beschäftigten, die sich infolge der außergewöhnlich kleinbetrieblichen Struktur bei gleichzeitiger natürlicher Ertragsarmut vielfach schon bald der Textilindustrie (im Raum Balingen-Ebingen) zuwandten. Dieser Sachverhalt findet seinen Niederschlag in der Arbeitskapazität der landwirtschaftlichen Betriebe beider Regionen, die zu 60% über weniger als 5 ha LF verfügen: In der Region „Heuberg“ werden durchschnittlich nur 0,52 AK-Einheiten und im „Westlichen Albvorland“ lediglich 0,65 AK-Einheiten je landwirtschaftlichem Betrieb eingesetzt und damit weniger als in jedem anderen Vergleichsgebiet.

Wesentlich günstiger als in diesen beiden Gebieten präsentieren sich die außerlandwirtschaftlichen

Rahmenbedingungen im *Vergleichsgebiet 18 „Östliches Albvorland“*, wo entlang des östlichen Albtraufs mit der Zeit ein Industriegürtel entstanden ist (Reutlingen, Göppingen – Geislingen, Aalen). Dadurch war für die Leiter kleinerer landwirtschaftlicher Betriebe frühzeitig der Anreiz zur Abstokung ihrer Produktionskapazitäten oder zur vollständigen Betriebsaufgabe gegeben. Heute sind in dieser Region 43% der 13 239 im Agrarsektor Tätigen in Kleinbetrieben mit weniger als 5 ha LF eingesetzt, unter denen sich auch einige Gartenbaubetriebe befinden; mehr als ein Drittel aller Beschäftigten arbeitet in den zahlreichen Nebenerwerbsbetrieben dieses Größenzuschnitts (2 490 Betriebe). Daneben sind 5 171 Personen in den landwirtschaftlichen Unternehmen mit mehr als 10 ha LF beschäftigt, die zur Hälfte im Vollerwerb geführt werden.

Geringere Mobilität in den Wäldergebieten, Hohenlohe, Bauland und Oberschwaben

Während man also in industriell erschlossenen Zonen neben größeren Betrieben meist eine Vielzahl kleiner und kleinster Einheiten vorfindet, herrscht in industriefernen, strukturschwachen Gebieten bis heute ein gewisses Sicherheitsdenken vor, aus dem heraus auch bei außerlandwirtschaftlicher Beschäftigung Fläche nicht oder nur in geringem Umfang abgegeben wird. Im *Vergleichsgebiet 19 „Schwäbischer Wald/Odenwald“* beispielsweise arbeiten deshalb 23% aller mit landwirtschaftlichen Tätigkeiten befaßten Personen in Nebenerwerbsbetrieben mit 5 bis 10 ha LF, während weitere 28% in den 3 337 kleineren Nebenerwerbsbetrieben mit weniger als 5 ha LF eingesetzt sind. Über alle sozialökonomischen Betriebsformen hinweg konzentrieren sich die Beschäftigten der Region zu mehr als 55% auf den Größenbereich „5 – 20 ha LF“. Ein Schlaglicht auf die problematische Einkommenssituation wirft die Tatsache, daß trotz beschränkter natürlicher Ertragsverhältnisse mehr Vollerwerbsbetriebe 10 bis unter 20 ha LF bewirtschaften als 20 ha LF und mehr. Dementsprechend entfällt fast die Hälfte der 5 661 in Vollerwerbsbetrieben Tätigen auf einen Größenbereich, in dem sich für viele Betriebe dieser sozialökonomischen Ausrichtung die Frage der weiteren Existenzfähigkeit stellt.

Mit Ausnahme einiger Kristallisationspunkte um Städte oder größere Orte zählen die *Vergleichsgebiete 20 „Hohenlohe“, 21 „Bauland“ 12 „Donau-Iller“, 11 „Oberland“ und 10 „Allgäu“* zu den relativ dünn besiedelten Regionen des Landes mit weithin ländlicher Prägung. Arbeitsplätze in Industrie, Handel, Gewerbe und im Dienstleistungssektor stehen vielfach nur begrenzt zur Verfügung, so daß die Nebenerwerbslandwirtschaft wegen dieser ungün-

stigen Voraussetzungen geringere Bedeutung erlangte; selbst wenn Landwirte beabsichtigen, ihre Betriebsorganisation auf Zu- oder Nebenerwerb auszurichten, sind sie meist gezwungen, zum außerlandwirtschaftlichen Arbeitsplatz lange Fahrwege mit entsprechend hohem Zeitaufwand in Kauf zu nehmen. Große Entfernungen bilden daher oft einen zusätzlichen Hemmfaktor für die Aufgabe oder Extensivierung der landwirtschaftlichen Produktion. Besonders ausgeprägt zeigt sich dies im Allgäu, wo ein Großteil der 3 699 landwirtschaftlichen Betriebe in Einzelhoflagen weit zerstreut liegt; hier sind nämlich überproportional viele Personen (57%) in Vollerwerbsbetrieben beschäftigt. Rund die Hälfte der überwiegend als Futterbaubetriebe organisierten Unternehmen bewirtschaftet allerdings nur 10 bis unter 20 ha LF – nicht selten bedingt durch extreme Flächenknappheit – und zählt damit heute eher zu den klein- bis mittelbäuerlichen als zu den großen Agrarbetrieben des Landes. Hier erreichen aber nicht nur die Vollerwerbsbetriebe, sondern auch die Zuerwerbsbetriebe ihre relativ größte Bedeutung in Baden-Württemberg: 2 100 oder gut 23% der in der Landwirtschaft Tätigen entfallen auf die 809 Betriebe dieser Erwerbsform, die (entsprechend den Vollerwerbsbetrieben) zur Hälfte zum Größenbereich „10 – 20 ha LF“ gehören und damit deutlich auf die Einkommensproblematik der Betriebe dieser Größe hinweisen. Zurückzuführen ist diese Situation nicht zuletzt auf die seit Jahrhunderten praktizierte geschlossene Hofübergabe, die zwar eine Aufsplitterung in immer kleinere Einheiten verhinderte, aber damit auch den Strukturwandel erschwerte.

Auch im Oberland (31 422 Beschäftigte in 12 724 Betrieben) ist die Landwirtschaft durch das Anwesenrecht geprägt, doch wurde der Wandel der Agrarstruktur hier dadurch erleichtert, daß in zahlreichen Dörfern und Kleinstädten außerlandwirtschaftliche Arbeitsplätze zur Verfügung standen. So arbeiten hier wie auch im benachbarten Gebiet „Donau-Iller“ (6 012 Personen in 2 468 Betrieben), dessen Beschäftigungsstruktur sich nur geringfügig von den Verhältnissen im Oberland unterscheidet, jeweils rund 40% der Beschäftigten in Voll- bzw. Nebenerwerbsbetrieben. Allerdings beschränken sich die Betriebe der letztgenannten Kategorie nicht wie in Realteilungsgebieten vornehmlich auf die Bewirtschaftung kleinerer oder kleinster Flächen; vielmehr sind über ein Drittel der insgesamt auf diese Nebenerwerbsbetriebe entfallenden Arbeitskräfte (12 791 bzw. 2 422 Personen) im Größenbereich „5 – 10 ha LF“ tätig. Gemessen an der Gesamtarbeitsleistung (15 791 AK-Einheiten im Oberland bzw. 3 008 AK-Einheiten in „Donau-Iller“) steht jedoch die Gruppe der Vollerwerbsbetriebe mit einem Anteil von 52% klar im Vordergrund, wobei mehr als ein Viertel der

Arbeitszeit allein in Vollerwerbsbetrieben mit mehr als 20 ha LF eingesetzt wird. Aufgrund ihres meist größeren Flächenumfangs und der intensiveren Wirtschaftsweise beanspruchen die Vollerwerbsbetriebe demzufolge einen wesentlich höheren Prozentsatz der Arbeitskapazität, als es den Verhältnissen bei der Zahl der Arbeitskräfte entspricht.

In den Räumen „Donau-Iller“, „Bessere Alb“ (Ulm-Heidenheim) sowie in „Hohenlohe“ ist seit Jahren eine starke Ausdehnung der Ferkelerzeugung zu beobachten, da viele Betriebe mit dem Ziel der Einkommenssicherung das Schwergewicht ihrer Organisation auf diesen Produktionszweig verlagerten. Eine solche Spezialisierung erfolgt vorrangig in Vollerwerbsbetrieben, die in Hohenlohe mit 47% der Beschäftigten und 44% der Betriebe weit stärker repräsentiert sind als im Landesmittel. Da hier gleichzeitig Betriebe mit mehr als 20 ha LF unabhängig von ihrer sozialökonomischen Ausrichtung überproportional stark vertreten sind, findet sich knapp ein Drittel aller landwirtschaftlich Tätigen in diesem Größenbereich. Nahezu ebenso viele Personen sind in Betrieben mit 10 bis unter 20 ha LF beschäftigt.

Im benachbarten „Bauland“ liegt die durchschnittliche Betriebsgröße niedriger als in „Hohenlohe“, so daß die Nebenerwerbslandwirtschaft dort größere Bedeutung besitzt: Mit 10 762 Personen vereint sie immerhin 58% aller im Agrarsektor der Region Tätigen auf sich. Dabei zeigt sich an den beiden Teilregionen dieses Vergleichsgebietes (21a „Besseres“, 21b „Schlechteres Bauland“) deutlich, wie natürliche Ertragsfähigkeit und sozialökonomische Betriebsausrichtung miteinander korrelieren: Liegt der Anteil der Nebenerwerbsbetriebe im „Besseren Bauland“ bei 62% (56% der Beschäftigten), so steigt er im „Geringeren Bauland“ auf 70% (67%) an, obwohl die größenstrukturelle Verteilung der Betriebe beider Gebiete nur geringfügig differiert. Aufschlußreich erscheint auch ein Vergleich der drei sozialökonomischen Betriebsformen hinsichtlich der durchschnittlichen Arbeitsleistung je Betrieb: Bei den Vollerwerbsbetrieben beträgt der Arbeitskräftebestand je Betrieb 1,7 (Besseres) bzw. 1,6 AK-Einheiten (Schlechteres Bauland), bei den Betrieben mit Zusatzeinkommen 1,4 bzw. 1,2 AK-Einheiten und in Nebenerwerbsbetrieben 0,5 AK-Einheiten. Diese tendenziell in allen Vergleichsgebieten zu beobachtende Erscheinung (Tabelle 3) resultiert nicht nur aus Unterschieden in der Größenstruktur zwischen den Betriebsformen, sondern vielfach auch aus einer Extensivierung der landwirtschaftlichen Produktion bei Aufnahme einer außerbetrieblichen Beschäftigung. Darauf deutet auch die Tatsache, daß die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Personen je landwirtschaftlichem Betrieb in wesentlich engeren Grenzen streut

Tabelle 3

Beschäftigte je Betrieb

Vergleichsgebiet	Personen			AK : Einheiten		
	Betriebe ohne außer- betriebliches Einkommen	Betriebe, in denen das betriebliche Einkommen		Betriebe ohne außer- betriebliches Einkommen	Betriebe, in denen das betriebliche Einkommen	
		größer	kleiner		größer	kleiner
		ist als das außerbetriebliche Einkommen			ist als das außerbetriebliche Einkommen	
001 LVG Unterland/Bergstraße	2,79	2,98	2,03	1,91	1,95	0,64
002 LVG Bessere und Geringere Gäulandschaft	2,78	2,65	2,05	1,82	1,51	0,57
003 LVG Bessere und Geringere Rheinebene	2,73	2,63	2,10	1,72	1,36	0,53
004 LVG Westlicher Bodensee	2,65	2,66	2,06	1,75	1,51	0,65
005 LVG West-Schwarzwald	2,95	2,83	2,37	1,78	1,49	0,68
006 LVG Hochschwarzwald	2,85	2,82	2,19	1,68	1,45	0,61
007 LVG Ost-Schwarzwald	2,67	2,66	2,20	1,64	1,43	0,71
008 LVG Baar	2,68	2,77	2,29	1,73	1,46	0,74
009 LVG Bodensee	2,65	2,56	2,03	1,79	1,59	0,72
010 LVG Allgäu	2,51	2,60	2,06	1,72	1,58	0,80
011 LVG Oberland	2,64	2,65	2,24	1,72	1,45	0,74
012 LVG Donau-Iller	2,59	2,56	2,26	1,67	1,41	0,75
013 LVG Bessere Alb	2,82	2,63	2,31	1,83	1,48	0,80
014 LVG Geringere Alb	2,72	2,76	2,18	1,76	1,51	0,72
015 LVG Heuberg	2,62	2,92	1,85	1,90	1,30	0,41
016 LVG Westliches Albvorland	2,70	2,81	1,97	1,79	1,45	0,51
017 LVG Neckar-Nagold-Gebiet	2,75	2,77	2,06	1,77	1,54	0,54
018 LVG Östliches Albvorland	2,90	2,81	2,09	1,96	1,69	0,66
019 LVG Schwäbischer Wald/Odenwald	2,65	2,74	2,22	1,69	1,47	0,74
020 LVG Hohenlohe	2,78	2,80	2,24	1,79	1,57	0,75
21A LVG Besseres Bauland	2,73	2,63	2,09	1,72	1,39	0,54
21B LVG Geringeres Bauland	2,44	2,47	2,08	1,56	1,21	0,52
Insgesamt	2,72	2,71	2,13	1,76	1,52	0,62

als die der Arbeitskräfteeinheiten. In nahezu allen Vergleichsgebieten können selbst die Nebenerwerbsbetriebe gewöhnlich auf zwei beschäftigte Personen zurückgreifen, während in Zu- und Vollerwerbsbetrieben im Schnitt 2,5 – 3 Beschäftigte zur Verfügung stehen (Tabelle 3). Bei diesen Angaben bleibt jedoch unberücksichtigt, wieweit die einzelne Arbeitskraft durch Tätigkeiten im landwirtschaftlichen Betrieb ausgelastet ist oder daneben noch einer weiteren Beschäftigung im Haushalt des Betriebsinhabers oder in anderer Erwerbstätigkeit nachgeht.

Landwirtschaftliche Arbeitskräfte überwiegend teilbeschäftigt

Tatsächlich ist die Beschäftigungsstruktur des Agrarsektors stärker als die anderer Wirtschaftsbe-
reiche durch „Teilzeitarbeit“ gekennzeichnet. Landesweit stellen nämlich mehr als 77% (= 277 584) der mit landwirtschaftlichen Arbeiten befaßten Personen nur einen Teil ihrer Arbeitskapazität dem landwirtschaftlichen Betrieb zur Ver-

fügung. Lediglich 81 578 Personen oder 23% waren dagegen in jeder der vier Berichtswochen der Landwirtschaftszählung im April 1979 vollbe-
schäftigt, d.h. mindestens 42 Stunden (Familienar-
beitskräfte) bzw. 40 Stunden (familienfremde
Arbeitskräfte) im landwirtschaftlichen Betrieb tätig.
Vergleicht man die Werte der einzelnen Landes-
teile miteinander, dann ergeben sich deutliche
regionale Unterschiede. So schwankt der Anteil
der Teilbeschäftigten an der Gesamtzahl der
Beschäftigten im Extremfall zwischen 58% im
Vergleichsgebiet 10 (Allgäu) und 92% im Ver-
gleichsgebiet 15 (Heuberg). Mehr als 85% Teilbe-
schäftigte weisen außerdem die Betriebe im
Schwarzwald, auf der Westalb, im westlichen Alb-
vorland, im Neckar-Nagold-Gebiet und in Teilen
des Baulandes, also in vorwiegend landwirtschaft-
lich strukturschwachen und zugleich ertragsar-
men Gebieten auf. Demgegenüber zeichnen sich
das Unterland, die Gebiete zwischen Bodensee, All-
gäu und Ostalb sowie Hohenlohe aufgrund günsti-
ger Strukturverhältnisse durch weniger als 75%
Teilbeschäftigte am Gesamtarbeitskräftebestand
aus.

Wenn man nicht nach dem Beschäftigungsgrad, sondern nach der Zugehörigkeit zur Familie des Betriebsinhabers differenziert, ergibt sich, daß das landwirtschaftliche Beschäftigungspotential in Baden-Württemberg zu 95,5% aus Familienangehörigen (einschl. der im Haushalt des Betriebsinhabers lebenden Verwandten) und zu 4,5% (16 095 Personen) aus ständigen familienfremden Arbeitskräften besteht (*Tabelle 2*). Als „ständig familienfremd“ werden Personen bezeichnet, die nicht zur Familie des Betriebsinhabers gehören, im Berichtszeitraum mit betrieblichen Arbeiten beschäftigt waren und in einem unbefristeten oder auf mindestens 3 Monate abgeschlossenen Arbeitsverhältnis zum Betrieb standen. Im Zuge des Strukturwandels führten arbeitssparende Maßnahmen und Verfahren zu einer weitgehenden Reduzierung dieser Lohnarbeitskräfte, die sich heute noch auf knapp 7 200 landwirtschaftliche Betriebe verteilen. Ihr Anteil an der Gesamtzahl aller Arbeitskräfte schwankt von Region zu Region beträchtlich; mit 11% finden sich die relativ meisten familienfremden Arbeitskräfte in dem an Sonderkulturen reichen Vergleichsgebiet 1 „Unterland/Bergstraße“, während sich der entsprechende Wert im Bodenseegebiet um 6% bewegt. Ebenfalls überproportional viele Fremdarbeitskräfte sind aufgrund der großen Bedeutung des Gartenbaus in den Betrieben des „Östlichen Albvorlandes“ eingesetzt, wo sie mehr als 9% aller Beschäftigten stellen. Am geringsten ist der Anteil in einigen strukturschwachen bzw. benachteiligten Regionen (Schwarzwald, Baar, Donau-Iller, Schwäbischer Wald / Odenwald, Bauland), in denen der Anteil der familieneigenen Arbeitspersonen 97 – 99% einnimmt.

Von den familienfremden Arbeitskräften waren 1979 landesweit 9 844 und damit ein wesentlich höherer Prozentsatz (61%) mit betrieblichen Arbeiten ausgelastet als bei den mitarbeitenden Familienangehörigen (21%), die in der Mehrzahl nur zeitweise im landwirtschaftlichen Betrieb tätig sind. Gemessen an der Gesamtzahl aller Teilbeschäftigten liegt der Anteil dieser Personengruppe in allen Vergleichsgebieten bei weit über 90%⁴, zumal man teilbeschäftigte ständige Fremdarbeitskräfte nur sehr selten antrifft. Dies hängt damit zusammen, daß ständige Fremdarbeitskräfte aus Gründen der Lohnkostenstruktur von den meisten Betrieben erst dann eingestellt werden, wenn ein echter Bedarf besteht, so daß Vollbeschäftigung gewährleistet ist. Umgekehrt läßt sich der Einsatz familieneigener Arbeitskräfte, deren Lohnanspruch nicht fix, sondern variabel ist, erheblich flexibler gestalten. Sie üben deshalb neben ihrer betriebli-

chen Tätigkeit vielfach noch eine weitere Beschäftigung in anderen Erwerbsbereichen oder im Haushalt des Betriebsinhabers aus. Insgesamt sind von den 343 067 beschäftigten Familienangehörigen 271 333 oder 79% nur betrieblich teilbeschäftigt, darunter befinden sich allein 100 200 teilbeschäftigte Betriebsinhaber und weitere 90 300 teilbeschäftigte Ehegatten.

Vollbeschäftigte in Vollerwerbsbetrieben überproportional vertreten

Untersucht man die Beschäftigungssituation in Betrieben unterschiedlicher Größe, so zeigen sich unabhängig von der regionalen Zugehörigkeit charakteristische Unterschiede: Mit zunehmender Betriebsgröße steigt der Anteil der vollbeschäftigten Personen in allen Vergleichsgebieten. So sind in der Größenklasse 2 – 5 ha LF nur 9% der Kräfte vollbeschäftigt, in den Betrieben ab 20 ha LF dagegen 47% bei einem Landesdurchschnitt von 23%. Mit hohem Vollbeschäftigungsanteil (30 – 42%) treten vor allem die Vergleichsgebiete „Unterland/Bergstraße“, „Bodensee“, „Allgäu“, „Bessere Alb“ und „Hohenlohe“, also die strukturbegünstigten Gebiete hervor. Eine Besonderheit bildet die Tatsache, daß in den Kleinbetrieben unter 2 ha LF ein vergleichsweise hoher Anteil von Vollbeschäftigten vorliegt und zwar ebenfalls in strukturbegünstigten Gebieten. Die hängt damit zusammen, daß es sich hier um Spezialbetriebe handelt, die notwendigerweise mit vollbeschäftigten Personen arbeiten müssen. Ein Großteil dieser Vollarbeitskräfte gehört aber nicht zur Familie des Betriebsleiters; in manchen Regionen stellen die Fremdarbeitskräfte in diesen Spezialbetrieben sogar mehr als die Hälfte aller Vollbeschäftigten.

Bei einer Differenzierung der Betriebe nach ihrem sozialökonomischen Typ zeigt sich, daß in Betrieben ohne außerbetriebliches Einkommen (*Tabelle 1 und Anhangtabelle 11*) der Beschäftigungsgrad unabhängig von der Betriebsgröße wesentlich höher liegt als im Durchschnitt aller Betriebe: Über alle Vergleichsgebiete und Betriebsgrößenklassen hinweg sind in *Vollerwerbsbetrieben* 48% der Arbeitskräfte vollbeschäftigt. Diese Betriebe stützen sich nämlich in aller Regel sowohl auf einen vollbeschäftigten Betriebsinhaber als auch auf dessen mitarbeitenden Ehegatten und haben ihre Betriebsorganisation dementsprechend ausgerichtet. Von daher wird verständlich, daß der Vollbeschäftigtenanteil nur relativ schwach mit der Betriebsgröße korreliert. Eine Veränderung dieser starren Situation dürfte erst mit dem Übergang zu einer anderen Erwerbsform verbunden sein, in deren Gefolge auch der Betriebsinhaber nicht mehr voll- sondern teilbeschäftigt wäre. Vollbeschäftigte familienfremde Arbeitskräfte machen in einigen

⁴ Bei diesen Zahlenangaben sind nicht-ständige, familienfremde Arbeitskräfte (z. B. Saisonarbeitskräfte) aus methodischen Gründen unberücksichtigt.

von Natur aus begünstigten Landesteilen (Unterland/Bergstraße, Rheinebene, Östliches Albvorland) aber auch in einigen benachteiligten Regionen (Heuberg, Westliches Albvorland, Neckar-Nagold-Gebiet) mehr als 10% der Vollbeschäftigten dieses sozialökonomischen Betriebstyps aus, konzentrieren sich jedoch vorwiegend auf Spezialbetriebe. In benachteiligten Gebieten, besonders am Heuberg, kommt der hohe Anteil der Fremdarbeitskräfte dadurch zustande, daß insgesamt nur relativ wenige Personen vollbeschäftigt sind (Tabelle 1).

In den *Nebenerwerbsbetrieben* überwiegt naturgemäß der Anteil teilbeschäftigter Arbeitskräfte mit 94%, doch sind auf Landesebene immerhin mehr als 11 400 Personen in diesem Betriebstyp vollbeschäftigt (davon 10% Fremdarbeitskräfte). Besonders in den (seltenen) Nebenerwerbsbetrieben mit mehr als 10 ha LF sind prozentual doppelt bis dreimal soviel Menschen mit betrieblichen Arbeiten ausgelastet wie im Durchschnitt. Teilbeschäftigte Personen gehören bei dieser Betriebsform fast ausschließlich der Familie des Betriebsleiters an. Ihr Anteil macht in den meisten Vergleichsgebieten mit Ausnahme einiger Betriebsgrößenkategorien mehr als 99% aus.

Rückgang der Familienarbeitskräfte

Die bisher im einzelnen dargelegten Beschäftigungsstrukturen sind das Resultat von Entwicklungsprozessen, deren Ausmaß im zeitlichen Vergleich besonders deutlich wird. Als Vergleichsbasis bieten sich die Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 1971 an, die allerdings nur in der Regionalgliederung nach Stadt- und Landkreisen vorliegen⁵.

Da die Landwirtschaftszählung 1971 noch nach der alten Kreiseinteilung (vor der Kommunal- und Kreisreform von 1972) aufbereitet wurde, mußten auch hier umfangreiche Vergleichsrechnungen vorgenommen werden.

Aus der Gegenüberstellung des Arbeitskräftebestandes der Jahre 1971 und 1979 geht hervor, daß die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten im letzten Jahrzehnt relativ stärker zurückging (– 28%) als die Zahl der Betriebe (– 20%), so daß 1979 141 430 Personen weniger im Agrarsektor tätig waren als 8 Jahre zuvor (Tabelle 4). Dabei weist der Regierungsbezirk Karlsruhe mit – 35% eine wesentlich höhere Abnahmerate auf als die anderen drei Landesteile, deren Werte sich zwi-

schen – 26% und – 27,5% bewegen. Bezüglich der vollbeschäftigten Arbeitskräfte hat dagegen der Regierungsbezirk Karlsruhe nur einen leicht unterdurchschnittlichen Rückgang zu verzeichnen (– 24% gegenüber – 25% im Land). Hier schieden also relativ mehr teilbeschäftigte Arbeitskräfte (– 37%) aus dem Produktionsprozeß aus als im übrigen Land (– 29%).

Im Gegensatz zu dieser allgemeinen Tendenz steht die Entwicklung bei den *vollbeschäftigten familienfremden Arbeitskräften*, deren Zahl landesweit innerhalb von acht Jahren nahezu auf das Andert-halb-fache anwuchs. Während der Regierungsbezirk Tübingen in diesem Zusammenhang mit +25% das Schlußlicht bildet, ergibt sich im Regierungsbezirk Karlsruhe ein Anstieg von 88%. Lediglich in den Kreisen Freudenstadt, Ravensburg und Tuttlingen wurde die Zahl der Lohnarbeitskräfte reduziert (– 6, – 15 bzw. – 33%), in allen anderen Stadt- und Landkreisen nahm sie dagegen teilweise sprunghaft zu (Heidenheim + 135%; Baden-Baden + 178%; Karlsruhe (Stadt) + 194%; Karlsruhe (Land) + 177%; Pforzheim (Stadt) + 140%). Zurückzuführen ist diese Entwicklung vermutlich auf Ausweitungen des Arbeitskräftepotentials in Gartenbau- und anderen Spezialkulturbetrieben, wozu sicherlich auch die seit Jahren zu beobachtende Produktionsverschiebung in Richtung Zierpflanzenbau beitrug.

Parallel zur Zunahme der vollbeschäftigten Fremdarbeitskräfte ging der Bestand der Teilbeschäftigten erheblich zurück. Landesweit wurden damit immerhin rund 114 200 Personen dem landwirtschaftlichen Produktionsprozeß entzogen. Sowohl die absolute als auch die prozentuale Veränderung im Bestand der Teilbeschäftigten schwankt von Kreis zu Kreis erheblich, maximal zwischen – 9% im Stadtkreis Heidelberg und – 48% im Stadtkreis Karlsruhe. Allerdings läßt sich kein signifikanter Unterschied zwischen wirtschaftlich stärkeren und schwächeren Gebieten nachweisen.

Offensichtlich sind die vorherrschende Betriebsstruktur, die historischen Voraussetzungen (Realteilung, Anerbengebiet) und die Produktionsausrichtung der Betriebe ebenso bedeutsam für die Veränderungen im Arbeitskräftepotential gewesen wie die Wirtschaftskraft der vorhandenen Gewerbe- und Industriegebiete. Demgemäß nahm ungefähr in gleichem Maß wie die Zahl der in der Landwirtschaft tätigen Personen landesweit auch ihre *betriebliche Arbeitsleistung*, gemessen in AK-Einheiten, ab. Belief sich 1971 die gesamte betriebliche Arbeitsleistung noch auf 221 373 AK-Einheiten, so waren es 1979 nur noch 157 696 AK-Einheiten (– 29%). Besonders hoch ist der Rückgang

⁵ Aus technischen und Kostengründen war es bisher nicht möglich, diese Basisdaten nachträglich nach landwirtschaftlichen Vergleichsgebieten aufzubereiten, obwohl dadurch der regionale Vergleich der Beschäftigungsstruktur wesentlich zuverlässiger dargestellt werden könnte. Behelfsweise wird dieser Entwicklungsvergleich daher im folgenden nach Stadt- und Landkreisen durchgeführt.

Tabelle 4

Arbeitskräftevergleich der Landwirtschaftszählung 1979 und 1971

Kreis Regierungsbezirk Land	Landwirtschaftliche Betriebe insgesamt 1979	Veränderung in % gegen 1971	Beschäftigte insgesamt 1979	Veränderung in % gegen 1971	Davon			
					Vollbeschäftigte insgesamt 1979	Veränderung in % gegen 1971	Teilbeschäftigte insgesamt 1979	Veränderung in % gegen 1971
Stuttgart, Stadt	572	- 19,3	1 631	- 22,4	820	+ 2,1	811	- 37,6
Böblingen	2 658	- 28,3	5 953	- 35,6	1 039	- 36,7	4 914	- 35,4
Esslingen	3 449	- 25,8	7 616	- 35,4	1 669	- 24,8	5 947	- 37,8
Göppingen	2 292	- 18,7	5 638	- 25,5	1 844	- 22,6	3 794	- 26,8
Ludwigsburg	3 895	- 16,6	9 373	- 22,8	2 873	- 21,2	6 500	- 23,5
Rems-Murr-Kreis	4 812	- 20,5	11 242	- 26,6	2 878	- 24,1	8 364	- 27,5
Heilbronn, Stadt	440	- 18,7	1 220	- 20,5	558	- 9,3	662	- 28,0
Heilbronn	6 515	- 16,8	14 858	- 25,0	3 805	- 21,9	11 053	- 26,0
Hohenlohekreis	3 914	- 13,1	9 443	- 20,0	2 579	- 23,5	6 864	- 18,5
Schwäbisch Hall	6 502	- 16,3	16 361	- 23,1	4 758	- 24,4	11 603	- 22,6
Main-Tauber-Kreis	5 769	- 20,8	13 445	- 29,7	2 961	- 29,7	10 484	- 29,7
Heidenheim	1 725	- 21,6	4 200	- 30,0	1 209	- 25,0	2 991	- 31,8
Ostalbkreis	6 114	- 17,1	15 529	- 23,4	3 389	- 30,6	12 140	- 21,1
Regierungsbezirk Stuttgart	48 657	- 19,1	116 509	- 26,3	30 382	- 24,7	86 127	- 26,8
Baden-Baden, Stadt	434	- 9,2	1 035	- 19,4	201	+ 11,0	834	- 24,4
Karlsruhe, Stadt	299	- 26,0	807	- 30,1	331	+ 37,9	476	- 47,9
Karlsruhe, Land	4 338	- 31,3	9 264	- 38,6	1 272	- 13,1	7 992	- 41,3
Rastatt	2 652	- 26,5	5 755	- 41,6	682	- 20,5	5 073	- 43,6
Heidelberg, Stadt	201	- 17,6	597	- 15,6	296	- 21,7	301	- 8,5
Mannheim, Stadt	228	- 24,0	637	- 31,9	348	- 14,7	289	- 45,6
Neckar-Odenwald-Kreis	3 675	- 22,9	8 525	- 30,8	1 688	- 31,4	6 837	- 30,7
Rhein-Neckar-Kreis	3 465	- 23,6	8 056	- 31,4	2 077	- 25,4	5 979	- 33,3
Pforzheim, Stadt	140	- 5,4	422	- 4,1	199	+ 35,4	223	- 23,9
Calw	3 094	- 25,4	7 067	- 34,1	964	- 33,1	6 103	- 34,2
Enzkreis	2 294	- 32,6	4 584	- 44,5	727	- 32,7	3 857	- 46,3
Freudenstadt	3 211	- 22,5	6 964	- 34,0	951	- 33,7	6 013	- 34,1
Regierungsbezirk Karlsruhe	24 031	- 26,0	53 713	- 35,3	9 736	- 24,4	43 977	- 37,3
Freiburg, Stadt	573	- 7,3	1 439	- 19,7	381	- 1,8	1 058	- 24,6
Breisgau-Hochschwarzwald	7 261	- 9,9	16 470	- 21,7	3 011	- 23,2	13 459	- 21,3
Emmendingen	4 379	- 10,9	10 249	- 21,6	1 684	- 24,6	8 565	- 21,0
Ortenaukreis	10 088	- 17,1	25 250	- 25,3	4 455	- 24,1	20 795	- 25,6
Rottweil	3 675	- 24,1	8 476	- 32,1	1 086	- 38,6	7 390	- 31,0
Schwarzwald-Baar-Kreis	3 229	- 22,3	7 804	- 29,4	1 517	- 22,6	6 287	- 30,9
Tuttlingen	2 460	- 29,2	5 370	- 42,3	669	- 27,9	4 701	- 43,8
Konstanz	3 245	- 20,1	7 894	- 26,7	2 150	- 25,7	5 744	- 27,1
Lörrach	2 976	- 23,4	7 408	- 30,2	1 423	- 20,6	5 985	- 32,2
Waldshut	4 146	- 25,4	9 654	- 30,0	1 689	- 22,2	7 965	- 31,5
Regierungsbezirk Freiburg	42 032	- 18,8	100 014	- 27,4	18 065	- 24,5	81 949	- 28,0
Reutlingen	4 228	- 20,5	10 087	- 29,0	1 961	- 25,8	8 126	- 29,7
Tübingen	3 014	- 24,1	6 545	- 35,6	838	- 27,1	5 707	- 36,7
Zollernalbkreis	4 237	- 25,7	8 179	- 39,5	797	- 37,6	7 382	- 39,7
Ulm, Stadt	312	- 25,5	856	- 28,4	341	- 13,5	515	- 35,7
Alb-Donau-Kreis	5 374	- 17,2	13 535	- 21,7	3 716	- 27,5	9 819	- 19,2
Biberach	6 016	- 15,4	14 700	- 23,2	4 376	- 24,1	10 324	- 22,8
Bodenseekreis	3 482	- 11,5	8 218	- 23,1	2 759	- 25,6	5 459	- 21,8
Ravensburg	6 476	- 15,5	15 819	- 25,2	6 256	- 24,6	9 563	- 25,6
Sigmaringen	4 420	- 18,1	10 987	- 24,3	2 351	- 29,1	8 636	- 22,9
Regierungsbezirk Tübingen	37 559	- 18,4	88 926	- 27,0	23 395	- 26,1	65 531	- 27,3
Baden-Württemberg	152 279	- 20,0	359 162	- 28,3	81 578	- 25,0	277 584	- 29,1

in den Kreisen, in denen überproportional viele Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft ausschieden und mehr Betriebe aufgegeben wurden als im Durchschnitt des Landes (z.B. Böblingen, Esslingen, Karlsruhe (Land), Rastatt, Tuttlingen) sowie dort,

wo Teilbeschäftigung aufgrund ungünstiger Einkommensverhältnisse im eigentlich landwirtschaftlichen Bereich relativ an Bedeutung gewonnen hat (Main-Tauber, Calw, Freudenstadt, Rottweil, Zollernalb). Von der Gesamtarbeitsleistung werden in

allen Landkreisen mindestens 87% durch Familienarbeitskräfte erbracht, vielfach sogar weit mehr als 90% (z.B. Alb-Donau-Kreis und Tuttlingen 96%); wesentlich darunter liegen die Werte allerdings in einzelnen Stadtkreisen (60 – 70%), am niedrigsten in Pforzheim mit 55%. In diesen Großstädten macht sich wieder der verhältnismäßig hohe Anteil von Gartenbaubetrieben bemerkbar. Insgesamt ging der Anteil der Arbeitsleistung familieneigener Personen an der Gesamtleistung jedoch geringfügig zurück, wofür die oben angeführte Zunahme vollbeschäftigter familienfremder Arbeitskräfte verantwortlich zu machen ist. Gleichzeitig stieg die Bedeutung der ständigen Fremdarbeitskräfte landesweit um 2% an, in einzelnen Regionen liegt die Zuwachsrate sogar wesentlich darüber.

Aufschlußreich erscheint ein Vergleich des durchschnittlichen Besatzes an Arbeitskräften bzw. AK-Einheiten je Betrieb in der zeitlichen Entwicklung (*Anhangtabelle 16*). Läßt man die Stadtkreise außer Betracht, so zeigt sich, daß trotz eines Anstiegs der durchschnittlichen Betriebsgröße im Jahr 1979 rund 0,2 – 0,4 Personen, im Kreis Rastatt sogar 0,6 Personen je Betrieb weniger tätig waren als acht Jahre zuvor, bei allerdings stärkeren Schwankungen der relativen Abnahmeraten. Die durchschnittliche Arbeitsleistung je Betrieb ging entsprechend um knapp 0,1 bis 0,2 AK-Einheiten zurück. Sie liegt damit in einigen Landkreisen (Rastatt, Calw, Freudenstadt, Breisgau-Hochschwarzwald, Emmendingen, Rottweil, Tübingen, Zollernalb, Bodensee) um 15 – 20% unter dem Wert von 1971. Diese Entwicklung wurde allein durch erhebliche Investitionen der Landwirtschaft in Maschinen-, Geräte- und Gebäudekapital ermöglicht, die zu einer weiteren Rationalisierung des Arbeitseinsatzes führten. Gleichzeitig fanden biologisch-technische Fortschritte Eingang in die Praxis, die sowohl im Bereich der pflanzlichen als auch der tierischen Erzeugung teilweise sprunghafte Ertragssteigerungen mit sich brachten. Insgesamt läßt sich also feststellen: Weniger Menschen haben mit Hilfe verbesserter Produktionsverfahren mehr Nahrungsmittel produziert und somit zu einer abermaligen Steigerung der Arbeitsproduktivität beigetragen. Diese wurde insbesondere in den Regionen des Landes verbessert, in denen die betriebliche Arbeitsleistung vergleichsweise stärker reduziert wurde als der Arbeitskräftebestand selbst, wie es in den meisten der 45 Stadt- und Landkreise Baden-Württembergs der Fall ist.

Ermittlung der durchschnittlichen „Tragfähigkeit“ an Arbeitskräften

Trotz der Steigerung der Arbeitsproduktivität hat sich die Einkommenssituation der landwirtschaftli-

Tabelle 5

Einkommen je vollbeschäftigte Arbeitskraft in landwirtschaftlichen Betrieben 1979

Vergleichsgebiet	AK-Einheiten ¹⁾	Betriebseinkommen je AK-Einheit ¹⁾ in DM
001 LVG Unterland/Bergstraße	11 102	25 497
002 LVG Bessere und Geringere Gäulandschaft	16 003	22 660
003 LVG Bessere und Geringere Rheinebene	17 354	21 704
004 LVG Westlicher Bodensee	3 551	19 839
005 LVG West-Schwarzwald	5 133	14 573
006 LVG Hochschwarzwald	3 227	16 240
007 LVG Ost-Schwarzwald	3 374	15 952
008 LVG Baar	3 015	21 201
009 LVG Östlicher Bodensee	2 343	21 224
010 LVG Allgäu	5 212	24 192
011 LVG Oberland	13 913	24 235
012 LVG Donau-Iller	2 614	26 050
013 LVG Bessere Alb	3 987	25 261
014 LVG Geringere Alb	9 283	20 755
015 LVG Heuberg	687	19 829
016 LVG Westliches Albvorland	1 176	17 195
017 LVG Neckar-Nagold-Gebiet	4 720	18 516
018 LVG Östliches Albvorland	5 226	17 386
019 LVG Schwäbischer Wald/Odenwald	7 915	18 526
020 LVG Hohenlohe	7 005	23 229
021 LVG Besseres und Geringeres Bauland	5 993	25 501
Insgesamt	132 833	21 730

¹⁾ Ohne die Arbeitsleistung der in anderer Erwerbstätigkeit vollbeschäftigten Familienangehörigen.

chen Betriebe nicht in gleicher Weise wie in der allgemeinen Wirtschaft verbessert, sofern nicht die einzelbetrieblichen Produktionskapazitäten zu annehmbaren Bedingungen erhöht werden konnten. Nach wie vor ist Baden-Württemberg durch eine Vielzahl klein- bis mittelbäuerlicher Betriebe gekennzeichnet, die infolge ihrer begrenzten Produktionskapazitäten nur für einen kleinen Personenkreis ausreichende Einkommen bereitstellen können. Um diese sogenannte „Tragfähigkeit“ zu ermitteln, wurde aufgrund der einzelnen Produktionskapazitäten der Betriebe der Landwirtschaftszählung 1979 eine Berechnung des Standardbetriebseinkommens mittels kalkulatorischer Durchschnittssätze vorgenommen und die Ergebnisse nach Vergleichsgebieten verdichtet.

Die erforderlichen verfahrensspezifischen Rechengrößen wurden vom Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Umwelt und Forsten aus mehrjährigen Auswertungen von Betriebsbuchführungen gewonnen und für jedes der 21 landwirtschaftlichen Vergleichsgebiete gesondert festgelegt; da der Durchschnitt mehrerer Jahre zugrunde liegt, können die errechneten Standardbetriebseinkommen als nachhaltig gelten. Die Daten wurden mit den Ergebnissen der sektoralen Gesamtrechnung

Tabelle 6

Standardbetriebseinkommen der landwirtschaftlichen Vergleichsgebiete und ihre Tragfähigkeit an Arbeitskräften 1979

Vergleichsgebiet	Standardbe- triebseinkommen (StBE) insgesamt	Tragfähigkeit bei ... DM StBE/AK		Über- / Unterbesatz (-) 1)			
		20 000	25 000	20 000	25 000	20 000	25 000
	DM	AK -- Einheiten				% 2)	
001 LVG Unterland/Bergstraße	283 066 708	14 153	11 323	- 3 051	- 221	- 27,48	- 1,99
002 LVG Bessere und Geringere Gäulandschaft	362 623 932	18 131	14 505	- 2 128	1 498	- 13,30	9,36
003 LVG Bessere und Geringere Rheinebene	376 651 240	18 833	15 066	- 1 479	2 288	- 8,52	13,18
004 LVG Westlicher Bodensee	70 447 863	3 522	2 818	29	733	0,82	20,64
005 LVG West-Schwarzwald	74 802 688	3 740	2 992	1 393	2 141	27,14	41,71
006 LVG Hochschwarzwald	52 405 509	2 620	2 096	607	1 131	18,81	35,05
007 LVG Ost-Schwarzwald	53 821 660	2 691	2 153	683	1 221	20,24	36,19
008 LVG Baar	63 921 170	3 196	2 557	- 181	458	- 6,00	15,19
009 LVG Östlicher Bodensee	49 727 534	2 486	1 989	- 143	354	- 6,10	15,11
010 LVG Allgäu	126 088 686	6 304	5 044	- 1 092	168	- 20,95	3,22
011 LVG Oberland	337 183 945	16 859	13 487	- 2 946	426	- 21,17	3,06
012 LVG Donau-Iller	68 094 962	3 405	2 724	- 791	- 110	- 30,26	- 4,21
013 LVG Bessere Alb	100 717 239	5 036	4 029	- 1 049	- 42	- 26,31	- 1,05
014 LVG Geringere Alb	192 665 008	9 633	7 707	- 350	1 576	- 3,77	16,98
015 LVG Heuberg	13 622 312	681	545	6	142	0,87	20,67
016 LVG Westliches Albvorland	20 221 855	1 011	809	165	367	14,03	31,21
017 LVG Neckar-Nagold-Gebiet	87 394 592	4 370	3 496	350	1 224	7,42	25,93
018 LVG Östliches Albvorland	90 859 836	4 543	3 634	683	1 592	13,07	30,46
019 LVG Schwäbischer Wald/Odenw.	146 631 845	7 332	5 865	583	2 050	7,37	25,90
020 LVG Hohenlohe	162 721 645	8 136	6 509	- 1 131	496	- 16,15	7,08
021 LVG Besseres und Geringeres Bauland	152 826 224	7 641	6 113	- 1 648	- 120	- 27,50	- 2,00
Insgesamt	2 886 496 453	144 323	115 461	- 11 490	17 372	- 8,65	13,08

1) Über-/Unterbesatz an Arbeitskräften bei ... DM StBE/AK - Einheit (ohne die Arbeitsleistung der in anderer Erwerbstätigkeit vollbeschäftigten Familienangehörigen). - 2) Bezogen auf die tatsächlich vorhandenen AK-Einheiten.

des Statistischen Landesamtes⁶ verglichen und auf dieses (getrennt nach Vergleichsgebieten) abgestimmt. Dividiert man das so ermittelte Standardbetriebseinkommen einer Region durch ein Zieleinkommen, so erhält man einen Ausdruck für die Tragfähigkeit eines Vergleichsgebietes an Arbeitskräften.

Die Ergebnisse über das in den Vergleichsgebieten errechnete Standardbetriebseinkommen und die daraus abgeleitete Tragfähigkeit sind in *Tabelle 6* und *Anhangtabelle 13* dargestellt. Danach wird von den bei der Landwirtschaftszählung 1979 erfaßten rund 152 300 landwirtschaftlichen Betrieben ein Betriebseinkommen von knapp 2,9 Mrd. DM erwirtschaftet. Ein erheblicher Teil davon (zusammen rd. 47%) entfällt auf die Vergleichsgebiete „Rheinebene“, „Gäulandschaften“, „Oberland“, und „Unterland/Bergstraße“.

Geht man von einem Standardbetriebseinkommen von 20 000 DM je Arbeitskraft aus, das nach Buchführungsergebnissen für einen großen Teil der Betriebe heute noch charakteristisch ist, so errechnet sich daraus ein möglicher Arbeitskräftebestand von rund 144 300 vollbeschäftigten Personen, der sich gemäß *Tabelle 6* und *Anhangtabelle 13* auf die Vergleichsgebiete aufteilt. Für die o.g. Vergleichsgebiete sind es beispielsweise knapp 68 000 vollbeschäftigte Arbeitskräfte.

An dieser Stelle ist darauf hinzuweisen, daß sich insgesamt mehr *Personen* als angeführt in das Standardbetriebseinkommen einer Region teilen können, zumal ein Großteil von ihnen agrarisch nicht voll-, sondern teilbeschäftigt ist. Zu Vergleichszwecken war jedoch eine Bestimmung der möglichen Anzahl vollbeschäftigter Arbeitskräfte erforderlich, um ihnen das vorhandene Arbeitspotential (gemessen in AK-Einheiten) gegenüberstellen zu können.

⁶ Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: Statistische Berichte, Agrarwirtschaft 68/80 vom 30.1.1981.

Nach dem Stand der Landwirtschaftszählung 1979 wird im Agrarsektor die Leistung von 157 696 ganzjährig vollbeschäftigten Arbeitskräften erbracht. Davon entfallen 24 864 AK-Einheiten auf Familienarbeitskräfte, die neben ihrer betrieblichen Tätigkeit in anderer Erwerbstätigkeit vollbeschäftigt sind und dafür entlohnt werden. Da sie im Normalfall keinen Anspruch auf Einkommen aus der Landwirtschaft geltend machen und außerdem bei völliger Aufgabe ihrer landwirtschaftlichen Beschäftigung nicht mehr auf dem freien Arbeitsmarkt in Erscheinung treten würden, bleibt ihre Arbeitsleistung im folgenden unberücksichtigt. Somit sind die Ergebnisse der Tragfähigkeitsberechnung einem durchschnittlichen Arbeitskräftebestand von 132 833 Vollarbeitskräften gegenüber zu stellen.

Wie aus *Tabelle 5* hervorgeht, stehen auch hier die Vergleichsgebiete „Rheinebene“, „Gäulandschaften“, „Oberland“ und „Unterland/Bergstraße“ mit zusammen rund 58 370 AK-Einheiten oder 44% der Arbeitsleistung im Vordergrund, während „Heuberg“, „Westliches Albvorland“, „Östlicher Bodensee“ und „Donau-Iller“ als die kleinsten landwirtschaftlichen Regionen nur 6 820 oder 5% der AK-Einheiten auf sich vereinigen.

Eine Gegenüberstellung des möglichen (*Tabelle 6 und Anhangtabelle 14*) mit dem tatsächlichen Arbeitskräftebestand nach Vergleichsgebieten zeigt, daß bei einem Standardbetriebseinkommen von 20 000 DM je Vollarbeitskraft die agrarische Tragfähigkeit den gegebenen Arbeitskräftebestand auf Landesebene zwar um 11 490 AK-Einheiten übersteigt, in den Regionen „Westlicher Bodensee“, „Schwarzwald“, „Neckar-Nagold“, „Albvorland“ und den Wäldergebieten aber teilweise weit verfehlt, im Westschwarzwald beispielsweise um 1 393 AK-Einheiten.

Diese Tatsache weist auf erhebliche regionale Unterschiede bezüglich der Einkommenskapazität je vollbeschäftigter Arbeitskraft im Agrarsektor hin: Mit 26 050 DM liegt das durchschnittliche Standardbetriebseinkommen je AK-Einheit im Vergleichsgebiet 12 „Donau-Iller“ um nahezu 80% höher als im „Westschwarzwald“ mit 14 573 DM.

Neben den beschränkten Einkommensverhältnissen in letztgenannter Region sind die landwirtschaftlichen Verdienstmöglichkeiten auch in den Vergleichsgebieten „Hochschwarzwald“, „Ostschwarzwald“, „Westliches“ und „Östliches Albvorland“ relativ bescheiden, so daß die durchschnittlichen Einkommenswerte dieser Gebiete im interregionalen Vergleich dem unteren Einkommensdrittel angehören.

Zum mittleren Einkommensbereich (18 000 – 22 000 DM StBE/Vollarbeitskraft) zählen neben der „Rheinebene“ die Vergleichsgebiete „Bodensee“, „Baar“, „Geringere Alb“, „Heuberg“, „Neckar-Nagold“ und „Schwäbischer Wald/Odenwald“. Soweit es sich dabei um benachteiligte Gebiete handelt, sind die relativ besseren Durchschnittseinkommen offensichtlich darauf zurückzuführen, daß ein merklicher Teil der Gesamtarbeitszeit des Agrarsektors auf Personen entfällt, die zusätzlich zur betrieblichen Tätigkeit in anderweitiger Erwerbstätigkeit vollbeschäftigt sind und deshalb bei der Ermittlung des Durchschnittseinkommens nicht berücksichtigt wurden.

Zu den Agrarregionen des oberen Einkommensdrittels gehören nach der vorliegenden Berechnung die Vergleichsgebiete „Unterland/Bergstraße“, „Gäulandschaften“, „Allgäu“, „Oberland“, „Donau-Iller“, „Bessere Alb“, „Hohenlohe“ und „Bauland“, auf die zusammen knapp 50% der zugrunde gelegten Arbeitsleistung entfallen (*Tabelle 5*).

Modellrechnung zum Arbeitskräftebesatz

Auf der Grundlage der Tragfähigkeitsberechnung lassen sich nun die Auswirkungen veränderter Einkommensvorgaben modellhaft abschätzen. Dabei wird davon ausgegangen, daß steigende Einkommensansprüche bei gleichem Agrarpreisniveau und gleicher Produktionsstruktur nur durchgesetzt werden können, wenn die Zahl der Beschäftigten unter gleichzeitig erhöhtem Kapitaleinsatz verringert wird. Legt man beispielsweise ein Zieleinkommen von 25 000 DM je Vollarbeitskraft und Jahr zugrunde, so müßten im Land Baden-Württemberg bei sonst gleichen Verhältnissen insgesamt 17 372 vollbeschäftigte Arbeitskräfte aus dem Agrarbereich abwandern (*Tabelle 6 sowie Anhangtabellen 14 und 15*). Selbstverständlich ergeben sich bei den unterschiedlichen Einkommensvoraussetzungen zwischen den Agrarregionen bemerkenswerte regionale Unterschiede im Über- bzw. Unterbesatz an Arbeitskräften. Die Verwirklichung des durchschnittlichen Zieleinkommens von 25 000 DM würde für das Vergleichsgebiet „Westschwarzwald“ eine Abwanderung von rund 2 140 oder fast 42% der gegenwärtig vorhandenen Arbeitskräfte voraussetzen, während im Gebiet „Donau-Iller“ noch 4% der Vollarbeitskräfte zusätzlich im Agrarsektor beschäftigt werden könnten.

Ein Betriebseinkommen von 30 000 DM/Vollarbeitskraft, das der derzeit gültigen Schwelle des Einzelbetrieblichen Förderprogramms und zugleich dem gewerblichen Vergleichslohn nach dem Agrarbericht 1981 der Bundesregierung am nächsten kommt, ist mit dem vorhandenen Personalbestand in keinem der 21 Vergleichsgebiete zu reali-

sieren. Dieses Zieleinkommen anzustreben, würde nach der vorliegenden Berechnung je nach Vergleichsgebiet eine Verringerung des Arbeitskräftepotentials um 13 bis 51%, im Landesmittel um 27% oder gut 36 600 Vollarbeitskräfte voraussetzen.

Weitere Erhöhungen des Zieleinkommens, etwa auf 45 000 DM, würden sich in der Modellrechnung bei den Vergleichsgebieten, die nach dem gegenwärtigen Stand dem oberen Einkommensdrittel zuzurechnen sind, relativ stärker auswirken als bei denen mit unterdurchschnittlichem Betriebseinkommen: So würde die Abwanderungsquote im einkommensschwächsten Gebiet (Schwarzwald) nochmals um rund 17% ansteigen (auf 65%), während sie in den Vergleichsgebieten 4 und 12 um 28% und damit wesentlich stärker zunähme, so daß selbst in den besonders begünstigten Agrarzonen mindestens 42% der Arbeitskräfte freigesetzt werden müßten.

Allerdings muß an dieser Stelle nachdrücklich darauf hingewiesen werden, daß sowohl die Tragfähigkeitsberechnung als auch die Feststellung eines eventuellen Über- oder Unterbesatzes an Vollarbeitskräften an zahlreiche Voraussetzungen und Unterstellungen geknüpft sind. So beruhen die der Berechnung des Standardbetriebseinkommens zugrundeliegenden Koeffizienten auf normierten Durchschnittswerten, die zwar gebietsspezifisch zutreffen mögen, aber nicht für den Einzelbetrieb verbindlich sein können.⁷ Weiterhin liegen der Berechnung Annahmen über die Zuordenbarkeit gewisser Gemeinkosten zu einzelnen Produktionsverfahren zugrunde, die nur unter Vorbehalt verallgemeinert werden können.

Schließlich bleibt die Anpassungselastizität der Betriebe unberücksichtigt, die im Rahmen des allgemeinen Strukturwandels durch Flächenerweiterungen oder innerbetriebliche Aufstockung gegeben ist. Endlich ist völlig außer acht gelassen, daß die Abwanderung von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft einen entsprechenden Aufnahmesog seitens der gewerblichen Wirtschaft voraussetzt; die Aufnahmemöglichkeiten sind jedoch hier regional ebenso unterschiedlich wie die agrarische Tragfähigkeit. Die Tragfähigkeitsberechnung sowie die sich daran anschließende Ermittlung eines Über- bzw. Unterbesatzes an Arbeitskräften sind auch dahingehend einzuschränken, daß sie sich auf die Rechengröße der „AK-Einheit“ und nicht auf physische Personen beziehen. Wie oben gezeigt werden konnte, ging in den letzten 10 Jahren aber gerade die Zahl teilbeschäftigter Personen stark

zurück, und auch zukünftig dürfte die Anpassung der Arbeitskapazität infolge des weiterhin hohen Teilbeschäftigtenanteils von 77% stärker über eine Reduzierung dieser Arbeitskräfte als über eine Verringerung der Vollbeschäftigtenzahl erfolgen.

Außerdem ist zu berücksichtigen, daß die durchschnittliche Arbeitszeitbelastung der gegenwärtig vorhandenen Vollarbeitskräfte – vor allem in den Haupterwerbsbetrieben – bereits weit über der üblichen Wochenarbeitszeit eines gewerblich Beschäftigten liegt. Eine weitere Belastung der Familienarbeitskräfte durch außerbetriebliche Tätigkeit würde daher vermutlich teilweise zu einer Produktionseinschränkung (Extensivierung) führen.

Die Tragfähigkeitsberechnung und die Feststellung des Über- bzw. Unterbesatzes an Arbeitskräften in den landwirtschaftlichen Vergleichsgebieten zeigt damit trotz der getroffenen Einschränkungen die zunehmend enger werdenden Grenzen der Agrarpolitik auf.

Zusammenfassung

- Bei der Landwirtschaftszählung 1979 wurde in den 152 279 erfaßten Betrieben ein Bestand von 359 162 Beschäftigten ermittelt, von denen mehr als 95% Familienarbeitskräfte sind. Der größte Teil der in der Landwirtschaft Beschäftigten ist in Nebenerwerbsbetrieben (201 077 Personen) tätig und nur ca. 3/10 (110 801 Personen) in Vollerwerbsbetrieben.
- Regional sind die Arbeitskräfte entsprechend der unterschiedlichen Betriebsstruktur, Produktionsausrichtung und außerbetrieblichen Einkommensmöglichkeiten sehr unterschiedlich auf die landwirtschaftlichen Vergleichsgebiete verteilt. Auf die durch besonders günstige natürliche Verhältnisse gekennzeichneten Vergleichsgebiete „Unterland/Bergstraße“, „Gäulandschaften“, „Rheinebene“ und „Bodensee“ entfallen 134 478 oder 37% aller landwirtschaftlichen Arbeitskräfte; aber auch die wichtigsten benachteiligten Regionen des Schwarzwaldes, das Neckar-Nagold-Gebiet mit der nördlichen Schwarzwaldrandplatte und die Baar vereinigen 18%, und die Schwäbische Alb einschließlich Albvorland sowie Schwäbischer Wald/Odenwald, die ebenfalls großenteils zu den benachteiligten Gebieten gehören, 22% der Arbeitskräfte auf sich.
- 3/4 aller Beschäftigten in der Landwirtschaft Baden-Württembergs sind bei erheblichen regionalen Unterschieden teilbeschäftigt. Durch hohen Teilbeschäftigtenanteil zeichnen sich die

⁷ Diese Werte berücksichtigen weder Unterschiede in der Leistungskraft der Einzelbetriebe noch eventuell gewährte Subventionen oder sonstige Transferzahlungen.

strukturschwachen bzw. benachteiligten Regionen „Schwarzwald“, „Heuberg“, „Westliches Albvorland“, „Neckar-Nagold“ und Teile des „Baulandes“ aus, während im Gegensatz dazu „Unterland/Bergstraße“, die Gebiete zwischen Bodensee, Allgäu und Ostalb sowie Hohenlohe mit einem unterdurchschnittlichen Teilbeschäftigungsanteil hervortreten.

- Mit zunehmender Betriebsgröße steigt der Anteil vollbeschäftigter Arbeitskräfte von 9% (Größenklasse 2 – 5 ha LF) auf 47% (20 ha LF und mehr), aber selbst in Betrieben mit 50 ha LF und mehr ist nur jeder Zweite vollbeschäftigt.
- Im letzten Jahrzehnt ist die Zahl der Arbeitskräfte relativ stärker zurückgegangen (– 28%) als die Zahl der Betriebe (– 20%). Dabei ergeben sich aber keine charakteristischen regionalen Unterschiede, weil die vorherrschende Betriebsstruktur, die historischen Voraussetzungen und die Produktionsausrichtung der Betriebe ebenso bedeutsam für Veränderungen im Arbeitskräftepotential waren wie die Wirtschaftskraft der Gewerbe- und Industriegebiete.
- Im Gegensatz zur allgemeinen Abwanderungstendenz nahm die Zahl der vollbeschäftigten, familienfremden Arbeitskräfte in den Anbauzentren der Gartenbau- und Intensivkulturen zu. Gleichwohl ist die absolute Zahl der Fremdarbeitskräfte (16 095) für die Landwirtschaft Baden-Württembergs nicht mehr von großer Bedeutung.
- Eine Tragfähigkeitsberechnung zeigt, daß bei einem zugrundegelegten Standardbetriebseinkommen von 20 000 DM je Arbeitskraft rund 144 000 Vollarbeitskräften eine Arbeits- und Lebensgrundlage in den knapp 152 300 Betrieben gegeben werden kann. Gut die Hälfte dieser Arbeitskräfte (55%) konzentriert sich auf die Vergleichsgebiete „Unterland/Bergstraße“, „Gäulandschaften“, „Allgäu“, „Oberland“, „Donau-Iller“, „Bessere Alb“, „Hohenlohe“ und „Bauland“. Die mit unterdurchschnittlichen Produktionsbedingungen ausgestatteten Regionen „West-“, „Hoch-“, „Ostschwarzwald“, „Westliches“ und „Östliches Albvorland“ tragen demgegenüber nur 10% der Arbeitskräfte.
- Alternative Modellrechnungen über den vorhandenen bzw. bei steigendem Zieleinkommen entstehenden Unter- bzw. Überbesatz an Vollarbeitskräften betonen die erheblichen regionalen Unterschiede in der agrarischen Tragfähigkeit und verdeutlichen zugleich die engen Grenzen einer weiteren Einkommensverbesserung durch Strukturanpassung.

Anhang

Definitorische Anmerkungen zum Abschnitt „Aufwendungen für die nachwachsende und ältere Generation und Auswirkungen der demographischen Entwicklung“

- A) Für die Nichterwerbspersonen über 65 Jahren gilt demnach die tautologische Beziehung:

$$\frac{SL^{65+}}{EWP} = \frac{SL^{65+}}{NEP^{65+}} \cdot \frac{NEP^{65+}}{EWP}$$

Dabei wird das Sozialleistungsniveau $\frac{SL^{65+}}{NEP^{65+}}$ als konstant betrachtet.

Bei gegebener Entwicklung der demographischen Belastungsquote $\frac{NEP^{65+}}{EWP}$ erhält man die

Soziallast $\frac{SL^{65+}}{EWP}$, die mit den Erwerbspersonen

multipliziert den absoluten Sozialaufwand ergibt.

- B) Ebenfalls für den Fall der Nichterwerbspersonen über 65 Jahre gilt demnach die tautologische Beziehung:

$$\frac{SL^{65+}}{BIP} = \frac{\frac{SL^{65+}}{NEP^{65+}}}{\frac{BIP}{EWP}} \cdot \frac{NEP^{65+}}{EWP}$$

Hierbei wird der Sozialleistungskoeffizient als konstant betrachtet. Bei gegebener Entwicklung der demographischen Belastungsquote erhält man die zukünftige Sozialleistungsquote.

- C) Geht man von diesen Prämissen aus, so ergeben sich für Werte des Jahres 1979 folgende Relationen:

Einkommensleistungen (1/3 fixe und 2/3 variable Ausgaben)

$$\frac{(SL)^E}{EWP_t} = 1143 \cdot BQ_t + 331$$

Sozialer Staatsverbrauch (2/3 fixe und 1/3 variable Ausgaben)

$$\frac{(SL)^S}{EWP_t} = 726 \cdot BQ_t + 842$$

Sozialinvestitionen (3/4 fixe und 1/4 variable Ausgaben)

$$\frac{(SL)^I}{EWP_t} = 128 \cdot BQ_t + 223$$

Der variable Anteil der Ausgaben wird demnach ausgedrückt durch das Produkt aus demographischer Belastungsquote und dem Leistungsniveau (Pro-Kopf-Ausgaben) des variablen Ausgabenanteils. Dies bedeutet zugleich, daß für die von der demographischen Belastungsquote BQ_t abhängigen Ausgaben ein konstantes Pro-Kopf-Leistungsniveau unterstellt wird. Für den unabhängigen Ausgabenanteil gilt diese Annahme nicht; hier steigt das Pro-Kopf-Leistungsniveau bei einer rückläufigen Zahl der Kinder und Jugendlichen.

Unter diesen Annahmen kommt man zu den absoluten Gesamtaufwendungen durch Multiplikation der Soziallast mit den Erwerbstätigen. Danach ergibt sich:

Einkommensleistungen

$$SL_t^E = 4797 \cdot BQ_t + 1389$$

Sozialer Staatsverbrauch

$$SL_t^S = 3047 \cdot BQ_t + 3534$$

Sozialinvestitionen

$$SL_t^I = 537 \cdot BQ_t + 936$$

Aus dem Produkt der demographischen Belastungsquote BQ_t zu einem beliebigen Zeitpunkt t mit der Proportionalitätskonstanten erhält man den variablen Anteil der Aufwendungen, der fixe Ausgabenanteil wird durch den zweiten Summanden auf der rechten Seite der Gleichung ausgedrückt.

Tabelle 1

Institutionelles Sozialbudget (Budget I) nach Funktionen 1979

Institutionen	Insgesamt	Familie			Gesundheit			
		Kinder	Ehe- gatten	Mutter- schaft	Vor- beugung	Krankheit	Arbeits- unfall, Berufs- krankheit	Invali- dität (all- gemein)
	Mill. DM							
Sozialbudget insgesamt	58 548	4 208,1	4 456,9	400,1	1 148,3	15 373,6	1 706,0	2 097,0
Direktleistungen	51 792	4 137,9	528,9	400,1	1 148,3	15 350,2	1 694,3	2 003,3
Soziale Sicherung	39 168	3 555,1	452,5	317,5	773,3	11 402,3	1 124,8	1 319,9
Allgemeine Systeme	32 703	3 101,9	-	303,5	732,9	10 716,5	1 094,7	912,0
Rentenversicherung	15 396	356,6	-	-	531,1	106,6	64,7	912,0
Rentenversicherung der Arbeiter	9 088	236,3	-	-	309,0	45,4	45,4	608,9
Angestelltenversicherung	6 100	115,9	-	-	219,6	61,0	18,3	280,6
Knappschaftliche Renten- versicherung	208	4,4	-	-	2,5	0,2	1,0	22,5
Krankenversicherung	11 672	-	-	303,5	151,7	10 609,9	315,1	-
Unfallversicherung	1 354	66,3	-	-	50,1	-	714,9	-
Arbeitsförderung	1 602	-	-	-	-	-	-	-
Kindergeld	2 679	2 679,0	-	-	-	-	-	-
Sondersysteme	529	9,8	64,2	-	19,8	10,5	1,4	22,3
Altershilfe für Landwirte	389	2,7	64,2	-	19,8	10,5	0,8	17,1
Versorgungswerke	140	7,1	-	-	-	-	0,6	5,2
Beamtenrechtliches System	5 329	438,6	388,0	14,0	20,6	674,7	23,3	303,5
Pensionen	3 794	26,6	-	-	-	-	15,2	303,5
Familienzuschläge	800	412,0	388,0	-	-	-	-	-
Beihilfen	735	-	-	14,0	20,6	674,7	8,1	-
Ergänzungssysteme	607	4,8	0,3	-	-	0,6	5,4	82,1
Zusatzversicherung im öffent- lichen Dienst	594	4,8	-	-	-	0,6	5,3	80,8
Zusatzversicherung für einzelne Berufe	13	-	0,3	-	-	-	0,1	1,3
Arbeitgeberleistungen	5 569	97,4	-	68,4	152,7	3 593,4	552,7	83,0
Entgeltfortzahlung	3 973	-	-	63,6	119,2	3 349,2	441,0	-
Vertragliche und freiwillige Arbeitgeberleistungen	1 596	97,4	-	4,8	33,5	244,2	111,7	83,0
Entschädigungen	2 281	39,6	50,2	3,9	12,6	40,6	-	10,8
Kriegsopferversorgung	1 806	36,1	12,6	-	12,6	34,3	-	10,8
Lastenausgleich	259	-	25,4	-	-	-	-	-
Wiedergutmachung	141	0,3	-	-	-	1,3	-	-
Sonstige Entschädigungen	75	3,2	12,2	3,9	-	5,0	-	-
Soziale Hilfen und Dienste	4 774	445,8	26,2	10,3	209,7	313,9	16,8	589,6
Sozialhilfe	1 404	22,5	19,7	1,4	12,6	285,0	16,8	589,6
Jugendhilfe	592	423,3	6,5	8,9	23,7	5,3	-	-
Ausbildungsförderung	464	-	-	-	-	-	-	-
Wohngeld	177	-	-	-	-	-	-	-
Öffentlicher Gesundheitsdienst	197	-	-	-	173,4	23,6	-	-
Vermögensbildung	1 940	-	-	-	-	-	-	-
Indirekte Leistungen	6 756	70,2	3 928,0	-	-	23,4	11,7	93,7
Steuerermäßigungen	5 854	70,2	3 928,0	-	-	23,4	11,7	93,7
Vergünstigungen im Wohnungswesen	902	-	-	-	-	-	-	-

Beschäftigung			Alter und Hinterbliebene		Folgen politischer Ereignisse	Wohnen	Sparförderung	Allgemeine Lebenshilfen	Institutionen
Berufliche Bildung	Sonstige Mobilität	Arbeitslosigkeit	Alter	Hinterbliebene					
Mill. DM									
1 186,1	522,2	808,0	19 785,0	1 300,2	1 140,5	1 403,1	2 718,6	294,3	Sozialbudget insgesamt
963,6	522,2	808,0	14 404,5	1 300,2	1 064,4	278,6	1 940,0	247,5	Direktleistungen
376,4	464,6	785,5	17 164,5	1 245,3	149,1	-	-	37,2	Soziale Sicherung
376,4	464,6	785,5	13 084,5	956,1	139,4	-	-	35,0	Allgemeine Systeme
-	-	6,9	12 709,4	627,7	81,0	-	-	-	Rentenversicherung
-	-	-	7 434,1	354,4	54,5	-	-	-	Rentenversicherung der Arbeiter
-	-	-	5 124,0	256,2	24,4	-	-	-	Angestelltenversicherung
-	-	6,9	151,3	17,1	2,1	-	-	-	Knappschaftliche Rentenversicherung
-	-	-	-	198,4	58,4	-	-	35,0	Krankenversicherung
17,6	-	-	375,1	130,0	-	-	-	-	Unfallversicherung
358,8	464,6	778,6	-	-	-	0,0	-	-	Arbeitsförderung
-	-	-	-	-	-	-	-	-	Kindergeld
-	-	-	374,1	26,2	0,7	-	-	-	Sondersysteme
-	-	-	257,6	16,3	-	-	-	-	Altershilfe für Landwirte
-	-	-	116,5	9,9	0,7	-	-	-	Versorgungswerke
-	-	-	3 224,9	239,2	-	-	-	2,2	Beamtenrechtliches System
-	-	-	3 224,9	223,8	-	-	-	-	Pensionen
-	-	-	-	-	-	-	-	-	Familienzuschläge
-	-	-	-	15,4	-	-	-	2,2	Beihilfen
-	-	-	481,0	23,8	9,0	-	-	-	Ergänzungssysteme
-	-	-	471,0	22,6	8,9	-	-	-	Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst
-	-	-	10,0	1,2	0,1	-	-	-	Zusatzversicherung für einzelne Berufe
-	-	-	872,9	51,1	-	97,4	-	-	Arbeitgeberleistungen
-	-	-	-	-	-	-	-	-	Entgeltfortzahlung
-	-	-	872,9	51,1	-	97,4	-	-	Vertragliche und freiwillige Arbeitgeberleistungen
5,4	-	18,3	1 128,4	3,8	912,5	4,2	-	50,7	Entschädigung
5,4	-	-	867,1	1,8	825,3	0,0	-	-	Kriegsopferversorgung
-	-	-	197,3	1,8	14,0	-	-	20,5	Lastenausgleich
0,0	-	18,3	64,0	-	57,1	-	-	-	Wiedergutmachung
-	-	-	-	0,2	16,1	4,2	-	30,2	Sonstige Entschädigung
581,8	57,6	4,2	238,7	0,0	2,8	177,0	1 940,0	159,6	Soziale Hilfen und Dienste
98,3	57,6	4,2	238,7	0,0	2,8	0,0	-	54,8	Sozialhilfe
19,5	-	-	-	-	-	-	-	104,8	Jugendhilfe
464,0	-	-	-	-	-	-	-	-	Ausbildungsförderung
-	-	-	-	-	-	177,0	-	-	Wohngeld
-	-	-	-	-	-	-	-	-	Öffentlicher Gesundheitsdienst
-	-	-	-	-	-	-	1 940,0	-	Vermögensbildung
222,5	-	-	380,5	-	76,1	1 124,5	778,6	46,8	Indirekte Leistungen
222,5	-	-	380,5	-	76,1	222,5	778,6	46,8	Steuerermäßigungen
-	-	-	-	-	-	902,0	-	-	Vergünstigungen im Wohnungswesen

Tabelle 2

Studierende an Universitäten

Fächergruppe Studienbereich	Studierende insgesamt									Veränderung WS 1981/82 gegen WS 1973/74 in %
	im Wintersemester									
	1973/74	1974/75	1975/76	1976/77	1977/78	1978/79	1979/80	1980/81	1981/82	
Kulturwissenschaften	9 227	9 771	10 354	10 891	11 138	12 297	12 871	13 908	15 365	66,5
Geschichte	1 261	1 358	1 400	1 434	1 505	1 679	1 824	2 042	2 377	88,5
Kunstwissenschaften	865	953	1 054	1 255	1 233	1 457	1 684	1 810	1 950	125,4
Pädagogik	2 067	2 383	2 475	2 311	2 166	2 191	2 150	2 304	2 487	20,3
Philosophie	970	846	987	1 070	973	1 129	1 284	1 518	1 747	80,1
Psychologie	2 215	2 382	2 396	2 376	2 432	2 485	2 486	2 551	2 639	19,1
Theologie	1 849	1 849	2 042	2 445	2 829	3 356	3 443	3 683	4 165	125,3
Sprachwissenschaften	13 223	13 496	13 316	13 829	14 574	14 133	14 456	15 339	15 920	20,4
Allgemeine Sprach- und Literaturwissenschaften	67	71	82	83	94	110	113	139	204	204,5
Anglistik	3 406	3 534	3 454	3 626	3 892	3 407	3 356	3 350	3 260	- 4,3
Außereuropäische Sprach- und Kulturwissenschaften	355	396	439	499	530	641	780	1 005	1 153	224,8
Germanistik	6 376	6 334	6 380	6 472	6 543	6 430	6 469	6 940	7 131	11,8
Klassische Philologie	280	266	269	294	312	332	367	411	457	63,2
Romanistik	2 200	2 310	2 178	2 344	2 630	2 642	2 827	2 926	3 141	42,8
Slawistik	539	585	514	511	573	571	544	568	574	- 6,5
Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften	16 507	17 264	17 699	18 907	19 271	19 317	18 841	20 279	22 612	- 37,0
Politische Wissenschaften	905	963	921	895	963	965	1 056	1 243	1 429	57,9
Sozialwissenschaften	1 625	1 353	1 310	1 390	1 394	1 441	1 422	1 557	1 626	0,1
Rechtswissenschaften	6 772	7 733	8 345	8 853	9 184	9 402	9 002	9 454	10 468	54,6
Verwaltungswissenschaften	78	110	143	151	195	211	212	248	231	196,2
Wirtschaftswissenschaften	7 127	7 105	6 980	7 618	7 535	7 298	7 149	7 777	8 858	24,3
Mathematik und Naturwissenschaften	18 261	19 394	19 934	20 370	21 040	21 016	20 895	21 910	23 607	29,3
Biologie	3 262	3 404	3 599	3 685	4 044	4 237	4 270	4 545	4 853	48,8
Chemie	3 986	4 182	4 393	4 533	4 750	4 781	4 729	4 939	5 407	35,7
Geographie	790	932	987	979	1 024	1 104	1 059	1 143	1 201	52,0
Geowissenschaften	701	773	850	925	995	1 162	1 276	1 410	1 596	127,7
Informatik	933	1 040	1 154	1 229	1 239	1 327	1 438	1 686	2 010	115,4
Mathematik	4 529	4 723	4 552	4 482	4 292	3 587	3 269	3 074	2 995	- 33,9
Pharmazie	896	1 063	1 123	1 173	1 204	1 304	1 299	1 350	1 427	59,3
Physik	3 164	3 277	3 276	3 364	3 492	3 514	3 555	3 763	4 118	30,2
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	1 899	1 997	2 062	2 139	2 343	2 400	2 541	2 757	2 824	48,7
Agrarwissenschaften	1 331	1 267	1 262	1 297	1 442	1 494	1 619	1 783	1 810	36,0
Forstwissenschaften	303	431	456	466	481	500	493	509	527	73,9
Ernährungs- und Haushaltswissenschaften	265	299	344	376	420	406	429	465	487	83,8
Ingenieurwissenschaften	12 058	12 931	13 426	14 088	14 259	14 289	14 470	15 031	16 492	36,8
Architektur	1 585	1 719	1 765	1 754	1 839	1 956	2 133	2 317	2 527	59,4
Bauingenieur- und Vermessungswesen	2 570	2 690	2 702	2 762	2 685	2 510	2 421	2 406	2 544	- 1,0
Elektrotechnik	2 300	2 500	2 548	2 859	2 812	2 764	2 843	2 908	3 155	37,2
Maschinenbau	3 715	4 078	4 531	4 866	5 150	5 279	5 463	5 796	6 535	75,9
Wirtschaftsingenieurwesen	1 888	1 944	1 880	1 847	1 773	1 780	1 610	1 604	1 731	- 8,3
Medizin	7 969	8 387	8 469	8 934	9 868	11 051	11 748	12 263	12 948	62,5
Allgemeine Medizin	6 960	7 367	7 380	7 827	8 718	9 807	10 486	10 884	11 501	65,2
Zahnmedizin	1 009	1 020	1 089	1 107	1 150	1 244	1 262	1 379	1 447	43,4
Sport	533	767	981	1 142	1 319	1 562	1 762	2 041	2 066	287,6
Insgesamt ¹⁾	79 924	84 228	86 583	90 635	94 198	96 471	98 112	103 915	112 437	40,7
Zunahme gegenüber dem Vorjahr in %	7,9	5,4	2,8	4,7	3,9	2,4	1,7	5,9	8,2	-

1) Einschließlich Studienkolleg, Deutschkurs für Ausländer sowie nicht Studienbereichen zuordenbare Fälle.

Weibliche Studierende									
Anteile an den Studienbereichen insgesamt in %		im Wintersemester		Veränderung WS 1981/82 gegen WS 1973/74 in %	Anteil an den Studienbereichen insgesamt in %		Anteil an den Studierenden insgesamt in %		Fächergruppe Studienbereich
					in Wintersemester				
1973/74	1981/82	1973/74	1981/82		1973/74	1981/82	1973/74	1981/82	
11,5	13,7	3 456	7 019	103,1	15,6	17,9	37,5	45,7	Kulturwissenschaften
1,6	2,1	424	1 027	142,2	1,9	2,6	33,6	43,2	Geschichte
1,1	1,7	386	1 163	201,3	1,7	3,0	44,6	59,6	Kunstwissenschaften
2,6	2,2	1 057	1 485	140,5	4,8	3,9	51,1	59,7	Pädagogik
1,2	1,6	272	571	109,9	1,2	1,5	28,0	32,7	Philosophie
2,8	2,3	1 022	1 376	34,6	4,6	3,5	46,1	52,1	Psychologie
2,3	3,7	295	1 397	373,6	1,3	3,6	16,0	33,5	Theologie
16,5	14,2	7 951	10 675	34,3	35,8	27,2	60,1	67,1	Sprachwissenschaften
0,1	0,2	23	131	469,6	0,1	0,3	34,3	64,2	Allgemeine Sprach- und Literaturwissenschaften
4,3	2,9	2 107	2 328	10,5	9,5	5,9	59,2	71,4	Anglistik
0,4	1,0	154	611	296,8	0,7	1,6	43,4	53,0	Außereuropäische Sprach- und Kulturwissenschaften
8,0	6,3	3 474	4 299	23,7	15,6	10,9	54,5	60,3	Germanistik
0,3	0,4	115	238	107,0	0,5	0,6	41,1	52,1	Klassische Philologie
2,7	2,8	1 691	2 614	54,6	7,6	6,7	76,9	83,2	Romanistik
0,7	0,5	387	454	17,3	1,7	1,2	71,8	79,1	Slawistik
20,6	20,1	3 196	6 744	111,0	14,4	17,2	19,4	29,8	Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften
1,1	1,3	247	457	85,0	1,1	1,2	27,3	32,0	Politische Wissenschaften
2,0	1,4	556	638	14,7	2,5	1,6	34,2	39,2	Sozialwissenschaften
8,5	9,3	1 352	3 499	158,8	6,1	8,9	20,0	33,4	Rechtswissenschaften
0,1	0,2	78	48	38,5	0,4	0,1	100,0	20,8	Verwaltungswissenschaften
8,9	7,9	963	2 102	118,3	4,3	5,4	13,6	23,7	Wirtschaftswissenschaften
22,8	21,0	4 315	6 944	60,9	19,4	17,7	23,6	29,4	Mathematik und Naturwissenschaften
4,1	4,3	1 360	2 322	70,7	6,1	5,9	41,7	47,8	Biologie
5,0	4,8	827	1 450	75,3	3,7	3,7	20,7	26,8	Chemie
1,0	1,1	283	503	77,7	1,3	1,3	35,8	41,9	Geographie
0,9	1,4	120	368	206,7	0,5	0,9	17,1	23,1	Geowissenschaften
1,2	1,8	111	382	244,1	0,5	1,0	11,9	19,0	Informatik
5,7	2,7	965	749	22,4	4,3	1,9	21,3	25,0	Mathematik
1,1	1,3	447	855	91,3	2,0	2,2	49,9	59,9	Pharmazie
3,9	3,7	202	315	55,9	0,9	0,8	6,4	7,6	Physik
2,3	2,5	595	1 083	82,0	2,7	2,8	31,3	38,4	Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften
1,7	1,6	319	595	86,5	1,4	1,5	24,0	32,9	Agrarwissenschaften
0,4	0,5	30	68	126,7	0,1	0,2	9,9	12,9	Forstwissenschaften
0,3	0,4	246	420	70,7	1,1	1,1	92,8	86,2	Ernährungs- und Haushaltswissenschaften
15,0	14,7	519	1 281	146,8	2,3	3,3	4,3	7,8	Ingenieurwissenschaften
2,0	2,2	261	668	155,9	1,2	1,7	16,5	26,4	Architektur
3,2	2,3	106	219	106,6	0,5	0,6	4,1	8,6	Bauingenieur- und Vermessungswesen
2,9	2,8	31	70	125,8	0,1	0,2	1,3	2,2	Elektrotechnik
4,6	5,8	73	194	165,8	0,3	0,5	2,0	3,0	Maschinenbau
2,4	1,5	48	130	170,8	0,2	0,3	2,5	7,5	Wirtschaftsingenieurwesen
9,9	11,5	2 011	4 533	125,4	9,1	11,5	25,2	35,0	Medizin
8,7	10,2	1 842	4 172	126,5	8,3	10,6	26,5	36,3	Allgemeine Medizin
1,3	1,3	169	361	113,6	0,8	1,0	16,7	24,9	Zahnmedizin
0,7	1,8	197	762	286,8	0,9	1,9	37,0	36,9	Sport
100	100	22 220	39 267	76,7	100	100	27,8	34,9	Insgesamt
-	-	-	-	-	-	-	-	-	Zunahme gegenüber dem Vorjahr in %

Tabelle 3

Studierende an Fachhochschulen

Fächergruppe Studienbereich	Studierende insgesamt									Veränderung WS 1981/82 gegen WS 1973/74 in %
	Wintersemester									
	1973/74	1974/75	1975/76	1976/77	1977/78	1978/79	1979/80	1980/81	1981/82 ¹⁾	
Kultur- und Kunstwissenschaft	578	710	929	984	927	977	1 142	1 068	1 112	92,4
Bibliothekswesen	244	374	407	426	355	361	368	393	416	70,5
Produktgestaltung	334	336	371	558	572	611	638	675	696	108,4
Wirtschafts- und Gesellschafts- wissenschaften	5 417	6 266	6 874	7 749	7 850	7 911	9 355	10 362	11 266	108,0
Betriebswirtschaftslehre	1 916	2 211	2 539	2 889	3 019	3 140	3 274	3 507	4 123	115,2
Sozialwesen	2 246	2 625	2 774	3 010	3 002	3 092	3 174	3 372	3 572	59,0
Verwaltungswesen	1 255	1 430	1 561	1 850	1 829	1 679	2 907	3 483	3 571	184,5
Mathematik und Naturwissenschaften	1 033	1 416	1 806	2 120	2 291	2 394	2 545	2 626	2 969	187,4
Chemie	277	395	501	561	612	638	678	745	758	173,7
Informatik	680	933	1 220	1 451	1 583	1 644	1 736	1 751	2 074	205,0
Mathematik	76	88	85	108	96	112	131	130	137	80,3
Agrarwissenschaften	235	285	445	576	654	721	766	866	984	318,7
Ingenieurwissenschaften	8 193	8 869	10 444	11 990	12 546	12 670	12 846	14 263	15 811	93,0
Architektur	1 171	1 264	1 390	1 473	1 359	1 299	1 137	1 305	1 535	31,1
Bauingenieurwesen ³⁾	1 001	1 075	1 411	1 701	1 806	1 851	1 981	2 079	2 160	115,8
Elektrotechnik	1 896	1 897	2 269	2 586	2 626	2 609	2 626	2 797	3 075	62,2
Maschinenbau	3 691	4 158	4 892	5 699	6 173	6 270	6 340	6 700	7 536	104,2
darunter										
Feinwerktechnik	673	721	980	1 175	1 235	1 215	1 154	1 214	1 328	97,3
Fertigungstechnik	498	509	590	763	817	800	692	649	716	43,8
Verfahrenstechnik	244	252	588	617	688	699	585	663	564	131,1
Wirtschaftsingenieurwesen	434	475	482	531	582	641	762	1 382	1 505	246,8
Insgesamt	15 456	17 546	20 498	23 419	24 268	24 673	26 654	29 185	32 142	108,0
Zunahme gegenüber dem Vorjahr in %	5,2	13,5	16,8	14,3	3,6	1,7	8,0	9,5	10,1	-

¹⁾ Ohne 3 240 Studenten der Fachhochschulen des Bundes in Baden-Württemberg. - ²⁾ Ohne 1 203 weibliche Studierende an Fachhochschulen des Bundes in Baden-

		Weibliche Studierende								Fächergruppe Studienbereich
Anteile an den Studien- bereichen insgesamt in %		im Wintersemester		Veränderung WS 1981/82 gegen WS 1973/74 in %	Anteil an den Studien- bereichen insgesamt in %	Anteil an den Studie- renden insgesamt in %				
						im Wintersemester				
1973/74	1981/82	1973/74	1981/82			1973/74	1981/82	1973/74	1981/82	
3,7	3,5	335	707	111,0	11,8	8,2	58,0	63,6	Kultur- und Kunstwissenschaft	
1,6	1,3	206	332	61,2	7,3	3,9	84,4	79,8	Bibliothekswesen	
2,2	2,2	129	375	190,7	4,5	4,4	38,6	53,9	Produktgestaltung	
35,0	35,1	1 801	5 151	186,0	63,5	59,7	33,3	45,7	Wirtschafts- und Gesellschafts- wissenschaften	
12,4	12,8	196	1 451	640,3	6,9	16,8	10,2	35,2	Betriebswirtschaftslehre	
14,5	11,1	1 359	2 277	67,6	47,9	26,4	60,5	63,7	Sozialwesen	
8,1	11,1	246	1 423	478,5	8,7	16,5	19,6	40,0	Verwaltungswesen	
6,7	9,2	154	753	389,0	5,4	8,7	14,9	25,4	Mathematik und Naturwissenschaften	
1,8	2,4	57	289	407,0	2,0	3,4	20,6	38,1	Chemie	
4,4	6,5	72	420	483,3	2,5	4,8	10,6	20,3	Informatik	
0,5	0,4	25	44	76,0	0,9	0,5	32,9	32,1	Mathematik	
1,5	3,1	67	407	367,8	3,1	4,7	37,0	41,4	Agrarwissenschaften	
53,0	49,2	459	1 606	249,9	16,1	18,6	5,6	10,2	Ingenieurwissenschaften	
7,6	4,8	199	509	155,8	7,0	5,9	17,0	33,2	Architektur	
6,5	6,7	46	236	413,0	1,6	2,7	4,6	10,9	Bauingenieurwesen ³⁾	
12,3	9,6	16	65	306,3	0,6	0,8	0,8	2,1	Elektrotechnik	
23,9	23,4	192	553	188,0	6,8	6,4	5,2	7,3	Maschinenbau	
									darunter	
4,4	4,1	11	54	390,9	0,4	0,6	1,6	4,1	Feinwerktechnik	
3,2	2,2	5	18	260,0	0,2	0,2	1,0	2,5	Fertigungstechnik	
1,6	1,8	4	37	825,0	0,1	0,4	1,6	6,6	Verfahrenstechnik	
2,8	4,7	6	243		0,2	2,8	1,4	16,1	Wirtschaftsingenieurwesen	
100	100	2 836	8 624	204,1	100	100	18,4	26,8	Insgesamt	
-	-	-	-	-	-	-	-	-	Zunahme gegenüber dem Vorjahr in %	

Württemberg. - 3) Einschließlich Vermessungswesen.

Tabelle 4

Erstimmatrikulierte an Universitäten

Fächergruppe Studienbereich	Erst- immatrikulierte		Veränderung 1981 gegen 1974	Anteil an den Studien- bereichen insgesamt		Anteil an den Studie- renden insgesamt	
	1974 ¹⁾	1981 ¹⁾		1974	1981	1974 ²⁾	1981 ²⁾
	Anzahl			%			
Kulturwissenschaften	1 416	2 009	41,9	9,2	10,9	15,3	14,4
Geschichte	209	437	109,1	1,4	2,4	16,6	21,4
Kunstwissenschaften	115	268	133,0	0,7	1,5	13,3	14,8
Pädagogik	441	131	- 70,3	2,9	0,7	21,3	5,7
Philosophie	188	319	69,7	1,2	1,7	19,4	21,0
Psychologie	195	300	53,8	1,3	1,6	8,8	11,8
Theologie	268	554	106,7	1,7	3,0	14,5	15,0
Sprachwissenschaften	3 322	3 310	- 0,4	21,6	18,0	25,1	21,6
Allgemeine Sprach- und Literaturwissenschaften	10	46	360,0	0,1	0,3	14,9	33,1
Anglistik	722	535	- 25,9	4,7	2,9	21,2	16,0
Außereuropäische Sprach- und Kulturwissenschaften	76	212	178,9	0,5	1,2	21,4	21,1
Germanistik	1 937	1 766	- 8,8	12,6	9,6	30,4	25,4
Klassische Philologie	47	77	63,8	0,3	0,4	16,8	18,7
Romanistik	445	577	29,7	2,9	3,1	20,2	19,7
Slawistik	85	97	14,1	0,6	0,5	15,8	17,1
Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften	3 282	4 021	22,5	21,3	21,9	19,9	19,8
Politische Wissenschaften	147	254	72,8	1,0	1,4	16,2	20,4
Sozialwissenschaften	396	287	- 27,5	2,6	1,6	24,4	18,4
Rechtswissenschaften	1 546	1 819	17,7	10,0	9,9	22,8	19,2
Wirtschaftswissenschaften	1 193	1 661	39,2	7,8	9,0	16,7	21,4
Mathematik und Naturwissenschaften	3 581	3 899	8,9	23,3	21,2	19,6	17,8
Biologie	538	760	41,3	3,5	4,1	16,5	16,7
Chemie	740	902	21,9	4,8	4,9	18,6	18,3
Geographie	143	186	30,1	0,9	1,0	18,1	16,3
Geowissenschaften	180	277	53,9	1,2	1,5	25,7	19,6
Informatik	181	454	150,8	1,2	2,5	19,4	26,9
Mathematik	1 021	446	- 56,3	6,6	2,4	22,5	14,5
Pharmazie	178	234	31,5	1,2	1,3	19,9	17,3
Physik	600	640	6,7	3,9	3,5	19,0	17,0
Agrar-, Forst-, und Ernährungswissenschaften	528	521	- 1,3	3,4	2,8	27,8	18,9
Agrarwissenschaften	305	348	14,1	2,0	1,9	22,9	19,5
Forstwissenschaften	116	86	- 25,9	0,8	0,5	38,3	16,9
Ernährungs- und Haushaltswissenschaften	107	87	- 18,7	0,7	0,5	40,4	18,7
Ingenieurwissenschaften	2 180	2 485	14,0	14,2	13,5	18,1	16,5
Architektur	134	296	120,9	0,9	1,6	8,5	12,8
Bauingenieur- und Vermessungswesen	507	389	- 23,3	3,3	2,1	19,7	16,2
Elektrotechnik	373	472	26,5	2,4	2,6	16,2	16,2
Maschinenbau	817	1 067	30,6	5,3	5,8	22,0	18,4
Wirtschaftsingenieurwesen	349	261	- 25,2	2,3	1,4	18,5	16,3
Medizin	788	1 475	87,2	5,1	8,0	9,9	12,0
Allgemeine Medizin	678	1 305	92,5	4,4	7,1	9,7	12,0
Zahnmedizin	110	170	54,5	0,7	0,9	10,9	12,3
Sport	194	404	108,2	1,3	2,2	36,4	19,8
Insgesamt	15 386	18 387	19,5	100	100	19,3	17,7

1) Jeweils Studienjahr (Wintersemester 1973/74 und Sommersemester 1974 bzw. WS 1980/81 und SS 1981). - 2) Bezogen auf die Studierenden des jeweiligen Wintersemesters.

Tabelle 5

Erstimmatrikulierte an Fachhochschulen

Fächergruppe Studienbereich	Erstimmatrikulierte		Veränderung 1981 gegen 1974	Anteil an den Studien- bereichen insgesamt		Anteil an den Studie- renden insgesamt	
	1974 ¹⁾	1981 ¹⁾		1974	1981	1974 ²⁾	1981 ²⁾
	Anzahl			%			
Kultur- und Kunstwissenschaften	170	262	54,1	3,6	3,1	29,4	23,6
Bibliothekswesen	72	118	63,9	1,5	1,4	29,5	28,4
Produktgestaltung	98	144	46,9	2,1	1,7	29,3	21,3
Wirtschafts- und Gesellschafts- wissenschaften	2 090	3 338	59,7	44,2	39,1	38,6	32,2
Betriebswirtschaftslehre	668	1 037	55,2	14,1	12,1	34,9	29,6
Sozialwesen	672	724	7,7	14,2	8,5	29,9	21,5
Verwaltungswesen	750	1 577	110,3	15,9	18,5	59,8	45,3
Mathematik und Naturwissenschaften	359	724	101,7	7,6	8,5	34,8	27,6
Chemie	59	236	300,0	1,3	2,8	21,3	31,7
Informatik	272	461	69,5	5,7	5,4	40,0	26,3
Mathematik	28	27	- 3,6	0,6	0,3	36,8	20,8
Agrarwissenschaften	110	261	137,3	2,3	3,0	46,8	30,1
Ingenieurwissenschaften	2 004	3 960	97,6	42,3	46,3	24,5	25,0
Architektur	422	409	- 3,1	8,9	4,8	36,0	31,3
Bauingenieurwesen	356	527	48,0	7,5	6,2	35,6	25,4
Elektrotechnik	408	794	94,6	8,6	9,3	21,5	28,4
Maschinenbau	747	1 854	148,2	15,8	21,7	20,2	24,6
darunter							
Feinwerktechnik	95	360	279,0	2,0	4,2	14,1	29,7
Fertigungstechnik	39	162	315,4	0,8	1,9	7,8	25,0
Verfahrenstechnik	102	339	252,9	2,2	4,2	41,8	63,8
Wirtschaftsingenieurwesen	71	376	429,6	1,5	4,4	16,4	27,2
Insgesamt	4 733	8 545	80,5	100	100	30,6	29,3

1) Jeweils Studienjahr (Wintersemester 1973/74 und Sommersemester 1974 bzw. Wintersemester 1980/81 und Sommersemester 1981); - 2) Bezogen auf die Studierenden des jeweiligen Wintersemesters.

Tabelle 6

Veränderung des Studentenbestandes an Universitäten im Studienverlauf (WS 1977/78 bis SS 1981)

Fächergruppe Studienbereich	Studienanfänger im Wintersemester 1977/78			Von den Studienanfängern im Wintersemester 1977/78 (1. Fachsemester) befanden sich im			
	1. Hochschul- semester	1. Fachsemester		6. Fachsemester SS 1980		8. Fachsemester SS 1981	
	Anzahl		in % des 1. Hochschul- semesters	Anzahl	in % des 1. Fach- semesters	Anzahl	in % des 1. Fach- semesters
Kulturwissenschaften	1 195	1 743	145,9	1 550	74,0	1 290	88,9
Geschichte	216	258	119,4	172	64,3	166	66,7
Kunstwissenschaften	93	179	192,5	131	60,9	109	73,2
Pädagogik	126	409	324,6	283	47,2	193	69,2
Philosophie	98	122	124,5	73	57,4	70	59,8
Psychologie	223	335	150,2	288	70,7	237	86,0
Theologie	439	440	100,2	603	117,0	515	137,0
Sprachwissenschaften	2 404	2 629	109,4	1 577	50,4	1 326	60,0
Allgemeine Sprach- und Literaturwissenschaften	15	25	166,7	11	36,0	9	44,0
Anglistik	637	721	113,2	455	50,9	367	63,1
Außereuropäische Sprach- und Kultur- wissenschaften	55	82	149,1	59	63,4	52	72,0
Germanistik	1 021	1 042	102,1	576	50,0	521	55,3
Klassische Philologie	50	56	112,0	50	80,4	45	89,3
Romanistik	530	594	112,1	346	44,8	266	58,2
Slawistik	96	109	113,5	80	60,6	66	73,4
Wirtschafts- und Gesellschafts- wissenschaften	2 685	3 080	114,7	2 108	65,6	2 021	68,4
Politische Wissenschaften	119	147	123,5	105	63,9	94	71,4
Sozialwissenschaften	259	335	129,3	137	34,9	117	40,9
Rechtswissenschaften	1 138	1 253	110,1	982	76,9	964	78,4
Verwaltungswissenschaften	1	5	.	9	.	11	.
Wirtschaftswissenschaften	1 168	1 340	114,7	875	62,3	835	65,3
Mathematik und Naturwissenschaften	2 966	3 285	110,8	2 443	69,0	2 268	74,4
Biologie	643	751	116,8	603	73,8	554	80,3
Chemie	705	740	105,0	515	64,5	477	69,6
Geographie	81	102	125,9	92	84,3	86	90,2
Geowissenschaften	124	145	116,9	127	82,8	120	87,6
Informatik	197	218	110,7	147	65,6	143	67,4
Mathematik	539	589	109,3	371	56,7	334	63,0
Pharmazie	132	145	109,2	156	95,9	139	107,6
Physik	545	595	109,2	432	69,7	415	72,6
Agrar- Forst- und Ernährungs- wissenschaften	417	485	116,3	395	73,8	358	81,4
Agrarwissenschaften	250	299	119,6	236	70,9	212	78,9
Forstwissenschaften	89	99	111,2	85	76,8	76	85,9
Ernährungs- und Haushalts- wissenschaften	78	87	111,5	74	80,5	70	85,1
Ingenieurwissenschaften	2 223	2 561	115,2	1 931	69,7	1 786	75,4
Architektur	267	339	127,0	347	97,3	330	102,4
Bauingenieur- und Vermessungswesen	405	454	114,8	289	55,7	253	63,7
Elektrotechnik	398	434	109,0	341	73,7	320	78,6
Maschinenbau	930	1 085	116,7	762	64,1	696	70,2
Wirtschaftsingenieurwesen	223	249	111,7	192	75,1	187	77,1
Medizin	770	1 031	133,9	1 233	118,1	1 218	119,6
Allgemeine Medizin	679	919	135,3	1 095	118,1	1 085	119,2
Zahnmedizin	91	112	123,1	138	118,8	133	123,2
Sport	140	161	115,0	226	128,0	206	140,4
Insgesamt ¹⁾	13 006	15 205	116,9	11 472	68,9	10 478	75,4

1) Einschließlich Studienkolleg, Deutschkurs für Ausländer sowie nicht zuordenbare Fälle.

Tabelle 7

Inlandsversorgung des Bundesgebietes mit Produkten des Verarbeitenden Gewerbes

Jahr	Inlandsversorgung des Bundesgebiets	Davon durch Produkte aus					
		Baden-Württemberg		anderen Bundesländern		dem Ausland	
		1000 DM	%	1000 DM	%	1000 DM	%
Spalt- und Brutstoffe							
1970	-	-	-	-	-	-	-
1980	1 555 960	-	-	274 639	17,65	1 281 321	82,35
Steine und Erden (1980 mit Asbestwaren)							
1970	16 343 888	2 305 664	14,11	12 526 822	76,65	1 511 402	9,25
1980	29 738 313	4 040 572	13,59	21 979 275	73,91	3 718 466	12,50
Eisen und Stahl							
1970	27 206 524	215 745	0,79	21 133 989	77,68	5 856 790	21,53
1980	39 082 319	383 523	0,98	27 555 239	70,51	11 143 557	28,51
Eisen-, Stahl- und Temperguß							
1970	5 146 249	582 714	11,32	4 411 435	85,72	152 100	2,96
1980	6 768 802	721 199	10,65	5 627 061	83,13	420 542	6,21
Zieherei- und Kaltwalzwerkezeugnisse							
1970	6 693 763	588 867	8,80	5 540 636	82,77	564 260	8,43
1980	8 639 747	899 023	10,41	6 418 130	74,29	1 322 594	15,31
NE-Metalle und NE-Metallhalbzeug							
1970	16 466 120	1 156 160	7,02	7 047 159	42,80	8 262 801	50,18
1980	32 342 910	2 438 394	7,54	13 726 479	42,44	16 178 037	50,02
NE-Metallguß							
1970	1 713 915	491 493	28,68	1 197 924	69,89	24 498	1,43
1980	2 829 902	860 056	30,39	1 903 968	67,28	65 878	2,33
Mineralölerzeugnisse							
1970	20 695 280	2 313 926	11,18	15 742 022	76,07	2 639 332	12,75
1980	76 122 529	5 084 087	6,68	52 327 402	68,74	18 711 040	24,58
Chemische Erzeugnisse							
1970	42 650 507	4 071 227	9,55	30 409 646	71,30	8 169 634	19,15
1980	92 929 609	7 867 750	8,47	58 514 088	62,97	26 547 771	28,57
Schnittholz, Sperrholz und sonstiges bearbeitetes Holz							
1970	5 783 724	842 186	14,56	3 364 415	58,17	1 577 123	27,27
1980	12 198 789	1 592 984	13,06	6 599 818	54,10	4 005 987	32,84
Holzschliff, Zellstoff, Papier, Pappe							
1970	7 260 882	1 110 153	15,29	3 144 015	43,30	3 006 714	41,41
1980	14 350 285	1 913 485	13,33	5 413 274	37,72	7 023 526	48,94
Gummiwaren (1970 mit Asbestwaren)							
1970	6 658 268	815 253	12,24	4 814 486	72,31	1 028 529	15,45
1980	10 603 324	955 692	9,01	6 603 107	62,27	3 044 525	28,71
Stahlbauerzeugnisse und Schienenfahrzeuge							
1970	9 866 853	1 094 380	11,09	8 420 073	85,34	352 400	3,57
1980	18 165 011	1 988 321	10,95	14 989 605	82,52	1 187 085	6,54
Maschinenbauerzeugnisse							
1970	42 788 223	8 743 325	20,43	27 495 228	64,26	6 549 670	15,31
1980	79 769 876	17 152 843	21,50	46 197 801	57,91	16 419 232	20,58
Straßenfahrzeuge							
1970	30 574 152	6 149 582	20,11	19 527 641	63,87	4 896 929	16,02
1980	81 220 232	17 037 535	20,98	48 188 769	59,33	15 993 928	19,69
Wasser-, Luft- und Raumfahrzeuge							
1970	5 367 628	117 073	2,18	3 353 737	62,48	1 896 818	35,34
1980	14 240 325	414 776	2,91	7 243 818	50,87	6 581 731	46,22
Elektrotechnische Erzeugnisse							
1970	44 376 554	9 274 939	20,90	29 340 189	66,11	5 761 426	12,98
1980	91 642 265	18 275 105	19,94	52 588 396	57,38	20 778 764	22,67
Feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren							
1970	4 868 200	1 637 291	33,63	2 084 196	42,81	1 146 713	23,56
1980	13 632 354	3 105 871	22,78	5 667 742	41,58	4 858 741	35,64

Noch: Tabelle 7

Inlandsversorgung des Bundesgebietes mit Produkten des Verarbeitenden Gewerbes

Jahr	Inlandsversorgung des Bundesgebiets	Davon durch Produkte aus					
		Baden-Württemberg		anderen Bundesländern		dem Ausland	
		1000 DM	%	1000 DM	%	1000 DM	%
Erzeugnisse der Stahlverformung							
1970	7 788 526	1 317 469	16,92	6 139 063	78,82	331 994	4,26
1980	13 158 379	2 586 874	19,66	9 436 645	71,72	1 134 860	8,62
Eisen-, Blech- und Metallwaren							
1970	19 503 625	3 290 468	16,87	14 479 031	74,24	1 734 126	8,89
1980	32 254 585	5 600 451	17,36	21 225 345	65,81	5 428 789	16,83
Büromaschinen, ADV							
1970	4 591 262	358 432	7,81	2 251 678	49,04	1 581 152	43,15
1980	10 674 204	847 813	7,94	4 041 462	37,86	5 784 929	54,20
Feinkeramik							
1970	2 088 217	119 406	5,72	1 632 571	78,18	336 240	16,10
1980	4 176 228	197 963	4,74	2 427 147	58,12	1 551 118	37,14
Glas und Glaswaren							
1970	4 297 778	410 414	9,55	3 266 206	76,00	621 158	14,45
1980	8 438 939	824 885	9,77	5 909 016	70,02	1 705 038	20,20
Holzwaren							
1970	11 626 587	2 341 143	20,14	8 641 593	74,33	643 851	5,54
1980	28 576 689	5 075 159	17,76	19 923 596	69,72	3 577 934	12,52
Musikinstrumente, Spielwaren, Sportgeräte, Schmuck usw.							
1970	2 619 242	731 252	27,92	945 404	36,09	972 586	35,99
1980	10 163 048	1 578 643	15,53	2 717 627	26,74	5 866 778	57,73
Papier- und Pappwaren							
1970	7 325 469	1 304 502	17,81	5 701 653	77,83	319 314	4,36
1980	14 386 812	2 461 766	17,11	10 693 220	74,33	1 231 826	8,56
Druckereierzeugnisse, Lichtpausen							
1970	9 641 337	1 652 663	17,14	7 608 017	78,91	380 657	3,95
1980	19 406 473	3 502 918	18,05	14 863 775	76,59	1 039 780	5,36
Kunststofferzeugnisse							
1970	10 301 173	1 843 108	17,89	7 495 500	72,76	962 565	9,34
1980	26 545 868	4 145 102	15,61	18 416 192	69,37	3 984 574	15,01
Leder							
1970	1 117 669	343 553	30,74	369 123	33,03	404 993	36,24
1980	1 810 848	331 131	18,29	517 707	28,59	962 010	53,12
Lederwaren							
1970	1 525 510	204 745	13,42	1 103 887	72,36	216 878	14,22
1980	2 743 582	200 676	7,31	1 409 942	51,39	1 132 964	41,30
Schuhe							
1970	3 877 570	569 985	14,70	2 487 561	64,15	820 024	21,15
1980	7 281 775	678 508	9,32	3 034 011	41,67	3 569 256	49,02
Textilien							
1970	27 487 480	5 970 992	21,72	14 969 703	54,46	6 546 785	23,82
1980	41 672 086	7 758 677	18,62	16 603 926	39,84	17 309 483	41,54
Bekleidung							
1970	15 735 901	1 887 680	12,00	11 585 650	73,63	2 262 571	14,38
1980	28 879 877	2 584 223	8,95	15 755 271	54,55	10 540 383	36,50
Reparatur von Gebrauchsgütern ohne elektrische Geräte							
1970	-	-	-	-	-	-	-
1980	33 583	26 087	77,68	7 496	22,32	-	-
Nahrungs- und Genußmittel							
1970	74 665 422	7 196 207	9,64	58 354 232	78,15	9 114 983	12,21
1980	139 535 162	14 141 511	10,13	104 634 725	74,99	20 758 926	14,88
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt							
1970	498 653 498	71 051 997	14,25	346 584 485	69,50	81 017 016	16,25
1980	1 015 570 690	137 273 603	13,52	633 435 714	62,37	244 861 373	24,11

Tabelle 8

Importe ausgewählter Produkte des Verarbeitenden Gewerbes in das Bundesgebiet nach Herkunftsländern

Jahre	Importe insgesamt	Davon aus ...						
		EG-Ländern	übriges Europa	USA/Kanada	Japan	übrigen westlichen Industrie- ländern	außer- europäischen Entwicklungs- ländern	Staatshandels- ländern
	1000 DM							
Steine und Erden								
1970	1 511 402	52,71	22,32	12,30	0,07	4,44	2,91	5,25
1980	3 862 375	58,00	20,39	11,66	0,45	2,63	2,48	4,39
Chemische Erzeugnisse								
1970	8 169 634	60,92	10,78	19,93	2,96	0,17	2,19	3,05
1980	26 547 771	68,26	12,68	19,32	2,87	0,37	2,02	4,47
Schnitt-, Sperrholz und sonstiges bearbeitetes Holz								
1970	1 577 123	20,39	35,80	11,99	10,44	0,06	10,82	20,50
1980	4 005 987	18,00	38,18	13,83	0,14	0,29	18,73	10,84
Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe								
1970	3 006 714	22,72	55,17	20,46	0,13	0,11	0,16	1,25
1980	7 023 526	27,14	49,13	19,06	0,22	0,18	1,97	2,31
Stahlbauerzeugnisse								
1970	352 400	71,44	25,05	1,70	0,22	0,01	0,04	1,54
1980	1 187 085	67,12	27,51	2,58	0,27	0,00	0,58	1,93
Maschinenbauerzeugnisse								
1970	6 549 670	56,97	21,96	15,75	2,64	0,05	0,42	2,21
1980	16 419 232	52,59	27,26	11,79	5,11	0,08	1,12	2,05
Straßenfahrzeuge								
1970	4 896 929	91,79	3,88	2,92	0,29	0,05	0,41	0,66
1980	15 993 928	70,10	10,49	2,41	14,30	0,08	1,73	0,90
Elektrotechnische Erzeugnisse								
1970	5 761 426	58,01	13,57	19,19	6,54	0,05	1,60	1,04
1980	20 778 764	42,48	18,78	14,80	13,49	0,04	9,40	1,02
Feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren								
1970	1 146 713	46,10	23,65	15,36	12,93	0,21	0,93	0,82
1980	4 858 741	33,14	20,13	13,33	23,48	0,08	9,09	0,75
Eisen-, Blech- und Metallwaren								
1970	1 734 126	64,85	18,48	7,88	5,42	0,12	0,87	2,38
1980	5 428 789	54,64	25,59	5,72	5,62	0,07	5,84	2,51
Holzwaren								
1970	643 851	62,10	20,76	0,87	1,80	0,03	5,83	8,61
1980	3 577 934	55,80	23,65	0,78	0,44	0,19	6,28	12,86
Musikinstrumente, Spielwaren usw.								
1970	942 586	57,98	11,82	2,30	11,98	0,61	13,73	1,58
1980	5 866 778	27,14	9,45	29,27	5,17	9,97	15,12	3,87
Papier- und Pappwaren								
1970	319 314	81,00	11,45	5,30	1,53	0,00	0,48	0,24
1980	1 231 826	66,40	20,52	5,78	1,67	0,00	4,98	0,64
Kunststofferzeugnisse								
1970	962 565	75,77	8,72	10,76	2,27	0,01	1,71	0,76
1980	3 984 574	71,72	15,54	5,93	2,06	0,04	4,04	0,68
Textilien								
1970	6 546 785	71,32	9,30	1,11	2,11	0,92	12,71	2,53
1980	17 309 483	53,33	17,55	1,91	1,62	0,93	20,34	4,33
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt								
1970	81 017 016	57,86	15,05	11,95	2,46	1,30	7,42	3,96
1980	245 005 282	53,73	17,14	9,17	4,19	1,17	9,63	4,97

Tabelle 9

Veränderung der Importe und Exporte des Bundesgebietes zwischen 1970 und 1980

Produktionsgruppe	Veränderung der (des)		
	Importe	Exporte	Außenhandelsüberschusses
	Mill. DM		
Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes	+ 60 670,0	+ 48 594,3	- 12 075,7
Spalt- und Brutstoffe	-	-	-
Steine und Erden	+ 2 207,1	+ 1 833,0	- 374,1
Eisen- und Stahl	+ 5 286,8	+ 8 609,7	+ 3 322,9
Eisen-, Stahl- und Temperguß	+ 268,4	+ 703,9	+ 435,5
Zieherei- und Kaltwalzwerkerzeugnisse	+ 758,3	+ 1 131,1	+ 372,8
NE-Metalle und -Metallhalbzeug	+ 7 915,2	+ 4 187,3	- 3 727,9
NE -Metallguß	+ 41,4	+ 178,6	+ 137,2
Mineralölerzeugnisse	+ 16 071,7	+ 1 918,9	- 14 152,8
Chemische Erzeugnisse	+ 18 378,2	+ 25 963,1	+ 7 584,9
Schnittholz, Sperrholz und sonstiges	+ 2 428,9	+ 561,4	- 1 867,5
Holzschliff, Zellstoff, Papier, Pappe	+ 4 016,8	+ 2 003,7	- 2 013,1
Gummiwaren und Asbestwaren	+ 2 016,0	+ 1 445,6	- 570,4
Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes	+ 53 516,9	+ 92 998,2	+ 39 481,3
Stahlbauerzeugnisse und Schienenfahrzeuge	+ 834,7	+ 3 589,5	+ 2 754,8
Maschinenbauerzeugnisse	+ 9 869,5	+ 29 167,7	+ 19 298,2
Straßenfahrzeuge	+ 11 097,0	+ 28 551,2	+ 17 454,2
Wasserfahrzeuge	- 266,3	+ 689,1	+ 955,4
Luft- und Raumfahrzeuge	+ 4 951,2	+ 2 210,9	- 2 740,3
Elektrotechnische Erzeugnisse	+ 15 017,4	+ 19 361,5	+ 4 344,1
Feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	+ 3 712,0	+ 2 292,7	- 1 419,3
Erzeugnisse der Stahlverformung	+ 802,9	+ 1 234,3	+ 431,4
Eisen-, Blech- und Metallwaren	+ 3 694,7	+ 3 857,9	+ 163,2
Büromaschinen, ADV	+ 3 803,7	+ 2 043,2	- 1 760,5
Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes	+ 38 013,6	+ 15 233,6	- 22 780,0
Feinkeramik	+ 1 214,9	+ 521,8	- 693,1
Glas und Glaswaren	+ 1 083,8	+ 1 028,4	- 55,4
Holzwaren	+ 2 934,0	+ 1 852,3	- 1 081,7
Musikinstrumente, Spielwaren usw.	+ 4 924,2	+ 925,1	- 3 999,1
Papier- und Pappwaren	+ 912,5	+ 1 060,9	+ 148,4
Druckerzeugnisse, Lichtpausen	+ 659,1	+ 881,2	+ 222,1
Kunststofferzeugnisse	+ 3 022,0	+ 3 373,6	+ 351,6
Leder	+ 557,0	+ 28,0	- 529,0
Lederwaren	+ 916,1	+ 108,9	- 807,2
Schuhe	+ 2 749,3	+ 317,0	- 2 432,3
Textilien	+ 10 762,7	+ 3 098,9	- 7 663,8
Bekleidung	+ 8 277,8	+ 2 034,6	- 6 243,2
Nahrungs- und Genußmittel	+ 11 643,9	+ 7 735,4	- 3 908,5
Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbe insgesamt	+ 163 844,4	+ 164 561,5	+ 717,1

Tabelle 10

Entwicklung der Anteile der baden-württembergischen Ausfuhren am Weltexport nach Warenbereichen und ausgewählten Warenarten

SITC II	Warenbenennung ¹⁾	1975	1976	1977	1978	1979	Veränderung des Weltex- ports 1979 gegen 1975
0	Nahrungsmittel und lebende Tiere, vorw. zur Ernährung	0,37	0,36	0,39	0,44	0,50	46,6
1	Getränke und Tabak	0,11	0,12	0,16	0,15	0,23	87,6
2	Rohstoffe (ausgen. Nahrungsmittel und mineral. Brennstoffe)	0,47	0,50	0,47	0,50	0,51	84,2
3	Mineral. Brennstoffe, Schmiermittel und verw. Erzeugnisse	0,08	0,10	0,07	0,07	0,35	48,7
4	Tier- u. pflanzl. Öle, Fette und Wachse	1,17	0,94	0,87	0,62	0,61	99,7
5	Chemische Erzeugnisse	1,38	1,53	1,52	1,52	1,53	108,0
53	darunter Farbstoffe, Gerbstoffe und Farben	2,89	3,10	3,10	3,41	3,55	101,4
54	Mediz. u. pharmaz. Erzeugnisse	2,82	3,15	3,00	2,91	3,01	83,2
6	Bearb. Waren vorw. nach Beschaffenheit gegliedert	1,48	1,57	1,56	1,55	1,60	84,7
62	darunter Kautschukwaren, a.n.g.	2,44	2,39	2,56	2,28	2,16	76,7
65	Garne, Gewebe, fertigest. Spinnstoffe u. verw. Erz.	2,71	2,74	2,64	2,58	2,73	84,8
69	Metallwaren, a.n.g.	2,99	3,13	3,01	3,06	3,37	81,9
7	Maschinenbau- u. elektrotechn. Erz., Fahrzeuge	4,12	4,04	4,21	4,27	4,38	80,6
71	darunter Kraftmaschinen u. Kraftmaschinenausrüstungen	-2)	-2)	-2)	3,82	5,08	83,9
713	darunter Kolbenverbrennungsmotoren	6,51	-2)	5,84	5,73	6,29	83,9
72	Arbeitsmaschinen für besondere Zwecke	-2)	-2)	-2)	5,17	7,51	53,2
721	darunter Landw. Maschinen (ohne Ackerschlepper)	2,41	2,59	2,87	2,95	2,67	50,2
722	Ackerschlepper	5,91	6,60	7,99	7,84	8,33	38,5
724	Masch., App., Geräte f.d. Textil- u. Lederindustrie	7,13	7,46	7,39	6,88	6,90	39,9
725	Masch., App. f.d. Papier- u. Papierhalbstoffherstellung	8,01	7,61	10,33	7,70	7,37	52,3
726	Druckerei- u. Buchbindereimasch., -app., -geräte	12,01	15,04	16,16	15,35	16,21	112,3
728	And. Masch., App., Geräte u. Ausrüst. f. bes. Zwecke	5,07	4,55	5,37	5,18	5,52	33,3
73	Metallbearbeitungsmaschinen	-2)	-2)	-2)	9,82	11,91	55,2
736	darunter Werkzeugmasch. z. Bearb. v. Metallen u. Halbmetallen	13,43	12,11	12,27	11,72	11,57	63,7
737	Metallbearbeitungsm. (andere als Werkzeugmasch.)	1,79	2,37	2,36	2,88	2,68	24,8
74	Maschinen, Apparate, Geräte f. versch. Zwecke, a.n.g.	-2)	-2)	-2)	5,46	3,88	69,6
741	darunter Einrichtungen zum Heizen und Kühlen	3,87	3,65	3,63	3,78	3,52	67,2
742	Flüssigkeitspumpen	6,51	6,16	6,26	6,52	6,94	78,5
743	Pumpen (andere als Flüssigk.pumpen) u. Kompressoren	3,14	3,40	4,17	3,42	3,74	78,5
744	Masch., App., Geräte zum Heben oder Fördern	2,55	2,81	3,38	3,45	2,87	44,4
745	Andere Masch., App., Geräte, Werkzeuge u. -masch., nicht elektr.	8,45	8,53	8,72	8,73	8,50	95,9
749	Teile u. Zubehör (nicht elektr.) f. Masch., App., Geräte	4,22	4,51	4,93	4,96	5,02	67,3
76	Geräte f. Nachrichtentechnik; Bild- u. Tonaufnahme- und Wiedergabegeräte	-3)	-3)	-3)	2,25	2,28	93,0
761	darunter Fernsichtungsgeräte	-3)	2,08	2,51	3,05	3,41	78,4
77	Elektr. Maschinen, Apparate, Geräte, a.n.g.	-3)	-3)	-3)	5,04	3,70	109,1
772	darunter Elektr. Geräte zum Schließen, Öffnen, usw.	4,71	4,56	5,44	5,79	6,12	127,1
774	Elektromediz. u. radiolog. Apparate und Geräte	2,48	2,60	2,21	2,56	2,75	116,2
775	Elektr. und nichtelektr. Haushaltsgeräte	7,96	8,94	7,83	6,93	6,42	46,0
778	Elektr. Maschinen, Apparate, Geräte	5,04	4,96	4,75	5,30	4,98	112,4
78	Straßenfahrzeuge (einschl. Luftkissenfahrzeuge)	-4)	-4)	-4)	4,78	5,34	98,9
781	darunter Personenkraftwagen, einschl. Kombinationskraftwagen	5,64	5,11	5,94	5,70	6,51	120,1
782	Lastkraftwagen u. Kraftwagen zu bes. Zwecken	4,57	4,41	3,52	3,26	3,55	60,6
783	Straßenkraftfahrzeuge, a.n.g.	7,50	8,05	8,66	11,94	13,98	91,4
786	Anhänger u. a. Fahrzeuge ohne mech. Antrieb	4,62	4,41	4,60	5,71	6,71	55,1
8	Sonstige bearbeitete Waren	3,41	3,38	3,44	3,41	3,39	115,5
82	darunter Möbel und Teile davon	4,07	4,09	4,51	4,46	4,34	143,4
87	Med-, Prüf- u. Kontrollinstr. u. -geräte, a.n.g.	6,34	6,21	6,08	5,39	6,04	104,6
88	Fotogr. App. u. Zubehör, Opt. Waren, a.n.g.; Uhnmacherwaren	8,54	8,46	7,88	8,29	8,33	100,0
872	darunter Mediz. Instrumente, Apparate und Geräte	5,30	5,74	6,13	6,84	6,73	53,6
874	Instr., App. u. Geräte z. Messen, Prüfen, Analys. u. Kontr.	9,98	11,42	10,94	10,71	10,06	95,9
884	Optische Erzeugnisse, a.n.g.	7,51	6,99	6,66	6,11	6,09	117,7
885	Uhnmacherwaren	3,17	3,25	3,32	3,59	3,35	121,0
89	Sonstige bearbeitete Waren, a.n.g.	3,04	3,21	3,30	3,78	3,86	86,0
892	darunter Druckereierzeugnisse	1,99	2,09	2,02	2,15	2,05	134,4
894	Kindervagen, Spielzeug, Spiele, Sportgeräte	3,45	3,58	3,36	3,42	3,58	118,3
895	Bürobedarf, a.n.g.	9,88	9,64	8,47	7,77	7,00	237,2
897	Schmuckwaren, Gold- u. Silberschmiedewaren	6,49	6,29	5,73	5,70	5,50	149,9
898	Musikinstrumente, Teile und Zubehör davon						
Insgesamt		1,67	1,68	1,75	1,82	1,77	56,2

1) In den darunter-Positionen sind alle 2-Steller (für SITC 0 bis 6) bzw. alle 3-Steller (SITC 7 und 8) aufgeführt in denen Baden-Württemberg 1979 einen Anteil am Weltexport von 2 % und mehr hatte. - 2) SITC II: 71, 72, 73, 74 und 75: 1975 = 5,19 %, 1976 = 5,21 %, 1977 = 5,42 %. - 3) SITC II: 76 und 77: 1975 = 3,30 %, 1976 = 3,34 %, 1977 = 3,35 %. - 4) SITC II: 78 und 79: 1975 = 3,36 %, 1976 = 3,25 %, 1977 = 3,52 %.

Tabelle 11

Beschäftigte in landwirtschaftlichen Betrieben 1979 ohne außerbetriebliches Einkommen

Vergleichsgebiet	Landwirtschaftliche Betriebe insgesamt	Beschäftigte insgesamt	Davon			
			Vollbeschäftigte zusammen		Teilbeschäftigte zusammen	
			Anzahl	%	Anzahl	%
001 LVG Unterland/Bergstraße	3 272	9 143	4 697	51,4	4 446	48,6
002 LVG Bessere und geringere Gäulandschaft	4 535	12 599	6 130	48,7	6 469	51,3
003 LVG Bessere und geringere Rheinebene	5 381	14 675	6 714	45,8	7 961	54,2
004 LVG Westlicher Bodensee	1 157	3 066	1 364	51,0	1 502	49,0
005 LVG Westlicher Schwarzwald	1 586	4 681	2 018	43,1	2 663	56,9
006 LVG Hochschwarzwald	740	2 106	888	42,2	1 218	57,8
007 LVG Östlicher Schwarzwald	607	1 621	714	44,0	907	56,0
008 LVG Baar	725	1 942	904	46,5	1 038	53,5
009 LVG Östlicher Bodensee	851	2 253	1 163	51,6	1 090	48,4
010 LVG Allgäu	2 045	5 141	2 698	52,5	2 443	47,5
011 LVG Oberland	4 739	12 495	5 998	48,0	6 497	52,0
012 LVG Donau-Iller	942	2 439	1 137	46,6	1 302	53,4
013 LVG Bessere Alb	1 335	3 765	1 806	48,0	1 959	52,0
014 LVG Geringere Alb	2 086	5 669	2 675	47,2	2 994	52,8
015 LVG Heuberg	101	265	151	57,0	114	43,0
016 LVG Westliches Albvorland	168	453	221	48,8	232	51,2
017 LVG Neckar-Nagold-Gebiet	837	2 302	1 123	48,8	1 179	51,2
018 LVG Östliches Albvorland	1 273	3 692	1 908	51,7	1 784	48,3
019 LVG Schwäbischer Wald/Odenwald	2 140	5 661	2 669	47,1	2 992	52,9
020 LVG Hohenlohe	2 542	7 071	3 368	47,6	3 703	52,4
21A LVG Besseres Bauland	1 729	4 721	2 175	46,1	2 546	53,9
21B LVG Geringeres Bauland	322	785	366	46,6	419	53,4
Insgesamt	39 113	106 545	51 087	47,9	55 448	52,0

Tabelle 12

Beschäftigte in landwirtschaftlichen Betrieben 1979, in denen das betriebliche Einkommen kleiner ist als

Vergleichsgebiet	Landwirtschaftliche Betriebe insgesamt	Beschäftigte insgesamt	Davon			
			Vollbeschäftigte zusammen		Teilbeschäftigte zusammen	
			Anzahl	%	Anzahl	%
001 LVG Unterland/Bergstraße	4 240	8 590	735	8,6	7 855	91,4
002 LVG Bessere und geringere Gäulandschaft	13 416	27 452	1 578	5,7	25 874	94,3
003 LVG Bessere und geringere Rheinebene	16 191	34 022	1 115	3,3	32 907	96,7
004 LVG Westlicher Bodensee	1 698	3 504	349	10,0	3 155	90,0
005 LVG Westlicher Schwarzwald	3 832	9 098	445	4,9	8 653	95,1
006 LVG Hochschwarzwald	3 905	8 548	365	4,3	8 183	95,7
007 LVG Östlicher Schwarzwald	3 721	8 200	535	6,5	7 665	93,5
008 LVG Baar	2 127	4 879	300	6,1	4 579	93,9
009 LVG Östlicher Bodensee	524	1 066	127	11,9	939	88,1
010 LVG Allgäu	824	1 696	233	13,7	1 463	86,3
011 LVG Oberland	5 704	12 791	872	6,8	11 919	93,2
012 LVG Donau-Iller	1 073	2 422	178	7,3	2 244	92,7
013 LVG Bessere Alb	1 499	3 457	271	7,8	3 186	92,2
014 LVG Geringere Alb	7 114	15 499	1 073	6,9	14 426	93,1
015 LVG Heuberg	1 780	3 291	91	2,8	3 200	97,2
016 LVG Westliches Albvorland	2 139	4 210	171	4,1	4 039	95,9
017 LVG Neckar-Nagold-Gebiet	7 242	14 884	652	4,4	14 232	95,6
018 LVG Östliches Albvorland	3 651	7 642	582	7,6	7 060	92,4
019 LVG Schwäbischer Wald/Odenwald	6 219	13 828	964	7,0	12 864	93,0
020 LVG Hohenlohe	2 338	5 236	451	8,6	4 785	91,4
21A LVG Besseres Bauland	4 028	8 429	317	3,8	8 112	96,2
21B LVG Geringeres Bauland	1 119	2 333	49	2,1	2 284	97,9
Insgesamt	94 384	201 077	11 453	5,7	189 624	94,3

Vollbeschäftigte familienfremde Kräfte	Anteil an den Vollbeschäftigten zusammen	Teilbeschäftigte Familien- kräfte	Anteil an den Teilbeschäftigten zusammen	Vergleichsgebiet
Anzahl	%	Anzahl	%	
648	13,8	4 144	93,2	Unterland/Bergstraße LVG 001
571	9,3	6 127	94,7	Bessere und geringere Gäulandschaft LVG 002
804	12,0	7 685	96,5	Bessere und geringere Rheinebene LVG 003
92	5,9	1 456	96,9	Westlicher Bodensee LVG 004
96	4,8	2 610	98,0	Westlicher Schwarzwald LVG 005
49	5,5	1 203	98,8	Hochschwarzwald LVG 006
35	4,9	882	97,2	Östlicher Schwarzwald LVG 007
69	7,6	1 020	98,3	Baar LVG 008
80	6,9	1 056	96,9	Östlicher Bodensee LVG 009
91	3,4	2 374	97,2	Allgäu LVG 010
303	5,1	6 322	97,3	Oberland LVG 011
44	3,9	1 274	97,8	Donau-Ilser LVG 012
143	7,9	1 866	95,3	Bessere Alb LVG 013
111	4,1	2 923	97,6	Geringere Alb LVG 014
38	25,2	104	91,2	Heuberg LVG 015
29	13,1	219	94,4	Westliches Albvorland LVG 016
139	12,4	1 130	95,8	Neckar-Nagold-Gebiet LVG 017
346	18,1	1 640	91,9	Östliches Albvorland LVG 018
116	4,3	2 941	98,3	Schwäbischer Wald/Odenwald LVG 019
118	3,5	3 631	98,1	Hohenlohe LVG 020
115	5,3	2 494	98,0	Besseres Bauland LVG 21A
10	2,7	413	98,6	Geringeres Bauland LVG 21B
4 047	7,9	53 514	96,5	Insgesamt

das außerbetriebliche Einkommen

Vollbeschäftigte familienfremde Kräfte	Anteil an den Vollbeschäftigten zusammen	Teilbeschäftigte Familien- kräfte	Anteil an den Teilbeschäftigten zusammen	Vergleichsgebiet
Anzahl	%	Anzahl	%	
156	21,2	7 696	98,0	Unterland/Bergstraße LVG 001
196	12,4	25 469	98,4	Bessere und geringere Gäulandschaft LVG 002
183	16,4	32 668	99,3	Bessere und geringere Rheinebene LVG 003
79	22,6	3 107	98,5	Westlicher Bodensee LVG 004
45	10,1	8 612	99,5	Westlicher Schwarzwald LVG 005
22	6,0	8 145	99,5	Hochschwarzwald LVG 006
20	3,7	7 611	99,3	Östlicher Schwarzwald LVG 007
33	11,0	4 560	99,6	Baar LVG 008
16	12,6	916	97,6	Östlicher Bodensee LVG 009
33	14,2	1 443	98,6	Allgäu LVG 010
70	8,0	11 825	99,2	Oberland LVG 011
9	5,1	2 225	99,2	Donau-Ilser LVG 012
10	3,7	3 154	99,0	Bessere Alb LVG 013
48	4,5	14 291	99,1	Geringere Alb LVG 014
6	6,6	3 115	97,3	Heuberg LVG 015
19	11,1	3 985	98,7	Westliches Albvorland LVG 016
60	9,2	13 996	98,3	Neckar-Nagold-Gebiet LVG 017
53	9,1	6 873	97,4	Östliches Albvorland LVG 018
36	3,7	12 753	99,1	Schwäbischer Wald/Odenwald LVG 019
28	6,2	4 750	99,3	Hohenlohe LVG 020
41	12,9	8 055	99,3	Besseres Bauland LVG 21A
1	2,0	2 273	99,5	Geringeres Bauland LVG 21B
1 164	10,2	187 522	98,9	Insgesamt

Tabelle 13

Standardbetriebseinkommen (StBE) der landwirtschaftlichen Vergleichsgebiete und ihre Tragfähigkeit an

Vergleichsgebiet	St BE insgesamt in DM	Tragfähigkeit an Arbeitskräften		
		15 000	20 000	25 000
001 LVG Unterland/Bergstraße	283 066 708	18 871	14 153	11 323
002 LVG Bessere und geringere Gäulandschaft	362 623 932	24 175	18 131	14 505
003 LVG Bessere und geringere Rheinebene	376 651 240	25 110	18 833	15 066
004 LVG Westlicher Bodensee	70 447 863	4 697	3 522	2 818
005 LVG Westlicher Schwarzwald	74 802 688	4 987	3 740	2 992
006 LVG Hochschwarzwald	52 405 509	3 494	2 620	2 096
007 LVG Östlicher Schwarzwald	53 821 660	3 588	2 691	2 153
008 LVG Baar	63 921 170	4 261	3 196	2 557
009 LVG Östlicher Bodensee	49 727 534	3 315	2 486	1 989
010 LVG Allgäu	126 088 686	8 406	6 304	5 044
011 LVG Oberland	337 183 945	22 479	16 859	13 487
012 LVG Donau-Iller	68 094 962	4 540	3 405	2 724
013 LVG Bessere Alb	100 717 239	6 714	5 036	4 029
014 LVG Geringere Alb	192 665 008	12 844	9 633	7 707
015 LVG Heuberg	13 622 312	908	681	545
016 LVG Westliches Albvorland	20 221 855	1 348	1 011	809
017 LVG Neckar-Nagold-Gebiet	87 394 592	5 826	4 370	3 496
018 LVG Östliches Albvorland	90 859 836	6 057	4 543	3 634
019 LVG Schwäbischer Wald/Odenwald	146 631 845	9 775	7 332	5 865
020 LVG Hohenlohe	162 721 645	10 848	8 136	6 509
021 LVG Besseres und geringeres Bauland	152 826 224	10 188	7 641	6 113
Insgesamt	2 886 496 453	192 431	144 323	115 461

Tabelle 14

Überbesatz an Arbeitskräften nach Standardbetriebseinkommen/AK-Einheit¹⁾

Vergleichsgebiet	Übersatz an Arbeitskräften			
	15 000	20 000	25 000	30 000
001 LVG Unterland/Bergstraße	- 7 769	- 3 051	- 221	1 666
002 LVG Bessere und geringere Gäulandschaft	- 8 172	- 2 128	1 498	3 916
003 LVG Bessere und geringere Rheinebene	- 7 756	- 1 479	2 288	4 799
004 LVG Westlicher Bodensee	- 1 146	29	733	1 203
005 LVG Westlicher Schwarzwald	146	1 393	2 141	2 640
006 LVG Hochschwarzwald	- 267	607	1 131	1 480
007 LVG Östlicher Schwarzwald	- 214	683	1 221	1 580
008 LVG Baar	- 1 246	- 181	458	884
009 LVG Östlicher Bodensee	- 972	- 143	354	685
010 LVG Allgäu	- 3 194	- 1 092	168	1 009
011 LVG Oberland	- 8 566	- 2 946	426	2 674
012 LVG Donau-Iller	- 1 926	- 791	- 110	344
013 LVG Bessere Alb	- 2 727	- 1 049	- 42	630
014 LVG Geringere Alb	- 3 561	- 350	1 576	2 861
015 LVG Heuberg	- 221	6	142	233
016 LVG Westliches Albvorland	- 172	165	367	502
017 LVG Neckar-Nagold-Gebiet	- 1 106	350	1 224	1 807
018 LVG Östliches Albvorland	- 831	683	1 592	2 197
019 LVG Schwäbischer Wald/Odenwald	- 1 860	583	2 050	3 027
020 LVG Hohenlohe	- 3 843	- 1 131	496	1 581
021 LVG Besseres und geringeres Bauland	- 4 195	- 1 648	- 120	899
Insgesamt	- 59 598	- 11 490	17 372	36 617

1) Ohne die Arbeitsleistung der in anderer Erwerbstätigkeit vollbeschäftigten Familienangehörigen.

Arbeitskräften

bei ... DM St BE/AK-Einheit					Vergleichsgebiet	
30 000	35 000	40 000	45 000	50 000		
9 436	8 088	7 077	6 290	5 661	Unterland/Bergstraße	LVG 001
12 087	10 361	9 066	8 058	7 252	Bessere und geringere Göländschaft	LVG 002
12 555	10 761	9 416	8 370	7 533	Bessere und geringere Rheinebene	LVG 003
2 348	2 013	1 761	1 566	1 409	Westlicher Bodensee	LVG 004
2 493	2 137	1 970	1 662	1 496	Westlicher Schwarzwald	LVG 005
1 747	1 497	1 310	1 165	1 048	Hochschwarzwald	LVG 006
1 794	1 538	1 346	1 196	1 076	Östlicher Schwarzwald	LVG 007
2 131	1 826	1 598	1 420	1 278	Baar	LVG 008
1 658	1 421	1 243	1 105	995	Östlicher Bodensee	LVG 009
4 203	3 603	3 152	2 802	2 522	Allgäu	LVG 010
11 239	9 634	8 430	7 493	6 744	Oberland	LVG 011
2 270	1 946	1 702	1 513	1 362	Donau-Ilser	LVG 012
3 357	2 878	2 518	2 238	2 014	Bessere Alb	LVG 013
6 422	5 505	4 817	4 281	3 853	Geringere Alb	LVG 014
454	389	341	303	272	Heuberg	LVG 015
674	578	506	449	404	Westliches Albvorland	LVG 016
2 913	2 497	2 185	1 942	1 748	Neckar-Nagold-Gebiet	LVG 017
3 029	2 596	2 271	2 019	1 817	Östliches Albvorland	LVG 018
4 888	4 189	3 666	3 258	2 933	Schwäbischer Wald/Odenwald	LVG 019
5 424	4 649	4 068	3 616	3 254	Hohenlohe	LVG 020
5 094	4 366	3 821	3 396	3 057	Besseres und geringeres Bauland	LVG 021
96 216	82 472	72 164	64 142	57 728	Insgesamt	

bei ... DM St BE/AK-Einheit ¹⁾				Vergleichsgebiet	
35 000	40 000	45 000	50 000		
3 014	4 025	4 812	5 441	Unterland/Bergstraße	LVG 001
5 642	6 937	7 945	8 751	Bessere und geringere Göländschaft	LVG 002
6 593	7 938	8 984	9 821	Bessere und geringere Rheinebene	LVG 003
1 538	1 790	1 985	2 142	Westlicher Bodensee	LVG 004
2 996	3 263	3 471	3 637	Westlicher Schwarzwald	LVG 005
1 730	1 917	2 062	2 179	Hochschwarzwald	LVG 006
1 836	2 028	2 178	2 298	Östlicher Schwarzwald	LVG 007
1 189	1 417	1 595	1 737	Baar	LVG 008
922	1 100	1 238	1 348	Östlicher Bodensee	LVG 009
1 609	2 060	2 410	2 690	Allgäu	LVG 010
4 279	5 483	6 420	7 169	Oberland	LVG 011
668	912	1 101	1 252	Donau-Ilser	LVG 012
1 109	1 469	1 749	1 973	Bessere Alb	LVG 013
3 778	4 466	5 002	5 430	Geringere Alb	LVG 014
298	346	384	415	Heuberg	LVG 015
598	670	727	772	Westliches Albvorland	LVG 016
2 223	2 535	2 778	2 972	Neckar-Nagold-Gebiet	LVG 017
2 630	2 955	3 207	3 409	Östliches Albvorland	LVG 018
3 726	4 249	4 657	4 982	Schwäbischer Wald/Odenwald	LVG 019
2 356	2 937	3 389	3 751	Hohenlohe	LVG 020
1 627	2 172	2 597	2 936	Besseres und geringeres Bauland	LVG 021
50 361	60 669	68 691	75 105	Insgesamt	

Tabelle 15

Überbesatz an Arbeitskräften nach Standardbetriebseinkommen/AK-Einheit in % der vorhandenen AK-Einheiten¹⁾

Vergleichsgebiet	Überbesatz an Arbeitskräften bei ... DM St BE/AK-Einheit			
	15 000	20 000	25 000	30 000
	in % der vorhandenen AK-Einheiten ¹⁾			
001 LVG Unterland/Bergstraße	- 69,98	- 27,48	- 1,99	15,01
002 LVG Bessere und geringere Gäulandschaft	- 51,07	- 13,30	9,36	24,47
003 LVG Bessere und geringere Rheinebene	- 44,69	- 8,52	13,18	27,65
004 LVG Westlicher Bodensee	- 32,27	0,82	20,64	33,88
005 LVG Westlicher Schwarzwald	2,84	27,14	41,71	51,43
006 LVG Hochschwarzwald	- 8,27	18,81	35,05	45,86
007 LVG Östlicher Schwarzwald	- 6,34	20,24	36,19	46,83
008 LVG Baar	- 41,33	- 6,00	15,19	29,32
009 LVG Östlicher Bodensee	- 41,49	- 6,10	15,11	29,24
010 LVG Allgäu	- 61,28	- 20,95	3,22	19,36
011 LVG Oberland	- 61,57	- 21,17	3,06	19,22
012 LVG Donau-Ilser	- 73,68	- 30,26	- 4,21	13,16
013 LVG Bessere Alb	- 68,40	- 26,31	- 1,05	15,80
014 LVG Geringere Alb	- 38,36	- 3,77	16,98	30,82
015 LVG Heuberg	- 32,17	0,87	20,67	33,92
016 LVG Westliches Albvorland	- 14,63	14,03	31,21	42,69
017 LVG Neckar-Nagold-Gebiet	- 23,43	7,42	25,93	38,28
018 LVG Östliches Albvorland	- 15,90	13,07	30,46	42,04
019 LVG Schwäbischer Wald/Odenwald	- 23,50	7,37	25,90	38,24
020 LVG Hohenlohe	- 54,86	- 16,15	7,08	22,57
021 LVG Besseres und geringeres Bauland	- 70,00	- 27,50	- 2,00	15,00
Insgesamt	- 44,87	- 8,65	13,08	27,57

1) Ohne die Arbeitsleistung der in anderer Erwerbstätigkeit vollbeschäftigten Familienangehörigen.

Noch: Tabelle 15

Überbesatz an Arbeitskräften nach Standardbetriebseinkommen/AK-Einheit in % der vorhandenen AK-Einheiten¹⁾

Vergleichsgebiet	Überbesatz an Arbeitskräften bei ... DM St BE/AK-Einheit			
	35 000	40 000	45 000	50 000
	in % der vorhandenen AK-Einheiten ¹⁾			
001 LVG Unterland/Bergstraße	27,15	36,25	43,34	49,01
002 LVG Bessere und geringere Gäulandschaft	35,26	43,35	49,65	54,68
003 LVG Bessere und geringere Rheinebene	37,99	45,74	51,77	56,59
004 LVG Westlicher Bodensee	43,31	50,41	55,90	60,32
005 LVG Westlicher Schwarzwald	58,37	63,57	67,62	70,86
006 LVG Hochschwarzwald	53,61	59,41	63,90	67,52
007 LVG Östlicher Schwarzwald	54,42	60,11	64,55	68,11
008 LVG Baar	39,44	47,00	52,90	57,61
009 LVG Östlicher Bodensee	39,35	46,95	52,84	57,53
010 LVG Allgäu	30,87	39,52	46,24	51,61
011 LVG Oberland	30,76	39,41	46,14	51,53
012 LVG Donau-Ilser	25,55	34,89	42,12	47,90
013 LVG Bessere Alb	27,82	36,84	43,87	49,49
014 LVG Geringere Alb	40,70	48,11	53,88	58,49
015 LVG Heuberg	43,38	50,36	55,90	60,41
016 LVG Westliches Albvorland	50,85	56,97	61,82	65,65
017 LVG Neckar-Nagold-Gebiet	47,10	53,71	58,86	62,97
018 LVG Östliches Albvorland	50,33	56,54	61,37	65,23
019 LVG Schwäbischer Wald/Odenwald	47,08	53,68	58,84	62,94
020 LVG Hohenlohe	33,63	41,93	48,38	53,55
021 LVG Besseres und geringeres Bauland	27,15	36,24	43,33	48,99
Insgesamt	37,91	45,67	51,71	56,54

1) Ohne die Arbeitsleistung der in anderer Erwerbstätigkeit vollbeschäftigten Familienangehörigen.

Tabelle 16

Durchschnittlicher Arbeitskräftebesatz und Arbeitsleistung je landwirtschaftlichem Betrieb in den Stadt- und Landkreisen 1971 und 1979

Kreis Regierungsbezirk	Arbeitskräftebesatz				Arbeitsleistung			
	1971	1979	Veränderung		1971	1979	Veränderung	
	Personen je Betrieb		Anzahl	in %	AK-Einheiten je Betrieb		Anzahl	in %
Stuttgart, Landeshauptstadt	2,96	2,85	- 0,11	- 3,82	1,86	1,91	+ 0,04	+ 2,37
Böblingen	2,49	2,24	- 0,25	- 10,22	1,02	0,87	- 0,15	- 14,65
Esslingen	2,53	2,21	- 0,32	- 12,88	1,08	0,94	- 0,14	- 12,75
Göppingen	2,68	2,46	- 0,22	- 8,36	1,42	1,31	- 0,11	- 7,61
Ludwigsburg	2,60	2,41	- 0,19	- 7,41	1,36	1,25	- 0,11	- 8,02
Rems-Murr	2,53	2,34	- 0,19	- 7,69	1,22	1,11	- 0,11	- 8,82
Heilbronn (Stadt)	2,84	2,77	- 0,06	- 2,21	1,70	1,74	+ 0,04	+ 2,24
Heilbronn (Land)	2,53	2,28	- 0,25	- 9,85	1,15	1,04	- 0,11	- 9,46
Hohenlohe	2,62	2,41	- 0,21	- 7,92	1,32	1,17	- 0,15	- 11,51
Schwäbisch Hall	2,74	2,52	- 0,22	- 8,18	1,44	1,27	- 0,16	- 11,45
Main-Tauber	2,63	2,33	- 0,30	- 11,24	1,12	0,97	- 0,15	- 13,41
Heidenheim	2,73	2,43	- 0,30	- 10,67	1,37	1,25	- 0,13	- 9,14
Ostalb	2,75	2,54	- 0,21	- 7,66	1,34	1,17	- 0,17	- 12,41
Regierungsbezirk Stuttgart	2,63	2,39	- 0,23	- 8,90	1,26	1,13	- 0,13	- 10,21
Baden-Baden (Stadt)	2,69	2,38	- 0,30	- 11,22	0,99	0,94	- 0,05	- 4,97
Karlsruhe (Stadt)	2,86	2,70	- 0,16	- 5,51	1,34	1,56	+ 0,21	+ 15,96
Karlsruhe (Land)	2,39	2,14	- 0,25	- 10,66	0,70	0,69	- 0,01	- 0,93
Rastatt	2,73	2,17	- 0,56	- 20,56	0,89	0,70	- 0,19	- 21,22
Heidelberg (Stadt)	2,90	2,97	+ 0,07	+ 2,51	2,08	1,99	- 0,09	- 4,47
Mannheim (Stadt)	3,12	2,79	- 0,32	- 10,36	2,00	1,94	- 0,05	- 2,69
Neckar-Odenwald	2,59	2,32	- 0,27	- 10,27	1,05	0,96	- 0,10	- 9,08
Rhein-Neckar	2,59	2,32	- 0,26	- 10,20	1,12	1,03	- 0,09	- 8,18
Pforzheim (Stadt)	2,97	3,01	+ 0,04	+ 1,39	1,78	1,79	+ 0,01	+ 0,51
Calw	2,58	2,28	- 0,30	- 11,64	0,94	0,80	- 0,14	- 15,12
Enzkreis	2,43	2,00	- 0,43	- 17,66	0,84	0,72	- 0,12	- 13,88
Freudenstadt	2,55	2,17	- 0,38	- 14,85	0,94	0,77	- 0,18	- 18,88
Regierungsbezirk Karlsruhe	2,56	2,24	- 0,32	- 12,57	0,95	0,85	- 0,09	- 9,94
Freiburg (Stadt)	2,90	2,51	- 0,39	- 13,34	1,41	1,15	- 0,26	- 18,46
Breisgau-Hochschwarzwald	2,61	2,27	- 0,34	- 13,03	1,07	0,89	- 0,18	- 16,84
Emmendingen	2,66	2,34	- 0,32	- 11,97	1,06	0,88	- 0,17	- 16,47
Ortenau	2,78	2,50	- 0,28	- 9,93	1,14	0,97	- 0,17	- 14,62
Rottweil	2,58	2,31	- 0,27	- 10,49	1,02	0,87	- 0,15	- 15,05
Schwarzwald-Baar	2,66	2,42	- 0,24	- 9,09	1,10	1,04	- 0,06	- 5,80
Tuttlingen	2,68	2,18	- 0,49	- 18,48	0,85	0,77	- 0,08	- 9,43
Konstanz	2,65	2,43	- 0,22	- 8,31	1,28	1,15	- 0,14	- 10,83
Lörrach	2,73	2,49	- 0,24	- 8,90	1,07	1,02	- 0,06	- 5,28
Waldshut	2,48	2,33	- 0,15	- 6,21	0,97	0,94	- 0,03	- 2,62
Regierungsbezirk Freiburg	2,66	2,38	- 0,28	- 10,61	1,08	0,95	- 0,13	- 12,02
Reutlingen	2,67	2,39	- 0,28	- 10,61	1,15	1,01	- 0,14	- 12,06
Tübingen	2,56	2,17	- 0,39	- 15,19	0,86	0,73	- 0,14	- 15,86
Zollernalb	2,37	1,93	- 0,44	- 18,48	0,70	0,56	- 0,14	- 20,33
Ulm (Stadt)	2,85	2,74	- 0,11	- 3,80	1,57	1,59	+ 0,03	+ 1,74
Alb-Donau	2,66	2,52	- 0,14	- 5,35	1,39	1,24	- 0,15	- 10,69
Biberach	2,69	2,44	- 0,25	- 9,13	1,43	1,25	- 0,17	- 12,25
Bodensee	2,72	2,36	- 0,36	- 13,13	1,52	1,25	- 0,26	- 17,44
Ravensburg	2,76	2,44	- 0,32	- 11,51	1,66	1,44	- 0,22	- 13,50
Sigmaringen	2,69	2,49	- 0,20	- 7,60	1,26	1,11	- 0,15	- 11,53
Regierungsbezirk Tübingen	2,65	2,37	- 0,28	- 10,58	1,28	1,12	- 0,16	- 12,34
Baden-Württemberg	2,63	2,36	- 0,27	- 10,32	1,16	1,04	- 0,13	- 10,96

Tabelle 17

Warenstruktur der Einfuhr Baden-Württembergs aus den europäischen Ländern

Waren	1970		1980		Anteil am Bundesgebiet 1980 in %
	Mill. DM	Anteil in %	Mill. DM	Anteil in %	

Einfuhr aus den europäischen Ländern ¹⁾					
Insgesamt	11 050,3	100	31 321,9	100	15,4
davon					
Chemische Erzeugnisse	1 113,4	10,1	3 967,4	12,7	19,4
Textilien	1 274,4	11,5	3 221,3	10,3	19,3
Maschinen	1 387,7	12,6	2 986,4	9,5	18,8
Elektrotechnische Erzeugnisse	819,6	7,4	2 632,9	8,4	21,1
Kraftfahrzeuge, Luftfahrzeuge	907,7	8,2	2 529,1	8,1	15,2
Kraftstoffe, Schmieröl, Erdgas	313,2	2,8	2 133,6	6,8	10,9
Eisenwaren	237,6	2,2	917,4	2,9	18,5
Feinmechanische und optische Erzeugnisse	115,6	1,0	626,9	2,0	27,0
Blech aus Eisen	384,2	3,5	560,7	1,8	18,8
Papier und Pappe	201,9	1,8	553,3	1,8	13,8
Stab- und Formeisen	324,2	2,9	527,2	1,7	18,2
Waren aus NE-Metallen	163,0	1,5	515,5	1,6	24,2
Erdöl	-	-	364,3	1,2	4,4
Aluminium roh, auch Legierungen	182,6	1,7	312,8	1,0	17,3
Holzmasse, Zellstoff	134,7	1,2	253,3	0,8	22,4
Bau- und Nutzholz (Schnittholz)	45,5	0,4	188,5	0,6	19,4
Uhren	119,9	1,1	148,7	0,5	38,3
Übrige Waren	3 325,1	30,1	8 882,6	28,4	12,8
dagegen Einfuhr insgesamt					
Insgesamt	15 155,7	100	46 540,5	100	13,6
davon					
Chemische Erzeugnisse	1 345,2	8,9	4 637,5	10,0	17,9
Textilien	1 530,0	10,1	4 424,2	9,5	15,8
Maschinen	1 874,7	12,4	4 098,1	8,8	18,5
Elektrotechnische Erzeugnisse	1 102,8	7,3	3 888,7	8,4	18,8
Kraftfahrzeuge, Luftfahrzeuge	978,4	6,5	2 770,7	6,0	12,8
Kraftstoffe, Schmieröle, Erdgas	334,7	2,2	2 437,7	5,2	8,7
Eisenwaren	272,2	1,8	1 090,0	2,3	17,3
Feinmechanische und optische Erzeugnisse	174,2	1,1	857,7	1,8	20,1
Blech aus Eisen	431,7	2,8	672,9	1,4	19,5
Papier und Pappe	256,4	1,7	602,0	1,3	13,1
Stab- und Formeisen	330,9	2,2	555,3	1,2	16,7
Waren aus NE-Metallen	177,2	1,2	575,3	1,2	22,2
Erdöl	948,5	6,3	6 440,6	13,8	14,6
Aluminium roh, auch Legierungen	241,3	1,6	374,6	0,8	16,7
Holzmasse, Zellstoffe	195,1	1,3	435,7	0,9	19,1
Bau- und Nutzholz (Schnittholz)	79,5	0,5	306,1	0,7	13,0
Uhren	125,1	0,8	232,4	0,5	29,3
Übrige Waren	4 757,8	31,4	12 141,0	26,1	10,2

1) Ohne Staatshandelsländer

Tabelle 18

Direktinvestitionen nach Wirtschaftsbereichen (Stand: 1970)

Wirtschaftszweige	Baden-Württembergische ¹⁾ Direktinvestitionen im Ausland	Ausländische Direktin- ²⁾ vestitionen in Baden- Württemberg
	Mill. DM	
Elektrotechnik und Elektronik	1 794	2 121
Straßenfahrzeugbau	1 176	591
Maschinenbau	985	1 431
Pharmazie	350	273
Herstellung und Verarbeitung von Leder	307	21
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	304	160
Textilgewerbe	295	251
Feinmechanik und Optik	286	264
Baugewerbe	205	32
Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren	188	195
Chemische Industrie	114	1 293
Säge- und Holzbearbeitungswerke	90	238
Bekleidungs-gewerbe	60	127
Gummi- und Asbestverarbeitung	.	272
Eisen- und Stahlerzeugung	.	146

1) Seit 1952 kumulierte Jahressalden. - 2) Seit 1961 kumulierte Jahressalden.

Tabelle 19

Studierende aus Entwicklungsländern an den Hochschulen Baden-Württembergs nach Staatsangehörigkeit und Fächergruppen im Wintersemester 1981/82

Staatsangehörigkeit	Insgesamt	Darunter in den Fächergruppen						
		Sprach- und Kultur- wissen- schaften	Wirtschafts- und Gesell- schafts- wissen- schaften	Mathematik, Naturwissen- schaften	Human- medizin	Agrar-, Forst- und Ernährungs- wissen- schaften	Ingenieur- wesen	Kunst, Kunst- wissen- schaften
		Anzahl						
Europäische Entwicklungsländer	2 318	453	487	408	176	23	709	45
davon								
Griechenland	1 024	195	205	219	79	7	305	9
Jugoslawien	260	85	47	38	20	2	56	12
Portugal	50	24	11	4	3	-	8	-
Spanien	170	60	22	30	11	5	29	10
Türkei	814	89	202	117	63	9	311	14
Afrikanische Entwicklungsländer	515	102	89	92	42	50	126	3
darunter								
Ägypten	136	14	20	41	5	27	22	1
Amerikanische Entwicklungsländer	562	131	59	127	27	26	142	35
darunter								
Brasilien	113	39	11	19	3	6	16	11
Chile	79	22	9	19	7	3	16	2
Mexiko	51	8	4	14	4	4	11	5
Peru	71	16	5	17	1	2	26	1
Venezuela	56	5	3	20	1	1	23	3
Asiatische Entwicklungsländer	1 837	299	276	304	166	60	587	97
darunter								
Afghanistan	75	6	15	6	16	6	24	1
Indien	82	29	10	22	3	4	9	4
Indonesien	320	31	32	45	16	2	188	6
Iran	320	35	58	74	25	18	101	5
Israel	74	18	13	8	18	-	12	3
Jordanien	114	5	14	11	29	-	55	-
Korea (Süd)	277	88	54	25	8	7	18	50
Libanon	53	8	12	10	1	-	21	-
Taiwan	101	34	18	7	4	1	14	18
Thailand	50	14	4	5	7	1	17	2
Vietnam	146	5	6	55	9	9	59	2
Zypern	65	3	17	4	15	-	26	-
Insgesamt	5 232	985	911	931	411	159	1 564	180

Tabelle 20

Außenhandel Baden-Württembergs und des Bundesgebietes mit ausgewählten Entwicklungsländern nach

Lfd. Nr.	Warengruppe	Griechenland		Spanien		Äthiopien		Libyen	
		Tsd. DM	%	Tsd. DM	%	Tsd. DM	%	Tsd. DM	%
Ausfuhren									
1	Lebende Tiere	-	-	52	0	-	-	-	-
2	Nahrungsmittel tierischen Ursprungs	3 836	0,7	1 349	0,2	-	-	-	-
3	Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs	804	0,2	4 080	0,5	-	-	12 424	3,1
4	Genußmittel	-	-	1 050	0,1	-	-	-	-
5	Rohstoffe	462	0,1	4 414	0,5	-	-	281	0,1
6	Halbwaren	10 704	2,1	23 991	2,8	42	0,4	1 287	0,3
7	Vorerzeugnisse	64 260	12,4	60 649	7,0	1 208	11,4	4 280	1,1
8	Enderzeugnisse	437 201	84,5	765 347	88,9	9 374	88,2	384 317	95,5
9	Zusammen	517 267	100	860 932	100	10 624	100	402 589	100
Einfuhren									
10	Lebende Tiere	-	-	100	0	-	-	-	-
11	Nahrungsmittel tierischen Ursprungs	1 002	0,2	8 992	1,2	-	-	-	-
12	Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs	29 372	6,1	137 190	17,9	904	28,0	-	-
13	Genußmittel	12 229	2,6	5 099	0,7	40	1,2	-	-
14	Rohstoffe	4 847	1,0	6 953	0,9	1 632	50,6	1 677 195	95,4
15	Halbwaren	150 308	31,4	60 931	8,0	-	-	80 528	4,6
16	Vorerzeugnisse	34 861	7,3	114 784	15,0	635	19,7	124	0
17	Enderzeugnisse	246 815	51,5	430 480	56,3	16	0,5	36	0
18	Zusammen	479 433	100	764 528	100	3 227	100	1 757 883	100
Ausfuhren									
19	Lebende Tiere	5 782	0,2	2 359	0	-	-	195	0
20	Nahrungsmittel tierischen Ursprungs	144 487	3,8	25 219	0,5	5 182	5,1	21 583	0,9
21	Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs	53 926	1,4	30 319	0,6	2 876	2,8	126 483	5,5
22	Genußmittel	11 679	0,3	13 649	0,3	810	0,8	97	0
23	Rohstoffe	109 813	2,9	85 130	1,7	1 262	1,2	4 549	0,2
24	Halbwaren	112 635	3,0	463 937	9,2	9 170	9,0	25 954	1,1
25	Vorerzeugnisse	1 212 300	32,1	1 089 060	21,5	17 985	17,7	94 660	4,1
26	Enderzeugnisse	2 112 603	56,0	3 340 270	65,9	64 124	63,2	1 987 843	87,1
27	Zusammen ¹⁾	3 774 155	100	5 068 177	100	101 500	100	2 282 502	100
Einfuhren									
28	Lebende Tiere	32	0	408	0	2	0	-	-
29	Nahrungsmittel tierischen Ursprungs	11 222	0,4	27 195	0,6	-	-	-	-
30	Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs	349 793	12,7	811 212	18,4	6 318	10,1	-	-
31	Genußmittel	131 387	4,8	90 727	2,1	51 056	81,3	-	-
32	Rohstoffe	114 206	4,1	147 543	3,3	2 943	4,7	7 526 731	95,7
33	Halbwaren	321 804	11,7	487 076	11,0	380	0,6	308 593	3,9
34	Vorerzeugnisse	212 809	7,7	690 017	15,6	810	1,3	17 083	0,2
35	Enderzeugnisse	1 574 619	57,2	2 096 686	47,5	1 087	1,7	614	0
36	Zusammen ¹⁾	2 754 235	100	4 410 793	100	62 835	100	7 865 842	100

1) Einschließlich Ersatzlieferungen und Rückwaren.

Warengruppen 1980

Marokko		Mexiko		Brasilien		Hongkong		Saudi-Arabien		Lfd. Nr.
Tsd. DM	%	Tsd. DM	%	Tsd. DM	%	Tsd. DM	%	Tsd. DM	%	
Baden-Württembergs										
-	-	-	-	-	-	-	-	163	0	1
-	-	21	0	37	0	-	-	849	0,1	2
13	0	13	0	119	0	1 555	0,6	12 612	1,9	3
-	-	80	0	19	0	77	0	79	0	4
-	-	119	0	14	0	-	-	149	0	5
2 207	4,9	3 117	1,0	8 035	1,7	1 451	0,5	6 046	0,9	6
5 450	12,1	11 088	3,5	25 931	5,4	31 980	12,0	22 394	3,4	7
37 355	83,0	301 991	95,4	448 625	92,9	230 929	86,8	610 234	93,5	8
45 025	100	316 429	100	482 779	100	265 993	100	652 527	100	9
Baden-Württembergs										
-	-	15	0,1	-	-	45	0	-	-	10
174	0,4	351	1,7	3 278	1,5	149	0	-	-	11
12 197	28,4	6 140	30,1	80 154	35,5	25	0	-	-	12
-	-	1 801	8,8	7 717	3,4	128	0	-	-	13
88	0,2	5 239	25,7	4 688	2,1	60	0	1 813 696	99,8	14
526	1,2	662	3,2	46 330	20,5	231	0,1	2 557	0,1	15
23 337	54,3	1 741	8,5	31 028	13,7	8 895	2,4	-	-	16
6 650	15,5	4 449	21,8	52 507	23,3	361 241	97,4	507	0,1	17
42 972	100	20 398	100	225 703	100	370 773	100	1 816 760	100	18
des Bundesgebietes										
3 791	0,9	203	0	207	0	2	0	1 034	0	19
9 283	2,2	148	0	13 244	0,5	3 868	0,4	82 624	1,9	20
29 236	6,8	2 560	0,1	6 680	0,2	7 566	0,7	145 852	3,4	21
355	0,1	6 032	0,3	6 461	0,2	5 649	0,5	13 007	0,3	22
17 359	4,0	5 921	0,3	9 639	0,3	4 601	0,4	4 774	0,1	23
33 819	7,9	56 868	2,6	110 519	3,9	17 488	1,6	50 387	1,2	24
102 212	23,7	333 498	15,0	638 984	22,8	279 949	26,2	351 827	8,2	25
233 275	54,2	1 812 036	81,5	2 005 905	71,7	729 345	68,4	3 611 807	84,5	26
430 557	100	2 222 361	100	2 798 638	100	1 066 885	100	4 276 294	100	27
des Bundesgebietes										
-	-	394	0,1	280	0	358	0	-	-	28
10 844	2,1	38 122	6,5	38 017	1,3	1 768	0,1	-	-	29
206 377	40,7	17 161	2,9	723 152	24,9	5 400	0,2	6	0	30
41	0	115 169	19,7	391 126	13,4	579	0	-	-	31
84 932	16,8	152 037	26,0	758 713	26,1	-	0,2	9 727 507	98,2	32
24 793	4,9	89 006	15,2	348 217	12,0	111 903	3,5	118 214	1,2	33
121 821	24,0	8 704	1,5	209 804	7,2	34 392	1,1	75	0	34
54 351	10,7	155 139	26,5	423 279	14,6	3 004 185	94,2	34 043	0,3	35
506 567	100	548 397	100	2 908 664	100	3 189 350	100	9 906 989	100	36

Tabelle 21

Einfuhr Baden-Württembergs und des Bundesgebietes aus den Entwicklungsländern 1980

Land	Baden-Württemberg		Bundesgebiet		Anteil Baden- Württemberg am Bundesgebiet
	Mill. DM	%	Mill. DM	%	
Europäische Entwicklungsländer	1 943	17,4	12 037	14,8	16,1
davon					
Spanien	765	6,9	4 411	5,4	17,3
Portugal	122	1,1	1 200	1,5	10,2
Griechenland	479	4,3	2 754	3,4	17,4
Türkei	161	1,4	1 063	1,3	15,1
Jugoslawien	368	3,3	2 335	2,9	15,8
Malta	48	0,4	274	0,3	17,5
Afrikanische Entwicklungsländer	3 846	34,5	23 321	28,6	16,5
darunter					
Libyen	1 758	15,8	7 866	9,6	22,3
Algerien	1 067	9,6	4 148	5,1	25,7
Nigeria	571	5,1	5 513	6,8	10,4
Ägypten	91	0,8	387	0,5	23,5
Tunesien	72	0,6	572	0,7	12,6
Elfenbeinküste	64	0,6	593	0,7	10,8
Kamerun	46	0,4	341	0,4	13,5
Ghana	45	0,4	272	0,3	16,5
Marokko	43	0,4	507	0,6	8,5
Zaire	16	0,1	207	0,3	7,7
Amerikanische Entwicklungsländer	698	6,3	11 155	13,7	6,3
darunter					
Brasilien	226	2,0	2 909	3,6	7,8
Argentinien	92	0,8	1 290	1,6	7,1
Venezuela	69	0,6	685	0,8	10,1
Bahamas	61	0,5	653	0,8	9,3
Uruguay	41	0,4	253	0,3	16,2
Kolumbien	31	0,3	1 253	1,5	2,5
Surinam	29	0,3	160	0,2	18,1
Chile	27	0,2	1 097	1,3	2,5
Ecuador	23	0,2	132	0,2	17,4
Mexiko	20	0,2	584	0,7	3,4
Asiatische Entwicklungsländer	4 654	41,7	34 344	42,1	13,6
darunter					
Saudi-Arabien	1 817	16,3	9 907	12,1	18,3
Hongkong	371	3,3	3 189	3,9	11,6
Vereinigte Arabische Emirate	309	2,8	2 727	3,3	11,3
Iran	274	2,5	3 382	4,1	8,1
Malaysia	262	2,3	1 445	1,8	18,1
Singapur	232	2,1	1 190	1,5	19,5
Irak	197	1,8	1 157	1,4	17,0
Israel	190	1,7	1 112	1,4	17,1
Taiwan	175	1,6	2 163	2,7	8,1
Südkorea	141	1,3	1 818	2,2	7,8
Sonstige Entwicklungsländer	9	0,1	699	0,9	1,3
Entwicklungsländer insgesamt	11 150	100	81 556	100	13,7
darunter					
OPEC-Staaten	6 153	13,2	37 417	11,0	16,4